Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

42. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 28. Juni 2018

Inhalt:

Zusatztagesordnungspunkt 6:

Tagesordnungspunkt 14:

Tagesordnungspunkt 15:

Tagesordnungspunkt 16:

Zusatztagesordnungspunkt 7:

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze (Tagesordnungspunkt 16)

Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Internationalen Strafgerichtshof stärken (Zusatztagesordnungspunkt 8)

Anlage 8

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung:

– des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen

– der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Fuß- und Radverkehr sicherer machen – Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen

(Zusatztagesordnungspunkt 9 und Zusatztagesordnungspunkt 10)

Anlage 9

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Renate Künast, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tierschutz an Schlachthöfen verbessern (Tagesordnungspunkt 18)

(A) (C)

42. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 28. Juni 2018

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz. Ich eröffne die Sitzung.

Für die heutige 42. Sitzung und die morgige 43. Sitzung konnte zwischen den Fraktionen im Ältestenrat keine Tagesordnung vereinbart werden, da die Fraktion der AfD dem Vorschlag der anderen Fraktionen widersprochen hat. Ich habe daher die heutige 42. Sitzung mit dieser von den anderen Fraktionen vorgeschlagenen Tagesordnung einberufen. Nach § 21 Absatz 3 der Geschäftsordnung ist für die Genehmigung der Tagesordnung aber ein Plenarbeschluss erforderlich. Mir liegen (B) Wortmeldungen dazu nicht vor.

Die verteilte Tagesordnung soll um die in der Zusatzpunkteliste aufgeführten Punkte erweitert werden:

ZP 1 **Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE:

Seenotrettung im Mittelmeer durchsetzen

(siehe 41. Sitzung)

ZP 2 **Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren**

(Ergänzung zu TOP 26)

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Prävention ernst nehmen – Die Krise in Kamerun eindämmen

Drucksache 19/2997

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jimmy Schulz, Manuel Höferlin, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt KOM(2016) 593 endg.; Ratsdok. 12254/16

hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 8 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Upload-Filter

Drucksache 19/3002

(D)

ZP 3 **Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache**

(Ergänzung zu TOP 27)

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Oliver Krischer, Lisa Badum, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – Erhöhung der Ausbaumengen für Windenergie an Land und Solarenergie**

Drucksache 19/2108

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

Drucksache 19/3027

ZP 4 **Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Haltung der Bundesregierung zur unzureichenden Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz des Wassers vor Nitrateinträgen

ZP 5 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gesine Lötzsch, Lorenz Gösta

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A)

Beutin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Herdenschutz bundesweit wirkungsvoll durchsetzen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Harald Ebner, Friedrich Ostendorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rückkehr des Wolfes – Artenschutz und Herdenschutz zusammen denken

Drucksachen 19/581, 19/589, 19/3034 Buchstabe c und Buchstabe d

ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten René Springer, Norbert Kleinwächter, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren – Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes

Drucksache 19/2999

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

(B)

ZP 7 Erste Beratung des von den Abgeordneten Niema Movassat, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs und weiterer Gesetze – Aufhebung der Ersatzfreiheitsstrafe**

Drucksache 19/1689

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat

ZP 8 Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationalen Strafgerichtshof stärken

Drucksache 19/2983

ZP 9 Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen

Drucksache 19/2984

ZP 10 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(C)

Fuß- und Radverkehr sicherer machen – Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen

Drucksachen 19/1202, 19/3028

ZP 11 Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen

Finanzhilfen zugunsten Griechenlands:

Vierte und letzte Überprüfung des ESM-Anpassungsprogramms, mittelfristige schuldenbezogene Maßnahmen

Drucksache 19/2961

ZP 12 Beratung des Antrags der Abgeordneten Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Gewerbesteuerliche Hinzurechnung überprüfen und bei Missständen Abhilfe schaffen

Drucksache 19/2990

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Tourismus
Haushaltsausschuss

ZP 13 **Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der AfD:

Dublin-IV-Verordnung und die „Europäische Lösung“ der Migrationskrise

(D)

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Der Tagesordnungspunkt 13 – das ist ein Antrag mit dem Titel „Einwanderung in unsere Sozialsysteme verhindern“ – soll abgesetzt und stattdessen der Antrag auf Drucksache 19/2999 mit dem Titel „Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren – Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes“ im Umfang von unverändert 38 Minuten debattiert werden.

Der Tagesordnungspunkt 17 – Antrag zur Rüstungsproduktion im Ausland – soll ebenfalls abgesetzt und stattdessen die Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Strafgesetzbuchs auf der Drucksache 19/1689 mit einer Debattenzeit von 38 Minuten aufgerufen werden.

Als letzter Tagesordnungspunkt am Freitag soll auf Verlangen der Fraktion der AfD nunmehr eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Dublin-IV-Verordnung und die ‚Europäische Lösung’ der Migrationskrise“ aufgerufen werden. Die an dieser Stelle auf Verlangen der Fraktion der FDP aufgesetzte Aktuelle Stunde zu Flächenobergrenzen beim Baukindergeld entfällt.

Darüber hinaus kommt es zu den in der Zusatzpunkteliste dargestellten weiteren Änderungen des Ablaufs.

Damit kommen wir nun zur **Feststellung der Tagesordnung** der heutigen 42. und der morgigen 43. Sitzung

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) sowie der eben genannten ergänzenden Vereinbarungen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD so beschlossen.

Jetzt müssen wir noch eine Wahl zum **Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt** durchführen. Die Fraktion der SPD schlägt vor, den Kollegen **Martin Rabanus** für den ausgeschiedenen Kollegen Burkhard Blienert als ordentliches Mitglied und die Kollegin **Marianne Schieder** für die ausgeschiedene Kollegin Hiltrud Lotze als stellvertretendes Mitglied dieses Gremiums zu berufen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann sind der Kollege Rabanus und die Kollegin Schieder in den genannten Funktionen in den Verwaltungsrat gewählt.

Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel

Es liegen hierzu je zwei Entschließungsanträge der Fraktion der FDP, der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(B)

Dann hat das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Am 11. und 12. Juli dieses Jahres wird der NATO-Rat im Format eines Gipfeltreffens in Brüssel tagen. Es geht dabei um die erfolgreiche Anpassung des Bündnisses an die insgesamt in den letzten Jahren veränderte Sicherheitslage. Ausgangspunkt dieser Veränderungen war die völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Jahre 2014 durch Russland und die bis heute leider anhaltende Destabilisierung im Osten der Ukraine. Aber auch die Bedrohung durch den Terrorismus, die Auswirkungen von Bürgerkrieg und zerfallenden Staaten machten die richtungsweisende Entscheidung des NATO-Gipfels im Jahre 2014 in Wales notwendig.

Erstens. Die Reaktions- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sollte deutlich erhöht werden. Zweitens. Unsere ost- und mitteleuropäischen Verbündeten sollten rückversichert werden, und zugleich wollen wir zum Dialog mit Russland bereit bleiben. Drittens. Alle Alliierten wollten ihre Verteidigungsanstrengungen erhöhen. Gerade die Frage der Verteidigungsausgaben hat zu intensiver Diskussion – nicht nur hier in Deutschland, aber auch in Deutschland – geführt.

(C) Lassen Sie mich daran erinnern: Der Beschluss, sich dem 2-Prozent-Ziel bis 2024 anzunähern, erfolgte angesichts einer neuen Qualität der Bedrohung Europas und wurde auch von Deutschland mitgefasst. In Wales herrschte Einigkeit. Dies erfordert einen fairen und notwendigen Beitrag der Europäer im Bündnis. Bei dieser Grundsatzfrage geht es im Übrigen nach meiner festen Überzeugung um nicht mehr und nicht weniger als den zukünftigen Erhalt des transatlantischen Bündnisses.

Meine Damen und Herren, inzwischen können wir auf vier Jahre erfolgreicher Anpassungen zurückblicken. Alle Alliierten haben ihren Verteidigungshaushalt erhöht, zum Teil deutlich. Auch wir haben dies getan. Wir schulden dies auch der Sicherheit unseres Landes und der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte. Das spiegelt sich auch im Haushalt 2018, den wir in der nächsten Woche in der zweiten und dritten Lesung beraten werden, und im Haushalt 2019 wider.

Die Maßnahmen des Bündnisses zur Rückversicherung und zur Stärkung der Verteidigung und Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses sind umgesetzt. Die Bundeswehr hat dazu erheblich beigetragen. Wir sehen daran: Die Allianz kann sich gemeinsam und solidarisch an ein verändertes Sicherheitsumfeld anpassen.

Auf dem anstehenden Gipfel sollen weitere Entscheidungen getroffen werden. Erstens. Die Kommandostruktur der NATO wird mehr Reaktionsfähigkeit erhalten. Es werden zwei neue Hauptquartiere eingerichtet, eines in den USA und eines in Deutschland, in Ulm. Auch darin liegt ein wichtiger deutscher Beitrag. Zweitens. Zugleich soll der Bereitschaftsgrad der bereits aufgestellten Truppen aller Verbündeten erhöht werden. Drittens. Der Gipfel wird eine Trainingsmission zum Aufbau funktionierender Streit- und Sicherheitskräfte für den Irak beschließen und damit einer Bitte der irakischen Regierung entsprechen.

(D)

Auch wir haben ein erhebliches Interesse an einer langfristigen Stabilisierung des Irak, auch um Flüchtlingen eine Perspektive für die Rückkehr in den Irak zu bieten. Ich hoffe zudem – da weiß ich mich auch mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg einig – auf eine Fortführung unseres zweigleisigen Ansatzes gegenüber Russland. Wir müssen unsere Fähigkeiten stärken, aber unser Dialogangebot an Russland bleibt bestehen.

Wir erwarten auch, dass die Zusammenarbeit zwischen NATO und der EU bekräftigt und intensiviert wird, etwa durch Leuchtturmprojekte wie die Verbesserung der grenzüberschreitenden militärischen Mobilität und durch die Tatsache einer strukturierten militärischen Zusammenarbeit. Zuletzt ergänzt doch durch eine europäische Interventionsinitiative, hat Europa sich sehr viel konsolidierter aufgestellt und wird damit langfristig und mittelfristig auch ein besserer und effizienterer Partner im transatlantischen Bündnis sein. Die Anstrengungen, die wir in der europäischen Verteidigung unternommen haben, stärken den europäischen Pfeiler der NATO, und wenn wir Europäer in Sachen Verteidigung besser und stärker werden, dann nützt das eben allen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass das transatlantische Bündnis derzeit auch Spannungen auszuhalten hat. Wir sind aber überzeugt, dass dieses Bündnis für unsere gemeinsame Sicherheit zentral bleibt;

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

denn der Glaubwürdigkeit des Artikels 5 verdanken wir unsere Sicherheit. Diese hängt aber eben immer auch von der Verlässlichkeit der Verbündeten ab und damit auch von unseren eigenen Anstrengungen. Wir sind dies im Übrigen unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig. Sie verdienen es, dass sie über die erforderliche Ausrüstung verfügen. Das ist eine Frage des Vertrauens in die politische Führung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist auch eine Frage des Vertrauens der Verbündeten in unsere Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung. Dieses Vertrauen zu erhalten, liegt in unserem nationalen Interesse. In diesem Sinne will die Bundesregierung bis 2024 die Verteidigungsausgaben auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen.

Meine Damen und Herren, NATO und EU sind gleichermaßen Grundpfeiler der internationalen Zusammenarbeit. Sie geben uns Halt in einer Welt im Wandel, und sie verpflichten uns zum gemeinsamen partnerschaftlichen Handeln. Sie geben uns Hoffnung, Zuversicht und auch das Versprechen auf eine gute Zukunft. Mit Blick (B) auf den Europäischen Rat heute und morgen will ich noch einmal wiederholen, was ich in diesem Hause schon oft gesagt habe: Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben es schon in der Präambel des Grundgesetzes formuliert:

> ... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk ... dieses Grundgesetz gegeben.

Das war der Anfang der Bundesrepublik Deutschland, und in dieser Tradition stehen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der anstehende Europäische Rat umfasst eine breite Tagesordnung: die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion, Innovation und Digitales, das Thema der Wettbewerbsfähigkeit, der mehrjährige Finanzrahmen von 2021 an, das Thema von Sicherheit und Verteidigung unserer Außenbeziehungen und, last, but not least, der Migration. Diese Themen betreffen im Grunde alle großen globalen Herausforderungen unserer Zeit, und auf alle diese großen globalen (C) Herausforderungen sollte Europa eine möglichst geschlossene Antwort geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Braun [AfD]: Was für ein Geschwafel! – Gegenruf des Abg. Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Mit Geschwafel kennen Sie sich ja aus!)

Die Abstimmung mit Frankreich ist dafür traditionell wichtig. Ich möchte deshalb allen ganz herzlich danken, die bei der Vorbereitung des deutsch-französischen Ministerrats in der vergangenen Woche mitgeholfen haben, eine gute deutsch-französische Agenda für den heutigen und den morgigen Rat vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein ganz besonderer Dank gilt dem Bundesfinanzminister, der in vielen Stunden von Verhandlungen mit dazu beigetragen hat.

Es geht nicht zuerst und nicht zuletzt um eine starke und stabile Währungsunion. Sie werden morgen hier im Bundestag über den letzten Teil des Griechenland-Programms abstimmen.

(Zuruf von der AfD: Das ist nicht der letzte!)

Dieses Programm hat uns unglaublich gefordert, wie auch andere Rettungsprogramme für Euro-Staaten. Aber insgesamt können wir sagen: Der Euro ist heute stabil, die Programme sind beendet, und die Länder sind wett- (D) bewerbsfähiger geworden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das ist ein gutes Stück Arbeit gewesen und ein gutes Stück europäischer Solidarität in unserem eigenen Interesse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aber es bleibt Reformbedarf für die Wirtschafts- und Währungsunion. Deshalb haben wir mit Frankreich gemeinsam verabredet, in drei Punkten weiterzuarbeiten.

Erstens. Wir müssen den weiteren Abbau der Risiken im Bankensektor und die Vollendung der Bankenunion voranbringen. Danach wollen wir ein gemeinsames Sicherheitsnetz – ich betone: danach – zur Abwicklung von Banken entwickeln.

Zweitens wollen wir – so haben wir es auch im Koalitionsvertrag verabredet – den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einer Art Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln.

(Zuruf von der AfD: Auf deutsche Kosten!)

Es geht um selbstständige Überwachung von Programmen, darum, die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten beurteilen zu können, um damit Krisen frühzeitiger erkennen zu können. In der Folge werden wir eine größere Unabhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds haben. Die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages – so haben wir es im Koalitionsvertrag

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) vereinbart, und so wird es auch bleiben – bleiben davon unberührt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Drittens – und das ist vielleicht das Schwierigste –: die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder. Denn wenn die Konvergenz nicht gegeben ist, wenn die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit zu groß ist, dann ist es schwierig, die Stabilität einer Währung auf Dauer zu erhalten. Deshalb haben wir uns verabredet, im Rahmen der Europäischen Union einen zusätzlichen Euro-Raum-Haushalt – wir haben das im Koalitionsvertrag einen „Investivhaushalt“ genannt – zu entwickeln: ab 2021 parallel zu der mittelfristigen finanziellen Vorausschau, zu der nächsten Etappe, um zusätzlich für die Länder, die eine Währung teilen, die Konvergenz und die Stabilität zu erhöhen. Dabei muss die Leistungsfähigkeit der Besten der Maßstab sein und nicht der Durchschnitt aller.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesen Vereinbarungen setzen wir nicht mehr und nicht weniger um als wichtige Eckpunkte des Koalitionsvertrages. Dabei gilt natürlich: Jeder muss sich an die vereinbarten Regeln halten; jeder Mitgliedstaat ist für seinen Haushalt selbst verantwortlich; Haftung und Kontrolle gehören zusammen; es wird keine Schuldenunion geben;

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das haben wir doch schon seit Jahren!)

(B) Stabilität und Wachstum bedingen einander. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir am Freitag, also morgen, auf dem Europäischen Rat in einem Format der 19 Mitgliedstaaten des Euro-Raums plus derer, die sonst noch an dieser Sitzung teilnehmen wollen, über die deutsch-französischen Vorschläge debattieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch jenseits der Wirtschafts- und Währungsunion brauchen wir strategische Konzepte für die Zukunft Europas. Da geht es um die Frage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Deutschland und Frankreich haben vorgeschlagen, gerade im Bereich der Innovationen sehr viel mehr zu tun. Ich kann das heute hier nicht ausführen, wir alle wissen aber: Die Digitalisierung, die künstliche Intelligenz sind Herausforderungen, bei denen Europa nicht da steht, wo Europa stehen sollte. Wir werden hier als einzelne Mitgliedstaaten nicht aufholen, sondern wir müssen gemeinsam handeln, um strategisch wieder innovationsfähig zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen in der Außenpolitik kohärenter, schlagkräftiger werden. Deutschland wird jetzt auch seine Möglichkeit, als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu arbeiten, nutzen, um die europäische Koordinierung in internationalen Fragen voranzutreiben, zuallererst natürlich mit Frankreich. Aus aktuellem Anlass werden wir auch über Handelsfragen sprechen müssen. Die Europäische Union hat als Antwort auf die von uns nicht akzeptierten Zölle auf Stahl und Aluminium ihrerseits Zölle verhängt. Wir halten diese Zölle, die von den

(C) Vereinigten Staaten verhängt wurden, für rechtswidrig; aber wir wollen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ins Gespräch gehen – in welcher Weise wir ins Gespräch gehen, müssen wir miteinander besprechen –, um weitere Zölle und damit weitere Schritte in Richtung eines Handelskrieges zu vermeiden. Ich glaube, das ist im multilateralen, im gemeinsamen Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, Europas und vieler anderer Länder auf der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden natürlich auch – deshalb ist vielleicht die heutige Regierungserklärung besonders wichtig – über das Thema der Migration beraten,

(Martin Hebner [AfD]: Endlich!)

und zwar heute Abend. Wir sind – das will ich ganz offen sagen – noch nicht da, wo wir sein wollen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem, wie wir es eigentlich jetzt im Juni verabschieden wollten, werden wir auf dem Rat zu achtundzwanzigst nicht verabschieden können. Von sieben Rechtsakten, die dazu notwendig wären, sind fünf mehr oder weniger geeint; aber bei zwei wichtigen gibt es noch politischen Beratungsbedarf. Das eine ist die Asylverfahrensrichtlinie. Das hört sich so einfach an; aber da geht es um nicht mehr und nicht weniger als um gleiche Standards bei der Gewährung von Asyl in allen europäischen Mitgliedstaaten. Das Zweite ist (D) die sogenannte Dublin-IV-Verordnung, also die Weiterentwicklung der heute geltenden Dublin-III-Verordnung, die auch die solidarische Verteilung von Migranten und Flüchtlingen zwischen den europäischen Mitgliedstaaten beinhaltet.

Jetzt sagen viele: Die europäische Lösung kommt nicht; da warten wir schon drei Jahre drauf. – Das möchte ich noch einmal zum Anlass nehmen, zu sagen, dass das natürlich so nicht stimmt. Alle in Europa sind sich einig:

(Lachen bei der AfD – Martin Hebner [AfD]: Das ist ja Unsinn!)

Es geht darum, illegale Migration zu reduzieren, Schleppern und Schleusern das Handwerk zu legen und, wenn wir über einen Austausch zwischen den Herkunftsländern und den europäischen Ländern sprechen, zwischen Staaten legale Vereinbarungen zu treffen.

Wir haben im Übrigen auf dem europäischen Kontinent damit gute Erfahrungen gemacht, als wir die Länder des westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsländern erklärt haben, als wir damit die Rückführung von Menschen ermöglicht haben, die kein Anrecht auf Asyl hatten,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Absolut!)

und im Gegenzug Arbeitserlaubnisse für in Deutschland vorhandene Arbeitsplätze möglich gemacht haben. Die-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) ses System funktioniert im großen Ganzen sehr gut. Das ist schon eine der Vereinbarungen, die wir hinbekommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir hatten im Jahre 2014 etwa 200 000 ankommende Flüchtlinge in Deutschland, 2015 bis August 400 000. Wir haben dann bis zum Jahresende eine Prognose von 800 000 gestellt. Es waren zum Schluss 890 000.

Ich will noch einmal darauf verweisen, dass der 4. September 2015, um den sich ja heute viele Diskussionen ranken, mitnichten eine unilaterale Aktion war. Es waren schon 400 000 Flüchtlinge gekommen. Es waren sehr viele in Ungarn. Der ungarische Ministerpräsident hat den österreichischen Bundeskanzler gebeten, zu helfen. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann hat mich angerufen. Die Außenministerien haben sich koordiniert, weil gerade ein Außenministerrat stattfand. Wir haben gesagt: In einer Ausnahmesituation werden wir helfen. – Das haben wir getan. Das halte ich im Rückblick auch nach wie vor für richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Die Ausnahme hält bis heute an!)

In dieser Ausnahmesituation hat Deutschland für eine Zeit auf die Rücküberstellung im Rahmen des Dublin-Verfahrens verzichtet.

(B) (Dr. Bernd Baumann [AfD]: Bis heute!)

Das ist das sogenannte Selbsteintrittsrecht. Es ist vor dem Europäischen Gerichtshof beklagt worden.

(Zurufe von der AfD: Zu Recht! – Natürlich!)

Es gab im Sommer 2017 ein Urteil, dass das politisch möglich und damit rechtlich nicht fragwürdig war. Das wurde ganz eindeutig vom Europäischen Gerichtshof so festgestellt. Es gab dann im Zusammenhang mit der sehr hohen Zahl von ankommenden Flüchtlingen die Frage der Rückweisung an der deutschen Grenze. Der Bundesinnenminister hat damals gesagt: Nein. In einer solchen Ausnahmesituation von ungefähr 8 000 bis 9 000 ankommenden Flüchtlingen jeden Tag sehen selbst die EU-Verträge vor, dass man zur Herstellung von Recht und Ordnung die Möglichkeit alleiniger nationaler Maßnahmen hat. – Davon haben wir nicht Gebrauch gemacht, meine Damen und Herren.

Aber diese Ausnahmesituation existiert heute nicht mehr. Heute haben wir eine völlig andere Situation. Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist deutlich geringer. Deshalb gilt wieder genau die Rechtssituation wie vor dem September 2015,

(Zurufe von der AfD: Ach, Sie haben das doch einfach fortgesetzt! – Das stimmt doch so nicht!)

nämlich das europäische Recht mit Vorrang vor dem deutschen Recht – mit der Ausnahme, dass wir etwas haben, was wir vor 2015 nicht hatten, nämlich relativ (C) lang andauernde Kontrollen an einigen Punkten an der deutsch-österreichischen Grenze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der AfD: Unfassbar! – Ja, ja!)

Meine Damen und Herren, woran zeigt sich, dass sich die Verhältnisse geändert haben? Der Rückgang der Seeanlandungen in der Ägäis beträgt seit 2015 97 Prozent, der Rückgang der Seeanlandungen im zentralen Mittelmeer aktuell im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres 77 Prozent. Dies unterstreicht zweierlei – das sind europäische Anstrengungen –: zum Ersten die Wirksamkeit des EU-Türkei-Abkommens, das heute vielfach als ein Modellabkommen angesehen wird, im Übrigen auch eine NATO-Aktivität in der Ägäis, und zum Zweiten, dass wir mit Blick auf Libyen die europäische Mission Sophia mit verschiedenen Schritten gestaltet haben.

Der erste Schritt war, Menschen in Not zu helfen. Der zweite Schritt war, zu sagen: Wir bilden die libysche Küstenwache aus. – Diese libysche Küstenwache ist heute in einem Zustand, dass sie selber Menschen in libyschen Hoheitsgewässern retten kann. Deshalb will ich an dieser Stelle auch sagen: Es gibt eine Verpflichtung, dass man die libysche Küstenwache ihre Arbeit machen lässt, und es gibt kein Recht, anstelle der libyschen Küstenwache einfach Dinge zu tun. Libyen hat auch ein Recht auf den Schutz seiner Küsten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

(D) Ich möchte übrigens Italien und Malta ganz besonders für die Ausbildung der libyschen Küstenwache danken.

Wir haben die Grenzschutzagentur Frontex gegründet. Sie ist noch nicht ausreichend ausgestattet, aber sie arbeitet. Sie muss zu einer wirklichen europäischen Grenzpolizei, die dann noch mehr Vollmachten und Möglichkeiten hat, weiterentwickelt werden.

Die Asylzahlen in Deutschland sind zurückgegangen – wir können damit noch nicht zufrieden sein; das will ich ausdrücklich sagen –, aber sie sind auch in diesem Jahr bis Ende Mai geringer als im vergangenen Jahr. Um deutlich zu machen: „Wir wollen, dass sich 2015 nicht wiederholt“, haben wir im Koalitionsvertrag eine Vielzahl von Maßnahmen und auch eine Richtgröße vereinbart, die angestrebt wird, um auch das Thema der Integrationsfähigkeit im Auge zu haben.

Wir haben inzwischen den Familiennachzug für subsidiär Geschützte geregelt; es gibt keinen Rechtsanspruch mehr, sondern eine bestimmte Zahl pro Monat. Wir haben vereinbart, dass wir zur Erhöhung der Effizienz – denn wir brauchen natürlich nationale Maßnahmen – AnKER-Zentren bilden. Ich möchte wirklich an alle Ministerpräsidenten und alle Länder appellieren, diesen Teil des Koalitionsvertrages jetzt auch schnellstmöglich umzusetzen; denn das ist von der Koalition mit den Bundesländern gemeinsam verhandelt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) Ich betone ausdrücklich: Der Bundesinnenminister hat, nachdem er sich in seinem neuen Amt die Situation angeschaut hat, richtigerweise die Punkte zusammengestellt, bei denen weiterer Handlungsbedarf besteht. Wenn ein so schreckliches, erschütterndes Ereignis wie der Mord an Susanna passiert und sich hinterher ergibt,

(Zuruf von der AfD: Plus Kandel!)

dass Verwaltungsgerichtsverfahren über lange Zeit nicht stattgefunden haben, dann können wir uns mit einem solchen Zustand nicht abfinden – genauso wenig wie mit dem Zustand, dass sich Leibwächter von bin Laden über Jahre hier in Deutschland aufhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Zurufe von der AfD)

Deshalb besteht Handlungsbedarf. Dabei geht es immer um Ordnung, Steuerung, wirksam, nachhaltig.

(Zuruf von der AfD: Wer regiert denn hier in diesem Land?)

Es geht um unsere innere Sicherheit, und es geht um die innere Sicherheit der gesamten Europäischen Union. Dazu sind nationale Maßnahmen und auch europäische Maßnahmen notwendig.

(Fabio De Masi [DIE LINKE]: Wo ist denn der Innenminister?)

Meine Damen und Herren, es ist so wichtig, die ANKER-Zentren zu gründen, weil wir gerade bei nicht berechtigten Schutzsuchenden in dem Moment der Verteilung in die Kommune natürlich eine Situation erleben, (B) in der es immer schwerer wird, die Rückführung zu gestalten.

(Zuruf von der AfD: Das ist genau das, was Sie wollen!)

Deshalb müssen wir besser werden, und zwar in drei Dimensionen. Das hat auch am letzten Sonntag beim Treffen der Staats- und Regierungschefs aus 16 Ländern eine Rolle gespielt. Alle haben gesagt: Als Erstes und Wichtigstes geht es um die externe Dimension. Es geht um die Frage, wie wir Schleusern und Schleppern das Handwerk legen können. Dabei muss folgendes Prinzip gelten: Wenn wir möchten, dass Menschen aus Afrika, die in den meisten Fällen keine Asylberechtigung haben, nicht mehr unter Opferung bzw. Gefährdung des eigenen Lebens, unter Zahlung von viel Geld, unter Unterstützung von kriminellen Strukturen nach Europa kommen,

(Zuruf von der LINKEN: Das ist doch Unsinn!)

dann müssen wir auch mit den afrikanischen Staaten darüber sprechen, wie wir Rückführungen gestalten

(Zuruf von der AfD: Grenzen schließen!)

und vielleicht auch Menschen davon abhalten können, erst durch die Wüste zu gehen und dann ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Wir müssen mit den Menschen sprechen. Wir dürfen nicht einfach nur über die afrikanischen Staaten reden, sondern wir müssen versuchen – so wie mit der Türkei –, mit den afrikanischen Staaten Abmachungen zu (C) treffen, die auch zu ihrem Wohle sind, zum Bespiel mit Blick auf legale Studienplätze und Arbeitsmöglichkeiten. Das geht nicht über die Köpfe Afrikas hinweg, sonst wird das keinen Erfolg haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Was immer wir tun, wir werden es in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und mit der Internationalen Organisation für Migration tun. Meine Damen und Herren, wir werden den Grenzschutz stärken; darüber habe ich schon gesprochen. Das ist die zweite Dimension.

Die dritte Dimension ist: Wir werden natürlich auch die sogenannte Sekundärmigration stärken – –

(Zuruf von der AfD: Ja, genau! – Gegenruf von Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte!)

besser ordnen und steuern müssen. – Mein Gott! Echt mal!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Zuruf von der AfD: Diese unglaubliche Arroganz!)

Denn es müssen zwei Dinge gelten. Das Erste ist: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, können sich nicht das Land innerhalb der Europäischen Union aussuchen, in dem sie einen Asylantrag stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So weit sind wir uns ja einig.

(D) Zweitens können wir auch nicht die Länder, in denen alle Ankünfte stattfinden, völlig alleinelassen. Das ist doch die Krux der Dublin-III-Verordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie haben die doch alleingelassen!)

Deshalb brauchen wir eine Fortentwicklung. Deshalb müssen wir, solange das mit 28 Mitgliedstaaten nicht geht, natürlich überlegen, wie wir in einer Koalition von willigen Ländern bessere Regelungen treffen können. Meine Maxime dabei heißt aber: nicht unilateral, nicht unabgestimmt und nicht zulasten Dritter, sondern im Gespräch mit Partnern. Genau das ist das, was wir in den letzten Tagen gemacht haben und worüber ich dann nach dem Rat auch berichten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist sicherlich keine perfekte Lösung, aber ein Anfang für eine Steuerung und Ordnung auch der Sekundärmigration, an der man auch danach wird weiterarbeiten müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

So haben wir doch immer gearbeitet.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Genau!)

Das EU-Türkei-Abkommen ist doch auch keine unilaterale Maßnahme, sondern es ist eine abgestimmte Maß-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A)

nahme. Ich hoffe, dass wir jetzt auf dem Europäischen Rat die zweite Tranche für die weiteren 3 Milliarden Euro zusammenbekommen, damit wir dann wirklich sagen können: Wir helfen der Türkei bei der Bewältigung der Herausforderung von über 3 Millionen syrischen Flüchtlingen. Bei aller Kritik an der Türkei ist das eine großartige Leistung, die die Türkei vollbringt, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genauso hat Italien ein Recht darauf, dass der EU Trust Fund für Afrika besser bestückt wird. Auch hier fehlt Geld, und auch das muss verbessert werden.

Es ist also notwendig, hier weiterzuarbeiten. Ich werde das in den nächsten Stunden auch tun und dann an entscheidender Stelle natürlich auch darüber berichten, zuvorderst in der Koalition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa hat viele Herausforderungen, aber die der Migration könnte zu einer Schicksalsfrage für die Europäische Union werden.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Ist es schon längst!)

Entweder wir bewältigen das, und zwar so, dass man auch in Afrika und anderswo daran glaubt, dass uns Werte leiten und dass wir auf Multilateralismus und nicht auf Unilateralismus setzen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B)

oder aber niemand wird mehr an unser Wertesystem glauben, das uns so stark gemacht hat. Und deshalb geht es um vieles.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD – Jürgen Braun [AfD]: Elf Minuten! Nicht aufhören!)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Dr. Alexander Gauland.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alexander Gauland (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frau Bundeskanzlerin hat soeben wieder einmal eine Welt- und Werteordnung beschworen, die man ja vielleicht noch herbeisehnen, die Deutschland aber nicht mehr herbeiführen kann.

(Beifall bei der AfD)

Ja, Frau Bundeskanzlerin, die Welt war schon übersichtlicher: im Osten die Bösen, im Westen die Guten. Doch dieses Zeitalter der Einfachheit ist endgültig vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der amerikanische Präsident folgt seinen Interessen – seinen handelspolitischen in Kanada, seinen strategischen in Singapur. Wir werden uns also daran gewöhnen müssen, dass nicht ein gemeinsames Wertefundament, sondern Interessenübereinstimmung den Ausschlag für Zusammenarbeit oder eben Gegnerschaft gibt. Das bedeutet, dass die gute alte Staatsräson der Maßstab für Erfolg oder Misserfolg sein muss – und nicht, ob die innere Verfasstheit eines Landes unseren Werten entspricht. Wenn es Trump gelingt, die koreanische Halbinsel zu denuklearisieren, war es richtig, was er begonnen hat – gleichgültig, ob sich das nordkoreanische Regime nun liberalisiert oder nicht.

(C)

Wir sind, meine Damen und Herren, zurück in einer multipolaren Weltordnung, in der es keinen außenpolitischen Mehrwert verspricht, wie zu Zeiten der Heiligen Allianz die Legitimität, also diesmal die demokratische oder menschenrechtliche, zum Maßstab unseres Handelns zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Solche Ansätze waren immer zum Scheitern verurteilt: die Präsident Wilsons nach 1918 ebenso wie die der frühen Bundesrepublik in den 50er- und 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Ja, Frau Bundeskanzlerin, die NATO und die transatlantische Partnerschaft bleiben Eckpunkte deutscher Außenpolitik, aber sie müssen ergänzt werden: durch eine kluge und realistische Einbindung derjenigen Mitspieler, die von einem anderen Wertefundament aus, ihrer Staatsräson folgend, Außenpolitik formulieren. „Realpolitik“ nannte man das früher. Auch wenn es uns, den gern die Welt verbessernden Deutschen, schwerfällt: Wir werden ihr wieder folgen müssen.

(D)

(Beifall bei der AfD)

Und, meine Damen und Herren, das gilt cum grano salis auch für Europa. Natürlich verbindet uns mit unseren europäischen Nachbarn ein gemeinsames Wertefundament. Doch das ersetzt nicht die nationalen Interessen. Viele Länder sind der Ansicht, dass man seine Haustür eben doch abschließen und nicht jedermann hereinlassen sollte.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen [SPD]: *Sie* wollen wir auch nicht reinlassen!)

Wenn die Frau Bundeskanzlerin von einer europäischen Lösung des Flüchtlingsproblems träumt, dann weiß sie natürlich, dass ihr Traum keinen Niederschlag im Handeln, sagen wir, Italiens, Frankreichs oder Dänemarks und erst recht nicht Polens oder Ungarns findet.

Lassen Sie uns doch einmal eine europäische Lösung andenken, Frau Bundeskanzlerin. Es gibt drei Grundtatsachen der Migrationskrise: Diejenigen, die es zu uns schaffen, sind die Stärksten, nicht die Schwächsten. Die Migration schadet uns deutlich mehr, als sie uns nutzt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Andrea Nahles [SPD]: Blödsinn!)

Mit einem in Afrika ausgegebenen Euro lässt sich 20 Mal mehr bewirken als mit einem hier ausgegebenen Euro.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alexander Gauland

(A) Schließen wir also die Grenzen, steigen wir aus allen Resettlement-Programmen aus, und helfen wir denen, die tatsächlich Hilfe brauchen, an Ort und Stelle!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dafür könnten Sie einen europäischen Hilfsfonds auflegen. Wir haben nicht das Geringste dagegen, Menschen in Not zu helfen. Aber hören Sie auf, Probleme ohne Ende in unser Land zu importieren. Dagegen sind wir.

(Beifall bei der AfD)

Als Sie, Frau Merkel, 2015 dem damaligen Innenminister und der Bundespolizei die durchaus mögliche Grenzschließung verweigerten, handelten Sie auch nicht europäisch. Ganz im Gegenteil: Sie bevorzugten den nationalen Alleingang, den Ihnen die übrigen Europäer übelnahmen, weshalb diese auch keine Bereitschaft zeigten, die Merkel-Flüchtlinge nach Quoten bei sich aufzunehmen.

(Beifall bei der AfD)

Frau Bundeskanzlerin, Sie rufen Europa zu Hilfe, wie es Ihnen passt. Doch die Europäer lassen sich nicht kujonieren. Und sie sind auch nicht bereit, Ihre Buntheit, die Morde, Messerattacken und sexuelle Belästigung einschließt, in ihre Länder zu integrieren.

(Beifall bei der AfD)

Im Vergleich zu Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, nimmt der Innenminister wenigstens im Ansatz deutsche Interessen wahr –

(B)

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist schon mal heute nicht da! So wichtig scheint ihm das nicht zu sein! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist er eigentlich?)

spät zwar, aber hoffentlich nicht zu spät. Es wäre natürlich die bizarre Schlusspointe Ihrer unseligen Amtszeit, wenn Sie den Innenminister entließen, weil er an den Landesgrenzen das geltende Recht wieder durchsetzt.

(Beifall bei der AfD)

Ich hoffe, wir werden das nicht erleben.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Andrea Nahles.

(Beifall bei der SPD)

Andrea Nahles (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beste Form der Realpolitik für Deutschland ist die europäische Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

(C) Die europäische Zusammenarbeit ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Wohlstand in diesem Land. Der gemeinsame europäische Markt, die gemeinsame Währung, Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gemeinsame Produktstandards, gemeinsame Regeln für den Binnenmarkt, eine gemeinsame Außenhandelspolitik, eine europäische Bildungs- und Forschungsgemeinschaft: Auf all das sind wir absolut angewiesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jede Investition in die europäische Zusammenarbeit ist in unserem absolut ureigenen Interesse. Deutschland profitiert wie kein anderes Land von der Existenz der Europäischen Union. Deswegen sage ich: Europäische Zusammenarbeit ist nichts Großherziges, sondern etwas Großartiges für unser Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lange Zeit war das eine gemeinsame Sichtweise: hier in diesem Hohen Haus und auch im Kreis der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Bayern auch!)

Das ist heute anders. Rechtspopulisten in Parlamenten und Regierungen verfolgen eine brandgefährliche Politik. Nach „America first“, „Hungary first“ und „Austria first“ hört man jetzt schon: „Deutschland zuerst“. Einfaches Muster: die eigenen Interessen möglichst rücksichtslos und kompromisslos vertreten, um Punkte zu machen. Dieser Ansatz ist schon historisch falsch gewesen, und er ist jetzt umso mehr falsch, weil wir eigentlich hätten lernen müssen aus dem, was hier in Deutschland passiert ist und von Deutschland ausgegangen ist.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wer rücksichtslos und kompromisslos handelt, schürt Konflikte und verschärft die Probleme. Man kann doch das Muster erkennen. Es zeigt sich jetzt in den USA bei dem dort losgetretenen Handelsstreit: Mit seiner Zollpolitik ruft Trump Reaktionen hervor, die seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern schaden. Dann stellt er das fest, und dann wird die Reaktion noch weiter verschärft, und er heizt den Konflikt weiter an. Verbesserungen für die Menschen: Fehlanzeige.

Die Folgen einer solchen Politik sind nur Konfrontation und Zerstörung. Deswegen fordere ich uns alle hier in diesem Hause auf, uns dieser Entwicklung überall auf der Welt entgegenzustellen. Das muss die Politik dieser Bundesregierung und dieses Hohen Hauses sein:

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Nahles

(A) nicht klein beigeben vor den Europakritikern, sondern groß ausholen.

(Lachen bei der AfD)

Wir werden die europafeindlichen Kräfte nicht zurückdrängen, indem wir uns zurückziehen,

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Nein! Sie werden zurückgezogen!)

sondern indem wir die Vorteile Europas offensiv ausspielen.

Darum geht es im Übrigen auch beim Europäischen Rat, und darum ist es auch in den letzten Wochen gegangen, als in mühevollen Verhandlungen, auch zwischen Bruno Le Maire und Olaf Scholz, mit der Meseberger Erklärung eine Grundlage geschaffen wurde.

Die Vorteile Europas offensiv ausspielen: Darum geht es jetzt, wenn wir sagen, dass gemeinsame Regeln verhindern, dass Staaten sich bis zur Handlungsunfähigkeit verschulden müssen, um sogenannte systemrelevante Banken zu retten. Das ist doch etwas. Kontrolle und Steuerung im Finanzsektor gehen doch nur europäisch. Anders geht es doch gar nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darum geht es auch, wenn wir die Finanzkraft der Euro-Staaten nutzen, um uns gegenseitig in Krisenzeiten Sicherheit zu geben, wie wir es zum Beispiel im Zusammenhang mit der europäischen Rückversicherung für die nationale Arbeitslosenversicherung überlegen. Kontrolle und Steuerung gehen auch hier nur europäisch.

(B)

Die Vorteile Europas offensiv ausspielen: Darum geht es auch bei dem Investitionshaushalt für die europäische Infrastruktur. Ein Beispiel: Deutschland hat 57 Grenzübergänge im Schienenverkehr. Davon sind überhaupt nur 25 elektrifiziert – drei in Richtung Osteuropa – und damit für den Güterverkehr geeignet. An allen anderen Übergängen müsste man eine Diesellok vorspannen, um überhaupt die Grenze überqueren zu können. Das ist doch ein Skandal im Europa 2018.

(Beifall bei der SPD – Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Deutschland!)

Das ist meiner Meinung nach die Zukunftsaufgabe, die wir an den deutschen Grenzen wirklich regeln müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sich im Wettbewerb mit China und den USA richtig aufstellen bzw. im Wettbewerb mit dieser ganzen Weltregion: Auch das geht eben nur europäisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So sieht es im Übrigen auch in der Flüchtlingspolitik aus. Es gibt nicht *die* nationale oder *die* europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik. Es gibt Aufgaben, die wir national regeln müssen, zum Beispiel das BAMF zu reformieren,

(C)

(Martin Hebner [AfD]: Hört! Hört!)

AnKER-Zentren oder auch mal das Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Das sind Sachen, die wir national regeln müssen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt Fragen, die wir national entscheiden können, die wir aber auch mit unseren europäischen Partnern absprechen und koordinieren müssen, wie zum Beispiel die Rückführung woanders registrierter Flüchtlinge. Und es gibt Fragen, die wir nur gemeinsam zufriedenstellend regeln können, als gesamteuropäische Lösung, wie zum Beispiel die Sicherung der Außengrenzen, die Reform von Dublin und die solidarische Aufgabenteilung in Europa.

Die Regierungen und das Europäische Parlament – Frau Merkel hat darauf hingewiesen – sind im Übrigen schon längst dabei, diese Fragen zu besprechen, nicht erst seit dem Streit zwischen den Unionsparteien. Fünf von sieben europäischen Vorhaben für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik haben das Europäische Parlament nämlich bereits erreicht. Nichts hat sich an der Sachlage in der Flüchtlingspolitik seit Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am 12. März dieses Jahres verändert. Wir haben detaillierte Vereinbarungen im Koalitionsvertrag getroffen, um Steuerung und Kontrolle in der Flüchtlingspolitik zu sichern.

(D)

Wir können sowohl national als auch europäisch handeln. Das muss jetzt auch geschehen. „Streit einstellen, handeln!“ ist mein Appell.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die SPD begrüßt, dass auf dem NATO-Gipfel im Juli eine gemeinsame Erklärung zur NATO-EU-Zusammenarbeit verabschiedet werden soll. Sich gegenseitig Sicherheit verschaffen durch ein solidarisches Unterstützungsabkommen: Dieses Prinzip finde ich mustergültig. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen – das bewegt sich auch auf der Grundlage des Koalitionsvertrags –, die Verteidigungsausgaben hierfür bis zum Jahr 2024 auf 1,5 Prozent unserer Wirtschaftskraft anzuheben. Das ist ein wichtiges Zeichen auch in Richtung NATO. Jetzt müssen aber auch die eigenen Hausaufgaben gemacht werden. Die gravierenden Managementprobleme der Bundeswehr müssen dringend behoben werden, auch um unseren Beitrag für die europäische Sicherheit überhaupt leisten zu können; das ist nämlich der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bundeskanzlerin – ich hätte auch gerne den Bundesinnenminister begrüßt –,

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Nahles

(A) die Bundesrepublik Deutschland hat international eine herausragende Verantwortung als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, als größtes Mitgliedsland in Europa, als Mitglied der NATO und in den kommenden zwei Jahren auch als Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Um uns herum agieren zunehmend autoritäre Herrscher, die ihre Macht auf Jahre und Jahrzehnte festlegen und versuchen, die europäische und die internationale Politik zu ihren Gunsten zu verändern. Dass wir in dieser Situation nur 100 Tage nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung in einer handfesten Regierungskrise stecken, darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD unterstützt daher Sie, Frau Merkel, dabei, auf der europäischen Ebene an Lösungen für die dort zu lösenden Fragen zu arbeiten. Wir unterstützen übrigens auch den Innenminister, national die Vorhaben umzusetzen, die wir gemeinsam verabredet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch immer bereit, neue Fragen zu klären, wenn wir sie denn kennen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, das ist ein Phantom!)

Die SPD handelt aus der tiefen Überzeugung, dass Europa eine stabile und proeuropäische Bundesregierung braucht. Und wir handeln aus der tiefen Überzeugung, (B) dass Deutschland umgekehrt eine handlungsfähige und solidarische Europäische Union braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, werden Sie Ihrer nationalen und internationalen Verantwortung gerecht, bevor es zu spät ist. Das ist an alle gerichtet, aber besonders an die Unionsparteien.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Christian Lindner.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Blick in die Welt ist in diesen Tagen verstörend: die Entwicklung in der Türkei, die Handelsauseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten, der Handelskrieg zwischen den USA und China und Weiteres mehr. In dieser Lage wäre eine stabile deutsche Regierung ein Wert an sich.

(Beifall bei der FDP)

Selten aber habe ich gehört, dass die Partei- und Fraktionsvorsitzende einer Koalitionspartei, wie es die SPD (C) ist, hier vor der deutschen Öffentlichkeit darlegt, dass in wesentlichen Fragen der Regierungspolitik der Koalitionspartner nicht eingebunden ist. Sie haben hier gesagt, dass Sie beispielsweise den Masterplan nicht kennen, Frau Nahles. Ich kann Ihnen aus der Geschichte der FDP sagen: Auch wir hatten Phasen, wo wir in zentrale Vorhaben des Regierungshandelns nicht voll eingebunden waren. Wie das endet, kann ich bezeugen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Migration ist ein exklusives Thema, ein Thema, das Gesellschaften sprengen kann, ein Thema, das Regierungen sprengen kann, und ein Thema – das lernen wir dieser Tage –, das auch Parteien sprengen kann. Frau Bundeskanzlerin, mit den technischen Formulierungen, die Sie hier heute in dieser Frage gewählt haben, ist es Ihnen in den letzten Jahren nicht gelungen, unsere Gesellschaft zu beruhigen, und ganz offensichtlich ist es Ihnen in den letzten Wochen auch nicht gelungen, Ihre eigene Parteienfamilie zu beruhigen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben gesprochen über den Bin-Laden-Leibwächter. Der Fall ist doch seit Jahren bekannt. Warum haben Sie nicht persönlich die diplomatischen Zusicherungen eingeholt, dass dieser Mann abgeschoben werden kann?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben nicht gesprochen über diejenigen, die bereits hier sind, und ihre Integration. (D)

Was Sie getan haben: Sie haben noch einmal den nicht bekannten Masterplan erwähnt. Deutschland wartet auf diesen Masterplan – auf 62 Maßnahmen warten wir –, weil eine einzige bekannte Maßnahme umstritten ist. Und dann stellen Sie sich hier vor das Parlament und fordern die Länder auf, bei den AnKER-Zentren endlich zu kooperieren. Ich darf Ihnen aus unseren Regierungsbeteiligungen in den Ländern versichern: Die wären bereit zur Kooperation, wenn sie denn wüssten, was der Innenminister will.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb: Sorgen Sie doch dafür, dass die Regierung in dieser Frage eine Position vertritt und Länder

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Die haben das doch mitverhandelt! Die wissen doch, was drinsteht! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das wird doch alles auf der Innenministerkonferenz vorgestellt!)

wie beispielsweise Niedersachsen mit Herrn Pistorius oder Nordrhein-Westfalen mit unserem Parteifreund Stamp einbindet. Berufen Sie einen nationalen Migrationsgipfel ein, um über diese Managementfragen zu sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass das Thema Migration, das uns noch lange beschäftigen wird, nicht alleine die politische Tagesordnung bestimmt. Digitalisierung, Bildung, die Si-

Christian Lindner

(A) cherung unseres Wohlstands und anderes mehr, das sind wichtige Fragen, die nicht auf Dauer von dringlichen Fragen verdrängt werden dürfen. Deshalb wünschen wir uns Handlungsfähigkeit der Regierung in diesem Feld.

(Beifall bei der FDP)

Die Migration ist – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das gesagt; Frau Kollegin Nahles auch – eine europäische Herausforderung. Die Antwort auf das zu lösende Migrationsproblem beginnt mit dem Wort „Europa"; da stimmen wir vollkommen überein. Wir wollen einen Kontinent ohne Binnengrenzen. Wir wollen einen Kontinent ohne Schlagbäume.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Detlef Müller [Chemnitz] [SPD])

Damit aber Europa ein Raum der Freiheit ohne Grenzen bleibt, brauchen wir endlich Kontrolle an der Außengrenze und eine Ordnung im Inneren.

(Beifall bei der FDP)

Dafür machen wir uns stark.

Das alles ist nicht einfach. In den vergangenen Jahren – nicht nur in den vergangenen zweieinhalb Jahren seit dem Flüchtlingssommer 2015; das Problem besteht ja länger – hat es keine Durchbrüche gegeben. Das ist auch nicht leicht. Die Mittelmeeranrainerstaaten wollen nicht alleingelassen werden, und es gibt auch Mitglieder der Europäischen Union, die die Vorteile der Freizügigkeit nutzen wollen, aber selbst keine Beiträge leisten wollen, wenn es darum geht, die Flüchtlingsfrage zu lösen.

(B) Deutschland hat die mangelnde Funktionsfähigkeit von Dublin III kompensiert. Dublin III funktioniert nicht, und Deutschland hat deshalb seit 2015 die Hauptlast getragen. Das hat unser Land, Frau Bundeskanzlerin, an alle seine Grenzen geführt. Das muss enden. Deshalb kann diese Politik jetzt nicht fortgesetzt werden; deshalb muss es jetzt eine europäische Lösung geben.

(Beifall bei der FDP)

Nötig, wünschenswert und sinnvoll ist eine europäische Lösung; aber nötigenfalls muss übergangsweise altes Recht wieder angewendet werden, um zu signalisieren, dass Deutschland die Sonderrolle der vergangenen Jahre nicht auf Dauer fortsetzen kann.

(Beifall bei der FDP – Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn nun?)

Das ist das, was wir uns wünschen. Frau Merkel, Sie haben geschlossenes Auftreten der EU gefordert. Wichtig wäre, dass zunächst einmal Deutschland in der EU geschlossen auftritt. Denn richtig wäre die Position, eine europäische Lösung anzubieten und anzukündigen, notfalls altes Recht wieder anzuwenden, solange und soweit es sie nicht gibt.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was meinen Sie mit „altes Recht"?)

Aber statt dieser Verhandlungsposition erleben wir Drohungen, Ultimaten, Endzeitstimmung. Es wird davon gesprochen, es gebe ein Ende des geordneten Multilateralismus, und man weiß nicht, ob das bei Herrn Söder eine (C) Beschreibung oder eine Forderung ist. Damit, mit dieser Uneinigkeit der Regierung, wird Deutschlands Verhandlungsposition in Europa geschwächt. Oder, um es anders zu sagen: Die CSU hat Frau Merkel und Deutschland in Europa erpressbar gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Prognose ist: Es wird jetzt keine Durchbrüche geben – die wird es nicht geben –, auch wegen der innenpolitischen Situation in Deutschland. Und dennoch wird die CSU beidrehen. Wir werden wieder öffentliche Harmoniebekundungen erleben, Interpretationsübungen, warum die vielleicht auch unvollkommenen Gipfelergebnisse doch nicht zu Ministererlassen führen müssen. Die staunende Öffentlichkeit wird das wahrnehmen und wird sich fragen: Was ist eigentlich in den letzten Wochen für ein Theater gespielt worden? Das kennen wir: aus höchsten Staatsämtern heraus mit parteipolitischen Motiven die Stimmung anheizen, um danach beizudrehen und wieder zur Vernunft kommen zu wollen. – Das ist die Methode David Cameron, und ich warne die CSU davor, sich ihn als Vorbild zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Die Migration bestimmt auch diese Debatte, die innenpolitische Diskussion, und darüber nehmen wir überhaupt gar nicht wahr, was sich im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion vollzieht.

(D) (Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Gute Sache!)

Griechenland bekommt de facto ein viertes Paket, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und CSU. Das, was wir an Veränderungen bei den Schulden sehen, hat den Charakter eines vierten Pakets. Es gibt auch weiter Monitoring – Sie nennen es nicht so –, und der Internationale Währungsfonds ist raus. Das ist eine Positionsverschiebung. Wir bekommen einen Euro-Zonenhaushalt, ein Investivbudget,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

möglicherweise erstmalig sogar mit einer eigenen Steuer der Europäischen Union bzw. der Euro-Zone.

(Andrea Nahles [SPD]: Nein! Das haben Sie nicht verstanden!)

Und da wird gesagt – Frau Nahles und Frau Merkel sagen das allenthalben –: Wir machen das für mehr Konvergenz, für mehr Zusammenhalt. – Das Ergebnis ist: Zwei Drittel der Finanzminister der Euro-Zone lehnen diesen Investivhaushalt ab. Sie sprechen von einem Programm, von einer Politik, um Europa zusammenzuführen. Jetzt vor diesem Gipfel haben wir erlebt: Es ist ein Programm der Spaltung, weil es keine Einigkeit in dieser Frage gibt.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner

(A) Und zum Schluss: Der Europäische Stabilitätsmechanismus, jener zeitweilig aufgespannte Rettungsschirm, wird perpetuiert zu einem Währungsfonds.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Hervorragend!)

Da sind wir dabei, aus dem ESM einen Währungsfonds zu machen. Aber er soll nun ausgestattet werden mit Möglichkeiten, dass einzelne Staaten finanziert werden bei sogenannten asymmetrischen Schocks, auch wenn die Integrität der Währungsunion insgesamt nicht gefährdet ist.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ja! – Ulli Nissen [SPD]: Krisenprävention!)

Und dann wird als Beispiel genannt: Irland nach dem Brexit.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ja!)

– Da sagt Carsten Schneider: Ja. – Ich hatte den irischen Außenminister vor 14 Tagen hier im Büro zu Gast,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Buh!)

habe ihn gefragt: Wissen Sie eigentlich, dass Sie im Deutschen Bundestag als Beispiel dafür herhalten müssen, dass man sich für asymmetrische Schocks wappnen müsste? Da sagte er: Unsere Wirtschaft ist in Balance. Wir brauchen das nicht.

Sie machen es nicht für Irland und für asymmetrische Schocks;

(B)

(Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Sie tun den Beppe Grillos und Silvio Berlusconis in Europa einen Gefallen,

(Beifall des Abg. Dr. Christoph Hoffmann [FDP])

die die fortwährende Krise ausrufen, um wieder unfinanzierbare, unhaltbare Wahlkampfversprechen zu machen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Peinlich!)

Das macht Europa nicht stärker.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dieser Gipfel, der heute und morgen in Europa stattfindet, findet in einer angestrengten Situation und in einer aufgewühlten Welt statt. Wenn wir die neuen Nachrichten vom amerikanischen Präsidenten hören – alles natürlich über Twitter – nach dem Motto „Handelskriege sind gut, weil man kann sie gewinnen“, dann kann ich nur

(C) sagen: So wird die Welt nicht besser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Wir haben nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg gelernt, dass Deutschland nie mehr allein in Europa stehen kann. Wir haben daraus die Lehren gezogen, dass wir ein Europa aufbauen wollen in der festen Gewissheit: nie wieder Krieg aus Europa, nie wieder Krieg in Europa,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

eine gute Zukunft vor allem für die heranwachsende junge Generation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Theurer [FDP])

Wenn ich in der Zeit zurückblicke als jemand, der zur ersten Nachkriegsgeneration nach dem Zweiten Weltkrieg gehört, habe ich manchmal den Eindruck, dass diejenigen, die jetzt besonders Europa kritisieren, gar nicht verstanden haben, was für eine große Kraftanstrengung notwendig war, um diese Einheit und die Friedensvoraussetzung in Europa zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Michael Theurer [FDP])

(D)

Sie zerstören etwas,

(Fabian Jacobi [AfD]: Sie zerstören!)

was auch für sie wichtig ist, nämlich Frieden in unserer Region zu halten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europa ist die große Friedensgarantie, aber auch die Wohlstandsgarantie. Natürlich haben wir in Europa noch eine Menge Aufgaben vor uns, weil wir auch innerhalb der Euro-Zone nicht alle auf dem gleichen Stand sind. Natürlich ist es richtig, Frau Bundeskanzlerin, dass man sich darum bemüht, dass wir in Europa möglichst alle auf einen entsprechenden Stand kommen. Aber da würde ich mir dann wünschen, dass die Regeln, die wir uns gegeben haben, um dieses Ziel zu erreichen, von allen in gleichem Umfang ernst genommen werden. Nur wenn wir uns an die Regeln halten, die wir uns in Europa gegeben haben, werden wir auf einen guten Weg kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Klar ist auch – das habe ich schon einige Male an diesem Rednerpult gesagt –: Europa muss die Aufgaben, die von Europa verlangt werden und die nur von Europa gelöst werden können, auch erfüllen. Natürlich weiß ich, dass bestimmte Dinge Zeit brauchen, aber: Die Sicherung der Außengrenzen muss ernsthaft angegangen wer-

Volker Kauder

(A) den. Frontex muss gestärkt werden. Dafür sind wir bereit zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Roland Hartwig [AfD]: Wer glaubt Ihnen denn? Niemand!)

Ich hoffe, dass die Botschaft jetzt ankommt: Wir wollen ein Europa ohne Binnengrenzen. Aber dann brauchen wir ein Europa mit geschützten Außengrenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ihr regiert doch! – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das hören wir seit Jahren!)

– Dass Sie dazu keinen Beitrag leisten, ist überhaupt nichts Neues. Deswegen brauchen Sie sich auch gar nicht aufzuregen.

(Widerspruch bei der AfD – Fabian Jacobi [AfD]: Unverschämtheit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Aufgaben, die Europa leisten muss, gehört auch, dass wir eine gemeinsame Außenpolitik gestalten. Die Herausforderungen in der Welt sind groß. Da kann es nicht sein, dass wir in Europa nicht mit einer Stimme sprechen. Mit dem Sitz im Weltsicherheitsrat, den Deutschland jetzt hat, besteht nun die Möglichkeit, Europa zusammenzubinden und diejenigen, die einen dauerhaften Sitz haben, zu einer gemeinsamen Handlungsoption zu bringen. Lieber Herr

(B) Lindner, wir sind nicht handlungsunfähig, aber es wäre schon eine schöne Botschaft, wenn in den nächsten zwei Jahren im Sicherheitsrat die Vertreter aus Europa mit einer europäischen Stimme sprechen und entsprechend agieren würden. Das würde uns stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wenn wir uns die Situation in Deutschland anschauen, muss man wirklich sagen: Wir stehen gut da, was nicht heißt, dass wir nicht noch das eine oder andere Problem zu lösen haben. Eines will ich deutlich machen, weil da ein bisschen Kritik aufkam über die Diskussionen, die wir in der Union führen:

(Christian Lindner [FDP]: Bisschen Kritik über Diskussionen? Das ist die Untertreibung des Jahrhunderts!)

Ich erinnere mich sehr genau an die Diskussionen, die Sie in der FDP auch schon geführt haben. Da würde ich mal nicht mit Steinen auf andere werfen,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Da hat er doch darauf hingewiesen! – Christian Lindner [FDP]: Und zu was hat es geführt?)

sondern in die eigenen Reihen schauen, Herr Lindner.

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst bei der AfD kenne ich das nicht anders, dass es auch mal Diskussionen in der Parteifamilie gibt,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Bei der AfD in jedem Landesverband!)

aber eins will ich klar sagen: Wir haben als Koalition trotzdem unsere Aufgaben gemacht. Ich erinnere an die Beschlüsse im Rahmen des Baupakets: das Baukindergeld, die Städtebauförderung, den sozialen Wohnungsbau. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir unsere Arbeit machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Mit dem Scheckbuch!)

– Herr Buschmann, ich kann schon verstehen, dass es manchmal bitter ist, wenn man den Satz hört und man hätte selbst bei der Lösung dieser Probleme dabei sein können; aber das ist nicht mein Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Lindner [FDP]: Da wollen wir nicht dabei sein!)

Wenn ich die Situation in unserem Land anschaue: Wir wissen ganz genau, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Ich denke an die Situation in unserer Automobilindustrie.

(Grigorios Aggelidis [FDP]: Die Sie zu verantworten haben!)

Wenn die Amerikaner auf unsere Automobile Zölle erheben wollen, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen in

(D) unserem Land. In einer solchen Situation ist es doch nur gut, wenn wir Freunde haben.

(Jürgen Braun [AfD]: Interessen!)

Deswegen finde ich es richtig, dass Deutschland und Frankreich versuchen, ganz eng beieinander zu bleiben, und sich gerade in dieser Situation auch unterstützen. Wir sind auf die Hilfe in Europa angewiesen. Deutschland allein wird es in der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten nicht schaffen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist dieser Gipfel, von dem auch ein Signal der Zusammenarbeit ausgeht, von großer Bedeutung.

Ja, wir wissen alle, dass Europa nicht bedeutet, dass nun alles in Europa gelöst werden muss. Wir haben auch unsere nationalen Aufgaben. Aber zu glauben, dass allein im nationalen Bereich – diese Töne, die aus einer bestimmten Richtung kommen, halte ich für gefährlich – alles gelöst werden kann, hat uns schon einmal in Deutschland in die Irre geführt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen besteht die gesunde Mischung aus dem, was in Europa gemacht werden muss – da muss Europa

Volker Kauder

(A) streckenweise schneller werden; das meine ich auch –, und dem, was in unserem Land in nationaler Verantwortung gemacht werden kann.

(Martin Hebner [AfD]: Tun Sie doch was!)

Ich finde, da haben wir eine richtige Mischung im Koalitionsvertrag formuliert, und daher können wir auch selbstbewusst sagen: Ja, ein neuer Aufbruch für Europa, ein neuer Aufbruch in unserem Land. Wir werden diesem Land mit einer Regierung das zur Verfügung stellen, was notwendig ist für eine gute Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist die Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Sahra Wagenknecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin! Wenn selbst der ehemalige Vizekanzler – immerhin Mitglied einer der Koalitionsparteien – sich inzwischen fragt, ob die handelnden Akteure in dieser Regierung „völlig wahnsinnig geworden“ sind, dann kann man eine solche Kritik als Opposition eigentlich nicht mehr toppen. Deswegen schließen wir uns hier ausdrücklich dieser Frage von Herrn Gabriel an.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Was Sie hier abliefern, ist eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und es ist blamabel gegenüber unseren europäischen Partnern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir würden es ja noch mit Sympathie verfolgen, wenn die Koalition darüber streiten würde, was man gegen die unverändert ansteigende Altersarmut tun kann oder gegen die unverändert dramatische Situation in vielen Krankenhäusern und Pflegeheimen oder gegen den ungebremsten Mietwucher, der nach wie vor Familien aus den Innenstädten verdrängt. Wenn Sie darüber streiten würden, dann hätte man doch wenigstens noch das Gefühl, dass Sie sich mit den realen Nöten der Bevölkerung beschäftigen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber zu all diesen Themen fällt Ihnen leider seit langem schon nichts mehr ein.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Zu Ihnen fällt mir nichts ein!)

Ja, auch Asyl und Zuwanderung gehören zu den Problemen, die die Menschen bewegen. Aber auch da geht es Ihnen doch nicht darum, irgendetwas zum Besseren zu verändern. Es geht doch um nichts anderes als um die Torschlusspanik der CSU vor der bayerischen Landtagswahl und um Symbolpolitik. Das ist doch alles, worum es geht.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Was würde sich denn konkret verändern? Was würde denn die Zurückweisung registrierter Asylbewerber an der deutschen Grenze tatsächlich verändern? Wenn Deutschland im Alleingang beschließt, zurückzuweisen, dann werden andere Länder eben im Alleingang beschließen, nicht mehr zu registrieren. Was haben Sie dadurch gewonnen, außer dass Sie neuen Sprengstoff für die innereuropäischen Beziehungen gelegt haben?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herrn Seehofer kann ich ja leider nicht fragen; aber ich finde, man muss die CSU schon fragen: Nehmen Sie überhaupt noch wahr, dass es noch eine Welt außerhalb von Bayern gibt?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie noch wahr, dass in dieser Welt gerade ein von den USA angezettelter Handelskrieg gefährlich eskaliert, mit Zöllen und mit immer neuen Sanktionsdrohungen, und dass es elementar für unseren Wohlstand sein wird, ob Europa darauf eine gemeinsame Antwort findet oder nicht? Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass in dieser außerbayerischen Welt gerade der nächste Krieg vorbereitet wird, nämlich der Krieg gegen den Iran, und dass die Vereinigten Staaten den Nahen Osten ungeniert weiter destabilisieren mit allen schlimmen Folgen, die dann nicht zuletzt Europa tragen muss?

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sollten Sie nicht ganz vergessen, dass es auf dieser Welt noch ein paar Probleme gibt, die größer sind als der Bayerische Landtag.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Da kommt ihr niemals rein!)

Ja, wenn Sie die Flüchtlingszahlen wirklich reduzieren wollen, dann folgen Sie doch endlich den Vorschlägen, die wir hier immer vorgetragen haben,

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ihre Vorschläge oder die von Frau Kipping? Welche gelten denn jetzt?)

dann hören Sie auf, völkerrechtswidrige Interventionskriege zu unterstützen, die ein Land nach dem nächsten in einen Failed State verwandeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann hören Sie auf, sich von Rüstungslobbyisten schmieren zu lassen und immer neue Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Das sind doch die eigentlichen Ursachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber bei dieser falschen Politik

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Reden Sie von Frau Kipping?)

Dr. Sahra Wagenknecht

(A) ist sich diese desolate Koalition ja leider erschreckend einig;

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das unterscheidet uns ja von den Linken!)

das ist das Kernproblem. Dass Sie inzwischen noch nicht einmal davor zurückschrecken, mit islamistischen Warlords in Libyen, die Menschenrechte mit Füßen treten, die foltern und vergewaltigen, zusammenzuarbeiten,

(Beifall bei der LINKEN)

ist, finde ich, wirklich das Allerletzte.

So erfreulich es ist, dass Sie, Frau Merkel, neuerdings Wert auf europäische Regelungen, auf europäische Lösungen und Abstimmungen mit unseren europäischen Partnern legen, so klar ist auch: Der Scherbenhaufen, vor dem Sie in Europa stehen, ist doch der Scherbenhaufen Ihrer Politik. Sie haben doch das Porzellan zerschlagen und unsere europäischen Partner immer wieder gegen sich aufgebracht – mit Ihren Alleingängen, mit Ihren erratischen Entscheidungen, mit deutscher Selbstgefälligkeit und Rechthaberei. Denken Sie, das haben die anderen vergessen?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Denken Sie, die Mittelmeeranrainer haben vergessen, wie lange sie im Rahmen des Dublin-Systems mit den Flüchtlingen alleingelassen wurden und dass Deutschland damals kein bisschen solidarischer war als heute (B) Ungarn oder Polen?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meinen Sie, unsere Partner wissen nicht mehr, wie selbstherrlich sich die deutsche Regierung während der Euro-Krise aufgeführt hat? Ich darf an den Spruch von Herrn Kauder, in Europa werde wieder deutsch gesprochen, erinnern. Es fällt nicht schwer, sich auszumalen, wie das damals in Rom und Paris angekommen sein muss.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Griechen dürften noch gut in Erinnerung haben, wie Sie und Herr Schäuble ihnen drastische Kürzungsprogramme aufgezwungen haben, die ein ganzes Land in die Armut gestürzt haben, als Preis für Rettungsmilliarden, die vor allem an deutsche und französische Banken geflossen sind.

Und glauben Sie, die Franzosen und Italiener wissen nicht, dass das deutsche Lohndumping unseren Exportkonzernen unlautere Wettbewerbsvorteile verschafft und in ihren Ländern zu Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit führt? Dass heute in vielen europäischen Ländern Wahlen mit Kritik an Deutschland gewonnen werden können, ist doch das Ergebnis Ihrer Politik, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Helmut Kohl hatte schon 2011 in einem Interview davor gewarnt, dass Sie „keinen Kompass“ und auch „keinen Führungs- und Gestaltungswillen“ haben und dass Deutschland im Ergebnis Ihrer Politik irgendwann isoliert dastehen wird. Er hat leider recht behalten. Wenn Sie das ernsthaft korrigieren wollen, dann müssten Sie weit mehr tun, als für europäische Lösungen in der Flüchtlingsfrage zu werben. Dann wäre zum Beispiel ein Mindestlohn von wenigstens 12 Euro statt der mickrigen Steigerung, die gerade wieder beschlossen wurde,

(Beifall bei der LINKEN)

oder ein Verbot der Lohndrückerei mit Leiharbeit und Werkverträgen nicht nur ein Segen für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land, sondern auch ein echter Beitrag zum Zusammenhalt der Euro-Zone.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre letztlich auch wirkungsvoller als Ihr mit Herrn Macron ausgehandeltes Euro-Budget, das der Ökonom Thomas Piketty zu Recht einen vagen, ambitionslosen Kompromiss genannt hat. Piketty schlägt übrigens wie wir zur Finanzierung öffentlicher Investitionen eine Steuer auf die großen Vermögen in der Euro-Zone vor. Und da fragt man sich schon: Weshalb kommen solche Vorschläge eigentlich nie von der SPD?

(Beifall bei der LINKEN)

Weshalb überlassen Sie seit Monaten der Union die Hoheit, die Themen zu setzen, statt auch nur einmal mit einer substanziellen sozialen Forderung den Konflikt zu suchen? (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Union auf Konflikt zu gehen, wäre doch im Übrigen auch außenpolitisch längst überfällig. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat doch recht, wenn er in einem aktuellen „FAZ“-Artikel empfiehlt – ich zitiere –:

> Wenn Amerika aber seine Alleingänge in unserer Nachbarschaft fortsetzen will, dann muss Europa die Nato in ihrer heutigen Form politisch in Frage stellen und seine eigenen, unabhängigen außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der LINKEN)

So weit das Zitat von Klaus von Dohnanyi. Für diese Forderung wurden wir von Ihnen regelmäßig als regierungsunfähig beschimpft.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Seid ihr ja auch!)

Aber sie ist doch richtig. Setzen Sie sich doch lieber für solche Forderungen ein, als bedingungslos eine Kanzlerin zu stützen, die im Unterschied zu ihren Amtsvorgängern der US-Politik immer nur kritiklos hinterhergelaufen ist,

(Beifall bei der LINKEN)

die bis heute die Russland-Sanktionen verteidigt und die auf dem NATO-Gipfel den irren Aufrüstungsforderun-

Dr. Sahra Wagenknecht

(A) gen nachkommen will, die für Deutschland Mehrausgaben von über 30 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Das ist übrigens genau der Betrag, der zusätzlich für eine gute Bildung in unserem Land investiert werden müsste, wenn wir diesbezüglich wenigstens den Durchschnitt der OECD-Länder erreichen wollten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber Sturmgewehre und bewaffnungsfähige Drohnen sind Ihnen offenbar wichtiger als zusätzliche Lehrer und gut ausgestattete Schulen. Ich finde, das sagt alles über diese Regierung.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: So ein Unsinn!)

Deswegen brauchen wir endlich einen politischen Neuanfang.

(Beifall bei der LINKEN)

Beenden Sie dieses Konjunkturprogramm für Politikverdruss, das nur dazu führt, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie abwenden. Wir wollen das nicht, und deswegen wollen wir eine andere Politik in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da liefern linke Parteitage auch ihren Beitrag!)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

(B) Jetzt hat das Wort die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Europa steht vor einer Zäsur, und Markus Söder meint, die Zeit des Multilateralismus sei vorbei. Unsere Zukunft ist Europa, und der Nationalstaat sei „ein an sich überlebtes Element“. Herr Dobrindt, das habe ich extra für Sie mitgebracht. Das ist ein Zitat von Franz Josef Strauß. Er hat recht – er hat immer noch recht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Dass Sie Franz Josef Strauß bemühen, ist schon bemerkenswert!)

Ein sicheres, ein wohlhabendes, ein friedliches Deutschland, das gibt es nur in Europa. Das wird von Ihnen, von der CSU insbesondere und von einigen Genossen in der CDU,

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Wir haben keine Genossen!)

nicht gerade befördert. Sie sind doch Regierungsparteien. Sie führen einen Streit um ein Phantom.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Sie führen einen Streit um einen Plan, den Ihre Leute in der CSU beschließen, ohne ihn zu kennen. Das ist unwürdig für die Demokratie schon an sich, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie führen einen Streit auf Grundlage eines Gespenstes und stürzen das Land, stürzen die Regierung in eine Krise.

Man fragt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Was ist eigentlich der Plan? Sie machen sich gemein mit Orban, mit Salvini, mit Strache. Ihre Achse ist inzwischen die Achse der Nationalisten, der Abschotter, der Hasardeure, die Gräben schaufeln und diese immer weiter vertiefen. Es geht Ihnen nicht um den Zusammenhalt in diesem Land. Das ist das Hochgefährliche, das Sie hier gerade betreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Das Gegenteil!)

Wenn die Nationalisten am Werk sind, dann sind sie sich immer einig in der Ideologie: Da geht es immer gegen Europa, da geht es um Abschottung – keine Flüchtlinge – usw. Aber klar ist eben auch: Nationalisten werden niemals kooperieren. Natürlich wird Herr Salvini keinen einzigen zurückgewiesenen Flüchtling aufnehmen. Was Sie machen, das ist Politik der Angst, das ist Politik der Angstmache. Daraus entsteht immer nur noch mehr Angst und niemals mehr Sicherheit. Das ist das Problem. (D) Das ist die Gefahr, vor der Sie stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Sie sind schon längst nicht mehr die Lösung des Problems, Sie sind die Ursache. Das sagt, wen wundert es, inzwischen eine Mehrheit der Bayern. „Was ist das Hauptproblem in Bayern? – Die CSU“, so sagen es die Bayern. Bingo, kann ich da nur sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihnen sollte klar sein: Wenn Ihre Fraktionsgemeinschaft hier bricht, dann sind Sie noch näher dran an der AfD. Ich frage mich gerade, was Herr Kauder eigentlich gemeint hatte, als er sagte, man solle doch jahrzehntelange Errungenschaften jetzt nicht in Gefahr bringen. Meinte er die AfD oder die Kollegen von der CSU in den eigenen Reihen? Diese Frage muss man doch mal stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber der Riss geht inzwischen ja durch die gesamte Union. Das macht mir noch mehr Sorgen. Wir haben in den letzten Tagen Reden gehört, auch hier in diesem Parlament, bei denen man merkte: Da war der Geist schon aus der Flasche. Da ging von einem Abgeordneten der

Katrin Göring-Eckardt

(A) CDU nach seiner Rede ein Augenzwinkern zu Herrn Gauland, so nach dem Motto: Habe ich doch prima gemacht.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Habe ich gar nicht gemerkt! Da muss ich geschlafen haben!)

– Doch, Herr Gauland, Sie haben das sehr wohl bemerkt und haben auch entsprechend reagiert. – Da wird von Tourismus geredet – Herr Seehofer war gestern bei „Maischberger“; hier ist er heute offensichtlich nicht –, wenn es um Menschen geht, die gerade der Hölle entkommen sind.

(Jürgen Braun [AfD]: Welcher Hölle?)

Wie weit sind wir in diesem Land eigentlich gekommen, meine Damen und Herren?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Frau Merkel soll jetzt im Rahmen eines Ultimatums einer Regionalpartei innerhalb von 14 Tagen eine Lösung finden. Sind Sie eigentlich von allen guten Geistern verlassen? Europa als Showdown – wo sind wir eigentlich?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist richtig: Frau Merkel, Ihre Politik ist viel zu lang von scheinbar Unvermeidlichem, von Alternativlosigkeit geprägt gewesen, viel zu lange davon geprägt gewesen, dass Sie nicht erklärt und nicht für Ihre Überzeugung gekämpft haben. Es stimmt: Wir teilen vieles nicht, was Sie gemacht oder eben auch unterlassen haben. Ökologisch waren Sie allenfalls lau. Europäisch war es zu wenig Europa. Das ist falsch, und das rächt sich jetzt, erst recht, wenn auf der anderen Seite ein Trump steht, der die Blaupause bildet für Egoismus, für Nationalismus und für Ausgrenzung.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Oh!)

Frau Merkel, Sie haben übersehen, wer wirklich Hilfe braucht; die armen Kinder zum Beispiel. Sie haben sich immer wieder dem rechten Flügel in Ihrem eigenen Laden gebeugt, weil immer noch eins draufgelegt wurde, so nach dem Motto: Sie müssen noch immer angebliche Fehler von 2015 gutmachen. – Das alles kritisieren wir.

Aber ich sage Ihnen auch, was gar nicht geht: Herr Dobrindt, Herr Seehofer, Herr Söder, Ihnen geht es – das steht Ihnen doch auf der Stirn geschrieben – nicht um eine Sachfrage,

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Doch!)

Ihnen geht es darum, dass Merkel wegkommt, damit Sie endlich freie Bahn haben.

(Jürgen Braun [AfD]: Ein gutes Ziel!)

Denn Sie wollen ein anderes Land: Sie wollen ein Land mit Abschottung, mit Egoismus, ohne Kooperation und ohne Zusammenhalt. Deswegen sage ich Ihnen: Besinnen Sie sich endlich! Kommen Sie zur Vernunft, und steigen Sie aus dieser Spirale der Unvernunft aus!

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie setzen gerade alles aufs Spiel für eine einzige billige alte Rechnung. Und weil es jetzt mit den kleinen Verrücktheiten nicht mehr geht – früher hat es ja gereicht, mit der Pendlerpauschale, der Ausländermaut oder der Obergrenze zu kommen – und da das alles nicht mehr funktioniert, drehen Sie jetzt das ganz große Rad. Jetzt geht es um alles. Ich kann Ihnen nur zurufen: Diesen Streit können Sie nicht gewinnen. Sie können ihn nur beenden.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Wir stehen ihnen zur Seite!)

In Richtung Frau Merkel sage ich: Es heißt ja immer, der Klügere oder die Klügere gibt nach. Es kann aber sein, dass, wenn man einmal zu viel nachgibt, dann nur noch die Dummen übrig sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was bedeutet denn das Ende des Multilateralismus? Das heißt, es gibt eben keine Europäische Kommission mehr, die sich darum kümmert, dass man verhandelt. Man sieht doch an den USA, was passiert: Handelskrieg und Unilateralismus. Das heißt, es gilt immer nur das Recht des Stärkeren.

Das Allerwichtigste gerät gerade in Vergessenheit: Es gibt auch keinen unilateralen Frieden. Denn was sind denn die offenen Grenzen in Europa anderes als das Vertrauen, das die europäischen Nachbarn gegenseitig haben? Wir wissen, dass mit der Zurückweisung an Grenzen überhaupt nichts gelöst wird. Die Flüchtlingsfrage ist eine Frage, die wir europäisch, ja global lösen müssen, aber eben nicht durch Abschottung, Frau Merkel.

(D)

Ich frage mich vor allem eines in dieser Debatte, der ich heute die ganze Zeit sehr genau zugehört habe:

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Machen Sie das sonst nicht?)

Wo bleibt eigentlich die Humanität?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie haben hier von Ordnung, von Steuern, von Abschottung und von Sicherheit geredet. Aber es geht um Menschen. Es geht um Menschen, die sich aufs Mittelmeer begeben und dort tagelang rummäandern.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Keiner zwingt sie!)

Und am Schluss sind es die Seenotretter, die kriminalisiert werden. Wo sind wir eigentlich? In welchem Land leben wir hier eigentlich inzwischen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Innenminister, der nicht einmal auf die Idee kommt, dass er jemanden aufnehmen könnte.

Katrin Göring-Eckardt

(A) Wir hören jetzt hier: Dann schickt sie doch zurück nach Libyen. – Nach Libyen? Meinen Sie das wirklich ernst?

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ja! – Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Ja!)

Dort, wo Menschen vergewaltigt und gefoltert werden, wo Menschen sagen: „Wir setzen unser Leben aufs Spiel, weil wir es nicht mehr aushalten können"? Das ist doch zynisch, meine Damen und Herren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Man könnte jetzt einmal ganz nüchtern konstatieren: Herr Seehofer ist seit 100 Tagen im Amt und hat nichts auf die Reihe gekriegt. 100 Beamte langweilen sich in der Heimatabteilung des Innenministeriums.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Die Wohnkrise spitzt sich zu. Den Integrationsgipfel schwänzt er.

(Christian Lindner [FDP]: Zu Veranstaltungen der Bauwirtschaft kommt er auch nicht!)

Die Integration selbst behindert er mit seinen Sprüchen zum Islam.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Integration hat noch nie funktioniert!)

Herr Seehofer, Sie werden sich das ja irgendwann anhören müssen, was hier über Sie gesprochen wird. Ich kann (B) nur eines sagen: Sie sind *Bundes*innenminister. Und dieses Ministerium ist nicht die Nebenwahlkampfzentrale der CSU. Schade, dass man das erst sagen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Von außen betrachtet sieht das, was Sie hier machen, aus wie der helle Wahnsinn. Wir hätten wirklich viel zu tun: in der Pflege, in der Digitalisierung, beim Klimaschutz und, und, und. Herr Dobrindt, ich hätte mir gewünscht, dass Sie, wenn es um die Autoindustrie in Deutschland geht, genauso viel Engagement zeigen, wie Sie es tun, wenn Sie über Asylanwälte reden. Da könnten Sie sich wirklich einmal mit ganzer Kraft engagieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] – Christian Lindner [FDP]: Genau!)

Wenn einem der Wind so richtig ins Gesicht bläst, dann muss man die Segel erst recht setzen und einen klaren Kurs einschlagen. Ich sage Ihnen eins: Es lohnt sich, für die Zuversicht und für die Geborgenheit in Europa zu kämpfen. Es sind viele, die das wollen in diesen Zeiten. Dieses Land und seine Demokratie, seine Zivilität und seine Beharrlichkeit werden durch die Hetzer von der AfD und die Spalter von sonst woher nicht schwächer. Sie werden stärker.

(Lachen des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

(C) Schreiben Sie sich das hinter die Ohren!

Deswegen sage ich noch einmal: Besinnen Sie sich!

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ihre belehrenden Reden will keiner mehr hören!)

Und ich sage Ihnen noch eins: Einigkeit und Recht und Freiheit!

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Und das sagen ausgerechnet die Grünen!)

Anscheinend muss man Sie daran erinnern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt hat das Wort Alexander Dobrindt, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die größte Herausforderung unserer Zeit ist die Globalisierung. Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Zusammenhalt in Europa können wir nur in einem Europa der Einigkeit bewältigen. Unsere nationale Souveränität und unsere kulturelle Identität lassen sich nur dann erhalten, wenn wir auch weiterhin einen starken Schulterschluss mit den Staaten der Europäischen Union halten und für ein gemeinsames Europa kämpfen. Das ist der Traum unserer Vorväter, die (D) für Europa gearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind beides: stolze Europäer und deutsche Patrioten.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Und stolze Bayern!)

Das ist kein Widerspruch, Frau Katrin Göring-Eckhardt. Nein, ob wir Bayern, Niedersachsen, Sachsen oder Saarländer sind – das alles sind die Regionen unserer Heimat, aber Deutschland ist unser Vaterland und Europa die Gegenwart und Zukunft von uns allen. Diese Auffassung sollten wir gemeinsam teilen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaubt Ihnen keiner mehr!)

Und glauben Sie mir: Diese Kombination ist das Rezept gegen all diejenigen, die diese Vision Europas der Vaterländer infrage stellen. Genau das ist das Rezept gegen die Reaktionäre, die unser europäisches Band lösen und zurück ins Nationale wollen, gegen die EU-Romantiker, die einen europäischen Einheitsstaat wollen.

(Zurufe von Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Oh! Oh!)

Das ist das Rezept gegen diejenigen, die uns in eine Sackgasse manövrieren wollen und damit das, was wir

Alexander Dobrindt

(A) uns an nationaler Souveränität, an Wohlstand, an Frieden und Freiheit erarbeitet haben, in Gefahr bringen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Die Sackgasse hat einen Namen: Dobrindt!)

Ja, es stimmt, Frau Göring-Eckhardt, wir orientieren uns an Franz Josef Strauß.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: So ein Quatsch! – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Um Gottes willen!)

Wir orientieren uns bei den Fragen Europas auch an Konrad Adenauer und an Helmut Kohl und an den mit diesen Namen verbundenen Visionen von einem gemeinsamen Europa.

(Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der hat die Binnengrenzen abgeschafft! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das hat er nicht verdient!)

Ich sage Ihnen aber auch: Ich hätte von Ihnen eigentlich mehr als belehrende Worte für uns alle erwartet. Ich hätte erwartet, dass Sie die zentralen Themen Ihrer Politik darstellen und erläutern, wie wir mit Migration, einer der großen Herausforderungen, umgehen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Sie haben bis heute nicht erklärt, was Sie eigentlich meinen mit Ihrem Programm: keine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, weniger Abschiebungen, eine Untergrenze für Flüchtlinge. Was meinen Sie mit einer (B) Untergrenze für Flüchtlinge? 5 Millionen oder 10 Millionen? Wie viele von den 70 Millionen wollen Sie denn hier aufnehmen?

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Alle, Herr Dobrindt! – Zuruf von der AfD: Alle!)

Das, was Sie fordern, ist der Wegweiser zum Kontrollverlust in diesem Land. Das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber sonst geht es Ihnen gut!)

Ja, wir stehen vor einem Gipfel. Zur Vorbereitung dieses Gipfels hat der deutsch-französische Ministerrat in Meseberg Grundlagen beschlossen, die wichtige Elemente enthalten:

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muss es Ihnen schlecht gehen! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sie sind der Gipfel!)

der Weg zur Verteidigungsunion, der Schutz der Außengrenzen,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist eigentlich der Seehofer? – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Diesel!)

eine Zusammenarbeit bei Innovationen, künstlicher Intelligenz und vielem anderen mehr, Bereiche, die wir (C) unterstützen, weil sie zwingend zu einem erfolgreichen Europa gehören.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Künstliche Intelligenz setzt andere Intelligenz voraus!)

Dazu gehört übrigens auch die Weiterentwicklung des ESM zu einem europäischen Währungsfonds. Ja, das ist ein richtiger Weg, den wir gehen müssen. Wir müssen aber darauf achten, dass wir über all diesen Elementen, die ein Vorteil für Europa sein können, nicht die Kontrolle verlieren.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Apropos Kontrolle: Wo ist eigentlich Ihr Innenminister? – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Kontrolle über sich selbst!)

Deswegen ist es für uns so bedeutsam und wichtig, dass die Kontrollrechte des Deutschen Bundestages, auch wenn es um Unterstützungsmittel geht, die in Europa über einen ESM oder einen europäischen Währungsfonds eingesetzt werden, stets erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ja, wir unterstützen das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben:

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was? Das wüsste ich!)

(D) einen Investitionshaushalt für die europäische Gemeinschaft, auch für die Euro-Zone. Wir brauchen ein stärkeres Maß an Investitionen in die Sicherheit, in die Infrastruktur und in die Digitalisierung, aber wir werden auch darauf achten, dass es sich hier nicht um ein Geschäft handelt, das nationale Investitionen einspart und durch europäische Investitionen ersetzt. Wer am Schluss daran glaubt, dass er nationales Geld durch europäisches Geld ersetzen kann, der schafft nicht mehr Investitionen und Innovationen in Europa, sondern der sorgt nur dafür, dass es ein anderer bezahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für das Element, das sich in dem Papier von Meseberg wiederfindet, eines Prüfauftrages für eine europäische Arbeitslosenversicherung. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass sich Arbeitslosigkeit, Konjunktur, Wachstum in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich entwickeln. Deswegen brauchen wir ja diese Investitionen, die wir gemeinsam stemmen wollen; aber wir müssen auch darauf achten, dass es nicht zu einer Fehlentwicklung kommt, die heißt, dass Beitragsgelder deutscher Arbeitnehmer für die Kosten der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern Europas eingesetzt werden.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unterstellung! Sie wissen es besser!)

Alexander Dobrindt

(A) Einer Vergemeinschaftung der Sozialversicherung werden wir nicht zustimmen. Es bleibt dabei: Die Sozialversicherung ist ein nationales Element.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir erleben seit vielen Jahren einen Migrationsdruck an den Außengrenzen der Europäischen Union. Dieser Migrationsdruck, der in Wellenbewegungen stattfindet, der wieder stärker werden kann und vielleicht auch schon wieder stärker wird, kann nur dadurch gesenkt werden, dass wir unsere Außengrenzen schützen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe für Europa. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die parallel neben nationalen Aufgaben, die wir wahrnehmen, stehen muss, um keine Überforderungen im Bereich der Migration zu bekommen. Die aktuelle Situation, die man damit umschreiben kann, dass, wer einmal seinen Fuß auf europäischen Boden setzt, gehen kann in welches Land auch immer er will, ist nicht dauerhaft akzeptabel. Denn in vielen, vielen, in den meisten Fällen – das muss man heute sagen – heißt dieses Land Deutschland.

Meine Damen und Herren, zu dem Hinweis, den ich vielerorts immer wieder gehört habe, wir würden die Mittelmeerländer und die Länder an den Außengrenzen unserer europäischen Gemeinschaft, alleine lassen, sage ich: Das ist schlichtweg falsch. Mehr als die Hälfte aller Migranten, die nach Europa gekommen sind, sind in Deutschland und nicht in den anderen 27 Ländern der Europäischen Union.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Martin Hebner [AfD]: Warum haben Sie das mitgemacht? Warum haben Sie das getan? Regieren Sie doch endlich!)

Deswegen sage ich: Wir haben keinen Nachholbedarf an Humanität innerhalb der Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe der Abg. Ulli Nissen [SPD] und Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Wir begrüßen, dass es Fortschritte gibt auf dem Weg zur gemeinsamen Verantwortung in Europa bei der Migrationspolitik. Beim EU-Treffen am vergangenen Sonntag hat sich Bewegung gezeigt, gerade auch beim Thema Schutz der Außengrenzen. Dass Frontex zu einer europäischen Grenzpolizei weiterentwickelt wird, ist eine absolute Schlüsselfrage, die wir ausdrücklich unterstützen. Das Prinzip „Ohne sichere Grenzen nach außen keine offenen Grenzen nach innen“ ist inzwischen weitestgehend Konsens in Europa.

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Deswegen möchte ich ausdrücklich sagen, dass wir die Bundesregierung bei ihren Bemühungen unterstützen, vor dem Gipfel europäische Vereinbarungen zu treffen, die dafür sorgen, dass wir weniger Migration nach Europa erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Beides gehört zusammen: europäische Lösungen und nationale Maßnahmen. Beides gehört zusammen: ein Marshallplan für Afrika, wie ihn Bundesminister Müller vorgestellt hat, und die Anwendung von gültigem Recht an unseren Grenzen. Beides gehört zusammen, wenn wir uns langfristig auch vor Migration, illegaler Migration schützen wollen. Deswegen bleiben wir dabei, dass wir dafür sorgen müssen, neben den Initiativen auf europäischer Ebene jetzt auch die Anwendung des geltenden Rechts an unseren Grenzen umzusetzen. Das heißt auch, dass diejenigen, die in einem anderen Land in Europa ihr Asylverfahren durchführen müssen, an unseren Grenzen zurückzuweisen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist nichts anderes als die nationale Umsetzung einer europäischen Lösung.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist absoluter Bullshit!)

All denjenigen, die davor warnen, dies zu tun, sage ich: Meine Damen und Herren, unsere französischen Kollegen und Präsident Macron, der ja beileibe nicht unter dem Verdacht steht, ein Antieuropäer zu sein, wenden dieses europäische Recht national an, im letzten Jahr mit über 80 000 Zurückweisungen an den französischen Grenzen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn wir heute nicht in der Lage wären, diese europäische Lösung national zur Anwendung zu bringen, dann stellten wir doch gerade auch zukünftige europäische Lösungen infrage. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine Gemeinsamkeit der europäischen Lösungen und der nationalen Lösungen (D) erreichen. Deswegen wünschen wir der Bundesregierung ausdrücklich viel Erfolg, auch beim Gipfel. Wir begleiten es positiv, europäische Lösungen zu ermöglichen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulli Nissen [SPD]: Das glaube ich nicht, Herr Dobrindt! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man hat eher das Gefühl, Sie sind von Angstschweiß getrieben!)

Wir wollen aber auch die Umsetzung der nationalen Lösungen erreichen. Im Lichte der Ergebnisse des europäischen Gipfels werden wir darüber beraten, welche nationalen Maßnahmen umzusetzen sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Rüdiger Lucassen, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Rüdiger Lucassen (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wer nur ein einzelnes NATO-Treffen betrachtet, steht zu dicht vor

Rüdiger Lucassen

(A) dem Bild. Wer aber einen Schritt zurück macht, erkennt das eigentliche Problem:

(Ulli Nissen [SPD]: Ich sehe das Problem: Sie!)

Die deutsche Regierung sieht überhaupt keine Notwendigkeit, selbstbestimmte Verteidigungspolitik zu machen. Die Regierung sieht sich in der Frage der Verteidigungsausgaben als Getriebene, als Opfer einer politischen Erpressung durch den amerikanischen Präsidenten. Die Bundesregierung tut so, als ob die Amerikaner etwas Unsinniges, gar Unanständiges fordern, und hangelt sich so von Gipfel zu Gipfel. Mit solch einer Haltung kann man keine Verteidigungspolitik machen, die der stärksten Macht in Europa angemessen ist.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland muss führen; das muss auch in der Verteidigungs- und Militärpolitik unser Anspruch sein.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein!)

Der Grund dafür ist einfach: Wenn Deutschland nicht führt, tut es ein anderer. Wir können dann entweder hinterherlaufen oder am Rand stehen. So macht es die Bundesregierung auch bei der sogenannten EU-Verteidigungspolitik. Der französische Präsident ist dort der Taktgeber. Jüngstes Beispiel: eine EU-Interventionstruppe. Präsident Macron hat einen solchen Verband vorgeschlagen, und die deutsche Regierung will mitmachen. Wozu eine solche Truppe dienen soll, wer sie führt und wie nationale Interessen gewahrt bleiben, darauf gibt es (B) keine Antworten der Regierung. Am Ende werden es französische Interessen sein, die mit deutschem Geld und deutschen Soldaten bezahlt werden. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland braucht einen neuen Plan für eine Verteidigungsbereitschaft. Dieser Plan muss drei Bereiche abdecken.

Erstens: die Landesverteidigung als vornehmste Aufgabe des Staates. Sie muss Basis und Maß einer Konzeption zur territorialen Verteidigung sein.

Zweitens: die Bündnisverteidigung. Sie ist eben nicht gleichzusetzen mit der Landesverteidigung, sondern als Ergänzung zu betrachten. Die NATO ist das stärkste Militärbündnis in der Welt. Deutschland ist seit über 60 Jahren Mitglied. Die Bundesregierung muss den in der NATO vereinbarten Beitrag von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Pfui Teufel! Das zeigt, wo Sie stehen!)

Die Bundeskanzlerin – ich hatte sie während der Aussprache zur Regierungserklärung eigentlich noch auf ihrem Platz erwartet – hat vor gut einer Stunde so etwas wie ein Bekenntnis zu dem 2-Prozent-Ziel abgegeben, hat sich dann aber ganz schnell wieder eingefangen und 1,5 Prozent bis 2025 fixiert. Das ist Vertragsbruch.

(Beifall bei der AfD)

(C) Nur mit der Einhaltung seiner Verpflichtungen wird Deutschland seiner Aufgabe als starker Partner im Bündnis gerecht. Denn es ist eben falsch – und das hätte ich gerne der Frau Bundeskanzlerin gesagt –, jetzt auf teure und ineffektive Parallelstrukturen in einer ohnehin zerfallenden EU zu setzen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Kauder – er ist auch nicht mehr da –,

(Abg. Michaela Noll [CDU/CSU] zeigt auf Abg. Volker Kauder [CDU/CSU] hinten im Plenarsaal)

wenn Sie wider besseres Wissen die zentralistische und zentralistisch handelnde EU mit Europa gleichsetzen, dann zerstören Sie in Wirklichkeit die europäische Idee.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Deutschland muss Maßnahmen einleiten, um die Souveränität unseres Staates auch im Frieden sicherzustellen. Dazu gehören unter anderem Bereiche wie der Zivilschutz, ein nationales Rüstungskonzept, die Luftsicherheit, aber eben auch der Schutz unserer Grenzen im Frieden.

(Beifall bei der AfD)

Alle diese Maßnahmen tragen der veränderten Sicherheitslage in der Welt Rechnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

(D) Sie sind jedoch nicht umsetzbar, wenn das verteidigungspolitische Bewusstsein sowohl in unserer Gesellschaft als auch in der Regierung fehlt. Das Ergebnis dieser Verantwortungsverweigerung der Bundesregierung haben wir jetzt: eine kaputtgesparte Bundeswehr, ein schlechtes Verhältnis zu unseren Bündnispartnern und eine Regierung, der die Kraft und der Rückhalt fehlen, die wichtigste Aufgabe eines souveränen Staates zu meistern.

Wir wollen, Frau Bundeskanzlerin – –

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel begibt sich zur Abg. Andrea Nahles [SPD] und spricht mit ihr)

– Ich würde gerne weiterreden, Frau Bundeskanzlerin. Ich finde es schlichtweg unhöflich, was Sie machen.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Reden Sie doch weiter! Mein Gott, was für ein Wichtigtuer! Wollen Sie wieder eine Gedenkminute? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen kein Deutschland in einer Opferrolle; wir wollen Zuversicht. Wir wollen ein Deutschland, das handelt. Wir brauchen einen Plan für eine neue Verteidigungsbereitschaft, und Deutschland braucht eine neue politische Kraft. Unser Land braucht die Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aufrüster für Deutschland!)

(A)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Hartmann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Sebastian Hartmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat sich das mit der Frage des Regierungseintritts ja wahrlich nicht so einfach gemacht wie die Liberalen, die alleine entschieden, dann abgesagt haben und jetzt vom Spielfeldrand schlaue Tipps geben und sich so ein bisschen die Rosinen raussuchen, das, was ihnen gerade passt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber wir haben unsere Entscheidung getroffen und einen Koalitionsvertrag verfasst, in dem der erste Satz lautet: „Ein neuer Aufbruch für Europa“ – ich wende mich jetzt an die Kollegen von CSU – und nicht „Ein neuer *Ab*bruch von Europa“ heißt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Christian Lindner [FDP]: Nach 100 Tagen müssen Sie das schon sagen?)

Wenn man so manche Wortwahl im Innenausschuss oder auch hier im Plenum verfolgt, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass das hier eine sehr ultimative Lage ist. Das Zeitalter der Ultimaten sollte aber vorüber sein, und vor allem sollten nicht Minister der Bundesregierung anderen Mitgliedern der Bundesregierung solche Ultimaten stellen; denn sonst könnte man ja auch umgekehrt einmal überprüfen, ob irgendetwas von dem, das lautstark angekündigt wurde, überhaupt stattgefunden hat. Wenn man vor Rechtspopulisten Angst hat und vor ihnen warnt, gleichzeitig Worte wie „Asylgehalt“ und „Asyltourismus“ verwendet, wird man am Ende selbst zum Rechtspopulisten.

(B)

(Beifall bei der SPD – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Frechheit! – Zuruf von der AfD: Das legen Sie fest?)

Der deutsche Innenminister hat erklärt, in dieser Lage Europas und der Welt handele es sich um insgesamt 100 Personen pro Monat, die möglicherweise von einer nationalen Maßnahme gemäß einem „Masterplan“, der 63 Punkte umfasst, betroffen sind. Dieser Masterplan ist seit etwa 100 Tagen im Raum, aber niemand kennt ihn genau, und die bayerischen Kollegen sagten, es sei so etwas wie das „Bernsteinzimmer der deutschen Innenpolitik“. Der Hauptunterschied ist: Das Bernsteinzimmer hat es gegeben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Am Ende sollte man doch mal die Fakten sprechen lassen: Es wird von 100 Personen gesprochen, und wenn wir das Statistische Bundesamt bemühen, dann wissen wir, dass wir eine Außengrenze von fast 3 900 Kilometern haben. Dann wird die ganze Aufregung doch relativ überschaubar.

(C)

Und wenn man dann auch noch einmal fragt, von wem man sich eigentlich abgrenzen will, möchte ich ein wenig in der Geschichte zurückgehen: Ich erinnere an den 22. November 2005, als Herr Schäuble, CDU, zum Innenminister ernannt worden ist. Ich erinnere an den 28. Oktober 2009, als Thomas de Maizière, CDU, zum Innenminister ernannt worden ist. Am 16. März 2011 wurde Hans-Peter Friedrich, CSU, zum Innenminister ernannt. Am 17. Dezember 2013 wurde Thomas de Maizière, CDU, zum Innenminister ernannt. Am 14. März 2018 wurde Horst Seehofer, CSU, zum Bundesminister für Inneres, Bau und Heimat ernannt – und er möchte sich von der Politik aller seiner Vorgänger ab heute abgrenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Faktenlage. Deswegen stellen wir in der SPD uns die Frage: Worüber reden wir eigentlich, wenn wir dafür sorgen wollen, dass Deutschland ein stabiler Faktor in einem geeinten Europa ist? Die Menschen im Land haben die Erwartungshaltung an uns, dass wir unsere Arbeit machen, diesen Koalitionsvertrag umsetzen und uns auf die tatsächlichen Probleme Europas – die Lösung kann nur eine europäische Lösung sein – konzentrieren.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt eine große Menge zu tun, wenn es darum geht, die soziale Sicherung im Land für alle Menschen zu garantieren, die Investitionen voranzubringen und dafür zu sorgen, dass Europa nicht auseinanderfällt und zusammenhält. Deswegen müssen wir natürlich auch bei der Wortwahl – es wird von „Ultimaten“ und davon gesprochen, dass Europa von der „Spaltung“ und „Zerstörung“ bedroht ist – sehr genau unterscheiden.

(D)

Ja, das Risiko ist da. Es besteht die Gefahr, dass die Populisten gewinnen und Strategien von Trump über seinen Twitteraccount tatsächlich zur Spaltung Europas führen können. Darum kommt es doch umso mehr darauf an, dass wir in Deutschland ein starkes Signal für ein einiges Europa setzen und zur Sachpolitik zurückkehren.

Wir haben einen guten Koalitionsvertrag geschlossen, der zu einem neuen Aufbruch für Europa und einer neuen Dynamik in Deutschland führen soll.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Mit euch? – Florian Hahn [CDU/CSU]: Davon dürft ihr gern ein bisschen mehr annehmen, von der Dynamik!)

Aber ein offenes Wort: So haben wir uns das mit der Union nicht vorgestellt, dass Sie die Dynamik dazu nutzen, möglicherweise einen bayerischen Landtagswahlkampf wichtiger zu nehmen als die Politik, die Sie machen wollen.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Den Landtagswahlkampf habt ihr längst abgeschrieben! Die SPD ist längst weg!)

Ich komme noch mal auf die Innenpolitik zurück: Ich habe natürlich sehr genau gemerkt, was zur Bundespolizei gesagt worden ist. Gestern ist erwähnt worden – ich

Sebastian Hartmann

(A) komme aus Nordrhein-Westfalen, wie Sie alle im Saal wissen –, dass auch in Nordrhein-Westfalen Bundespolizisten fehlen. Ich mache mir natürlich Gedanken darüber, ob sich der Innenminister darauf konzentrieren kann, Sicherheit an deutschen Bahnhöfen – übrigens auch am Kölner Hauptbahnhof, in der Nähe der Domplatte – oder zum Beispiel auch am Flughafen Köln/Bonn – auch in meiner Heimatregion – zu garantieren.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Das hat der nordrhein-westfälische Innenminister nicht geschafft! Wie hieß denn der von euch? Jäger! Der konnte das nicht!)

Gleichzeitig erkennen wir einen gigantischen Berg an Überstunden bei den Polizistinnen und Polizisten.

Regen Sie sich nicht auf. – Gehen Sie zur Sachpolitik über, verzichten Sie auf Ultimaten, machen Sie eine ordentliche Politik, und sagen Sie mit mir zusammen Danke an die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die einen hervorragenden Job machen

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Trotz Jäger!)

und sich darauf verlassen, dass wir endlich auch einen machen. Da könnte die CSU auch mitmachen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

(B) Jetzt hat das Wort der Kollege Jürgen Hardt, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU – Florian Hahn [CDU/CSU]: Guter Mann!)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Regierungserklärung bezog sich auf den bevorstehenden EU-Gipfel, aber eben auch auf den bevorstehenden NATO-Gipfel. Ohne das Thema EU-Gipfel und die dort zu treffenden wichtigen Entscheidungen kleinreden zu wollen, glaube ich doch, dass von einem erfolgreichen NATO-Gipfel in Brüssel im Juli dieses Jahres mindestens ebenso viel für unser Wohlergehen und unsere Sicherheit in der Zukunft abhängt wie von den vielen anderen Fragen auf dem EU-Gipfel.

Unsere Zeit ist eben leider dadurch gekennzeichnet, dass wir viele große Probleme vor der Brust haben, die frühere Parlamente möglicherweise in ganzen Legislaturperioden so nicht zu bewältigen hatten. Insofern glaube ich, dass wir auch dem NATO-Gipfel unsere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Erstes Thema. Für Deutschland geht es auf dem NATO-Gipfel meines Erachtens zuallererst darum, dass wir betonen, welch wichtigen Beitrag wir als deutsche Bundeswehr, als Bundesrepublik Deutschland zu den NATO-Aktivitäten leisten. Deutschland hat im Rahmen des Reassurance-Konzeptes der NATO ganz konkret die Führung in dem NATO-Bataillon in Litauen übernommen. Deutschland beteiligt sich an der Mission Air Policing Baltikum in Estland. Deutschland wird mit Ulm (C) als Standort eine der beiden neu zu schaffenden NATO-Kommandozentralen mit aufbauen und beherbergen. Natürlich ist Deutschland bei den unter NATO-Beteiligung stattfindenden internationalen Einsätzen mittlerweile die Nummer zwei als Truppensteller. Ich finde, bei allen Diskussionen, die wir führen, sollten wir anerkennen, dass Deutschland in der NATO einer der verlässlichsten und starken Partner ist und dass dies selbstverständlich heute und in Zukunft so bleiben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweites Thema. Der NATO-Gipfel wird über die Zukunft der Unterstützung für den Irak beraten. Es gibt Überlegungen, dass die Ausbildungsmission im Irak unter NATO-Federführung stattfinden wird. Ich glaube, dass wir hier im Deutschen Bundestag nach diesem Gipfel mit Blick auf die Entscheidungen, die hier im Hause im Oktober dieses Jahres über die Mandate anstehen, sehr gut beraten sind, diese sehr wohlwollend und sorgfältig zu prüfen, ob nicht gerade wir als Deutsche in diesen NATO-Einsatz im Irak, ein aus unserer Sicht strategisch wichtiges Land und ein Land, in dem wir in den letzten Jahren über unsere Ausbildungsmission Hervorragendes geleistet haben, hineingehören.

Ich weiß, dass das nicht unumstritten ist. Aber ich glaube, dass es eine wichtige Botschaft der deutschen Regierung auf dem NATO-Gipfel sein wird, dass wir das kurzfristig und sorgfältig prüfen und bereit sind, auch da unsere Verantwortung zu übernehmen.

(D) Das dritte zentrale Thema wird natürlich die Frage der Lastenteilung sein. Die Bundeskanzlerin hat hier mit Blick auf ein bestimmtes Jahr eine konkrete Zahl genannt, was die Verteidigungsausgaben angeht. Die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland steigen schneller als die Ausgaben des Haushaltes insgesamt. Sie steigen auch schneller als das Bruttosozialprodukt. Somit besteht aus meiner Sicht angesichts der Zahlen für 2018/19 nicht die Gefahr, dass wir in der sogenannten NATO-Quote absinken.

Ich glaube aber, dass unsere Partner zu Recht von uns erwarten dürfen, dass wir uns zielstrebig auf die Quote von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zubewegen. Ich halte die Festlegung auf eine Quote von 1,5 Prozent Mitte des nächsten Jahrzehnts angesichts der Beschaffungsprojekte, die dahinterstehen, wenn man dieses Geld entsprechend einsetzt, für realistisch. Wir sollten die 2-Prozent-Quote nicht aus den Augen verlieren; es sei denn, die Welt verändert sich in den nächsten zehn Jahren so, dass die NATO insgesamt zu einer anderen Einschätzung kommt. Ich betone, dass für mich das 2-Prozent-Ziel von Wales von 2014 selbstverständlich auch für die deutschen Verteidigungsausgaben das perspektivische Ziel bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viertens und letztens. Ich möchte etwas ansprechen, was mich im Zusammenhang mit der NATO derzeit sehr bewegt. Die NATO ist eine Gemeinschaft, die antritt, gemeinsame Werte wie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Deswegen muss sich das im Verhalten der

Jürgen Hardt

(A) einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber anderen und im Verhalten der Mitgliedstaaten untereinander widerspiegeln. Es muss im NATO-Rahmen diskutiert werden – das muss man vielleicht nicht öffentlich machen –, dass sich die Türkei mit ihrer Unterdrückung der Pressefreiheit und mit ihrem, wie ich finde, zu ausgedehnten Engagement auf dem Boden Syriens im Süden der Türkei unter einen gewissen Rechtfertigungsdruck setzt, auch gegenüber den Partnern in der NATO; denn wir können deren Werte nur dann glaubhaft verteidigen, wenn wir in unseren Reihen selbst für diese Werte stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu gehört auch – mein letzter Satz –, dass wir es nicht hinnehmen können, dass ein amerikanischer Präsident Sanktionen oder Strafzölle gegen europäische NATO-Partner damit begründet, Stahl oder Aluminium aus Europa seien eine Gefährdung der amerikanischen Sicherheit. Europa trägt zur Sicherheit Amerikas bei, genauso wie Amerika zur Sicherheit Europas beiträgt, und in der Handelsauseinandersetzung dieses Argument zu bemühen, ist schlicht unakzeptabel.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich der Kollegin Dr. Frauke Petry das Wort.

(B) **Dr. Frauke Petry** (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Bundeskanzlerin in Abwesenheit!

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Sie ist beim Rat! Was für ein Schwachsinn!)

Sehr geehrte Kollegen! Von einer Regierungserklärung zum Europäischen Rat erwartet man eine ehrliche Bestandsaufnahme dieses Europas. Bekommen haben wir eine Rede voll technischem Geschwurbel und ja, auch gespickt mit Freud'schen Versprechern wie zur gestärkten Sekundärmigration.

Tatsache ist doch: Europa ist heute gespaltener, als es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs jemals wieder vorstellbar war. Euro-Krise, Banken- und Staatspleiten und vor allem die Folgen illegaler und viel zu lange geduldeter Migration haben zu diesem Ergebnis geführt. Und warum? Weil viel zu viele Politiker in diesem Land und in ganz Europa ohne Rücksicht auf politische Realitäten einem europäischen, ja utopistischen Traum hinterhergelaufen sind, und das ist vor allen Dingen, Frau Merkel, die Politik Ihrer Regierungen und Ihre ganz persönliche Bilanz.

Heute ist Deutschland, heute ist Europa sozialistischer, ängstlicher und auch verschuldeter als zu Zeiten europäischen Wettbewerbs. Weniger Bürokratie, eine kleinere EU-Kommission – also weniger Kommissare – und ein kleineres EU-Budget wären vernünftige Antworten auf Ihre zentralistische Sackgasse. Aber davon hören wir nichts.

(C) Und noch etwas: Immer wieder verkünden Sie den Bürgern Halbwahrheiten. Man könnte auch sagen: Sie schwindeln.

Migration kann nicht zur Schicksalsfrage dieses Kontinents werden, meine Damen und Herren. Sie ist es längst für alle sichtbar seit 2015 und für alle Politiker spätestens messbar und ablesbar in Statistiken seit 2012. Sie aber dilettieren an kosmetischen Korrekturen von Richtlinien und Verordnungen herum und verschweigen den Bürgern wieder einmal die Realität. Denn solange wir kein umfassendes europäisches Grenzsicherungssystem haben – und wir haben es nicht –, brauchen wir vorübergehende, aber flächendeckende Grenzkontrollen der Innengrenzen. Sonst machen Menschen, machen Migranten, was ganz natürlich ist: Sie gehen dorthin, wo es das meiste Geld gibt, und sie gehen dorthin, wo ihre Landsleute bereits sind. Und sie bilden etwas, was hier immer zutiefst bekämpft wird: Sie bilden kulturell homogene Gruppen, nämlich Parallelgesellschaften.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist endlich eine echte Reform dieses Asylsystems, das seinen Namen schon lange nicht mehr verdient. Wir haben nach wie vor in diesem Land nicht mehr als 2 Prozent politisches Asyl gewährt. Die restlichen Menschen sind Migranten. Das ist nicht verwerflich, aber sie fallen nicht unter dieses System, und deswegen muss Schluss sein mit dem individuellen Anspruch auf Asyl in Deutschland und Europa.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was? Unmöglich!)

(D) Ja, wir müssen Afrika helfen. Aber Afrika muss sich vor allen Dingen selbst helfen, durch Geburtenkontrolle und mehr Bildung. Da können wir etwas tun, aber wir können es nur zum Teil hier in Europa tun.

Meine Damen und Herren, Europa kann es nur gutgehen, wenn es den einzelnen Ländern gutgeht. Dafür sind wir hier in Deutschland vor allem verantwortlich: für dieses Land, für seine Bürger. Dafür fehlen Ihnen, Frau Merkel, noch die Ideen. Aus diesem Hohen Hause kam verhältnismäßig wenig Substanzielles. Wir brauchen nämlich endlich eine konservative bürgerliche Wende in diesem Land, spätestens zur nächsten Bundestagswahl.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Thorsten Frei für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thorsten Frei (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, diese Debatte hat sehr deutlich gemacht, dass wir wahrscheinlich selten einen Europäischen Rat und einen NATO-Gipfel hatten, bei denen wir mit den Problemen, die von außen auf unser Land und Europa insgesamt einwirken, so sehr im Auge des Tornados standen, wie es heute der Fall ist. Es ist in der Tat so, dass es mannig-

Thorsten Frei

(A) faltige Herausforderungen sind, zu denen wir heute konstatieren müssen, dass wir noch keine wirklich guten und überzeugenden Lösungen haben.

Wenn ich anknüpfen darf an den Kollegen Hardt: Es ist der Krisenbogen rund um Europa, von Nordafrika über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Osteuropa. Es sind die wirtschafts- und handelspolitischen Konflikte, die natürlich eine Exportnation wie Deutschland in ganz besonderem Maße treffen. Es sind die Migrationsherausforderungen, die uns in der Tat herausfordern. Auf dem afrikanischen Kontinent wird sich die Bevölkerung bis zur Mitte des Jahrhunderts verdoppelt und bis zum Ende des Jahrhunderts vervierfacht haben. Die Migrationszahlen des UNHCR zeigen: 68,5 Millionen Menschen sind schon heute weltweit vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht. Das sind 3 Millionen mehr als im letzten Jahr. Das ist die höchste Steigerung, die jemals gemessen wurde. Hier reden wir nur über diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wir reden noch nicht über diejenigen, die als Wirtschaftsmigranten unterwegs sind. Wenn man das alles in Rechnung stellt, dann wird, glaube ich, deutlich, dass wir auf allen Ebenen angreifen müssen, dass wir global mit den Herausforderungen umgehen müssen. Wir haben beispielsweise über den Global Compact for Migration diskutiert. Wir brauchen europäische Lösungen und müssen nationale Maßnahmen dort nachschärfen, wo sich herausgestellt hat, dass wir noch nicht gut genug sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vor diesem Hintergrund ist es in der Tat wichtig, dass (B) wir die großen Herausforderungen europäisch annehmen und angehen und dass wir die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen. Das bedeutet im Hinblick auf den Europäischen Rat, dass man sehr genau unterscheidet, wo es Themen gibt, die wir national nicht mehr bzw. nicht angemessen lösen können. Da müssen wir – weil es einen europäischen Mehrwert gibt – stärker zusammenarbeiten. Das sind Fragen der Migrationspolitik sowie der Außen- und Verteidigungspolitik. Das sind des Weiteren Fragen des Grenzschutzes und der Terrorismusbekämpfung. Wir müssen genauso schauen, wo das nicht der Fall ist, wo wir durch Subsidiarität bessere Lösungen entweder nationalstaatlich oder auf regionaler bzw. kommunaler Ebene erreichen. Ich glaube, dass diese Unterscheidung ganz wesentlich dafür ist, ob wir die Akzeptanz für Europa weiter erhalten, ausbauen und stärken können oder ob uns das nicht gelingen wird. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir uns in den kommenden zwei Tagen auf europäischer Ebene auf die Themen im Bereich der Migration konzentrieren, bei denen wir Übereinstimmung und Ergebnisse erzielen können. Nicht Schlepper dürfen darüber entscheiden, wer nach Europa kommt, sondern gewählte Regierungen müssen das tun. Dafür muss man Voraussetzungen schaffen. Daraus ergeben sich dann die weiteren Handlungsnotwendigkeiten.

Ja, es ist richtig: Wenn man in einem eng integrierten Europa zusammenlebt, wenn viele europäische Staaten eine gemeinsame Währung haben, dann brauchen wir auch Konvergenz. Das ist vollkommen richtig. Ich habe aber an manchen Stellen den Eindruck, dass es uns nicht an Konvergenz mangelt, sondern dass wir zu wenig auf

(C) Eigenverantwortlichkeit, Subsidiarität und Einhaltung von Verträgen setzen; das ist wichtig. Wir brauchen aber auch den Wettbewerb untereinander, damit wir uns am Ende – genauso wie es die Bundeskanzlerin formuliert hat – nicht am Durchschnitt orientieren, sondern an der Spitze in der Welt. Das muss der Maßstab für Deutschland und Europa sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch eines sagen: Wir haben auch über den NATO-Gipfel diskutiert und darüber, dass viele Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, letztlich darin begründet sind, dass ein Multilateralismus, der geordnet ist und auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert, an vielen Stellen in Gefahr ist. Deshalb müssen wir als Europäer und Deutsche eine stärkere, auch eine glaubwürdigere Rolle einnehmen. Wenn wir auf Multilateralismus, auf die Einhaltung von Verträgen setzen, dann sind wir auch an das gebunden, wozu wir uns im Sommer 2014 im Rahmen der NATO verpflichtet haben. Wir können Schritte hin zum 2-Prozent-Ziel gehen. Vereinbart sind 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2024.

Wir sollten diese Schritte glaubwürdig gehen. Unsere Partner sollten sich auf uns verlassen können. Nur dann sind wir auch glaubwürdig, wenn es kritisch wird in der Welt. Glaubwürdigkeit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir für unser Land, aber auch für unseren Kontinent eine starke Rolle übernehmen können.

Herzlichen Dank.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Das war der letzte Redebeitrag. Deshalb schließe ich die Aussprache zur Regierungserklärung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über sechs verschiedene Entschließungsanträge. – Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir diese Abstimmung vernünftig durchführen können.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/2995. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/2996. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Auch hier sehe ich keine Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/2993. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Vizepräsident Thomas Oppermann

(A) Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/2994. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Der Rest des Hauses. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/2992. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die antragstellende Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das übrige Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/3032. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen der Grünen und der Linken. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen AfD, CDU/CSU und SPD. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der Entschließungsantrag bei Enthaltung der FDP mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Karsten Hilse, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Rainer Kraft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Aufgabe der Energie- und Klimaschutz-Zwischenziele 2030 des Energiekonzeptes 2010 – Für eine faktenbasierte Klima- und Energiepolitik

Drucksache 19/2998

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

(B)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort als erster Redner hat der Abgeordnete Karsten Hilse für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Karsten Hilse (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Jahr feiert die Zwischenstaatliche Kommission für den Klimawandel, kurz: IPCC, oder im Original „Intergovernmental Panel on Climate Change“, ihren 30. Geburtstag – eine rein politische Dauerveranstaltung; „Intergovernmental“, also etwas zwischen Regierungen, hierzulande von den Medien zum „Weltklimarat“ hochstilisiert. Es waren 30 Jahre, in denen nichts Dramatisches passiert ist. Wurde es zum Anfang noch ein wenig wärmer, stabilisierte sich die Temperatur während der letzten 20 Jahre, von kurzen Spitzen, erzeugt durch El Niño, mal abgesehen. Extremwetter wie Stürme, Überschwemmungen, Dürren etc. nahmen laut offiziellen Wetterseiten nicht nur nicht zu, sondern in vielen Teilen der Welt im Trend sogar ab, obwohl die CO_2-Emissionen stiegen und immer noch steigen, circa 2 ppm pro Jahr. Es waren 30 Jahre, in denen das IPCC der Wissenschaft nicht nur vorschrieb, woran sie zu forschen hätte, sondern auch, welches Ergebnis man erwarte, nämlich wissenschaftlich zu belegen, dass der Klimawandel gefährlich, weil riskant sei, und vor allem, dass er von Menschen gemacht werde. Genau so steht es im Mandat des IPCC.

(C)

Und was tun einige Wissenschaftler, wenn es um Milliarden und Abermilliarden für ihre Forschung geht, was unter Klimawissenschaftlern gehäuft vorkommt? Sie forschen nach der Devise: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

(Beifall bei der AfD)

Wir alle müssen aber feststellen, dass es trotz milliardenschwerer Forschungen in den 30 Jahren nicht ein einziges Mal gelungen ist – nicht ein einziges Mal! –, die Annahme zu beweisen, dass der Mensch mit seinen CO_2-Emissionen die Welttemperatur nennenswert oder auch nur messbar beeinflusst. Und auch wenn es einige nervt, wiederhole ich mich hier gern: Die einzigen Beweise stammen aus Klimacomputermodellen. Das Klima wandelt sich seit Jahrmillionen, und zwar ohne Zutun des Menschen; aber das nur am Rande.

Mein eigentliches Thema ist die unverantwortliche, ja asoziale Politik – hochtrabend „Klimaschutzpolitik“ –, die seitdem unter allen Regierungen, besonders aber unter denen, an denen die Klimakanzlerin – sie ist nicht mehr da – beteiligt war und ist, rücksichtslos vorangetrieben wird. Aktuelles Beispiel ist die Kohleausstiegskommission. Offiziell heißt sie natürlich: Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Aber machen wir uns nichts vor: Die Kommission hat die Aufgabe, den schnellstmöglichen Kohleausstieg vorzubereiten – und das nicht nach dem Prinzip von Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit oder wirtschaftlicher Vernunft, sondern links-grün ideologisch getrieben; das zeigt schon die Zusammensetzung dieser Kommission.

(D)

Unter dem Deckmantel dieser Klimaschutzpolitik nutzt man ihre grandiosen Möglichkeiten, das Vermögen der Welt, vor allem aber unser Vermögen umzuverteilen, und zwar nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Die Reichen werden auf Kosten der Armen reicher gemacht. Sie lädt der Bevölkerung riesige Belastungen auf unter dem hehren Vorwand, unsere CO_2-Emissionen für den sogenannten Klimaschutz senken zu müssen, und sieht ungerührt zu, verlangt sogar mehr von denselben, deren Kosten sich zu riesigen Beträgen – Hunderte Milliarden, bald Billionen – summieren, aber weder eine spürbare Senkung der Emissionen bewirken noch irgendeinen Einfluss auf das sogenannte, nur in den Köpfen von Klimaideologen existierende Weltklima haben.

(Beifall bei der AfD)

Denn Tatsache ist – da müssen Sie mir zustimmen –: Die deutschen Emissionen bleiben seit 2008, das heißt seit zehn Jahren, mit Schwankungen, plus/minus 2 Prozent, stabil. Alle Anstrengungen, sie zu senken, blieben ergebnislos, obwohl sich in der gleichen Zeit die installierte Leistung der sogenannten Erneuerbaren auf sagenhafte 114 Gigawatt nahezu verdreifacht hat, zusätzlich zu den dringend gebrauchten – Strom lässt sich nicht spei-

Karsten Hilse

(A) chern – 80 Gigawatt aus konventionellen Kraftwerken, versteht sich, und daher eigentlich vollkommen überflüssig.

(Beifall bei der AfD)

Doch auch wenn unsere Emissionen auf nahe null gesenkt würden, wie es die große Transformation vorsieht und wie es als Staatsziel im sogenannten Klimaschutzplan 2050 festgeschrieben ist, und auch nur dann, wenn man dem Dogma der Ideologie von der menschengemachten Erwärmung folgte, würde der deutsche Senkungsbeitrag zwar zur völligen Verarmung des größten Teils unserer dann vermutlich Multikultibevölkerung führen, aber rechnerisch nur zu einer Verringerung des Anstiegs der sogenannten Welttemperatur irgendwann in ferner Zukunft um 0,000653 Grad Celsius führen – ein Wert, der weder messbar noch fühlbar ist, also praktisch nicht vorhanden ist. Den vielen Politikern, von denen ich höre: „Auch wenn es nur 0,000653 Grad Celsius sind, müssen wir trotzdem als Vorbild voranschreiten“, kann ich nur sagen, bei allem nötigen Respekt: Sie haben offensichtlich Ihren Realitätssinn verloren.

(Beifall bei der AfD)

Niemand – niemand! – folgt uns. In 62 Ländern werden derzeit 1 600 Kohlekraftwerke neu gebaut oder erweitert. Man greift sich im Ausland an den Kopf, wie man eine stabile Stromversorgung in so wenigen Jahren derart ruinieren und destabilisieren kann, reibt sich schon die Hände und wartet, wann denn endlich auch das letzte Grundlastkraftwerk abgeschaltet wird, damit die Deutschen endlich den Kohle- und den Kernkraftwerksstrom (B) aus dem Ausland einkaufen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Einstein hat den Satz geprägt: Eine Definition von Wahnsinn ist, immer das Gleiche zu versuchen und andere Ergebnisse zu erwarten. – Auch nach dieser Definition ist die sogenannte Klimaschutzpolitik, höflich gesprochen, nur als wahnsinnig zu bewerten.

(Beifall des Abg. Martin Hebner [AfD])

Im normalen Leben würde man sie „unverantwortlich“ oder sogar „asozial“ nennen; denn offen wahnsinnig sind die Protagonisten dieser Politik ja nicht. Aber sie reiht sich nahtlos ein in andere unverantwortliche Politik, die diese Kanzlerin und ihre Unterstützer betreiben, wie zum Beispiel die unverantwortliche Euro-Rettungspolitik oder – wenn man „unverantwortlich“ noch steigern könnte – die noch unverantwortlichere Migrationspolitik. Deswegen fordern wir von der AfD zum Wohle unserer Menschen – das richtet sich an die SPD –: Machen Sie endlich wieder Politik für Ihre Stammklientel. Lassen Sie nicht länger zu – Sie nehmen sogar aktiv daran teil –, dass gläubige Ideologen Sie unter dem Deckmantel des Klimaschutzes enteignen. Und an die Noch-Kanzlerin: Hören Sie endlich auf mit dieser verantwortungslosen Politik, auch Klimaschutzpolitik. Werden Sie endlich wieder Ihrem Amtseid gerecht, oder treten Sie zurück.

(Beifall bei der AfD – Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU]: Mein Gott!)

(C) An alle Vernünftigen in diesem Hohen Haus – aus persönlichen Gesprächen weiß ich, dass es einige davon auch in der Klimaschutzpolitik gibt

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie meinen alle außer der AfD, oder was?)

– ganz genau –, sie sagen es bloß nicht offen –: Stimmen Sie unserem Antrag zu, auch wenn er von der AfD kommt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächste Rednerin für die Fraktion der CDU/CSU ist Dr. Anja Weisgerber.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Abkehr von allen Gesetzen und Verordnungen in der Klimapolitik, die Aufgabe aller Klimaziele, die Beendigung aller nationalen und internationalen Verpflichtungen und die Entlassung aller Klimamanager und Mitarbeiter in ganz Deutschland, die sich mit diesem Thema befassen – „sozialverträglich“, schreiben Sie in Ihrem Antrag –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

(D) und das mit der Begründung, CO_2 ist das „Gas des Lebens“.

Meine Damen und Herren, so gut wie alle Wissenschaftler weltweit sagen, dass Klimagase wie CO_2 den Klimawandel befördern

(Jürgen Braun [AfD]: Das stimmt nicht, Frau Weisgerber! Das ist falsch! Nicht alle! Ganz bestimmt nicht!)

und dieser auch menschengemacht ist. Sie sind die einzige Partei im Bundestag, die den Klimawandel komplett verleugnet.

(Jürgen Braun [AfD]: Klimawandel hat es immer gegeben, Frau Weisgerber!)

All das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist verantwortungslos. Sie sagen, der Klimawandel ist nicht menschengemacht. Aber er ist auch menschengemacht.

Ich sage es noch mal: Das, was Sie machen, und das, was Sie in Ihrem Antrag formulieren, ist verantwortungslos gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Braun [AfD]: Aber Hunderte Milliarden einfach für nichts rauszuhauen, das ist in Ordnung, oder was?)

Und jetzt zu den Details. Eines ist richtig: Pflanzen verwandeln mithilfe von Sonnenlicht CO_2 und Wasser zu

Dr. Anja Weisgerber

(A) Biomasse – das ist Fotosynthese. Grundsätzlich gibt es diesen Düngeeffekt durch CO_2. Es ist aber schon so, dass er viel geringer ist als gedacht. Was im Labor stimmt, ist in der Natur wesentlich komplizierter.

(Jürgen Braun [AfD]: Sagen Sie mal was zu den Modellrechnungen von Herrn Schellnhuber aus Potsdam!)

Zu den Studien im Labor, die Sie in Ihrem Antrag zitieren – Sie sehen, ich habe mich intensiv damit auseinandergesetzt –: Feldstudien in der Natur kommen zu etwas anderen Ergebnissen. Sie zeigten, dass das Pflanzenwachstum durch CO_2 um den Faktor 2 überschätzt wurde. Außerdem: Keine Pflanze lebt allein von CO_2; sie braucht auch Nährstoffe aus dem Boden.

(Jürgen Braun [AfD]: Richtige Erkenntnisse!)

Diese Nährstoffe nehmen dann nicht analog zum CO_2 zu. Die negativen Effekte des Klimawandels führen zu Trockenheit, Stürmen und Ernteeinbußen. Salopp gesagt: Selbst wenn die Pflanzen mehr wachsen würden, würden sie verdorren und vertrocknen.

(Jürgen Braun [AfD]: In der Sahelzone wird der Ackerboden wieder urbar gemacht!)

Eines steht fest: Das Schutzschild aus CO_2 verhindert, dass die Erde zu viel Wärme abgibt – richtig! Das ist der natürliche Treibhauseffekt, der wichtig ist. Sonst hätten wir eine mittlere Temperatur auf der Erde von circa -18 Grad. Aber generell gilt: Ein Zuviel an CO_2 führt (B) dazu, dass sich die Erde zu stark erwärmt. Das ist die globale Erwärmung mit allen negativen Folgen, die drohen:

(Jürgen Braun [AfD]: Das ist eine Theorie! Das ist nur eine Theorie!)

Anstieg des Meeresspiegels, bedrohte Inselstaaten, Dürren und die Zunahme von Unwettern.

Noch mal: Es ist erschreckend, dass Sie sich in allen Ihren Reden hier im Deutschen Bundestag zur Klimapolitik – auch ich habe in dieser Legislatur schon oft gesprochen – fast nie mit den Klimagesetzen befassen.

(Jürgen Braun [AfD]: Welche Klimagesetze?)

Das Einzige, was Sie können, ist, Ihre Redezeit darauf zu verwenden – um nicht zu sagen: darauf zu verschwenden –, wie gut angeblich CO_2 ist. Der überwiegende Teil der Wissenschaftler sagt etwas anderes,

(Jürgen Braun [AfD]: Was sind Klimagesetze, Frau Weisgerber?)

nämlich, dass CO_2 und Klimagase den Klimawandel auslösen und dass dieser – ja! – auch menschengemacht ist.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Karsten Möring [CDU/CSU])

Noch ein letztes Argument: Früher erwärmte sich das Klima alle 1 000 Jahre um 1 Grad, jetzt alle 100 Jahre um 1 Grad. Die Erderwärmung findet also statt. Ihre (C) rückständige Haltung entspricht auch nicht dem, was die Mehrheit der Bevölkerung sagt:

(Jürgen Braun [AfD]: Und Sie vertreten das Grün-Ideologische! Die CDU ist grün-ideologisch geworden!)

Wir müssen dem Klimawandel entgegentreten, und zwar konsequent und natürlich im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die Arbeitsplätze. Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, aber wir müssen unsere Ziele erreichen und unseren Weg konsequent weitergehen, und zwar auf internationaler, auf europäischer und auf nationaler Ebene, werte Kollegen von der AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Jürgen Braun [AfD]: Begeisterung allerorten!)

Jetzt kann man sich hinstellen, wie Sie es gemacht haben, Herr Hilse, und sagen: Deutschland steht ja nur für 2 Prozent der Treibhausgasemissionen. Ja, es stimmt, dass wir nur für 2 Prozent stehen; das sage auch ich. Aber Deutschland hat als Industrienation eine wichtige Rolle in der internationalen Klimapolitik, alle schauen auf uns.

(Jürgen Braun [AfD]: Wie dumm wir sind! Da schauen alle hin! Uns halten alle für dumm bei dem Thema! Die Deutschen stehen dumm da bei dem Thema!)

(D) Alle schauen darauf, wie wir unsere Rolle gestalten und wie wir beides schaffen: Wirtschaftswachstum und Energiewende bzw. Minderung der Treibhausgasemissionen. Wir haben eine Vorbildfunktion, und die gilt es auszugestalten.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Es ist nicht zu fassen! – Jürgen Braun [AfD]: Frau Weisgerber rettet die Welt!)

Wenn man nur auf Anpassungsmaßnahmen setzt, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern, dann werden auch – das ist doch das Entscheidende – die Entwicklungs- und Schwellenländer, die gerade ihre Wirtschaft aufbauen, zusammen mit allen Ländern, die für die restlichen 98 Prozent der Treibhausgasemissionen stehen, sagen: Dann können wir unsere Wirtschaft doch gleich ausschließlich mit fossilen Energien aufbauen. – Dann liegt die Erderwärmung nicht nur bei 3 Grad, sondern noch viel höher. Und dann könnten wir einpacken, meine Damen und Herren. Das können auch Sie nicht wollen.

Ihre Forderung, die Klimaziele aufzugeben, ist eine komplette Kapitulation vor dem stattfindenden Klimawandel. Und: Es ist ein Schlag ins Gesicht von all denjenigen Menschen, für die das Thema Klimawandel eine Existenzfrage ist.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Zum Beispiel?)

(A) Die Menschen, die ihre Lebensgrundlage verlieren, sind die Klimaflüchtlinge von morgen, meine Damen und Herren. Die machen sich nämlich auf den Weg.

(Karsten Hilse [AfD]: Die Armen werden immer ärmer, und die Reichen werden immer reicher!)

Man muss auch gar nicht in die Ferne schauen: In meinem Heimatort hat es vor wenigen Wochen ein so starkes Unwetter gegeben, dass es allein in einem kleinen Ortsteil 200 Feuerwehreinsätze gegeben hat, weil die Keller vollgelaufen sind, teilweise auch die Erdgeschosse.

(Jürgen Braun [AfD]: Es hat ein Unwetter gegeben, oder was wollen Sie uns da sagen?)

Man kann Wetter und Klima nicht komplett gleichsetzen, das stimmt. Aber die Experten sagen, dass die Zahl der Extremwetterereignisse in den letzten Jahren stark zugenommen hat.

(Jürgen Braun [AfD]: Welche Experten?)

Das ist einfach Fakt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

(B) Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage eines Kollegen der AfD?

Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU):

Ich würde jetzt gern erst mal fortfahren, und dann kann er gerne danach noch etwas sagen.

Wir bekennen uns weiterhin zu unseren Klimazielen – national, europäisch und international. Wir sagen, dass wir die Klimaschutzlücke so weit wie möglich schließen wollen und dass wir das Klimaziel 2030 in jedem Fall erreichen wollen, meine Damen und Herren. Deshalb ist es wichtig, dass wir schon heute den richtigen Weg einschlagen.

Die Wirtschaft kann Wandel; das hat sie in der Vergangenheit bewiesen bei der Industrialisierung und jetzt bei der laufenden Digitalisierung. Auch die Entwicklung von Umwelt- und Klimainnovationen ist eine Riesenchance, die es zu nutzen gilt, weil dabei Arbeitsplätze entstehen. Gerade die Wirtschaft braucht Planungssicherheit, braucht Investitionssicherheit. Eines ist klar: Die Aufgabe der Klimaziele, die Abschaffung aller Gesetze zum Klimaschutz, ist genau das, was eben keine Planungssicherheit bringt.

Deswegen: Wir machen uns auf den Weg; wir nutzen die Chancen, die sich aus den Klimainnovationen und deren Entwicklung ergeben. Das ist unser Weg. Wir setzen auf Anreize und nicht auf Verbote und das nicht nur national, sondern auch im europäischen und internationalen Kontext. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Der Kollege Karsten Hilse erhält die Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Karsten Hilse (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie die Kurzintervention zulassen. – Frau Weisgerber, ich möchte ganz kurz darauf eingehen, was Sie gerade gesagt haben, nämlich dass, selbst wenn unser Beitrag so gering ist – ich wiederhole es einfach noch mal: 0,000653 Grad Celsius –, die anderen auf uns schauen und uns nachfolgen sollen. Ich hatte in meiner Rede explizit gesagt, dass im Moment 1 600 Kohlekraftwerke in 62 Ländern gebaut werden. Da folgt uns niemand nach.

Und dann noch mal zu Ihrem Extremwetterbeispiel: Schauen Sie – darum möchte ich Sie bitten – auf die offizielle Seite des Deutschen Wetterdienstes, schauen Sie sich die Diagramme an. Dort werden Sie sehen, dass es keine signifikante Zunahme von Extremwetterereignissen, von Dürreperioden oder von Dauerregen gab. Das Argument funktioniert einfach nicht mehr.

(D) Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Christian Petry [SPD]: Und die Erde ist eine Scheibe! – Zurufe von der LINKEN)

Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU):

Wenn Sie mich bitten, etwas nachzuschauen, dann bitte auch ich Sie, sich mit den Expertenmeinungen der Meteorologen zu befassen. Alle anerkannten Meteorologen in Deutschland – hören Sie sie doch an! – sagen doch, dass die Zunahme der Unwetterereignisse weltweit – klar kann man ein Ereignis nicht gleichsetzen mit dem Klimawandel, aber es geht um die Zunahme – sehr wohl etwas mit dem menschengemachten Klimawandel zu tun hat. Schauen Sie doch auch mal auf den internationalen Klimaprozess. Sie stellen sich hierhin und sagen: Kein Land folgt uns nach.

(Jürgen Braun [AfD]: Genau so ist es! Den wahnwitzigen Ausstieg macht keiner mit! Niemand auf der Welt folgt uns!)

Fast 200 Länder – alle Staaten der Welt – haben sich in Paris auf verbindliche Klimaziele geeinigt. Okay, die Wege sind unterschiedlich. Aber Fakt ist, dass ganz viele Länder der Welt sich auf den Weg machen, auch was die stärkere Nutzung der erneuerbaren Energien angeht. Da müssen wir schon aufpassen – ich zitiere mal, was die andere Seite des Hauses oft sagt –, dass wir unsere Vorreiterrolle behalten. Wir machen uns auf diesen Weg unter Beachtung der Auswirkungen auf die Wirtschaft

Dr. Anja Weisgerber

(A) und auf den Arbeitsmarkt – das ist ganz wichtig –, also innerhalb des Zieldreiecks aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Das ist unser Weg, und den werden wir konsequent weitergehen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:
Nächster Redner ist Dr. Lukas Köhler für die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Lukas Köhler (FDP):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Die AfD will also über eine faktenbasierte Klimapolitik sprechen. Gute Idee! Da nehmen wir doch als Basis einfach die 97 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sagen, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt

(Jürgen Braun [AfD]: Alte Legende! Die 97 Prozent stimmen nicht!)

und dass wir ihn nur bekämpfen können, wenn wir schnell und entschlossen handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, daher sollten wir keine (B) Zeit mit der Frage verschwenden, ob wir Klimapolitik machen. Lassen Sie uns vielmehr darüber reden, wie wir Klimapolitik machen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU])

Denn auch, wenn wir uns als Freie Demokraten mit den anderen vernünftigen Fraktionen und der Linken einig sind, dass wir das Pariser Klimaabkommen einhalten wollen, so liegen wir doch bei der Frage nach dem Wie in unseren Vorstellungen oft weit auseinander. Lassen Sie mich zwei Wege vorstellen, wie man damit umgehen kann.

Der erste Weg ist die Detailsteuerung. Da wird versucht, alles bis ins letzte Detail zu regeln, zu lenken, zu verbieten und zu subventionieren. Und am Ende haben wir allerlei Bereiche kleinteilig geregelt, aber alles läuft nebeneinander her und nichts passt zusammen. Das ist die bisherige Klimapolitik in Deutschland; und die ist teuer, die ist ineffizient, und am Ende werden die Ziele dann doch nicht eingehalten, wie der aktuelle Klimaschutzbericht der Bundesregierung gezeigt hat.

Wir schlagen einen anderen Weg vor. Und das, meine Damen und Herren, ist der Weg über die Mengensteuerung. Das bedeutet: Wir geben als Politik nur vor, wie viel CO_2 insgesamt ausgestoßen werden darf. Damit haben wir die Definition eines Gesamtbudgets.

Daraus ergibt sich jetzt die Frage: Wie wird dieses Gesamtbudget verteilt? Meine Damen und Herren, hier greift eine einfache Weisheit unseres Parteivorsitzenden: (C) Die besten Problemlöser sind diejenigen, die direkt mit der Umsetzung zu tun haben. Wir müssen also die Verteilung des Budgets den Tüftlern, Technikern und Ingenieuren überlassen.

(Beifall bei der FDP)

Und das funktioniert am effizientesten in einem freien Wettbewerb um die besten Ideen. Wir teilen das Budget in Zertifikate auf, die pro Tonne ersteigert werden müssen. Wer es also schafft, die wenigsten Zertifikate zu verbrauchen, der spart am Ende des Jahres auch am meisten Geld. Aber, meine Damen und Herren, der springende Punkt dabei ist nicht die Frage der Verteilung, sondern, dass es nur so viele Zertifikate gibt, wie es das Budget zulässt. Nicht mehr und nicht weniger.

Was ist also die aktuelle Herausforderung für die Politik? Wir haben bereits einen funktionierenden Zertifikatehandel, den EU ETS. Dieser erreicht bereits zielgenau das ihm vorgegebene Teilbudget.

(Dr. Nina Scheer [SPD]: Nee, funktioniert nicht!)

Um aber auf diesem Weg unsere Klimaziele sicher und effizient zu erreichen, müssen wir aus dem aktuellen Teilbudget, das nur den Energie- und Industriesektor umfasst, ein wirkliches Gesamtbudget machen. Dieses muss dann also alle Emissionen und daher dringend auch den Verkehrs- und Wärmesektor umfassen. Wenn wir aber dieses Gesamtbudget haben und es auf die Pariser Klimaziele ausrichten, dann werden wir diese auch erreichen.

(D) Meine Damen und Herren, das Gegenargument, das immer wieder vorgebracht wird, lautet, dass im Emissionshandel der Preis zu niedrig ist. Wer dieses Argument nutzt, hat den Wirkmechanismus der Mengensteuerung nicht verstanden. Der Punkt ist doch nicht, wie hoch der Preis ist. Für das Klima ist es egal, wie viel 1 Tonne CO_2 kostet. Wichtig ist einzig und allein, dass das Budget eingehalten wird.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Jens Koeppen [CDU/CSU] – Zuruf der Abg. Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Das war zu leise, sorry. – Das gelingt auch, weil die Strafen für Emissionen ohne Zertifikate so hoch sind, dass es günstiger ist, den CO_2-Ausstoß zu verringern und damit die besten, effizientesten und effektivsten Lösungen zu finden.

Meine Damen und Herren, in so vielen klugen Köpfen dieses Landes schlummern so viele gute Ideen. Lassen wir sie in den Wettbewerb miteinander treten! Denn dieser war schon immer am besten dazu geeignet, die besten Lösungen hervorzubringen und die besten Potenziale zu heben. Lassen Sie uns wirtschaftliche Anreize setzen, statt alles bis ins Detail zu regulieren! Und lassen Sie uns lieber heute als morgen damit beginnen!

Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

(A)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner für die Fraktion der SPD ist der Abgeordnete Klaus Mindrup.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Mindrup (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Montag dieser Woche hatte ich einen sehr interessanten Termin in meinem Wahlkreis. Unter dem Mauerpark wird ein riesiger Stauraumkanal gebaut, um anfallendes Regenwasser zu speichern. Wir haben nämlich in Berlin angeblich Jahrhundertregenereignisse fast jedes Jahr. Der Klimawandel ist also auch hier schon spürbar, und die Stadt Berlin muss zig Millionen Euro investieren, um mit den Folgen umzugehen.

Parallel drohen in diesem Jahr große Ernteschäden in Brandenburg und Mecklenburg, weil zu wenig Regen fällt, parallel steigen global die Temperaturen, und parallel bauen wir an der Nordseeküste höhere Deiche. In anderen Ländern gibt es viel dramatischere Entwicklungen. Aber zu all dem sagt die AfD: Dies hat nichts mit menschlichem Handeln zu tun, nichts mit dem Ausstoß von Kohlendioxid und anderen klimarelevanten Gasen.

(Zurufe von der AfD)

Schauen wir einmal zehn Jahre zurück und uns die damaligen Prognosen der Klimaforscher an. Sie haben gesagt: Mit steigender CO_2-Konzentration gibt es mehr extreme Regenereignisse, erhöhte Temperaturen, mehr Trockenperioden, einen Anstieg des Meeresspiegels. All das tritt jetzt ein.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU])

Wir standen schon einmal vor einer ähnlichen globalen Bedrohung, nämlich der Gefährdung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe. Die internationale Gemeinschaft hat unter anderem mit dem Montrealer Protokoll darauf eine klare Antwort gefunden. Auch damals gab es Interessenvertreter, die gesagt haben: Ist ja gar nicht erwiesen. Wir können warten. Es gibt andere Ursachen. – Aber die haben sich glücklicherweise nicht durchgesetzt; sie lagen nämlich falsch. Wenn sie sich durchgesetzt hätten, wäre das eine Katastrophe gewesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU])

Ich sage Ihnen deutlich: Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung; aber keiner hat das Recht auf eigene Fakten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Ich sage Ihnen aber auch: Wir müssen besser werden. Das Verfehlen der Klimaschutzziele 2020 muss für uns ein Weckruf sein. Gut gemachter Klimaschutz ist ein Beschäftigungsmotor und nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch gut für unsere Volkswirtschaft und gut für die Menschen in unserem Land.

(C)

Seien wir doch nicht so pessimistisch. Das Aachener Modell, nach dem erstmals kostendeckend Solarenergie vergütet worden ist, ist im Jahr 1992 mit 2 D-Mark pro Kilowattstunde gestartet. Die letzten Ausschreibungen haben einen Preis von durchschnittlich 4,67 Cent für Photovoltaik ergeben, zum Teil lag er unter 4 Cent. Bei der Onshorewindenergie sind wir im Jahr 2000 mit 17,8 Pfennig gestartet. Bei der letzten Ausschreibung lag der Preis bei 5,7 Cent. Die Erneuerbaren sind also wirtschaftlich und schlagen alles andere.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren lag im Jahr 2016 bei 370 000. Für 2020 sind 500 000 Arbeitsplätze prognostiziert.

(Zuruf von der AfD: Wie viele Arbeitsplätze fallen weg durch Klimaschutz?)

Das ist eine Erfolgsgeschichte, die wir nicht durch unsinnige Anträge gefährden dürfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen aber auch den Strukturwandel begleiten und den betroffenen Regionen helfen. Als Berliner – noch vor wenigen Jahren hat man gedacht, diese Stadt sei auf dem absteigenden Ast – kann ich Ihnen ein paar Zahlen mitgeben: Von 2008 bis 2017 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Berlin um 340 000 gestiegen, allein im letzten Jahr um 59 000 – auch im Umweltsektor. Lassen Sie uns also mutiger sein! Es gibt gute Chancen, die wir nutzen müssen.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass wir auch auf die Kosten pro gesparter Tonne CO_2 achten werden. Dies spricht ganz klar für den Ausbau der erneuerbaren Energien, weil sie eben so günstig geworden sind. Die Stromwende muss zu einer echten Energiewende werden.

Im Gebäudebereich brauchen wir einen neuen Schub. Wir müssen auch dort ganzheitlich denken. Wir müssen im Quartier denken. Wir müssen dort die Erneuerbaren und die Speicher stärken.

Und wir brauchen natürlich eine Verkehrswende. Dazu nur zwei Schlagworte. Wir brauchen eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, und auch Wasserstoff wird dabei eine Rolle spielen. Wenn es heute Wasserstoffbusse gibt, die durch die Volksrepublik China fahren und dort produziert werden, muss auch unsere Industrie diese Chancen nutzen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karsten Möring [CDU/CSU] und Thomas Lutze [DIE LINKE])

(A) Ich habe keine Angst davor, wenn Wasser aus dem Auspuff kommt. Vor so einer Zukunft muss man keine Angst haben.

Wir haben in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz für einen gut gemachten Klimaschutz. Auch die Industrie geht voran. Zum Teil ist sie ja sogar ambitionierter als wir, unter anderem Siemens. Ich habe mich sehr über die Studie des BDI gefreut, in der gesagt wurde: Klimaschutz ist gut für unser Land. Der BDI hat aber auch gesagt: Seid bei den Zielen etwas zurückhaltender. Dazu sage ich denen: Ihr habt euch die Techniken von diesem Jahr angeschaut und gesagt, dass wir damit eine Reduktion um 80 Prozent schaffen. Aber wir schaffen die Treibhausgasneutralität; denn es wird weitere Innovationen geben. Wir müssen ein innovationsfreundliches Land sein.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karsten Möring [CDU/CSU] und Thomas Lutze [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tragen eine große Verantwortung für unser Land. Da kann man noch so sehr alles Mögliche wegrechnen: Unser Pro-Kopf-Emissionsbudget in der Vergangenheit war groß und ist heute noch zu groß. Die Verantwortung, die wir da weltweit tragen, müssen wir wahrnehmen. Wir müssen wieder ein Vorbild sein. Wir müssen die Chance nutzen, hier zu einem Neustart zu kommen, und das werden wir auch in dieser Koalition. Ich lade alle, die guten Willens sind, dazu ein, daran mitzuwirken; denn ich glaube, auf den Antrag der AfD kann es nur eine Antwort geben: ein gutes Klimaschutzgesetz als Parlamentsgesetz.

(B) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Karsten Möring [CDU/CSU] und Thomas Lutze [DIE LINKE])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner ist für die Fraktion Die Linke Lorenz Gösta Beutin.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der AfD: Was soll der mitgebrachte Gegenstand!)

Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE):

Herr Präsident!

(Der Redner legt einen Gegenstand auf das Rednerpult)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Sie haben da einen Gegenstand mitgebracht.

Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE):

Ich verrate Ihnen gleich etwas darüber.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Normalerweise setzen wir hier im Bundestag auf die Wirkung des gesprochenen Wortes und nicht auf die Aktion.

(C) **Lorenz Gösta Beutin** (DIE LINKE):

Das nehme ich zur Kenntnis.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Gut.

(Uwe Kamann [AfD]: Butterbrotpapier!)

Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich möchte mich an dieser Stelle zuerst einmal herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der AfD für diesen wirklich wunderbar sinnlosen Antrag bedanken, den Sie uns hier vorgelegt haben. Denn er gibt mir die Gelegenheit, mich einmal eingehend mit den kruden Thesen der AfD auseinanderzusetzen.

(Widerspruch bei der AfD)

Doch bevor ich dazu komme, noch ein Wort zu diesem wunderbaren Hut, den ich Ihnen gebastelt habe. Er ist das Erkennungszeichen der Verschwörungsideologen überall auf der Welt.

(Karsten Hilse [AfD]: Setzen Sie ihn doch auf!)

Wenn Sie mögen, dürfen Sie ihn sich gerne nach meiner Rede hier am Rednerpult abholen.

(D) (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Gleich aufsetzen! Wäre genau das Richtige!)

Was fordern Sie also?

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Sind das Narren!)

Sie fordern, jegliche Beschäftigte des Bundes zu entlassen, die sich mit dem Klimaschutz beschäftigen. Sie fordern, alle Klimaschutzmaßnahmen hier in Deutschland auszusetzen. Das heißt, dass Deutschland komplett aus dem Klimaschutz aussteigen soll. Das wäre eine verantwortungslose Maßnahme.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Würde gar keiner merken!)

Wir erleben es seit der letzten Bundestagswahl ja Monat für Monat, Woche für Woche in diesem Haus: Was Sie zu bieten haben, sind Fake News, sind Lügen, ist Hass. Das ist eine verantwortungslose Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Karsten Hilse [AfD]: Das sind Zahlen von offiziellen Stellen!)

Aber wissen Sie was? Ich bin tatsächlich überzeugt, dass die große Mehrheit der Menschen in diesem Land

Lorenz Gösta Beutin

(A) Ihren Rassismus und Ihre Angstmacherei nicht mehr hinnehmen wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Es fehlt der Faschismus! Das war zu kurz!)

Diese Mehrheit wird lauter.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Ach! Ausgerechnet Sie! – Gegenruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wer denn sonst?)

Die Mehrheit, die einsteht für Werte wie Freiheit,

(Jürgen Braun [AfD]: Freiheit? Von Freiheit haben Sie doch noch nie was gehört! Die linke Freiheit, haha!)

Demokratie, Solidarität, ist stärker. Diese Mehrheit ist stärker als Ihr Hass.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will im Einzelnen zu den Thesen kommen.

Erstens. Sie behaupten, der menschengemachte Klimawandel sei nicht wissenschaftlich erwiesen. Das ist falsch. Über 95 Prozent aller wissenschaftlichen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel menschengemacht ist.

(B) (Jürgen Braun [AfD]: Wo ist der wissenschaftliche Beweis? – Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Und mal ehrlich: Über welche Brücke würden Sie gerne gehen, über die Brücke, die zu 95 Prozent hält, oder über die, die zu 5 Prozent hält? Ich bevorzuge die Brücke, die zu 95 Prozent hält.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erzählen Sie doch mal einer Familie auf Langeoog, deren Haus im Meer versinkt, es gäbe keinen Klimawandel! Erzählen Sie den 25 Millionen Menschen, die laut Vereinten Nationen in Afrika, in Ozeanien, in Asien ihre Heimat verlassen müssen, es gäbe keinen Klimawandel! Die werden Ihnen was husten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das behauptet kein Mensch! – Jürgen Braun [AfD]: Klimawandel hat es immer gegeben, auch wenn Sie es nicht begreifen, Herr Beutin!)

Nein, es sind keine Sonneneruptionen, keine Reichsflugscheiben und auch keine geheime Weltregierung, die die Fieberkurve der Erde ansteigen lassen; es ist der menschengemachte Ausstoß von CO_2, Methan und anderen Klimagasen, durch den die Menschheit bedroht wird. Dieser Klimawandel bedroht das Überleben der gesamten Menschheit. Deswegen sagen wir als Linke: Stoppen wir diesen Klimawandel! (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Sie behaupten, CO_2 sei das „Gas des Lebens“. Es ist beim CO_2 tatsächlich so wie bei einem Medikament: Nimmt man von einem Medikament zu viel, dann wirkt es schädlich. Das erleben wir seit dem Beginn der Industrialisierung. Der CO_2-Ausstoß Deutschlands liegt bei 2,3 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstoßes, dabei hat Deutschland aber nur einen Anteil an der Weltbevölkerung von 1 Prozent; das heißt, Deutschland stößt überproportional viel CO_2 aus und wir sind dringend angehalten, den Ausstoß zu reduzieren und gemeinsam mit allen Staaten der Welt dafür zu sorgen, dass das Pariser Klimaschutzabkommen eingehalten wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Sie behaupten, die Energiewende würde die deutsche Bevölkerung finanziell unnötig belasten. Auch das sind Fake News, auf die leider immer wieder auch die CDU und die FDP rekurrieren. An diesen Teil des Hauses gewandt kann ich nur sagen: Kehren Sie auch bei diesem Argument um! Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen! Werden Sie von CDU und von FDP nicht zu den Bremserinnen der Klimawende!

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Schauen wir uns das Kostenargument genauer an. Wir fordern den Kohleausstieg. Wir fordern das Dichtmachen der 20 dreckigsten Braunkohlekraftwerke. Eine Studie ist zu dem Schluss gekommen, dass die Nutzung der Braunkohle unsere Gesellschaft 28 Milliarden Euro kostet – und das Jahr für Jahr. Würden wir die Kohleverstromung beenden, hätten wir nicht nur enorme Einsparungen, sondern – das würde ich vermuten – wir hätten sogar die eine oder andere Milliarde auch für die betroffenen Braunkohleregionen übrig; denn die Menschen dort haben das verdient.

(Beifall bei der LINKEN – Jürgen Braun [AfD]: Das ist doch pure Heuchelei!)

Kurz und gut, deswegen sagen wir als Linke: Wir wollen diese Energiewende. Wir wollen sie sozialer, gerechter und demokratischer machen mit unseren linken Konzepten, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der gesamten Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie uns dann wieder vorwerfen, wir seien doch Gutmenschen,

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Ach nein, diese Idee würde mir bei Ihnen nicht kommen! – Jürgen Braun [AfD]: Sie wären es gerne, Herr Beutin!)

dann sage ich: besser Gutmenschen als Schlechtmenschen; denn wir haben eine Vorstellung davon, wie wir diese Gesellschaft umgestalten wollen und besser ma-

Lorenz Gösta Beutin

(A) chen wollen. Es geht um nicht weniger als um die Rettung der Menschheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner ist Oliver Krischer für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir ehrlich gesagt nie vorstellen können, einmal einen solchen Blödsinn in einem Bundestagsantrag lesen zu müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN – Jürgen Braun [AfD]: Sie sind doch der Experte für Blödsinn, Herr Krischer!)

Die Kollegen haben schon alles dazu gesagt.

Man muss sich nur die erste Forderung in Ihrem Antrag auf der Zunge zergehen lassen. Sie fordern die Abschaffung aller Energie- und Klimagesetze; das heißt, Sie fordern so etwas wie Energieanarchie. Was würde passieren? Es würden sofort die Lampen ausgehen, Hunderttausende Menschen würden entlassen werden. Es ist (B) offensichtlich AfD-Politik, dass Sie sich aus einem vernünftigen Energiesystem verabschieden wollen. Damit ist im Grunde genommen alles gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN – Zuruf von der AfD: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Aber auch das gehört zur Wahrheit dazu: Es findet sich in diesem Antrag auf sechs Seiten ein einziger Satz, der leider stimmt. Dieser lautet: Die Klimaschutzziele wurden verfehlt. – Dagegen kann man nichts sagen. Dass die Klimaschutzziele verfehlt wurden, hat einen ganz einfachen Grund: Wir haben eine Bundesregierung, die zwar von Klimaschutz redet, aber seit Jahren keine Klimaschutzpolitik mehr macht.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Deshalb haben wir unsere Ziele krachend verfehlt, sind längst nicht mehr internationaler Vorreiter, sondern inzwischen Nachzügler. Das muss das Thema der Debatte hier im Deutschen Bundestag sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Letzte Woche beim Energieministerrat ging es um die zukünftige Energiepolitik Europas, um die Ziele für erneuerbare Energien und um Energieeffizienz. In der Vergangenheit war es so, dass Deutschland in Europa (C) immer an der Spitze der Bewegung stand, auch über Regierungen hinweg, und dafür gekämpft hat, dass bessere Ziele erreicht werden. Plötzlich erleben wir – ich sage Ihnen ganz ehrlich: das hätte ich mir nie vorstellen können –, dass ein Energieminister Peter Altmaier an der Seite der nationalkonservativen PiS-Partei aus Polen gegen Frankreich, gegen Spanien, gegen die Niederlande, gegen Skandinavien, gegen Italien kämpft und schwächere Ziele durchsetzt. Meine Damen und Herren, wir haben hier mal eine Energiewende gehabt. Was ist daraus geworden? Warum kämpfen Sie nicht auf europäischer Ebene dafür?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch der Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU] – Klaus Mindrup [SPD]: Wir tun das!)

Ich hätte es mir ja ehrlich gesagt nicht vorstellen können, dass ich mal hier stehen und mir fast Sigmar Gabriel zurückwünschen würde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht zu weit!)

Denn mit ihm war in der letzten Großen Koalition die Position der Sozialdemokraten an dieser Stelle wenigstens klarer.

(Klaus Mindrup [SPD]: Wir sind jetzt auch klar!)

(D) Meine Damen und Herren, ich hätte nicht gedacht, dass Sie mal so tief sinken könnten, an der Seite der Kohle-Barone zu kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Nachdem Sie die 2020er-Ziele schon aufgegeben haben, indem Sie sagten: „Die wollen wir gar nicht mehr erreichen. Das lassen wir.“, aber jetzt sagen: „Indianerehrenwort! Wir werden die 2030er-Ziele erreichen.“, muss man Ihnen einfach ins Stammbuch schreiben: Sie legen jetzt die Grundlage dafür, dass Sie auch diese Ziele wieder verfehlen werden, und zwar indem Sie auf europäischer Ebene für schwache Ziele im Energiebereich und im Automobilbereich kämpfen, indem Sie verhindern, dass es eine ambitionierte Klimaschutzpolitik gibt, und indem Sie verhindern, dass es Ausschreibungen für mehr Windenergie gibt.

Sie stehen in dieser Großen Koalition sicherlich nicht auf der Seite der AfD, aber Sie bekämpfen an der Stelle eine vernünftige Energie- und Klimapolitik, die diesen Planeten und die Industrie unseres Landes in die Zukunft führen könnte. Und das ist eine absolut fatale und falsche Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU]: Sie schauen nicht auf die Auswirkungen auf die Industrie!)

(A)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Als Nächster redet Andreas Jung für die CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andreas Jung (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hilse, Sie haben ja für den Antragssteller, die AfD-Fraktion, gesprochen. Ich will Ihnen sagen, was uns unterscheidet. Uns unterscheidet vieles, aber heute insbesondere eines: Ich habe Ihren Antrag gelesen, Sie offensichtlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU])

Sie haben in Ihrer Rede mit abstrusesten Argumenten versucht, uns weiszumachen, es gebe keinen Klimawandel.

(Widerspruch bei der AfD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das hat doch nie jemand gesagt! – Karsten Hilse [AfD]: Nein, das steht da auch nicht drin, dass es den nicht gibt! Das ist doch Quatsch! *Sie* haben es nicht gelesen!)

– In Ihrem Antrag nicht. Das haben Sie in Ihrer Rede gesagt. Sie haben versucht, mit irgendwelchen kruden Überlegungen zu belegen, dass es keinen Klimawandel gibt. – In Ihrem Antrag fordern Sie einen Klimaanpassungsfonds für Deutschland, die Bewässerung von Dürregebieten, Renaturierung usw., um die Folgen des Klimawandels in Deutschland zu bekämpfen. Das ist doch ein eklatanter Widerspruch.

(B)

(Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU]: Ja, genau!)

Entweder es gibt einen Klimawandel, oder es gibt ihn eben nicht. Aber wenn nicht, dann bräuchten Sie auch keinen Anpassungsfonds.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

Andreas Jung (CDU/CSU):

Ja, Herr Hilse.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Bitte sehr.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht es jetzt aber nicht mehr besser!)

(C)

Karsten Hilse (AfD):

Ob ich das jetzt nun besser mache für Sie, spielt eigentlich keine Rolle.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Konzentrieren Sie sich auf Ihren Beitrag! Das hilft!)

Herr Jung, bei allem nötigen Respekt: Könnten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht den Klimawandel leugnen?

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! Genau das machen Sie!)

– Kann ich jetzt die Frage stellen? Das wäre nett. Vielen Dank. – Ich habe auch in meiner Rede extra darauf abgehoben: Natürlich gibt es seit Jahrmillionen einen Klimawandel. Wir sagen einfach nur, dass der menschengemachte Anteil daran so gering und nicht messbar ist, dass aufgrund dessen keine Maßnahmen erfolgen müssen.

Und: Ich habe den Antrag gelesen.

(Zuruf von der SPD: Wer hat ihn denn geschrieben?)

Ich denke, Sie haben ihn auch gelesen. Es geht in diesem einen Punkt um eventuelle negative Auswirkungen in einigen Gebieten durch Klimawandel und darum, dass wir dafür quasi einen Klimawandelanpassungsfonds einrichten mit circa 10 Prozent der Mittel, die jetzt für den sogenannten Klimaschutz aufgewendet werden. Ich gehe davon aus, dass Sie das dann doch auch so gelesen haben.

(D)

Also: Wir leugnen nicht den Klimawandel, sondern nur den menschengemachten Anteil daran.

Danke.

Andreas Jung (CDU/CSU):

Herr Hilse, das ist immerhin eine Weiterentwicklung, wenn Sie zugeben, dass es einen Klimawandel gibt.

(Zuruf von der AfD: Steht doch drin!)

Zu dem Punkt, er sei nicht menschengemacht, kann ich nur sagen: Das steht im Widerspruch zur übergroßen Mehrheit der Wissenschaftler, übrigens auch zum Erleben vieler Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zu meinem nächsten Punkt kommen und erläutern, warum für uns nicht nur Anpassungsmaßnahmen, sondern auch Klimaschutz wichtig ist. Ich will Ihnen sagen: Wir lieben unsere Heimat, und wir lieben unsere Heimat so, wie sie ist. Unsere Heimat ist geprägt von Landschaft und Landwirtschaft, sie ist geprägt von Tieren und Pflanzen und auch von den Flüssen. Genau so wollen wir sie erhalten und alles dafür tun, dass die Folgen des Klimawandels überhaupt nicht erst eintreten. Deshalb ist uns Klimaschutz wichtig.

Als Christdemokrat möchte ich Ihnen noch dazusagen: Uns Christdemokraten geht es beim Klimaschutz um die Bewahrung der Schöpfung. Diese Auffassung

Andreas Jung

(A) teilen wir übrigens mit dem Papst. Sie führen gerne die Rede vom christlichen Abendland. Ich erinnere mich: In Ihrer letzten Rede haben Sie zu Beginn Pegida Dresden auf der Tribüne begrüßt; so viel zur angeblichen Distanz Ihrer Partei zu Pegida. Aber für das Christentum, Herr Hilse, spricht nicht die AfD, für das Christentum spricht der Papst;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

er ist jedenfalls eine gewichtige Stimme. Der Papst hat die Enzyklika „Laudato si'" verfasst. Die Protestanten sehen das in diesem Punkt übrigens ganz genauso. Die großen christlichen Kirchen sagen gemeinsam: Ja, die Herausforderung durch den Klimawandel ist eine Aufgabe für die Menschheit. Der Papst spricht von der Sorge um das gemeinsame Haus. Er spricht nicht von dem deutschen Haus, sondern er weist darauf hin, dass es eine internationale Aufgabe ist. Deshalb sagen gerade wir als Christdemokraten: Wir müssen die Heimat erhalten, die Schöpfung bewahren. Deshalb machen wir engagierten Klimaschutz.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre schön!)

Jetzt weisen Sie darauf hin, dass wir Deutschen einen geringen Anteil an den weltweiten Emissionen haben und deshalb die Welt doch nicht alleine retten können. Ja, natürlich, alleine geht es nicht, es geht nur gemeinsam.

(B) Das ist genau das, was Sie immer ablehnen, dass man mit anderen gemeinsam Politik macht. Darum geht es beim Klimaschutz. Aber wir Deutsche haben eine besondere Verantwortung; denn bei allen Erfolgen, die noch nicht weit genug gehen, aber unstreitig sind, haben wir in Deutschland nach wie vor einen Pro-Kopf-Ausstoß an CO_2, der erheblich größer ist als der Durchschnitt in der Welt.

(Beifall bei der AfD: Wir sind eine Industrienation!)

Wir werden jene, die wir zur Erreichung unserer Ziele brauchen, nicht ermuntern, etwas zu tun, wenn wir nicht vorbildlich sind. Deshalb müssen wir vorankommen. Deshalb müssen wir zeigen, dass es in einem Industrieland möglich ist, engagierten Klimaschutz zu machen und zugleich so umzusetzen, dass Wohlstand erhalten bleibt, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. So muss Klimaschutz engagiert und effizient umgesetzt werden. Das ist unsere Verantwortung. Wir werden das gemeinsam mit den internationalen Partnern angehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist richtig, dass die Bestandsaufnahme hinsichtlich der 2020-Ziele ein Rückschlag ist. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir alles dafür tun, die 2020-Ziele sobald wie möglich doch noch zu erreichen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sieht man aber nichts von!)

(C) Und dann müssen wir vor allem die 2030-Ziele in den Blick nehmen. Sie fordern die Abkehr davon. Wir sagen: Man muss jetzt die Weichen dafür stellen, dass die 2030-Ziele eingehalten werden. Deshalb haben wir uns in der Koalition darauf verständigt, den Klimaschutzplan mit allen Sektorenzielen, Energie, Landwirtschaft, Verkehr und Gebäude, umzusetzen. Genau das werden wir in Gesetzesform gießen. Damit werden wir unterstreichen: Deutschland hat eine Verantwortung und der werden wir gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Multilateralismus lehnen Sie ja ab. In Ihrem Antrag heißt es, man müsse alle internationalen Verpflichtungen streichen. Aber unsere Antwort auf die Herausforderungen muss doch sein: Wir Deutsche müssen etwas tun, aber wir schaffen es nur gemeinsam. – Deshalb haben wir mit Frankreich in der Meseberger Erklärung noch einmal unterstrichen: Wir wollen gemeinsam Motor für Klimaschutz in Europa sein und darüber hinaus durch die engagierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens dafür sorgen, dass nicht nur wir in Deutschland, sondern dass wir international für das gemeinsame Haus die Verantwortung übernehmen. Darum geht es. Diesen Weg verfolgen wir, und das werden wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützen.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Krischer?

(D)

Andreas Jung (CDU/CSU):

Ja.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herzlichen Dank, Herr Kollege Jung, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben die internationale Ebene angesprochen. Gestatten Sie mir dazu eine Frage. Ehrlich gesagt, ich höre immer gerne Ihre netten und wohlfeilen Worte, nur muss ich einfach zur Kenntnis nehmen, dass das nichts mit der Politik Ihrer Vertreter in der Bundesregierung zu tun hat. Minister Altmaier hat auf europäischer Ebene dafür gekämpft, dass die Ziele schwächer werden – gegen andere Staaten. Er bestreitet das nicht mal; er hat das im Ausschuss bestätigt. Deutschland hat im Umweltrat eine absolut negative Rolle eingenommen, als es um die CO_2-Grenzwerte für Pkw ging. Wo bitte schön findet sich das, was Sie hier in schönen Worten sagen, in der Politik dieser Bundesregierung, insbesondere der Vertreter Ihrer Partei in der Regierung, wieder?

Andreas Jung (CDU/CSU):

Ich habe auf zwei Dinge hingewiesen:

Erstens. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir uns im Koalitionsvertrag nicht nur Ziele gesetzt haben, sondern auch Maßnahmen vereinbart haben. Das, was in der letzten Legislaturperiode noch umstritten war, auch zwischen den Koalitionsfraktionen, nämlich der Klimaschutzplan mit verbindlichen Sektorzielen bis 2030 und

Andreas Jung

(A) deren Umsetzung, deren Verankerung in einem Gesetz, haben wir im Koalitionsvertrag beschlossen. Das werden wir umsetzen. Das ist die konkrete Politik dieser Bundesregierung.

Zweitens. Ich habe – Sie fragen nach der internationalen Seite – die Meseberger Erklärung von letzter Woche angesprochen, in der Deutschland und Frankreich gemeinsame Vorstellungen entwickelt haben zur bilateralen Zusammenarbeit, aber auch zu weiteren europäischen Impulsen. Ganz konkret ist die Rede davon, dass gemeinsame Vorstellungen zur CO_2-Bepreisung entwickelt werden sollen. Das ist ja offensichtlich ein Eintreten dieser Bundesregierung auf internationaler Ebene.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Minister Altmaier ist dagegen!)

Darauf aufbauend werden wir mit den europäischen Partnern und international die Verpflichtungen von Paris umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Dr. Martin Neumann für die FDP.

(Beifall bei der FDP)

(B) **Dr. Martin Neumann** (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, dass mich die Überschrift des vorliegenden Papiers überrascht hat. Gleich darauf folgte eine totale Ernüchterung, da Sie von der AfD in Ihrem Antrag auch nur schrille Behauptungen, die auch unbewiesen sind, aufgezählt haben. Schön, dass ich jetzt Gelegenheit habe, Fakten statt Behauptungen aufzuzählen.

Fakt ist: Es ist gesellschaftlicher Konsens in Deutschland, dass wir aus der Kernenergie aussteigen. Es gibt übrigens auch keine Planung für neue Tagebaue. Niemand kommt aktuell auf die Idee, in Deutschland ein neues Braunkohlekraftwerk zu bauen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: RWE plant ein neues Braunkohlekraftwerk!)

Fakt ist aber auch: Wir bekennen uns zu den Klimazielen von Paris. Das heißt, die CO_2-Emissionen müssen deutlich reduziert werden. Wir wissen: Das Klima hängt von vielen, unendlich vielen Faktoren ab. Selbst wenn wir, wenn die Menschheit nicht abschließend weiß, welche Wirkung eine höhere CO_2-Konzentration tatsächlich hat, sollten wir alles tun, um den CO_2-Ausstoß wirksam zu vermindern, dramatisch zu vermindern.

(Beifall bei der FDP)

Das sollten wir auch mit Blick auf das Argument der Risikoverminderung tun. Denn wir wissen nicht, was passieren könnte.

(C) Fakt ist ferner, dass das ein hoher politischer Anspruch ist und dieser Anspruch technologische Innovationen erfordert. Hier muss Politik, hier müssen wir ansetzen, auch die Antragsteller. Wir müssen Freiräume für Innovationen und marktwirtschaftliche Lösungen schaffen. Allerdings müssen wir uns über den Weg dahin unterhalten.

Fakt ist – Herr Beutin, Sie haben es vorhin deutlich gesagt –: Die deutschen Haushalte zahlen die höchsten Strompreise. Das ist Fakt.

(Lorenz Gösta Beutin [DIE LINKE]: Ja, aber woran liegt denn das?)

Schuld daran ist nicht der Klimaschutz, schuld ist die teure Fehlkonstruktion der Energiewende.

(Timon Gremmels [SPD]: Der größte Anstieg war, als Herr Rösler Energieminister war! Was haben Sie dagegen gemacht, als Sie in der Regierung Verantwortung hatten?)

Im Koalitionsvertrag ist nun ein Anstieg des Anteils der alternativen Energien auf 65 Prozent verordnet, ohne dass die entsprechenden physischen, aber auch intelligenten Netze zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der FDP)

Ab 2022, wenn die letzten Atomkraftwerke vom Netz sind, droht uns eine Lücke bei der gesicherten Leistung. Wollen wir uns im Notfall wirklich auf Stromimporte aus den Nachbarländern verlassen?

(D) (Klaus Mindrup [SPD]: Wir exportieren gerade massiv!)

In dieser Frage brauchen wir dringend Augenmaß.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Timon Gremmels [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Statt einseitiger Förderung alternativer Energien brauchen wir ein zielführendes Emissionshandelssystem. Wir dürfen die Anstrengungen zum Klimaschutz nicht auf dem Rücken der deutschen Energiewirtschaft betreiben. Es muss mindestens eine europäische Komponente geben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Martin Neumann (FDP):

Nationale Alleingänge, wie sie besonders von den Grünen gefordert werden, sind völlig fehl am Platze. Wir brauchen ebenso globale Standards und Instrumente.

Während die AfD den Klimawandel abstreitet, tun die Grünen so, als liege das Heil einzig in den Erneuerbaren und im Sofortausstieg aus der Kohle. Die Fakten sind aber ganz andere. An dieser Stelle sage ich mit Blick auf meine Redezeit: Ein Hauruckausstieg gefährdet unter

Dr. Martin Neumann

(A) anderem die wirtschaftliche Energieversorgung. Das ist ein wesentlicher Grundpfeiler nationaler Akzeptanz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Fazit: Ideologien helfen uns bei der Lösung der Zukunftsfrage nach der Energieversorgung und den Klimazielen von morgen nicht weiter, weder von rechts noch von links. Die Ignoranz der AfD ist hierbei genauso schädlich wie grüne Träumereien. Wir brauchen – das sage ich als letzten Satz für uns Freie Demokraten – eine marktwirtschaftliche Alternative, die Raum für Vernunft bietet. Wir lehnen den Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Danke, Herr Neumann. – Es sind zwei Kurzinterventionen angemeldet worden. Aber wenn diejenigen, die schon geredet haben, jetzt auch noch eine Kurzintervention machen, dann verlängern wir die Debattendauer über Gebühr. Ich habe schon mehrfach Zwischenfragen zugelassen und lehne deshalb die beiden Kurzinterventionen ab.

Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat die Abgeordnete Dr. Nina Scheer für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Dr. Nina Scheer** (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst darauf eingehen, wie die AfD grundsätzlich mit Wissenschaft umgeht, weil ich das zutiefst verstörend finde. Sie nehmen in Ihren Antrag Fußnoten auf. Wenn man sie googelt, stellt man fest: Es führt zu nichts anderem als zu irgendwelchen Tabellen, die ihrerseits überhaupt keine Herkunftsangaben haben. Ich selbst könnte so eine Tabelle bei Ihnen reinstellen – Sie würden das wahrscheinlich gar nicht bemerken –, und auch Sie, Herr Hilse, könnten irgendeine Tabelle schreiben und bei diesem EIKE e.V. einstellen, und das wären dann die „Fakten“. Ist das das, von dem Sie meinen, dass sich Millionen und Milliarden von Menschen weltweit darauf verlassen sollten, um eine nüchterne Einschätzung der tatsächlichen Gegebenheiten beim Klimawandel vorzunehmen? Es ist absurd, was Sie für ein Wissenschaftsverständnis haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man diese Art der Wissenschaftsverleugnung, die Sie in Ihrem Antrag vornehmen,

(Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD])

auf die Inhalte Ihres Antrags zurückführt, darf es einen auch nicht wundern, dass darin, wie von meinen Vorrednern schon benannt, krasse Widersprüche enthalten sind. Sie haben durch Ihre Zwischenrufe während der Rede von Herrn Jung glauben machen wollen, dass Sie schon

(C) meinen, dass es einen Klimawandel gibt, nur eben nicht den menschengemachten. Aber Ihr Antrag sagt etwas anderes. Darin findet man solche Formulierungen wie – ich zitiere kurz –: „Beim Treibhauseffekt wird unterstellt, bewiesen wurde er bisher nirgends“. Oder: „Die vermutete Temperaturerhöhung“. Das sind Formulierungen aus Ihrem Antrag.

(Karsten Hilse [AfD]: Ja, richtig!)

„Ein nur imaginäres Weltklima“ – eine Formulierung aus Ihrem Antrag.

(Karsten Hilse [AfD]: Richtig!)

Dann: die „hypothetische Temperatur-Erhöhung“ – auch eine Formulierung aus Ihrem Antrag.

(Karsten Hilse [AfD]: Auch richtig!)

Man hat wirklich den Eindruck, Sie kennen Ihren eigenen Antrag nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Karsten Hilse [AfD]: Keine Sorge, ich kenne den Antrag schon! – Gegenruf von der CDU/CSU: Umso schlimmer!)

Den Weltklimarat, eine internationale Organisation, schreiben Sie in Anführungszeichen.

(D)

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das ist auch richtig so! Da sind noch zu wenige Anführungszeichen drin!)

Gleichzeitig schreiben Sie, dass es die offizielle Forschung gäbe. Da frage ich mich: Was ist denn für Sie die offizielle Forschung? Ist das dieses EIKE e.V. mit diesen Tabellen ohne Quellenangaben? Es ist absurd, was Sie hier für Fakten in den Raum stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Trotzdem meinen Sie, dass man die ganzen Instrumente wegkürzen und die Mittel in einen Klimawandelfolgenanpassungsfonds geben sollte. Aha! Es gibt also doch einen Klimawandel? Das ist ja interessant.

(Karsten Hilse [AfD]: Na, das sage ich doch immer wieder! Hören Sie mir denn nicht zu? Sind Sie taub, oder was? Also bitte, Frau Scheer, ich hatte Ihnen wirklich etwas mehr zugetraut!)

Das ist wirklich absurd. So etwas habe ich in meinem Leben noch nicht gelesen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Nina Scheer

(A)

Ich möchte auch auf etwas anderes kurz eingehen. Sie haben sich in epischer Breite auch über die vielen Nullen ausgelassen, die Sie immer nennen. X-mal wurden diese Nullen genannt.

(Karsten Hilse [AfD]: Die Zahl stimmt ja auch, und die Formel steht da!)

Dann schreiben Sie, mit dem Wert, den Sie da errechnet haben wollen, reduziere sich die weltweite Klimaproblematik zum „Null-Problem“. Ich höre jetzt mit diesen ganzen Zitaten auf; denn sie gehen von meiner Redezeit ab. Das, was da steht, ist ein einziger Schwachsinn.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist meines Erachtens wichtig, dass wir uns kurz überlegen: Wenn 95, 98 oder auch nur 90 Prozent der Wissenschaftler sagen würden: „Steigen Sie bitte nicht in dieses Flugzeug ein; es stürzt ab“, würden Sie dann trotzdem einsteigen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, Sie würden nicht einsteigen. In genau dieser Situation befinden wir uns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Durch die erneuerbaren Energien konnten in Deutschland seit 2005 1 Milliarde Tonnen CO_2 eingespart werden. 1 Milliarde!

(B)

(Karsten Hilse [AfD]: Bitte, was?)

Es besteht der weltweite Bedarf, jährlich 8,8 Milliarden Tonnen CO_2 einzusparen, um das 2-Grad-Ziel einzuhalten. Vor diesem Hintergrund haben wir sehr wohl einen Beitrag geleistet; das ist ein nennenswerter Anteil. Wir haben eine weltweite Ausstrahlungswirkung erzielt mit unseren Energiewendeambitionen und mit unseren Ausbauschritten; unser Anteil der erneuerbaren Energien liegt nicht bei sieben Komma soundsoviel Prozent, sondern bei über 14 Prozent usw. usf.

Sie haben einen einzigen Faktenwust in den Antrag geschrieben, der nichts an wahren Elementen enthält. Insofern finde ich es einfach nur erschreckend, was Sie da auf die Menschheit loslassen. Ich finde es beschämend und erschreckend.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Die nächste Rednerin ist Lisa Badum für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lisa Badum (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank, dass wir einige Minuten nicht über Grenzkontrollen reden mussten – das beschäftigt die Medien ja sehr, interessiert die Bürgerinnen und Bürger nach Umfragen aber überhaupt nicht –, sondern über Klimaschutz reden konnten. Vielen Dank dafür.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Ich möchte mit einem Zitat von Angela Merkel beginnen. Sie warnte vor den volkswirtschaftlichen Kosten des Nichtstuns im Klimaschutz. Ich habe ihr da natürlich völlig zugestimmt, aber dann kurz gestutzt: Sie ist ja Teil der Bundesregierung; sie ist sogar Bundeskanzlerin. Und die Bundesregierung hätte ja die Möglichkeit, zu handeln. Aktuell geht es darum, dass die Autos in Deutschland, aber auch in Europa spritsparender, effizienter, klimafreundlicher werden. Das wird aktuell in Brüssel verhandelt. Die Bundesregierung ist da leider ohne eine Position oder Meinung hingefahren.

Jetzt werden Sie von der Regierung sagen: Na ja, das ist bei der GroKo halt so, wir können uns nicht einigen; da kann man nichts machen. – Wir müssen aber etwas gegen die Klimakrise machen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Und wer sich das Ganze einmal mit eigenen Augen anschauen will, den lade ich gerne nach Bayern ein. Fahren Sie auf die Zugspitze, und suchen Sie dort mit der Lupe die drei Gletscher, die wir mal hatten. Vom Südlichen Schneeferner ist noch ein Achtel der Fläche übrig, die er 1950 hatte. Ein weiteres Abschmelzen zu verhindern, wäre weitsichtiger Heimatschutz, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber wir können nicht nur die Katastrophe verhindern, wir könnten beim Klimaschutz sogar wirtschaftliche Potenziale heben. Der Bundesverband der Deutschen Industrie sagt, wir hätten beim Wirtschaftswachstum ein zusätzliches Potenzial von 0,4 bis 0,9 Prozent des BIP, wenn wir unsere Wirtschaft dekarbonisieren, wenn wir sie grüner machen, wenn wir die Fossilen rausdrängen.

Sie mögen jetzt sagen: Was die Wirtschaft sagt, interessiert mich auch nicht. – Vielleicht ist aber von Interesse, was die Menschen in diesem Land interessiert: Die Mehrheit der Menschen in diesem Land war für den Atomausstieg; die Mehrheit der Menschen ist für den Kohleausstieg; die Mehrheit der Menschen ist für die Energiewende. Ich sage Ihnen: Wer sich gegen die Energiewende stellt, wer sich gegen eine zukunftsfähige Wirtschaft stellt, wer sich gegen den Schutz unserer Heimat stellt, der stellt sich gegen die Menschen in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Daher sage ich Ihnen: Sie können gern weiter auf dem sinkenden Schiff Ihrer vorsintflutartigen Klimapolitik bleiben, wenn Sie zu etwas anderem nicht den Mut ha-

Lisa Badum

(A) ben. Aber dieses Land und diese Welt haben etwas Besseres verdient.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf von der AfD: Ja, die höchsten Strompreise in Europa!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Der nächste Redner ist Jens Koeppen für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jens Koeppen (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Demokratie lebt ja bekanntlich von der Debatte, von dem leidenschaftlichen Streit um die Sache und davon, dass es unterschiedliche Positionen gibt. Schwierig wird es natürlich immer, wenn die eigene Position wie eine Monstranz vor sich hergetragen und ein Thema zur Ersatzreligion wird.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

So haben wir uns in den vergangenen Sitzungswochen über Anträge unterhalten, die oft ambitioniert oder überambitioniert waren, oft mit unrealistischen und unerfüllbaren Zielen. Manchmal hatte man den Eindruck: Das ist eher Wunschdenken als Realpolitik.

(B)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr Koalitionsvertrag!)

Hier liegt nun ein Antrag vor, bei dem genau das Gegenteil der Fall ist: Er ignoriert all das, was wir seit Jahren besprechen. Er fordert den Ausstieg – das haben wir hier ja schon besprochen – aus allen nationalen und internationalen Verträgen. Wir sollen uns also praktisch wie der Trump im Porzellanladen verhalten, aus allem aussteigen – auch in der Energiepolitik – und alle Gesetze, Verordnungen und Vorschriften negieren. Ich bin ja dabei, wenn man sagt, dass man ein Gesetz, eine Verordnung, eine Vorschrift immer verbessern muss. Aber alles das, was wir in der Energiewende bisher erreicht haben, zu negieren, halte ich für schwierig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Für schwierig“?)

Wir haben jetzt in der Debatte gelernt, dass der Klimawandel auch auf Ihrer Seite anerkannt wird. Aber der Klimaschutz sei nutz- und wirkungslos. Warum haben wir denn dann – die Antwort ist noch nicht gegeben worden – bei Ihnen einen Klimawandelfolgenanpassungsfonds für Deichbau, für Bewässerung, gegen Dürre und für viele andere Sachen mehr, für Renaturierung? Das passt doch irgendwie nicht zusammen. Entweder ich sage: „Es gibt diesen Klimawandel“, oder ich sage: Es gibt ihn nicht. – Wenn Sie jetzt auch sagen: „Es gibt den Klimawandel“ und wenn Sie sagen: „Er ist natürlich und nur zu einem geringen Teil menschengemacht“, dann muss man doch fragen: Welchen Teil – wenn es so ist – können wir dann beeinflussen? Darüber sollten wir nachdenken. Es geht nicht darum, den Strom in Deutschland komplett abzuschalten, sondern es kommt darauf an, eine Energiewende zu machen. (C)

Wenn Sie jetzt den Klimaschutz und die CO_2-Reduktion komplett ignorieren und sagen: „Das ist wirkungslos“, dann kann ich Ihnen vielleicht eine Brücke bauen: Reden wir doch über Ressourceneffizienz – das ist ja im Prinzip der umgekehrte Weg –; denn bei 11 Milliarden Menschen auf der Erde ist es doch sinnlos, Öl und Gas einfach nur zu verbrennen und die Ressourcen zu verschleudern. Also müssen wir doch zwangsläufig dazu kommen, diese endlichen Ressourcen zu ersetzen und Substitute zu suchen, also zu forschen usw.

Beide Fundamentalpositionen – die eine und die andere, von denen ich sprach – sind fatal und ideologisch. Politik beginnt nun mal mit dem Betrachten und dem Anerkennen der Realitäten – auch und gerade in der Energiepolitik. Deswegen bin ich Wirtschaftsminister Altmaier sehr dankbar, der im Wirtschaftsausschuss gesagt hat: Wir brauchen selbstverständlich ambitionierte und sehr ehrgeizige Ziele, aber diese Ziele müssen auch realistisch sein – gerade in der Energiepolitik.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Herr Koeppen, gestatten Sie eine Zwischenfrage von der FDP?

Jens Koeppen (CDU/CSU): (D)

Gerne.

Dr. Christoph Hoffmann (FDP):

Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage gestatten. – Ein Vorredner von der Fraktion Ihres Koalitionspartners hat vorhin davon gesprochen, dass in China Wasserstoffbusse fahren, während das in Deutschland nicht der Fall ist. Ich glaube, Sie wissen, dass Daimler-Benz auch ein entsprechendes Serienmodell hier am Start hat, und frage Sie: Was hat die Große Koalition, die alte und die neue, dafür getan, dass ein Wasserstofftankstellennetz und Wasserstoffkreisläufe in Deutschland installiert werden?

Jens Koeppen (CDU/CSU):

Bei der Diskussion in der Energiepolitik, in der Verkehrspolitik landen wir immer bei dem Thema Technologieoffenheit. Ich habe auch beim letzten Mal schon gesagt, dass ich es für einen Fehler halte, dass wir sagen: Wir konzentrieren uns nur auf die Elektromobilität.

(Dr. Lukas Köhler [FDP]: Ändern Sie es doch!)

Wir haben dabei vollkommen ausgeblendet, dass die Wasserstofftechnologie, die Wasserstoffverbrennung, aber auch die Entwicklung von Elektromotoren schon viel, viel weiter sind. Das meine ich mit „überambitionierten Zielen“. Deswegen schlage ich immer vor, das mit den Ingenieuren zu machen, das technologieoffen zu machen. Denn mir persönlich ist es völlig egal, welches

Jens Koeppen

(A) Gramm und wo CO_2 eingespart wird; Hauptsache, es wird eingespart. Deswegen sage ich: Technologieoffenheit bringt uns weiter und nicht Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Zur Ressourceneffizienz in der Energiepolitik: Energiepolitik ist ja mehr als nur die Formulierung von Klimaschutzzielen, sondern hier geht es in der Tat um saubere Luft, um einen vernünftigen Umgang mit den endlichen Ressourcen, um Versorgungssicherheit und um Bezahlbarkeit. Wir müssen die Energieziele mit Augenmaß setzen. Sonst geht es in die falsche Richtung. Aktionismus führt uns in die Sackgasse, Ignoranz führt zum Verderben. Deswegen müssen wir mit Augenmaß agieren.

Durch erfüllbare Vorgaben entstehen Technologiesprünge. Das passiert durch den Marktanreiz. Wir müssen die Macher, die Techniker, machen lassen, statt nur Dauersubventionen zu geben.

Die Energiewende bedeutet ja mehr, als nur den CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Wir sind auf der Suche nach alternativen Technologien, nach umweltverträglichen, sauberen und erneuerbaren Energien. Dazu gehören Wind- und Solarenergie, aber auch CCU, also die Nutzung von Kohlenstoffdioxid.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Das wurde in den letzten Jahren völlig ausgeblendet, und dadurch hat man versäumt, CO_2 im Kreislaufsystem wirklich zu nutzen und da zu forschen.

(B)

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Leute, ihr habt alle gesagt: CCS und CCU sind Schwachsinn. – Das ist kein Schwachsinn, sondern da muss die Forschung ansetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Ein anderes Stichwort ist die bedarfsgerechte Versorgung der Kunden mit Strom durch Smart Meter, durch Smart Grids, also intelligente Netze.

Wo stehen wir jetzt also? Wir stehen gegenüber 1990 bei einer CO_2-Reduktion von über 32 Prozent, mindestens. 40 Prozent war das Ziel. So ist es mit aufgeschriebenen Zielen: Das funktioniert nicht immer. Wir sind aber bei 32 Prozent plus – trotz Atomausstieg und trotz einer brummenden Industrie.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: War der schon vorher, der Atomausstieg?)

Der Anteil der Erneuerbaren 2017 liegt bei 36 Prozent.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Strombereich?)

– Im Strombereich, natürlich. Darüber reden wir doch die ganze Zeit. – Im Jahr 2000 lag dieser Anteil noch bei 6 Prozent. Da sagen Sie – das geht an beide Seiten –, wir hätten nichts gemacht; für mich unverständlich.

(C) Also: Das ist eine unberechtigte Schelte. Nochmals: Energiepolitik, Energiewende brauchen ehrgeizige Ziele, brauchen erfüllbare Vorgaben, brauchen Mut und Augenmaß, brauchen Visionen und Realismus.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haltet doch eure eigenen Ziele einfach ein!)

Vor allen Dingen braucht es Akzeptanz bei den Menschen, sonst bekommen wir nämlich gar nichts hin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr schleift doch eure eigenen Ziele ständig!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Letzter Redner der Debatte ist Timon Gremmels für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Timon Gremmels (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD möchte gerne „faktenbasiert“ über Klima- und Energiepolitik reden. Dann machen wir das mal. Ich habe mir Ihren Antrag und die Begründung genauer angeguckt. Sie fordern, der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, Gesetze zu beenden. – Die Bundesregierung kann keine Gesetze beenden. Der Einzige, der das kann, ist das Parlament; das sind wir.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie uns vorlegen, ist auch faktisch falsch. Es ist eine Unverschämtheit, dass wir uns mit so einem Kram beschäftigen müssen, der überhaupt nicht auf dem Boden der Verfassung steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das, was Sie fordern, geht nämlich nicht. Wir haben eine Gewaltenteilung. Gesetze hebt der Bundestag auf.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Dann machen Sie sich doch mal die Arbeit und legen einen Gesetzentwurf vor! Bringen Sie hier Gesetzentwürfe ein, mit denen Sie jedes einzelne Gesetz beenden. Machen Sie das!

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Dann machen wir hierzu eine Anhörung, und wir sorgen dafür, dass die Anhörung öffentlich ist. Dann laden wir die 95 Prozent der Experten ein, die Ihnen öffentlich beweisen, dass das, was Sie vorgetragen haben, Quatsch ist.

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Gehen Sie diesen Weg, und machen Sie hier nicht die populistische Nummer, indem Sie etwas vorschlagen, was

Timon Gremmels

(A) gar nicht geht und was gar nicht auf dem Boden dieser Verfassung steht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, liebe Kollegen – das „liebe“ nehme ich zurück –, Kollegen von der AfD, ein guter Antrag erklärt sich selbst. Man kann auch eine kleine Begründung anhängen. Aber fünf Seiten Begründung für einen wirklich schwachen Antrag, das ist ein Armutszeugnis für Sie.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Das zeigt, dass dieser Antrag einfach nur zusammengestückelt ist, weil Sie hier eine populistische Nummer abziehen wollten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dann wollen Sie wieder Mauern bauen. Jetzt wollen Sie nicht nur Mauern bauen, sondern Sie wollen auch Schutzdämme bauen. Es ist wie bei den Flüchtlingen: Sie wollen nicht an die Ursache des Problems gehen, sondern sich nur mit den Folgen beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Ich empfinde es als einen Hohn gegenüber den Menschen, dass Sie jetzt auf einmal Deiche bauen wollen. Wo wollen Sie denn den Deich bauen? Vor Hannover? Das ist ein Armutszeugnis, und das ist ein Hohn gegenüber den Menschen. Wir wollen die Ursachen bekämpfen

(B) und nicht die Folgen. Das ist nämlich Ihre Politik. Das ist völlig falsch. Wir wollen einen guten, einen modernen Klimaschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sagen, Sie glauben den Wissenschaftlern nicht. Sie sagen, Sie glauben der SPD nicht und der CDU nicht; Sie glauben uns einfach nicht, weil wir Ideologen seien.

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Gucken Sie sich doch mal einen Bericht an, nämlich den der Munich Re. Die Munich Re ist der größte Rückversicherer. Das sind keine Ideologen. Denen geht es schlicht und einfach um Zaster. Sie wollen verdienen, und sie wollen sich absichern. Sie haben einen Schwerpunkt bei dem Thema Klimafolgen.

(Zuruf des Abg. Frank Pasemann [AfD])

– Gucken Sie sich das mal bitte an.

(Abg. Jan Ralf Nolte [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Die Munich Re hat für das Jahr 2017 einen Bericht vorgelegt. Das ist das erste Jahr ohne El-Niño-Einfluss – das ist genau das, was Sie sagen –, ohne den Einfluss von natürlichen Klimaschwankungen. Das Jahr 2017 war das wärmste Jahr. Das ist ein deutlicher Ausdruck des menschgemachten Klimawandels, sagt Munich Re, der größte Rückversicherer. Wenn Sie nicht uns glauben,

(C) dann glauben Sie wenigstens denen. Denn denen geht es um bares Geld; das sind keine Ideologen.

(Zuruf von der AfD: Wir glauben der Versicherung! – Gegenruf des Abg. Frank Pasemann [AfD]: Genau! Das ist eine prima Idee! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Anscheinend habe ich einen wunden Punkt getroffen. Sie brauchen aber gar nicht dazwischenzurufen. Ich bin lauter, auch ohne Mikrofon, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie schon nicht uns glauben und wenn Sie nicht der Munich Re glauben, dann glauben Sie doch Ihren eigenen Wählern! Es gibt aus dem letzten Jahr eine Umfrage im Auftrag des RWI, des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung – die habe ich bisher selten zitiert –,

(Zuruf von der FDP: Das glaube ich!)

zu der Frage, wie es mit der Akzeptanz der Energiewende aussieht. 59 Prozent der AfD-Wähler finden die Energiewende gut oder wollen sich sogar selbst daran beteiligen. 59 Prozent Ihrer Wähler! Ich finde: Entweder Sie folgen ihnen, oder wir fordern die Wähler auf, eine andere Partei zu wählen. Es gibt nämlich gute und sinnvolle Alternativen. In diesem Sinne: Alles Gute und Glück auf!

Vielen Dank.

(D) (Beifall bei der SPD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das machen Sie erfolglos schon die ganze Zeit! Da wünsche ich der SPD auch Glückauf!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Meine Damen und Herren, ich habe schon mehrere Zwischenfragen und Kurzinterventionen auch von Ihrer Seite zugelassen. Deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich keine weiteren zulasse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir kommen zum Ende dieses Punktes. Weitere Redner sind nicht vorgesehen. Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2998 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“

Drucksache 19/2978

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Vizepräsident Thomas Oppermann

(A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als erster Redner Sören Bartol für die SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Sören Bartol (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Warum eine Enquete-Kommission zur KI?“, fragen viele, wo Frankreich bereits sein eigenes KI-Zentrum hat und die Bundesregierung in drei Wochen Eckpunkte ihrer Strategie dazu vorstellen wird. Die Antwort liegt auf der Hand: Ich glaube, wir sind gut beraten, eine gesamtgesellschaftliche Debatte über diese neue disruptive Technologie zu führen.

Künstliche Intelligenz ist eine oder vielleicht sogar die größte Treiberin der Digitalisierung. Mit dem Sprung von rechnender zur kognitiven Informatik stellt sie einen Paradigmenwechsel dar. Selbstlernende Maschinen können Dinge tun, die bislang nur Menschen konnten, und vieles, was sie tun, können sie besser, präziser und effizienter als wir: Berechnungen aus gigantischen Datenmengen, die kein Mensch Zeit seines Lebens so je erfassen könnte, gehören dazu, Produktionsabläufe, Tätigkeiten wie Autofahren, Berufe im Banken-, Versicherungs- und Gesundheitswesen.

(B) KI wird fast alle unsere Lebens- und Arbeitsbereiche beeinflussen, und zwar mehr, tiefgreifender und vermutlich auch schneller, als die meisten von uns sich das heute vorstellen können. Sie wird wegweisend sein für unsere Zukunft wie keine andere Entwicklung im technologischen Bereich. Möglicherweise stehen wir schon in Kürze vor bahnbrechenden Durchbrüchen. Darauf müssen wir vorbereitet sein – als Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

KI wirft Fragen auf und erfordert Antworten – in ethischer, sozialer, wirtschaftlicher, nationaler, europäischer und globaler Hinsicht. Wirtschaftlich ist KI von zentraler strategischer Bedeutung für Europa. Perspektivisch bietet sich für Europa mit KI die Chance, sich zwischen den USA und der Handelsmacht China zu behaupten.

Ich will, dass wir bei KI global die Innovationsführerschaft übernehmen, die untrennbar mit europäischen Werten verbunden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür muss Europa Vorreiter bei KI werden. Das ist unser erklärtes, ambitioniertes Ziel. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Deutschland ist führend in der Verknüpfung von KI mit Robotik und Maschinenbau, Frankreich in KI, gerade im medizinischen Bereich.

Ich will, dass wir in Deutschland die Chancen durch KI maximieren und Risiken minimieren und dass wir mit (C) einer intelligenten Industriepolitik dafür sorgen, dass mit KI neue Arbeitsplätze entstehen.

KI bietet unglaubliche Chancen für die Menschheit. Mit KI rückt die Vision, der Menschheitstraum von einem Leben ohne Mühsal in greifbare Nähe, eine Zukunft, in der lernfähige Maschinen für uns arbeiten, uns unangenehme schwere Tätigkeiten abnehmen und der Mensch durch weniger Arbeit und mehr Wohlstand ein Leben mit mehr Zeit für Familie, Freizeit, Selbstverwirklichung, Bildung und Kultur hat. Kurz: KI bietet die Chance auf ein besseres Leben für alle, vorausgesetzt, wir sorgen dafür – wie der kürzlich verstorbene Nobelpreisträger Stephen Hawking sagte –, dass der maschinell produzierte Reichtum auch verteilt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Dafür brauchen wir eine kluge Bildungs- und Industriepolitik sowie eine intelligente Steuergesetzgebung. Für uns Sozialdemokraten ist das ein ganz klarer Auftrag, dafür zu sorgen, dass gesellschaftlich alle von dem durch KI erwirtschafteten Wohlstand profitieren.

Ich wünsche mir optimale Rahmenbedingungen für künstliche Intelligenz in Deutschland, für unsere Bildungs- und Forschungslandschaft, für unsere Industrie- und Arbeitswelt. Natürlich müssen wir dabei Arbeitnehmerrechte und Datenschutz im Blick haben. Genauso wie sich jeder Autofahrer in Deutschland an Regeln halten muss, brauchen wir Leitplanken für KI; denn neben allen (D) Chancen birgt diese Technologie Risiken. Der Gesetzgeber muss hier für einen zeitgemäßen Rahmen sorgen.

KI bedeutet nicht nur Chancen, sondern auch große Herausforderungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Wir müssen uns perspektivisch grundlegend die Frage stellen, welche Entscheidungen wir Maschinen überlassen wollen und welche Entscheidungen zwingend letztlich der Mensch treffen muss.

(Beifall bei der SPD)

Diese und andere Fragen werden 19 Abgeordnete und ebenso viele Sachverständige erörtern und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Wie jede technische Revolution sorgt Wandel für Verunsicherung, der man am besten mit Aufklärung und Information begegnet. Auch das soll mit dieser Enquete-Kommission geschehen.

Zum Schluss. Künstliche Intelligenz ist per se weder gut noch böse. Sie ist einfach das, was wir aus ihr machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Uwe Kamann für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

(A)

Uwe Kamann (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf den Tribünen und am TV! Künstliche Intelligenz ist nicht besser als menschliche Intelligenz. Aber sie ist besser als natürliche Dummheit.

(Beifall bei der AfD)

Bei der künstlichen Intelligenz darf es nicht um parteipolitische Profilierung gehen; denn es handelt sich um technologische Quantensprünge, die wir als Nation mitgehen müssen, wenn wir unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt und den Wohlstand unseres Landes nicht aufs Spiel setzen wollen. Meine Fraktion, die AfD, wird sich hier mit Sachverstand und großem Engagement einbringen.

(Beifall bei der AfD)

Ich will aus Zeitgründen nicht auf die Versäumnisse der Vergangenheit eingehen; denn diese sind offensichtlich und jedem bekannt. Außerdem müssten wir dann bis morgen früh hier sitzen. Gefragt ist nun konstruktives und vorausschauendes Handeln für die Zukunft unseres Landes; nur darum geht es.

Der IBM-Computer Deep Blue hat im Mai 1997 den amtierenden Schachweltmeister Garri Kasparow geschlagen. Erfahrung und Intuition schachmatt gesetzt von einer Maschine! Deep Blue hatte eine unglaubliche Rechenleistung, die jedoch im Vergleich zum heutigen Stand an technologische Steinzeit erinnert. Der heutige IBM-Spitzenrechner Summit vollzieht 122,3 PetaFLOPS. Das sind Billiarden Rechenoperationen, und zwar pro Sekunde. China verfügt über mehr als 200 Megarechner und wird den IBM-Summit in wenigen Monaten übertrumpfen. Wie harmlos erscheint angesichts solch spektakulärer Rechenleistungen die KI, die wir aus dem Alltag kennen, zum Beispiel auf dem iPhone – „Hallo Siri, wie ist morgen das Wetter?“ – oder zu Hause, „Hallo Alexa, dimme das Licht!“ oder „Spiele Songs von Ed Sheeran!“ Im Übrigen sind das alles Datenkraken erster Güte.

(B)

KI auf dem Handy, KI auf dem Laptop und immer öfter auch im Auto, das gelernt hat, alleine Spur und Abstand zu halten. Doch das ist nur der Anfang. In der Industrie ist Robotik längst im Einsatz. Trotzdem lahmt die Entwicklung in Deutschland, während China KI-Masterpläne mit Milliarden Euro fördert.

Wir erleben atemberaubende Entwicklungen, die wir zum Teil in ihren Auswirkungen auf Arbeitswelt und Umwelt, auf die Wirtschaft unseres Landes, aber auch auf das Wichtigste, das Menschsein, noch nicht vollständig erfassen können.

(Beifall bei der AfD)

Menschsein, das ist mehr als Eizelle, Samen, DNA. Es ist der Verstand, die Kraft, zu gestalten. Es ist vor allem eines: Empathie. Sobald KI befähigt ist, kognitive, emotionale und soziale Intelligenz abzubilden, werden Risiken wie auch Chancen uns vor unvorstellbare Herausforderungen in allen Lebensbereichen stellen.

(C)

KI ermöglicht aber auch staatliche Überwachung. Der sogenannte Sozialkredit in China funktioniert nach einem Punktesystem und wird bis 2020 flächendeckend in China eingeführt. Der Sozialkredit berücksichtigt Familienstand, Zahlungsmoral, Strafregister, Einkaufsgewohnheiten und soziales Verhalten. China möchte damit den linientreuen, einwandfreien Bürger schaffen. Der Sozialkredit entscheidet zum Beispiel über Beförderungen. Dieses System, liebe Kolleginnen und Kollegen, existiert bereits, und die Zukunft von Millionen Menschen hängt davon ab. Wir müssen uns fragen, ob wir das auch wollen. Ich bin mir sicher: Nein, das wollen wir nicht.

(Beifall bei der AfD)

Vor einem solchen Hintergrund geht es eben nicht nur um Investitionen oder Technik; es geht vor allem auch um den verantwortungsvollen Umgang mit der Technologie und ihren Einsatzmöglichkeiten. Dass wir die Skrupellosigkeit von Facebook und Co schlucken, ist ein Beleg dafür, dass wir das noch nicht vollständig verstanden haben. Ich bin dankbar, dass dem Thema KI nun eine Enquete-Kommission gewidmet wird, um es endlich als Big Picture, also ganzheitlich, zu betrachten.

Verantwortungsvoller Umgang mit der KI, das muss für uns bedeuten – und das sollte das Mindestergebnis der Kommission sein –, dass wir umgehend ein Programm anwerfen, um die Entwicklung in allen relevanten Bereichen – Bildung, Medizin, Wirtschaft und Arbeitswelt – aufbauend auf einem ethischen Fundament auf den Weg zu bringen. Lassen Sie uns also gemeinsam an diesem Ziel arbeiten, und lassen Sie uns eine KI-Wirtschaftsinitiative lostreten, mit der wir den Anschluss an die USA und China erlangen! Wir haben immer noch die Möglichkeit, mit den richtigen Maßnahmen eine Spitzenposition insbesondere in der Maschinenindustrie zu erobern. Und wir haben die historische Chance, den Qualitätsbegriff „Made in Germany“ wieder mit neuem Leben zu erfüllen, auch wenn das für manche in diesem Hohen Hause nicht erstrebenswert sein sollte.

(D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Nadine Schön für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nadine Schön (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der letzten Münchner Sicherheitskonferenz hat ein Roboter die Gäste begrüßt – Sophia. Er hat gelächelt, hat ganz intelligent Fragen beantwortet – mithilfe von künstlicher Intelligenz. Wenn Sie bei Google ein Stichwort eingeben – sagen wir „Weltmeisterschaft“ –,

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schlechtes Beispiel! – Sören Bartol [SPD]: Jetzt ist die Stimmung unten!)

Nadine Schön

(A) dann finden Sie rechts einen Kasten. Hier werden die relevanten Informationen zu dem Stichwort, das Sie eingegeben haben, zusammengetragen. Das war nicht etwa ein fleißiger Praktikant bei Google; nein, Google stellt mithilfe von Deep Learning, einer Unterart von künstlicher Intelligenz, aus der Fülle der Daten, auf die Google zugreifen kann, diese relevanten Informationen kompakt zusammen – ebenfalls künstliche Intelligenz, die wir im Alltag längst benutzen. Auch in der Landwirtschaft, in der Medizin oder im Alltag begegnet uns längst künstliche Intelligenz.

Wieso diskutieren wir also jetzt seit Monaten oder wenigen Jahren verstärkt über dieses Thema? Der Hintergrund ist der, dass KI in den letzten Jahren eine völlig neue Dynamik erfahren hat. Intensität und Qualität von KI haben sich in den letzten Jahren massiv verändert. Es gibt immer mehr Daten, mit denen gearbeitet werden kann. Die Rechenleistung hat massiv zugenommen. Es werden enorme Summen in Forschung investiert, und dadurch werden immer schnellere Innovationssprünge vollzogen.

Das beflügelt Fantasien. Die einen denken an den Terminator, sehen die Maschine, die die Macht über die Menschen übernimmt. Die anderen setzen eine Menge Hoffnungen in KI, in Künstliche-Intelligenz-Systeme. Sie sehen darin die Lösung für viele Probleme der Menschheit wie Hunger und Klimakatastrophen und hoffen auf Heilung von Krankheiten und Vermeidung von Epidemien.

Alles scheint möglich mit künstlicher Intelligenz. Deshalb ist es kein Hype, über den plötzlich alle sprechen, (B) weil es gerade modern ist; es ist Fakt, dass KI derzeit der größte Treiber der Digitalisierung ist und nahezu alle Bereiche – von der Medizin über die Mobilität bis hin zur Produktion oder auch das Versicherungswesen, ja sogar das Management von Konzernen – beeinflusst und mitgestaltet. Diese enorme Entwicklung vollzieht sich nicht nur bei uns. Die größten Treiber sind US-amerikanische Großkonzerne und die Volksrepublik China. Gerade bei China beobachten wir, dass massiv investiert wird, dass KI entwickelt und auch angewandt wird, allerdings auf einem ganz anderen Wertefundament, als wir das wollen. Hier spielen Persönlichkeitsrechte, der Schutz von Daten, der Respekt vor der Würde des Einzelnen eine, vorsichtig ausgedrückt, untergeordnete bis, manchmal, gar keine Rolle.

Wir haben also eine Entwicklung, die uns nicht nur vor die Fragen stellt, welche Chancen und Potenziale KI bietet, welche Risiken und Herausforderungen damit verbunden sind, welche Rahmenbedingungen wir setzen wollen und nach welchen Grundsätzen wir KI in Deutschland und in Europa entwickeln und anwenden wollen. Nein, wir müssen unsere Antworten auch in den internationalen Kontext stellen. Unsere Antworten müssen korrespondieren mit anderen Sichtweisen und Vorstellungen von künstlicher Intelligenz, die es in dieser Welt gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir als Union – ich denke, das ist auch gesellschaftlicher Konsens in unserem Land, zum Glück – wollen (C) den technologischen Wandel auf der Grundlage unserer gesellschaftlichen und kulturellen Werte gestalten. „Gestalten“ ist das entscheidende Wort; denn wir wollen nicht Objekt sein und nur anwenden, sondern wir wollen Akteur sein. Wir wollen die Potenziale der Technologie nutzen und selbst Lösungen entwickeln und auch den Transfer in die Wirtschaft schaffen. Deshalb ist es richtig, dass das Thema ganz oben auf der politischen Agenda steht – in Deutschland wie in Europa. Genauso wichtig ist, dass es eine gesellschaftliche Debatte über das Thema gibt, und für diese gesellschaftliche Debatte gibt es keinen besseren Ort als diesen hier, den Deutschen Bundestag, das Herz der Demokratie. Deshalb setzen wir heute die Enquete-Kommission ein.

Die Enquete-Kommission, eine ganz besondere Art des Parlamentarismus, ist eine Kommission, in der ebenso viele Abgeordnete aus vielen fachlichen Bereichen wie Experten aus unterschiedlichen Bereichen sind. Wir diskutieren also mit Wissenschaftlern, mit Forschern, mit Theologen, mit Unternehmern, mit Sozialpartnern, mit Gesellschaftswissenschaftlern. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte in diesem Raum über künstliche Intelligenz führen, und wir wollen sie auch mit der Bevölkerung führen.

Wir werden definieren müssen, wo wir stehen, gerade im internationalen Kontext.

(Martin Hebner [AfD]: Ganz, ganz hinten im Moment!)

Wir werden diskutieren, welche ethischen Maßstäbe wir anlegen und welche Grundsätze und Prinzipien wir für (D) Forschung und Nutzung von KI aufstellen; denn letztlich muss der Mensch entscheiden, wo und wieweit er KI einsetzen will. Der Mensch ist auch verantwortlich für die Daten, die in intelligente Systeme eingespeist werden. Wir werden in der Enquete-Kommission herausarbeiten müssen, inwieweit KI unsere Arbeitswelt verändert.

(Martin Hebner [AfD]: Tut sie doch schon längst!)

– „Tut sie doch schon längst!“, das war eine sehr intelligente Zwischenbemerkung. Natürlich tut sie das längst,

(Martin Hebner [AfD]: Ja, und was wollen Sie jetzt noch definieren?)

aber genau diese Entwicklung muss man doch mitgestalten,

(Martin Hebner [AfD]: Und was wollen Sie noch gestalten?)

und man muss die Konsequenzen und die politischen Schlussfolgerungen daraus ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Es langt nicht, das Ganze nur von der Zuschauerbank aus zu betrachten. Es ist doch unsere Aufgabe in diesem Hohen Hause, das zu gestalten und diese Entwicklung mit zu beeinflussen.

Wir werden über Forschung reden.

(A)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Frau Schön, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus der AfD?

Nadine Schön (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Martin Hebner (AfD):

Vielen Dank für das Recht, eine Zwischenfrage zu stellen. – Verzeihen Sie, Frau Schön, ich war, bevor ich in den Bundestag gekommen bin, in einem großen Finanzdienstleistungskonzern im Projekt Digitalisierung in der Zusammenarbeit mit einem Konzern – nennen wir ihn „IBM“ – zur Interpretation von Kundenanschreiben mit KI. Was wollen Sie jetzt noch definieren? Vor allem: Die Enquete-Kommission soll bis 2020 etwas vorlegen. Was wollen Sie da noch festlegen? Das läuft. Das passiert.

(Widerspruch bei der SPD)

Haben Sie überhaupt eine Ahnung, was in der Wirtschaft momentan vor sich geht?

Nadine Schön (CDU/CSU):

Politik hat nicht die Aufgabe, einzelnen Unternehmen vorzuschreiben, wie sie ihre Arbeitswelt gestalten. Ich glaube, da verkennen Sie die Aufgabe der Politik. Politik hat die Aufgabe, die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen,

(B)

(Martin Hebner [AfD]: Ja, das läuft doch schon!)

dass wir technologische Chancen nutzen, Risiken bekämpfen

(Zuruf von der AfD: Worthülsen dreschen! – Gegenruf von der CDU/CSU: Das können Sie am besten!)

und zusammen mit der Forschung und den Anwendern in der Wirtschaft dieses Umfeld gestalten.

(Martin Hebner [AfD]: Das läuft doch schon! Sie sind doch viel zu spät dran! – Gegenruf des Abg. René Röspel [SPD]: Haben Sie ihrem Vorredner nicht zugehört?)

– Genau. Das ist genau das, was mein Vorredner in einer durchaus guten Rede gefordert hat: dass wir genau das in diesem Hohen Haus tun.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Insofern empfehle ich Ihnen: Setzen Sie sich vielleicht in Ihrer eigenen Fraktion einmal mit den Experten auseinander, und bestimmen Sie dann für sich, wie Sie mit diesem wirklich wichtigen Thema, das die Menschen vor Ort auch umtreibt, umgehen wollen. Ich glaube, es gibt noch Diskussionsbedarf innerhalb der AfD. Ich sehe nämlich Kopfschütteln innerhalb der AfD. Also haben Sie hier in den nächsten Wochen eine interessante Aufgabe vor sich.

(C)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Sie müssen zum Schluss kommen, Frau Schön.

Nadine Schön (CDU/CSU):

Gesellschaftliche Verantwortung, wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale – das sind die Themen, über die wir gemeinsam diskutieren wollen. Dazu werden wir Handlungsempfehlungen erstellen – eine spannende Aufgabe für die nächsten zwei Jahre. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit Ihnen und mit den Experten. Das wird ein guter und wichtiger Prozess für unser Land werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Mario Brandenburg für die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Mario Brandenburg (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Gäste! Lassen Sie mich mit einer Frage starten: Was hat Fußball mit Fortschritt gemeinsam?

(Andreas Mrosek [AfD]: Seit gestern nichts mehr!)

Seit gestern wissen wir leider, dass eine erfolgreiche Weltmeisterschaft 2014 nicht zwangsläufig zu einer erfolgreichen WM 2018 führt.

(D)

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das wussten wir schon vorher!)

Genauso verhält es sich mit Fortschritt; denn eine erfolgreiche industrielle Revolution führt nicht zwangsläufig zu einer erfolgreichen digitalen Revolution. Aus diesem Grund unterstützen wir Freien Demokraten ausdrücklich den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zur künstlichen Intelligenz, können aber nicht verschweigen, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle schon etwas mehr Vorarbeit gewünscht hätten. Andere Nationen sind in der Entwicklung von und im Umgang mit nationalen Strategien schon wesentlich weiter: Kanada, UK, Finnland, Japan, Singapur, Südkorea, Indien, China und viele mehr haben bereits nationale Handlungsstrategien und wissen genau, wohin sie als Nation möchten und wohin nicht. Wir brauchen eine offene Debatte, um zu beweisen, dass Zukunftsängste überflüssig sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Künstliche Intelligenz hat – wie auch der digitale Wandel – leider ein Kommunikationsproblem. In Teilen der Bevölkerung regen sich Bedenken hinsichtlich Datenschutz und Arbeitsplatzverlust oder generelle Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit. Hier müssen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam ansetzen, um den Menschen konkreten Nutzen in ihrer Lebenswirklichkeit zu stiften. Möglichkeiten, dies zu tun, sind bessere medizinische Diagnostik und Versorgung, moderne Mobilitätskonzepte und daraus resultierende Reduzie-

(A) rung der Zahl der Verkehrsopfer, smarte Hilfssysteme, schnellere Verwaltungsprozesse und vieles, vieles mehr.

Künstliche Intelligenz ist kein Schicksal oder Alien, das vom Himmel auf uns gefallen ist, um uns zu versklaven, auch wenn der eine oder andere Zeitungsbericht dies anders darstellt. Vielmehr ist es eine Revolution in der Informatik, eine Informatik 2.0, wenn Sie so wollen, in der der Entwickler nicht mehr zwingend den Weg zum Ziel direkt kennen oder verstehen muss. Der Algorithmus probiert selbstständig aus und erlernt, ähnlich wie ein Kind, durch Wiederholen Muster für kommende Handlungen. Diese Veränderungen und die daraus resultierenden Möglichkeiten könnten der Schlüssel sein, um die digitale Transformation entscheidend voranzutreiben und alle in der Gesellschaft davon profitieren zu lassen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Nadine Schön [CDU/CSU])

Warum ist eine politische Kommission an dieser Stelle so wichtig? Im Zusammenhang mit KI wird – wie auch hier – an Superlativen nicht gespart. So laufen wir als Gesellschaft Gefahr, dass künstliche Intelligenz als Hype abgetan wird und wir keine klaren Handlungsstrategien und Handlungsanweisungen definieren. Doch genau das wäre fatal. In Zeiten, in denen Googles DeepMind-Algorithmus in Stunden das Laufen erlernt, DNA-Informationen serialisiert und gespeichert werden können, smarte Maschinen immer weiter in menschliche Hoheitsgebiete vordringen und autonome Waffen eine nie dagewesene Bedrohung darstellen könnten, ist es umso wichtiger, politisch aus den Löchern zu kriechen und wieder in den (B) Gestaltungsmodus zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Es fühlt sich manchmal an, als hätten wir in Deutschland aufgehört, zu träumen; denn während in den 60er-Jahren noch von Städten auf dem Mond oder unter Wasser geredet wurde, geht es heute leider oft nur noch um ein Weiter-so. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber wieder lernen, zu träumen; denn wenn wir als Deutsche und Europäer nicht schleunigst eine Utopie entwickeln, dann bestimmen eben die Utopisten aus dem Silicon Valley und China, wie die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder aussehen wird.

Europäische Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, das Recht auf Privatsphäre müssen bei der Entwicklung von künstlicher Intelligenz im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Sören Bartol [SPD])

Algorithmen sollen den Menschen ergänzen, nicht ersetzen – assistieren ja, substituieren nein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Des Weiteren gibt es in Deutschland spezielle gesellschaftliche Gegebenheiten wie genaue Vorstellungen von ethischen Standards, einen starken Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaftskraft und eine besondere Liebe zur Qualität. Als ehemaliger Softwareentwickler in einem großen internationalen Konzern kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass es unterschiedliche An- (C) sprüche an Qualität von Softwaredienstleistungen auf beiden Seiten des Atlantiks gibt. Daher muss unser Ziel sein: hochqualitative KI made in Germany.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Nadine Schön [CDU/CSU] und Sören Bartol [SPD])

Der Wettlauf um die künstliche Intelligenz hat erst begonnen. Wir in Europa verfügen über enormes Potenzial: Wissenschaft und Grundlagenforschung, diversifizierte Produktionsstandorte, Bildung, Kultur, verschiedene Sprachen und vieles mehr. Es muss uns gelingen, diese Potenziale im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz zu heben;

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

denn die Zeit drängt. Sollte es die Politik, also wir, nicht schaffen, rechtzeitig ethische Leitplanken zu definieren, beginnen große Tech-Konzerne, selbst Ethikregeln zu definieren. Dies ist zwar durchaus eine lobenswerte Tat und geschieht vermutlich aus ehrenwerten Motiven, kann und darf aber nicht der Anspruch eines Parlaments sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam handeln und die Chancen im Blick behalten!

Wir Freien Demokraten wollen nicht vorauseilend regulieren und unseren Forschern stattdessen beispielsweise sogenannte Regulatory Sandboxes – ich erkläre das (D) Wort gerne, bevor es zu Kritik kommt: kontrollierte, aber nur schwach regulierte Testumgebung – zur Verfügung stellen. Dies bietet die Möglichkeit, neue Erkenntnisse erst einmal geschützt auszutesten, bevor der Gesetzgeber möglicherweise regulierend eingreifen muss. Hätte der Gesetzgeber nach dem ersten Unfall von Carl Benz' neuartigem Gefährt voreilig regulierend eingegriffen, würden wir vielleicht noch heute mit dem Pferd ins Krankenhaus geritten werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich freue mich auf den Austausch in dem Gremium. Wir stimmen dem Antrag zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Sören Bartol [SPD] und Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke ist Dr. Petra Sitte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immerhin 60 Jahre her, dass der Begriff „künstliche Intelligenz“ in dem heutigen Sinne geprägt worden ist. Nun könnte man annehmen, dass es selbst für

Dr. Petra Sitte

(A) den Bundestag ein bisschen spät sein könnte, diese Enquete-Kommission einzusetzen. Aber tatsächlich – das haben die Kolleginnen und Kollegen schon gesagt – ist die Auseinandersetzung derzeit hochaktuell und hat an Fahrt gewonnen.

Die technische Entwicklung bringt mit dem maschinellen Lernen, was eigentlich der korrektere Begriff ist, nicht nur neue Anwendungen hervor. Nein – Sie haben es schon gehört –, es stellen sich eine Menge grundsätzliche Fragen, beispielsweise wie mit Systemen umzugehen ist, deren Entscheidungslogik nicht mehr ohne Weiteres von Menschen nachvollzogen werden kann. Gleichzeitig werden es Fortschritte bei der Mustererkennung wahrscheinlich immer besser ermöglichen, autonome Softwareagenten in Bereichen einzusetzen, die vorher ausschließlich Menschen vorbehalten waren, beispielsweise im Straßenverkehr, bei zwischenmenschlicher Kommunikation oder eben, wie schon zitiert, im Rechtsverkehr.

Darüber hinaus stellen sich eine Reihe sehr grundsätzlicher ethischer, aber natürlich auch regulatorischer Fragen, und zwar in allen Politikfeldern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einiges bedarf schneller Antworten, weil die Technologien längst im Einsatz sind oder weil es um Rahmenbedingungen der Entwicklung geht. Ein aktuelles Beispiel – darauf will ich vor allem die Kolleginnen und Kollegen der Union aufmerksam machen – ist Text- und Data-Mining als Basistechnologie für maschinelles Lernen. Auf EU-Ebene läuft die Debatte zur Urheberrechtsreform. (B) Genau diese wird Einschränkungen mit sich bringen, die Auswirkungen auf die Anwendung von künstlicher Intelligenz haben und über die wir hier auch diskutieren sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Andere Fragen sind von grundsätzlicherer Natur. Die können wir – da haben Sie völlig recht, Frau Schön – nur in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess behandeln. Die Frage, wie wir mit Maschinen umgehen, die plötzlich über Eigenschaften verfügen, die vergleichbar sind mit menschlichen Eigenschaften, und deren Existenz bisher für völlig unmöglich gehalten worden ist, weist weit über unser politisches Alltagsgeschäft hinaus. Ich finde es gut, dass das in dem Einsetzungsantrag enthalten ist.

Meine Hoffnung in Bezug auf die Enquete-Kommission ist, dass es ihr gelingt, diesen großen Bogen zu spannen, also von den Rahmenbedingungen der aktuellen technologischen Entwicklung über gesellschaftliche Fragen, die uns zivilisatorisch betreffen bzw. die die Gesellschaft dominieren könnten, bis hin zu der Frage: Wer dominiert da eigentlich wen? Das sollten wir klären. Das gehört auch heute schon in eine Enquete-Kommission.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre also schön, wenn wir nicht nur Ergebnisse produzieren würden, die die Öffentlichkeit interessiert zur Kenntnis nimmt und über die wir uns freuen, die aber am Ende keinen Einfluss haben auf politisches Handeln

(C) und in Schubladen verschwinden. Das wäre sehr schade; denn die Arbeit wird aufwendig sein, und sie wird zukunftsweisend sein.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächste Rednerin ist Dr. Anna Christmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir diese Enquete-Kommission heute hier einsetzen. Als Grüne werden wir dem Antrag auch zustimmen, weil er nach guten fraktionsübergreifenden Gesprächen einen wirklich umfassenden Auftrag erteilt.

Wenn wir uns mit den Konsequenzen von KI befassen, dann müssen wir die wirtschaftlichen, aber auch die sozialen und die ökologischen Chancen und Risiken in den Blick nehmen. So ist es im Auftrag nun hinterlegt, und das ist richtig so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. René Röspel [SPD])

(D) Das Gleiche gilt für die europäische Einbettung. Wir wollen, dass KI auf Grundlage europäischer Werte in Europa erforscht und entwickelt wird; das kam heute schon zur Sprache. Ich freue mich über die Einigkeit bei diesen Zielen. Wir dürfen nicht blind mit China und den USA konkurrieren, sondern müssen einen europäischen Weg entwickeln, der Grund- und Freiheitsrechte und gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen stets mit im Blick behält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei all der Einigkeit, die wir darüber haben, dass wir diese Enquete-Kommission einsetzen, möchte ich aber einen Punkt anmerken, bei dem wir uns als Grüne mehr Mut gewünscht hätten. Das ist das Thema „Beteiligung und Öffentlichkeit“. Sie, Frau Schön, haben angesprochen, dass Sie sich eine gesellschaftliche Debatte wünschen. Das tun wir auch, das halten wir sogar für essenziell. Wenn der Mensch bei KI im Mittelpunkt stehen soll, dann muss der Mensch aber auch informiert und einbezogen werden. Daher ist es doch falsch, die Enquete-Kommission hinter verschlossenen Türen tagen zu lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es vergeht kein Tag, an dem nicht wilde Spekulationen in der Zeitung darüber zu lesen sind, was KI alles bewirken könnte. Die Menschen wissen oft eben nicht genau, was sie eigentlich von dieser Technologie zu erwarten haben.

(Martin Hebner [AfD]: Sie auch nicht!)

Dr. Anna Christmann

(A) Das Vertrauen der Menschen in neue Technologien ist aus unserer Sicht Voraussetzung für ihre Akzeptanz und damit ihren Einsatz. Das erreichen wir sicher nur, wenn wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte führen.

(Beifall der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Das erwarten übrigens nicht nur wir, sondern zum Beispiel auch die Wirtschaft. Der Bundesverband KI hat diese Woche einen Neun-Punkte-Plan herausgebracht, der benennt, was er von einer deutschen KI-Strategie erwartet. Aufklärung und gesellschaftliche Debatte sind zu Recht Teil dieser Strategie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen freuen uns also, bei dieser Enquete-Kommission dabei zu sein, und werden uns selber zur Aufgabe machen, die öffentliche Debatte über diese Enquete-Kommission sehr intensiv mit zu führen. Wir würden uns freuen, wenn wir die vertane Chance, Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger schon im Auftrag mitzuformulieren, in der konkreten Arbeit wettmachen und dafür sorgen, dass wir die Menschen, sei es über Onlinebeteiligung oder Dialogforen, einbeziehen.

Neben unserer Freude über die Enquete-Kommission würden wir uns natürlich freuen, wenn nebenbei auch die Arbeit weitergeht; denn die Enquete-Kommission darf kein Feigenblatt dafür sein, all die Aktionen, die angekündigt sind, auf die lange Bank zu schieben. Für das Zentrum zur KI gemeinsam mit Frankreich habe ich bisher noch kein Konzept und noch kein Budget gesehen. (B) Ich würde mich freuen, wenn die Regierung trotz der laufenden Enquete-Kommission endlich einmal loslegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin für die Fraktion der SPD ist die Abgeordnete Daniela Kolbe.

(Beifall bei der SPD)

Daniela Kolbe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gestehe es gern ein: Ich persönlich mag Enquete-Kommissionen.

(Heiterkeit der Abg. Sören Bartol [SPD] und Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind Orte von intensiver Debatte. Sie sind erkenntnisorientiert und wissenschaftsbasiert. Sie arbeiten auf einen gesellschaftlichen Konsens hin, und dort wird versucht, fraktionsübergreifend zusammenzuarbeiten. Kurz gesagt: Sie haben so viel von dem, was ich in der aktuellen Politik häufig vermisse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Insofern freue ich mich, dass wir eine Enquete-Kommission einsetzen.

Künstliche Intelligenz ist ein super geeignetes Thema für eine Enquete-Kommission; denn wir spüren ja schon heute: Künstliche Intelligenz drückt unserem Leben und besonders unserer Arbeitswelt zunehmend ihren Stempel auf – auch in höher qualifizierten Berufen, in der Versicherungsbranche, in den Personalabteilungen, bei Ärzten, bei Anwälten usw. Ich bin mir sicher, dass das Leben meiner fast dreijährigen Tochter massiv von künstlicher Intelligenz bestimmt sein wird – ob zum Guten oder Schlechten, liegt auch in unserer Hand. Womöglich bestimmt künstliche Intelligenz darüber, wie wir alle im Alter, wenn wir einmal pflegebedürftig sind, leben. Es geht hierbei also um richtig viel.

Es gibt viele positive und negative Visionen zum Thema „Künstliche Intelligenz“. Es muss darum gehen, dass wir gemeinsam die Weichen so stellen, dass wir die Chancen für möglichst viele Menschen, für unsere Gesellschaft und für unsere Wirtschaft heben.

(Beifall bei der SPD – Martin Hebner [AfD]: Sie stellen keine Weichen! Das ist Beschäftigungstherapie!)

Viele Menschen können von der Technik bzw. Technologie profitieren – etwa durch bessere Krankenversorgung –, wenn sie gut gemacht und gut reguliert ist. Wir können dafür sorgen, dass es in Zukunft weniger Diskriminierung gibt, wenn wir die Algorithmen von vornherein ordentlich regulieren. Wir können für sicherere Mobilität sorgen, wenn wir als Bundestag vernünftig (D) Leitplanken setzen. Es kommt jetzt darauf an – vielleicht ist es der letzte Moment –, wirklich aktiv zu werden, um die Weichen richtig zu stellen.

Unser Anspruch als SPD ist, dass wir nicht nur über technischen Fortschritt reden, sondern dass wir auch darüber sprechen, wie wir aus technischem Fortschritt gesellschaftlichen Fortschritt machen, wie wir also dafür sorgen können, dass möglichst alle Menschen in Freiheit, Selbstbestimmung und Sicherheit ihr Leben gestalten können – mit künstlicher Intelligenz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Es geht aber auch darum, Risiken zu minimieren. Wir stehen vor der Entscheidung – ich glaube, dass wir die Entscheidung noch treffen können; das sage ich in Richtung des Zwischenrufers –, ob wir die Veränderungen designen oder ob wir verändert werden. Bevor die Dynamik zunimmt und man wie auf einer schiefen Ebene ein bisschen ins Rutschen kommt, ist es gut, dass wir jetzt Leitplanken und Haltegriffe einsetzen und uns darüber verständigen, wo Grenzen sind. Genau das können wir in einer Enquete-Kommission tun.

Es geht um viel. Ich sage es einmal ganz dramatisch: Es geht um Leben und Tod, wenn wir zum Beispiel darüber reden, wie viel Autonomie wir bei Waffensystemen zulassen wollen bzw. ob es Punkte gibt, an denen immer noch ein Mensch die Entscheidung treffen soll. Das ist

Daniela Kolbe

(A) eine politische Entscheidung – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Es geht um unsere Freiheit. Das sehen wir, wenn wir nach China schauen. Es ist schon angesprochen worden, in welche Richtung man sich dort bewegt. Oder schauen wir in die USA, nach Pennsylvania, wo es Algorithmen gibt, die es Richtern erleichtern, Entscheidungen darüber zu fällen, ob jemand vorzeitig freikommt. Diese Algorithmen können die Rückfallwahrscheinlichkeit berechnen, allerdings geht dort sehr stark die Hautfarbe ein. Wollen wir solche Algorithmen? Wie sollen Algorithmen designt sein, damit es eben weniger Diskriminierung gibt und sie nicht die gleiche Diskriminierung, die bisher besteht, perpetuieren? Es geht um die Würde des Menschen. Haben wir als zu pflegende Menschen ein Anrecht darauf, auch einmal von einem anderen Menschen berührt zu werden, oder ist es okay, dass das Maschinen übernehmen?

Das sind die großen Fragen, die sich stellen, und ich freue mich sehr, sie mit Ihnen allen fraktionsübergreifend intensiv zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Marc Jongen, AfD-Fraktion.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Dr. Marc Jongen (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Redezeit heute beträgt ganze drei Minuten, für einen Menschen ein sehr kurzer Zeitraum, für einen Hochleistungsrechner eine Ewigkeit. Würde ich meine Rede im Jahr 2118 halten, dann hätten Sie vielleicht schon alle biokompatible Chips in Ihren Gehirnen implantiert, die es meinem Chip erlauben, in drei Minuten ganze Gigabytes an Informationen an Sie zu übermitteln, die Sie dann als menschliche Sprache oder auch als Bilder dekodieren.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank! Das wollen wir nicht haben!)

Vielleicht eine Schreckensvision für Sie, weil Sie so viel Informationen von der AfD gar nicht haben wollen; das mag sein.

(Beifall bei der AfD)

Aber Spaß beiseite: Diese Science-Fiction, die durch KI-Forschung in den Bereich des Denkbaren gerückt ist, ist faszinierend und zugleich beunruhigend. Welche Möglichkeiten der Manipulation des Denkens der Bürger eröffnen sich einem politischen Regime oder kriminellen Akteuren, wenn Mensch und Maschine derart verkoppelt sind? Die tagtägliche Manipulation der Bürger durch unsere Staatsmedien ist dagegen geradezu steinzeitlich

(C) primitiv. Was bedeutet es für die Identität des Menschen, wenn natürliche Intelligenz ohne Hilfe der künstlichen nicht einmal mehr den Standardanforderungen der Gesellschaft, der Bildung, der Arbeitswelt gerecht wird? Wie steht es dann noch um die Autonomie des Subjekts, um die Freiheit des mündigen Staatsbürgers? Was bedeutet es für die Gesellschaft, wenn lebenswichtige Entscheidungen nicht mehr von Menschen, sondern von Algorithmen getroffen werden? Ich glaube, das klamme Gefühl, das das autonome Fahren bei jedem Automobilliebhaber auslöst, gibt einen Vorgeschmack auf drohende Autonomieverluste in der digitalen Zukunft.

In meiner Dreiminutenrede des Jahres 2118 könnte ich auf all diese Fragen zu elaborierten philosophischen Antworten ausholen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich nicht! Dann müssen Sie erst einmal ein neues Betriebssystem bei Ihnen aufspielen! Die Rechenleistung erweitern!)

Im steinzeitlichen Hier und Heute bleibt mir nur die Conclusio: Wir müssen die Herausforderungen der KI annehmen. Wir müssen mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz sogar eine Führungsrolle einnehmen. Aber es wird darauf ankommen, unsere humanistische Tradition, das christliche Menschenbild in das digitale Zeitalter zu überführen, sodass weiterhin selbstbestimmtes Leben für die Individuen und für die Gesellschaft möglich ist.

(D)

(Beifall bei der AfD – Sören Bartol [SPD]: Sie haben kein christliches Menschenbild! Unverschämtheit!)

Und wo, wenn nicht in Europa und Deutschland, sollen entsprechende Standards entwickelt werden? Wir dürfen die Schlüsseltechnologie KI nicht China oder den USA überlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD begrüßt daher die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur künstlichen Intelligenz. Ich freue mich besonders auf die ethischen und damit philosophischen Diskussionen, die durchaus öffentlich stattfinden sollten, werte Kollegen von den Grünen. Wir bedauern nur, als Fraktion nicht gefragt worden zu sein, ob wir den Antrag mitzeichnen wollen.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dürfen Sie aber trotzdem! – Nadine Schön [CDU/CSU]: Das ist falsch!)

Man munkelt auf den Fluren, Frau Merkel habe dies verboten.

(Sören Bartol [SPD]: Genau, Merkel ist immer alles! – Maik Beermann [CDU/CSU]: Ihr glaubt auch noch an den Weihnachtsmann! – Sören Bartol [SPD]: Alle haben es gehabt!)

Wie gut, dass Merkel bald Geschichte ist, möge sie auch als Avatar niemals wiederkehren.

(Beifall bei der AfD – Sören Bartol [SPD]: Keine Legenden! Alle haben es gehabt!)

(A)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Tankred Schipanski, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

Herr Bundestagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege von der AfD, es sind alle Fraktionen gefragt worden. Ich kann Ihnen nicht sagen, warum die AfD gesagt hat, dass sie sich diesem Antrag nicht anschließt. Da müssen Sie sich einfach noch einmal erkundigen.

(Marianne Schieder [SPD]: Haben es wieder verpennt! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es würde auch normale Intelligenz helfen!)

Wer sich mit dem Thema KI und der Zukunft beschäftigt, merkt schnell: Es gibt Optimisten, die uns eine rosige Zeit voraussagen, in denen Maschinen den Alltag erleichtern, aber es gibt natürlich auch Skeptiker, die davor warnen, dass der Mensch durch künstliche Intelligenz ins Hintertreffen geraten könnte. Für uns stellt sich natürlich die Frage: Wem kann man da glauben? Gewiss ist: Zurzeit mag künstliche Intelligenz gemessen an ihrem Entwicklungspotenzial noch in den Kinderschuhen stecken. Von daher ist die Entwicklung der KI-Technologie für uns gegenwärtig noch in einer gewissen Art und Weise eine Reise ins Ungewisse. Doch das wird sich ändern; denn KI-getriebene Technologien entwickeln sich rasant. In unseren Alltag hat KI schon Einzug gehalten, dafür müssen wir keine Science-Fiction-Filme bemühen. Spracherkennung auf den Smartphones, Pflegeroboter – das wurde schon angesprochen –, medizinische Diagnostik, überall begegnen uns erste Anwendungen von ersten Stufen künstlicher Intelligenz, und weil es noch erste Stufen sind, liebe Frau Sitte, denke ich, kommt diese Enquete-Kommission auch zur rechten Zeit und nicht zu spät.

(B)

Die KI erzeugt gesellschaftliche Veränderung. Diese Veränderung gilt es politisch nicht nur zu begleiten, sondern zu gestalten. Um das komplexe Thema „Künstliche Intelligenz“ aufzubereiten, einen Überblick zu geben, es zu analysieren, dafür zu sensibilisieren, aber insbesondere, um Orientierung zu geben, dafür setzen wir heute diese Enquete-Kommission ein. Wir wollen einen Überblick über dieses umfängliche Thema gewinnen und wollen dann aus der Analyse der Enquete-Kommission die richtigen Schlussfolgerungen ziehen; denn es muss uns schon nachdenklich machen, wenn der Tesla-Chef Elon Musk ausdrücklich und dringend Regulierung für diesen Bereich wünscht.

Wir schauen dabei nicht nur technikverliebt auf eine neue Technologie, sondern es geht uns insbesondere um eine ethische Bewertung; das ist schon angesprochen worden. Das unterscheidet uns von den USA und von China, die mit Blick auf die reine Technologie immer wieder als Vorreiter genannt werden. Diesen technologieorientierten Blick wird mein Kollege Andreas Steier dann ein bisschen ausführen. Aber weil unsere Bundesforschungsministerin der Debatte beiwohnt, kann ich nur sagen, dass Deutschland im Bereich der KI-Forschung schon einen guten Platz einnimmt, nicht nur mit dem schon zitierten Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, in dem wir das Thema seit 1988 bearbeiten, sondern insbesondere mit vielen Instituten wie Fraunhofer, Max Planck und Leibniz und Universitäten, bei denen man im Übrigen an 20 bereits KI studieren kann.

(C)

Für die Enquete-Kommission geht es vor allen Dingen um die Frage: Welche ethischen Grenzen brauchen wir in der neuen Partnerschaft zwischen Mensch und Maschine? Wir wollen keine Entwürdigung des Menschen durch die KI-Technologie, und wir wollen durch KI auch keine Art „Über-Ich“ haben. Die öffentliche Debatte zum Thema KI verläuft zwischen Hype, Hysterie und Gemeinplätzen. Davon gilt es sich in dieser Enquete-Kommission zu lösen. Ich wünsche mir, dass uns der Enquete-Bericht in dieser breiten Thematik am Ende Orientierung gibt.

Dabei ist es unschädlich, dass die Regierung bereits im Herbst dieses Jahres die nationale KI-Strategie vorstellen wird und wir im Dezember dazu in Nürnberg einen Digitalgipfel veranstalten werden. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung können vielmehr in die Arbeit der Enquete-Kommission einfließen. Selbstverständlich, liebe Frau Kollegin Dr. Christmann von den Grünen, arbeiten wir an allen Projekten, auch an den KI-Projekten, die wir im Koalitionsvertrag beschrieben haben, parallel zu dieser Enquete-Kommission weiter. Da müssen Sie sich nicht sorgen.

(D)

Meine Damen und Herren, Ziel für uns muss es sein, dass wir den wirtschaftlichen Nutzen aus KI-Technologien ziehen und dass wir die ethischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Einsatzes von KI gestalten. Für den Bundestagsausschuss Digitale Agenda, der diese Enquete-Kommission federführend begleitet, ist klar, dass KI-Technologie der stärkste Treiber bei der Weiterentwicklung der digitalen Gesellschaft ist. Es ist spannend, zu sehen, wie durch KI eigenständig Wissen aus einem Bereich auf einen anderen Bereich übertragen wird und fortentwickelt werden kann. Bündeln wir also unsere Kräfte und schauen genau hin, wie wir diese Chancen nutzen, Risiken mindern und KI als eine Technik gestalten, die dem Menschen dient! Die Enquete-Kommission wird ihren Beitrag zu diesem gesellschaftlichen Diskurs leisten. Ich freue mich auf die gemeinsame, sachorientierte Arbeit. Dabei sollten wir uns durch Kreativität, Selbstbewusstsein und Emotionen auszeichnen – menschliche Eigenschaften, von denen Maschinen gegenwärtig noch weit entfernt sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Jessica Tatti von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(A)

Jessica Tatti (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es gestern Nachmittag vielleicht für Sie bitter war: Deutschland ist Weltmeister – im Roboterfußball. Einen herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle an die Leipziger Hochschule zum Titel beim RoboCup in Montreal.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Sachen digitale Infrastruktur sind wir leider eher unter den Tabellenletzten. Der Europäische Rechnungshof hat festgestellt, dass der Breitbandausbau bis 2025 wahrscheinlich nicht zu verwirklichen sei.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist Deutschland aber nicht Weltmeister!)

Das heißt, ganze Regionen bleiben bei der Digitalisierung weiterhin außen vor. Versuchen Sie einmal, unterwegs im Zug in Brandenburg oder in der Fläche Baden-Württembergs im Internet zu surfen oder ein Telefonat zu führen. Ohne passende digitale Infrastruktur brauchen wir aber zum Beispiel über autonomes Fahren gar nicht erst zu reden, wie es manche hier schon so gerne tun.

Die Bundesregierung sagt immer, dass sie Start-ups fördern möchte. Gleichzeitig bringt der CDU-Parteifreund Axel Voss auf EU-Ebene eine rückwärtsgewandte Urheberrechtsverschärfung auf den Weg. Diese gefährdet nicht nur das freie Netz an sich und widerspricht nicht nur dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung, sondern wird auch die Monopolstrukturen der Superstar-Firmen aus Silicon Valley und Shenzhen zementieren; denn sie haben die finanziellen Mittel, um intelligente Upload-Filter zu entwickeln. Ein kleiner Forenbetreiber oder eine nichtkommerzielle Plattform ist dazu kaum in der Lage.

(B)

Auch in Sachen künstliche Intelligenz sind die großen Monopole marktführend. Wenn wir die Schaffung von Systemen künstlicher Intelligenz nicht nur den Internetgiganten wie Facebook, Alibaba, Google oder Amazon überlassen wollen und wenn wir transparente Lösungen wollen, dann müssen wir auch den rechtlichen Rahmen dafür festlegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen zudem wirksame Lösungen für die berufliche Weiterbildung schaffen, damit die Beschäftigten von heute auch morgen noch sichere Arbeitsplätze haben. Es braucht Antworten darauf, wie wir kleine und mittelständische Unternehmen, nichtkommerzielle und Open-Source-Anbieter absichern und fördern können. Gerade in Zeiten großer Umbrüche, die bei vielen Menschen Unsicherheiten auslösen, ist ein starker und verlässlicher Sozialstaat unverzichtbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir tragen gesellschaftliche Verantwortung, der wir gerecht werden müssen. Dass wir in das Zeitalter der künstlichen Intelligenz eintreten, heißt doch nicht, dass wir das eigenständige Denken aufgeben könnten.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb muss die Enquete-Kommission neoliberale Denkmuster hinterfragen, damit der digitale Wandel nicht ausschließlich im Interesse der Großkonzerne erfolgt,

(Beifall bei der LINKEN)

sondern im Interesse der Beschäftigten, der privaten Nutzer und Nutzerinnen und der gesamten Gesellschaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der Kollege Dieter Janecek ist der nächste Redner für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Dr. Jongen, ich finde, Ihre Rede hat sehr stark gezeigt, warum wir uns in dieser Enquete „KI" um das Thema der diskriminierungsfreien Algorithmen kümmern müssen; denn wenn wir die DNA der AfD in Algorithmen umwandeln würden, dann würde jeder Roboter die Männlichkeitskrise ausstrahlen, die Sie in dieser Fraktion ausstrahlen. Das können wir nicht zulassen.

(D)

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Nadine Schön [CDU/CSU])

Da müssen wir was machen. Das Weltbild von Ihnen sollte die KI nicht weiterverbreiten.

(Stefan Keuter [AfD]: Sie Hetzer! – Gegenrufe bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Die Frage der Öffentlichkeit hat ja die Kollegin Christmann sehr intensiv thematisiert. Ich bin übrigens auch der Kollegin Kolbe dankbar für ihren Beitrag und dafür, mit dieser Euphorie an das Thema heranzugehen. Ich finde auch, das ist ein Geschenk.

Jetzt schauen wir einmal nach Frankreich. Wie hat es denn der Macron gemacht?

(Jürgen Braun [AfD]: Der hat die Grenzen gesichert, der Macron!)

Der hat über 200 dezentrale Veranstaltungen vor Ort mit Herrn Villani gemacht, ist an die Bürger rangegangen und hat das Thema KI mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Ich denke, das muss auch ein Vorbild sein für uns. Wir sollten diese Enquete-Kommission nicht hinter verschlossenen Türen machen, sondern es schaffen, die-

Dieter Janecek

(A) se Fragen, die sehr viel Zuversicht, aber auch sehr viele Ängste ausstrahlen, breit mit der Gesellschaft zu diskutieren. Das ist notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe mich zur Vorbereitung auf die Diskussion und auf die hoffentlich kommende Arbeit in der Enquete vor einigen Wochen bei der Technischen Universität Helsinki für einen Grundlagenkurs zur künstlichen Intelligenz eingetragen. Das kann ich nur jedem empfehlen. 30 Stunden dauert das Ding. Ich habe es noch nicht geschafft. Die letzten vier Sitzungswochen waren ein bisschen voll. Aber es ist hochinteressant. Machen Sie das auch.

Das Land Finnland will die Bevölkerung an den Möglichkeiten, Ideen, aber auch an der Komplexität des Themas teilhaben lassen. Das ist ein tolles Beispiel. Denn natürlich haben wir heute Datenmengen, die in den 50er-Jahren, als das Thema losging, noch gar nicht da waren, und deswegen sind auch die Anwendungsmöglichkeiten andere.

Die Anwendungsgebiete sind eben nicht wie die bei „Star Trek“ oder „Terminator“. Davon sind wir momentan noch weit weg. Wir reden über die schwache Anwendung von künstlicher Intelligenz. Anwendungsmöglichkeiten können zum Beispiel – das hat auch die französische Strategie aufgezeigt – ökologisches Wirtschaften oder Mobilitätssteuerung sein. Warum setzen wir nicht dort einen strategischen Impuls und sorgen dafür, dass die Mobilität neu gesteuert wird, dass sie ökologisch gesteuert wird und dass auch die Produktion verbessert wird? Das wird ein Schwerpunkt sein. Wir sind dankbar, dass die grünen Ideen in diesem Kontext von der Koalition und den Fraktionen aufgenommen worden sind, sodass wir intensiv arbeiten können.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Die Bundeskanzlerin hat sich gestern mit der Roboterfrau Sophia zusammengesetzt. Das ist ein gutes Bild. Die Strategie KI kommt ja auch von der Bundesregierung. Ich habe nur eine Bitte an Sie: Nennen Sie es nicht „Masterplan“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Na, Sie sind ja ein Schelm!)

Denn es muss etwas dabei herauskommen, was man am Ende auch versteht, was Sinn und Verstand hat, was durch eine Forschungsstrategie und eine Freiheitsstrategie hinterlegt ist, etwas, das ökologische und soziale Ziele verbindet. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz.

Ja, wir wollen nach vorne. Wir wollen es nicht machen wie China mit dem Scoring. Wir wollen es auch nicht machen wie die Amerikaner, wo in einer Militäragentur geforscht wird. Wir wollen es wertegeleitet, europäisch, freiheitlich, sozial und ökologisch machen, und das natürlich gemeinsam mit der riesigen Start-up- und Social-Entrepreneurship-Szene. Dann kann was daraus werden.

(C) Ich freue mich auf die Arbeit in den nächsten zwei Jahren und auf die weiteren Diskussionen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege Keuter von der AfD, Sie haben vorhin – ich weiß nicht, aus welcher Motivation heraus – „Hetzer“ gerufen. Das ist ein unparlamentarischer Ausdruck. Ich möchte Sie wirklich bitten, solche Ausdrücke zu unterlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der nächste Redner ist der Kollege Mario Mieruch.

Mario Mieruch (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir begrüßen die Einsetzung der Enquete-Kommission, möchten aber auf ein paar Punkte hinweisen, die man aus unserer Sicht speziell in den Fokus nehmen sollte.

Fünf Jahre liegt nunmehr das Ende der Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zurück. Die damals beteiligten Experten bemängeln noch heute, dass nahezu nichts von den Vorschlägen am Ende konkret zu politischen Entscheidungen führte oder umgesetzt wurde. Im Gegenteil: Wir führen heute noch immer unzählige Diskussionen über die Herausforderungen der Digitalisierung; und im Bundestag erhalten wir jetzt endlich WLAN.

(D)

Fußball ist heute schon als Beispiel angeführt worden. Ich fand das klasse und greife es auch auf. Da waren wir einmal richtig gut – in einzelnen Disziplinen sind wir das immer noch –, doch für das praktische Umsetzen und Gewinnen sind an vielen Stellen mittlerweile andere zuständig. Wir knipsen das Ding nämlich nicht mehr kaltschnäuzig rein, weil sich keiner mehr den Abschluss zutraut.

Wenn wir uns den Titel der Kommission anschauen, dann müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu sehr verkopfen und im Mittelfeld 50-mal hin- und herpassen und am Ende alles gendergerechte Sternchen hat. Wir müssen Ergebnisse erarbeiten.

Schauen wir uns – bleiben wir beim Fußball – den Transfermarkt an. Er funktioniert ganz einfach nach drei Prinzipien: „The winner takes it all“, „Der aktuelle Trend ist schon wieder alt“ und „Wo kann ich mich wie entfalten?“. Als Spieler ist für mich Letzteres besonders wichtig.

Wenn wir unser Bildungssystem nicht im Eiltempo auf die Digitalisierung einstellen, dann bleibt uns am

Mario Mieruch

(A) Ende nur noch eine Frage: „Alexa, was haben die anderen eigentlich besser gemacht?“

Danke.

(Beifall der Abg. Dr. Frauke Petry [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege René Röspel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

René Röspel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Uli Kelber hat mich gebeten, darauf hinzuweisen, dass die Roboter der Universität Bonn bei einem Fußballturnier für Roboter über 1,30 Meter Weltmeister geworden sind und wir deshalb Doppelweltmeister sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das sage ich deshalb, weil ich betonen will, dass künstliche Intelligenz nichts Neues ist. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern ist vor rund 30 Jahren gegründet worden.

(Beifall des Abg. Martin Hebner [AfD])

(B) Neu ist aber die Rasanz der Dynamik. Wir müssen vorbereitet sein auf das, was noch kommen kann. Deswegen ist es richtig, dass wir uns mit diesem Thema befassen.

Wenn Marc Zuckerberg euphemistisch sagt, dass diejenigen, die gegen künstliche Intelligenz seien, sich dafür verantworten müssten, in Zukunft Krankheitsbekämpfung verhindert zu haben, so bin ich längst nicht bei ihm. Es macht mich nachdenklich, wenn Stephen Hawking als grandioser Physiker befürchtete, dass künstliche Intelligenz möglicherweise das Schlimmste sei, was der Menschheit passieren könnte. Vor dem Hintergrund dieser sehr unterschiedlichen Einschätzungen von künstlicher Intelligenz wäre es doch geradezu pflichtverletzend, wenn wir uns als Parlament mit dieser zukünftig stärker in die Gesellschaft eintretenden Technologie nicht befassen würden.

Deswegen ist es richtig, dass wir die Enquete-Kommission einsetzen, die sich mit rechtlichen, ethischen und gesellschaftlichen Fragen zum Thema „Künstliche Intelligenz“ auseinandersetzen muss; denn anders als vor 20 oder auch 10 Jahren können wir heute Maschinen tatsächlich in die Lage versetzen, so intelligent zu entscheiden, wie das früher nur Menschen konnten. Das ist nicht ganz richtig; denn nicht *wir* können Maschinen dazu in die Lage versetzen, sondern *einige* können das. Auch das ist ein Punkt, über den wir diskutieren müssen: Wer eigentlich bringt den Maschinen bei, wie sie Probleme zu lösen haben? Es ist zumindest erforderlich, dass wir diese Entscheidungswege offen und transparent machen. Vielleicht müssen wir sogar Regulationen vorsehen, damit

(C) Manipulationen über automatisierte Verfahren nicht Tür und Tor geöffnet wird.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Intelligenz ist immer gut – das ist gar keine Frage –; aber für eine funktionierende Gesellschaft braucht es sicherlich mehr als Intelligenz. Dafür braucht es nämlich Vernunft, Gefühl und Mitgefühl.

(Marianne Schieder [SPD]: Anstand!)

– „Anstand“, ein bayerischer Zwischenruf. – Menschenähnlich werden Maschinen und Algorithmen tatsächlich erst dann, wenn sie auch diese Eigenschaften programmiert bekommen. Das kann ein Segen für Menschen sein, wenn sie sich zum Beispiel von einer Maschine menschlich gepflegt fühlen und in ihr einen echten Kontaktpartner sehen. Das kann aber auch zum Fluch werden. Deswegen ist es, wie ich finde, unsere Aufgabe, bei dieser Frage genau hinzuschauen und sicherzustellen, dass am Ende tatsächlich die Gesellschaft die Entscheidungen darüber trifft, welche Algorithmen über unsere Zukunft und über gesellschaftliche Verfahrensweisen entscheiden. Wir sollten das weiterhin in der Hand behalten.

Ein wesentliches Thema, das die Enquete-Kommission wahrscheinlich gar nicht bearbeiten kann, weil zwei Jahre sehr kurz sind und das Thema sehr umfassend ist, ist die Frage, welchen Stellenwert diese Gesellschaft dem Menschen gegenüber der künstlichen Intelligenz geben wird. Wenn die Entwicklung dazu führt, was absehbar ist, dass eine Reihe von Arbeitsplätzen verloren geht, zum Beispiel durch autonomes Fahren, dann wird es eine Reihe von Verlierern geben. Optimistisch betrachtet muss man richtigerweise sagen, dass es auch eine Reihe von Gewinnern geben wird, die von der künstlichen Intelligenz profitieren werden. Es ist unsere Aufgabe als Politik und Gesellschaft, sicherzustellen, dass der Nutzen in der Gesellschaft einigermaßen gleichmäßig verteilt wird. Ich finde nicht, dass wir das einfach auf uns zukommen lassen dürfen. Wir dürfen nicht einfach sagen: Künstliche Intelligenz wird kommen, und wir nehmen hin, was auch immer passiert.

(D) Es ist unsere Aufgabe, darüber zu diskutieren, ob wir angesichts der Bedingungen, die Google, Apple und Amazon schon jetzt bieten, irgendwann auch eine gesellschaftliche Debatte darüber führen müssen, ob wir eine gerechte Verteilung des Nutzens von künstlicher Intelligenz in der Gesellschaft überhaupt im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft hinbekommen oder andere Modelle im Sinne eines gemeinwohlorientierten Gesellschaftsvertrages in Betracht gezogen werden müssen. Das ist eine große Diskussion, der sich die Gesellschaft insgesamt stellen muss. Wenn wir als Enquete-Kommission unsere Arbeit gut machen, können wir vielleicht den einen oder anderen Hinweis geben.

Jedenfalls wird das eine spannende Diskussion. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und auf gute Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

(A)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner: der Kollege Hansjörg Durz, CDU/CSU-Fraktion.

Hansjörg Durz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer mehr Maschinen und Systeme werden durch Informatik intelligent und lernfähig gemacht. Künstliche Intelligenz findet immer mehr Anwendung.

In der Debatte ist schon mehrfach angeklungen, dass die Grundlagen dafür bereits in den 40er- und 50er-Jahren gelegt wurden. In jüngerer Zeit wurde das maschinelle Lernen, ein Verfahren, bei dem Computeralgorithmen aus Daten selbst lernen, also ein Werkzeug, um künstliche Intelligenz zu realisieren, stetig weiterentwickelt. Dazu kam die enorme Steigerung der verfügbaren Rechenleistung sowie Big Data, also die massenhafte Erhebung von Daten. All das führt dazu, dass künstliche Intelligenz mehr und mehr unseren Alltag erobert, auch wenn uns das oft nicht bewusst ist.

Viele Beispiele sind schon angeklungen. Ich möchte noch einmal Spamfilter, Sprachassistenten, Suchmaschinen und Übersetzungsprogramme nennen. Überall steckt künstliche Intelligenz drinnen, die über Mustererkennung Zusammenhänge zwischen einer großen Menge an Daten herstellt und so Informationen gewinnt. Der Google-Translator etwa übersetzt täglich maschinell circa 100 Milliarden Wörter und wird dadurch stetig trainiert und optimiert. Gerade im Gesundheitssektor, zum Beispiel bei der Tumorerkennung, bietet sich ein enorm großes Anwendungsfeld mit viel Entwicklungspotenzial. Der Gewinn für die Gesellschaft liegt auf der Hand, und die Anwendung wird auch auf Akzeptanz treffen.

(B)

Wenn KI immer tiefer in unseren Alltag eindringt und immer mehr Entscheidungen auf Basis künstlicher Intelligenz getroffen werden, stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage dies ethisch passiert. Vielfach zitiert werden hier Entscheidungen im Bereich des autonomen Fahrens oder – sie sind schon angeklungen – computergestützte Prognosen über die Resozialisierungsfähigkeit verurteilter Straftäter, wie sie in den USA bereits zu Rate gezogen werden.

Worüber dürfen Maschinen und Programme selbstständig entscheiden? Anhand welcher Wertmaßstäbe sollen diese Entscheidungen getroffen werden? Wie verändert maschinelles Lernen die Beziehung zwischen Mensch und Maschine? Es liegt in der Verantwortung der Menschen – es liegt also in unserer Verantwortung –, ethische Grenzen zu setzen und das maschinelle Lernen so zu programmieren, dass die Technologie dem Menschen dient.

Deutschland hat gute Voraussetzungen, die großen Potenziale der künstlichen Intelligenz zu realisieren. Im Bereich der Forschung sind wir sehr gut aufgestellt; die Kollegen haben schon darauf hingewiesen. Der Aufbau eines nationalen Forschungskonsortiums für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen sowie die Einrichtung des deutsch-französischen KI-Zentrums sind weitere wichtige Schritte. Diese werden durch einen Masterplan konkretisiert und in eine nationale Gesamtstrategie eingebettet werden. Dabei wird die enge Kooperation innerhalb der EU von überragender Bedeutung sein, gerade vor dem Hintergrund, dass China und die USA dieses Thema massiv vorantreiben und enorme Summen investieren.

(C)

Die weltweit hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung im Bereich künstlicher Intelligenz verdeutlichen das Rennen um neue Marktchancen. Die Fähigkeit, künstliche Intelligenz einzusetzen, wird in Zukunft über den Erfolg ganzer Volkswirtschaften maßgeblich mitentscheiden. Auch deswegen müssen wir über dieses Thema mit Hochdruck, aber innovationsoffen und chancenbasiert diskutieren und es vorantreiben. In gleichem Maße müssen wir aber auch die Verantwortung für die Gesellschaft, für die Menschen in den Blick nehmen: Welche Auswirkungen hat KI auf die Arbeitswelt? Was bedeutet das für den Sozialstaat? Stellen sich neue Verteilungsfragen?

Herr Kollege, der ganze Satz von Stephen Hawking lautet:

> Die künstliche Intelligenz könnte das Beste oder das Schlechteste sein, was der Menschheit je zugestoßen ist.

Er zeigt also eine gewisse Ambivalenz.

Fest steht: Künstliche Intelligenz hat eine Welle der Erwartungen ausgelöst, die viel Hoffnung, aber auch tiefe Befürchtungen weckt: einerseits die Hoffnung, dass bereits in naher Zukunft Lösungen für große Probleme der Menschheit gefunden werden könnten, andererseits Ängste, von denen ein möglicher Verlust des Arbeitsplatzes viele Menschen besonders umtreibt. Es ist eine richtige und gute Entscheidung, dass wir als Deutscher Bundestag uns die Zeit und die Kapazitäten nehmen, um uns gemeinsam mit Experten angemessen mit den Chancen und Herausforderungen der künstlichen Intelligenz auseinanderzusetzen. Ich freue mich sehr auf die gemeinsame Arbeit mit Ihnen.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt: der Kollege Andreas Steier von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andreas Steier (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Als letzter Redner will ich von meiner beruflichen Erfahrung berichten und so zur Diskussion über dieses Thema beitragen. Ich habe 20 Jahre in Luxemburg gearbeitet; das Thema „Künstliche Intelligenz“ ist ja kein neues Thema. Wir haben bei der Entwicklung von Fahrassistenzsystemen schon vielfach künstliche Intelligenz verwendet. Die wissenschaftliche Expertise bei der Entwicklung vor Ort stammt vom DFKI in Saarbrücken,

Andreas Steier

(A) von der Universität in Trier und von der Universität in Luxemburg. Der Transfer in die Wirtschaft findet vor Ort statt. Das heißt, eine europäische Zusammenarbeit ist in diesem konkreten Fall keine Zukunftsvision, sondern sie findet vor Ort schon statt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. René Röspel [SPD])

Die Aufgabe der Politik ist es nun, einen Rahmen für diese Entwicklung zu setzen. Wir müssen dafür sorgen – das ist in der Diskussion vielfach angeklungen –, dass eine gute Datenspeicherung und -verarbeitung sichergestellt werden. Denn die Daten sind das Wichtigste für die Entwicklung neuer Prozesse in der künstlichen Intelligenz.

Hierzu will ich den Blick ein bisschen auf den Wettbewerb in der Welt richten. In den USA gibt es sehr viele Consumer-Daten. Die USA haben einen sehr starken Unternehmergeist, der die Entwicklung neuer Start-ups vorantreiben kann. Und in China gibt es eine Datenethik, die nicht der unseren entspricht. Hier müssen wir uns auf unsere Stärken konzentrieren und sie gezielt vorantreiben.

Ich will an dieser Stelle eine Sache erwähnen: Wir haben auf dem Weltmarkt immer mit Qualität überzeugt. Der „German Engineer" – das weiß ich aus meiner Erfahrung – ist in der Welt auch heute noch immer sehr geschätzt. Nun gilt es, diese Qualität voranzutreiben und im Wettbewerb unter dem großen Konkurrenzdruck mit dieser Qualität zu überzeugen und zu bestehen. Wir müs-

(B) sen aber auch hohe Sicherheitsstandards in der Entwicklung der künstlichen Intelligenz gewährleisten. Denn mit Sicherheit können wir überzeugen, und das gilt es in der Debatte voranzutreiben.

Wir müssen zusätzlich der Bevölkerung die Ängste nehmen. Das können wir erreichen, indem wir den Leuten erklären, wofür künstliche Intelligenz steht und welche Vorteile und welchen Nutzen wir daraus ziehen können. Ich möchte dabei ganz besonders daran erinnern, dass wir gerade durch neue, schnellere Algorithmen neue Erkenntnisse gewinnen können. Als Ingenieur weiß ich, dass wir da einen großen Fortschritt erzielen können.

Aber wir müssen auch auf bewährte Systeme zurückgreifen. Mit Blick auf die ethische Diskussion möchte ich Oswald von Nell-Breuning aus Trier erwähnen, der in der katholischen Soziallehre immer den Menschen in den Mittelpunkt gestellt hat. Und aus der Eigenverantwortung und der Verantwortung für den Nächsten entwickelt sich auch das Prinzip der Subsidiarität. Dieses Prinzip, dass die künstliche Intelligenz dem Menschen dienen muss, sollten wir auch in der digitalen Diskussion voranstellen. Und wir sollten dafür sorgen, dass wir in der Debatte in der Enquete-Kommission diesen Rahmen setzen bzw. diesem Leitbild folgen: Der Mensch steht im Mittelpunkt, und die künstliche Intelligenz hat dem Menschen zu dienen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Die Linke auf Drucksache 19/2978 zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale".

Hierzu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Sie auf Drucksache 19/3016 finden und über den wir zuerst abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktion Die Linke, die Grünen und die AfD.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und einer von der FDP!)

– Und einer von der FDP. – Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt für den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission? – Das sind alle Fraktionen. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

(D)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung statt Sanktionen und Ausgrenzung

Drucksachen 19/103, 19/1711, 19/2748

Über die Beschlussempfehlungen werden wir später namentlich abstimmen; es folgen also zwei namentliche Abstimmungen nach der nächsten Debatte.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache mit der ersten Rednerin, der Kollegin Dagmar Schmidt von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A)

Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir wollen Sanktionen nicht grundsätzlich abschaffen; aber wir wollen auch nicht, dass es so bleibt, wie es ist, und ich denke, genau das war auch das Ergebnis der Anhörung.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen keine Sanktionen bei den Kosten der Unterkunft; denn sie können zu Obdachlosigkeit führen. Wir wollen keine Ungleichbehandlung von Arbeitslosen über 25 und unter 25, sondern gerade in junge Menschen wollen wir positive Energie stecken. Wir wollen, dass man nach Verhaltensänderungen die Sanktionen auch zurücknehmen kann; denn wir wollen die Arbeitslosen nicht bestrafen, sondern wir wollen, dass sie mitwirken.

(Beifall bei der SPD)

Unser politisches Ziel ist aber ein ganz anderes: Wir wollen, dass es am Ende keine Arbeitslosen und schon gar keine Langzeitarbeitslosen mehr gibt. Wir wollen unseren Sozialstaat so umbauen, dass er sich nicht an denen orientiert, die ihn vielleicht missbrauchen könnten, sondern an denen, die ihn brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Das beginnt mit Chancengleichheit in der Schule, mit einer guten Berufsorientierung an den Schulen und mit einem guten Übergang von der Schule in den Beruf. Da haben wir schon vieles erreicht, anderes auf den Weg gebracht und viel investiert.

(B)

Unter anderem werden wir die assistierte Ausbildung weiterentwickeln. Das hilft gerade denen, die es nicht so leicht haben, den Weg in die Arbeit zu finden. Wir wollen Langzeitarbeitslosigkeit grundsätzlich verhindern, und deswegen investieren wir in bessere Reha und einen besseren Gesundheitsschutz.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen investieren wir auch in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen schaffen wir unter anderem das Recht auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Weil wir Langzeitarbeitslosigkeit grundsätzlich verhindern wollen, arbeiten wir an einer nationalen Weiterbildungsstrategie. Wir werden in dieser Legislatur das Recht auf Weiterbildungsberatung verankern.

Aber das reicht uns noch nicht. Wir wollen die Bundesagentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass unser Sozialstaat nicht erst dann aktiv wird, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Wir wollen Weiterbildung und Qualifizierung während des Berufslebens ermöglichen, erleichtern und verschiedene Lebensphasen flexibel gestalten.

(C)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel im Hinblick darauf, wie der Sozialstaat den Menschen begegnet. Wir wollen einen transparenten Sozialstaat, in dem man weiß, welche Rechte und welche Pflichten man hat, mit einfacher und klarer Sprache, in dem man einfach zu seinen Rechten kommt – ohne Anwalt, tausend Beratungsstellen und Sozialgerichten –, einen Sozialstaat, der das Leben leichter macht, gerade dann, wenn man es selber schwer hat, einen Sozialstaat, der sich auf die individuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten einstellt. Für arbeitslose Menschen heißt das: Die Maßnahmen müssen den Menschen angepasst werden und nicht die Menschen den Maßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hilfe und Angebote müssen nachhaltig sein und Perspektive haben. Dafür müssen wir den Betreuungsschlüssel verbessern, eine Qualitätsoffensive in den Jobcentern starten und die richtigen Instrumente zur Verfügung stellen. Eines dieser richtigen Instrumente ist unser sozialer Arbeitsmarkt, den wir noch dieses Jahr beschließen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen die Eingliederungsvereinbarung zu einem echten Vertrag auf Augenhöhe ertüchtigen. Aktuell sind Eingliederungsvereinbarungen oftmals etwas für das juristische Seminar. Sie sollten aber eine verständliche Vereinbarung darüber sein, wie der gemeinsame Weg in Arbeit, manchmal aber auch erst einmal der Weg in gesellschaftliche Teilhabe überhaupt aussehen kann – mit einer Orientierung an dem, was sich die arbeitslose Person wünscht, und an dem, was realistisch in verschiedenen Schritten zu leisten und zu erreichen ist; denn ein selbstgesetztes Ziel zu verfolgen, ist allemal erfolgversprechender, als gezwungenermaßen Maßnahmen durchzuführen, an die man nicht glaubt.

(D)

Das alles kostet viel Einsatz und viel Geld: Einsatz der Menschen, die in unseren Jobcentern und Arbeitsagenturen arbeiten, Einsatz von gut ausgebildeten Coaches, die Menschen begleiten, und Geld für eine gute Ausstattung von Trägern und Bildungsinstitutionen, die mit den Menschen arbeiten. Uns ist es das wert; denn wir wollen keinen alimentierenden Sozialstaat nach dem Motto „Pay and forget“, sondern einen Sozialstaat, der sich kümmert und hilft, wenn man ihn braucht. Wenn aber viel Einsatz erfolgt und viel Geld in die Hand genommen wird, dann kann ich auch erwarten, dass sich an gemeinsam getroffene Verabredungen gehalten wird, dass mitgewirkt wird und dass sich angestrengt wird, dass der Grundsatz gilt, dass alle etwas zu unserem Gemeinwesen beitragen können, aber eben auch sollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Johann Heinrich Pestalozzi hat gesagt:

Dagmar Schmidt (Wetzlar)

(A)

> Die Welt ist voll brauchbarer Menschen, aber leer an Leuten, die den brauchbaren Mann anstellen.

Das wollen wir ändern. Arbeit gibt es genug.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die AfD-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Jörg Schneider.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Schneider (AfD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer! In vielen Gesprächen in Jobcentern in meiner Wahlkreisregion im Ruhrgebiet habe ich festgestellt: Dort wird mit dem Thema Sanktionen sehr verantwortungsvoll umgegangen. Das hat einen einfachen Grund: Sanktionen machen auch in den Jobcentern viel Arbeit. Da müssen Einsprüche bearbeitet werden. Unter Umständen geht es sogar darum, Prozesse vor Sozialgerichten zu führen. Die Sanktionen, die in Jobcentern verhängt werden, sind dort wirklich das letzte Mittel. Damit wird sehr verantwortungsvoll umgegangen.

Wenn ich die Anträge der Linken und der Grünen lese, dann habe ich den Eindruck, dass da unterschwellig unterstellt wird, dass Sanktionen leichtfertig verhängt werden. Ich glaube, Sie zeigen damit einmal mehr, welche Distanz Sie zur Realität in unserem Land bislang schon aufgebaut haben.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Der größte Teil der Sanktionen beruht auf Meldeversäumnissen. Da wird also ein Arbeitsloser ins Jobcenter eingeladen. Er kommt einfach nicht, und er meldet sich auch nicht ab. Dann wird das sanktioniert.

Wissen Sie, von Arbeitnehmern in diesem Land verlangen wir, dass sie Urlaubsanträge stellen, dass sie sich krankmelden. Und von Arbeitslosen? Was für ein merkwürdiges Menschenbild haben Sie? Wir von der AfD sehen auch in einem Arbeitslosen einen mündigen Bürger, einen Menschen, der Anspruch auf wertschätzende Behandlung hat. Zur wertschätzenden Behandlung gehört eben auch, dass ich erfüllbare Forderungen stelle.

(Beifall bei der AfD)

Weswegen wird sanktioniert? Wird sanktioniert, weil ein Jobangebot abgelehnt wird? Die Bearbeiter in den Jobcentern wissen doch ganz genau: Wenn sie den Arbeitgebern mit unmotivierten, nichtgeeigneten Kandidaten die Zeit stehlen, dann werden diese zukünftig keine freien Jobs mehr an die Jobcenter melden. Dann wird es schwierig, die Quoten zu erfüllen.

Es gibt vielleicht einen Bereich, in dem in den Jobcentern tatsächlich von der Möglichkeit der Sanktionen Gebrauch gemacht wird, nämlich dann, wenn der Verdacht der Schwarzarbeit besteht. Die Bearbeiter in den Jobcentern haben, glaube ich, recht feine Antennen, das festzustellen – wenn sich beispielsweise ein sehr vitaler Arbeitsloser ständig krankmeldet oder wenn er vielleicht einfach sagt, wie die Situation in Wahrheit aussieht.

(C)

Eine vierköpfige Familie, Mutter, Vater, zwei Kinder, erhält im Arbeitslosengeld-II-Bezug – das hängt ein bisschen von der Mietpreissituation in der Gemeinde ab – monatlich ungefähr 2 100 Euro. Die gleiche Familie hat bei einem sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommen von 3 000 Euro am Monatsende 2 600 Euro in der Haushaltskasse. Wenn davon noch ein paar arbeitsbedingte Kosten wie Fahrtkosten abgezogen werden, dann bedeutet das pro Person und pro Monat 100 Euro. Dafür müssen, wenn sie im Mindestlohnbereich beschäftigt sind, Mutter und Vater Vollzeit arbeiten. Sie stellen fest: Das lohnt sich schlichtweg nicht.

(Beifall bei der AfD)

Dass man sich dann natürlich im Hartz-IV-System einrichtet – vielleicht noch mit einem Nebenjob; dann gibt es Terminkollisionen, man hat ein Meldeversäumnis, wird sanktioniert –, liegt nahe.

Ich möchte es ganz klar sagen: Ich verurteile diese Menschen nicht. Sie haben sich in einem System eingerichtet, das schlichtweg absurd ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich verurteile aber Sie, weil Sie die Absurdität des Systems kennen und nichts dagegen unternehmen.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Was wäre denn besser?)

(D)

Wenn ich dann höre, wie man sich für die Wohltaten, die jetzt die Große Koalition den Familien versprochen hat, selber auf die Schulter klopft, kann ich nur sagen: Ich habe das einmal durchgerechnet. Für meine Musterfamilie bedeutet das 10 Euro pro Person und pro Monat.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie, gerade von der SPD, von einer „maßgeblichen Entlastung“ sprechen, dann habe ich doch den Eindruck, Sie wollen auch noch die letzten Ihnen verbliebenen Wähler vergraulen.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Was wäre denn Ihr Vorschlag, wie es besser geht? – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den Anhörungen viele Ideen bekommen, wie man tatsächlich Sanktionen vermeiden kann. Mit im Mittelpunkt standen dabei bessere Beratung, mehr Beratung und mehr Betreuung. In vielen Jobcentern funktioniert das auch schon ganz gut. Da werden Arbeitslose zu Bewerbungsgesprächen begleitet. Dort werden Menschen, die einen Job gefunden haben, auch noch in den ersten Wochen ihrer Berufstätigkeit weiter betreut, trotz dünner Personaldecke.

Und jetzt kommen Sie mit Ihrem sozialen Arbeitsmarkt. Das Ding wird krachend scheitern. Sie müssen nur nach Österreich gucken; da hat man nämlich genau das Gleiche probiert. Das hieß dort Aktion 20 000. Man wollte 20 000 ältere Langzeitarbeitslose vor allen Dingen in sozialen Berufen unterbringen. Nach einem halben

Jörg Schneider

(A) Jahr waren es gerade mal 1 300, die man mit viel Aufwand vermittelt hat. Das Projekt wurde eingestampft. Da passte es ganz gut, dass es einen Regierungswechsel gab, und die neue Regierung tat sich vielleicht ein bisschen leichter damit, so einen alten Zopf abzuschneiden.

Natürlich haben wir noch eine gewisse Hoffnung, dass es auch hier vielleicht eine neue Regierung gibt. Aber diese Regierung wird mit Sicherheit nicht den Mumm haben, nach einem halben Jahr das gescheiterte Projekt sozialer Arbeitsmarkt einzustampfen.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es einfach nicht verstanden!)

Es wird vielmehr Folgendes passieren: Sie werden in den Jobcentern Vermittlungskapazitäten in den Bereich sozialer Arbeitsmarkt hineinverlagern. Das wird dazu führen, dass Menschen nicht mehr beraten werden können, die vielleicht wirklich eine Chance haben, am regulären Arbeitsmarkt unterzukommen. Die Vermittlungsquoten werden runtergehen. Der Frust wird bei allen Beteiligten steigen. Arbeitslose werden eine Einladung zum Gespräch bekommen und sagen: Da gehe ich nicht hin. Die können mir eh nicht helfen. – Der frustrierte Vermittler im Jobcenter wird mit einer Sanktion reagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird das Ergebnis Ihres sozialen Arbeitsmarktes sein:

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung!)

(B) eine schlechtere Beratungsleistung in den Jobcentern, Frust bei allen Beteiligten und noch mehr Sanktionen.

(Beifall bei der AfD – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was wollen Sie? – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen denn Sie?)

– Ich sage Ihnen jetzt sehr gerne, was ich will: Ich möchte, dass Sie aufhören, sich hier irgendwelche Denkmäler zu bauen mit einem sozialen Arbeitsmarkt.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie?)

Statten Sie gefälligst die Jobcenter personell vernünftig aus! Sorgen Sie dafür, dass dort auch weiterhin eine gute und vielleicht zukünftig noch bessere Arbeit gemacht werden kann! Dazu gehören im Übrigen auch Sanktionen.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also alles beim Alten! Mehr haben Sie nicht zu bieten!)

Deswegen werden wir Ihre Anträge auf Abschaffung der Sanktionen ablehnen.

Und in Richtung der Großen Koalition die Aufforderung: Sorgen Sie dafür, dass sich für einen Menschen, (C) der von Hartz IV lebt, auch der Wechsel in einen niedrig bezahlten Job im legalen Arbeitsmarkt tatsächlich lohnt!

(Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]: Da spricht die Partei der kleinen Leute!)

Wenn Sie das hinkriegen, wenn Sie tatsächlich dort die Möglichkeit schaffen, dass Menschen auch Jobangebote der Jobcenter annehmen können,

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie das denn machen? Wie denn? – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch mal, wie!)

dann werden wir mittelfristig, denke ich, auf Sanktionen verzichten können, und ich denke, da wollen wir alle hin.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Kai Whittaker, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kai Whittaker (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kollegen! Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir in diesem Plenum über die Frage debattieren, ob wir die Sanktionen in Hartz IV abschaffen sollen. Die Linke begründet das in ihrem Antrag mit verschiedenen Aspekten, wenn ich das richtig gesehen habe.

(D) Unter anderem sagen Sie, dass Hartz IV dazu führt, dass atypische Beschäftigung in Deutschland befeuert wird. Wenn man sich das einmal genauer anschaut, sieht man: Atypische Beschäftigung heißt kurzfristige Beschäftigung, ausschließlich geringfügige Beschäftigung und geringfügige Beschäftigung neben einem Hauptjob.

Schauen wir uns einmal die Zahlen an: Bei der kurzfristigen Beschäftigung haben wir 200 000 bis 300 000 Menschen in Deutschland, die kurzfristig, also wenige Wochen, beschäftigt sind. Diese Zahl ist stabil seit 2004, also vor Einführung von Hartz IV.

Auch im Bereich derjenigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, also 450-Euro-Jobs haben, haben wir seit 2004 – also auch vor Hartz IV – stabil 5 Millionen Arbeitsplätze.

Der Aufwuchs bei der atypischen Beschäftigung, den Sie immer kritisieren, kommt daher, dass Menschen, die einen sozialversicherungspflichtigen Hauptjob haben, nebenher noch einen Nebenjob machen. Das hat vielleicht weniger etwas damit zu tun, dass die Menschen schlecht verdienen; es hat vielmehr etwas damit zu tun, dass sie sich noch was hinzuverdienen wollen,

(Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]: Ja, weil sie schlecht verdienen!)

um sich etwas extra zu leisten und weil es steuerlich gefördert wird. Das ist, glaube ich, die eigentliche Wahrheit, die dahintersteht, und das hat nichts mit Hartz IV zu tun.

Kai Whittaker

(A) Sie bemängeln auch, Hartz IV würde die Löhne drücken. Auch da bitte ich Sie, einfach die Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man sich die ärmsten 30 Prozent der Beschäftigten anschaut, dann stellt man fest, dass diese in den Jahren 2000 bis 2005 real 6 bis 7 Prozent Lohn verloren haben. Seitdem haben sie aber reale Lohnsteigerungen zu verzeichnen. Seit der Einführung von Hartz IV sind die Löhne in diesen Kategorien um 4 bis 5 Prozent bis 2010 gestiegen. Seit 2009 sind sie noch einmal um 3 bis 6 Prozent real gestiegen. Sie können sich nicht ernsthaft hierhinstellen und sagen, Hartz IV drücke die Löhne. Das ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann kritisieren Sie, Hartz IV würde die Befristungen in Deutschland befördern. Auch das sind Fake News. Von 1999 bis heute haben wir einen stabilen Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen von 8 Prozent. Anders gesagt: Knapp jeder zehnte Beschäftigte ist befristet angestellt. Dieser Anteil ist stabil und hat nichts mit Hartz IV zu tun. Dann bemängeln Sie auch noch, dass es einen strukturellen Mangel an Arbeitsangeboten in Deutschland gibt. Auch darüber haben wir uns im Ausschuss schon ausgetauscht. 2005, als wir 5 Millionen Arbeitslose hatten, haben sich 190 Arbeitslose um zehn Arbeitsplätze bemüht. 190 Arbeitslose zu zehn freien Arbeitsplätzen! Heute sind es nur noch 40. Wenn ich mir die Zahl der Langzeitarbeitslosen anschaue, dann stelle ich fest, dass auf zehn freie Arbeitsplätze zwölf Langzeitarbeitslose kommen. Also fast jedem können wir in der Theorie einen Job anbieten. Das zeigt, dass es eben nichts mit einem Mangel an Arbeitsplätzen zu tun hat, (B) sondern mit der Befähigung, die wir den Menschen geben müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass die soziale Verelendung in diesem Land eine Mär ist, hat man heute schön in der „FAZ“ nachlesen können. Kollegin Zimmermann hat nachgefragt, wie sich denn die Einkommen aus Vermögen im Verhältnis zu den Einkommen aus Sozialleistungen und Renten entwickelt haben. Da ist Interessantes zu lesen. Die Rente hat sich in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent real erhöht, die Einkommen aus Vermögen nur um 36 Prozent. Auch die Hartz-IV-Bezieher haben deutlich höhere Abschlüsse von 20 bis 25 Prozent im Vergleich zu den Löhnen zu verzeichnen. Da muss man ganz klar sagen: Die Verelendung in diesem Land ist eine Mär, die Sie sich vielleicht zusammenreimen, die aber nichts mit der Realität in diesem Land zu tun hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn man ehrlich ist: Es geht schlicht und ergreifend um eine Debatte, bei der wir nicht zusammenkommen werden. Sie sagen: Sanktionen sind per se verfassungswidrig. – Das ist Ihr schlichtes Argument. Wir sagen: Es gibt einen Anspruch, von der Gesellschaft unterstützt zu werden; aber es gibt auch eine Verpflichtung, mitzuwirken, um diese Hilfe zu überwinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu gibt es keinen Kompromiss. Das ist das, worüber wir in der Debatte streiten.

(C) Wir sollten uns aber eigentlich Gedanken über die Leute machen, für die wir konkret Hilfe anbieten. Ihre Idee der Sanktionsfreiheit betrifft in Deutschland 136 000 Menschen. So viele Arbeitslose werden tatsächlich pro Jahr sanktioniert. Aber was sagen wir bitte schön den anderen 764 000 Langzeitarbeitslosen, die sich an Recht und Gesetz halten? Was haben diese von Ihrem Antrag? Welche Hilfe können diese denn von uns hier im Plenum erwarten?

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, Sie wissen nicht, warum Sanktionen ausgesprochen werden!)

Da muss man ganz ehrlich sagen: Dazu steht in Ihrem Antrag leider nichts.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Ich möchte ganz klar darauf verweisen, was in der Praxis geleistet wird. Ich war in der letzten Woche bei der Firma Metis in Stuttgart. Metis ist ein schöner Name und stammt aus der griechischen Mythologie. Das war die erste Geliebte von Zeus und steht für klugen Rat, praktisches, komplexes und implizites Wissen. Man kann von einer solchen Firma durchaus lernen. Diese Firma hat 2005 schlicht und ergreifend ein Beratungs- und Trainingszentrum installiert. Sie nimmt die Langzeitarbeitslosen in Stuttgart, die am längsten arbeitslos sind, in ihre Obhut. Seit 2005 waren das 7 000 Menschen. Die Firma schaut sich diese Menschen individuell an und klärt mit ihnen innerhalb von sechs bis zwölf Monaten, wo sie Hilfe brauchen. Das Ergebnis ist, dass die Firma 40 Prozent (D) dieser 7 000 Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert hat. Das zeigt: Wenn wir uns der Menschen individuell annehmen, uns um ihre Sorgen und Nöte kümmern und ihnen im Alltag konkrete Hilfestellung geben, haben sie eine Chance, aus ihrer Hilfebedürftigkeit herauszukommen. Das ist der Ansatz, den wir als Union verfolgen wollen, auch in Zusammenarbeit mit der SPD, wenn wir den sozialen Arbeitsmarkt innerhalb dieser Legislaturperiode – in den nächsten Monaten, denke ich – auf den Weg bringen.

Dafür werbe ich, und deshalb meine herzliche Bitte an Die Linke: Seien Sie ein bisschen mehr wie die Geliebte von Zeus:

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Ich dachte, so wie die SPD!)

Ein bisschen klugen Rat annehmen, und von dem Baum der Empörung runterkommen, dann können wir, glaube ich, auch zusammenkommen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Pascal Kober von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

(A)

Pascal Kober (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in Ihren Anträgen fordern Sie, dass den Jobcentern die Möglichkeit genommen werden soll, Leistungen des Arbeitslosengeldes II zu kürzen, wenn Arbeitsuchende ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, beispielsweise Termine nicht wahrnehmen oder Maßnahmen nicht durchführen, die dazu geeignet sind, die Zeit der Arbeitslosigkeit zu verkürzen.

Im Kern bedeuten Ihre Anträge eine Infragestellung der zwei wesentlichen Grundprinzipien, der Grundpfeiler, unseres Sozialstaates.

Erstens: das Subsidiaritätsprinzip. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass jede und jeder zunächst einmal die eigenen Kräfte und die eigenen Möglichkeiten mobilisieren muss, bevor dann die Solidargemeinschaft einspringt, wo die eigenen Kräfte nicht mehr ausreichen.

Zweitens: das Solidaritätsprinzip. Jede und jeder ist in dieser Gesellschaft zu wechselseitiger Solidarität verpflichtet. Natürlich dürfen wir das als Gesellschaft auch von allen Menschen einfordern. Natürlich darf die Nichterfüllung von solidarischen Pflichten auch zu Konsequenzen führen. Das ist ein ganz normales Grundprinzip unseres Sozialstaates. Das heißt beispielsweise, dass derjenige, der seine Sozialversicherungsbeiträge oder seine Steuern hinterzieht, zu einer Strafe verurteilt wird. Selbstverständlich darf eine Solidargemeinschaft verlangen, dass ein Arbeitsuchender nach seinen eigenen Möglichkeiten, nach seinen eigenen Kräften daran mitwirkt,

(B)

wenn die Jobcenter sich bemühen, für ihn, ihn unterstützend, einen Arbeitsplatz zu finden. Eigenverantwortung und Solidarität, das sind die Grundpfeiler eines starken Sozialstaates. Das sollten wir nicht infrage stellen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb glauben wir, dass es gerechtfertigt ist, dass nicht nur gefördert wird, sondern dass auch vom Einzelnen etwas gefordert wird. Dabei überfordern wir aber auch niemanden. Das zeigen die Statistiken: 97 Prozent der Menschen im Leistungsbezug Arbeitslosengeld II kommen ja mit dem System der Sanktionen zurecht; sie werden nicht sanktioniert. Es sind also nur 3 Prozent, die von einer Kürzung betroffen sind, und von diesen 3 Prozent sind es wiederum 77 Prozent, die das aufgrund von sogenannten Meldeversäumnissen erfahren, nämlich weil sie einen Termin – beispielsweise unentschuldigt – nicht wahrnehmen oder etwas anderes ohne Grund versäumen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen immer im Blick haben, über welche Menschen wir reden. Wir reden von Menschen, von denen wir annehmen und für die wir hoffen, dass sie im Idealfall am nächsten Tag einen Arbeitsplatz finden und eine Arbeit aufnehmen. Jede Berufstätigkeit ist natürlich mit Pflichten verbunden. Man muss dann pünktlich zur Arbeit erscheinen, Formulare ausfüllen und einreichen, seine Arbeit gewissenhaft und pünktlich erledigen.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken und den Grünen, sagen: Das trauen wir den Menschen letztlich nicht zu. – Sie sollten sich fragen, welches Bild

(C)

von diesen Menschen Sie diesen Menschen durch diese Anträge spiegeln, welches Bild Sie von diesen Menschen selber haben und welches Bild Sie von den betroffenen Menschen in der Gesellschaft verbreiten.

Wir Freien Demokraten wollen den Menschen auf Augenhöhe begegnen. Wir trauen ihnen zu, dass sie Verantwortung leben und dass sie Pflichten übernehmen. Wir lehnen Ihre Anträge ab, weil wir gerade nicht klein von diesen Menschen denken, sondern ihnen mit Respekt begegnen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Katja Kipping, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Hartz-IV-Sanktionen sind auch jene betroffen, die womöglich nicht eine Sanktion sofort bekommen, aber sich davon bedroht fühlen. Diese Sanktionen wirken nämlich wie ein Damoklesschwert über jedem, der einen Bescheid bekommt und in der Rechtsbehelfsbelehrung immer die Androhung einer Sanktion lesen muss.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

38,5 Prozent aller Klagen gegen Hartz-IV-Sanktionen bekommen recht. Das heißt, mehr als jede dritte Klage gegen Sanktionen bekommt recht. Es gibt also hier eine enorm hohe Fehlerquote – und das selbst nach den strengen Gesetzen, die wir als Linke ja ändern wollen. Jeder dieser Fehler geht zulasten von armen Menschen. Wir reden hier schließlich von Leuten, die kein Finanzpolster haben, womit sie eine Zeit mit gekürzten oder gestrichenen Sozialleistungen einfach mal so überbrücken können. Ich sage: Angesichts dieser hohen Fehlerquote gibt es hier einen Aufklärungs- und Untersuchungsbedarf.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung kann sich jetzt nicht hinter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verstecken.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein! Das Gesetz ist das!)

Sie leisten unter schwierigen Bedingungen Großes. Aber ganz offensichtlich gibt es hier ein strukturelles Problem. Von oben, also von der Spitze der Bundesagentur oder vonseiten der Bundesregierung, gibt es einen enormen Einspardruck, und ganz offensichtlich ist von oben die Losung rausgegeben worden „Im Zweifelsfall gegen die Betroffenen“, und das ist weder im Sinne eines Sozialstaats noch im Sinne eines Rechtsstaats.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Heil, der es ja nicht für nötig hält, an dieser Debatte teilzunehmen, steht hier als zuständiger Minister ganz klar in der Pflicht. Er muss aufklären, wie es zu dieser hohen Fehlerquote kommt, wie es zu solchen Fehlern kommt, die Menschen unrechtmäßig in Existenznot treiben. Ganz klar seine Aufsichtspflicht! Er muss Existenznot verhindern.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der Linken auf Sanktionsfreiheit ist im Ausschuss abgelehnt worden mit den Stimmen der Regierungsfraktionen, mit den Stimmen der FDP und den Stimmen der AfD. Jawohl, auch die AfD reiht sich ein in die ganz große Koalition der Befürworter von Hartz-IV-Sanktionen – und das, obwohl Sie immer so tun, als ob Ihnen die *deutschen* Arbeitslosen so sehr am Herzen liegen. Nun ist es amtlich: Wer von Hartz-IV-Sanktionen bedroht ist, hat von dieser Truppe nichts, aber auch gar nichts zu erwarten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Thomas Ehrhorn [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wir als Linke hingegen sagen ganz klar: Das Hartz-IV-Sanktionssystem gehört ersetzt, und zwar durch gute Arbeit, durch aktive Arbeitsmarktpolitik, durch eine Arbeitslosenversicherung, die länger trägt, und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1 050 Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion zulassen?

Katja Kipping (DIE LINKE):

Na, aber immer her damit!

Thomas Ehrhorn (AfD):

Frau Kollegin Kipping, wir sind ja alle hier in diesem Haus sicherlich gleichermaßen der Überzeugung, dass der überwiegende Anteil der Menschen, die Hartz-IV-Leistungen empfangen, die gesellschaftliche Solidarität verdienen, weil sicherlich der allergrößte Anteil von ihnen ohne eigenes Verschulden in eine prekäre Situation geraten ist. Aber ist es nicht trotzdem unglaublich naiv, anzunehmen, dass es von dieser Regel keine Ausnahmen gibt? Genau für diese Ausnahmen hat immer gegolten – und aus meiner Überzeugung sollte es doch auch immer gelten – das System „Fördern und Fordern“. Oder sind Sie, verehrte Kollegin Kipping, vielleicht tatsächlich der Meinung, dass es in dieser Gesellschaft ein verbrieftes Recht auf Faulheit geben darf?

(Widerspruch bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Vielen Dank für diese Frage. Sie erinnert mich an etwas. Sie selber haben sich hier die Losung „Fördern und Fordern“ zu eigen gemacht. Das war die große Überschrift, die über der Einführung von Hartz IV stand. Ich finde, diese Zwischenfrage zeigt einmal mehr: Die AfD steht hinter dem System von Hartz IV. – Das ist gut zu wissen. Vielen Dank für die Zwischenfrage. Das werden wir auf jeden Fall verbreiten. Ich selber bin sehr oft frühmorgens vor dem Jobcenter. Ich freue mich darüber, die Erwerbslosen aufklären zu dürfen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Keuter [AfD]: Wie wär’s mit einer Antwort?)

Innerhalb weniger Wochen sofort beim Hartz-IV-Establishment gelandet. Herzlichen Glückwunsch!

Es gibt viele gute Gründe, warum wir als Linke die Sanktionen ganz generell ablehnen. Ich will nur auf einige in aller Kürze eingehen. Wir haben durch den Wissenschaftlichen Dienst die verschiedenen Studien, die es gibt, auswerten lassen, und die sagen Folgendes:

Erstens ist immer wieder zu beobachten: Es gibt einen Rückzug aus dem sozialen Leben. Menschen, die von Sanktionen betroffen sind, kommen rein in die Isolation. Das heißt, es gibt Vereinsamung.

Zweitens. Sanktionen führen auch dazu, dass sich Menschen vom Jobcenter zurückziehen. Es ist so eine Art lähmende Wirkung, ja auch eine Arbeitsdemotivation zu beobachten gewesen. Also, Sanktionen ermuntern Menschen mitnichten, sich sinnstiftend in die Gesellschaft einzubringen. Auch mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik wirken sie oft kontraproduktiv und gehören deswegen abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Sanktionen befördern Existenznot. Ja, wenn eine Sanktion greift, kann das zu ungenügender Ernährung führen, zu Mietschulden bis hin zum drohenden Wohnungsverlust, zum Verlust des Krankenversicherungsschutzes.

Viertens. Sanktionen verschlechtern die Verhandlungssituation von Beschäftigten, Herr Whittaker. Das haben nicht wir uns ausgedacht. Es gibt eine offizielle Studie des IAB, die ganz klar gesagt hat: Wenn Menschen – sozusagen als Alternative – Hartz-IV-Sanktionen drohen, sind sie eher bereit, niedrigere Löhne zu akzeptieren.

(Abg. Dr. h. c. Albert Weiler [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

Katja Kipping (DIE LINKE):

Ich würde jetzt gern in die Schlussphase kommen.

Katja Kipping

(A)

Fünftens. Sanktionen bedeuten auch Schikane gegenüber widerständigen Menschen. Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: Vielleicht erinnern Sie sich an Frau Sandra Schlensog. Das ist eine alleinerziehende Mutter, die eine Massenpetition gestartet hat, unter der Überschrift: Jens Spahn in Hartz IV. Das ist eine Frau, die eine Massenpetition startet, die es wagt, dem Gesundheitsminister die Stirn zu bieten, die jede Menge Interviews gibt, eine Demonstration organisiert. Und diese Frau muss jetzt in eine Coachingmaßnahme, die das Ziel haben soll, ihr Selbstbewusstsein zu erhöhen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, merkt man das noch? Da bietet eine Frau dem Minister die Stirn, und dann sagt man – übrigens unter Androhung von Sanktionen –: Sie müssen jetzt Ihr Selbstbewusstsein erhöhen und deswegen in eine Coachingmaßnahme. – Da merken Sie doch selber, dass da was nicht stimmt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Absurdes Theater! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Frau Kipping, das wäre so, als wenn man Sie hinschicken würde!)

– Ja, Herr Kauder.

Auch Kinder sind von Hartz-IV-Sanktionen betroffen. Ich habe ja nachgefragt: 310 000 Sanktionen wurden gegenüber Familien mit Kindern verhängt. Und wenn in den Familienkassen das Geld fehlt, dann ist auch Kindeswohl gefährdet. Schon deswegen gehören Sanktionen sofort abgeschafft.

(B)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich bei der Sozialleistung nicht um eine Mildtätigkeit. Es geht hier um ein Grundrecht, und Grundrechte muss man sich nicht verdienen. Deswegen sagen wir ganz klar: Grundrechte kürzt man nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus all diesen Gründen – ich komme zum Schluss – ist es für Die Linke ein wichtiges Ziel und auch mir ganz persönlich ein Anliegen: Wir werden nicht ruhen, bis endlich die Hartz-IV-Sanktionen fallen. Das machen wir auch, weil wir nicht nur über Hartz-IV-Betroffene reden, sondern regelmäßig mit ihnen reden. All diese Gespräche sind für uns ein Ansporn, nicht lockerzulassen, bis sich auch hier irgendwann mal rumgesprochen hat: Hartz-IV-Sanktionen gehören abgeschafft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner ist der Kollege Sven Lehmann, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Sven Lehmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über ein Anliegen ab, das das Leben von Millionen von Menschen direkt oder indirekt betrifft. Wir haben sehr viele Theorieargumente gehört. Deswegen möchte ich mit einem sehr konkreten Beispiel aus dem Leben beginnen.

80 Prozent aller Sanktionen werden wegen Meldeversäumnissen ausgesprochen. Jetzt sagen hier einige: Was ist eigentlich so schwer daran, einen Termin einzuhalten? – In Berlin wurde erst kürzlich die Wohnung einer Frau zwangsgeräumt, und diese Frau passt so gar nicht in das Bild der faulen Arbeitslosen. Sie ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Mutter von drei Kindern. Nach einer Trennung und Verlust ihres Jobs leidet sie unter Depressionen und versucht irgendwie, diese Trennung, den Umzug und das ganze Chaos zu bewältigen. Das Jobcenter schreibt ihr nun, sie müsse zu einem Termin vorstellig werden, aber die Frau ist krank und reicht das falsche Formular ein. Erste Sanktion: Die Gelder werden gekürzt. Sie legt Widerspruch ein, aber leider nicht korrekt.

Kurz darauf soll sie wieder ins Jobcenter kommen, aber sie kann nicht, weil eines ihrer Kinder eine Lungenentzündung hat. Zweite Sanktion: Die Gelder werden gekürzt.

(Pascal Kober [FDP]: Das kann doch gar nicht sein!)

Sie hat Angst vor dem Mitarbeiter im Jobcenter, und deshalb ignoriert sie seine Vorladungen. In dieser Spirale ist es irgendwann zu spät, und die Wohnung der ganzen Familie wird zwangsgeräumt. Und das Schlimme ist, dass diese Frau nun die komplette Schuld dafür auf sich nimmt und sagt:

(D)

> Weißt du, wenn man fit ist, dann schafft man das alles. Aber wenn du überfordert bist, vergisst du Sachen, liest nicht richtig, verpasst Termine, und mit jeder Niederlage wirst du schwächer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kann man natürlich sagen: Selber schuld! – Man kann aber auch sagen, dass diese Praxis mit der Würde des Menschen und mit dem Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes nicht mehr viel zu tun hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

In der Anhörung haben sieben von zehn Sachverständigen dafür plädiert, das harte Sanktionsregime deutlich zu entschärfen oder ganz abzuschaffen oder zumindest auszusetzen; es gab einen sehr breiten Konsens, zumindest die Kosten der Unterkunft und die Heizkosten ganz von Sanktionen auszunehmen. Nichts davon findet sich im Koalitionsvertrag von Union und SPD wieder, noch nicht einmal ein Prüfauftrag. Ich finde, ein Vertrag, der so ein zentrales Thema ausblendet, geht komplett am Leben vieler Menschen vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sven Lehmann

(A) Ich möchte deshalb vier zentrale Argumente aus unserem Grünenantrag nennen.

Erstes Argument. Im SGB II heißt es: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll ein Leben in Würde ermöglichen. – Nun sind die Regelsätze aber eh schon auf Kante genäht. Eine Kürzung führt dazu, dass Menschen in existenzielle Notlagen gedrängt werden. Im letzten Jahr hatten wir sogar 34 000 Totalsanktionen. Ein Existenzminimum – das sagt der Name bereits – ist ein Minimum, und ein Minimum sollte nicht gekürzt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Pascal Kober [FDP]: Sachleistungen!)

Zweites Argument. Für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt sind Kooperation und Vertrauen zwischen Arbeitsuchenden und Jobcentern zentral. Dazu gehört Augenhöhe; denn nur auf Augenhöhe können Menschen ihre Fähigkeiten und Talente einbringen. Viele Menschen gehen mit dem Wunsch einer klar definierten Weiterbildung oder sogar Umschulung in die Jobcenter und kommen mit etwas komplett anderem heraus. Das ist das Gegenteil von Augenhöhe, das ist einseitige Machtausübung, und das ist Gift für das Klima in den Jobcentern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Drittes Argument. Die Sanktionspraxis frisst Zeit und Energie auch des Personals in den Jobcentern. Die Agenturen für Arbeit sollen unterstützen und befähigen, nicht (B) verwalten und kontrollieren. Im vergangenen Jahr wurde fast 1 Milliarde Euro, die eigentlich für die Förderung und Qualifizierung von Arbeitsuchenden vorgesehen ist, in den Verwaltungshaushalt der BA umgeschichtet. 1 Milliarde Euro, um ein System zu verwalten, das Menschen in Armut weiter ausgrenzt. Es wurde eben von Solidargemeinschaft gesprochen; ich finde, das ist für die Solidargemeinschaft genauso wie für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht akzeptabel, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Viertes Argument. Solange der Vorrang der Vermittlung gilt, so lange werden Menschen immer auch in schlechte Arbeitsverhältnisse gezwungen, die prekär oder unterbezahlt sind. Wenn hier von Lohnabstandsgebot geredet wird, dann entgegne ich Ihnen: Es ist doch besser, für gute Arbeit und bessere Löhne zu sorgen, als gesetzlich Menschen in schlechte Arbeit zu zwingen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Zum Schluss mal grundsätzlich: Hartz IV ist zum Symbol für Abgehängtsein geworden; das können wir nicht länger leugnen. Hartz IV wird von vielen Menschen als Angstsystem aus genau diesen Gründen wahrgenommen. Ich finde, es kann nicht sein, dass viele Jobcenter immer mehr zu Hochsicherheitstrakten werden, weil (C) Menschen den Staat nicht mehr als Unterstützung, sondern als Bedrohung erleben. Wie bitte schön soll da Vertrauen entstehen? Das, worum es, glaube ich, vielen in Wahrheit geht, ist – das ist auch in der Anhörung gesagt worden – Disziplinierung. Dieser Ansatz ist nicht nur gescheitert; er zeigt auch ein ganz fatales Menschenbild, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Leiterin des Kölner Arbeitslosenzentrums, die als Sachverständige präsent war, hat das in der Anhörung sehr treffend auf den Punkt gebracht: Menschen sind keine Postpakete. Man kann sie nicht einfach auf ein Fließband stellen, und dann kommen sie schon irgendwo richtig an. In Menschen muss man investieren und sich mit ihnen auseinandersetzen. – Genau das beantragen wir Grüne heute.

Ich bitte Sie: Schaffen Sie mit uns die Sanktionen ab! Stärken Sie die Rechte der Arbeitsuchenden! Verbessern Sie die Arbeit der Jobcenter! Schaffen Sie Anreize statt Bestrafung! Und ich prophezeie Ihnen: Sie werden sehen, wie viel Potenzial in Menschen steckt, das heute völlig brachliegt. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Kollege Dr. Matthias Bartke.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matthias Bartke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, zum wievielten Mal wir hier über dieses Thema sprechen.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: So lange, bis Sie da zustimmen!)

Jedes Mal ist es so, dass Sie ein völliges Zerrbild von dieser Gesellschaft zeichnen. Herr Lehmann, Sie haben eben gesagt, Jobcenter würden Menschen wie Postpakete behandeln.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich überhaupt nicht gesagt! Das ist ein falsches Zitat! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde das unmöglich.

Sie erwecken mit Ihren Anträgen und den ständigen Wiederholungen den Eindruck, Sanktionen seien das zentrale Problem in der Grundsicherung. Das Schlimme ist: Sie erwecken damit auch den Eindruck, Arbeitsuchende würden am laufenden Band gegen Pflichten ver-

Dr. Matthias Bartke

(A)

stoßen und entsprechend sanktioniert werden. Ich sage Ihnen: Das ist völliger Unsinn.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist doch bekannt, dass gerade mal 3 Prozent aller Leistungsempfänger im vergangenen Jahr überhaupt sanktioniert wurden. Das Gros der Sanktionen – Herr Kober hat es erwähnt – wurde auch nur wegen Meldeversäumnissen verhängt. Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen: Die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen will unbedingt wieder arbeiten, und sie nehmen dafür alle Möglichkeiten in Anspruch, die sich ihnen bieten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Pascal Kober [FDP])

Viel mehr als die Sanktionen machen mir doch diejenigen Sorgen, die arbeiten wollen, es aber trotz aller Mühen nicht wieder schaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind die Menschen, bei denen Sanktionen wirklich fehl am Platz sein können, bei denen mehr Druck nicht zur Integration in den Arbeitsmarkt führt, sondern zum Kontaktabbruch zum Jobcenter. Es gibt Langzeitarbeitslose, bei denen ist das Prinzip von Fördern und Fordern in der Tat in eine Unwucht geraten.

Für mich war es daher ein ganz entscheidender Punkt, im Koalitionsvertrag festzulegen, dass wir für diese Menschen einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Und damit warten wir auch nicht: Anfang Juni hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die Ressortabstimmung zur Umsetzung des sozialen Arbeitsmarktes eingeleitet. Endlich schaffen wir ein Regelinstrument für eine ehrliche und langfristige Perspektive für Langzeitarbeitslose.

Herr Schneider, Sie verweisen auf Österreich – es wundert mich nicht, dass Sie auf Österreich schauen; das ist ja Ihr großes Vorbild –; ich rate Ihnen: Gucken Sie einfach mal auf Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ entwickelt, und es war ein so großer Erfolg, dass wir es jetzt zu einem Regelinstrument machen. Also: nicht nach Österreich gucken, sondern nach Deutschland gucken. Wir machen hier eine gute Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wer absehbar keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt hat, soll eine geförderte Beschäftigung erhalten – sozialversicherungspflichtig und nach Mindestlohn oder Mindesttarif bezahlt. Denn Arbeit ist mehr als nur ein Broterwerb. Arbeit schafft Teilhabe.

Vor ein paar Tagen habe ich ein interessantes Porträt über einen 50 Jahre alten Mann gelesen, der seit seiner Jugend unter Ängsten litt. Er hat trotzdem eine Ausbildung als Krankenpfleger gemacht und auch als Krankenpfleger gearbeitet und Verschiedenstes gegen seine psychischen Probleme unternommen. Am Ende hat er der Belastung doch nicht standgehalten. Es folgten Arbeitslosigkeit und verschiedene Maßnahmen. Heute engagiert er sich in einem sozialen Treffpunkt. Eine neue Beschäftigung hat er nicht gefunden.

(C)

Meine Damen und Herren, das ist für mich ein Paradebeispiel dafür, dass mehr Druck in einzelnen Situationen genau die falsche Lösung sein kann. Stattdessen wollen wir einen Paradigmenwechsel hin zu mehr individueller und passgenauer Förderung. Ein erfolgreicher Integrationsprozess braucht eine qualitativ hochwertige Beratung und eine Kooperation auf Augenhöhe – Herr Lehmann, da bin ich ganz bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Eingliederungsvereinbarung sollten daher nicht nur die Pflichten der Leistungsbeziehenden, sondern auch die Arbeitsschritte der betreuenden Mitarbeiter festgelegt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ein vertrauensvolles Miteinander würde Sanktionen an vielen Stellen überflüssig machen.

Meine Damen und Herren, sich allein auf die Sanktionen zu versteifen, finden wir falsch. Das heißt aber nicht, dass wir an der aktuellen Sanktionspraxis alles richtig finden. Die scharfen Sanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren wollen wir aufheben. Die Kürzung der Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung lehnen wir ebenso ab.

(D)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wo Sanktionen sinnlos ins Leere laufen und nur lähmende Überforderung und Abwehr produzieren, brauchen wir mehr Flexibilität. Sanktionen müssen im Einzelfall entschieden und auch zurückgenommen werden können.

Liebe Linke, liebe Grüne, Ihre Anträge sehen vor, dass jegliche Sanktionen abgeschafft werden. Wir halten das für den falschen Weg. Darin sind wir bei der Anhörung von den Sachverständigen auch mehrheitlich bestätigt worden.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Dr. Matthias Bartke (SPD):

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns an den Stellschrauben drehen, die für die Betroffenen wichtig sind. Eine Komplettabschaffung der Sanktionen gehört nicht dazu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(A)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner ist der Kollege Till Mansmann, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Till Mansmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Bürger auf den Tribünen! Ihre Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion und von den Grünen, aber insbesondere von der Linksfraktion, zeigen deutlich, wie schief Ihr Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt ist. Wenn die deutschen Steuerzahler der Auffassung sind, dass jeder, der Transferleistungen bezieht, sich selbst aktiv darum kümmern muss, da wieder herauszukommen, dann nennen Sie das eine Aktivierungsideologie. Ich sage Ihnen, warum ich Ihren Blick auf den Arbeitsmarkt für perspektivisch völlig falsch halte: Sie verstehen Arbeit viel zu oft als eine Art öffentliches Gut, das der Staat zu verteilen, schlimmer noch: selbst zu erschaffen hätte.

Lieber Kollege Dr. Bartke, ich fürchte ein bisschen, dass das auch hinter Ihrem Gedanken vom sozialen Arbeitsmarkt steht. Es ist aber nicht der Staat, der Arbeit schafft. Es sind die Menschen in Deutschland mit ihren Unternehmen, Geschäften und Firmen, die den allergrößten Teil des Arbeitsmarkts erzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Auf diesem Arbeitsmarkt müssen Arbeit und Qualifikation irgendwie zueinanderpassen. Aber auch Ihr Blick auf

(B)

die Menschen, die Arbeit suchen, ist verkehrt; denn Sie sprechen ihnen die Einflussnahme auf ihre Zukunft, auf ein verantwortliches Leben einfach ab. So machen Sie aus mündigen Bürgern kleine Leute.

Die meisten Sanktionen, die Sie abschaffen wollen, gehen darauf zurück, dass Leistungsempfänger einfach nicht zu Terminen erscheinen. Von den Steuerzahlern erwarten Sie aber ganz selbstverständlich, dass sie jeden Morgen pünktlich zur Arbeit kommen; denn das müssen sie tun, um das zu erwirtschaften, was Sie ohne Überprüfung, ohne Verpflichtung und, ohne mit der Wimper zu zucken, verteilen wollen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist Ihr Bild von den Menschen, die das Geld erwirtschaften und damit die Sozialleistungen in Milliardenhöhe erst möglich machen, ziemlich schräg. Das, meine Damen und Herren, ist gegenüber denjenigen, die diese Leistungen brauchen, aber auch gegenüber denjenigen, die diese Leistung erbringen, unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Und schließlich werden Sie auch den Menschen nicht gerecht, die jeden Tag in den Jobcentern ihre Arbeit erledigen, wie wir es ihnen aufgetragen haben. Sie entscheiden darüber, ob es sinnvoll ist, jemanden, der die Regeln verletzt, zur Ordnung zu rufen. Wir sollten als Parlament doch das grundsätzliche Vertrauen in all die Leute haben, die wir von Staats wegen mit Aufgaben betrauen. Und, liebe Grüne, wenn wirklich einmal der begründete Verdacht besteht, dass jemand seine Arbeit an einer wichtigen Stelle nicht ordentlich macht, dann ist es tatsächlich Aufgabe des Parlaments, das zu untersuchen; aber gerade das verweigern Sie uns ja leider.

(C)

(Beifall bei der FDP – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso?)

Wenn Sie etwas tun wollen, dann überlegen Sie doch einmal, wie man den Arbeitsmarkt als Gesetzgeber so gestalten kann, dass es für Unternehmen leichter ist, neue Jobs zu schaffen, dann bekämpfen Sie die Bürokratie. Flexibilisieren Sie die Arbeitszeiten so, wie es zum 21. Jahrhundert passt! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass sich der Wechsel von Transferleistungen zu eigenständig erwirtschaftetem Arbeitslohn für jeden Einzelnen wirklich lohnt! Lassen Sie uns deshalb an das Instrument des Lohnzuschusses noch einmal ordentlich herangehen; dann lässt sich da etwas bewegen!

Sie reden nicht über die wirklichen Probleme, die wir auf dem Arbeitsmarkt haben. Sie zerreden das Ganze. Wir sind nur dann in der Lage, den Menschen im Land zu helfen, wenn wir uns an die Lösung der wirklichen Probleme machen. Wir schlagen Ihnen vor: Lassen Sie uns an die echten Probleme herangehen!

Wir verweisen Ihre Anträge an die Ausschüsse,

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Wir stimmen aber doch heute ab!)

auch wenn wir überzeugt sind, dass es in diesem Fall nicht zu einer Diskussion führt, die wirklich für die Zukunft gestaltend wirkt; aber dafür haben Sie ja dann uns, die Fraktion der Freien Demokraten.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mitgliedschaft in einer staatlich verfassten politischen Gemeinschaft begründet Rechte und Pflichten. Das ist eine ziemlich banale Aussage. Ohne Pflichten könnte eine Gemeinschaft nicht existieren. Dazu gehört die Pflicht, den Gesetzen zu folgen oder Steuern zu zahlen. In Demokratien ist dieses Grundverständnis noch zusätzlich dadurch legitimiert, dass sich der Einzelne als Mitautor des Rechtsbefehls begreifen kann, dem er unterworfen ist. Komme ich den Pflichten nicht nach, kann ich sanktioniert, kann ich bestraft werden. Ich denke, in diesem Grundverständnis sind wir uns einig. Der Kollege Kober hat ja auch entsprechend argumentiert.

Nun geht es in der Debatte über Sanktionen, die wir führen, im Kern um die Frage, ob das Prinzip der Menschenwürde die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft

(A) außer Kraft setzt. Dazu ist systematisch zweierlei zu sagen:

Erstens. Der Schutz der Menschenwürde als Aufgabe und Verpflichtung staatlicher Gewalt setzt voraus, dass der Einzelne diese Pflicht anerkennt. Otfried Höffe hat in diesem Zusammenhang einmal von einem transzendentalen Tausch gesprochen. Ich kann Rechte nur dann geltend machen, wenn ich gleichzeitig die Notwendigkeit von Pflichten anerkenne.

Zweitens. Einige Menschen können Pflichten einhalten, andere nicht. Für die einen ist also Solidarität wechselseitig, für andere nicht. Konkret bedeutet das: Die Menschen, die Leistungen nach SGB II erhalten, sind grundsätzlich zur Wechselseitigkeit fähig. Sie brauchen Hilfe zur Selbsthilfe, und die Erwartung ist legitim, dass sie die mit der Hilfe zur Selbsthilfe einhergehenden Bedingungen erfüllen und sich bemühen, möglichst schnell wieder aus der Hilfe entlassen zu werden.

Das unterscheidet die Hilfe im Rechtsrahmen des SGB II von der Hilfe in anderen Rechtsbereichen, in denen Wechselseitigkeit, also Reziprozität, nicht gefordert oder nicht möglich ist. Diese Konditionalität ist im Übrigen auch die Voraussetzung dafür, dass solidarische Leistungen des Gemeinwesens als legitim empfunden werden. Warum sollte ein Familienvater, der mit seiner Arbeit sich und seine Familie ernährt, mit seinen Steuerzahlungen einen anderen arbeitsfähigen, aber arbeitslosen Familienvater unterstützen, wenn dieser nichts dafür tut, um seine Lage zu ändern?

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus Solidarität! Aus Menschlichkeit! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schimäre!)

Mehr noch: Warum sollte er diese Unterstützung erbringen oder gar noch arbeiten, wenn er sieht, dass sich der gleiche Lebensstandard für sich und die Familie auch ohne Arbeit erreichen lässt? Nein, dies führt zu einer gesellschaftlichen Delegitimierung von Solidarität, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, das ist der tiefere Grund, warum wir davon überzeugt sind: Sanktionen sind nicht nur richtig und notwendig, sie sind auch von zentraler Bedeutung für die Erneuerungsfähigkeit der gesellschaftlichen Ressource Solidarität. Sie sind kein Eingriff in die Menschenwürde, sondern eine Vorbedingung für die Akzeptanz gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Menschenwürde ist der Geltungsgrund der Menschenrechte, und diese Grundrechte stehen nicht nur in einem spannungsvollen Verhältnis zueinander, sondern sind ohne die damit einhergehenden Pflichten weder zu verstehen noch zu begründen.

Es ist schade, dass Die Linke, die sich einmal dem Leitbild des arbeitenden Menschen verschrieben hatte, nun zumindest in Teilen, Frau Kipping, die anstrengungslose Subventionierung des Lebens durch den Staat bevorzugt. Karl Marx wäre wenig erfreut gewesen.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Jörn König [AfD])

Ich darf daran erinnern, dass es eine der noblen Visionen des Trierer Bürgersohns war, dass die Menschen in der von ihm erträumten Welt heute dies, morgen jenes tun, morgens jagen, nachmittags fischen, abends Viehzucht treiben, nach dem Essen kritisieren, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu sein.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Nein, danke. – Es ging also nicht um die Befreiung des Menschen von der Arbeit, sondern von der entfremdeten Arbeit. Ich kann mir allerdings nichts vorstellen, was stärker zu Entfremdung führt, als ohne Gegenleistung von Staatskohle zu leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Vergessen Sie nicht den Sechsstundentag!)

Es ist schade, dass die Grünen, die dem verantwortlichen Menschen zu Recht das Wort reden, die Verantwortung hier zugunsten einer gut gemeinten, aber von Eigenverantwortung entkernten Alimentierung suspendieren.

(D)

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Nein! Das Gegenteil ist der Fall!)

Herr Lehmann, Ihre Rede war ein besonderes Beispiel dieser Auffassung.

Solange es aber politische Kräfte wie die Union und die Sozialdemokratie gibt, meine Damen und Herren, die den engen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung betonen, so lange besteht noch Hoffnung für die Zukunft einer normativ gehaltvollen Solidarität in unserem Land, die das gesellschaftliche Zusammenleben fördert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Zweifeln Sie daran, dass es die noch lange gibt?)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Frauke Petry.

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal führen wir eine Scheindebatte; denn wir haben zwar massive Probleme mit Hartz IV, nicht aber mit den gar nicht so zahlreichen Sanktionen. Meine Damen und Herren von den Linken oder den Grünen, nennen Sie mir doch bitte mal eine Ge-

Dr. Frauke Petry

(A) sellschaft, die es geschafft hat, durch Umverteilung dauerhaft Wohlstand zu erzeugen.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es gar nicht!)

Das können Sie nicht – natürlich nicht –, weil es dieses System nicht gibt. In der Umsetzung sind solche Gesellschaften tendenziell immer totalitär, während freiheitliche Systeme dafür sorgen, dass die Zahl derer, die unter extremer Armut leiden, so gering ist wie sonst nirgendwo.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind bei Sanktionen!)

Hören Sie bitte auf, den Bürgern zu suggerieren, dass Umverteilung eine Medizin ist.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie bitte zum Thema reden?)

In hoher Dosis ist Umverteilung leider Gift und führt zu Altersarmut, stagnierender Kaufkraft und hemmungsloser Verschuldung auf Kosten zukünftiger Generationen. Es ist eigentlich ganz einfach zu verstehen – die meisten Bürger wissen es auch –: Wird der Anreiz, arbeiten zu gehen, genommen, arbeiten weniger Menschen. Wird der Anreiz vergrößert, lohnt sich Arbeit, auch Teilzeitarbeit – anders als bisher bei Hartz IV –, dann wächst die Zahl derer, die arbeiten. Wir sprechen hierbei über Lohn, Arbeitsbedingungen, Lebenshaltungskosten, Steuern, Abgaben oder eben über Umverteilung. Ebenso gestaltet es (B) sich beim Arbeitsmarkt: Höhere Markteintrittsschranken, überbordende Regulierung, Abgaben und Steuern lassen ein sonst profitables Unternehmen rote Zahlen schreiben, die Zahl möglicher Arbeitsplätze wird verringert, wird verkleinert.

Die von Ihnen zitierte Teilhabe bedeutet eben nicht nur, dass man mitmachen darf, man muss auch mitmachen wollen und darf letztendlich nicht in Kauf nehmen, nur von den Früchten der Arbeit anderer zu leben. Dazu gehört auch, wie das bei vielen Arbeitnehmern in Deutschland der Fall ist, dass man Arbeiten verrichtet, die nicht den eigenen Wunschvorstellungen entsprechen, und dass man, wenn notwendig, auch umziehen muss. Um das zu vermeiden – denn wer verlässt schon gerne seine Heimat –, muss es durch niedrigere Steuern ermöglicht werden, Arbeitsplätze zu schaffen, und der Anreiz muss geschaffen werden, sich, statt Sozialhilfe zu beziehen, einen Job zu suchen.

Mit Vorschlägen wie die Regelsätze zu erhöhen oder Sanktionsregelungen gänzlich abzuschaffen, verfehlen Sie das Thema absolut. Das wird den Bürgern nicht helfen, sondern wird die Lage mittel- bis langfristig verschlimmern. Das Geld muss schließlich irgendwo herkommen, es muss anderen weggenommen werden. Dadurch schwindet der Anreiz, in Deutschland Leistung zu erbringen. Leistungswilligen Bürgern, die aus der Zwangsobhut des Staates entkommen wollen, wird im derzeitigen System durch die fast vollständige Anrechnung des Einkommens aus ihrer Mehrarbeit am Ende staatlicherseits suggeriert: Arbeiten lohnt sich nicht.

(C) Wir von der Blauen Partei plädieren deshalb für eine zielorientierte Sozialpolitik, die Hilfe zur Selbsthilfe gibt.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ich kenne nur den blauen Montag!)

Diese, verbunden mit einer vernünftigen Steuerpolitik und einem Grundeinkommen in Form einer negativen Einkommensteuer, würde genau diese Anreize schaffen, Bürokratie entschlacken und Kosten reduzieren. Ja, es muss etwas getan werden, aber bitte nicht so. Der Ausschuss hat zu Recht beide Anträge abgelehnt. Jetzt müssen wir das Problem beheben, und das bitte lösungs- und nicht ideologisch orientiert.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Martin Rosemann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Dagmar Schmidt und Matthias Bartke haben schon darauf hingewiesen: Wir wollen die Sanktionsregeln ändern, vor allem an zwei Stellen:

Wir wollen das Sanktionsrecht für unter 25-Jährige an das für über 25-Jährige angleichen; denn es gibt keinen Grund dafür, Jugendliche stärker zu sanktionieren als Erwachsene. Ganz im Gegenteil, das ist sogar schädlich. (D) Das hat auch die Anhörung gezeigt. So hat der Sachverständige Künkler vom DGB auf eine Studie des IAB verwiesen, in der festgestellt wurde, dass junge Erwachsene, die in sehr viel stärkerem Maße sanktioniert werden als Ältere, den Kontakt zum Jobcenter abbrechen, im Zweifel auf der Straße landen und dann mühsam durch Sozialarbeiter aufgesucht werden müssen. Das ist am Ende für den deutschen Staat teurer, als sich bereits früher um die jungen Leute zu kümmern und ihnen Perspektiven zu geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir wollen nicht, dass die Sanktionen die Kosten der Unterkunft betreffen; denn wir wollen verhindern, dass Obdachlosigkeit die Folge von Sanktionierung ist. Ich bedauere, dass die beiden Redner der CDU hierzu gar nichts gesagt haben. Da waren wir in der vergangenen Wahlperiode schon etwas weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen also Änderungsbedarf.

Natürlich, Herr Lehmann, gibt es unter den gut 3 Prozent von Sanktionen Betroffenen Fälle, die nicht in Ordnung und nicht angebracht sind. Wir meinen, es wäre schon viel geholfen, wenn wir Ombudsstellen in den Jobcentern einrichten würden, an die sich die Menschen wenden können. Dadurch könnten wir die Zahl der Prozesse und Klagen deutlich reduzieren. Entscheidend ist aber, dass wir endlich das Versprechen auf individuelle

(A) Förderung nach dem SGB II umsetzen und die Unterstützung leisten, die im Einzelfall nötig ist. Dazu gehört eben auch, dass wir den Menschen, die keine Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, Teilhabe durch Arbeit auf einem sozialen Arbeitsmarkt ermöglichen. Lieber Herr Mansmann, das gehört auch dazu. Das leistet die Wirtschaft nämlich nicht von alleine, da kann der Arbeitsmarkt so gut funktionieren, wie er will.

(Beifall bei der SPD)

Vor allem geht es um gute Beratung und Betreuung in den Jobcentern. Das ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Dafür müssen wir die Personalschlüssel verbessern und eine gute Qualität der Beratung und Betreuung sicherstellen. Es ist eine anspruchsvolle Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern leisten, eine Dienstleistung von Menschen am Mensch. Wir müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern befähigen und unterstützen, und zwar durch eine bessere Ausstattung des Verwaltungstitels, durch eine Qualifizierungsoffensive und auch durch bessere Führung, also bessere Führungskräfte, in den Jobcentern.

Vor allem aber brauchen wir einen Kulturwandel in den Jobcentern; meine Kollegin Dagmar Schmidt hat es schon angesprochen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Jobcenter zum Partner der Hilfesuchenden machen, und dazu braucht es ein vertrauensvolles Miteinander und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen den Jobcentern und denen, die auf (B) ihre Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sanktionen abschaffen!)

Es ist unsere feste Überzeugung, dass wir damit auch die Sanktionsproblematik entschärfen werden. Die Sachverständige Fix von der Caritas hat in der Anhörung am Montag Folgendes gesagt:

> Ich glaube auch, dass sich, wenn wir zu einer anderen Beratungspraxis kämen, das Sanktionsproblem in großen Teilen auflösen würde.

Dem kann ich nur zustimmen.

(Beifall des Abg. Dr. Matthias Bartke [SPD])

Deswegen: Es geht darum, Fördern und Unterstützen des Einzelnen und der Familie und der Bedarfsgemeinschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Daran arbeiten wir.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Peter Aumer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Aumer (CDU/CSU): (C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren erneut über Anträge der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen über Sanktionen nach dem SGB II und Leistungseinschränkungen nach dem SGB XII. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man Ihre Anträge durchliest, dann merkt man, dass es mehr um Ideologie und Klassenkampf geht, als dass Sie das Wohl der Menschen im Auge haben. Vor allem im Antrag der Linken ist das deutlich zu erkennen. Wenn Sie vom kapitalistischen Wirtschaftssystem sprechen, wenn Sie von Aktivierungsideologie sprechen,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Hallo?)

und wenn Sie davon sprechen, dass wir einen Mangel an Arbeitsplätzen in unserem Land haben, was soll man dann noch sagen? Die Frage, die sich eher stellt, lautet: In welcher Welt leben Sie?

Unser Land hat die soziale Marktwirtschaft groß gemacht, deren 70. Geburtstag wir vor kurzem gefeiert haben – nicht ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, wie Sie das darstellen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Erklären Sie mal den Unterschied!)

Bundeskanzlerin Merkel hat bei ihrer Rede – das ist der Unterschied – zum 70. Geburtstag der sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck gebracht, um was es auch bei diesem Thema geht: Es geht um Chancengerechtigkeit, die auf den Einzelnen abstellt und nicht auf das Kollektiv. (D)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Chancengleichheit, nicht Chancengerechtigkeit!)

Jeder soll die gleichen Möglichkeiten und Freiheiten haben, sich nach seinen Neigungen und Fähigkeiten zu entfalten – eigenverantwortlich, aber eben auch immer verantwortlich gegenüber anderen.

Diese Gedanken werden in zentralen Zielen des SGB II beispielsweise zum Ausdruck gebracht. Erstens. Jeder Mensch in unserem Land muss die Möglichkeit haben, ein Leben in Würde zu leben. Zweitens. Die Überwindung von Hilfsbedürftigkeit ist ein grundlegendes Element im SGB II; das gilt vor allem für die Eingliederung in Beschäftigung. Das allererste Ziel des Staates muss deswegen die Existenzsicherung sein. Zweites Ziel muss es sein, Arbeitsplätze zu schaffen und sicherzustellen und die Menschen mit aktivierenden Maßnahmen zu diesen Arbeitsplätzen zu führen.

Genau dazu gibt es auch Sanktionen. Wenn das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung davon spricht, dass Sanktionen durchaus mit Verhaltensänderungen und verstärkten Bemühungen der Arbeitsuchenden einhergehen, dass Arbeit aufgenommen wird, dann ist das aus meiner Sicht auch der richtige und ein wichtiger Weg. Wenn man dieses Gutachten des IAB durchliest, werden Ihre Anträge umso schwerer verständlich. Das IAB stellt also ganz klar Anreizwirkungen fest.

Ich war in den letzten Wochen bei meinen beiden Jobcentern und der Agentur für Arbeit im Wahlkreis unter-

Peter Aumer

(A) wegs. Übereinstimmend haben alle die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Sanktionen aufgezeigt.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geredet?)

Die Sanktionen sind wichtig für die Aktivierung in Arbeit und sind nicht Teil einer Aktivierungsideologie, wie Sie, meine Damen und Herren der Linken, das darstellen.

(Beifall des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Sanktionen werden nur in schweren Fällen der Leistungsverweigerung eingesetzt.

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Sie kennen doch die Praxis überhaupt nicht!)

– Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass ich vor Ort war und mich über die Arbeit informiert habe.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie nur mit der Leitung geredet oder auch mit Mitarbeitern?)

Das ist Ihre Ideologie, meine Damen und Herren der Linken, unter der Sie leiden. Vielleicht sollten Sie sich die einzelnen Maßnahmen genauer anschauen.

(Zurufe von der LINKEN)

– Hören Sie doch bitte zu, wenn ich rede!

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Wir hören
(B) doch mehr zu als Ihre eigene Fraktion!)

Zur Praxis gehört auch, dass es die Möglichkeit gibt, dass die Sanktionen zurückgenommen werden, wenn man sich entschuldigt und einen wichtigen Grund nennen kann, warum man einen Termin versäumt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte am Beispiel des Jobcenters der Stadt Regensburg die Zahlen aufzeigen: Bei durchschnittlich 5 400 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Jahr 2017 gab es 996 Sanktionsmaßnahmen. Das heißt, bei nur knapp 1,5 Prozent der Leistungsempfänger werden Sanktionen überhaupt ausgesprochen. Ich glaube, das sind Zahlen, die durchaus repräsentativ für das ganze Land sind.

Wenn man sich die Entwicklung der letzten zehn Jahre ansieht, stellt man fest, dass die Zahl der Sanktionen um 50 Prozent gesunken ist; das sollte man sich vor Augen führen, wenn man einen solchen Antrag vorlegt. Und warum ist das so? Das liegt an der hochwertigen Einzelberatung der Leistungsempfänger durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern und der Bundesagentur, an der individuellen Beratung der Kunden, die jeden Tag kommen und sich beraten lassen, wie sie ihren Lebensweg meistern können.

Und lieber Herr Kollege Lehmann von den Grünen, es geht nicht darum, dass wir Macht ausüben wollen. Uns geht es vielmehr darum, dass erwerbsfähigen leistungsberechtigten Menschen eine Zukunft auf dem Arbeitsmarkt gegeben wird.

(C) Liebe Kollegen der Linken und der Grünen, eine Zukunft auf dem Arbeitsmarkt gibt es auch deswegen, weil die Situation auf dem Arbeitsmarkt prekär ist. Es gibt einen Fachkräftemangel. Da bedarf es eines jeden, der seine Leistung mit einbringt.

Wir von CDU und CSU haben ein klares Menschenbild. Bei uns steht der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit auf der Agenda. Ein Schwerpunkt der Union ist es, einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. Durch dieses Maßnahmenpaket soll Menschen, die langzeitarbeitslos sind, die Möglichkeit gegeben werden, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Zukunft zu finden. Wir lehnen die Anträge ab.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Aumer.

Ich schließe die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 19/2748. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/103 mit dem Titel „Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen“. Wir stimmen über den Buchstaben a der Beschlussempfehlung auf Verlangen der Linken namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Alle
(D) Urnen sind besetzt. Ich eröffne die Abstimmung über Buchstabe a der Beschlussempfehlung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Sind jetzt alle Stimmen abgegeben? – Dann haben jetzt alle ihre Stimme abgegeben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.[1)]

Wir setzen die Abstimmung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 19/2748 fort. Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/1711 mit dem Titel „Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung statt Sanktionen und Ausgrenzung“. Wir stimmen nun über den Buchstaben b der Beschlussempfehlung auf Verlangen von Bündnis 90/Die Grünen namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind überall Schriftführer? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung.

Ist jetzt noch ein Mitglied des Hauses hier, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Haben alle ihre Stimme abgegeben? – Alle Mitglieder des Hauses haben also ihre Stimme abgegeben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der

1) Ergebnis Seite 4182 C

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Auszählung zu beginnen.[1] Die Ergebnisse der beiden Abstimmungen gebe ich Ihnen später bekannt.

Wir kommen nun zu den **Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte,** und zwar zunächst zu den unstrittigen Überweisungen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 26 a bis 26 f sowie den Zusatzpunkt 2 a auf:

26 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland**

Drucksache 19/2858

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (Markenrechtsmodernisierungsgesetz – MaMoG)**

Drucksache 19/2898

(B)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Helin Evrim Sommer, Niema Movassat, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Versöhnung mit Namibia – Entschuldigung und Verantwortung für den Völkermord in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika

Drucksache 19/1256

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Kultur und Medien

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Hessel, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Zinssatz für Nachzahlungszinsen senken

Drucksache 19/2579

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss

[1] Ergebnis Seite 4185 D

(C)

e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Nicole Gohlke, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Einführung eines Rudi-Dutschke-Stipendiums für kritische Sozialwissenschaften

Drucksache 19/2591

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

f) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Pascal Kober, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Ausbildung und Studium für Asylbewerber ermöglichen – Förderlücke schließen

Drucksache 19/2691

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

ZP 2 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Prävention ernst nehmen – Die Krise in Kamerun eindämmen

Drucksache 19/2997

(D)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen nun zu einer strittigen Überweisung. Ich rufe Zusatzpunkt 2 b auf:

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jimmy Schulz, Manuel Höferlin, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt KOM(2016) 593 endg.; Ratsdok. 12254/16

hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 8 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Upload-Filter

Drucksache 19/3002

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Die Fraktion der FDP wünscht Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Überweisung, und zwar zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

Nach ständiger Übung stimmen wir zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Ich frage deshalb: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Das sind die Fraktionen der SPD und der CDU/CSU. Wer stimmt gegen diese Überweisung? – Das sind Die Linke, die Grünen, die FDP und die – –

(Zurufe von der AfD und der FDP: Das Letzte war die Mehrheit! – Eindeutig die Mehrheit!)

– Moment, Moment.

Ich darf die Abstimmung wiederholen. Würden Sie sich bitte hinsetzen, damit wir hier den Überblick haben? Ich weiß gar nicht, wer zu welcher Fraktion gehört. Also wir stimmen noch einmal ab, und zwar über die Ausschussüberweisung. Ich stelle noch einmal die Frage: Wer stimmt für Überweisung des Antrages? – Also, ich denke, das ist eine klare Mehrheit.

(Zurufe von der AfD und der FDP: Nein!)

Wer stimmt gegen die Überweisung? – Das ist deutlich weniger. – Nein?

(Zurufe: Hammelsprung!)

Das ist doch deutlich weniger.

(Widerspruch bei der AfD und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Hammelsprung!)

(B) Gut, dann müssen wir wohl oder übel einen Hammelsprung machen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich übernehme jetzt die Leitung der Sitzung. Ich bitte alle, Platz zu nehmen. Mir wurde gerade vom Sitzungsvorstand übermittelt, dass es bisher keine Einigkeit gab.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Stimmen Sie doch noch mal ab!)

Wir haben Regeln; wir stimmen noch einmal ab. Entweder können wir uns dann einheitlich auf ein Abstimmungsverhältnis einigen, oder aber – so ist die Regel – Sie verlassen den Saal, und es kommt zum Hammelsprung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Also noch einmal: Wer stimmt für die Ausschussüberweisung? – Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von der AfD: Mehrheit!)

Es gibt keine Einigkeit im Sitzungsvorstand. Der Sitzungsvorstand ist sich über das Ergebnis der Abstimmung auch nach der Gegenprobe nicht einig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Überweisung des Antrags der FDP auf Drucksache 19/3002 mit dem Titel „Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Upload-Filter“. Wir verbinden sie mit der Zählung der Stimmen. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, (C) den Saal zu verlassen. Sobald das geschehen ist, werden die Türen geschlossen.

Ich bitte noch einmal die Kolleginnen und Kollegen, den Saal zu verlassen, damit ich über die Ausschussüberweisung abstimmen lassen und das Abstimmungsergebnis zweifelsfrei feststellen kann.

Zur Erläuterung für die Damen und Herren auf den Besucher- und Pressetribünen: Bevor der Sitzungsvorstand hier wechselte, hatte Vizepräsident Friedrich einen Tagesordnungspunkt mit einer strittigen Abstimmung aufgerufen. Es ging darum, dass eine Fraktion wünscht, heute in der Sache abzustimmen, während die Koalitionsfraktionen wünschen, dass die Vorlage an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen wird. Der Sitzungsvorstand, der hier vor uns Dienst hatte, konnte das Abstimmungsergebnis nicht zweifelsfrei feststellen. Aus diesem Grunde haben wir jetzt das Verfahren des sogenannten Hammelsprungs eingeleitet.

Ich schaue jetzt mal: Sind alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Saal gegangen? Wenn das so ist, bitte ich darum, jetzt die Türen zu schließen. Ich werde gleich die Abstimmung eröffnen.

Jetzt die Erläuterung für Sie dort oben: Kommen die Abgeordneten durch die Tür ihrer Wahl, die mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ gekennzeichnet ist, wieder herein, werden ihre Stimmen gezählt, und wir können dann zweifelsfrei ein Abstimmungsergebnis feststellen.

Die Abstimmung ist eröffnet. (D)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die schon Gelegenheit hatten, den Saal wieder zu betreten, ihre Plätze einzunehmen, und mache darauf aufmerksam, dass wir unter dem Punkt „Abschließende Beratungen ohne Aussprache“ noch mehrere Abstimmungen nach Feststellung des Hammelsprungergebnisses haben, bei denen das Präsidium auch darauf angewiesen ist, von hier oben zweifelsfrei die Mehrheitsverhältnisse festzustellen. Also nehmen Sie bitte Platz, und machen Sie auch ein wenig Platz an den Türen, sodass die Kolleginnen und Kollegen, die noch in der Lobby sind, den Saal zur Abstimmung betreten können.

Wir befinden uns zurzeit in der Abstimmung über die Frage, ob der Antrag der FDP auf Drucksache 19/3002 mit dem Titel „Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Upload-Filter“ in den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen wird oder ob wir heute noch in der Sache abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die den Saal betreten haben, Platz zu nehmen und vor allem uns den Blick auf die drei Abstimmungstüren freizumachen. Gleichzeitig bitte ich um ein Signal, ob es noch Kolleginnen und Kollegen gibt, die daran gehindert sind, durch die Abstimmungstür ihrer Wahl den Saal zu betreten. Dann bitte ich die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie an der Abstimmung teilnehmen können.

Ich wiederhole die Frage: Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht abgestimmt haben? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Schriftführerinnen und Schriftführer, dem Präsidium das Ergebnis zu übermitteln.

Ich mache alle Anwesenden darauf aufmerksam, dass wir uns in den Beratungen ohne Aussprache befinden. Das heißt, es folgen weitere Abstimmungen sowohl in der Sache als auch über Ausschussüberweisungen oder strittige Ausschussüberweisungen.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt: abgegebene Stimmen 596. Mit Ja haben 332 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 264; es gab keine Enthaltung. Damit ist die Überweisung so beschlossen, und wir stimmen heute über den Antrag auf Drucksache 19/3002 nicht in der Sache ab. Damit entfällt die hierzu beantragte namentliche Abstimmung.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 27 a bis 27 n sowie dem Zusatzpunkt 3. Es handelt sich um die **Beschlussfassung** zu Vorlagen, zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 27 a:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen**

Drucksache 19/2629

(B) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

Drucksache 19/3015

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/3015, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/2629 anzunehmen.

Zweite Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 b:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Vorschlag für eine **Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates KOM(2015) 613 endg.; Ratsdok. 14991/15**

(C) **hier: Einvernehmensherstellung gemäß § 8 Absatz 4 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Drucksachen 19/1252 Nr. C.61, 19/1765

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/1765, in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 19/1252 Nr. C.61 und des Berichts des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur über die Einlegung eines Parlamentsvorbehalts gemäß § 8 Absatz 4 EUZBBG eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind nicht so sehr viele. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich?

Wir wiederholen die Abstimmung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Ich gehe davon aus, dass Sie das am Dienstag in Ihrer Fraktionssitzung ausführlich behandelt haben und jeder weiß, worüber wir jetzt hier abstimmen. – Es sind immer noch nicht sehr viele, die dafürstimmen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist – ich bitte um Korrektur durch den Sitzungsvorstand – angenommen mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion, also der Koalitionsfraktionen – das haben wir jetzt zweifelsfrei festgestellt –, der AfD-Fraktion, nein: gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nein: bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – wir sind hier wirklich ein (D) wenig verwirrt, weil in den Fraktionen auch nicht vollständig abgestimmt wurde – und der Fraktion der FDP.

Ich bitte um Entschuldigung; aber Sie haben uns hier in dem Wechsel des Präsidiums jetzt kalt erwischt.

(Beifall)

Ich bitte auch die Kolleginnen und Kollegen, die stehen, sich einfach hinzusetzen; denn sonst macht es auch das schwerer, festzustellen, wer überhaupt abstimmt und, wenn ja, wie.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 27 c:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Harald Weyel, Norbert Kleinwächter, Peter Boehringer und der Fraktion der AfD

zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union KOM(2018) 325 endg.; Ratsdok. 8357/18

hier: Begründete Stellungnahme gemäß Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon (Prüfung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit)

Drucksache 19/3001

Die Fraktion der AfD wünscht Abstimmung in der Sache; die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Überweisung, und zwar zur federführenden Beratung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Wir stimmen nach ständiger Übung zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Ich frage deshalb: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir stimmen heute über den Antrag auf Drucksache 19/3001 nicht in der Sache ab. Damit entfällt die hierzu beantragte namentliche Abstimmung.

Tagesordnungspunkt 27 d:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Harald Weyel, Norbert Kleinwächter, Peter Boehringer und der Fraktion der AfD

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsmaßnahmen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union KOM(2018) 327 endg.; Ratsdok. 8359/18

hier: Begründete Stellungnahme gemäß Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon (Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit)

Unvereinbarkeit des Verordnungsentwurfs über die Festlegung von Durchführungsmaßnahmen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union mit den Europäischen Verträgen

(B)

Drucksache 19/3000

Die Fraktion der AfD wünscht Abstimmung in der Sache; die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Überweisung, und zwar zur federführenden Beratung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Wir stimmen auch hier nach ständiger Übung zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Ich frage deshalb: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Damit stimmen wir heute über den Antrag auf Drucksache 19/3000 nicht in der Sache ab. Damit entfällt die hierzu beantragte namentliche Abstimmung.

Wir kommen zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Tagesordnungspunkte 27 e bis 27 n.

Tagesordnungspunkt 27 e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 63 zu Petitionen

Drucksache 19/2717

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 63 ist damit einstimmig angenommen.

(C) Tagesordnungspunkt 27 f:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 64 zu Petitionen

Drucksache 19/2718

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 64 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 g:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 65 zu Petitionen

Drucksache 19/2719

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 65 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 h:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

(D)

Sammelübersicht 66 zu Petitionen

Drucksache 19/2720

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 66 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 67 zu Petitionen

Drucksache 19/2721

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 67 ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 j:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 68 zu Petitionen

Drucksache 19/2722

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 68 ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Tagesordnungspunkt 27 k:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 69 zu Petitionen

Drucksache 19/2723

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 69 ist gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 l:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 70 zu Petitionen

Drucksache 19/2724

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 70 ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der übrigen Fraktionen angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 m:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 71 zu Petitionen

Drucksache 19/2725

(C) Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 71 ist gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Zustimmung der übrigen Fraktionen angenommen.

Tagesordnungspunkt 27 n:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 72 zu Petitionen

Drucksache 19/2726

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 72 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Bevor wir gleich zum Zusatzpunkt 3 kommen, kommen wir zu den von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnissen der namentlichen Abstimmungen.**

Zuerst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion Die Linke „Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen“, Drucksachen 19/103 und 19/2748: abgegebene Stimmen 662. Mit Ja haben 534 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 127 Abgeordnete gestimmt, es gab 1 Enthaltung. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

(B) **Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen:	661;
davon	
ja:	534
nein:	126
enthalten:	1

Ja

CDU/CSU

Dr. Michael von Abercron
Stephan Albani
Norbert Maria Altenkamp
Philipp Amthor
Artur Auernhammer
Peter Aumer
Norbert Barthle
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Melanie Bernstein
Christoph Bernstiel
Peter Beyer
Marc Biadacz
Steffen Bilger
Peter Bleser
Dr. Reinhard Brandl
Michael Brand (Fulda)
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Silvia Breher
Sebastian Brehm
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Dr. Carsten Brodesser
Gitta Connemann
Astrid Damerow
Alexander Dobrindt
Michael Donth
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Thomas Erndl
Hermann Färber
Uwe Feiler
Enak Ferlemann
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Thorsten Frei
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Eckhard Gnodtke
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Thomas Heilmann
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
(D) Marc Henrichmann
Ansgar Heveling
Dr. Heribert Hirte
Christian Hirte
Karl Holmeier
Erich Irlstorfer
Hans-Jürgen Irmer
Thomas Jarzombek
Andreas Jung
Ingmar Jung
Alois Karl
Anja Karliczek
Torbjörn Kartes
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Ronja Kemmer
Roderich Kiesewetter
Michael Kießling
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Alexander Krauß
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse

(A)

Michael Kuffer
Dr. Roy Kühne
Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Silke Launert
Jens Lehmann
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Andreas Lenz
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Bernhard Loos
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Dr. Thomas de Maizière
Dr. Astrid Mannes
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister

(B)

Jan Metzler
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Axel Müller
Sepp Müller
Carsten Müller (Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Andreas Nick
Petra Nicolaisen
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Josef Oster
Henning Otte
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Joachim Pfeiffer
Stephan Pilsinger
Dr. Christoph Ploß
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Dr. Norbert Röttgen
Stefan Rouenhoff
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Stefan Sauer
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Andreas Scheuer
Tankred Schipanski
Dr. Claudia Schmidtke
Patrick Schnieder
Nadine Schön
Felix Schreiner
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Torsten Schweiger
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Björn Simon
Tino Sorge
Jens Spahn
Katrin Staffler
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Andreas Steier
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Peter Stein (Rostock)
Christian Frhr. von Stetten
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Dr. Hermann-Josef Tebroke
Hans-Jürgen Thies
Alexander Throm
Dr. Dietlind Tiemann
Antje Tillmann
Markus Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith

(C)

Kerstin Vieregge
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Christoph de Vries
Kees de Vries
Dr. Johann David Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Dr. h. c. Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Marian Wendt
Kai Whittaker
Annette Widmann-Mauz
Bettina Margarethe Wiesmann
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Emmi Zeulner
Paul Ziemiak
Dr. Matthias Zimmer

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Doris Barnett
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Lothar Binding (Heidelberg)
Dr. Karl-Heinz Brunner
Katrin Budde
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Esther Dilcher
Sabine Dittmar
Dr. Wiebke Esdar
Saskia Esken
Yasmin Fahimi
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster
Angelika Glöckner
Timon Gremmels
Kerstin Griese
Michael Groß
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Thomas Hitschler
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Elisabeth Kaiser
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler

(D)

Daniela Kolbe
Elvan Korkmaz
Anette Kramme
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Helge Lindh
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Heiko Maas
Caren Marks
Katja Mast
Christoph Matschie
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Falko Mohrs
Claudia Moll
Siemtje Möller
Bettina Müller
Detlef Müller (Chemnitz)
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann

(A)

Josephine Ortleb
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Christian Petry
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Florian Post
Achim Post (Minden)
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Martin Rabanus
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Susann Rüthrich
Bernd Rützel
Sarah Ryglewski
Johann Saathoff
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Nils Schmid
Uwe Schmidt
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)

(B)

Johannes Schraps
Michael Schrodi
Dr. Manja Schüle
Ursula Schulte
Martin Schulz
Swen Schulz (Spandau)
Stefan Schwartze
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Amalie Steffen
Mathias Stein
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Markus Töns
Carsten Träger
Marja-Liisa Völlers
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Dirk Wiese
Gülistan Yüksel
Dagmar Ziegler
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann

AfD

Dr. Bernd Baumann
Marc Bernhard
Andreas Bleck
Peter Boehringer
Stephan Brandner
Jürgen Braun
Marcus Bühl
Matthias Büttner
Tino Chrupalla
Joana Cotar
Dr. Gottfried Curio
Siegbert Droese
Thomas Ehrhorn
Berengar Elsner von Gronow
Dr. Michael Espendiller
Dietmar Friedhoff
Dr. Anton Friesen
Markus Frohnmaier
Dr. Götz Frömming
Dr. Alexander Gauland
Albrecht Glaser
Franziska Gminder
Wilhelm von Gottberg
Kay Gottschalk
Armin-Paulus Hampel
Mariana Iris Harder-Kühnel
Verena Hartmann
Dr. Roland Hartwig
Jochen Haug
Martin Hebner
Udo Theodor Hemmelgarn
Waldemar Herdt
Lars Herrmann
Martin Hess
Karsten Hilse
Nicole Höchst
Martin Hohmann
Dr. Bruno Hollnagel
Leif-Erik Holm
Johannes Huber
Fabian Jacobi
Dr. Marc Jongen
Uwe Kamann
Jens Kestner
Stefan Keuter
Enrico Komning
Jörn König
Steffen Kotré
Dr. Rainer Kraft
Rüdiger Lucassen
Dr. Lothar Maier
Jens Maier
Dr. Birgit Malsack-Winkemann
Corinna Miazga
Andreas Mrosek
Hansjörg Müller
Volker Münz
Sebastian Münzenmaier
Christoph Neumann
Jan Ralf Nolte
Gerold Otten
Frank Pasemann
Tobias Matthias Peterka
Paul Viktor Podolay
Jürgen Pohl
Stephan Protschka
Martin Reichardt
Martin Erwin Renner
Roman Johannes Reusch
Ulrike Schielke-Ziesing
Dr. Robby Schlund
Jörg Schneider
Uwe Schulz
Thomas Seitz
Martin Sichert
Detlev Spangenberg
Dr. Dirk Spaniel
René Springer
Beatrix von Storch
Dr. Alice Weidel
Wolfgang Wiehle
Dr. Heiko Wildberg
Dr. Christian Wirth
Uwe Witt

FDP

Grigorios Aggelidis
Renata Alt
Christine Aschenberg-Dugnus
Nicole Bauer
Jens Beeck
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)
Mario Brandenburg
Dr. Marco Buschmann
Karlheinz Busen
Carl-Julius Cronenberg
Britta Katharina Dassler
Bijan Djir-Sarai
Christian Dürr
Hartmut Ebbing
Dr. Marcus Faber
Daniel Föst
Thomas Hacker
Katrin Helling-Plahr
Markus Herbrand
Torsten Herbst

(C)

Katja Hessel
Dr. Gero Clemens Hocker
Manuel Höferlin
Dr. Christoph Hoffmann
Reinhard Houben
Ulla Ihnen
Olaf In der Beek
Gyde Jensen
Dr. Christian Jung
Thomas L. Kemmerich
Karsten Klein
Dr. Marcel Klinge
Daniela Kluckert
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Carina Konrad
Wolfgang Kubicki
Konstantin Kuhle
Alexander Kulitz
Alexander Graf Lambsdorff
Ulrich Lechte
Christian Lindner
Michael Georg Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Till Mansmann
Dr. Jürgen Martens
Christoph Meyer

(D)

Alexander Müller
Roman Müller-Böhm
Frank Müller-Rosentritt
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Hagen Reinhold
Bernd Reuther
Dr. Stefan Ruppert
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Christian Sauter
Matthias Seestern-Pauly
Frank Sitta
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Bettina Stark-Watzinger
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Benjamin Strasser
Katja Suding
Linda Teuteberg
Michael Theurer
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Dr. Andrew Ullmann
Gerald Ullrich
Johannes Vogel (Olpe)
Sandra Weeser

(A)

Nicole Westig
Katharina Willkomm

Fraktionslos

Mario Mieruch
Dr. Frauke Petry

Nein

DIE LINKE

Doris Achelwilm
Gökay Akbulut
Simone Barrientos
Dr. Dietmar Bartsch
Lorenz Gösta Beutin
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Michel Brandt
Christine Buchholz
Birke Bull-Bischoff
Jörg Cezanne
Fabio De Masi
Dr. Diether Dehm
Anke Domscheit-Berg
Klaus Ernst
Susanne Ferschl
Brigitte Freihold
Sylvia Gabelmann
Nicole Gohlke
Dr. André Hahn
Matthias Höhn
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Kerstin Kassner
Dr. Achim Kessler
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Pascal Meiser
Amira Mohamed Ali
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Norbert Müller (Potsdam)
Zaklin Nastic
Dr. Alexander S. Neu
Petra Pau
Sören Pellmann
Victor Perli
Tobias Pflüger
Ingrid Remmers
Martina Renner
Bernd Riexinger
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
Dr. Petra Sitte
Helin Evrim Sommer
Kersten Steinke
Friedrich Straetmanns
Dr. Kirsten Tackmann
Jessica Tatti
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Andreas Wagner
Harald Weinberg
Katrin Werner
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann (Zwickau)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Lisa Badum
Annalena Baerbock
Margarete Bause
Dr. Danyal Bayaz
Canan Bayram
Dr. Franziska Brantner
Dr. Anna Christmann
Ekin Deligöz
Katharina Dröge
Harald Ebner
Matthias Gastel
Kai Gehring
Stefan Gelbhaar
Katrin Göring-Eckardt
Erhard Grundl
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Bettina Hoffmann
Dr. Anton Hofreiter
Ottmar von Holtz
Dieter Janecek
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Dr. Irene Mihalic
Claudia Müller
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Filiz Polat
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Dr. Manuela Rottmann
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Ulle Schauws
Dr. Frithjof Schmidt
Stefan Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Margit Stumpp
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Daniela Wagner

Enthalten

SPD

Leni Breymaier

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung statt Sanktionen und Ausgrenzung“, Drucksachen 19/1711 und 19/2748: abgegebene Stimmen 651. Mit Ja haben 523 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 127, es gab 1 Enthaltung. Auch diese Beschlussempfehlung ist angenommen.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	647;
davon	
ja:	522
nein:	124
enthalten:	1

Ja

CDU/CSU

Dr. Michael von Abercron
Stephan Albani
Norbert Maria Altenkamp
Philipp Amthor
Artur Auernhammer
Peter Aumer
Norbert Barthle
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Christoph Bernstiel
Peter Beyer
Marc Biadacz
Steffen Bilger
Peter Bleser
Dr. Reinhard Brandl
Michael Brand (Fulda)
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun

Silvia Breher
Sebastian Brehm
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Gitta Connemann
Astrid Damerow
Alexander Dobrindt
Michael Donth
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Thomas Erndl
Hermann Färber
Uwe Feiler
Enak Ferlemann
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Thorsten Frei
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Eckhard Gnodtke
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Matthias Hauer
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Thomas Heilmann
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Marc Henrichmann
Ansgar Heveling
Dr. Heribert Hirte
Christian Hirte
Karl Holmeier
Erich Irlstorfer
Hans-Jürgen Irmer
Thomas Jarzombek
Andreas Jung
Ingmar Jung
Alois Karl
Anja Karliczek
Torbjörn Kartes
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Ronja Kemmer
Roderich Kiesewetter
Michael Kießling
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Alexander Krauß
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Michael Kuffer
Dr. Roy Kühne
Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Silke Launert
Jens Lehmann
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Andreas Lenz
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Bernhard Loos
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Dr. Thomas de Maizière
Dr. Astrid Mannes
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Jan Metzler
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Dr. Gerd Müller
Axel Müller
Sepp Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Andreas Nick
Petra Nicolaisen
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Florian Oßner
Josef Oster
Henning Otte
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Stephan Pilsinger
Dr. Christoph Ploß
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Dr. Norbert Röttgen
Stefan Rouenhoff
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Stefan Sauer
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Andreas Scheuer
Tankred Schipanski
Dr. Claudia Schmidtke
Patrick Schnieder
Nadine Schön
Felix Schreiner
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Torsten Schweiger
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Björn Simon
Tino Sorge
Jens Spahn
Katrin Staffler
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Andreas Steier
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Peter Stein (Rostock)
Christian Frhr. von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Dr. Hermann-Josef Tebroke
Hans-Jürgen Thies
Alexander Throm
Dr. Dietlind Tiemann
Antje Tillmann
Markus Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Kerstin Vieregge
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Christoph de Vries
Kees de Vries
Dr. Johann David Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Dr. h. c. Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Marian Wendt
Annette Widmann-Mauz
Bettina Margarethe Wiesmann
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Emmi Zeulner
Paul Ziemiak
Dr. Matthias Zimmer

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Doris Barnett
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Lothar Binding (Heidelberg)
Katrin Budde
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Bernhard Daldrup

(A)

Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Esther Dilcher
Sabine Dittmar
Dr. Wiebke Esdar
Yasmin Fahimi
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Martin Gerster
Angelika Glöckner
Timon Gremmels
Kerstin Griese
Michael Groß
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Thomas Hitschler
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Elisabeth Kaiser
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Elvan Korkmaz
Anette Kramme
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Helge Lindh
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Heiko Maas
Caren Marks
Katja Mast
Christoph Matschie
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch

Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Falko Mohrs
Claudia Moll
Siemtje Möller
Bettina Müller
Detlef Müller (Chemnitz)
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann
Josephine Ortleb
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Christian Petry
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Florian Post
Achim Post (Minden)
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Martin Rabanus
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Susann Rüthrich
Bernd Rützel
Sarah Ryglewski
Johann Saathoff
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Nils Schmid
Uwe Schmidt
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Johannes Schraps
Michael Schrodi
Dr. Manja Schüle
Ursula Schulte
Martin Schulz
Swen Schulz (Spandau)
Stefan Schwartze
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Amalie Steffen
Mathias Stein

Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Markus Töns
Carsten Träger
Marja-Liisa Völlers
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Dirk Wiese
Gülistan Yüksel
Dagmar Ziegler
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann

AfD

Dr. Bernd Baumann
Marc Bernhard
Andreas Bleck
Peter Boehringer
Stephan Brandner
Jürgen Braun
Marcus Bühl
Matthias Büttner
Tino Chrupalla
Joana Cotar
Dr. Gottfried Curio
Siegbert Droese
Thomas Ehrhorn
Berengar Elsner von Gronow
Dr. Michael Espendiller
Dietmar Friedhoff
Markus Frohnmaier
Dr. Götz Frömming
Dr. Alexander Gauland
Albrecht Glaser
Franziska Gminder
Wilhelm von Gottberg
Kay Gottschalk
Mariana Iris Harder-Kühnel
Verena Hartmann
Dr. Roland Hartwig
Jochen Haug
Martin Hebner
Waldemar Herdt
Lars Herrmann
Martin Hess
Karsten Hilse
Nicole Höchst
Martin Hohmann
Dr. Bruno Hollnagel
Leif-Erik Holm
Johannes Huber
Fabian Jacobi
Dr. Marc Jongen

Uwe Kamann
Jens Kestner
Stefan Keuter
Enrico Komning
Jörn König
Steffen Kotré
Dr. Rainer Kraft
Rüdiger Lucassen
Dr. Lothar Maier
Jens Maier
Dr. Birgit Malsack-Winkemann
Corinna Miazga
Andreas Mrosek
Hansjörg Müller
Volker Münz
Sebastian Münzenmaier
Christoph Neumann
Jan Ralf Nolte
Gerold Otten
Frank Pasemann
Tobias Matthias Peterka
Paul Viktor Podolay
Jürgen Pohl
Stephan Protschka
Martin Reichardt
Martin Erwin Renner
Roman Johannes Reusch
Ulrike Schielke-Ziesing
Dr. Robby Schlund
Jörg Schneider
Uwe Schulz
Thomas Seitz
Martin Sichert
Detlev Spangenberg
Dr. Dirk Spaniel
René Springer
Beatrix von Storch
Dr. Alice Weidel
Wolfgang Wiehle
Dr. Heiko Wildberg
Dr. Christian Wirth
Uwe Witt

FDP

Grigorios Aggelidis
Renata Alt
Christine Aschenberg-Dugnus
Nicole Bauer
Jens Beeck
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)
Mario Brandenburg
Dr. Marco Buschmann
Karlheinz Busen

(A)

Carl-Julius Cronenberg
Britta Katharina Dassler
Bijan Djir-Sarai
Christian Dürr
Hartmut Ebbing
Dr. Marcus Faber
Daniel Föst
Thomas Hacker
Katrin Helling-Plahr
Markus Herbrand
Torsten Herbst
Katja Hessel
Dr. Gero Clemens Hocker
Manuel Höferlin
Dr. Christoph Hoffmann
Reinhard Houben
Ulla Ihnen
Olaf In der Beek
Gyde Jensen
Dr. Christian Jung
Thomas L. Kemmerich
Karsten Klein
Dr. Marcel Klinge
Daniela Kluckert
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Carina Konrad
Wolfgang Kubicki

(B)

Konstantin Kuhle
Alexander Kulitz
Alexander Graf Lambsdorff
Ulrich Lechte
Christian Lindner
Michael Georg Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Till Mansmann
Dr. Jürgen Martens
Christoph Meyer
Alexander Müller
Roman Müller-Böhm
Frank Müller-Rosentritt
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Hagen Reinhold
Bernd Reuther
Dr. Stefan Ruppert
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Christian Sauter
Dr. Wieland Schinnenburg
Matthias Seestern-Pauly
Frank Sitta
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Bettina Stark-Watzinger
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Benjamin Strasser
Katja Suding
Linda Teuteberg
Michael Theurer
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Dr. Andrew Ullmann
Gerald Ullrich
Johannes Vogel (Olpe)
Sandra Weeser
Nicole Westig
Katharina Willkomm

Fraktionslos

Mario Mieruch
Dr. Frauke Petry

Nein

DIE LINKE

Doris Achelwilm
Gökay Akbulut
Simone Barrientos
Dr. Dietmar Bartsch
Lorenz Gösta Beutin
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Michel Brandt
Christine Buchholz
Birke Bull-Bischoff
Jörg Cezanne
Fabio De Masi
Dr. Diether Dehm
Anke Domscheit-Berg
Klaus Ernst
Susanne Ferschl
Brigitte Freihold
Sylvia Gabelmann
Nicole Gohlke
Dr. André Hahn
Matthias Höhn
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Kerstin Kassner
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Pascal Meiser
Amira Mohamed Ali
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Norbert Müller (Potsdam)
Zaklin Nastic
Dr. Alexander S. Neu
Petra Pau
Sören Pellmann
Victor Perli
Tobias Pflüger
Ingrid Remmers
Martina Renner
Bernd Riexinger
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
Dr. Petra Sitte
Helin Evrim Sommer
Kersten Steinke
Friedrich Straetmanns
Dr. Kirsten Tackmann
Jessica Tatti
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Andreas Wagner
Harald Weinberg
Katrin Werner
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann (Zwickau)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Lisa Badum
Annalena Baerbock
Margarete Bause
Dr. Danyal Bayaz
Canan Bayram
Dr. Franziska Brantner
Dr. Anna Christmann
Ekin Deligöz
Katharina Dröge
Harald Ebner
Matthias Gastel
Kai Gehring

(C)

Stefan Gelbhaar
Katrin Göring-Eckardt
Erhard Grundl
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Bettina Hoffmann
Dr. Anton Hofreiter
Ottmar von Holtz
Dieter Janecek
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Dr. Irene Mihalic
Claudia Müller
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle

(D)

Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Filiz Polat
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Dr. Manuela Rottmann
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Ulle Schauws
Dr. Frithjof Schmidt
Stefan Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Margit Stumpp
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Daniela Wagner

Enthalten

SPD

Leni Breymaier

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Vizepräsidentin Petra Pau

Dann kommen wir zum Zusatzpunkt 3:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Oliver Krischer, Lisa Badum, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – Erhöhung der Ausbaumengen für Windenergie an Land und Solarenergie**

Drucksache 19/2108

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

Drucksache 19/3027

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/3027, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/2108 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Ich rufe den Zusatzpunkt 4 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haltung der Bundesregierung zur unzureichenden Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz des Wassers vor Nitrateinträgen

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich, die notwendigen Umgruppierungen in den Fraktionen zügig vorzunehmen und gegebenenfalls erforderliche Beratungen außerhalb des Plenarsaales anzuberaumen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Friedrich Ostendorff für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Gerichtshof hat am 21. Juni 2018 mit seinem Urteil wegen Nichterfüllung der EU-Nitratrichtlinie der Bundesregierung eine heftige Quittung für ihr jahrelanges Nichtstun gegen die Wasserverschmutzung mit Nitrat ausgestellt.

Schon am 4. Mai 2018 hat die EU-Kommission im Nitratbericht die hohe Belastung des Grundwassers durch Nitrate in Deutschland, besonders in Tierhaltungskonzentrationsgebieten, gerügt. Deutschland hat in der EU nach wie vor mit die höchste Nitratbelastung von Grundwasser. 28 Prozent der Messstellen weisen mehr als 50 Milligramm Nitrat pro Liter auf. Wir haben damit ein Riesenproblem. Das Problem lautet: zu viel Tiere auf zu wenig Raum. Das zeigen auch die Zahlen aus dem Nitratbericht der EU-Kommission. Von 2010 bis 2013 haben 5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben, die durchschnittliche Größe stieg um 4,9 Prozent, die Gesamtzahl der Tiereinheiten erhöhte sich um 3,5 Prozent. Der Vergleich der Bezugszeiträume 2008 bis 2011 und 2012 bis 2015 zeigt: In diesem Zeitraum hat die Zahl der Schweine abermals um 4,3 Prozent, die Zahl bei Geflügel um 37 Prozent zugenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheidend ist für uns in der Betrachtung: Am Ende dieser massiven Konzentration stehen die enormen Güllefluten. Sie belasten unser Grundwasser, unser Süßwasser in Flüssen und Seen, und tragen zur Eutrophierung küstennaher Ökosysteme aber auch der Weltmeere bei. Der Stickstoffeintrag in die Biosphäre ist neben dem Artensterben die größte Belastung unserer planetaren Grenzen und eine der dringendsten globalen Aufgaben, die wir lösen müssen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, Deutschland ist beim EuGH-Verfahren mit der Übernahme der Verfahrenskosten ausgesprochen glimpflich davongekommen. Das liegt aber nicht an ihren Leistungen beim Wasserschutz, sondern allein daran, dass es ein Feststellungsurteil war, das sich auf die alte Düngeregelung bezog, und dass es ausdrücklich nicht um Strafzahlungen ging. Der Ball liegt nun aber wieder bei der EU-Kommission. Sie muss über mögliche Strafzahlungen und die neue nachgebesserte Düngeregelung von 2017 entscheiden.

Der Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofs bestätigt aber, dass die Bundesregierung über Jahre nichts getan hat, sondern die Probleme immer wieder auf die lange Bank schob und die fachlichen Verbesserungen und Empfehlungen der Wissenschaft, die uns weitergebracht hätten, immer ignoriert hat.

2017 haben Sie von der Koalition mit schwersten Geburtsschmerzen die neue Düngegesetzgebung auf den Weg gebracht. Wir als Fachpolitiker entsinnen uns noch alle daran, welche Schlachten da geschlagen wurden. Die Vorgaben – so lesen wir – sind lascher geworden, nicht strenger; so lautet das aktuelle Gutachten des renommiertesten Düngeexperten Deutschlands, Professor Taube. Aber auch die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser spricht sich für deutliche Nachbesserungen beim Düngerecht aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Professor Taube listet auf 25 Seiten minutiös die Defizite des neuen Düngerechts auf. Und Professor Taube ist als Schattenminister des CDU-Kandidaten Günther in Schleswig-Holstein nicht verdächtig, Grünen-nah zu sein. Er listet minutiös die vielen neuen großen und

Friedrich Ostendorff

(A) kleinen Baustellen auf. Wir haben hier ganz sicher noch ganz viel zu tun. Die Schlupflöcher müssen unbedingt geschlossen werden; ansonsten reicht es nicht aus, die Probleme zu lösen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit einigen Tagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt aber auch eine umfassende Studie aus Bayern vor, die Standardberechnungswerte für Gülle untersucht und diese mit den Nährstoffen vergleicht, die sich in der tatsächlich ausgebrachten Gülle finden. Siehe da, es fand sich zwischen dem Wert der Standardberechnungsmethode – 3,8 Prozent Nitrat pro Kubikmeter Gülle – und den tatsächlich gemessenen Werten von 7 bis 9 Kilogramm Nitrat eine gewisse Spreizung. Wir müssen also in Betracht ziehen, ob der Kubikmeter Gülle vielleicht deutlich mehr Nitrat auf den Acker bringt als bisher angenommen.

Wir als Grüne glauben, dass Deutschland sich wieder auf dem Weg in ein neues Vertragsverletzungsverfahren befindet. Es wird ja gerne vom „Musterknaben Europas“ gesprochen und von Übererfüllung europäischer Vorgaben – wie man das zusammenbringen kann, kriegen wir nicht auf die Reihe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Union und der SPD: Sie müssen nacharbeiten. Die Düngegesetzgebung muss überarbeitet werden. Die Nitratfrachten müssen drastisch reduziert werden. Die Zukunft der deutschen Tierhaltung kann nicht darin liegen, die Welt mit Billig-(B) fleisch zu überschwemmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir brauchen eine andere Agrarpolitik. Wir brauchen den Umbau der Tierhaltung. Agrarpolitik für Mensch und Umwelt ist gefragt statt Agrarindustrie auf Kosten der Umwelt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

aber auch auf Kosten der Gesellschaft.

Der Schutz des Wassers hat oberste Priorität. Die Politik der Großen Koalition des sehenden Verdrängens müssen wir endlich beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Michael Stübgen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Stübgen, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ostendorff, ich stimme Ihnen zu: 6 : 0 ist ein klares Ergebnis. 6 : 0 ist ein schlechtes Ergebnis. Ich rede im Übrigen nicht vom Fußball. Ich rede von der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in der vergangenen Woche, die allen sechs Klagepunkten, die die Europäische Kommission gegen Deutschland vorgebracht hat bezüglich der deutschen Umsetzung der Düngemittelrichtlinie von 2006 in nationales Recht, stattgegeben hat. Ich will überhaupt nicht drumherum reden, es ist eindeutig: Wir haben die alte Düngemittelrichtlinie mit der alten Düngemittelverordnung nicht ausreichend entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union umgesetzt. (C)

Ich will aber noch einen anderen Punkt nennen, ohne das als Entschuldigung zu werten oder damit auszuweichen: Wir können in ganz Europa beobachten, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die eine intensive Tierhaltung betreiben – in bestimmten Regionen oder überwiegend –, vergleichbare Probleme wie Deutschland haben bei der Umsetzung dieser Düngemittelrichtlinie. Es hagelt Vertragsverletzungsverfahren, Vorverfahren, europäische Gerichtsverfahren und Niederlagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Ich will zwei Dinge damit feststellen:

Punkt eins. Es ist in der Tat objektiv schwierig, die Vorgaben für mehr Wasserschutz umzusetzen – den wir alle wollen; das ist in der Tat richtig –, wenn man gleichzeitig Strukturbrüche in der Landwirtschaft verhindern will. Das scheint bei den Grünen überhaupt keine Rolle zu spielen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Billig!)

(D) Zweiter Punkt. Es ist doch ziemlich eindeutig, glaube ich, dass auch die EU-Richtlinie – auch im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse – Fallstricke hat, die nicht unbedingt das Ziel erfüllen, das wir alle erreichen wollen. Deswegen glaube ich, dass in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes eine gründliche Evaluierung stattfinden muss, die möglicherweise auch zu Anpassungen und Novellierungen führt.

Ich will jetzt aber bei der Situation bleiben, die wir in Deutschland haben. In der Tat ist klar festzustellen: Die alte Düngemittelverordnung ist nicht ausreichend. Es gibt seit 2017 eine neue Düngemittelverordnung; die ist von der Europäischen Kommission notifiziert worden und gültig, also seit knapp einem Jahr. Natürlich kann man nach knapp einem Jahr noch nicht feststellen, welche Auswirkungen sie hat und ob die Ziele, die wir mit dieser Düngemittelverordnung verfolgen, wirklich ausreichen.

Wie immer gibt es natürlich Gutachter, die behaupten: Das wird alles sowieso nichts; das wird alles noch viel schlechter. – Ich will Ihnen nur eines sagen: Dagegen spricht die Situation vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland, die durch die hohen Anforderungen, die sie mit dieser neuen Verordnung umsetzen müssen, gerade existenziell bedroht werden. Das heißt, wenn das alles nichts wäre, dürfte es ja bei den landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt keine Schwierigkeiten geben.

Ich will mich aber nicht so intensiv mit der Vergangenheitsbewältigung beschäftigen, sondern mehr auf die Fakten und Daten, die wir jetzt haben, eingehen.

Parl. Staatssekretär Michael Stübgen

(A) Deutschland hat im letzten Jahrzehnt ein neues Messnetzsystem für Nitrat und andere Schadstoffe im oberflächennahen Grundwasser installiert, das repräsentativer und faktenbasierter ist als das vorherige System. Für dieses System sind viermal so viele Messstellen aufgebaut worden als für das damalige alte Belastungsmessnetz, für das im Prinzip nur dort Messstellen aufgebaut wurden, wo man eine stärkere Belastung des Grundwassers vermutet hatte.

Wir haben seitdem konkrete Ergebnisse in zwei Überwachungszeiträumen, nämlich von 2008 bis 2011 und von 2012 bis 2014. Laut den Ergebnissen, die repräsentativ sicher sind, zeigen 49,3 Prozent der Messstellen geringe Belastungen, also unter 25 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser, 23 Prozent der Messstellen Belastungen, allerdings unter dem Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser, 28 Prozent der Messstellen allerdings Belastungen über dem Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist das eindeutig zu viel. Es muss aber auch in der richtigen Relation betrachtet und bewertet werden; denn die Ergebnisse dieser Messzeiträume zeigen auch, dass sich zwischen 2008 und 2014 die Situation des Grundwassers nicht verschlechtert hat. Diese Bewertung ist deshalb interessant, weil es in diesem Zeitraum – Herr Ostendorff, Sie haben das ja gerade aufgezählt – gleichzeitig eine massive Produktionserhöhung in viehhaltenden Betrieben gab. Das heißt, die alte Verordnung hat wenigstens dafür gesorgt, dass sich die Situation nicht verschlechtert hat. Ich stimme Ihnen aber in einem Punkt (B) zu: All das reicht letztendlich natürlich nicht aus.

Die neue Düngemittelverordnung, die wir haben, geht bereits intensiv auf Mängel ein, die die alte Verordnung gehabt hat. Nach Auffassung der Bundesregierung beheben wir mit dieser neuen Verordnung diese Mängel zum großen Teil. Ich muss im Namen des Landwirtschaftsministeriums darauf hinweisen, dass uns bei der Umsetzung von notwendigen Beschlüssen immer wichtig war – und das wird auch so bleiben –, im Zielkorridor zu bleiben, einerseits den Schadstoffeintrag ins Grundwasser gerade in den besonders belasteten Gebieten in Deutschland deutlich zu verringern, auf der anderen Seite aber Strukturbrüche besonders bei unseren viehhaltenden landwirtschaftlichen Betrieben zu vermeiden.

Es ist klar, dass nach knapp einem Jahr die Auswirkungen dieser neuen Verordnung überhaupt noch nicht festgestellt werden können. Wir bemerken aber auch – teilweise besorgt uns das –, dass eine ganze Reihe landwirtschaftliche Betriebe mit der Umsetzung dieser neuen Maßnahmen, die ja jetzt erst greifen und in den nächsten Jahren Wirkung zeigen müssen, vor ganz besondere, teilweise existenzbedrohende Herausforderungen gestellt werden. Ich bleibe dabei: Wir wollen keine Strukturbrüche. Wir wollen eine Verbesserung der Grundwasserqualität. Wir wollen aber auch, dass viehhaltende Betriebe ihre Arbeit in Deutschland weiterhin erfolgreich und am Weltmarkt orientiert machen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C) Lassen Sie mich in den letzten Sekunden meiner Redezeit noch auf einen Konstruktionsfehler, den die gültige Verordnung meines Erachtens hat, eingehen. Und zwar dachte ich zunächst, die EU gebe das zwingend vor; das ist aber gar nicht der Fall. Ich muss da ein bisschen ausholen: Wir haben die Situation, dass Industriedünger, also Mineraldünger, sehr klar definiert ist. Er hat den Riesenvorteil, dass, wenn ich ihn in der Fläche auf dem Acker ausbringe, nahezu 100 Prozent der Mineralien, der Nährstoffe, unmittelbar in der Vegetationsperiode verfügbar sind. Damit habe ich die Möglichkeit, die Notwendigkeit des Einsatzes von Düngemitteln geradezu grammgenau pro Hektar zu bestimmen. Nachteilig an Mineraldüngern ist, dass sie überwiegend importiert werden. Der Weltmarkt wird von einigen großen Konzernen beherrscht, und die Rohstoffe für diesen Mineraldünger werden am anderen Ende der Welt unter Bedingungen gewonnen, die das Gegenteil von umweltfreundlich sind.

Deshalb sind wir seit Jahren der Meinung: Wir wollen den Einsatz von Mineraldünger reduzieren bis zu der Möglichkeit, ganz darauf zu verzichten, und mehr sogenannten Wirtschaftsdünger, das heißt Gülle, Mist und Kompost, die ja eh in tierhaltenden Betrieben anfallen, nutzen. Nur hier haben wir die Situation, dass im Gegensatz zum Mineraldünger der deutlich vorteilhaftere Wirtschaftsdünger chemisch-physikalisch nicht so eindeutig funktioniert wie der Mineraldünger. Wir haben die Situation – das ist mittlerweile ganz eindeutig wissenschaftlich nachgewiesen –, dass bei Wirtschaftsdünger zum Beispiel im Hinblick auf den Stickstoff- oder Phosphorgehalt die Verfügbarkeit dieser notwendigen Nährstoffe für unsere Kulturpflanzen in der Vegetations- (D) periode deutlich niedriger ist. Sie liegt nach eindeutigen Forschungen zwischen 10 und 60 Prozent, teilweise, wie gesagt, nur bei 10 Prozent. Trotzdem haben wir in unserer Verordnung festgelegt, dass wir den Eintrag mit 100 Prozent ansetzen. Das hat einige schädliche Folgen, nach meiner Einschätzung mehr schädliche Folgen als nützliche.

Wir haben jetzt die Situation, dass viehhaltende Betriebe ihren Dünger nicht mehr auf ihre Flächen bekommen, weil sich die auszubringende Menge aufgrund des Ansatzes von 100 Prozent enorm reduziert hat. Wir haben die Situation, dass diejenigen Betriebe, die sich daran halten, ihre Kulturpflanzen nicht mehr mit genügend Nährstoffen versorgen können. Um nur einmal ein Beispiel zu nennen, in welche falsche Richtung das geht: Insbesondere Biobetriebe betrifft das; denn sie zeichnen sich ja dadurch aus, dass sie schon seit Jahrzehnten gänzlich auf Mineraldünger verzichten. Sie haben nun das Problem, unter diesen Vorgaben ausreichend Nährstoffe für ihre Pflanzen bereitzustellen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Außerdem haben wir die Situation, dass Ackerbaubetriebe, die eigentlich umsteigen könnten auf Wirtschaftsdünger – das wollen wir doch eigentlich –, sich aufgrund dieser unsicheren Situation scheuen, das zu tun.

Wir erreichen mit dieser Regelung – das ist meine Überzeugung – das Gegenteil von dem, was wir errei-

Parl. Staatssekretär Michael Stübgen

(A) chen wollen. Deshalb denke ich: Wenn wir von der Europäischen Union gezwungen werden – das ist möglich –, müssen wir uns mit dieser Frage noch einmal intensiv beschäftigen, um einen realistischeren, klareren Umgang zu bekommen. Ich glaube, uns eint hier, dass wir mehr für den Schutz des Grundwassers tun wollen. Aber den Eintrag statt mit 10 Prozent mit 100 Prozent anzusetzen, –

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Stübgen, ich bin jetzt gezwungen, Sie auf Ihre Redezeit hinzuweisen.

Michael Stübgen, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

– ist auf jeden Fall der falsche Weg.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Sehr sachverständig!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Wilhelm von Gottberg für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Wilhelm von Gottberg (AfD):

(B) Frau Präsidentin! Verehrte Damen! Meine Herren! Herr Staatssekretär! Das Urteil des EuGH bezieht sich auf eine Situation in der Vergangenheit. Mit der Einführung der Novellierung der Düngeverordnung vom 17. Februar 2017 hat das Ministerium reagiert. Das Ministerium rechnet mit einem Mehraufwand durch diese neue Düngeverordnung in Höhe von 111 Millionen Euro im Jahr, für die Bundesländer mit 81 Millionen Euro pro Jahr.

Mit der Düngeverordnung wird entgegen allen Sonntagsreden die gesamte Landwirtschaft mit einem neuen Bürokratiemonster beglückt.

(Beifall bei der AfD)

Alle werden mit Auflagen und Dokumentationspflichten belastet, ohne dass die wirklichen Ursachen für das Problem richtig angesprochen werden. Die wirklichen Ursachen der Nitratbelastung des Grundwassers in Deutschland sind neben landwirtschaftsfremden Verursachern – die gibt es tatsächlich; aber über die wird gar nicht gesprochen –:

Erstens die intensive Viehhaltung in einigen Regionen Deutschlands. Schon die bisherige Düngeverordnung hat darauf reagiert. Deshalb wird schon lange Gülle Lkw-weise aus den intensiven Tierhaltungsgebieten Norddeutschlands zum Teil über Hunderte von Kilometern in die Ackerbaugebiete gefahren und dort entsorgt.

Dazu kommt zweitens eine immer weitere Intensivierung und Konzentration des Anbaus von Sonderkulturen in besonders begünstigten Lagen. Deshalb kann es zum

(C) Beispiel am Oberrhein, von Basel bis in die Pfalz, zu Nitratproblemen kommen.

Unverständlich für die Landwirte und ineffizient auch für die Verwaltung ist das dann, wenn auch die vielen Grünlandgebiete der Mittelgebirge, der Marsch und andere Gebiete mit weniger natürlichem Ertragspotenzial mit denselben Verwaltungs- und Berichtspflichten belastet werden, obwohl in diesen Gebieten und Regionen aus ganz logischen Gründen noch nie Nitratprobleme festgestellt wurden.

(Beifall bei der AfD)

Der Koalitionspartner der Grünen in Baden-Württemberg, Minister Hauk, beklagte dies am letzten Freitag auf einer Pressekonferenz in Stuttgart – völlig zu Recht. Wir können ihm nur beipflichten.

Die Regierung, die Verwaltung, der Gesetzgeber machen sich durch solche Verordnungen nicht nur unbeliebt, sondern auch unglaubwürdig und belasten unnötigerweise die Einsicht der Bauern und Bürger in staatliches Handeln. In noch höherem Maße tun dies die Europäische Kommission und der EuGH. Jeder Privatmann, der eine Klage eingereicht hat und dem bekannt ist, dass der Klagegrund weggefallen ist, wird die Klage zurückziehen. Nicht so die Kommission und der EuGH: Sie ziehen ein Verfahren durch, das sich nur auf die Vergangenheit bezieht und durch die novellierte Düngeverordnung obsolet geworden ist.

(Beifall bei der AfD)

(D) Dem Wasser und den Menschen wird dadurch nicht geholfen. Das Urteil ist somit zu einer rein formaljuristischen Fingerübung verkommen.

Wenn wir der Landwirtschaft und dem Wasser gleichzeitig helfen wollen, werden wir die von der Kommission aus ganz anderen Gründen betriebene Renationalisierung der Agrarpolitik weiterbetreiben müssen. Wir können von der Landwirtschaft nicht alles Mögliche verlangen – Nahrungsmittelproduktion, Pflege der Kulturlandschaft, Arbeitsplätze, Ferien auf dem Bauernhof bis hin zum sauberen Wasser – und sie gleichzeitig der Preiskonkurrenz des Weltmarktes aussetzen.

(Beifall bei der AfD)

Die meisten Länder produzieren mit weit weniger Umwelt- und Sozialauflagen bei viel geringeren Faktorkosten als unsere Landwirte.

Aber die Dinge sind im Fluss. Im September findet in Wien eine neue, EU-weite Wasserkonferenz statt. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden wir aufmerksam beachten und in unsere Politik einbeziehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold.

(A)

Florian Pronold, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürokratiekosten der novellierten Düngeverordnung sind gerade angesprochen worden. Was mich wundert, ist, dass die AfD nicht mit Wasserzweckverbänden redet. Wasserzweckverbände haben reihenweise enorme Kosten, die auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden, weil immer mehr Gewässer mit Nitrat belastet sind und dieses Wasser als Trinkwasser nicht mehr verwendet werden kann. Deswegen ist es so wichtig, dass wir alles tun, um unser Grundwasser zu schützen. Darum geht es. Wasser ist unser Leben, und wir müssen alles dafür tun, dass es weniger belastet wird, nicht gleich und auch nicht mehr belastet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Urteil des EuGH bezieht sich auf die Düngeverordnung von 2006. Mit den Anforderungen, die die Richtlinie und das Aktionsprogramm der EU vorsehen, hat die Düngeverordnung von 2006 nicht mithalten können. Nach langen und intensiven Diskussionen, auch zwischen unterschiedlichen Ministerien, ist es dem Druck des Vertragsverletzungs- und Klageverfahrens zu verdanken, dass wir überhaupt eine Novellierung der Düngeverordnung 2017 bekommen haben. Sie war dringend notwendig. Das kann angesichts der objektiven Messdaten niemand bestreiten. Sie sind angesprochen worden: An 28 Prozent der Messstellen sind zu hohe Nitratwerte gemessen worden. Mein Kollege hat darauf hingewiesen, dass an einer ganzen Reihe von Messstellen Belastungen im mittleren Bereich festgestellt wurden. Da besteht aber auch die Gefahr, dass es höher werden kann. Deswegen müssen wir alles tun, damit der Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft in unsere Gewässer deutlich verringert wird.

(B)

Über die neue Düngeverordnung haben wir eine Menge Diskussionen geführt. Wenn man das Urteil genau liest, stellt man fest, dass in diesem Urteil viele Punkte angesprochen werden, die schon bei der Novellierung der Düngeverordnung debattiert wurden.

Deswegen ist es wichtig, Herr Kollege, dass wir im Juli gemeinsam mit der EU-Kommission reden werden, um abschätzen zu können, wie die EU-Kommission die Düngeverordnung einschätzt und ob das, was Deutschland gemacht hat, was notifiziert ist, ausreichend ist, um ein erneutes Verfahren zu verhindern. Darauf kommt es an. Ich finde, es ist gut, dass wir dieses Gespräch suchen und dort, wo es erforderlich ist – das haben Sie ja heute auch deutlich gemacht –, alles tun, um die Gewässer zu schützen. Wir hatten Debatten darüber, und es gibt viele Fragestellungen, die man so oder so beurteilen kann; aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass man die Offenheit hat, angesichts des Zustands unserer Gewässer da auch noch mal ranzugehen.

Liebe Grüne, die neue Düngeverordnung sieht etwas ganz Wichtiges vor, nämlich dass die einzelnen Länder dort, wo die Belastungen hoch sind, selbst weitere, über die jetzige Düngeverordnung hinausgehende Maßnahmen ergreifen können. Das ist wichtig, weil wir nicht überall die gleiche Nitratbelastung haben. Natürlich kommt es darauf an, dass dort, wo die Probleme besonders groß sind, wirkungsvoller und schneller dagegen vorgegangen wird.

(C)

(Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bloß, wir hören sehr Unterschiedliches aus den Ländern: Zuerst hat nur Niedersachsen deutlich gemacht, dass sie weitere Maßnahmen ergreifen werden. Aus Nordrhein-Westfalen hat man nach dem Regierungswechsel nichts mehr davon gehört. Letzten Donnerstag hat sich die neue Umweltministerin allerdings dahin gehend geäußert, dass sie daran denkt, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Aber es ist schon auffällig, dass man insgesamt aus den Ländern, die ja auch an den Problemen viel näher dran sind, relativ zurückhaltende Stimmen hört; das ist nicht so, wie man das angesichts der Situation erwarten könnte. Man könnte ortsnah Maßnahmen ergreifen, die zu einer Verbesserung beitragen.

Ich finde übrigens, dass wir EU-weit nicht nur über die Frage des Ordnungsrechts reden müssen, sondern wenn es um die Neuausrichtung der Subventionierung in der Landwirtschaftspolitik geht, müssen wir auch alles dafür tun, dass es hier zu Veränderungen kommt. Die naturschonenden Maßnahmen, die zum Beispiel zu einer geringeren Erosion von Böden führen, müssen Berücksichtigung finden; denn wenn die Böden vorher gedüngt wurden, trägt auch das zur Eutrophierung bei. Das sind wichtige Maßnahmen, die wir versuchen müssen auf EU-Ebene gemeinsam zu erkämpfen.

(D)

Es geht darum, alle Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass die Nitratbelastung der Gewässer zukünftig geringer ist. Wir alle hier wissen, dass es noch einige Jahre dauert, bis solche Maßnahmen wirken, weil ein Großteil des Nitrats, das die Belastung bewirkt, bereits im Boden ist. Deswegen wird auch das, was wir jetzt tun, nur verzögerte Wirkung haben. Aber wir müssen es tun. Es ist nichts wichtiger, als unser Wasser zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Carina Konrad für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Carina Konrad (FDP):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in dieser Debatte gerade Zeugen einer „hervorragenden“ Ressortabstimmung zwischen dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsministerium geworden. Uneiniger kann man in der Frage, wie wir in Zukunft unsere Gewässer, unsere Ressourcen schützen sollten, wohl nicht sein. Ich glaube, dieses Thema ist zu wichtig und zu zentral, als dass zwischen den Ressorts solche Uneinigkeiten herrschen dürften, dass keine Abstimmung zustande kommen kann, wie wir in Zukunft mit dem Eintrag aus der Landwirtschaft, mit der Dün-

Carina Konrad

(A) gung in der Landwirtschaft, mit diesem Thema, umgehen. Ich wünsche mir, dass da in Zukunft eine bessere Abstimmung stattfindet. Die Unwissenheit, die Sie, Herr Pronold, hier in Bezug auf die Entwicklung der Trinkwasserpreise und in Bezug auf die Nitratbelastung an den Tag gelegt haben, war schon bemerkenswert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Worüber reden wir hier eigentlich? Wir reden über die Klage der EU-Kommission, der jetzt vom EuGH stattgegeben wurde. Wir haben seit dem letzten Jahr eine neue Düngeverordnung. Sie ist in diesem Land in Kraft, und sie bringt für die Leute, die sie umsetzen müssen, enorme Belastungen und enorme Kosten mit sich. Jetzt zu behaupten, einzelne Bereiche hätten kein Interesse daran, unsere Ressource Wasser zu schützen, ist schlichtweg falsch und auch unethisch.

(Beifall bei der FDP)

Es geht darum – Herr Stübgen hat das schön beschrieben –, zweierlei in Einklang zu bringen, nämlich auf der einen Seite unsere Gewässer zu schützen und auf der anderen Seite eine flächendeckende Landwirtschaft in diesem Land zu erhalten; denn die Erzeugung von Lebensmitteln ist ebenfalls zentral.

Düngung ist für die Ernährung der Pflanze wichtig. Das sollten auch Sie, Herr Ostendorff, wissen. Wenn Sie hier Wörter wie „Gülleflut“ verwenden, suggeriert das, die Landwirte würden die Gülle gerade so ins Gewässer kippen. Sie selbst müssten das als Landwirt besser wissen. (B) Gülle wird zur Ernährung der Pflanzen verwendet. Sie wird auf die Flächen aufgetragen, nicht, um Gewässer zu verschmutzen, sondern um Pflanzen zu ernähren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Klaus Mindrup [SPD]: Wo kommt denn das Nitrat im Grundwasser her?)

Seit Justus von Liebig haben wir in diesem Land keinen Hunger mehr. Seit Mineraldünger flächendeckend verfügbar ist, haben wir in diesem Land in Bezug auf die Pflanzenernährung enorme Fortschritte erzielt.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es aber nicht!)

Aber Mineraldünger darf nur als Ergänzung zur organischen Düngung gesehen werden. Stickstoff insgesamt ist wichtig. Denn wo Stickstoff fehlt, geht die Bodenfruchtbarkeit verloren, weil die Strohrotte einfach nicht richtig stattfinden kann, und dann geht die Humusbildung zurück. Das kann nicht unser Ziel sein.

Wenn Sie jetzt versuchen, durch starre Regulation die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, muss ich Ihnen sagen: In der Praxis sehen wir im Moment, dass das nach hinten losgeht. Denn – das wurde eben schon schön beschrieben – die starren Regulationen und die Düngeverordnung verbieten der Landwirtschaft zum Teil eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung. Mit Interesse habe ich die Bemerkungen des Vorsitzenden des Bioverbandes gelesen, der zu Recht in der „Agra Europe“ kritisiert, dass man Kompost, Gülle und Festmist nicht mit der Mineralisierung vergleichen kann. Ich bin froh, dass ein (C) Jahr, nachdem die Düngeverordnung in Kraft ist, auch im Landwirtschaftsministerium angekommen ist, dass sich unterschiedliche Düngersorten unterschiedlich im Boden umsetzen und verhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Dürr [FDP]: Die lernen noch!)

Es ist auch nicht zu erklären, dass Betriebe, die aufgrund ihrer Struktur und ihrer Düngepraxis nicht zu den Verursachern der Nitratproblematik gehören, unnötig mit Bürokratie überbordet werden. Das ist ausdrücklich nicht das Ziel des neuen Düngerechts, und das ist in der Praxis auch nicht zu vermitteln. Schließlich gibt es ja auch keine Abgasuntersuchung für Fahrräder.

(Heiterkeit des Abg. Rainer Spiering [SPD])

Ein solches Vorgehen leitet sich auch nicht aus den Anforderungen ab, die die EU-Kommission vor dem Hintergrund der EU-Nitratrichtlinie an das deutsche Düngerecht stellt.

Praxisferne Regelungswut führt zu Frust und Demotivation, und zwar bei allen:

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

bei den Landwirten, bei den Kontrolleuren und bei den Beratern, sowohl bei den konventionellen als auch bei den biologischen. Das kann nicht das Ziel sein. Wenn es immer weniger Landwirte gibt, schließen sich Hoftore für immer.

(D) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Doch wie kann man dieses Problem lösen? Wir sehen in der Praxis, dass gerade Standorte mit intensiver Tierhaltung, seit die neue Düngeverordnung in Kraft ist, Probleme haben, ihren Wirtschaftsdünger in Ackerbauregionen, in denen weniger Tiere sind, zu transportieren, weil nämlich aufgrund der überbordenden Bürokratie die Bereitschaft abgenommen hat, diese Nährstoffe aufzunehmen. Da müssen wir ansetzen. Das muss möglich sein.

(Beifall bei der FDP – Christian Dürr [FDP]: So ist es! Das ist genau der Punkt!)

Ich bin sehr dankbar, dass Sie das EU-Nitratmessstellennetz angesprochen haben. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass dieses Nitratmessstellennetz bundesweit bzw. europaweit einheitlich und repräsentativ weiterentwickelt wird, und zwar ohne Beeinflussung durch die Politik, sondern auf wissenschaftlicher Basis; denn das alte Belastungsnetzwerk ist immer noch Teil des neuen Nitratmessnetzes. Das kann nicht funktionieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Ralph Lenkert das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

(A)

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Viele Dieselfahrer sind in Aufregung, weil Abgaswerte manipuliert wurden, und sie ahnen, dass die überhöhten Stickoxidwerte Probleme verursachen – mit Sicherheit.431 000 Tonnen Stickoxide sind 2016 im Straßenverkehr ausgestoßen worden – errechnet auf der Grundlage der vorgeschriebenen Grenzwerte, des Fahrzeugparks und der verwendeten Kraftstoffe. Weitere 55 000 Tonnen Stickoxide kommen von der Binnenschifffahrt und von der Bahn, 137 000 Tonnen vom Flugverkehr, 124 000 Tonnen von der Seeschifffahrt. In Summe werden also jedes Jahr 747 000 Tonnen Stickoxide über die Luft verteilt. Auch sie tragen zur Nitratbelastung unserer Gewässer bei.

In meinem Heimatland Thüringen hat die Landesanstalt für Umwelt und Geologie die Nitratwerte gemessen und, wie überall in Deutschland, Überschreitungen festgestellt. Sie ging noch einen Schritt weiter und wollte wissen, woher die Stickoxide, die Stickstoffüberschüsse kommen. Das Thünen-Institut für Landwirtschaft und das Forschungszentrum Jülich haben festgestellt, dass die Hälfte der Stickstoffüberschüsse aus dem bekannten Verursacherkreis kommt: der Landwirtschaft und den Haushalten, und zwar 25 000 Tonnen aus der Landwirtschaft, 8 000 Tonnen aus dem Abwasser. Weitere 33 000 Tonnen, die zweite Hälfte, kamen aus der Luft. Das macht 19 Kilogramm Stickstoffüberschüsse je Hektar und Jahr, die aus der Luft in unser Land getragen werden.

(B)

Das wird überall in Deutschland so sein. NO_x wandeln sich in Nitrate um, und Nitrate schädigen das Trinkwasser. Das EuGH-Urteil besteht zu Recht, da Deutschland die Nitratwerte nicht einhält. Die Bundesregierung hat gehandelt, ja: beim Ackerbau mit einer neuen Düngeverordnung. Die moderne Landwirtschaftstechnik, die im Moment eingesetzt wird, ist in der Lage, weitere Stickstoffüberschüsse zu reduzieren, indem sie beim Düngen misst, wie die Pflanzen sich fühlen, und den Dünger dann zielgenau zubringt. Aber das reicht nicht. Die Massenkonzentration von Tierhaltung in einigen Regionen muss beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb fordern wir Linke, dass es eine Obergrenze für die Tierbestände je Hektar gibt.

(Christian Dürr [FDP]: Wie soll das denn funktionieren? Welche landwirtschaftlichen Betriebe wollen Sie konkret dichtmachen? Nennen Sie mal Namen, dann kann ich die gleich anrufen!)

0,5 Großvieheinheiten je Hektar – das ist machbar; das kann man umsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Haushalte leisten wie die Landwirtschaft ihren Beitrag, und zwar über Kläranlagen. Trotzdem werden im Moment nur 50 Prozent der Nitratüberschüsse, die reduziert werden sollten, betrachtet. Die anderen 50 Prozent stammen aus der Luft: aus Industrie, auch aus Viehzucht und aus Verkehr. Aber mindestens 8 Kilogramm Stickstoffüberschuss pro Jahr in Thüringen werden durch den Verkehr verursacht – gerechnet nach den gesetzlichen Vorschriften für Abgaswerte von Diesel-Pkw. Wir können also davon ausgehen, dass in der Realität der Stickstoffeintrag aus dem Verkehr deutlich höher ist.

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landwirtschaft steht unter Druck, zu handeln. Dort wird er ausgeübt. Bei den Haushalten wird auch Druck ausgeübt – über Abwassergebühren für die Kläranlagen. Die Kosten, die durch Nitrat im Trinkwasser entstehen, landen auch bei Landwirten und Haushalten.

Es ist uns aber unverständlich, weshalb die Bundesregierung die Autoindustrie verschont. Die Stickoxidausstöße aus dem Diesel sind um ein Vielfaches höher, obwohl die Einhaltung der Grenzwerte technisch möglich ist. Deswegen kann kein Landwirt, kein Haushalt verstehen, weshalb, während er Maßnahmen ergreift, um die Nitratbelastung zu reduzieren, und trotzdem höhere Trinkwasserpreise bezahlen muss, die Autokonzerne mit ihren Milliardengewinnen nicht zur Nachrüstung verpflichtet werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Carina Konrad [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich sicherlich auf nur ein Problem konzentrieren, aber aus unserer Sicht ist es zwingend erforderlich, alle Probleme in den Blick zu nehmen, also nicht nur bei der Landwirtschaft zu gucken. Wir müssen dort gucken, wir müssen dort eine bessere Praxis durchsetzen, aber wir müssen auch entsprechende Gesetze für die Autoindustrie durchsetzen. Wenn Sie das nicht machen, werden die Nitratgrenzwerte nicht eingehalten werden können. Helfen Sie uns, das Trinkwasser zu schützen, damit wir auch zukünftig alle gemeinsam Wasser aus der Leitung trinken können, ohne Angst zu haben, wegen Nitrat krank zu werden.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Astrid Damerow für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Astrid Damerow (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 21. Juni 2018 zur Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz des Wassers vor Nitrateinträgen bezieht sich – das ist hier schon erwähnt worden – auf Daten, die die EU-Kommission für den Berichtszeitraum 2012 bis 2015 zusammengestellt hat. Demnach wiesen 28 Prozent der Messungen kritische Werte oberhalb der zulässigen Höchstgrenze für Nitrat aus.

Mir geht es hier an dieser Stelle aber auch darum, die Daten, über die wir heute reden, in die richtige Relation zu setzen. Die Daten stammen aus dem Jahr 2014. Damals galt noch die alte Düngemittelverordnung aus dem

Astrid Damerow

(A) Jahr 2006. Zudem waren alle in die Datenlage eingegangenen Messstationen landwirtschaftlich beeinflusst. Das war im Übrigen in anderen EU-Ländern nicht der Fall. Würden wir alle Messungen mit einbeziehen, wie das andere EU-Länder tun, so kämen wir zu anderen Ergebnissen. Sie würden nämlich zeigen, dass 82 Prozent der Messwerte in Ordnung waren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Artur Auernhammer [CDU/CSU]: So ist es!)

Halten wir uns hier jetzt aber an die im Bericht ausgewiesenen 28 Prozent kritischer Messungen. Mit der 2017 beschlossenen Düngemittelverordnung haben wir darauf reagiert und, ich finde, die richtigen Maßnahmen getroffen, um die Situation weiter zu verbessern.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehen die meisten Leute aber anders!)

Die damalige Bundesregierung hat sich gemeinsam mit den Ländern auf eine stärkere Differenzierung des Düngerechts geeinigt, um den regional unterschiedlichen Belastungen und Gefährdungen Rechnung zu tragen. Es gibt nun zusätzliche Vorgaben für kritische Gebiete, aber auch Entlastungen für unproblematische Gebiete. Dabei ging es bei der Düngemittelverordnung auch darum, neben den wichtigen Interessen des Umweltschutzes auch die Umsetzbarkeit für unsere Landwirtinnen und Landwirte im Blick zu haben, und das ist – wir haben das heute hier schon gehört – eine große Herausforderung.

(B) Landwirtschaftliche Betriebe sind nun gefordert, Stickstoff bei der Düngung gezielter einzusetzen. Hierbei müssen wir sie auch noch unterstützen. Es gibt technische Möglichkeiten, die ihnen das deutlich erleichtern werden. In Gewässernähe wurden die Abstände für Stickstoff- und Phosphatdüngungen ausgeweitet, und seit dem 1. Januar 2018 müssen unsere landwirtschaftlichen Betriebe Buch über den Einsatz von Düngemitteln führen.

All das belastet unsere landwirtschaftlichen Betriebe und ist für sie eine große Herausforderung.

(Carina Konrad [FDP]: Schlimm!)

Wir denken aber, dass diese Maßnahmen dazu führen werden, dass wir in Deutschland die Nitrateinträge im Wasser weiter senken können, und wir alle wissen ganz genau, dass wir die Ergebnisse dieser Maßnahmen erst in einigen Jahren werden messen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch mal sagen – der Kollege Lenkert hat das eben in einem Nebensatz auch getan –: Nach wie vor – das will ich betonen – können wir in Deutschland das Wasser aus unseren Wasserhähnen trinken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich finde, das ist keine Selbstverständlichkeit, und das muss dann auch mal entsprechend gewürdigt werden. Selbstverständlich wollen wir alle, dass das in Zukunft auch so bleibt. Das wollen auch unsere Landwirte.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gesundes Trinkwasser ist eine Selbstverständlichkeit!)

(C) Soll heißen: Bei allem, was wir in Zukunft tun, müssen unsere Landwirte unsere Partner sein. Sie sind nicht unsere Gegner, und sie sind auch nicht hinderlich. Wir müssen partnerschaftlich sehen, dass wir hier zu besseren Ergebnissen kommen.

Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat nach der Urteilsverkündung richtigerweise darauf hingewiesen, dass sie mit der Europäischen Kommission in einen Dialog treten wird, um zu prüfen, ob die getroffenen Maßnahmen ausreichend sind. Ebenso wird man auch Forschungsergebnisse hinzuziehen.

All dies halten wir für die richtige Reaktion und vor allem auch für eine Reaktion mit Augenmaß. Blinder Aktionismus hat noch nie wirklich weitergeholfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Andreas Bleck für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Bleck (AfD):

Werte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach Kohlendioxid, Feinstaub und Stickoxid wird jetzt die nächste Sau durchs Dorf getrieben. Diesmal ist es Nitrat. Der Anlass ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes gegen Deutschland wegen Verletzung der Nitratrichtlinie.

(D) Fakt ist: Der Grenzwert von Nitrat im Trinkwasser – wir haben dieses Thema hier vorhin ja auch schon angesprochen – beträgt 50 Milligramm pro Liter, ist wissenschaftlich gut begründet und wird fast immer eingehalten. Durch die Trinkwasseraufbereitung wird gewährleistet, dass die Nitratkonzentration von Trinkwasser aus dem Wasserhahn immer unter diesem Grenzwert liegt. Ja, im kommunalen Bereich haben wir spezifisch in Regionen, wo Nitratbelastung eine Rolle spielt, ein Problem. Da muss belastetes und unbelastetes Trinkwasser gemischt werden, um die Nitratkonzentration unter diesen Grenzwert zu bekommen. Aber das ist weder ein gesamteuropäisches noch ein gesamtnationales Problem.

(Carina Konrad [FDP]: Da hat er recht! – Carsten Träger [SPD]: Wo ist da die Sau? – Gegenruf der Abg. Kersten Steinke [DIE LINKE]: Die ist gerade im Dorf!)

Um es kurz zusammenzufassen: Das Trinkwasser in Deutschland ist also von höchster Qualität. Es gibt keinen Grund zur Hysterie. Zum Vergleich: In Blatt-, Kohl- und Wurzelgemüse ist die Nitratkonzentration 20- bis 80-fach höher. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die durchschnittliche Nitrataufnahme eines Menschen zu 62 Prozent durch Gemüse, zu 26 Prozent durch Trinkwasser und zu 12 Prozent durch sonstige Lebensmittel erfolgt. Wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke, wirklich Angst vor einer

Andreas Bleck

(A) Nitratvergiftung haben, sollten Sie dringend Ihre Haltung zu Gemüse, Vegetarismus und Veganismus überdenken.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Carina Konrad [FDP])

Der Erfolg oder Misserfolg der Nitratrichtlinie lässt sich in der Europäischen Union übrigens kaum feststellen. Die Methodik von Probenahmestellen und Probenahmen selbst ist weitgehend beliebig. Das macht die Nitratmessung für Vergleichszwecke nahezu unbrauchbar. Die Netzdichte der Probenahmestellen variiert von Land zu Land: von unter 5 bis zu über 120 pro 1 000 Quadratkilometer Fläche. In einigen Ländern wird eine Probe pro Jahr entnommen, in anderen fünf. In Rumänien ist die Zahl der Probenahmestellen um 30 Prozent zurückgegangen, in Slowenien um 90 Prozent gestiegen.

Auch Ort, Zeit und Tiefe der Probenahme sind häufig vage. Es ist offenkundig, dass man mit der Wahl der Probenahmestellen auch das Ergebnis der Nitratmessung beeinflussen kann. Wer an weniger nitratbelasteten Orten im Sommer und in großen Tiefen Proben entnimmt, kommt bei der Nitratbemessung besser weg. In einer Europäischen Union, in der die Griechen ungestraft türken, ist es nicht unwahrscheinlich, dass dies einige Länder zu ihren Gunsten ausnutzen.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland hat damals das Gegenteil gemacht: Wir haben der Europäischen Kommission Nitratmessungen von 162 vornehmlich nitratbelasteten Probenahmestellen geschickt. Damit haben wir der Europäischen Kommission die Anklageschrift doch selbst geliefert.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Kurzum: Die Berichte der Europäischen Kommission über die Durchführung der Nitratrichtlinie sagen wenig über die wahre Nitratbelastung im Grundwasser der Europäischen Union aus.

In Deutschland ist übrigens auch die grüne Energiepolitik für die Nitratbelastung mitverantwortlich; eine Tatsache, die offenbar in Vergessenheit gerät. Die hohe Nitratbelastung lässt sich vielerorts auf den Bauboom von Biogasanlagen zurückführen.

(Beifall bei der AfD)

Bekanntlich werden darin Lebensmittel für die Energiegewinnung verwertet; moralisch sehr fragwürdig, wobei sich die Grünen doch sonst so gerne als Moralapostel aufspielen. Da sich viele unserer Bauern durch die grüne Landwirtschaftspolitik in einer Notlage befinden, konnten sie sich das Geschäft nicht entgehen lassen. Aus Grünland wurde somit Maismonokultur.

(Beifall bei der AfD)

Diese wurde dann häufig großzügig mit Gärresten aus den Biogasanlagen gedüngt. Der Teufelskreis schließt sich. Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, sind also nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Das haben Sie teilweise auch verstanden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Unsere Aufgabe als Politiker besteht darin, uns mit gesundem Menschenverstand des Sachverhalts anzunehmen. Und siehe da: Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs – das ist schon angesprochen worden – bezieht sich auf einen Sachverhalt, den es heute gar nicht mehr gibt. Seit dem Jahr 2017 gilt die neue Düngemittelverordnung, deren Auswirkungen wir mit Geduld und wissenschaftlichem Sachverstand untersuchen müssen. Genau wie ein guter Arzt sollten wir dabei zuerst die Diagnose stellen und danach die Therapie durchführen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bundesregierung ist also gut beraten, sich von den Grünen nicht treiben zu lassen;

(Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn wenn die Düngung ohne belastbare Erkenntnisse noch stärker eingeschränkt wird als in der neuen Düngemittelverordnung vorgesehen, drohen den Bauern Ertragsverluste bei der Ernte. Das wirkt sich auf die Preise und somit auf die Verbraucher aus. Daher steht meine Fraktion für eine bauern- und verbraucherfreundliche Politik, die eine reine Verdachtspolitik ohne wissenschaftliche Grundlage ablehnt.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Bauern gehen oftmals nicht wegen, sondern trotz grüner Landschafts- und Umweltpolitik verantwortungsbewusst mit Umwelt und Natur um.

Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Dem Präsidium wurde gerade erst die Tatsache übermittelt, dass dies die erste Rede des Abgeordneten sBleck für seine Fraktion war. Das möchte ich hier für das Protokoll natürlich nachtragen.

Das Wort hat der Abgeordnete Michael Thews für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Michael Thews (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bleck, ich gratuliere zur ersten Rede. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Das, was Sie da schönrechnen wollten, ist keine Lösung der Probleme. Vielmehr haben wir es hier mit einem Problem zu tun, das real ist. Es geht um etwas, das im Boden ist, und unser Boden hat ein verdammt langes Gedächtnis. Alles das, was wir ausbringen – wir reden jetzt von Düngemitteln, von Nitrat –, geht in den Boden. Was von den Pflanzen nicht aufgenommen wird, geht durch den Boden in unser Grundwasser, und letzten Endes belastet es dann auch unser Trinkwasser. Das sind Vorgänge, die teilweise Jahrzehnte dauern, aber wenn sie dann so weit fortgeschritten sind, sind sie akut, und wir haben in Deutschland viele Messstellen, die heute schon auf Probleme hinweisen.

Michael Thews

(A) Das Ganze ist durchaus auch in Zahlen zu fassen. 767 Millionen Euro pro Jahr würde es uns kosten, wenn wir hier nichts unternehmen. Da reden wir nicht von den Strafzahlungen der EU, sondern von Zahlungen, die notwendig sind, um bei den Wassergebühren nachzusteuern, wenn wir nichts gegen den Nitrateintrag tun. Derzeit schaffen es unsere Wasserversorger noch, dafür zu sorgen, dass das Trinkwasser überall eine gute Qualität hat. Man kann es nicht oft genug sagen: Unser Wasser ist das bestuntersuchte Lebensmittel, das wir haben. Aber wenn die Belastung des Grundwassers zunimmt, dann kann es sein, dass die Versorger in Zukunft das Nitrat durch weitere teure technische Maßnahmen aus dem Wasser entfernen müssen, und das wird dann richtig teuer.

Schon jetzt müssen die Wasserversorger einiges tun, um unser Trinkwasser zu schützen. Sie verdünnen immer häufiger belastetes Wasser mit unbelastetem Wasser. Sie schließen Brunnen, müssen tiefer bohren oder verlagern sie. Auch diese Kosten fließen schon heute in die Wassergebühren ein. Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen: Wir sehen hier eine hohe Verantwortung. Bezahlbares Wasser mit guter Qualität ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der letzten Legislaturperiode ist schon einiges passiert. Es gibt eine Novelle des Düngemittelrechts und einige Maßnahmen, die durchaus sinnvoll sind. Die Betriebe müssen jetzt eine Bilanzierung vornehmen, wie viel sie auf den Boden aufbringen und wie viel sie herausholen. Bestimmte Böden werden weiter gehend geschützt, und auch die Zeiträume, in denen Düngemittel ausgebracht werden, sind begrenzt worden. Es ist durchaus davon auszugehen, dass diese Maßnahmen zu einer Reduzierung des Eintrags führen werden.

(B) Es gibt aber auch Stimmen – und die müssen wir ernst nehmen –, die sagen: Das wird nicht ausreichen. Wir haben heute schon von Herrn Pronold gehört, dass es Diskussionen mit der Kommission geben wird. Dann wird sich zeigen, ob das Düngemittelpaket, das wir beschlossen haben, wirklich ausreicht. Ich glaube durchaus, dass es noch Änderungen geben muss, aber wir können schon heute einiges tun; das wurde angesprochen. Es gibt eine Verschärfungsmöglichkeit in der Gesetzgebung. Das heißt, die Länder können dort, wo es akut wichtig ist, handeln. Wir wissen: Das Problem ist nicht überall gleich. Wir haben große Probleme in Norddeutschland – Schleswig-Holstein, Niedersachsen – bis hinunter nach Nordrhein-Westfalen, teilweise auch in Bayern und Baden-Württemberg. Die Länder sind angehalten, diese Möglichkeit zu nutzen und dort gegenzusteuern, wo es notwendig ist. Dann können wir bessere Ergebnisse erzielen und die Kommission gegebenenfalls überzeugen, keine Strafzahlungen geltend zu machen.

Wir haben gestern im Umweltausschuss über die Umsetzung der Nitratrichtlinie und das Ergebnis des Berichts, den wir für die Zeit von 2012 bis 2015 bekommen haben, gesprochen. Daraus möchte ich einen Punkt aufgreifen, und zwar die Tierbesatzdichte in Deutschland. Wir hatten in diesem Zeitraum einen Zuwachs der Tierbesatzdichte um 3,5 Prozent, während wir in der EU einen Rückgang um 2,9 Prozent gehabt haben. Das sind – man muss sich das vor Augen halten – 1,2 Millionen Schweine und 50 Millionen Tiere beim Geflügel. Wir produzieren also mehr Fleisch, als wir selber konsumieren, und vieles davon geht in den Export. Barbara Hendricks hat es in der letzten Legislaturperiode auf den Punkt gebracht. Sie hat gesagt, wir sollten nur so viele Schweine, Rinder und Hühner halten, wie wir auch Boden zum Ausbringen von Mist und Gülle haben. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir Fleisch auf Kosten unseres Grundwassers exportieren. Wir müssen gemeinsam mit den Bauern an einer Lösung arbeiten. Gewässerschutz und Landwirtschaft dürfen kein Widerspruch sein. Hier ist auch die Europäische Union gefragt. Wir brauchen eine Agrarförderung, die den Umweltschutz, die Artenvielfalt und das Tierwohl stärker berücksichtigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Oliver Krischer das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt glaube ich, dass es erforderlich ist, die Debatte vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Worüber reden wir hier eigentlich? Wir reden darüber – ich hatte bisher gedacht, dass darüber Konsens herrscht –, dass Nitrat im Trinkwasser nichts verloren hat; denn Nitrat verhindert die Sauerstoffaufnahme, und die Abbauprodukte sind krebserregend. Nitrat hat also im Trinkwasser nichts zu suchen. Ich erwarte von jeder Bundesregierung und jedem verantwortungsvoll handelnden Politiker in diesem Raum, von jedem Abgeordneten, dass wir uns darum kümmern, dass Nitrat nicht am Ende im Trinkwasser landet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Herr Stübgen, ehrlich gesagt habe ich Ihre Ausführungen so verstanden – bei der AfD oder teilweise bei der FDP erwartet man nichts anderes –, dass wir nun erneut eine seltsame Grenzwertdebatte wie bei den Messstellen und Stickoxiden führen werden. Dass Sie das auch anfangen und mit der EU-Kommission darüber reden, ist doch ein absolutes Unding. Sie verfahren nach dem Motto: So lange messen, bis es passt, bis man das Problem weggemessen hat!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Krischer

(A) Man muss vielleicht noch einmal klar sagen, worum es hier in Deutschland geht. Wir sind nach Malta – das ist bekanntlich ein Inselstaat in einer besonderen Situation – das Land, wo das Problem am größten ist. Fast 30 Prozent unserer Grundwasservorräte weisen Nitratgehalte oberhalb des Grenzwertes auf. Das Schlimme daran ist: Das Problem ist in den letzten Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden. Das ist das Ergebnis des Nichtstuns dieser Bundesregierung. Das muss an dieser Stelle klar ausgesprochen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE] – Kees de Vries [CDU/CSU]: Das ist glatt gelogen!)

Kollege Lenkert, es ist richtig, über die Verkehrsthematik und Stickoxide zu reden. Natürlich ist das auch ein Problem und ein weiterer Grund dafür, warum wir emissionsfreie Mobilität brauchen. Aber Hauptverursacher ist nun einmal die industrielle Landwirtschaft, die übermäßige Mengen an Nitrat und Dünger auf die Felder bringt. Ich sage ganz ehrlich: Das hat teilweise nichts mehr mit Düngung zu tun. Das, was auf unseren Äckern stattfindet, ist Gülleentsorgung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich komme aus der Zülpicher Börde und kann Ihnen das ganz genau beschreiben. Nach der Ernte rollt ein Güllelaster nach dem anderen. Wenn Sie auf die Karte für das Grundwasser dort schauen, dann stellen Sie fest, dass sie voller roter Punkte ist. Gehen Sie einmal zu dem (B) zuständigen Wasserversorger, einem ganz strammen CDU-Mann. Er sagt, dass das, was in der Landwirtschaft geschieht, so nicht weitergehen kann.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist eins zu eins grüne Politik gewesen!)

Es ist völlig klar: Es geht nicht gegen einzelne Landwirte, sondern gegen Ihre Landwirtschaftspolitik, die am Ende die Bauern dazu zwingt, industrielle Landwirtschaft auf Kosten unserer Trinkwasservorräte zu betreiben. Das Ergebnis dieser Politik wird sein – nicht nur bei mir zu Hause, sondern überall –, dass wir investieren müssen, dass wir teure Wasseraufbereitungsanlagen kaufen müssen.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Christian Dürr [FDP]: Wir reden hier ausschließlich vom Ergebnis grüner Politik!)

Sie sorgen dafür, dass die Folgekosten Ihrer Landwirtschaftspolitik bei den Wasserverbrauchern abgeladen werden. Das kann nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Dürr [FDP]: Nein, das ist die Folge Ihrer Politik!)

Sie alle haben gesagt, die neue Düngeverordnung habe viel gebracht. Sie müssen sich nur die Pressemitteilung des BDEW – das ist nun wirklich keine grüne Vorfeldorganisation – anschauen. Dort wird in aller Klarheit gesagt, diese Verordnung bringe überhaupt nichts. Sie löst (C) kein Problem. Sie verschlimmert das Problem am Ende in Teilen sogar. Professor Grethe, der in dieser Woche im Agrarausschuss war, hat das als Berater der Bundesregierung genauso bestätigt. Das heißt, Sie reden über das Problem, handeln aber seit Jahren nicht. Deshalb fordere ich Sie an dieser Stelle auf: Wenn das Urteil des EuGH einen Sinn haben soll, dann handeln Sie jetzt endlich. Packen Sie das Thema an! Sorgen Sie dafür, dass Nitrat und Gülle nicht mehr im bisherigen Ausmaß auf unsere Felder kommen! Packen Sie die Düngeverordnung an, und schaffen Sie Regelungen, die dafür sorgen, dass am Ende unser Grundwasser nicht mit Nitrat verseucht wird.

Ein ganz entscheidender Baustein dabei ist, dass wir uns am Ende für eine europäische Agrarpolitik einsetzen, bei der es Förderung nur dann gibt, wenn es eine gesellschaftliche Gegenleistung der Landwirtschaft gibt. Es kann nicht sein, dass wir Agrarbetriebe weiter subventionieren, die dafür sorgen, dass das Zeug am Ende in unserem Grund- und Trinkwasser landet. Deshalb brauchen wir eine neue Agrarpolitik. Wir brauchen eine Agrarwende, die dafür sorgt, dass das Nitrat nicht im Grundwasser landet, dass Umwelt- und Naturschutz im Zentrum stehen und dass hier nicht auf Kosten von Umwelt und nachfolgenden Generationen gehandelt wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Artur Auernhammer für die CDU/CSU-Fraktion. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe fast den Eindruck, dass diese Aktuelle Stunde beantragt worden ist, um wieder einmal die große Keule gegen die deutsche Landwirtschaft rauszuholen.

(Beifall des Abg. Dr. Michael von Abercron [CDU/CSU])

Das möchte ich hier nicht durchgehen lassen. Wir haben ein Urteil vom Europäischen Gerichtshof bekommen – ja, das ist richtig. Wir müssen uns um unser Trinkwasser kümmern – ja, wir machen das auch. Ich möchte aber, wenn hier ständig gegen die Landwirtschaft gewettert wird, zur Klarstellung sagen – ein Kollege hat bereits darauf hingewiesen –: Gerade einmal 51 Prozent der deutschen Landesfläche werden von der Landwirtschaft in Form von Äckern, Grünland und Wiesen bewirtschaftet. Die restliche Fläche – Wald, Siedlungsflächen und dergleichen; dazu gehört auch die Stadt Berlin – wird nicht von der Landwirtschaft bewirtschaftet, und auch da erfolgt ein Eintrag ins Grundwasser. Das sollten wir bei der gesamten Diskussion bedenken.

(Carina Konrad [FDP]: Sehr richtig!)

Die jetzt angesprochene neue Düngeverordnung, die wir in der letzten Legislaturperiode durch langes Ringen miteinander in ewigen Gesprächen ausdiskutiert haben,

Artur Auernhammer

(A) ist mittlerweile in Kraft; aber sie wirkt natürlich noch nicht. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn wir hier im Deutschen Bundestag eine Verordnung beschließen, dann sind die Ergebnisse nicht sofort im Trinkwasser nachweisbar; denn sie muss erst einmal in der Praxis umgesetzt werden, und ich muss Ihnen leider sagen, dass die Umsetzung in der Praxis nicht so einfach ist, wie es sich hier vielleicht darstellt.

Gerade bei uns in Bayern merken wir, dass die hohen Auflagen zum Beispiel bei der Ausbringtechnik sehr große Belastungen für die kleinstrukturierten Betriebe mit sich bringen und dass sich jetzt viele Betriebe überlegen, lieber mit der Tierhaltung aufzuhören, als noch zu investieren. Ich habe mit Fällen zu tun, dass bei mir Bauern anrufen und sagen: „Bitte, komm mit der Technik des Maschinenrings, und bring die Gülle umweltfreundlich aus, damit ich diese Auflage erfülle“, wo wir dann, wenn wir vor Ort sind, nur sagen können: Dein Betrieb ist zu klein. Wir kommen mit der Technik gar nicht ran. – Wir befördern mit dieser Düngeverordnung den Strukturwandel, und das wollen wir doch auch nicht.

Ich habe in dieser Debatte oft gehört, wie die große Keule gegen die Tierhaltung geschwungen wurde. Schauen wir uns auf der Deutschlandkarte doch einmal an, wo Grundwasserkörper belastet sind. Das sind Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern!)

Ich möchte einmal ganz dezent die Frage stellen: Wer hat denn in diesen Ländern in der Vergangenheit die politische Verantwortung gehabt?

(B)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist dünnes Eis, sehr dünnes Eis!)

Wer hat denn die Baugenehmigungen in diesen Ländern erteilt? Darüber sollte auch einmal nachgedacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will damit sagen: Wir haben in Deutschland kein Problem mit zu viel Wirtschaftsdünger; wir haben nur ein Problem mit der gerechten Verteilung im ganzen Land. Es geht doch darum: Wir wollen unsere Pflanzen ernähren. Wir wollen Pflanzen auch nutzen; wir wollen mit Pflanzen Tiere ernähren und auch uns selber. Der Grenzwert von 170 Kilo Stickstoff aus Wirtschaftsdüngern, den wir jetzt haben, ist sicherlich eine Maßgabe für ganz Deutschland. Aber im Einzelfall – blicken wir zum Beispiel in Intensivgrünlandregionen, wo der Niederschlag stimmt, wo fünf bis sechs Grünlandschnitte pro Jahr vorgenommen werden, etwa in den Alpenregionen – sind 170 Kilo Stickstoff aus Wirtschaftsdüngern viel zu wenig. Also muss hier mineralisch aufgedüngt werden. Wir verzichten auf den Einsatz unseres eigenen wirtschaftlich erzeugten Düngers und kaufen Mineraldünger aus dem Ausland zu. Das kann doch auch nicht Sinn und Zweck dieser Verordnung sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, wir müssen neu nachdenken bei der anstehenden Diskussion zur europäischen Agrarpolitik. Aber ich bitte Sie: Denken wir darüber nach, wie wir mit unseren landwirtschaftlichen Betrieben, mit unseren Bäuerinnen und Bauern umgehen, wie wir unseren ländlichen Raum mit dieser neuen europäischen Agrarpolitik unterstützen und gestalten können! Das sollte im Vordergrund stehen und nicht einseitige Schuldzuweisungen an einen Berufsstand. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Rainer Spiering für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus gegebenem Anlass wende ich mich auch an das Publikum, in dem sich heute eine Schulklasse aus meiner Heimatstadt Osnabrück befindet: Ich freue mich total, dass ihr da seid!

(Beifall)

Die Schulklasse hat mich übrigens auch dazu gebracht, meine vorbereitete Rede zu ändern.

Ich habe es gestern Abend schon in einem Beitrag gesagt, und das ist mir ganz wichtig: Das, was wir hier tun, Demokratie leben, hat nur eine Währung, und die Währung heißt „Vertrauen“. Ich finde, um dieses Vertrauen sollten wir uns jetzt mal bemühen, und zwar sehr intensiv. (D)

Lieber Artur, ich kann dich gut verstehen. Ich kann auch Frau Konrad in ihrer Betroffenheit verstehen. Aber ich glaube nicht, dass uns eine Betroffenheitsdiskussion weiterhilft, überhaupt nicht.

Ich habe hier eine Pressemeldung aus dem Hochsauerland, die mich auch sehr betroffen gemacht hat: Gülle-Tourismus gefährdet Böden. Es gibt hohe Nitratbelastungen in den Mastviehregionen. Deshalb gibt es zunehmend Transporte in andere Regionen, auch ins Sauerland. – Dann werden die Regionen aus Deutschland genannt, in denen der Wirtschaftsdünger produziert wird, nämlich das Münsterland und Weser-Ems. Wenn man ganz nüchtern an die Frage herangeht, dann kann man auch nachvollziehen, warum das so ist. Wir haben relativ hohe Tierbestände. Das heißt, unser Acker ist nicht dazu in der Lage, die Nahrung zu produzieren, die dieser Tierbestand braucht; also kaufen wir uns Nahrungsmittel zu. Das heißt, das Gleichgewicht zwischen Tierbestand und Nahrungsmittelaufnahme der Tiere ist nicht gegeben. Automatisch muss über die Prozesse im Tier mehr Wirtschaftsdünger entstehen, als die Region in sich aufnehmen kann. Das ist eine geschlossene Logik.

Jetzt ist die Frage aufgeworfen worden: Was machen wir mit dem Wirtschaftsdünger? Der Frage müssen wir uns stellen. Wir müssen uns vor allen Dingen auch der Frage stellen: Ist es richtig, dass wir für Regionen, die

Rainer Spiering

(A) erzeugen, alle die gemeinsame Verantwortung übernehmen? Wenn ich Landwirtin aus Baden-Württemberg wäre, wo nur partiell die Nitratbelastung hoch ist, Kollegin Konrad, dann wäre ich vielleicht auch grantig.

(Carina Konrad [FDP]: Ich bin aus Rheinland-Pfalz!)

Aber es gibt doch in Deutschland eine wunderschöne Regelung, nämlich das Verursacherprinzip. Wenn wir uns dem Verursacherprinzip nähern und dem Produkt, das erzeugt worden ist, nämlich dem Wirtschaftsdünger, dann muss doch die Region, die das Problem erzeugt, das Problem auch lösen, wenn ich das einigermaßen richtig verstanden habe. Bei Automobilen: Wenn zu viel Stickoxid produziert wird, erwarte ich von dem Autobauer, dass er, um das Vertrauen zurückzugewinnen – –

(Carina Konrad [FDP]: Dagegen hat Wirtschaftsdünger aber einen Wert!)

– Genau. Frau Konrad, ich komme noch dazu. Nicht so schnell! Ich bin ein bisschen älter.

Jetzt hat der Wirtschaftsdünger tatsächlich einen inneren Nährwert, und da sagt der Staatssekretär: Das müssen die anderen doch anerkennen. – Er sagt auch: Aber wir haben ein Problem. Wenn wir 100 Liter Gülle aufbringen, dann können wir die nicht zu 100 Prozent anrechnen. – Genau da liegt die Krux. Darauf würde ich vom Parlamentarischen Staatssekretär eine entsprechende Antwort erwarten.

(B) Vielleicht ist das technisch tatsächlich machbar. Wir können mit moderner Technologie dafür sorgen, dass dem Wirtschaftsdünger die wässrige Phase entzogen wird und wir ein Trockensubstrat bekommen. Jetzt ist die Frage: Warum nehmen die Ackerbauern der Region, übrigens auch in Niedersachsen, diesen Wirtschaftsdünger nicht auf?

(Carina Konrad [FDP]: Genau!)

Die Antwort ist nicht, dass die Mengendifferenz nicht passt, sondern – jetzt komme ich wieder zum Vertrauen –: Unsere Ackerbauern in Niedersachsen trauen der Gülleregion nicht. – Ich habe überhaupt nicht zu beurteilen, ob zu Recht oder zu Unrecht; ich habe nur festzustellen, dass sie es nicht tun.

Wenn man jetzt dazu überginge, daraus ein Trockensubstrat zu machen, dessen Bestandteile man definiert, dann wäre man in der Lage, aus dem Wirtschaftsdünger ein Gut zu machen, das Mineraldünger ersetzt. Dann wären wir an der absolut richtigen Stelle. Der Mineraldünger hinterlässt natürlich auch eine CO_2-Spur, die gar nicht mal ohne ist. Aber dann wäre es doch eine Frage der technischen Intelligenz, dafür Sorge zu tragen, aus dem Wirtschaftsdünger einen Ersatz für den Mineraldünger zu machen. Dann kämen wir von der Belastung durch Nitrate weg, und man könnte einen zertifizierten Mineraldünger deutschlandweit verkaufen, ohne Unmengen an Fahrzeugen mit Unmengen an wässeriger Lösung auf die Straße zu bringen. So schwierig wäre das doch nicht, Herr Staatssekretär. Aber dann müsste man eine entsprechende Lösung anbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) Dann kommt natürlich auch die Frage, wie man das finanziert. Herr Krischer, ich war dabei, als Herr Grethe gesprochen hat, Sie ja leider nicht. Aber es ist ja offensichtlich einfach, jemanden zu zitieren, auch wenn man selber gar nicht da war.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden miteinander bei uns in der Fraktion!)

Herr Grethe hat etwas ganz Ursächliches gesagt. Er hat gesagt: Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie öffentliche Gelder verwendet werden. – Es geht um Steuermittel, und die Steuermittel würde ich zielgerichtet einsetzen, um eine Technologie voranzutreiben, die die Probleme lösen kann. Das wäre eine ordentliche deutsche Lösung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu seiner ersten Rede im Deutschen Bundestag hat nun der Abgeordnete Dr. Michael von Abercron für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael von Abercron (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Wenn wir heute im Zusammenhang mit einem EU-Gerichtsurteil über eine Stickstoffverbindung namens Nitrat reden, dann (D) wird uns nicht so richtig klar sein, um welches wichtige Element es sich eigentlich handelt. Es handelt sich um Stickstoff. Stickstoff ist der Baustein für Protein, für unser Leben. Es hat eine ganz große Bedeutung im Bereich der Pflanzenernährung, es ist ein notwendiges Pflanzennährelement. Wir hatten so große Forscher wie Justus von Liebig – meine Kollegin hat es angesprochen –, der vor über 150 Jahren herausgefunden hat, dass die mineralische Ernährung der Pflanzen essenziell wichtig ist. Diese Entwicklung hat uns dazu gebracht, dass wir Hunger und Mangelernährung in Deutschland und in Europa fast vollständig überwinden konnten.

Die neue, moderne Landwirtschaft brachte seit Ende des letzten Jahrhunderts eine Konzentration, eine Spezialisierung mit sich, die dazu geführt hat, dass in der Tierhaltung Betriebe mit hohen Tierzahlen entstanden sind, und das leider im Zusammenhang mit Böden, die relativ leicht waren und bestimmte Mengen von Jauche bzw. Gülle schwer verdauen konnten. Zu der damaligen Zeit war man noch nicht in der Lage, so richtig einzuschätzen, was für eine Bedeutung das hat. Es hat ein bisschen gedauert, die Gülle als solche als einen Dünger und Nährstoff wahrzunehmen. Aber inzwischen ist man da auf einem sehr guten Wege, und man weiß ganz genau, was man an diesem Dünger hat.

Es haben sich dadurch aber Folgewirkungen ergeben, nämlich Überschüsse bei den Nitratkonzentrationen in den Oberflächengewässern und auch in den Grundwasserleitern. Dies hatte die Europäische Kommission ge-

Dr. Michael von Abercron

(A) merkt, weil es nicht nur in Deutschland so war, und so hat sie in den 90er-Jahren eine EU-Nitratrichtlinie erlassen. Alle Länder, die davon betroffen waren, haben mehr oder weniger versucht, sie einigermaßen umzusetzen.

Dann haben wir festgestellt – nach langem Hin und Her, auch mit großen politischen Schwierigkeiten –, dass eine neue Düngemittelgesetzgebung auf den Weg zu bringen ist. Sie ist seit 2017 in Kraft. Aber man fragt sich: Warum hat das eigentlich so lange gedauert? Wenn man mal genau überlegt, dann merkt man, dass es – neben den ganzen politischen Streitereien – auch viel Arbeit war; denn die Düngung von Kulturpflanzen ist nun mal keine Kleinigkeit. Es geht um Erträge, es geht um Qualität, auch für die Landwirtschaft. Es geht aber auch um die Frage der Stickstoffdynamik im Boden. Die Stickstoffdynamik im Boden lässt sich nun mal schwer in Gesetze pressen, weil man nicht genau weiß, wie es sich unter bestimmten Faktoren verhält. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kulturpflanzen selbst haben ganz unterschiedliche Ansprüche.

Insofern war es keine leichte Aufgabe. Herausgekommen ist ein Exponat, das, wie wir alle wissen, auch für den Landwirt relativ schwierig zu lesen ist und einen erheblichen Bürokratieaufwand mit sich bringt. Aber die Nitratproblematik – das hat ein Kollege auf der linken Seite richtig beschrieben – ist natürlich nicht nur eine Frage der Landwirtschaft selber; auch Industrie, Besiedlung und Verkehr leisten einen erheblichen Beitrag dazu.

Haben wir uns eigentlich mal genau überlegt, was in unseren Abwasseranlagen passiert? Funktionieren (B) eigentlich alle Kläranlagen ordentlich? Was passiert bei den dauernden Überschwemmungen in den letzten Jahren, die wir erlebt haben, in den Kläranlagen? Was ist mit der Dichtigkeit? Wir haben durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie die Vorgabe, Dichtigkeitsprüfungen durchzuführen. Das kommt nicht von ungefähr, weil wir ahnen, dass ein ganz großer Teil der Hauskläranlagen nicht in Ordnung ist. Wo bleibt das alles? 80 Millionen Menschen verursachen genau die gleichen Probleme wie 21 Millionen Hausschweine. Auch die Menschen scheiden etwas aus, was vom Grundsatz her zur gleichen Belastung führt. Insofern ist es ein dringender Auftrag, nicht nur über die Landwirtschaft zu sprechen, sondern auch über diesen Bereich. Davon möchte ich Sie gerne überzeugen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die angesprochene Klage bezieht sich aber nicht auf die Düngemittelverordnung von 2017, sondern auf deren Stand von 2006. In der Zwischenzeit ist aber viel passiert. Ich habe Zahlen aus dem Nitratbericht 2016 vorliegen. Darin ist zu lesen, dass unser Zielwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter bei oberirdischen Gewässern fast komplett eingehalten wurde. An rund 89 Prozent der Messstellen an Fließgewässern und etwa 72 Prozent der Seen ist ein abnehmender Trend bei den Nitratbelastungen erkennbar. Beim Grundwasser ist es etwas schwieriger. Dort wurde der Grenzwert von 50 Milligramm immerhin noch bei 72 Prozent der Messstellen erreicht. Wenn man sich allerdings die Berechnungsgrundlage anschaut, stellt man fest, dass sie etwas anders ist: In dem (C) Moment, wo ein Grundwasserradar den Grenzwert von 50 Milligramm übersteigt, ist dies nämlich ein Fehlwert, der als Überschreitungswert berechnet wird. Das muss man wissen, wenn man sich über diese Dinge unterhält.

Was soll eigentlich diese Aktuelle Stunde, nachdem wir wissen, liebe Grüne, dass sich die Lage verbessert? Sie sind sich doch darüber im Klaren, dass eine N-Dynamik an der Stelle nicht so schnell zu messen ist, schon gar nicht nach einem Jahr. Wollen Sie wirklich nur wieder die übliche Diskussion führen und die Landwirte als Umweltsünder an den Pranger stellen? Ich hoffe, nicht.

Wir sind der Meinung, dass wir Taten folgen lassen müssen, und zwar: die Umsetzung der Düngeverordnung so schnell wie möglich umsetzen, die Beratung der Landwirtschaft intensivieren und die Gülleverteilverfahren verbessern. Ich sage ganz ausdrücklich: Es ist unmöglich, dass immer noch Prallteller durch die Gegend fahren, die einen erheblichen Verlust an Stickstoff und eine völlig ungenaue Verteilung von Ammonium bedeuten. Das Ganze entweicht in die Luft. Das muss verschwinden, und dafür müssen wir Programme auflegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Abercron, auch wenn es Ihre erste Rede ist, müssen Sie jetzt bitte zum Schluss kommen.

Dr. Michael von Abercron (CDU/CSU):

(D) Ich beeile mich. – Programme zur Erreichung von Güllebanken sind ebenso wichtig wie Lagerkapazitäten.

Ich möchte einen letzten Satz sagen: Das Bemühen muss sein, die Stickstoffdüngung so zu erhalten, dass wir Qualität erzeugen. Es darf nicht kommen wie in Dänemark, dass wir so strenge Regeln haben, dass wir keinen Qualitätsweizen mehr erzeugen können. Das darf nicht das Ende unserer Landwirtschaft sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Letzter Redner in dieser Aktuellen Stunde ist der Kollege Kees de Vries für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kees de Vries (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch auf den Tribünen! Ja, wir haben in Deutschland leider hier und da zu hohe Nitratwerte im Grundwasser. Dafür gibt es viele Ursachen. Manche kann man kaum beeinflussen, andere kann man angehen und optimieren. Und mit Blick auf die zu optimierenden Dinge sind wir gar nicht so weit auseinander, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Die Frage ist immer das Wie. Ich möchte Sie einladen, gemeinsam mit

Kees de Vries

(A) uns ans Ziel zu kommen und dabei immer das Ganze im Blick zu haben: Natur, Umwelt und Landwirtschaft.

Zwei Fakten stehen sich hier gegenüber. Bei 25 Prozent der Messstellen werden die Grenzwerte von Nitrat überschritten – wohlgemerkt: 25 Prozent der Messstellen in sensiblen Gebieten, was andersrum heißt: In 75 Prozent der Fälle, wo man Probleme erwarten könnte, haben wir keine.

Andererseits verbessert sich in vielen Regionen Deutschlands, wie zum Beispiel in meinem Wahlkreis Anhalt, von Jahr zu Jahr die Wasserqualität. Wie kommt das? Ich denke, wir sind uns einig, dass wir es bei dieser Problematik immer mit einer Langzeitwirkung zu tun haben. Die Auswirkungen von Fehlern, die wir jetzt machen, sehen wir in 20 bis 30 Jahren. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass das, was wir jetzt sehen, vor 20 bis 30 Jahren entstanden ist. In diesen gleichen 20 bis 30 Jahren haben wir die Düngepraxis regelmäßig an neue wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst. Deshalb, Herr Staatssekretär, sehen wir erst jetzt Verbesserungen, und die werden sich auch durchsetzen. Dafür brauchen wir nicht einmal ein schärferes Düngegesetz. Trotzdem: Einiges ist zu optimieren.

Ich möchte auf eine der möglichen Ursachen der Nitratbelastung eingehen. Ja, es ist so, dass zu hohe regionale Tierbestände die Ursache dafür sein können. Die gerne kolportierte Lösung ist dann: Abbau der Tierbestände. Aber mit durchschnittlich 1,38 Großvieheinheiten pro Hektar bundesweit liegt Deutschland deutlich unter der EU-Verordnung zum ökologischen Landbau von (B) 2 Großvieheinheiten pro Hektar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Damit ist eindeutig klar, dass wir in Deutschland nicht zu viele Tiere halten; aber der Viehbestand ist ungünstig verteilt, und wo besonders viele Tiere gehalten werden, werden die entsprechenden Grenzwerte eben auch manchmal, aber nicht überall überschritten. Herr Krischer, leider hat Ihre viel zu emotional geführte Diskussion mit Halbwahrheiten und glatten Lügen

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt mal Vorsicht! Das ist nicht wirklich parlamentarisch!)

dazu geführt, dass wir auch da, wo wir mehr Tierhaltung brauchen, immer mehr Probleme haben, neue Ställe zu bauen, ohne grundlosen Protesten zu begegnen.

Die heutige Diskussion stellt meiner Meinung nach eines klar: Wir brauchen in Deutschland eine bessere Verteilung der Tiere. Wenn wir es tatsächlich schaffen würden, zu einer optimalen Verteilung der Tierhaltung und damit der organischen Düngemittel in Deutschland zu kommen – ein Umstand, der übrigens eins zu eins für Europa zutrifft –, hätten wir überall in Deutschland gesündere Böden und damit insgesamt weniger Stickstoffbedarf. Dies kann nur dazu führen, dass wir weniger Emissionen haben werden, sowohl in der Luft als auch

(C) im Grundwasser. Das nenne ich eine echte Win-win-Situation:

(Beifall bei der CDU/CSU)

gut für die Umwelt und gut für das Portemonnaie der Landwirte. Wir sollten klären, ob eine Flächenbindung der Tierhaltung mehrheitsfähig ist

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Ja!)

und wie diese ausgestaltet werden kann.

Ich lade Sie ein, hier gemeinsam mit uns anzusetzen, um die Akzeptanz der modernen Landwirtschaft in der Gesellschaft zu bewahren und das Vertrauen in die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern in Deutschland zu stärken. Eines muss ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, noch mitgeben: Ein solcher Prozess kann nur auf sachlicher und fachlicher Ebene gelingen, ohne Emotionen und ohne das Schüren von Ängsten. Packen wir es an!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollege Kees de Vries. – Schönen Nachmittag von mir, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit schließe ich die Aktuelle Stunde. Sie ist mit dem letzten Redner beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE (D)

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“

Drucksache 19/2979

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. – Sagen Sie einmal: Hallt es bei Ihnen auch so oder nur bei uns hier oben?

(Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Guter Sound oder schlechter Sound?

(Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schlechter Sound!)

Klassisch oder Rock? – Ist es bei Ihnen okay mit dem Sound?

(Karsten Hilse [AfD]: Es ist okay, wenn die richtigen Leute sprechen!)

– Ich rede ja nur vom Sound. – So, jetzt habe ich die Zeit überbrückt.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist es genau so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Arnold Vaatz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A)

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Ministerin Anja Karliczek hat vor kurzem den Bericht „Bildung in Deutschland 2018“ vorgestellt. Im Bericht wird festgestellt, dass zum fünften Mal in Folge über eine halbe Million junge Menschen ein Studium begannen, sich also in eine Hochschulausbildung begeben haben. Auch wenn man berücksichtigt, dass es sich hierbei um die Geburtsjahrgänge von etwa 1997 bis 2001 handelt und wir in diesen Jahrgängen durchschnittlich etwa 750 000 Geburten hatten, kann man natürlich nicht sagen: 750 000 minus 500 000, dann bleiben noch 250 000 für die anderen Ausbildungsformen übrig. – Natürlich kommen diverse Studenten aus dem Ausland, andere gehen zum Studium ins Ausland; außerdem sind die doppelten Abiturjahrgänge, die durch die sogenannte G-8-Reform entstanden sind, zu berücksichtigen, und eine Reihe von Leuten haben den zweiten und dritten Bildungsweg begonnen. Gleichwohl beginnt, gemessen an unserer Bevölkerungszahl, eine enorme Anzahl Menschen eine akademische Ausbildung.

Demgegenüber stehen – so sagt es zum Beispiel der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks – insgesamt 15 000 unbesetzte Stellen im Handwerksbereich. Das ist eine alarmierende Zahl; denn auch Akademiker brauchen, wenn sie dann im Leben stehen, Handwerker. Sie brauchen Bäcker. Sie brauchen Elektriker, sie brauchen Menschen, die die Infrastruktur in Gang halten usw.

(B)

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir dieser langjährigen Tendenz einmal eine Untersuchung entgegensetzen, die aufzeigt, was wir tun können, um diesem Mangel an Bewerbern in den Ausbildungsberufen langfristig zu begegnen und diese Entwicklung zum Guten zu wenden. Das ist das Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Weil durch den politischen Mikrokosmos allein über viele Jahre keine Verbesserungen erzielt wurden, sind wir auf die Idee gekommen, dass es das Beste wäre, eine Enquete-Kommission einzusetzen, die ja die Eigenschaft hat, dass man alle Bereiche und politischen Strömungen mitnehmen und sich vor allem auch des Sachverstandes von außen bedienen kann.

Aus diesem Grund legen wir heute einen gemeinsamen Antrag der genannten Parteien vor. Ich bedaure, dass die beiden anderen noch nicht dabei sind. Sie können sich das ja noch überlegen. Es geht erst einmal nur darum, beim Einsetzungsantrag dabei zu sein, das heißt, das ganze Projekt mitzutragen.

Wir haben also einen Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ vorgelegt. Mit diesem Titel drücken wir aus, dass sich in der beruflichen Bildung noch etwas ganz Wesentliches geändert hat. Der Lehrling der Vergangenheit mit Zollstock und Schraubenzieher ist nicht mehr das Typische. Vielmehr müssen wir feststellen, dass sich im beruflichen Bereich die Anforderungen an die Auszubildenden dramatisch verändert haben, dass

(C)

wir hochqualifizierte Leute brauchen, die mit der digitalen Arbeitswelt umgehen können. Das erfordert nach unserer Auffassung weiter gehende Überlegungen, wie die Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen geändert werden müssen.

Insbesondere kommt es uns darauf an, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen, das heißt klarzumachen, dass berufliche Ausbildung und akademische Ausbildung gleichwertige Biografien nach sich ziehen, die dieselbe Achtung und Wertschätzung in der Gesellschaft und außerdem die gleichen Entfaltungschancen verdienen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist natürlich auch notwendig, gemeinsam zu überlegen, welche Voraussetzungen die Berufsschulen vorhalten müssen und welche Rahmenbedingungen die ausbildenden Betriebe beachten müssen, um mehr und attraktivere Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen zu können.

Ich denke, wir machen heute einen guten Anfang, indem wir diesen Beschluss gemeinsam fassen und dann erfolgreich arbeiten. Wenn wir am Ende eine vernünftige Argumentationsgrundlage und eine vernünftige Faktengrundlage für die weiteren politischen Entscheidungen zustande bringen, dann haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Ansonsten waren die Bemühungen sinnlos. Das glaube ich aber nicht; denn wir sind ja alle voller Optimismus.

Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollege Vaatz. – Nächster Redner für die AfD-Fraktion: Jörn König.

(Beifall bei der AfD)

Jörn König (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuseher auf den Tribünen und an den Fernsehbildschirmen! Vielen Dank, Herr Vaatz, für diese Rede. Das passt ja wie die Faust aufs Auge. Die AfD-Fraktion wird dem Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Wir erwarten allerdings – jetzt kommt es –, dass die geplante Kommission Bodenhaftung behält und die betriebliche Realität des Mittelstandes in den Mittelpunkt stellt.

(Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Ist selbstverständlich für uns!)

Der Mittelstand braucht keine abgehobenen Konzepte, sondern digitale Hilfestellungen im Alltag. Wir unterstützen dies auch mit der Hoffnung, dass das deutsche System der dualen Bildung weiter gestärkt wird. Die OECD hat diese besondere Berufsausbildung bis heute

Jörn König

(A) noch nicht vollständig begriffen. Von dort kommt nämlich immer die Aufforderung, immer noch mehr zu akademisieren. Sie haben die Zahlen genannt: 500 000 von 750 000 Personen studieren inzwischen. Uns ist aber ein zupackender, kompetenter Handwerker lieber als ein weiterer Schreibtischtheoretiker.

(Beifall bei der AfD)

Die deutsche duale Berufsausbildung wird oft kopiert, aber Gott sei Dank so gut wie nie erreicht. Die deutsche Wirtschaft hat ein klares Profil: Wir sind besonders gut darin, Investitionsgüter herzustellen, die andere Partner dazu nutzen, um Produkte für den Massenmarkt zu produzieren. Wir stellen die Maschinen her, mit denen in Fernost die Chipfertigung stattfindet, wir sind gut in der Logistik, wie SAP und auch unsere Spezialisierung innerhalb der NATO zeigen. Wir verstehen und strukturieren besonders gut Geschäftsprozesse und -modelle. Wir müssen daher die jungen Leute fit machen für das Verstehen und Erleben der Geschäftsprozesse und für die Optimierung der Prozesse mittels der Digitalisierung, also zum Beispiel durch Programmieren lernen in einem sehr spezifischen Geschäftsumfeld. Der Idealfall: Ein Küchenbauer, der alle Fallstricke kennt, etwa die Elektroanschlüsse, lernt in einer Berufsausbildung auch das Programmieren, um a) eine Raumplanung, b) eine Arbeitsplanung erstellen zu können und c) gleich die notwendigen Bestellungen auslösen zu können. Mindestens sollte er die Ergebnisse entsprechender Softwareprogramme auf Plausibilität prüfen können. Quelloffene

(B) Software, Open Source genannt, muss dabei bevorzugt werden, damit wir uns als Deutschland die digitale Souveränität zurückholen können. Diese Kombination von traditionellen Fertigkeiten, von Bodenständigkeit mit den Optimierungsmöglichkeiten der Digitalisierung ist für Deutschland eine Riesenchance. Nutzen wir sie gemeinsam!

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen, was Digitalisierung nicht unbedingt ist, ist das plakative Ausstatten der Schulen mit Tablets, WLAN und Smartphones. Das ist oft zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Bei uns in Hannover sind sogar die Turnhallen mit WLAN ausgestattet worden. Ich frage immer noch nach der Anwendung.

(Stefan Keuter [AfD]: Flüchtlinge!)

Manchmal allerdings erlaubt der digitale Fortschritt auch völlig neue Geschäftsmodelle. Das sind dann disruptive Innovationen. Hier brauchen wir absolut dringend einen Bürokratieabbau.

Liebe Kollegen, Ihre Parlakom-Laptops wurden von Hewlett Packard geliefert. William Hewlett und David Packard gründeten mit 500 Dollar das Unternehmen HP in einer Garage. Das wäre im Deutschland von heute nicht möglich gewesen.

(Yasmin Fahimi [SPD]: Natürlich! Ist doch gelogen!)

(C) Eben wegen der „Garage“. Die wäre wegen bürokratischer Auflagen nicht möglich gewesen. So etwas ist hier nicht zugelassen.

(Beifall bei der AfD)

Tja, wieder eine Chance vertan. Wirtschaftliche Freiheit ist in diesem Fall im Hochtechnologiebereich das Einzige, was zählt. Mit diesen Hoffnungen stimmen wir der Einsetzung der Enquete-Kommission zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke schön. – Nächster Redner für die Fraktion der Sozialdemokraten: Dr. Karl Lauterbach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ist festzustellen: Die Ausbildung muss reformiert werden, das Studium muss reformiert werden, wir müssen die Produktion reformieren. Wir stehen vor dem größten Umbruch unserer Arbeitswelt seit Jahrzehnten. Das wird die Arbeitswelt nicht nur in Deutschland massiv verändern.

Dieser Umbruch ist seit Jahren wissenschaftlich vorbereitet, aber er wird erst langsam fühlbar. In ersten

(D) Studien dazu von Brynjolfsson und McAfee oder von Osborne und Frey ist man zunächst davon ausgegangen, dass die Hälfte der Berufe schlicht wegfällt. Wir wissen heute, dass das wahrscheinlich nicht passieren wird.

Es gibt drei Auswirkungen, die wir unterscheiden müssen. Das ist auch die Aufgabe der Kommission, die wir einsetzen.

Zum einen wird es Berufe geben, die tatsächlich wegfallen. Sie werden durch Maschinen und Dienstleistungsprogramme ersetzt. Die wird es nicht mehr geben. Das ZEW in Mannheim geht davon aus, dass das etwa 5 Millionen Beschäftigte in Deutschland betreffen wird.

Ein zweiter Punkt ist der, dass sich existierende Berufe dahin gehend verändern, dass man weniger qualifiziert sein muss als heute, um diese Berufe ausüben zu können, weil künstliche Intelligenz, Robotik oder andere Hilfestellungen, die aus der Digitalisierung kommen, das Anforderungsprofil absenken. Das heißt, diese Berufe werden schlechter bezahlt werden, und sie werden auch leichter ersetzbar sein, zum Beispiel in anderen Ländern. Da geht uns ein Vorteil verloren, den wir immer gehabt haben. Unser Mittelstand – das hat der Kollege von der AfD ja auch ausgeführt – ist darauf besonders schlecht vorbereitet.

(Tino Chrupalla [AfD]: Was ist das für ein Schwachsinn!)

Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt auf der Grundlage der Einschätzung von Wissenschaftlern sehr wenige mittelständische Firmen, die das System der sogenannten

Dr. Karl Lauterbach

(A) Smart Factory umsetzen. Das hängt an vielen Schnittstellen, aber es ist tatsächlich so – das sagen Experten –, dass wir nicht so gut vorbereitet sind, wie wir es sein müssten.

Die dritte Auswirkung ist: Es werden ganz neue Möglichkeiten an Berufen und auch Geschäftsfeldern entstehen. Sie entstehen durch den Umbau selbst. Derjenige, der die Maschinen, die Intelligenz, die Netze und die Dienstleistungsplattformen aufbaut, die diesen Wandel anderswo möglich machen, wird das exportieren können. Das ist für uns eine große Chance.

Wenn man das alles zusammenfügen will, muss man auf allen Ebenen arbeiten. Wir brauchen so etwas wie einen „Masterplan künstliche Intelligenz“, wir brauchen die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“, aber wir brauchen auch eine Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz und berufliche Bildung“; denn zum jetzigen Zeitpunkt werden die Grundlagen der Programmierung von Maschinen in fast keinem Ausbildungsberuf vermittelt, auch in vielen großen Unternehmen nicht. Es gibt nur wenige, die das bisher machen. Auch die Berufsschullehrer sind wenig auf diese Form der Ausbildung vorbereitet.

Sie können mir glauben, dass ich mir selbst vor Ort ein Bild machen konnte. Bei mir im Wahlkreis gibt es große Unternehmen, beispielsweise in der Pharma- und in der Chemieindustrie, die sofort einräumen würden, dass sie noch einen Weg zu gehen haben. Für diesen Weg braucht man unsere Unterstützung. Wir müssen diese Bereiche durch Forschungsförderung, aber auch durch konzertierte Vorgaben, wie wir die Umstellung schaffen, (B) vorbereiten. Dafür brauchen wir tatsächlich die beiden wichtigen Enquete-Kommissionen und auch die Arbeit des Ministeriums. Ich freue mich daher ganz besonders – wenn ich das richtig einschätze –, dass zum Schluss alle Fraktionen hinter der Einsetzung der Enquete-Kommission stehen. Das würde mich zumindest sehr erfreuen. Das wird eine wichtige Arbeit sein, auf die ich mich persönlich auch freue.

Ich danke Ihnen sehr für die vorzügliche Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, lieber Karl Lauterbach. Ich danke für die fast vorzügliche Einhaltung der Redezeit. Heute wird nämlich streng darauf geachtet, sonst tagen wir bis morgen früh.

Nächster Redner: Dr. Jens Brandenburg für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar) (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Damit bin ich schon einmal vorgewarnt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über eine Stärkung der beruflichen Bildung, über das gemeinsame Ziel, mehr junge Menschen in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu bringen. Warum denn eigentlich? Zum Ersten, weil junge (C) Menschen sehr unterschiedliche Wünsche, Ziele und Talente haben, manche eher theoretisch, andere sehr praktisch veranlagt. Wir wollen jedem die weltbeste Bildung mit auf den Weg geben. Zum Zweiten, weil wir auch in Zukunft, gerade im Zeitalter der Digitalisierung, gute Fachkräfte brauchen, die theoretische Innovationen in praktische Anwendungen, Produkte und Dienstleistungen übersetzen können. Sie können einem Akademiker durchaus die weltbeste CNC-Fräse oder einen 3-D-Drucker vor die Nase setzen; aber er wird ohne entsprechende Vorqualifikation Probleme haben, daraus einfach Flugzeugteile oder gar eine Hüftprothese herzustellen. Deshalb wollen wir die berufliche Bildung stärken.

(Beifall bei der FDP)

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung darf keine leere Floskel sein. Der Deutsche Qualifikationsrahmen, der DQR, setzt ja zu Recht den beruflichen Meister und den akademischen Bachelor auf ein Qualifikationsniveau, weil die Anforderungen sehr vergleichbar sind. Es geht um eigenständiges Arbeiten, um sehr komplexe Problemlagen und Aufgaben, die sich im Laufe der Zeit sehr schnell verändern. Gerade in der beruflichen Bildung sind die Anforderungen in der Praxis sehr hoch. Denken wir an die Konzentrationsfähigkeit. Ich bin selbst Akademiker und weiß, man kann durchaus den einen oder anderen Flüchtigkeitsfehler in einer akademischen Analyse später korrigieren. Das geht in der beruflichen Praxis häufig nicht. Denken Sie an Pflegekräfte, die Medikamente an Patienten austeilen, an einen Schreiner, der direkt an der Maschine arbeitet, oder auch an einen Gasleitungsinstallateur.

(D) All diese Anforderungen spiegeln sich Gott sei Dank zunehmend im Gehaltsniveau wider. Das Einstiegsgehalt eines Tischlermeisters beispielsweise ist durchschnittlich auf dem Niveau des Einstiegsgehalts eines Bachelors der Geschichtswissenschaften. Dennoch drängen wir zunehmend junge Menschen in die Hochschulen. Das hat verschiedene Gründe: gesellschaftliche Vorurteile, die Kommunikation an Schulen, die Berufsorientierung, aber eben auch, was wir als Politik vorleben. Frau Ministerin, Ihr Haus möchte 2,2 Milliarden Euro allein in den Hochschulpakt investieren. So weit, so gut, aber gerade einmal etwa ein Drittel dieser Summe ist Ihrem Haus die Qualität der beruflichen Bildung wert. Im Hochschulbereich haben wir eine etablierte Exzellenzinitiative als Innovationsmotor, als Wettbewerb um die besten Ideen. Etwas Vergleichsbares in ähnlicher Größenordnung – Frau Fahimi, wir haben ja gestern darüber gesprochen – gibt es im Bereich der beruflichen Bildung überhaupt nicht.

(Yasmin Fahimi [SPD]: Koalitionsvertrag!)

Erasmus+ steht formal allen offen; aber so etwas wie den DAAD, eine solche Austauschagentur, kennen wir in der beruflichen Bildung nicht. Wer einen akademischen Bachelor anstrebt, studiert in aller Regel gebührenfrei, anders derjenige, der den Meister in der beruflichen Bildung macht. Zur Begabtenförderung gibt es umfangreiche Systeme im Hochschulbereich, aber kaum etwas in der beruflichen Bildung. Selbst im öffentlichen Dienst kommen Sie als Einsteiger – trotz vergleichbarer Qualifikation – nur dann in die höheren Entgelt- und Be-

Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)

(A) soldungsgruppen, wenn Sie einen formalen Hochschulabschluss mitbringen. Wer von Gleichwertigkeit redet, muss den Worten endlich Taten folgen lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Enquete-Kommission – ich hoffe, dass wir sie gleich einmütig hier beschließen – nicht als Feigenblatt nutzen, auf dass in drei Jahren einfach ein paar wohlklingende Worte beschlossen werden, sondern als mutigen Schritt nach vorne für ein wirkliches Update der beruflichen Bildung. Das sind wir all den jungen und älteren Menschen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung schuldig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Alois Gerig [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Dr. Brandenburg. – Nächste Rednerin: Birke Bull-Bischoff für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Für Die Linke ist bei der Arbeit der Enquete-Kommission vor allen Dingen eines wichtig: Wir wollen, dass die Abhängigkeit von beruflicher Bildung und sozialem Status entkoppelt wird.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Leistung muss sich lohnen, und nicht soziale oder kulturelle Herkunft.

Das heißt aus der Perspektive junger Menschen: Berufliche Bildung ist wichtig für ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Bildung ist gewissermaßen der Rohstoff in einer Wissensgesellschaft. Aus der Perspektive der Arbeitsgesellschaft heißt das selbstverständlich auch: Wir brauchen qualifizierte, gut ausgebildete Fachkräfte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei geht es um junge Leute, die neben ihrer fachlichen Ausbildung auch einen Blick dafür haben, wie nachhaltig unsere Gesellschaft sich entwickelt, die Mut haben zu Kreativität, die auch Mut zum Widerspruch haben, die ein Gefühl für den sozialen Zusammenhalt und für all die Entwicklungslinien haben, die unsere Gesellschaft ausmachen.

Ich möchte trotzdem gern einen Punkt betonen, und zwar die Situation von jungen Menschen, die mit wenig Erfolg die Schule verlassen, deren Eltern beispielsweise von Hartz IV leben bzw. leben müssen, die in ihrer Bildungsbiografie schon vielfältiges Scheitern ertragen mussten und Benachteiligungen erfahren haben. Denn ich denke, unser Anspruch muss sein, sie zu unterstützen und ihnen den Spaß an eigener Entwicklung, Motivation und Anreiz zurückzugeben.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Wir müssen alles versuchen, um ihnen den Zugang, vor allem aber den Erfolg im dualen System zu ermöglichen.

Was heißt das für die Arbeit in der Enquete-Kommission? Das heißt, es muss gefragt werden: Wie kann Erfolg gelingen? Welche Unterstützungssysteme sind lediglich Warteschleifen oder Sackgassen, und welche machen Sinn? Es muss aber auch gefragt werden: Welche Anreize und welche sozialen Sicherungen sind für diese jungen Menschen nötig?

Hinzu kommt die Digitalisierung der Arbeitswelt; sie ist ja ein ganz zentraler Bestandteil der Arbeit der Enquete, deren Einsetzung wir gleich hoffentlich beschließen. Diese Entwicklung ist mit Blick auf diese jungen Menschen eine ganz besondere Herausforderung, weil die helfenden und die Fachberufe – so sagen es zumindest Experten – langfristig sehr stark gefährdet sind. Experten sprechen von 50 Prozent, die wegfallen und durch digitale Angebote in der Arbeitswelt ersetzt werden. Daraus folgen die Fragen: Was haben wir diesen jungen Menschen in der beruflichen Bildung zu bieten? Welche Perspektiven haben wir für diese jungen Menschen in der digitalisierten Arbeitswelt? Welche Unterstützungsmaßnahmen brauchen wir, um digitale Spaltung zu verhindern oder wenigstens abzubauen?

Wir können auf niemanden verzichten, meine Damen und Herren. Wir brauchen kluge Köpfe, auch diejenigen, die bereits wegen ihrer sozialen Herkunft ausgebremst wurden.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Wir wollen auch auf niemanden verzichten. Denn am Ende ist das eine grundsätzliche Frage, nämlich eine Frage des sozialen Zusammenhalts.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Bull-Bischoff. – Nächste Rednerin: Margit Stumpp für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Margit Stumpp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Endlich – „endlich“ ist man geneigt zu sagen – wird das Thema „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ auch hier im Bundestag angegangen, spät zwar – und ob eine Enquete die geeignete Form ist, darüber ließe sich trefflich streiten –, aber immerhin.

Liest man den Einsetzungsantrag, kehrt allerdings schnell Ernüchterung ein. Zu Beginn wird von Innovationspotenzialen sowie von Beschäftigungs- und Teilhabechancen jedes Einzelnen gesprochen, gar von der dynamischsten Innovationsphase unserer Geschichte. Gespannt liest man den Auftrag, den die Koalition aus dieser Beschreibung ableitet. Von der Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die Rede und von einer klaren Strategie für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, auch von Gleichwertigkeit zur akademischen Bildung –

Margit Stumpp

(A) alles Themen, die unstrittig sind. Darum dreht sich die Diskussion seit Jahren.

Sehr geehrte Ministerin Karliczek, die Weiterentwicklung von Ausbildungsinhalten und -methoden ist ständiges Thema in den Kommissionen und an den beruflichen Schulen. Herr Lauterbach, aus meiner langjährigen Erfahrung als Berufsschullehrerin sage ich: Die Schulen sind da deutlich weiter, als Sie es beschrieben haben. Allein, das kostet die Träger eine ganze Menge Geld. Auch Weiterbildung ist dort längst angekommen. Denn die Frage: „Wie verändert sich das Verhältnis von Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung?“, mit der sich die Enquete beschäftigen soll, ist leicht zu beantworten: Eine Erstausbildung dauert in der Regel 3 oder auch einmal 3,5 Jahre, ein Berufsleben rund 40 oder 45 Jahre. Oft beginnt die Weiterbildung schon in der Erstausbildung. Das zeitliche Verhältnis ist also rund 1 : 15. Da ist es doch augenfällig, dass man sich dringend mit der Frage beschäftigen muss, wie Methoden und Strukturen der Weiterbildung als Teil und Notwendigkeit des lebenslangen Lernens aussehen sollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider haben Sie unsere Vorschläge dazu nicht aufgegriffen. Der Begriff „Weiterbildung“ ist zwar angekommen, wurde aber nicht substanziell mit Aufträgen hinterlegt.

(Dr. Jens Brandenburg [Rhein-Neckar] [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Dieses Versäumnis wiegt umso schwerer angesichts der (B) Tatsache, dass – so der nationale Bildungsbericht – die sozialen Unterschiede im Bildungsbereich unverändert stark ausgeprägt sind. Gerade Weiterbildung kann die Schwächen von Menschen ohne Schulabschluss und/oder ohne Erstausbildung kompensieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Benachteiligte Gruppen können, auch mithilfe der Digitalisierung, nachqualifiziert werden. Dafür sind geeignete Maßnahmen und übersichtliche Strukturen längst überfällig. Eine Koordination ist dringend notwendig. Dazu aber steht in der Aufgabenplanung: nichts!

Noch ein Befund aus dem nationalen Bildungsbericht: Die Einkommensunterschiede von Männern und Frauen nehmen mit steigendem Einkommen zu; verschärft wird die Einkommensdifferenz aber auch durch die geschlechtsspezifische Berufswahl.

Trotz dieser – im Übrigen alten, aber dennoch nicht weniger signifikanten – Erkenntnisse wollen Sie das Thema Geschlechtergerechtigkeit nicht einmal im Hinblick auf den Fachkräftemangel in MINT-Berufen angehen. Andererseits kündigt die Ministerin an, im MINT-Bereich 50 Millionen Euro investieren und insbesondere in Sachen Berufswahl die Mädchen und jungen Frauen als brachliegendes Potenzial in den Blick nehmen zu wollen. Darum bemüht sich die Industrie seit Jahren – leider überwiegend vergeblich.

Mich selbst verfolgt das Thema seit meinem Ingenieursstudium. Es mangelt ja nicht an guten Untersuchungen und Studien – allein, es fehlt an der Umsetzung. Vor (C) diesem Hintergrund ist es ein geradezu sträfliches Versäumnis, das Thema „Frau und Technik“ – so nenne ich es einmal plakativ – in einer Enquete zur beruflichen Bildung auszusparen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE])

„Geschlechtergerechtigkeit“ unter „Diskriminierung“ zu subsumieren, trifft das Problem nicht. Thema verfehlt!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt sollen in dieser Enquete Fragen behandelt werden, deren Beantwortung dringend – um nicht zu sagen: überfällig – ist. Deswegen halten wir es für sinnvoll und geboten, Zwischenberichte zu veröffentlichen, um aus den Empfehlungen parlamentarische Initiativen oder gar Regierungshandeln ableiten zu können. Denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Thema „Reform der beruflichen Bildung“ liegt schon viel zu lange brach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch drei Jahre – oder angesichts des besorgniserregenden Zustands der Regierung vielleicht besser: eventuell noch drei Jahre – zu warten, bis dann die nächste Regierung vielleicht Empfehlungen aufgreift, das können und sollten wir uns im Hinblick auf den schnellen Wandel der Berufsprofile nicht leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Doch auch diese Forderung wurde nicht übernommen. Angesichts des Flickwerks von Ankündigungen der Koalition nährt dies den Verdacht: Es gibt kein Konzept. – Und wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründe ich ‘nen Arbeitskreis.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ’ne Enquete!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Koalitionsvertrag ist vom „Chancenland“ die Rede. Diese Enquete hätte im Hinblick auf die Chancen vieler Menschen durch die berufliche Aus- und Weiterbildung tatsächlich einen Mehrwert bieten können. Wer aber wichtige Themen wie Fortbildung, lebenslanges Lernen oder die Integration benachteiligter Gruppen weitgehend ausblendet, hat diese Chance verschenkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der konkreten Arbeit an diesem wichtigen Thema verschließen wir uns selbstverständlich nicht, aber diesem völlig unzureichenden Einsetzungsbeschluss werden wir nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Margit Stumpp. – Nächster Redner: Dr. Stefan Kaufmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A)

Dr. Stefan Kaufmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die berufliche Bildung steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Auf der einen Seite entscheiden sich immer weniger junge Menschen für eine berufliche Ausbildung. Viele Betriebe – nicht nur in meiner Region – suchen händeringend nach Jugendlichen. Und es gibt große Passungsprobleme zwischen den verfügbaren Ausbildungsplätzen und den Wünschen der Jugendlichen. Auf der anderen Seite steigen die Anforderungen in den Ausbildungsberufen seit Jahren an – nicht nur in den industrienahen technischen Ausbildungsberufen, sondern auch im Handwerk.

Eine wesentliche Ursache hierfür ist die Digitalisierung, die alle Bereiche der beruflichen Bildung und des Arbeitens nachhaltig beeinflusst. In diesem Spannungsfeld stellt sich in vielen Betrieben nun die Frage, wie sie ihren Fachkräftebedarf der Zukunft decken können und welches Rüstzeug junge Auszubildende, aber auch jene, Frau Stumpp, die schon im Betrieb sind, brauchen, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Ich sehe im Übrigen, Frau Stumpp, das Thema Fort- und Weiterbildung in der Enquete nicht ausgeklammert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In der Enquete-Kommission, die wir heute einsetzen, wird es genau darum gehen.

Aber auch darum wird es gehen: dem Thema berufliche Bildung in der Öffentlichkeit mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Diese Sichtbarkeit hat die berufliche Bildung mehr als verdient.

(B)

Wir haben es gehört: Im Zuge einer fortschreitenden Akademisierung der Gesellschaft stellt sich die Frage nach der Rolle der beruflichen Bildung und der dualen Ausbildung immer dringender. Es wird viel vom Attraktivitätsverlust der beruflichen Bildung gesprochen. Dabei bildet die berufliche Bildung – darin sind wir uns hier ja alle einig – eine hervorragende Grundlage für ein gutes Leben.

Meine Damen und Herren, die Einsetzung einer Enquete bedeutet im Übrigen nicht, Frau Stumpp, dass wir die Fragen und das Thema „Berufliche Bildung“ seitens der Koalition auf die lange Bank schieben.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht ihr immer!)

Union und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag einen ganzen Maßnahmenkatalog zur Stärkung der beruflichen Bildung verabredet, zum Beispiel – auch an Ihre Adresse, lieber Kollege Brandenburg – ein Berufsbildungspaket zur Modernisierung der beruflichen Bildung und der Berufsschulen, die Stärkung der Berufsorientierung, die Stärkung regionaler Ausbildungsmärkte, Verbesserungen beim Aufstiegs-BAföG, die Stärkung der höheren Berufsbildung und des dualen Studiums und natürlich auch die Novelle des Berufsbildungsgesetzes.

All dies dient dazu, die berufliche Bildung aufzuwerten und die duale Ausbildung attraktiver zu machen. Dazu haben wir gestern im Ausschuss im Gespräch mit Professor Esser einige Ideen gehört bzw. entwickelt, beispielsweise eine mögliche Verlängerung der Schulpflicht auf zwölf Jahre, vor allem aber eine mögliche Ausdehnung der Berufsschulpflicht auf das Alter von 21 Jahren – hier ist Bayern im Übrigen vorbildlich –, eine Verbesserung der Ausbildung der Berufsschullehrer, die Erhöhung der Attraktivität des Berufsbildes und die Erhöhung der Ausbildungsbetriebsquote vor allem bei Kleinbetrieben durch neue Anreizsysteme; man könnte hier über steuerliche Anreize oder die bevorzugte Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge anstelle einer, wie es die Linken vorschlagen, solidarischen Umlagefinanzierung nachdenken. Das sind die Themen, an denen wir gemeinsam arbeiten können.

(C)

Im Übrigen freue ich mich, Kollege Brandenburg, dass im Bereich der Internationalisierung immer mehr – Sie haben das Thema angesprochen – junge Berufsschüler an europäischen Austauschprogrammen teilnehmen, auch ohne einen DAAD für die Berufsbildung. Wir setzen uns in Brüssel massiv dafür ein, dass in Zukunft noch mehr junge Menschen die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat zu absolvieren. Deshalb ist es richtig, dass der Anteil für den Bereich der beruflichen Bildung im neuen Programm Erasmus+ auf über 5,2 Milliarden Euro erhöht werden soll.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Rabanus [SPD])

Was ist nun zu tun? Einzelne Aspekte, wie beispielsweise die dringend notwendige Digitalisierung unserer Berufsschulen, sind in absehbarer Zeit mit ganz konkreten Maßnahmen – Stichwort „Digitalpakt“ – zu bewerkstelligen. Das werden wir umsetzen. Andere Maßnahmen sind von eher systemischer Natur. Hierfür brauchen wir eine strategische Neupositionierung.

(D)

Unter anderem mit solchen systemischen Fragen werden wir uns in der Enquete-Kommission beschäftigen – in einem angemessenen Zeitrahmen mit externen Expertinnen und Experten.

Am Ende soll dann der Weg klar sein, wie wir in Zukunft die Menschen in unserem Land mit beruflicher Bildung fit machen für die Arbeit in einer lernenden Wissensgesellschaft mit dynamischen Produktionslebenszyklen, flexiblen Arbeitsverhältnissen und assistiven Systemen, –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Stefan Kaufmann (CDU/CSU):

– damit die berufliche Bildung auch in Zukunft ein gutes Rüstzeug für junge Menschen bilden kann. Auf diese spannende Aufgabe und auf die gemeinsame Diskussion freue ich mich.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Dr. Kaufmann. – Nächste Rednerin für die AfD-Fraktion: Nicole Höchst.

(Beifall bei der AfD)

Nicole Höchst (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Mal ganz vorneweg: Den Antrag für die Enquete-Kommission tragen wir sehr gerne mit. Die Mitzeichnung ist uns aber aus kindergartensymbolpolitischen Gründen von den Konsensparteien in Einigkeit verwehrt worden. Nun denn, liebe Kartellparteien: Sie lassen uns vielleicht nicht mit Ihren Sandkastenförmchen spielen,

(Beifall bei der AfD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind hier im Deutschen Bundestag!)

aber bei der Arbeit der Enquete-Kommissionen werden sich unsere Experten einbringen, ob Ihnen das nun passt oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir leben in spannenden Zeiten. Wir müssen gemeinsam für unser Land und unsere Zukunft wichtige Weichen stellen. Die duale Ausbildung als deutsches Erfolgsmodell gilt es intelligent und mit Bedacht an die neuen Herausforderungen in Zeiten des digitalen Wandels anzupassen. Die rasanten Entwicklungen im Bereich der digitalen Technologien stellen unser bewährtes System auf die Probe. Die Gefahr, dass durch Schnellschüsse an den falschen Stellschrauben gedreht wird, ist hierbei groß. Umso sinnvoller ist es, endlich darauf zu reagieren und eine Enquete-Kommission zu installieren, welche mit Experten aus Wirtschaft, Bildung und Politik eine Strategie entwickeln soll.

(B)

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Expertinnen!)

Meine Damen und Herren der uns schon länger Regierenden, das müssen Sie sich tatsächlich vorhalten lassen: Sie haben die Entwicklungen, die sich seit Jahren rund um die Digitalisierung abzeichnen, schlichtweg verschlafen.

Bei der Vorbereitung auf die heutige sowie die zukünftige Arbeitswelt und die damit verbundenen Entwicklungen, wie zum Beispiel E-Health, digitale Landwirtschaft, smartes Handwerk, digitales Bauen etc., müssen diese zeitnah auch in den Ausbildungen ankommen. Hierbei ist genau zu schauen, welcher Partner welcher Entwicklung am ehesten Rechnung tragen kann. Da sich schulische Systeme aber nur sehr behäbig umsteuern lassen, kann der schulische Partner zumindest eines tun: allzeit aktuelle Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, während gleichzeitig sinnvolle digitale Veränderungen mit Bedacht und konzertierter Macht betrieben werden.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Herrn Vaatz?

(C)

Nicole Höchst (AfD):

Sehr gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Vaatz, bitte.

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Frau Kollegin, dürfte ich von Ihnen erfahren, wer konkret Ihnen die Mitzeichnung des Antrags zur Einsetzung einer Enquete-Kommission verweigert hat?

Nicole Höchst (AfD):

Sehr gerne. Vielen Dank für die Frage. – Natürlich lassen wir von der AfD keinen von den Mitarbeitern hier in diesem Hohen Hause ins offene Messer laufen. Aber seien Sie sich gewiss, dass wir vom Bildungsarbeitskreis der AfD explizit darum ersucht haben, auf diesem Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission zu stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Stephan Albani [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – René Röspel [SPD]: Innerhalb der AfD waren die Schwierigkeiten, oder was?)

Hierbei ist genau zu schauen, welcher Partner welchen Entwicklungen am ehesten Rechnung tragen kann – da waren wir gelandet. Es war die Rede davon, sinnvolle Veränderungen mit Bedacht und mit konzertierter Macht zu betreiben.

(D)

Es ist eben nicht damit getan, ein Smartboard ins Klassenzimmer zu stellen und schnelles Internet zu legen, und schon läuft das mit dem digitalen Wandel. Wir müssen zuallererst eine gemeinsame Vision und ein tragfähiges Konzept erstreiten, wie wir zukunftsfähige berufliche Bildung gestalten wollen, und zwar frei von ideologischen und zwangsneurotischen Hirngespinsten.

Auch der zunehmenden Entmenschlichung und Ökonomisierung von Bildung, die Schüler nur noch als Humankapital wahrnimmt, treten wir entschieden entgegen. Wir brauchen wieder Mut zur Leistung, Mut zu Qualität und Exzellenz in der Bildung. Wir brauchen Mut zu einer Zukunftsperspektive für Deutschland, eingebettet in ein Europa der Vaterländer.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen Meister statt Master und ein Umfeld, das die Berufung junger Menschen, ihre Leistung, ihr Engagement und ihre erworbene Expertise in jeder Form wertschätzt.

Meine Damen und Herren, es ist an uns allen, in dieser Enquete-Kommission gemeinsam unser Menschenmöglichstes zu tun, um die berufliche Bildung für die digitale Arbeitswelt zukunftssicher zu machen und hier die richtigen Weichen zu stellen. Es darf nicht gekleckert, es muss geklotzt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

(A)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke schön. – Nächste Rednerin: Yasmin Fahimi für die Fraktion der Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Yasmin Fahimi (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrtes Haus! Frau Höchst, wissen Sie, wenn Sie hier Vorwürfe eines undemokratischen Verhaltens an dieses Haus richten, dann müssen Sie schon auch Beweise vorlegen. Wenn Sie das nicht können oder wollen, dann schweigen Sie einfach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen davon habe ich in Ihrer Rede nur darauf gewartet, wann Sie es tatsächlich schaffen, selbst beim Thema berufliche Bildung Ihre Deutschtümelei einzubringen. Zum Schluss haben Sie das tatsächlich geschafft. Dafür zumindest Respekt.

(Zurufe von der AfD)

Aber wir kommen jetzt zurück zum Thema. Wir sind uns hier insgesamt einig, egal was den Antrag im Einzelnen angeht, dass das duale System in Deutschland ein Erfolgsschlager ist, und zwar über die nationalen Grenzen hinaus.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Jetzt wollen wir aber in dieser Enquete-Kommission über eins reden, nämlich darüber, wie wir diesen Erfolgsschlager im Zuge des Wandels für uns erhalten können.

Ich will hier noch ein Element einbringen, das mir wichtig ist, nämlich dass wir im Kontext dieses Wandels nicht nur über Technik und technisches Know-how reden, sondern auch darüber, dass der Wandel, der uns im Zuge der Digitalisierung erwartet, einer ist, der uns viel substanzieller trifft. Dann reden wir nämlich in der Frage, was denn eigentlich produktive und notwendige Arbeit von morgen ist, nicht nur über das technische Know-how, das wir brauchen, sondern auch darüber, dass wir viel mehr pädagogische, soziale und pflegerische Tätigkeiten brauchen, die im Übrigen gut organisiert und gut bezahlt sein müssen, über die Rolle des Menschen in der zukünftigen Arbeitswelt und natürlich auch über den jeweiligen Wert der Tätigkeiten darin.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit anderen Worten: Wenn ich jetzt zwei Ziele, die wir uns in der Enquete-Kommission vorgenommen haben, beschreibe, dann müssen wir das vor allem auch mit diesem Fokus tun, nämlich Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung, und das eben nicht nur aus einer Angstecke heraus getrieben, sondern mit der Fragestellung: Wie können wir für die junge Generation neue Horizonte schaffen?

(C)

Ich hoffe doch – davon gehe ich jedenfalls aus –, dass wir alle nicht nur ein Talent haben, sondern dass wir viele Potenziale und Talente haben – jedenfalls die meisten hier. Insofern muss man doch darüber reden, welche Ansprüche, Wünsche und natürlich auch Finanzierungen gerade hinter der Verzahnung und dem Thema Weiterbildung stehen.

Wirtschaftliche und soziale Modernisierungsmöglichkeiten herauszufinden, das ist unser Ziel. Es geht eben nicht alleine um die Passgenauigkeit zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt. Es geht darum, beispielsweise Berufsorientierung so auszurichten, dass das Potenzial erkannt wird und dass der einzelne junge Mann oder die einzelne junge Frau tatsächlich den Beruf findet, der zu ihnen passt und mit dem sie glücklich und zufrieden werden. Das muss doch unser Ziel sein: dass wir die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung erhöhen, dass wir Kleinstbetriebe in der Qualität ihrer Ausbildung unterstützen, dass wir Erst- und Weiterbildung miteinander verzahnen und dass wir Berufsschulen für die zukünftigen Aufgaben auch mit Blick auf die Qualifikation der Berufsschullehrer weiter ausbauen.

Das geht aber nur dann, sehr verehrte Damen und Herren, wenn wir über die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung reden, über die Gleichwertigkeit, die wir dafür schaffen müssen, und vor allem – und das soll mein Ziel sein; das will ich hier noch einmal betonen – darüber, dass die Menschen selbstbestimmt über ihren Bildungsweg entscheiden können. Dafür brauchen sie Informationen. Dafür brauchen sie Orientierung und Unterstützung und eben bestmögliche Bildungswege.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Frau Kollegin Christmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

Yasmin Fahimi (SPD):

Ich bin so gut wie am Ende.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nur von der Redezeit!)

Deswegen würde ich das jetzt gerne zu Ende bringen.

Ich möchte gerne noch auf eines hinweisen – auch weil das hier immer wieder sozusagen gegeneinander ausgespielt wird –: Die duale Ausbildung ist kein Widerspruch von Kopf- und Handarbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Yasmin Fahimi

(A) Erfolgreiche Werbung für die berufliche Bildung macht man nicht, indem man vor der Akademisierung warnt und so tut, als ob es eine Überakademisierung in unserem Land gäbe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Jens Brandenburg [Rhein-Neckar] [FDP]: Es geht um die Gleichwertigkeit!)

Ich sehe das ganz anders. Ich will das hier ganz deutlich sagen: Ich möchte keinen jungen Menschen davon abhalten, einen möglichst guten Schulabschluss zu machen und, wenn er möchte, auch ein Studium anzutreten. Ich möchte – und das sehe ich als unser Ziel –, dass wir die Möglichkeiten aufzeigen und die besten Bedingungen für das bestmögliche Lernen in allen Bildungswegen schaffen. Dann halten wir ein Versprechen, zu dem wir eigentlich der jungen Generation gegenüber auch verpflichtet sind, nämlich dass Bildung und Qualifizierung, insbesondere auch die duale Ausbildung, ein Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben sein sollen. Dafür müssen wir die jungen Menschen motivieren und anspornen, und dafür müssen wir die Wege und die Ressourcen organisieren, damit das auch möglich ist. Nur über Attraktivität und Motivation entstehen die Bildungswege von ganz alleine, ohne dass wir sie in irgendetwas hineinzwingen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(B)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Yasmin Fahimi. – Nächster Redner: Dr. Thomas Sattelberger für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. h. c. Thomas Sattelberger (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Akademikerschwemme – Unwort des Jahrzehnts! Bildungssysteme gegeneinander auszuspielen, um die Fachkräftelücke zu mindern – wie dumm!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber kann berufliche Bildung wieder gleichziehen mit dem Studium?

Vier Punkte für die Enquete:

Erstens. Akademische und berufliche Abschlüsse müssen anschlussfähig sein, wechselseitig. Berufliche Bildung muss Studienmodule anerkennen, Hochschulen berufliche Qualifikation. Vom Wissenschaftsrat vor vier Jahren gefordert, von der GroKo verschlampert!

(Beifall bei der FDP)

Damit Gleichwertigkeit gelingt, müssen Unternehmen beruflich Qualifizierten auch endlich wieder Karrierewege bieten, jenseits von Meister und Fachwirt; denn deren (C) Anteil an Führungspositionen hat sich fast halbiert. Wertschätzung statt Resterampe!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Punkt zwei. Viele unserer heutigen Berufe sind in zehn Jahren ausgestorben. Die gute Nachricht ist, dass neue Berufe entstehen: 3-D-Druck-Experte, Industrial Data Analyst. Die Metall- und Elektroindustrie lebt es vor, industrielle Berufsbilder mit dem „Agilen Verfahren“ zügig fitzumachen. Andere schlafen. Kaufmann E-Commerce – 2018 eingeführt, zehn Jahre zu spät! Amazon hat heute 40 Prozent des deutschen Onlinehandels erobert. Wir dürfen nicht schlafen, liebes Bildungs- und liebes Wirtschaftsministerium! Aufwachen, bitte!

(Beifall bei der FDP)

Punkt drei. Nur ein Drittel der Unternehmen wird von Akademikern gegründet, die Hälfte von beruflich Qualifizierten. Reinhold Würth, Artur Fischer, René Obermann – Unternehmer ohne Studium! Dieses Land investiert 340 Millionen Euro im Jahr für Akademikerstipendien, für Spitzenleister beruflicher Bildung klägliche 25 Millionen Euro. Unsere Top- und Facharbeiter, unsere Techniker und unsere Meister brauchen eine adäquate Stiftung für Begabte und Exzellenzwettbewerbe für unsere Berufsbildungszentren.

(Beifall bei der FDP)

(D) Punkt vier. Deutschland hat mehr als 2 Millionen junge Menschen ohne Berufsausbildung, verschüttete Talente zwischen 20 und 34 Jahren, Ausbildungsabbrecher, Schulabbrecher, Schulabgänger ohne Berufsausbildung. Oft Alleinerziehende, die sich strecken müssen, ihre Kinder großzuziehen, Geld zu verdienen, einen Beruf zu erlernen. Und Geflüchtete, die zudem ihre Familien zu Hause unterstützen. Hier hilft nur Ausbildung in Teilzeit und in Modulen bis zum Abschluss.

Meine Damen und Herren, all das ist der Bundesregierung seit Jahr und Tag bekannt. Aber sie handelt nicht. Sie versucht, uns mit Ankündigungslyrik müde zu spielen. Das reicht nicht, und das klappt nicht. Spucken Sie in die Hände! Packen Sie es endlich an! Ran an den Speck, Frau Karliczek!

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der CDU/CSU – Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Das war das Beste am Schluss!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Tja, das ist so eine Sache mit der Lyrik. – Nächste Rednerin: Jutta Krellmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jutta Krellmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung ist das Zauberwort und muss zurzeit für ganz viele Dinge herhalten, von Arbeitszeitgesetz bis Berufsbildung. Als Gewerkschaftssekretärin der IG Metall habe ich in den 80er-Jahren miterlebt, wie in Industriebetrieben analoge

Jutta Krellmann

Werkzeugmaschinen durch computergesteuerte Maschinen ersetzt wurden. In der Metallindustrie mussten Tausende Beschäftigte in kurzer Zeit mit neuen Technologien zurechtkommen. Maschinenschlosser, die noch an Werkbänken ausgebildet wurden, hatten es nun mit computergesteuerten Anlagen zu tun. Das war eine riesige Herausforderung, da die Qualifikation der Beschäftigten nicht mehr passte. Fachkräfte wurden plötzlich nur noch als einfache Maschinenbediener eingesetzt. Manche wurden arbeitslos. Das geschah nicht nur in Metallbetrieben. In allen Branchen, in die Computer Einzug hielten, wurden die Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwertet.

Die Antwort, die dafür sorgte, dass die bisherigen Fachkräfte nicht auf der Strecke bleiben und nur neue oder junge Beschäftigte eine Chance haben, waren Weiterbildung und Anschlussqualifikation, Überarbeitung der Berufsbilder und Veränderung der Berufsausbildung durch neue Lernformen und neue Prüfungsordnungen. Die Maschinenschlosser mit CNC-Kenntnissen hießen von da an Industriemechaniker, Elektriker hießen Industrieelektroniker, und Dreher hießen Zerspanungsmechaniker.

Mit Sicherheit ist der digitale Wandel der Arbeitswelt, um den es heute geht, noch einschneidender. Jetzt müssen passgenaue Lösungen her.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es gut, dass diese Enquete-Kommission eingerichtet wird. Wir brauchen Antworten auf die Frage, wie die Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung aussehen wird und was die Politik beitragen muss. Aus unserer Sicht brauchen wir ein umfassendes Konzept, um Beschäftigte für die digitale Arbeitswelt fit zu machen und sie einzubinden. Für Die Linke stehen die arbeitenden Menschen und ihre Interessen im Mittelpunkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf nicht passieren, dass Arbeit entwertet wird. Eingruppierungen und damit Einkommen müssen gesichert werden.

Damit dieser Prozess gelingt, muss er durch die Beschäftigten mitbestimmt werden. Nur gemeinsam werden gute Arbeit und Weiterbildung in der digitalen Arbeitswelt gelingen. Dafür werden wir uns in der Enquete-Kommission einsetzen und starkmachen. Dafür stehen wir als Fraktion Die Linke.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Jutta Krellmann. – Nächster Redner: Stephan Albani für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Albani (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle im Reigen wird es langsam schwierig, etwas zu sagen, vor allen Dingen, wenn wir uns alle verhältnismäßig einig sind. So möchte ich mit einem kurzen Gedanken beginnen: Gewohntes hat die Eigenschaft, selbstverständlich zu werden. Das gilt für Freundschaften, das gilt für Gemeinschaften, das gilt für so vieles im Leben. Erst wenn es fehlt, wenn es in Leiden gerät, dann stellt man fest, was man daran gehabt hat.

Die berufliche Bildung, vor kurzem im Berufsbildungsbericht vorgestellt, ist per situationsbezogenem Blick eine Erfolgsgeschichte. Sie ist auch heute ein Erfolg. Es gibt allerdings natürlich Veränderungen, die nachdenklich machen. Aber schaut man aus dem benachbarten Ausland hierher, sei es von Skandinavien mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 19 Prozent, sei es von anderen Ländern wie zum Beispiel Serbien, das diese berufliche Ausbildung momentan erst einführt und wo man überhaupt keine Passgenauigkeit von Bedarf und entsprechender Ausbildung hat, dann weiß man, was man an dieser Stelle hat.

Natürlich haben wir Dinge, denen wir uns stellen müssen. Wir haben gesagt: Wir haben zwar ein Überangebot an Ausbildungsstellen, aber wir haben Passungsprobleme, und wir haben eine Abwanderung in Richtung akademischer Berufe. Aber es wird überhaupt nichts helfen, Herr König, wenn wir akademisch Ausgebildete als Schreibtischtäter bezeichnen und auf diese Art und Weise herabwürdigen; das wird der beruflichen Bildung gar nichts helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr müssen wir aufklären und bessere Perspektiven schaffen. Schaut man sich die Auflösungsquoten bei den Ausbildungsverträgen in den entsprechenden Statistiken an, so stellt man von oben herunter fest: Da steht so etwas wie „Sicherheitsfachleute“, „Koch“ oder „Restaurantfachleute“. In dem Moment wird deutlich: Das sind Berufe, mit denen bei Berufsbeginn wahrscheinlich völlig falsche Vorstellungen verbunden sind. Denn ein Koch hat halt nichts mit „The Taste“ zu tun, und nicht jede Sicherheitsfachkraft landet später bei CSI. Wenn wir an dieser Stelle während der schulischen Ausbildung hierzu besser beraten entsprechend den Talenten, dann wird dieses besser funktionieren. Es wird uns also nicht weiterbringen, das Ganze gegeneinander auszuspielen, sondern, es miteinander zu entwickeln.

Deswegen ist diese Enquete-Kommission wichtig; denn wir haben heute mit der digitalen Herausforderung letzten Endes alle Berufe auf den Prüfstand zu stellen und sie an dieser Stelle auch zukunftssicher zu gestalten. Ja – Herr Lauterbach hat es schon gesagt –, es wird auch Berufe geben, die sich deutlich ändern werden. Aus dem Kfz-Mechaniker ist der Kfz-Mechatroniker geworden. Mittlerweile ist das kein Drama mehr. Aber wenn wir immer nur über junge Leute reden, vergessen wir ein ganz klein bisschen, dass diejenigen, die diese Berufe heute innehaben, genauso von diesem Wandel betroffen sind, und sie sind vor allen Dingen die Werbeflächen für die Auszubildenden der Zukunft. Insofern ist es wichtig, auch hier die Sorge und die Angst zu nehmen, dass diese

Stephan Albani

(A) Veränderungen sie an dieser Stelle abhängen; vielmehr werden wir auch diese Leute mitnehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ein letzter Punkt, den ich nennen möchte: Ja, es wird auch Berufe geben, die wegfallen. Das wird so sein. Wenn ich in Berufsschulen zu Gast bin und frage: „Wer von euch kennt den Küfer noch?“, dann kommen nicht allzu viele Finger hoch. Ich glaube, es ist auch niemand traurig, dass vor 100 Jahren der Beruf des sogenannten Gasriechers abgeschafft worden ist. Der Gasriecher ist losgegangen und hat bei den Stadtwerken Gaslecks aufgespürt. Hier hat die technische Entwicklung dazu geführt, dass dieser Beruf aufgehört hat, zu existieren. Ich bin mir sicher, dass es Menschen gegeben hat, die ihn mit großem Stolz ausgeführt haben, und dennoch hat die Zeit einen Wandel gebracht.

Heute geht es bei den Berufen in andere Richtungen. Dafür ist die Enquete-Kommission da. Das machen wir gemeinsam. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Albani, auch dafür, dass Sie uns an den Gasriecher erinnert haben. Da haben wir wieder was gelernt. Danke schön.

(B) Nächste Rednerin: Marja-Liisa Völlers für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Marja-Liisa Völlers (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die akademische Bildung ist nicht die einzig wahre. Jetzt wundern Sie sich vielleicht und denken: Wieso sagt genau die das? Ist die nicht Gymnasiallehrerin? – Ja, das bin ich, und genau deshalb sage ich, dass die akademische Bildung nicht das Nonplusultra ist.

Bis vor kurzem habe ich das noch meinen Schülerinnen und Schülern meiner integrierten Gesamtschule gesagt. Ich möchte nicht mehr erleben müssen, dass mir Jugendliche, die den Übertritt in die gymnasiale Oberstufe nicht schaffen, sagen, dass sie große Verlierer seien oder, noch viel schlimmer, dass sie sich sogar für dumm halten. Heute sage ich es hier am Rednerpult im Deutschen Bundestag. Warum? Im Koalitionsvertrag steht: Die berufliche Bildung ist für uns gleichwertig mit der akademischen. – Das müssen wir in die Köpfe von allen reinbekommen, in die Köpfe hier im Parlament und in die da draußen im ganzen Land. Um diese Gleichwertigkeit wieder hinzubekommen, müssen wir die berufliche Bildung unbedingt wieder attraktiver machen; das ist heute auch mehrfach schon angesprochen worden.

Viele Länder beneiden uns immer noch um unser Aus- und Weiterbildungssystem – zu Recht. Auf diesen (C) Lorbeeren dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Wir müssen unser System zukunftsfest machen. Das bedeutet für mich unter anderem, dass wir einen Imagewechsel hinbekommen müssen. Keiner sollte mehr hören müssen: Wie, du machst nur eine Ausbildung? – Ich möchte weiß Gott niemanden von seinem Wunsch nach einem Studium abbringen oder gar zu einer Ausbildung überreden; es geht mir vielmehr darum, dass junge Menschen echte Wahlfreiheit haben, dass sie das machen können, für das sie sich begeistern, für das sie brennen und für das sie arbeiten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Jens Brandenburg [Rhein-Neckar] [FDP])

Als Azubine oder Azubi ist man doch kein Loser. Eine Ausbildung ist nichts Schlechtes und bedeutet nicht den Verlust von Ansehen in unserer Gesellschaft. Von diesen Hirngespinsten müssen wir dringend wegkommen. Wir brauchen jede Einzelne und jeden Einzelnen, damit wir genug gut ausgebildete Fachkräfte in unserem Land haben. Der aktuelle Berufsbildungsbericht zeigt es ganz deutlich: Immer weniger Betriebe bilden aus, und immer mehr Jugendliche sind ohne Ausbildung. – Diese Entwicklung müssen wir nicht nur aufhalten; nein, wir müssen sie umkehren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung gehört auch unbedingt (D) dazu, dass wir sie fit zu machen haben für das Zeitalter der Digitalisierung. Ganz bewusst trägt diese Enquete-Kommission den Titel „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ und nicht nur „Berufliche Bildung“.

Digitalisierung – ja, dieses Wort ist omnipräsent. Der eine oder die andere mag jetzt denken: Ach nee, nicht schon wieder! – Ich gebe zu: Dieser Begriff ist tatsächlich überall, aber es ist doch nicht das Wort, das überall ist, sondern der Prozess. Die Digitalisierung ist doch schon längst da. Wir befinden uns mitten in ihr. Wir reden hier nicht über irgendetwas, das in der fernen Zukunft geschehen wird, sondern über das, was passiert, tagtäglich, und was es vor allem mitzugestalten gilt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE])

In unseren Schulen und Betrieben muss sich etwas tun. Nur weil man jung ist und ständig ein Smartphone in der Hand hält, ist man nicht automatisch bereit für die digitale Arbeitswelt. Nur weil man seit vielen Jahren in der beruflichen Bildung aktiv ist, weiß man nicht automatisch alles am besten und ist auf dem neuesten Stand der Technik. Wir müssen alle, die man gern als „Digital Natives“ bezeichnet, mit den Fähigkeiten ausstatten, die sie brauchen, um im Beruf später bestehen zu können. Das gilt sowohl für diejenigen, die den Weg der beruflichen Bildung einschlagen, als auch für Akademikerinnen und Akademiker.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Marja-Liisa Völlers

(A) Und natürlich brauchen wir Weiterbildung, Weiterbildung, Weiterbildung. Nie war lebenslanges Lernen so wichtig wie heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben uns mit dem Antrag auf Einsetzung dieser Enquete-Kommission eine ganz klare Aufgabe, nämlich eine gemeinsame, klare Strategie zur Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu formulieren. Ich persönlich freue mich darauf, mit 18 weiteren Abgeordneten aus diesem Hohen Hause und 19 Sachverständigen daran mitarbeiten zu dürfen.

Herzlichen Dank, und auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Völlers. – Nächste Rednerin: Katrin Staffler für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Katrin Staffler (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede das hervorheben, was meiner Meinung nach ganz zentral für die Debatte ist, die wir hier führen: Die berufliche Bildung ist einer der wichtigsten Grundpfeiler der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Die Verzahnung von Theorie auf der einen Seite und Praxis auf der anderen Seite, von beruflichen (B) Schulen und Betrieben, ist das, was die berufliche Bildung hierzulande, in Deutschland, so stark gemacht hat und immer noch stark macht.

Nicht ohne Grund genießt unsere duale Ausbildung auch international ein so hohes Ansehen, und nicht ohne Grund orientieren sich andere Länder an unserem Erfolgsmodell.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Moment mal. – Könnten die Herren ihre Gespräche draußen führen? Hier redet nämlich gerade Ihre Kollegin, und wir haben eine spannende Debatte. – Ich meine das ernst, liebe Kollegen von FDP und Union.

(Beifall der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katrin Staffler (CDU/CSU):

Danke schön. – Trotzdem steht die berufliche Bildung vor großen Herausforderungen. Wir wissen alle, dass die heutige Berufswelt in einem stetigen Wandel ist. Gerade durch die Digitalisierung verändern sich die Anforderungen an unsere Auszubildenden. Genauso wie die Auszubildenden müssen auch die Lehrenden sich auf den Wandel einstellen.

Wir wissen auch, dass es nicht nur der digitale Wandel ist, der Herausforderungen mit sich bringt. Deswegen ist es richtig und aus meiner Sicht auch ganz wichtig, dass (C) wir uns in dieser Enquete-Kommission mit der beruflichen Bildung beschäftigen; denn es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, wie wir die berufliche Aus- und Weiterbildung weiterentwickeln und modernisieren können. Unser Ziel muss sein, dass die berufliche und die akademische Bildung in der Gesellschaft den gleichen Stellenwert haben. Eine Ausbildung muss für junge Menschen eine echte, eine attraktive Alternative zum Studium sein, weil das Studium eben nicht für jeden der passende Weg ist – und ich glaube, das ist auch gut und richtig.

Meine Kolleginnen und Kollegen – es haben in der Debatte ja schon einige gesprochen – haben einige Punkte genannt, mit denen sich die Kommission beschäftigen soll. Ich möchte an der Stelle gerne einen Aspekt herausgreifen, der mir persönlich wichtig ist und der meines Erachtens auch eine zentrale Rolle in der Zukunft spielen wird, und zwar die Stärkung der Internationalisierung und die Förderung des Austausches im Rahmen der beruflichen Bildung unter den EU-Mitgliedstaaten und natürlich auch über diese Staaten hinaus.

Ich glaube, es ist sehr erfreulich, dass die berufliche Bildung einen immer höheren Stellenwert in den bildungspolitischen Initiativen der Europäischen Union einnimmt. Wir sehen das zum Beispiel an den Kommissionsvorschlägen zur Weiterführung von Erasmus+; Kollege Kaufmann hat gerade schon darauf hingewiesen. Ich finde es gut, dass wir damit die besondere Bedeutung der beruflichen Bildung für die europäische Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit deutlich machen. Damit können nicht nur die Studentinnen und Studenten, sondern eben auch die Azubis, die beruflichen Fachkräfte und die (D) betrieblichen Ausbilder von Erasmus profitieren, weil sie Lern- und Arbeitserfahrungen auch im Ausland sammeln können. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: Solche Erfahrungen sind für jeden Einzelnen unbezahlbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit so einer Enquete-Kommission haben wir die Möglichkeit, zu klären, welche Hürden es bei der Mobilität im Bereich der beruflichen Bildung gibt und wie wir die Hürden meistern können. Zum Beispiel muss ein neues Erasmus-Programm viel mehr auf die spezifischen Bedürfnisse gerade von kleinen und mittelgroßen Betrieben und Unternehmen eingehen. Wir müssen darüber nachdenken, die Antragsstellung zu erleichtern, damit auch kleine Bildungseinrichtungen motiviert sind, sich an so einem Programm zu beteiligen.

Für mich ist klar, dass es eine Vielzahl von drängenden Fragen im Bereich der beruflichen Bildung gibt. Mit der Enquete-Kommission haben wir die Möglichkeit, diese zu beantworten. Deswegen kann ich Sie – ich schaue absichtlich in Ihre Richtung – nur ermuntern und ermutigen: Unterstützen Sie den Antrag, weil Sie damit die Weiterentwicklung der für Deutschland so wichtigen beruflichen Bildung unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Katrin Staffler. – Der letzte Redner in dieser Debatte: Axel Knoerig für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Axel Knoerig (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gehen wir doch einmal zehn Jahre zurück: 2008 hatten wir 5 Millionen Arbeitslose, und es war schlussendlich richtig, dass wir zwei Konjunkturpakete durchgeführt haben, um gerade kleinere Betriebe bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen.

Wir haben das umschrieben mit „Qualifizieren statt entlassen“ – so hieß das Motto während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Mit Kurzarbeit und beruflicher Weiterbildung konnten viele mittelständische Unternehmer ihr Personal halten. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren: 1,8 Millionen Arbeitnehmer wurden in Arbeit und Brot gehalten. Diese Arbeitsmarktpolitik war vorausschauend und sehr wohl verantwortungsvoll. Wir haben schon vor zehn Jahren eine langfristige Fachkräftestrategie mit Blick auf künftige Krisen gestartet.

Als weitere Herausforderungen kamen erst der demografische und dann der digitale Wandel hinzu. In der Vergangenheit hatten wir eine Enquete-Kommission zur demografischen Entwicklung und eine zu „Internet und digitaler Gesellschaft“. Über acht Jahre lang sind diese beiden Enquete-Kommissionen eingesetzt worden.

(B)

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Handlungsempfehlungen wurden nicht umgesetzt!)

Diese haben den Weg bereitet für eine neue Enquete-Kommission mit dem Titel „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“.

Meine Damen und Herren, die duale Berufsausbildung ist die wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Gerade im Rückblick auf die Wirtschaftskrise dient sie heute als ein Exportmodell für andere Staaten; denn durch die Nähe zum Arbeitsmarkt ist sie krisenfest. Die duale Ausbildung schafft Stabilität im beruflichen Bildungssystem.

Angesichts des Zwischenrufs von den Grünen erinnere ich mich noch gut daran, dass Sie es gewesen sind, die DualPlus gefordert haben. Mit diesem System wollten Sie eine staatliche Ausbildung für Jugendliche schaffen. Hunderte Millionen Euro sollten dafür eingesetzt werden. Während die duale Ausbildung ganz praxisnah erfolgt und das Wissen an verschiedenen Lernorten vermittelt wird, nämlich einmal im Betrieb bzw. im Unternehmen und in der Berufsschule als überbetriebliche Ausbildungsstätte, wollten die Grünen das Ganze im Grunde genommen aushöhlen und um eine weitere staatliche Säule ergänzen.

(Margit Stumpp [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

(C)

Es ist heute richtig gesagt worden, dass betriebliche und akademische Ausbildung längst als gleichwertig gelten. Dennoch müssen wir die duale Berufsausbildung attraktiver machen; denn die irrige Annahme, dass ein Studium mehr Verdienst mit sich bringt, hält sich immer noch hartnäckig.

Der Bildungsbericht 2018 zeigt, wo wir bei der beruflichen Bildung ansetzen müssen. So gibt es zunehmende Probleme bei Angebot und Nachfrage. Stellenprofile und Qualifikationen passen vor Ort nicht immer zusammen. Wir stellen auch fest, dass die Ausbildungsquote der Betriebe in den letzten zehn Jahren um 16 Prozent zurückgegangen ist. Deshalb ist es richtig, dass wir uns die Frage stellen: Was müssen wir beim Modell der beruflichen Bildung anpassen, damit es zukünftig weiter erfolgreich ist?

Erstens. Es gibt ein altes Stichwort: das lebenslange Lernen. Das bedarf einer konkreten Umsetzung in die Praxis. Gerade in hoch digitalisierten Berufen ist alle paar Jahre eine grundlegende Weiterbildung der Mitarbeiter notwendig.

Zweitens. Das Fachwissen muss arbeitsplatznah aktualisiert werden. Das heißt: Die berufliche Weiterbildung sollte im Betrieb stattfinden. Damit werden die Arbeitsplätze in den Branchen zukunftssicherer gemacht.

Und drittens – ganz wichtig –: Wohlstand gibt es nicht zum Nulltarif. Wir brauchen eine vorausschauende Struktur- und Wachstumspolitik, aber wir müssen auch in die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik investieren. Zum Thema Arbeitswelt 4.0 sage ich immer wieder gerne: Das ist doch das Ergebnis von Bildung und Forschung, Wirtschaft und Arbeit.

(D)

Diese drei Punkte sind relevant: lebenslanges Lernen, das arbeitsplatznahe Aktualisieren des Fachwissens und die Erkenntnis, dass Wohlstand sehr wohl auch Infrastrukturaufgaben umfasst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Enquete die berufliche Bildung und die Arbeitswelt 4.0 langfristig zusammenbringen werden. Damit bleibt unser Modell der beruflichen Bildung auch in Zukunft erfolgreich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen in der Enquete-Kommission.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollege Knoerig. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Die Linke auf Drucksache 19/2979 zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/3031 vor,

Vizepräsidentin Claudia Roth

(A) über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt. Zugestimmt haben Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die AfD-Fraktion. Dagegen waren CDU/CSU und die SPD-Fraktion. Enthalten hat sich die FDP.

Wer stimmt für den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Zugestimmt haben Die Linke, die SPD, die CDU/CSU, die FDP und die AfD. Enthalten hat sich Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag angenommen. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen eine sehr erfolgreiche Arbeit in der Enquete.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Theurer, Pascal Kober, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Bürgerentlastungsprogramm

Drucksache 19/2986

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Gesundheit
Haushaltsausschuss

(B) Ich bitte, möglichst schnell die Plätze zu wechseln und Platz zu nehmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner: Michael Theurer für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Michael Theurer (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Uninspiriert, gelangweilt und ohne Konzept. Nach zehn Jahren unter der gleichen Führung scheint sich eine Selbstgefälligkeit und Selbstüberschätzung gepaart mit Bequemlichkeit breitzumachen. – Nein, ich spreche nicht über die Nationalmannschaft.

(Dr. h. c. Albert Weiler [CDU/CSU]: Man macht keine Witze mit so was!)

Aber die Fußballweltmeisterschaft ist genauso wenig etwas, auf das wir abonniert sind, wie die Exportweltmeisterschaft.

Meine Damen und Herren, Wohlstand, nachhaltiges Wachstum, Lebens- und Berufschancen für Millionen Menschen, Chancen für die zukünftige Generation müssen täglich neu erarbeitet werden. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in unserem Land.

(C) Und vor allen Dingen brauchen wir eine Entlastung für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP)

Was tut aber die Regierung für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger?

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Wir haben Vollbeschäftigung geschaffen!)

Wenn es gut läuft: nichts. Wenn es schlecht läuft, dann werden noch zusätzliche Belastungen draufgesattelt. Wir halten das für falsch.

Wenn wir mal die Industrieländer vergleichen, dann stellen wir fest, dass die Belastung durch Steuern und Abgaben für den Normalverdiener in der Bundesrepublik Deutschland die zweithöchste aller Industrieländer ist. Das muss uns wachrütteln. Wenn jetzt die Steuerreformen in Frankreich und in den USA umgesetzt werden, dann fällt Deutschland auch bei den Unternehmensteuern zurück.

Heute berichtet die „FAZ“ über die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion. Die Antwort dürfte den Fragesteller politisch nicht zufriedenstellen. Denn die Statistiken der Bundesregierung zeigen: Die Einkommen aus Rente sind in den letzten Jahren schneller gestiegen als die Einkommen aus Arbeit und Vermögen.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Das haben wir doch richtig gemacht!)

(D) Wir sagen: Arbeit muss sich wieder lohnen. Wir sagen: Mehr Netto vom Brutto. Wir sagen: Jetzt ist es an der Zeit, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will zwei Punkte hervorheben, zu denen wir konkrete Gesetzesinitiativen eingebracht haben. Erstens: die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Für 3 Millionen Personengesellschaften in Deutschland ist die Einkommensteuer die Unternehmensteuer. Genau diese mittelständischen Unternehmen sollte man entlasten; der verfassungswidrige Soli sollte abgeschafft werden, und er sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen von Linksfraktion und den Grünen, komplett abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Die Experten sind sich einig: Die Wirtschaftsweisen halten eine Senkung um 0,5 Prozentpunkte für möglich. Die Sozialkassen sind keine Sparkassen. Rücklagen von 20 Milliarden Euro reichen aus, um konjunkturelle Dellen abzufedern. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Beiträge zu senken.

Ich kann die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion, die das ja immer wieder öffentlich gefordert haben und gesagt haben, dass sie das auch wollen, nur ermutigen: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag zu einem Bürgerentlastungsprogramm können Sie heute ein Zeichen dafür setzen, dass Sie es ernst damit meinen, wenn Sie sagen,

Michael Theurer

(A) dass die Belastungsschraube nicht immer weiter angezogen werden kann. Vielmehr haben es die Bürgerinnen und Bürger verdient, jetzt entlastet zu werden; denn wenn die Steuereinnahmen weiter so wachsen, wie sie in den letzten Jahren gewachsen sind, werden sie sich von 2005 bis 2021 verdoppelt haben. Wann, wenn nicht jetzt, soll man die Bürgerinnen und Bürger entlasten?

(Beifall bei der FDP)

Deshalb werbe ich um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Michael Theurer. – Nächster Redner: Torbjörn Kartes, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Torbjörn Kartes (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Dieser Antrag der FDP ist ein Musterbeispiel, das zeigt, wo der Unterschied zwischen einem Antrag der Opposition, zwischen dem Handeln der Opposition und einem Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt.

Es ist vergleichsweise leicht, ein paar Zahlen in einen Antrag zu schreiben – und es sind sicher auch ein paar gute Ideen dabei –, wenn man keine Regierungsverantwortung trägt. Es ist bequem, den Bürgerinnen und Bürgern Entlastungen zu versprechen, wenn man keine

(B) Haushaltsverantwortung zu tragen hat und Entlastungen im Übrigen auch nicht finanzieren muss, also Einsparungen an anderer Stelle vornehmen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Die haben sich in die Büsche geschlagen!)

Es ist einfach, der Bundesregierung vorzuwerfen, nicht in die Gänge zu kommen, wie Herr Lindner das in der letzten Woche auf seiner Pressekonferenz getan hat. Dabei verschweigen Sie immer wieder, dass Sie ganz stark dafür mitverantwortlich sind, dass es überhaupt zu diesen Verzögerungen bei der Regierungsbildung gekommen ist, liebe Kollegen von der FDP.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Theurer [FDP]: Das lenkt ja ab vom Unionsstreit, nicht?)

Es ist in der Sache völlig falsch, der Bundesregierung insgesamt Untätigkeit vorzuwerfen. Genau das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist der Fall. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir haben zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der Familien schon eine ganze Reihe wichtiger Maßnahmen beschlossen, und im Unterschied zu Ihnen werden wir diese in dieser Legislaturperiode auch umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Michael Theurer [FDP]: Da sind wir mal gespannt, ob da noch etwas kommt!)

(C) Ich möchte zumindest auf zwei Punkte Ihres Antrags ganz kurz eingehen. Sie fordern eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte. Das hört sich gut an.

(Michael Theurer [FDP]: Herr Linnemann hat das auch gefordert!)

Das können wir uns auch gut vorstellen, solange die Konjunktur so ist, wie sie ist. Aber wir müssen uns auch auf andere Zeiten einstellen; denn wir wollen den Beitrag möglichst lange stabil halten können. Deshalb muss man solche Entscheidungen auch ganz genau abwägen, wenn man Verantwortung trägt. Man braucht dafür im Übrigen auch Mehrheiten.

Wir sind aber auch an dieser Stelle längst nicht untätig. Vielmehr werden wir den Beitrag zunächst um 0,3 Prozentpunkte senken. Damit entlasten wir ganz konkret alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

(Michael Theurer [FDP]: Ihr Kollege Linnemann fordert 0,5 Prozentpunkte!)

Das ist ein guter und vernünftiger Weg; er ist von Verantwortung gekennzeichnet.

Gleiches gilt für die Streichung des Solidaritätszuschlags ab dem Jahr 2020. Es ist ganz klar: Das wollen wir auch. Wir wollen, dass in Deutschland niemand mehr Solidaritätszuschlag zahlen muss. Da wir dies aber haushaltsverträglich abbilden müssen, werden wir auch hierbei in Schritten vorgehen, sodass – das ist ja die gute Nachricht; die verschweigen Sie – bis 2021 immerhin

(D) 90 Prozent aller Steuerzahler den Solidaritätszuschlag nicht mehr zahlen werden. Das betrifft insbesondere natürlich kleinere und mittlere Einkommen. Das sind gute Nachrichten für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Theurer [FDP]: Die Teilabschaffung ist verfassungswidrig!)

Es ist im Übrigen so, dass wir auch sonst in den ersten 100 Tagen schon einiges auf den Weg gebracht haben, was Familien entlastet. In der gebotenen Kürze: Da ist erstens das Baukindergeld, das gestern vom Bundeskabinett beschlossen worden ist. Das war unsere Forderung. Das war eine Forderung der Union im Wahlkampf. Es kommt jetzt – im Übrigen ohne Begrenzung des Wohnraums.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine unsinnige Subvention ist das! Quatsch ist das!)

Wir werden zweitens das Kindergeld erhöhen, zunächst um 10 Euro, später um 15 Euro, also um insgesamt 25 Euro in dieser Legislaturperiode. Auch hier gehen wir in Schritten vor und verlieren vor allen Dingen nicht aus dem Auge, dass wir am Ende – ich denke, das sind wir zukünftigen Generationen schuldig – immer auch an einem ausgeglichenen Haushalt arbeiten müssen.

Drittens – letzter Punkt –: Wir stellen die Beitragsparität in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder her

(Beifall der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Torbjörn Kartes

(A) und entlasten so ganz erheblich Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Sie sehen also: Wir sind mittendrin, wenn es darum geht, Menschen bei uns im Lande zu entlasten.

Wir werden nächste Woche den Bundeshaushalt 2018 beschließen. Dies ist ein Haushalt, der uns finanzielle Spielräume ermöglicht, um gestalten zu können. Diese Spielräume sind tagtäglich erarbeitet worden von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land, die jeden Tag früh aufstehen, die hart arbeiten und die ihre Steuern zahlen. Dafür sage ich zum Abschluss – dazu haben wir durch Ihren Antrag immerhin Gelegenheit – ganz herzlich Danke.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Torbjörn Kartes. – Nächster Redner für die AfD-Fraktion: Martin Sichert.

(Beifall bei der AfD)

Martin Sichert (AfD):

(B) Meine Damen und Herren! Wertes Präsidium! Ich danke der FDP ausdrücklich für diesen Antrag; denn er zeigt, warum die freiheitliche Partei in diesem Land AfD und eben nicht FDP heißt.

(Lachen bei der FDP)

In Ihrem Antrag stehen viele gute Dinge. Ja, wir müssen die besondere Belastung der Mittelständler abbauen. Ja, wir müssen die versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenkasse herausbekommen. Ja, wir müssen die Steuer- und Abgabenlast senken. Ja, wir müssen die Bürokratie deutlich reduzieren. Und ja, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gehört gesenkt, und ja, der Solidaritätsbeitrag gehört abgeschafft.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein!)

Als jemand mit viel Erfahrung im öffentlichen Dienst, der weiß, dass wir immer noch Behörden haben, in denen jeder einzelne noch so unwichtige Vorgang ausgedruckt und in Papierform erfasst und archiviert wird, kann ich Ihnen auch aus vollem Herzen sagen: Ja, die öffentliche Verwaltung braucht dringend einen Schub in Richtung Digitalisierung.

(Michael Theurer [FDP]: Jetzt kommt das Aber!)

All diese Forderungen sind richtig und gut. Und dann kommt da die eine Forderung, die typisch FDP ist und die die ganzen guten Ideen kaputtmacht. Diese eine Forderung lautet – ich zitiere aus Ihrem Antrag –, „europäisches Recht in Deutschland prinzipiell eins zu eins umzusetzen, ohne zusätzliche nationale Maßnahmen“. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Michael Theurer [FDP]: Das ist Bürokratieabbau!)

Dieser eine Satz zeigt ganz klar den Unterschied in der Denkweise zwischen AfD und FDP. Sie wollen die nationale Souveränität aufgeben. Sie wollen den Deutschen Bundestag zu einem willfährigen Erfüllungsgehilfen Brüssels machen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: So ein Schwachsinn! Sie sind ein Investitionshindernis! Peinlich!)

Es gibt 30 000 Bürokraten der Europäischen Kommission, die alle ihren Job rechtfertigen müssen. Und wie tun die das? Ganz genau: indem sie ständig neue Bürokratie erfinden und alles in Europa bis ins letzte Detail regeln wollen. Die Europäische Union ist ein Monster der Bürokratie. Sie ist das größte Hemmnis für die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Oh mein Gott! La, la, la!)

Jedes Unternehmen, jeder Freiberufler in Deutschland kann ein Lied davon singen, was Ende Mai passiert ist, als man, wie Sie es hier fordern, europäisches Recht in Deutschland prinzipiell eins zu eins umgesetzt hat ohne zusätzliche nationale Maßnahmen. Ende Mai trat die Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Sie hat unglaubliche rechtliche Unsicherheit und einen immensen bürokratischen Aufwand erzeugt. (D)

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Genau wie Sie!)

Ich möchte dazu einen kleinen Unternehmer zitieren, den Sie, liebe Kollegen von der FDP, sicherlich kennen sollten; denn er war bis 2013 Ihr Fraktionsvorsitzender hier im Deutschen Bundestag. Ich zitiere, was Rainer Brüderle diesen Monat gesagt hat: Brüssel habe ich immer sehr skeptisch gesehen, weil Brüssel zu detaillistisch hineingeht. Sie können nicht von Hammerfest bis Palermo alles gleichschalten. Das funktioniert nicht. Europa wird nur überleben, wenn wir den Ländern ein Stück Identität überlassen. Sie brauchen Wurzeln, wo sie herkommen und wo sie hingehören. Und weiter sagte er: Wir stellen die Weichen in Deutschland falsch. Die Großen, Google und Facebook, sitzen drüben in Amerika. Bei uns machen wir die Datenschutz-Grundverordnung, die keiner versteht. Ich habe ein kleines Unternehmen gegründet. Ich muss für meine Internetseite, wo es nur ein Kontaktformular gibt, sechs Seiten Datenschutzerklärung anheften. Kein Land in Europa macht das.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage aus der FDP-Fraktion?

Martin Sichert (AfD):

Gerne.

(A)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Bitte schön.

(Michael Theurer [FDP]: Oh Gott, hoffentlich ist er damit nicht überfordert!)

Frank Müller-Rosentritt (FDP):

Herr Kollege, Sie haben gerade den Eindruck erweckt, dass die FDP etwas ganz Schlimmes sei. Wie ist denn Ihr Vorschlag? Wollen Sie aus der Europäischen Union am liebsten austreten?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wollen wir mal was hören!)

Martin Sichert (AfD):

Also, unser Vorschlag ist ganz klar: Wir müssen alle Vorschläge, die aus Brüssel kommen, bis ins letzte Detail prüfen, gegebenenfalls, wie bei der Datenschutz-Grundverordnung, muss man dann eben nationale Maßnahmen ergreifen, wie sie beispielsweise die Österreicher ergriffen haben, die dann gesagt haben:

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn jetzt: rein oder raus? – Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Zum Thema bitte!)

Wir nehmen die kleinen Unternehmen an der Stelle aus. Wir schützen die kleinen Unternehmen vor einem massiven bürokratischen Wust, der aus Europa kommt.

(B)

(Beifall bei der AfD – Michael Theurer [FDP]: Hätte Deutschland ja machen können! Aber Sie haben uns doch mit Absicht falsch verstanden!)

Machen wir doch weiter mit dem Zitat von Rainer Brüderle: „Kein Land in Europa macht das.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Europäische Verordnung!)

Die Österreicher führen es mit ein, aber die kleinen Unternehmen sind ausgenommen. Wir Deutsche machen den Brüsseler Blödsinn in Perfektion!“ Das, liebe FDP, sagt Ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender, aber Sie wollen hier machen, was kein Land in Europa macht, und den Brüsseler Blödsinn perfektionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Michael Theurer [FDP]: Das ist doch Schwachsinn, was Sie erzählen! Sie verstehen uns falsch!)

Es sei Ihnen allen hier gesagt: Uns ist die Souveränität Deutschlands heilig. Wir werden im Gegensatz zu Ihnen nicht zum Vollstrecker der Befehle von Herrn Juncker werden.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Lieber von Herrn Gauland die Befehle annehmen, ne?)

Sie mögen statt von Deutschland nur noch von „unserem Land“ reden, Sie mögen von den Deutschen nur noch als den „länger hier in diesem Land Lebenden“ reden und Sie mögen aus der Nationalmannschaft die „Mannschaft“ gemacht haben und in ihr Leute spielen lassen, die mit der Verehrung eines islamistischen Autokraten die deutschen Grundwerte mit Füßen treten.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Widerspruch bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat aber mit dem Thema nichts mehr zu tun!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

So, Herr Sichert, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Janecek, Bündnis 90/Die Grünen?

Martin Sichert (AfD):

Gerne.

Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Sichert, ich glaube, die Gesetze der Logik müssen in Ihren Ausführungen noch ein bisschen bedacht werden. Sie können doch nicht die relativ schlanke europäische Datenschutz-Grundverordnung dazu hernehmen, um zu argumentieren, dass die Ausführungsbestimmungen in Nationalstaaten, die wiederum durchaus zu kritisieren sein können, das Problem sind.

Wo sind Sie jetzt? Wollen Sie 28 verschiedene Einzelstaatsregelungen in allen bürokratischen Bereichen? Dann müssten Sie den Unternehmen und Mittelständlern erklären, dass Sie 28 Rechtssysteme beachten müssen, um auf dem europäischen Binnenmarkt gut agieren zu können.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Oder ist es vielleicht sinnvoller, dass wir *eine* europäische Regulierungsebene haben, die möglichst schlank und gut ist?

Beim Handel ist es das Gleiche: Wollen Sie, dass wir 28 Einzelhandelsabkommen mit den USA abschließen? Glauben Sie, dass wir dann im internationalen Kontext überhaupt noch eine Chance hätten?

Sie behaupten, dass nationalstaatliches Handeln uns stark macht. Das Gegenteil ist der Fall: Nur europäisch können wir stark agieren. Was Sie machen, ist gegen die Interessen unseres Landes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD – Stefan Keuter [AfD]: Grüne Denklogik!)

Martin Sichert (AfD):

Auf die Frage antworte ich sehr gerne. Ich zitiere noch einmal Rainer Brüderle:

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das wollen wir nicht hören! Wir wollen wissen, was Sie denken!)

Martin Sichert

(A) Sie können nicht von Hammerfest bis Palermo alles gleichschalten. Das funktioniert nicht.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Das ist schwach! Frage nicht verstanden, oder was?)

Wir sind als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag gewählt. Es ist die Verantwortung von jedem, der in diesem Parlament sitzt, dass wir die besonderen Herausforderungen und die besonderen Anforderungen in Deutschland berücksichtigen

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ganz schwach, Herr Sichert! – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: La, la, la!)

und nicht eins zu eins alles durchwinken, was aus Europa kommt.

(Beifall bei der AfD)

Vielmehr müssen wir überlegen, was für Deutschland vernünftig ist und sinnvoll umgesetzt werden kann. Das ist die Aufgabe jedes Volksvertreters, jedes Abgeordneten im Deutschen Bundestag.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ganz schwach, Herr Sichert! Was ist jetzt mit dem Euro?)

Ihren Plan – den Sie mit Ihren Zwischenfragen wieder bestätigt haben –, den Deutschen Bundestag zum Abnickverein der EU zu machen,

(B) (Lachen bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden wir zu verhindern wissen.

(Beifall bei der AfD)

Ich prophezeie Ihnen eins: Solange Sie Deutschland an Brüssel verscherbeln wollen, so lange wird die AfD von Wahlsieg zu Wahlsieg eilen, weil die Deutschen sich eben nicht zu fremdbestimmten Untertanen von 30 000 Bürokraten in Brüssel machen lassen wollen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Aber Ihr Verstand ist schon fremdbestimmt, oder? – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das noch mit dem Thema zu tun?)

Wenn Christian Lindner sagt: Jede Lösung fängt für uns mit einem Wort an, und dieses Wort heißt „Europa“, dann sagen wir: Jede Lösung muss sich an den Interessen des deutschen Volkes und nicht an den Interessen der EU orientieren. Das ist unser Auftrag hier als Volksvertreter. Deshalb werden wir uns mit aller Kraft jedem entgegenstellen, der Deutschland im Rahmen der EU gleichschalten lassen will.

Deutschland ist unsere Heimat. Wir haben nur diese eine Heimat, und die werden wir nicht aufgeben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Nächste Rednerin: Gabriele Hiller-Ohm für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sage nur: Oje, AfD,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und komme zum Antrag der FDP. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Ihr Antrag erinnert mich an eine Streuobstwiese: Sie reihen Vorschläge aus den unterschiedlichsten Bereichen aneinander, verzichten auf ein Gesamtkonzept und nennen Ihren Antrag dann auch noch „Bürgerentlastungsprogramm“. Was Sie uns präsentieren, sind in der Mehrzahl allerdings alte Hüte. Vieles, was Sie fordern, machen wir schon. Sie verfahren nach dem Motto an der Fleischertheke: Darf’s noch etwas mehr sein?

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Sehr gerne! – Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Ach was!)

Dazu ein Beispiel. Die SPD sagt im Koalitionsvertrag: Wir wollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte senken, um die Beitragszahler und Beitragszahlerinnen zu entlasten. Sie schreiben: (D) „Oh nein, das ist ja viel zu ängstlich“, und fordern stattdessen eine Senkung um 0,5 Prozentpunkte. Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen die Rücklagen der Sozialkassen nicht zu stark angreifen. Zurzeit haben wir eine sehr gute Konjunkturlage, und wir werden alles dafür tun, dass das auch so bleibt;

(Beifall des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

aber leider schwappt die unsägliche „America first“-Handelspolitik auch zu uns rüber und könnte unseren Wirtschaftsaufschwung dämpfen.

Außerdem hat sich die SPD im Koalitionsvertrag einiges vorgenommen, das natürlich solide finanziert werden muss. So werden wir, übrigens genau, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, eine Bildungs- und Weiterbildungsoffensive starten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damit machen wir die Menschen fit für die Zukunft und die Herausforderungen des digitalen Wandels. Dafür brauchen wir die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Endlich stellen wir auch die Rentenpolitik auf sichere Beine.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: „Endlich“?)

(A)

Sie kritisieren das. Ich sage: Danke, Andrea Nahles, danke, Hubertus Heil!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD will das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent stabilisieren und damit den Rentnerinnen und Rentnern Sicherheit geben. Die Beiträge sollen nicht über 20 Prozent steigen. Damit sorgen wir dafür, dass die Beschäftigten nicht zu stark belastet werden. Die Vorschläge der SPD sind eins zu eins in den Koalitionsvertrag eingeflossen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle kennen die Geschichte vom Hasen und dem Igel. Genau diese Geschichte finden wir im Antrag der FDP. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, fordern den Ausbau der Infrastruktur, mehr Investitionen in Bildung, Kitas, Ganztagsbetreuung, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, leistungsfähige Datennetze und Anreize zur Schaffung von Wohneigentum. Wenn Sie in unseren Koalitionsvertrag schauen, finden Sie gerade zu diesen Bereichen sehr viele ganz konkrete Maßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Anreize zur Schaffung von Wohneigentum haben wir zum Beispiel vor wenigen Tagen mit dem Baukindergeld auf den Weg gebracht.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Subvention ist das! Geldverschwendung!)

(B)

Da sage ich nur: Armer Hase FDP! Sie laufen, wir machen!

(Beifall bei der SPD)

In Ihrem vorliegenden sogenannten Bürgerentlastungsprogramm fordern Sie unter anderem auch mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Sie wollen, dass Beschäftigte zukünftig noch länger als bisher am Stück arbeiten.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Nein! Schlicht falsch!)

Acht bis zehn Stunden am Tag sind Ihnen nicht genug. Sie lassen bei dieser Forderung den Arbeitsschutzgedanken vollkommen außer Acht und geben vor, die Menschen wollten gerne mehr als zehn Stunden arbeiten.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Das stimmt ja nicht!)

Nein, das wollen sie nicht, meine Damen und Herren. Sie müssen es oft, weil sie im Gegensatz zu uns Gutverdienenden keine andere Wahl haben. Es ist erwiesen, dass Arbeitszeiten ab der neunten Stunde schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen haben können.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Das gilt auch für Redezeiten.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Ihr Angriff auf das Arbeitszeitgesetz hat nichts, aber auch rein gar nichts mit Bürgerentlastung zu tun. Es ist als klares Entlastungsgeschenk an Unternehmen gedacht, die Arbeit nicht am Menschen, sondern am Profit ausrichten.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP – ich komme zum Schluss –, –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, Sie kommen zum Schluss; sonst ziehe ich die Zeit bei Ihren Kollegen ab.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

– Sie fordern in Ihrem Antrag den Abbau von Bürokratie. Ja, genau das wollen SPD und CDU/CSU. Das dritte Bürokratieentlastungsgesetz ist fest im Koalitionsvertrag verankert und wird kommen.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Und sie redet weiter, weiter und immer weiter!)

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP: Auch hier sind Sie wieder in der Rolle des mittlerweile sehr erschöpften Hasen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Wenn Sie über Arbeitszeiten reden, dann bitte ich, auch daran zu denken, dass die Stenografinnen und Stenografen und die Parlamentsassistenten und -assistentinnen hier einen Hammerjob machen.

(D)

(Beifall)

Ich bitte Sie: Halten Sie sich an die Redezeiten! Wir sind jetzt schon wieder bei weit nach Mitternacht.

(Zuruf: Rüge!)

– Bitte was? Was wollen Sie? – Ich bitte Sie deswegen von Herzen: Denken Sie auch ein bisschen daran, dass Menschen unseren Betrieb hier aufrechterhalten. Wenn wir über Arbeitszeiten reden, dann sollten wir sie nicht vergessen. Ich brauche da keine Belehrung von Ihrer Seite.

Nächster Redner: Bernd Riexinger für Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Bernd Riexinger (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer den Antrag der FDP liest, stellt fest, dass sie darin ihre neoliberalen Ladenhüter der letzten Jahre aufwärmt. Mehr ist es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die FDP fordert mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem, mehr private Investoren im Bereich der öffentlichen Infrastruktur

(Beifall der Abg. Christine Aschenberg-Dugnus [FDP])

Bernd Riexinger

(A) und eine Liberalisierung der Arbeitszeit – alles nicht neu, alles wie gehabt. Das sind die Rezepte der sozialen Kälte aus der Küche von McKinsey und Goldman Sachs.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Art von Entlastung wird die Mehrheit der Beschäftigten und der Bürgerinnen und Bürger mehr belasten und nicht weniger.

(Beifall bei der LINKEN)

Über Jahrzehnte ist nur eine Gruppe wirklich spürbar entlastet worden: die Reichen und Superreichen in diesem Land. Daran will die FDP selbstverständlich nichts ändern. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, aber auf eine Art und Weise, die für mehr Gerechtigkeit sorgt, die die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen in diesem Land verbessert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist höchste Zeit, Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, indem zum Beispiel die Zuzahlungen in der Krankenversicherung gestrichen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können und wollen auch die Beiträge zur Krankenversicherung senken. Wenn das aber nicht auf Kosten der Pflegekräfte und der medizinischen Versorgung gehen soll, dann muss man schon den Mut haben, die Finanzierung auf eine andere Grundlage zu stellen. Das bedeutet, dass alle in die gesetzliche Versicherung einzahlen: auch Beamte, auch Politiker und auch Selbstständige.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Und: Es müssen alle Einnahmen veranlagt werden, auch Mieteinnahmen von Immobilienbesitzern, auch Dividenden von Großaktionären. Das wäre gerecht und das Gegenteil der Klientelpolitik der FDP.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter muss dringend entlastet werden. Es kann doch nicht sein, dass bei einer Krankenpflegerin oder einer Erzieherin in Stuttgart oder München 50 oder gar 60 Prozent des Lohnes für die Miete draufgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mieten sind doch gerade wegen der Deregulierung und der Marktorientierung der Wohnungspolitik durch die Decke geschossen. Deshalb müssen die Mieten gedeckelt und Hunderttausende Sozialwohnungen gebaut werden, in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Wenn sie doch schon durch die Decke geschossen sind, wie wollen Sie sie dann noch deckeln?)

Es wird höchste Zeit, dass die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen entlastet werden. Im Unterschied zu allen anderen Parteien haben wir ein Konzept vorgelegt, nach dem alle Bürgerinnen und Bürger mit weniger als 7 000 Euro Monatseinkommen deutlich entlastet werden würden. Bei uns würden die Busfahrerin, die Verkäuferin, der Facharbeiter und die Sozialarbeiterin zwischen

(C) 100 und 250 Euro mehr im Monat herausbekommen. Dafür muss man aber schon den Mut haben, diejenigen, die Hunderttausende oder Millionen Euro verdienen, stärker zu besteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger entlasten, indem wir ihnen gute Kitas, ordentliche Schulen, gesunde Krankenhäuser und einen gut angebundenen, günstigen Nahverkehr bieten. Die Fahrpreise müssen gesenkt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Reinhard Houben [FDP]: Freibier für alle!)

Bund und Länder müssen deutlich mehr in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur investieren, statt sich dem neoliberalen Diktat der schwarzen Null und dem Artenschutz für Superreiche zu beugen. Oder, anders gesagt: Milliardäre und Millionäre müssen endlich höhere Steuern zahlen, damit Altenpflegerinnen und Erzieherinnen besser bezahlt werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag der FDP erfüllt nicht ein einziges dieser Kriterien. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Bernd Riexinger. – Nächster Redner für Bündnis 90/Die Grünen: Markus Kurth.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Riexinger, ich habe in meinem Büro gewettet, wie viele Sekunden es dauert, bis Sie zum ersten Mal das Wort „neoliberal“ sagen.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Apropos Ladenhüter!)

Ich habe auf 28 Sekunden getippt und die Wette verloren.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da hättest du besser nicht gewettet!)

Ich finde, so einfach kann man es sich mit dem Antrag der FDP nun auch nicht machen; einige dieser Forderungen muss man durchaus bedenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Zum Beispiel fordern Sie gleich im ersten Punkt, „die Rentenkasse nicht mit zusätzlichen versicherungsfremden Ausgaben … zu belasten“. – Wohl wahr!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Da blicke ich – „Mütterrente“ ist das Stichwort – auf die Große Koalition.

Markus Kurth

(A)

Aber, liebe FDP, was hatten wir denn in den Sondierungsgesprächen vereinbart? Das kann ich Ihnen, auch wenn es schon einige Monate zurückliegt, an dieser Stelle nicht ersparen. Wir haben Formulierungen gefunden wie diese: Wir wollen die Sozialversicherungsbeiträge stabilisieren. Dazu sollen unter anderem versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanziert werden. – Warum haben Sie diese Gelegenheit nicht wahrgenommen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Muffensausen vorm Regieren! – Zuruf des Abg. Johannes Vogel [Olpe] [FDP])

Eine weitere Forderung aus Ihrem Antrag ist, die Bundesagentur für Arbeit mit einzubinden, um die Qualifizierung Beschäftigter mit einer Teilfinanzierung zu unterstützen. – Sehr richtig! Auch wir fordern die Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zu einer Arbeitsversicherung. Und wir hatten vereinbart, Langzeitarbeitslosen mit nachholender Qualifizierung den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Sie haben gekniffen! Das muss einem klar sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Markus, ist das noch selektives Gedächtnis oder schon Verklären?)

Das ist der Vorwurf, den man der FDP an dieser Stelle mit Blick auf diesen Antrag viel eher machen kann. Und wenn Sie ehrlich sind, dann geben Sie zu, dass Sie abends in Ihre Kissen weinen, wenn Sie jetzt sehen, was hier passiert ist.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Lachen bei der FDP)

In den Umfragen haben Sie dafür ja auch die Quittung bekommen; Sie sind etwas abgesackt. Jetzt kommen Sie in den Umfragen wieder einen Prozentpunkt nach oben, weil sich eine Partei als politisch noch verantwortungsloser entpuppt – das ist gleich eine ganze Zehnerpotenz –, und das ist die CSU.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da hast du mal recht!)

In der knappen Zeit, die ich habe, muss ich doch noch auf ein paar Widersprüche in Ihrem Antrag eingehen. Wenn Sie fordern, dass die Bundesagentur für Arbeit Qualifizierungen von Beschäftigten mitfinanzieren muss, dann passt das nicht damit zusammen, dass Sie den Arbeitslosenversicherungsbeitrag noch weiter absenken wollen. Das ist ein klarer Widerspruch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU] – Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Doch!)

Und wenn Sie, was ja löblich ist, Kitas und schulische Bildung ausbauen wollen, dann dürfen Sie nicht gleichzeitig den Soli vollständig abbauen oder einfach die Grundsteuer als Einnahmequelle der Länder, die auch der Finanzierung der Kommunen dient, schwächen. Auch das ist ein eklatanter Widerspruch.

(C)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Herrn Vogel, FDP?

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, bitte schön. Gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Kurz. – Das gilt für alle.

Johannes Vogel (Olpe) (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Markus Kurth, auf dein selektives Gedächtnis bezüglich unserer gemeinsamen Jamaika-Gespräche will ich gar nicht eingehen, sondern nur fragen, ob dir die letzte Finanzprojektion der Bundesagentur für Arbeit bekannt ist, die nämlich besagt, dass selbst bei einer Absenkung des Beitrags um 0,5 Prozentpunkte jedes Jahr noch zusätzliche Milliarden Gewinn gemacht würden, die in die Weiterbildung von Beschäftigten gesteckt werden könnten. Wenn das so ist, wäre es dann nicht sinnvoll, die Beschäftigten wirklich zu entlasten? Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, wenn auf der einen Seite der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um nur 0,3 Prozentpunkte gesenkt wird, aber auf der anderen Seite der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte erhöht wird, dann entlasten Sie die Beschäftigten leider um 0,0. Das ist nicht überzeugend.

(Beifall bei der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wenn es dafür bessere Weiterbildung gibt!)

(D)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kurth, bitte.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Vogel, Sie wissen, dass die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerade im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen völlig unzulänglich ist, und zwar nicht nur, weil kleine Unternehmen nicht so große Budgets haben, sondern auch deshalb, weil dort die Fluktuation von Beschäftigten relativ hoch ist und die Unternehmen, wenn sie in eine Weiterbildung oder eine umfassende Qualifizierung investieren, nicht wissen, ob der Beschäftigte in fünf Jahren noch bei ihnen angestellt ist oder sie das Geld in den Sand gesetzt haben. Genau aus diesem Grunde und weil wir in diesem Segment angesichts des digitalen Wandels mehr Beschäftigungs- und auch Zukunftssicherheit brauchen, brauchen wir einen richtig massiven Einstieg in die Qualifizierung von Beschäftigten, und dafür brauchen wir diese Mittel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Es sind Milliarden da!)

Sie sollten sich zu guter Letzt auch mal fragen – wir diskutieren das ja noch im Ausschuss –, ob Sie wirklich eine wirksame Entlastung für viele oder eben nur eine sogenannte Entlastung für wenige wollen. Sie wollen bei

Markus Kurth

(A) der Grunderwerbsteuer Freibeträge einführen. Ich sage Ihnen, wie Sie die Leute viel mehr entlasten könnten, nämlich zum Beispiel durch die Abschaffung der Modernisierungsumlage, wegen der Millionen Mieter zittern.

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Modernisierungsumlage ist im Moment aufgrund der niedrigen Zinsen praktisch eine Lizenz zum Gelddrucken für Leute, die die notwendigen Sanierungen teilweise unterlassen. Das machen im Moment große Wohnungsbaugesellschaften, wie zum Beispiel die LEG bei mir in Dortmund. Auf der anderen Seite bauen sie den Balkon außen dran, finanzieren das Ganze fast zu null Prozent am Kreditmarkt und erhöhen dann die Mieten um 11 Prozent über die Modernisierungsumlage. Hier sind die großen Zukunftsthemen, die Sie anpacken könnten.

Die Große Koalition könnte – das möchte ich an dieser Stelle noch mal loswerden – sinnlose Subventionen, die die Immobilienpreise in die Höhe treiben, wie das Baukindergeld, ebenfalls unterlassen, um die Bevölkerung zu entlasten und Spielräume finanzieller Art zu schaffen. Das werden wir im Ausschuss diskutieren. Ich glaube, wir haben noch einiges, womit man Ihren Antrag qualifizieren kann.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(B) Vielen Dank, Markus Kurth. – Nächste Rednerin: Antje Lezius für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Antje Lezius (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kitaausbau, mehr Geld für Bildung, sinkende Krankenkassenbeiträge, ein Sofortprogramm für die Altenpflege und die Brückenteilzeit, neue Programme für Langzeitarbeitslose, die Neureglung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, mehr Verbraucherrechte durch die Musterfeststellungsklage, ein schuldenfreier Bundeshaushalt mit Rekordinvestitionen bis zum Jahr 2022, das Ende des Kreditprogramms für Griechenland, neue Kommissionen für die wichtigen Zukunftsfragen der Digitalisierung, der beruflichen Bildung und für die Entwicklung einer generationengerechten Rente und für das Hier und Jetzt 10 Milliarden Euro Entlastung für Familien und das neue Baukindergeld: All das haben wir in den ersten 100 Tagen beschlossen oder schon umgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein ganzes Bündel an Maßnahmen ist auf den Weg gebracht, und viele weitere werden folgen.

Das alles bezeichnet die FDP in ihrer Kampagne öffentlich als Katastrophe.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Unmöglich!)

(C) Liebe Kollegen und Kolleginnen der FDP, Sie übertreiben hier nicht nur, sondern Sie liegen falsch. Mit diesen Maßnahmen verbessern wir die Lebenssituation unserer Bürger und Bürgerinnen ganz konkret.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Genau!)

Viele werden sich wegen Ihrer Wortwahl wohl die Augen reiben.

Tatsächlich findet sich vieles, was Sie hier als Bürgerentlastungsprogramm mit uns debattieren, in unserem Koalitionsvertrag wieder. Die Überschrift lautet ganz ähnlich: „Entlastung der Bürgerinnen und Bürger“. Es freut mich, dass hier zwischen der Koalition und der Opposition so viel Einigkeit herrscht und so vieles aus dem Koalitionsvertrag – wir haben es eben schon mal gehört – im Blumenstrauß des breitgefächerten Antrags der FDP wiederzufinden ist. Wir von der Union haben die Bürgerentlastung aber nicht nur im Wahlkampf angekündigt, sondern wir waren auch bereit, den Wählerauftrag anzunehmen, und können die Punkte jetzt umsetzen. Ich glaube, das müssen Sie sich noch ein paarmal anhören.

Wir werden den Solidaritätszuschlag bis 2021 für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen abschaffen, wir werden die Einkommensteuertarife bereinigen – Stichwort „kalte Progression“ –, wir werden die Geringverdiener bei den Sozialbeiträgen entlasten, und auch eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ist bereits vereinbart. Umso höher die Entlastung ausfällt, umso besser ist es natürlich. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass die Rücklagen der Bundesagentur ausreichend hoch sind, um in Krisenzeiten für Stabilität zu sorgen. (D) Was wir nicht tun werden, ist, am Fließband Gesetze zu produzieren, ohne sie ausreichend zu prüfen und die Finanzierung sicherzustellen.

In der letzten Wahlperiode haben wir knapp 80 Prozent unserer Vorhaben umgesetzt. Meine Damen und Herren, versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch in dieser Wahlperiode haben wir direkt nach der Koalitionsbildung – sie hat allerdings ein bisschen gedauert – mit der Umsetzung des vereinbarten Regierungsprogrammes begonnen. Jetzt sind die ersten 100 Tage vorbei. Über 1 300 Tage liegen noch vor uns.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Ich bin zuversichtlich, dass wir wieder eine hohe Prozentzahl, ja vielleicht eine noch höhere Prozentzahl als beim letzten Mal erreichen werden. Wir meinen es ernst, verantwortungsvoll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und meiner beiden Enkel, die vor ein paar Stunden geboren wurden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe: Herzlichen Glückwunsch!)

Danke schön.

(A)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ich gehe einmal davon aus, dass es Zwillinge sind.

(Antje Lezius [CDU/CSU]: Ja!)

Dann wünsche ich den beiden alles, alles Gute, ein glückliches Leben in Frieden und viel Lebensfreude.

(Antje Lezius [CDU/CSU]: Daran arbeiten wir!)

Sind es Mädchen oder Jungs?

(Antje Lezius [CDU/CSU]: Mädchen und Junge!)

– Ah, ein Pärchen. Ganz kurz: Haben sie eine ältere Schwester?

(Antje Lezius [CDU/CSU]: Das sind die ersten Kinder!)

– Ansonsten hätte ich einiges zu erzählen gehabt, was auf sie zukommt. Ihren Enkelkindern alles, alles Gute. – Der nächste Redner – jetzt bin ich gespannt, was er alles mitbringt –: Lothar Binding für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich finde, für eine Gratulation muss Zeit sein. Wenn das nicht mehr gehen würde, wären wir kulturell kurz vor dem Ende.

(B)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es gab einmal ein Plakat von der FDP – ich kann mich nicht mehr erinnern, aus welchem Jahr –: „Mehr Netto vom Brutto." Ich habe mich – das fiel mir wieder ein, weil Herr Theurer das zitiert hat – damals immer gefragt, wo das endet. Das endet dort, wo netto gleich brutto ist; denn immer ist mehr Netto vom Brutto erst dort zu Ende, wo brutto gleich netto ist.

Was ist eigentlich die Differenz zwischen Netto und Brutto? Das will ich Ihnen sagen: der Bau von Straßen, auf denen alle fahren; Theater, in die alle gehen können; innere Sicherheit, die allen dient;

(Christian Lindner [FDP]: Mütterrente!)

eine gute Polizei, die allen hilft;

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schwimmbäder!

Schulen, in die alle gehen können; berufliche Bildung; Frieden in Europa; Kindergärten; Schienen, auf denen alle fahren können; Datennetze, auf denen unsere Daten fließen; geförderter Wohnungsbau; Kindergeld und Kinderzuschlag usf.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider auch die Mütterrente!)

(C)

All das ist die Differenz zwischen Brutto und Netto. Wenn Sie die abschaffen wollen, dann: Gute Nacht, Deutschland!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist keine gute Sache.

Ich verstehe aber, ehrlich gesagt, weil der Herr Lindner so nett lächelt, warum die FDP nicht regieren wollte. Dann hätte man so einen Antrag gar nicht stellen können. Er klingt ja unheimlich gut. Das ist so ein Ich-wünsch-mir-was-Antrag. Ich muss sagen: In dem Antrag findet sich ein verräterischer Satz. Bürgerentlastung klingt zwar gut. Aber wenn man der Sache auf den Grund gehen will, dann findet man diesen Satz:

> Es gilt wieder eine faire Balance zwischen den Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern und den Einnahmen des Staates herzustellen.

Ehrlich gesagt: Die Einnahmen des Staates sind doch die Belastungen des Bürgers. Sie sind doch geradezu gleich. Die Steuern, die die Bürger zahlen, sind die Einnahmen des Staates. Da kann man keine Fairness herstellen. Das ist ja sogar gleich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, das muss man sich einmal überlegen. Darum geht es doch. – Es ist anders: Die Bürgerinnen und Bürger sind nämlich der Staat. Das ist die zweite Dimension. Ich kann keine Differenz zwischen uns als Bürger und unserem Staat sehen. Deshalb sagen wir auch „Staatsbürger". Also, das ist doch verständlich.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Uns geht es vielmehr um die Frage der Differenz zwischen Arm und Reich – da könnten wir einmal genauer hingucken – und nicht um die Differenz zwischen Bürger und Staat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen, Sie wollen gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen steuerlich am stärksten entlasten. Das ist vielleicht eine gute Idee. Sie schlagen hier vor, den zweiten Tarifeckwert nach rechts zu verschieben. – Jetzt frage ich: Hilft dieser Vorschlag tatsächlich der Behauptung, die Sie aufstellen, nämlich die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zu entlasten? Die Antwort ist Nein. Es entlastet die Bezieher höherer Einkommen stärker.

Übrigens ist das systematisch unvermeidbar: Wenn man Steuern auf diese Weise senkt, entlastet das diejenigen am stärksten, die am meisten Steuern zahlen. Das also wollen Sie. Sie haben das aber nicht explizit gesagt. Hätten Sie es ehrlich gemeint, dann hätten Sie gesagt:

Lothar Binding (Heidelberg)

(A) Wir müssen den Spitzensteuersatz, der heute schon bei weniger als dem Doppelten des Durchschnittseinkommens beginnt, deutlich nach rechts verschieben. – Das wäre unbezahlbar. Also wäre es gerecht, zu sagen: Wir heben den Spitzensteuersatz deutlich an. – Das wäre ein richtig guter FDP-Vorschlag, weil das die Steuerstrukturkurve auf eine gerechte Progression zurückführen würde.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen beantragen Sie ein Sammelsurium von Steuergeschenken. Sie geben den Staatsbürgern sozusagen das zurück, was Sie ihnen vorher genommen haben. Das macht irgendwie keinen Sinn. Wir lehnen diese unrealistischen Versprechungen ab. Das ist das Blaue vom Himmel. Deshalb ist es schön, dass Gabriele Hiller-Ohm und einige Kollegen von der CDU/CSU schon vorgetragen haben, welche Maßnahmen wir konkret machen. Die sind kein „Wünsch dir was“, sondern ganz konkret. Dabei gibt es aber etwas richtig Dummes: Das, was wir vorschlagen und machen, muss ja bezahlt werden. Das Familienentlastungsgesetz muss im Haushalt abgebildet werden. Der Grundfreibetrag soll angehoben werden. Die kalte Progression wird kompensiert. Zur kalten Progression steht auch wieder etwas in Ihrem Antrag. So etwas Überflüssiges: Die ist schon längst erledigt.

(Zuruf von der FDP: Was?)

Seit über 20 Jahren wird sie kompensiert. Sie müssen nur auf die Tarife und auf die Bemessungsgrundlage schauen. Man muss eine kleine Berechnung anstellen, um das zu sehen; das stimmt.

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen, und zwar in einem ersten Schritt zur Hälfte. Später sehen wir dann, ob sich noch mehr machen lässt. Das Kindergeld wird angehoben, und es ist alles finanziert. Das macht unsere Arbeit seriös, und Ihre Arbeit ist dort, wo ich sie eben angesiedelt habe.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Lothar Binding. – Der letzte Redner in der Debatte: Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion. Jetzt müssen Sie ran.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass dem Kollegen Binding angesichts der Rekordsteuereinnahmen gleich die Erhöhung des Spitzensteuersatzes einfällt, ist natürlich eine Spezialität der SPD.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das war ein Vorschlag der FDP! Ich wollte der FDP helfen! – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(C) Nun zur FDP: Der Antrag ist ein wildes Sammelsurium von Einzelvorschlägen ohne erkennbaren konzeptionellen roten Faden. Er enthält im Übrigen auch kein einziges Wort dazu, welche finanziellen Auswirkungen die vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich hätten. Der Antrag hat etwas von einem Wühltisch im Schlussverkauf: Man gräbt sehr lange, aber am Ende findet man nichts Gescheites. Deswegen will ich mich nicht so intensiv inhaltlich mit dem Antrag befassen, sondern einfach mal deutlich machen, was diese Regierungskoalition tatsächlich tut.

Sie steht nämlich für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir halten in diesem Bereich Wort und haben schon in den ersten 100 Tagen im Amt zwei große Entlastungspakete mit einem Umfang von 12 Milliarden Euro für 2019 und 18 Milliarden Euro ab dem Jahr 2020 auf den Weg gebracht. Dabei steht zunächst im Vordergrund: Wir wollen, dass der Beitrag zur Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt wird. Das ist gut und kommt vor allem den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung zugute, mit einem Entlastungsvolumen von jährlich 8 Milliarden Euro. An dieser Stelle schrubbelt die FDP. Es ist ganz offenkundig: Wir wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Versicherten mehr Geld in der Tasche bleibt, die FDP will das natürlich nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind diejenigen, die einen klaren Schwerpunkt bei den Familien mit Kindern setzen. Sie erhalten eine milliardenschwere Unterstützung durch den Bund. Ich denke hier an das Kindergeld, das wir erhöhen, den Kinderfreibetrag, den (D) wir erhöhen, das steuerliche Existenzminimum, das wir anheben wollen, und den Abbau der kalten Progression. Davon profitieren vor allem die unteren und mittleren Einkommen mit einem Entlastungsvolumen von 4 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Das steigt dann auf über 10 Milliarden Euro an. Das zeigt: Auch wir haben einen klaren Blick auf diejenigen, die es nötig haben, auf Kinder und Familien, und deswegen stellen wir das in den Vordergrund.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollegin Hiller-Ohm hat die Arbeitslosenversicherung angesprochen. Wir haben uns im Rahmen des Koalitionsvertrages darauf verständigt, den Beitrag um 0,3 Prozentpunkte absenken zu wollen. Das ist auch fest so vereinbart. Ich hoffe, der Minister bringt das jetzt auf den Weg. Dennoch: Die Idee dabei war ja, die Menschen netto in Höhe von 1,8 Milliarden Euro zu entlasten. Jetzt sehen wir natürlich die Entwicklungen, die wir beispielsweise bei der Pflegeversicherung haben.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Ach was!)

Deswegen ist es sinnvoll, bei der Arbeitslosenversicherung weiterzugehen und um bis zu 0,5 Prozentpunkte zu senken. Die Rücklagen sind doch da: 22,5 Milliarden Euro am Ende dieses Jahres, und das baut sich selbst bei 0,5 Prozentpunkten auf über 28 Milliarden Euro auf. Der Spielraum ist da, und wir sollten das tun, weil es letztendlich auch den Geist des Koalitionsvertrages atmet.

Stephan Stracke

(A) Wir haben einen weiteren wesentlichen Punkt für Familien auf den Weg gebracht, nämlich das Baukindergeld, ein schneller und wirksamer Impuls für die Eigentumsbildung durch Familien. 12 000 Euro Zuschuss pro Kind, rückwirkend ab dem 1. Januar dieses Jahres! Bayern legt noch 3 000 Euro pro Kind drauf. Das nennt man Baukindergeld Plus. Da merkt man: Ein großer Wurf für das Wohnen! Das gibt einen echten Schub für mehr in diesem Bereich. Das zeigt: Wir machen uns entschlossen daran, die Menschen zu entlasten. Das tun wir in dieser Koalition und vor allem unter dieser Bundesregierung.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2986 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, wobei die Federführung beim Ausschuss für Arbeit und Soziales liegen soll. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu der Verordnung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit

(B)

Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung – PflAPrV)

Drucksachen 19/2707, 19/2768 Nr. 2, 19/3045

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind 38 Minuten für die Aussprache vorgesehen. – Es gibt keinen hörbaren Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Bundesminister Jens Spahn.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jens Spahn, Bundesminister für Gesundheit:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe reiht sich ein in das Gesamtpaket, das wir in der Koalition gemeinsam angehen, um die Vertrauenskrise, die es in der Pflege gibt und die wir alle im Kontakt mit Pflegekräften in der Alten- und Krankenpflege spüren, zu überwinden. Wir haben gesagt: Wir wollen 13 000 neue Stellen in der Altenpflege schaffen. Wir senden für die Krankenpflege die klare Botschaft: Jede zusätzliche Stelle in den Krankenhäusern für die Pflege wird finanziert. „Kein Geld“ ist keine Ausrede mehr für die Arbeitgeber, für die Kliniken.

(C) Wir beginnen in der nächsten Woche zusammen mit dem Arbeitsministerium und dem Familienministerium die konzertierte Aktion für die Pflege. Denn jeder weiß: Stellen schaffen alleine löst das Problem nicht. Die Stellen müssen auch besetzt werden. Da geht es um die Attraktivität des Pflegeberufs. Die Ausbildung für einen solchen Beruf, also Fragen, wie die Ausbildung angelegt ist und welche Perspektiven sie für den weiteren Weg bietet, ist ein ganz wichtiger Baustein. Deswegen ist es gut, dass wir mit der Verordnung, die heute hier beschlossen werden soll, die Einzelheiten – auf diese warten alle, damit es zum 1. Januar 2020 mit der einheitlichen Pflegeberufsausbildung losgehen kann – eines gut qualifizierten, perspektivebietenden Pflegeberufs für die berufliche und die hochschulische Ausbildung festlegen. Ich bin dem Familienministerium und der Frau Kollegin Giffey genauso wie den Kollegen in der Koalition sehr dankbar, dass wir das so zügig miteinander hinbekommen haben. Das ist ein starkes Signal für die Pflege und die Pflegekräfte in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dazu gehört – wir haben die Finanzierungsverordnung parallel vorgelegt – ein ganz wichtiges Thema. Zu Recht gab es über viele Jahre Aufregung darüber, dass in der Pflege noch Schulgeld zu zahlen war, und zwar in manchen Bundesländern bis heute. Es kann doch nicht sein, dass man in einem Bereich, wo wir so dringend Nachwuchs und jede einzelne Pflegekraft brauchen, Schulgeld zu zahlen hat, also noch Geld mitbringen muss. Das beenden wir hiermit und legen fest, dass es endlich eine Ausbildungsvergütung gibt. Das haben diejenigen, die sich für diesen Ausbildungsberuf entscheiden, verdient. Schluss mit Schulgeld und endlich eine Ausbildungsvergütung! (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich gehören zum Pflegeberuf Empathie, Leidenschaft und Einfühlungsvermögen, aber auch Wissen und Können. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Stand des Jahres 2018 für die Pflege von Kindern und Jugendlichen, von alten und älteren Menschen genauso mit Blick auf die Krankenpflege in den Krankenhäusern wie mit Blick auf die Altenpflege in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen hier gemeinsam sowohl in berufspädagogischer Hinsicht als auch bei den Inhalten und vor allem im Hinblick auf die Aufgaben, die uns in Zukunft erwarten, mit dieser Ausbildungs- und Prüfungsverordnung festschreiben.

Aber ich will eines schon sagen, weil ich ja auch ahne, was der eine oder andere nach den Stellungnahmen der letzten Tage und nach der Anhörung öffentlich gesagt hat: Mich irritiert etwas, wie die Debatte mit Blick auf die Altenpflege geführt wird. Denn natürlich geht es darum, eine gute Balance zu schaffen; darum haben wir ja auch gerungen. Es ist uns gelungen, gut austariert ein hohes Niveau für diejenigen, die sich im dritten Jahr für die Altenpflege entscheiden, festzuschreiben; denn natürlich – ich sage es noch mal – gehört das nötige Wissen zur Ausbildung und zur Pflege mit dazu.

Bundesminister Jens Spahn

(A) Aber ich finde, es ist genauso richtig, dass niemand von zu hohen Anforderungen abgeschreckt werden soll. Ich möchte, dass auch in Zukunft Haupt- und Realschüler die Möglichkeit haben, eine solche Ausbildung nicht nur zu beginnen, sondern auch erfolgreich abzuschließen; denn wir brauchen in der Pflege jeden, der kann und will. Deswegen finde ich manche Debatte der letzten Tage ziemlich irritierend.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss dazu sagen – ich meine das sehr ernst –: Überlegen Sie auch angesichts dessen, was wir an hohem Niveau in den Anforderungen festgeschrieben haben, genau die Worte für die Debatte heute und in den nächsten Tagen. Denn die Art, wie wir jetzt über die Altenpflege und über das Niveau der Altenpflegeausbildung reden – es wird so getan, als stünde in der Verordnung all das, was so behauptet wird –, bestimmt mit darüber, wie das Bild dieses Berufes ist und wie attraktiv es für junge Menschen ist, in diesen Bereich hineinzugehen. Ich habe nichts dagegen, dass wir fachlich darüber reden, wie die Anforderungen sind. Aber so, wie die Wortwahl in manchen Bereichen in den letzten Tagen gewesen ist, ist das ein Schlag ins Gesicht von vielen jungen Menschen, die sich für diese Ausbildung entscheiden wollen. Das möchte ich hier mal ausdrücklich gesagt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, es ist uns gelungen, hier einen langjährigen Prozess der Debatte sowohl der Berufsverbände, der

(B) Pflege insgesamt als auch politisch mit dem Pflegeberufegesetz aus der letzten Legislatur und mit den beiden Verordnungen – eine davon wird heute hier im Bundestag hoffentlich, ich bitte Sie jedenfalls darum, verabschiedet – abzuschließen. Damit setzen wir einen ganz, ganz wichtigen Meilenstein für einen der wichtigsten Ausbildungsberufe, die wir in Deutschland haben, und vor allem für einen der Berufe, für den gilt, dass wir in Zukunft noch Zigtausende junge Menschen gemeinsam davon überzeugen wollen und, ich denke, auch können, dass es ein Beruf ist, der Zukunft hat, der Perspektive hat, der vor allem aber eben auch Wissen und Wissensvermittlung braucht; denn es geht um die Pflege von kranken und alten Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Detlev Spangenberg von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Detlev Spangenberg (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Immer wenn ich eine neue Stelle antrat, hat man mich gefragt, was ich da so machen will, und dazu hatte ich mir einen Satz zurechtgelegt: Bewährtes bleibt, und Neues wird angegangen.

(C) Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe passt hier. Warum haben wir bewährte eigenständige, spezielle Berufsbilder einfach abgeschafft? Der Beruf der Säuglingsschwester, der Krankenschwester – wir haben auch schon über den Begriff des Altenpflegers gesprochen –: Damit einher gingen nationale gute Berufsabschlüsse. Die sind natürlich durch die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie verschwunden. Das sehe ich als Eingriff in eigenständige nationale Entscheidungen, die ich für nicht notwendig halte.

Eine Generalisierung, die hier vorgesehen ist, um verschiedene berufliche Anforderungsprofile in einer Ausbildung zusammenzufassen, kann auch sehr nachteilig sein. Da gibt es den berühmten Vergleich zwischen dem Philosophen und dem Fachmann, den Sie alle kennen: Der Philosoph weiß von vielem wenig, und der Fachmann weiß von wenig sehr viel. – Hier besteht die Gefahr, dass die Generalisierung in diese Richtung geht. Dazu kommen noch spezielle Länderregelungen, eigene Curricula verschiedener Berufsschulen. Somit besteht keine sichere Vergleichbarkeit der Qualifikationen verschiedener Absolventen, und es besteht ein Mehraufwand für schulische Einrichtungen.

Das Gegenteil wäre eigentlich richtig: Eine neuzuschaffende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sollte eine bundeseinheitliche Regelung gewährleisten. Es ist unsinnig, einerseits nach europäischen Vereinheitlichungen zu streben, aber andererseits bei uns einen föderalen Bildungsflickenteppich mit uneinheitlichen Lehrplänen an den einzelnen berufsbildenden Einrichtungen zuzulassen.

(D) Wichtiger, als an der Ausbildung derartige weitreichende Experimente vorzunehmen, ist es, die Arbeitsbedingungen in allen Pflegeberufen zu verbessern, die Bezahlung den Anforderungen anzupassen, also deutlich zu erhöhen; denn damit bleiben die Pflegekräfte länger in ihrem Beruf oder generell in ihrem Beruf.

Da die Auszubildenden wechselnd an mehreren, oft weit auseinanderliegenden Einrichtungen arbeiten sollen, entsteht für diese wie auch für die Ausbildungsbetriebe ein erhöhter Aufwand, der bis zur Überforderung gehen kann. Das halten wir für nicht günstig.

Es ist auch schlicht unmöglich, alle Auszubildenden in der generalistischen Phase der Pflegeausbildung durch zum Beispiel eine Kinderklinik zu schleusen; so sinngemäß die Stellungnahme von Professor Wolfgang Kölfen, Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin.

(Beifall des Abg. Martin Hebner [AfD])

Durch die vorgesehene Generalisierung verhindert man eine durchgängige spezialisierte Vermittlung von Fertigkeiten und Wissen. Dies erschwert somit den Ausbildungsbetrieben wie auch den Auszubildenden die Umsetzung. Die Generalisierung sollte aus unserer Sicht allenfalls im Laufe des ersten Ausbildungsjahrs abgeschlossen sein.

Zu den Ausbildungsvoraussetzungen; das ist eben schon beim Minister angeklungen: Den Hauptschulabschluss nach der neunten Klasse zuzulassen, aber nicht den erweiterten Hauptschulabschluss als Forderung ein-

Detlev Spangenberg

(A) zubringen, das ist auch unsere Forderung; denn zahlreiche junge Leute arbeiten bereits darin. Diese erschwerende Forderung nach dem erweiterten Hauptschulabschluss könnte dazu führen, meine Damen und Herren, dass junge Leute davon abgehalten werden, die Ausbildung anzugehen.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

Hauptschüler – so ist es in einer Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 19. Juni 2018 noch mal betont – sind ein Potenzial, auf das wir nicht verzichten können.

Empathie, soziale Kompetenz sind hier gefragt. Zusätzlich haben diese Menschen auch eine Chance auf ein erfülltes Berufsleben. Dazu passt auch ein Zitat des ehemaligen Bundesgesundheitsministers von der FDP, Daniel Bahr. Er sagte sinngemäß: Es kommt viel mehr auf die soziale Kompetenz an als auf ein oder zwei Jahre mehr Schulzeit.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! Nicht nur deswegen ist Bahr gescheitert!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine schnelle Lösung und kein Rumbasteln, nicht irgendwelche Ausbildungsexperimente.

Übrigens: Frühere Zivildienstleistende, die teilweise sogar ohne Ausbildung mit in diesem Beruf gearbeitet (B) und geholfen haben, waren eine sehr wichtige Stütze und haben dafür sehr hohe Anerkennung erfahren. Das sollten wir nicht vergessen.

Die Anhörung am Montag, dem 25. Juni, hat gezeigt, dass Anregungen und Kritik von vielen Seiten gekommen sind. Zum Beispiel wurde die Reduzierung der praktischen Ausbildung negativ angesprochen: halbiert von 2 500 Stunden auf 1 300 Stunden. Dann wurde auch gesagt, die Qualifikation sollte sich mehr auf die direkte Arbeit mit den Menschen beziehen; das sagte ich eben. Weiter: Häufige Zwischenprüfungen haben eventuell einen sehr hohen Prüfungsdruck zur Folge; so sagt es zum Beispiel Verdi.

Die Senkung des Qualitätsstandards und die Wertigkeit für die Altenpflegeausbildung werden auch in Bezug auf die Anlage 4 kritisiert: Die Zugangsvoraussetzungen würden mit den Prüfungsanforderungen kollidieren. Die Formulierungen würden wegen ihrer substanziellen Schlechterstellung gegenüber den Anlagen 2 und 3, also Pflege und Gesundheit, abgelehnt; so das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung.

Meine Damen und Herren, die Ablehnung dieser Verordnung durch uns ist damit begründet, dass grundsätzliche Einlassungen in der Sachverständigenanhörung vom 25. Juni nicht eingearbeitet worden sind. Man sollte die erst mal auswerten. Was haben wir davon, wenn wir eine Sachverständigenanhörung machen und ihre Erkenntnisse dann nicht einfließen? Das sollte erst mal gemacht (C) werden. Wenn wir das alles beachtet haben, denke ich, dann kommt auch mehr dabei heraus.

Recht vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist Frau Bundesministerin Dr. Franziska Giffey.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wer Pflege braucht, muss gut gepflegt werden. In Deutschland gibt es 2,9 Millionen Pflegebedürftige. 1,4 Millionen werden durch die Familie gepflegt; das muss auch mal gesagt werden. Manche werden durch Familie und Pflegedienste gepflegt. Aber mindestens 1,5 Millionen werden von denjenigen gepflegt, die in der Altenpflege arbeiten. Auch wenn die Zahlen sich in den letzten Jahren gesteigert haben – wir haben im Moment gut 750 000 Pflegefachkräfte in Deutschland; das ist eine Steigerung in den letzten 20 Jahren um 74 Prozent –: Es reicht noch nicht. Es ist ganz klar – wir sind uns alle darüber einig –: Es sind zu wenige. Wir brauchen mehr. Erst recht für die Zukunft muss man das sagen; denn die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich weiter erhöhen. Die Prognosen sagen: Bis 2050 wird sie sich fast verdoppeln. (D)

Wir arbeiten dafür, dass diejenigen, die Pflege brauchen, gut gepflegt werden. Dafür ist die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe ein ganz wichtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen Fachkräfte, die sich kümmern; wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte. Das Pflegeberufegesetz ist dafür die Voraussetzung. Wir modernisieren die Pflegeausbildung und gestalten sie attraktiver. Wir schaffen – das hätte eigentlich auch schon früher passieren können – das Schulgeld an Pflegeschulen ab, dieser überfällige Schritt wird endlich gemacht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir schaffen aber nicht nur das Schulgeld ab, sondern garantieren auch eine angemessene Ausbildungsvergütung. Das wird vielen jungen Leuten den Schritt erleichtern, diesen Beruf zu wählen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Niemand soll sich mehr fragen müssen, ob er es sich leisten kann, diesen Beruf zu erlernen.

In einer modernen Pflegeausbildung hat die Pflege älterer Menschen auf jeden Fall eine hohe Bedeutung, weil es einfach auch immer mehr ältere Menschen gibt. Die

Bundesministerin Dr. Franziska Giffey

(A) Verordnung zeigt, wie anspruchsvoll die Pflegeberufe sind, gerade, wenn man sich ansieht, wie künftig Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Prävention mitdenken müssen, wie sie den Erhalt der Selbstständigkeit der älteren Menschen, die sie pflegen, im Blick behalten müssen. Sie müssen in kritischen und krisenhaften Pflegesituationen eigenständig entscheiden können, was zu tun ist. Sie müssen ärztliche Anordnungen in der jeweiligen Situation richtig auslegen und umsetzen. Das kann nicht jeder. Darauf muss man vorbereitet werden, das muss gelernt sein, und erst dann werden junge Leute richtig gut darin.

Wir wollen, dass die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung eine große Rolle im Rahmen der Konzertierten Aktion Pflege spielt. Wir haben uns gemeinsam mit Jens Spahn und Hubertus Heil auf einen Schwur geeinigt, nämlich darauf, zusammenarbeiten und unseren Job gemeinsam machen. Diese Aufgabe wird nur gut zu leisten sein, wenn die drei betreffenden Ministerien an dieser Stelle zusammenarbeiten. Wir wollen, dass die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung ein erster Schritt im Rahmen der Konzertierten Aktion Pflege ist, und es muss weitergehen – mit attraktiver Ausbildung, mit der Unterstützung der Pflegeschulen, mit Möglichkeiten zur Umschulung, mit attraktiven Arbeitsbedingungen und vor allen Dingen einer besseren Bezahlung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir werden nächste Woche damit starten. Es geht darum, dass wir zusammenarbeiten und es auch schaffen, dass der Pflegeberuf einen Imagewandel erfährt.

(B) Ich bin letztens an einer Pflegeschule gewesen. Mir haben die Pflegekräfte gesagt, sie wünschen sich vor allen Dingen mehr Zeit, aber auch, dass es wieder cool ist, Pflegefachkraft zu sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dafür müssen wir sorgen – durch mehr Anerkennung, bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine moderne Ausbildung –, damit diejenigen, die sich um die anderen kümmern, auch das Gefühl haben, dass sich jemand um sie kümmert und sie einen Beruf haben, der wertgeschätzt und anerkannt wird. Dafür ist die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung ein wichtiger Grundstein. Ich hoffe sehr, dass Sie uns dabei unterstützen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Nicole Westig für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Nicole Westig (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Endlich liegt die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vor, auf die die Pflegeschulen seit langem warten. Vor dem Hintergrund des akuten Personalmangels in der Pflege sieht es allerdings so aus, als sollten hier möglichst schnell möglichst viele Menschen die Pflegeausbildung durchlaufen – zulasten der Qualität. (C)

Die neue Pflegeausbildung sollte der große Wurf werden – wir haben es gerade gehört –, für mehr Attraktivität und für eine Aufwertung des Pflegeberufs. Aber, meine Damen und Herren, wenn man einen Beruf aufwerten will, dann fängt man doch nicht mit einer Abwertung der Qualität an –

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

so geschehen in der Altenpflege. Mit der neuen Anlage 4 der Verordnung sind die Standards in der Altenpflegeausbildung derart heruntergesetzt worden, dass die Altenpflege damit zu einer „Pflege light“ verkommt. – Herr Minister, das sind jetzt keine bösen Äußerungen aus der öffentlichen Debatte; das ist die nahezu einhellige Meinung der Experten in der Anhörung am vergangenen Montag.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten da schön differenzieren. Die Experten waren sich nahezu einig, aber das hatte keine Konsequenzen. Ein Nachbessern oder wenigstens eine Rückkehr zur Ursprungsfassung hält diese Regierung nicht für nötig.

Freie Demokraten wollen beste Bildung. Das gilt auch für die berufliche Ausbildung, und das gilt erst recht für die neue Pflegeausbildung. Die alternde Gesellschaft stellt uns vor besondere Herausforderungen: Wie gehen wir mit Demenz um, wie mit Multimorbidität? Die Antworten auf diese Fragen gehören in die Ausbildung, und zwar mit professionellen, etablierten und evidenzbasierten Instrumenten. (D)

(Beifall bei der FDP)

Das ist auch eine Frage der Verantwortung und Wertschätzung gegenüber unseren alten Menschen, meine Damen und Herren.

Die FDP vermisst zudem einen eigenen Kompetenzbereich zur Digitalisierung.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben gerade viel von dem modernen Berufsbild gehört. Aber: Wie bitte schön lässt sich heute noch ein Berufsbild modern definieren ohne Digitalisierung? In der Digitalisierung liegt ein Schlüssel für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Digitale Anwendungen können Pflegekräfte spürbar entlasten und ihnen das zurückgeben, was ihnen aktuell am meisten fehlt: Zeit – Zeit für den Pflegebedürftigen, Zeit für die Pflege am Bett.

(Beifall bei der FDP)

Die Digitalisierung ist jedoch kein Selbstzweck. Sie muss reflektiert angewandt werden. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen kommt hier entschieden zu kurz. Gerade in der Pflege geht es doch auch um rechtliche und ethische Fragen der Digitalisierung. Es geht um sensible

Nicole Westig

(A) Patientendaten, deren Umgang erlernt werden muss. All das fehlt in der Verordnung.

Ein weiteres Gebot der Stunde ist die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation. Dazu wurde das in der Langzeitpflege vielfach eingesetzte Strukturmodell entwickelt. In der Verordnung ist das Strukturmodell aber nicht konsequent abgebildet. Dabei ist es wichtig, dass Auszubildende einen Überblick über die verschiedenen Pflegeprozesse und die Konzepte der Pflegeziele und Pflegediagnosen erhalten, also auch hier eine verpasste Chance.

Aus diesem Grunde können die Freien Demokraten der Verordnung nicht zustimmen. Allerdings drängt die Zeit: Die Pflegeschulen stehen unter einem enormen Zeitdruck; sie müssen schnell ihre Curricula für 2020 entwickeln. Vor diesem Hintergrund können wir es nicht verantworten, die Verordnung abzulehnen, und werden uns enthalten.

Die Auswirkungen der neuen Pflegeausbildung werden wir im Blick behalten. Gelingt es, mehr Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern? Was geschieht mit der Qualität der Ausbildung? Wie entwickeln sich die Anzahl der Auszubildenden und die der Ausbildungsbetriebe? Was ist mit der Ausbildung zum Pflegeassistenten als Einstieg und Möglichkeit zur Weiterbildung? Diese und weitere Fragen werden wir kritisch-konstruktiv begleiten.

Vielen Dank.

(B) (Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin: die Kollegin Pia Zimmermann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Pia Zimmermann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf den Tribünen! Werte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Sie haben eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vorgelegt, die von vielen Seiten kritisiert wurde und kritisiert wird, zuletzt in der Anhörung am Montag. Dort kamen Fachleute zu Wort, denen Sie offensichtlich nicht richtig zugehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem zur Ausbildung zur Altenpflege haben Sie sich mehrfach anhören müssen, dass die vorliegende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung keine geeignete Basis für eine gute Berufsausbildung darstellt.

Am Montag bei der Anhörung wurde allerdings die Zustimmung der Arbeitgeberverbände zu dieser Verordnung ersichtlich, mit der die Altenpflege deutlich in die zweite Reihe gestellt wird. Die Hoffnung, auch weiterhin billige Arbeitskräfte in der Altenpflege beschäftigen und (C) damit satte Profite einfahren zu können, scheint sich zu erfüllen.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Jetzt reicht es aber!)

Und noch ein Geschenk macht die Bundesregierung ihren erfolgreichsten Lobbyisten in der Pflegepolitik: Die bestandene Zwischenprüfung kann mit nur wenigen Kniffen als Abschluss in der Pflege anerkannt werden, und damit können Absolventinnen und Absolventen als Fachkräfte gezählt werden. Das bringt dann, schwuppdiwupp, mal wieder Geld in die Kassen; das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Das ist aber falsch!)

Meine Damen und Herren, es sind nicht nur die Sozialverbände, kirchlichen und gemeinnützigen Verbände, die vor einer Entprofessionalisierung der Altenpflege warnen. Auch zwei Pflegeexpertinnen von der Uni Bremen, die maßgeblich an der Ausbildungs- und Prüfungsordnung mitgearbeitet haben, distanzieren sich nunmehr von diesem Papier, an deren Veränderungen sie nicht mehr beteiligt wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

Sie schreiben in einer Stellungnahme an den Gesundheitsminister – Zitat –:

> Diese Veränderungen sind von substanzieller Bedeutung und dürften erhebliche negative Auswirkungen auf die Ausbildung in der Altenpflege, das Berufsbild der Altenpflegerin/des Altenpflegers und die pflegerische Versorgung von alten Menschen haben.

(D)

Die Umsetzung dieser Ausbildungs- und Prüfungsverordnung begünstigt eine pflegerische Einheitsversorgung und führt zu einer Abwertung der Altenpflege, wie wir es bisher nicht kannten. Meine Damen und Herren, Die Linke lehnt eine solche Deprofessionalisierung der Altenpflege entschieden und mit aller Deutlichkeit ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine Berufsausbildung, in der theoretische Grundlagen eine wichtige Rolle spielen; denn nur so kann der Pflegeprozess kompetent und umfassend umgesetzt werden. Wir wollen eine Pflege, die Familien und soziale Bezugssysteme in den Mittelpunkt stellt, und dass entsprechende Kompetenzen in der Ausbildung verantwortungsvoll vermittelt werden. Wir wollen eine Pflegeausbildung, in der kommunikative Kompetenzen unterrichtet werden. Und wir sagen Ja zu einer Altenpflege, die aktuelle pflegewissenschaftliche Erkenntnisse in der Arbeit nutzt. Das Erlernen dieser Kompetenzen darf aus dem Curriculum nicht ersatzlos gestrichen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine Ausbildung, in der alle Pflegekräfte – auch in der Altenpflege – qualifiziert und kompetent ausgebildet werden. Und wir wollen, dass Menschen mit Pflege- und/oder Assistenzbedarf teilhabeorientiert versorgt werden und ihre sozialen Kompetenzen und

Pia Zimmermann

(A) Kontakte nicht verlieren, sondern behalten und ausbauen können. Denn unser Motto lautet: Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es macht mich wütend, dass Sie mit dieser Reform einen Kniefall vor den Arbeitgeberverbänden vorziehen, statt die Sorgen und Probleme der Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen ernst zu nehmen und Abhilfe zu schaffen. Ich weiß ganz genau: Ich bin nicht die Einzige, die wütend ist. Und ich wünsche mir, dass noch viel mehr wütend werden, die von solchen Gesetzen und Verordnungen seit Jahren getrieben werden. Das sind nicht nur Pflegekräfte und Auszubildende, sondern das sind auch die Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörige, die immer mehr Geld für immer schlechtere Pflege zahlen müssen. Das sind diejenigen, für die wir uns einsetzen – nicht für die Geldbeutel der Pflegewirtschaftsbosse.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächste Rednerin die Kollegin Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute liegt uns eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegefachkräfte zur Abstimmung vor. Erlauben Sie mir, dass ich darauf hinweise, dass wir als Grüne eine eigene Reform vorgeschlagen hatten mit einer integrierten Ausbildung, die sicher, was die inhaltliche Vertiefung der Abschlüsse, gerade im letzten Abschnitt der Ausbildung, angeht, besser gewesen wäre als das, was Sie jetzt vorgelegt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andererseits ist auch klar, dass es jetzt darum geht, dass die Ausbildungsstätten endlich Sicherheit bekommen, wie sie sich auf eine neugeordnete Ausbildung vorbereiten können. Von daher werden wir uns jetzt darauf konzentrieren, die Umsetzung kritisch zu begleiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich aber auch sagen: Hinter der praktischen Umsetzung stehen noch viele Fragezeichen; auch das ist in der Anhörung deutlich geworden. Wie wollen Sie eine praktische Ausbildung für 40 000 Auszubildende in der Generalistik an über 300 Kinderstationen in diesem Land ermöglichen? Dahinter steht ein ganz, ganz großes Fragezeichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Nicole Westig [FDP])

Da muss ich Ihnen sagen: Wir werden genau hinschauen, wie das in der Praxis umgesetzt wird.

(C) Dem Entschließungsantrag der Linken werden wir zustimmen, obwohl wir ihm nicht hundertprozentig in allen Punkten folgen können.

(Beifall der Abg. Pia Zimmermann [DIE LINKE])

Mir ist wichtig, jetzt zur Anlage 4 dieser Ausbildungsverordnung zu kommen, wo es um die eigenständige Altenpflegefachausbildung geht. Ich sage: Vom Referentenentwurf bis zur jetzigen Vorlage ist eine Altenpflegefachausbildung zweiter Klasse entstanden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Spahn, ich habe ehrlich gesagt nicht verstanden, was Sie vorhin mit Ihrer Warnung bezüglich der Wortwahl meinten. Sie können uns Parlamentarier ja nicht gemeint haben. Meinten Sie alle Fachleute in der Anhörung am Montag, die alle diese Altenpflegeausbildung, wie sie jetzt vorliegt, kritisiert haben?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Oder meinten Sie vielleicht die Mitarbeiter in Ihrem Ministerium, die den Referentenentwurf vorgelegt haben, den Sie nachträglich abgeschwächt haben? Oder meinten Sie vielleicht die beiden Mitarbeiterinnen bzw. Professorinnen, die wesentlich an der Erarbeitung beteiligt waren und gestern einen Brandbrief an Sie geschrieben haben, (D) in dem sie völlig zu Recht gesagt haben, dass eine hochwertige Versorgung so nicht gewährleistet ist,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn desaströse Gehälter und die Unterbewertung des Berufsbilds zementiert werden?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Sie haben immer noch nicht verstanden, was angesichts des demografischen Wandels und des heutigen Pflegenotstandes in der Altenfachpflege wirklich notwendig ist. Pflegen kann nicht jeder; aber viele sollten Pflegen lernen. Deswegen brauchen wir eine gute Ausbildung. Pflegebedürftige Menschen haben das Recht, auf eine menschenwürdige Pflege.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben häufig mehrere Erkrankungen, sie haben Depressionen oder Demenz, sie haben andere Einschränkungen und Behinderungen. Deshalb brauchen wir Fachkräfte, die in der Lage sind, professionell zu pflegen und Rehabilitation anzubieten, die umfassende medizinische Kenntnisse auf dem Stand der Wissenschaft haben und komplexe Pflegeprozesse gestalten und steuern können; das Stichwort „Digitalisierung“ ist gefallen. Und wir brauchen Pflegefachkräfte, die mit Beteiligten aus

Kordula Schulz-Asche

(A) anderen Gesundheitsberufen, auch mit den Ärzten, auf Augenhöhe zusammenarbeiten können. All das brauchen wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, Altenpflegefachkräfte müssen in der Lage sein, mit den schwierigen sozialen Lebenslagen wie Einsamkeit und Armut, in denen alte Menschen leben, professionell umzugehen. Dafür muss man in Netzwerken sozialer Arbeit eingebunden sein; auch das gehört zur Altenpflege. Nicht zuletzt brauchen wir bestens ausgebildete Altenpflegefachkräfte, die in der Lage sind, die vielen pflegenden Angehörigen zu schulen, zu beraten, zu unterstützen und zu entlasten. Dafür brauchen sie eine hohe Qualifikation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich rede hier von den Kernkompetenzen einer guten Altenpflege, die wissenschaftlich fundiert und auch in den Nachbarländern Standard ist.

Sie haben es versäumt, unserem Antrag zuzustimmen, mit dem dafür hätte gesorgt werden können, dass die Altenpflege endlich zu einem umfassenden, modernen und attraktiven Beruf für junge Menschen gemacht wird im Interesse älterer Menschen und ihrer Familien.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Erich Irlstorfer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erich Irlstorfer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben gestritten, wir haben diskutiert, wir haben debattiert, und wir werden heute auch entscheiden. Ich möchte gerade Ihnen, verehrte Frau Zimmermann, schon einmal sagen: Wir haben diesen Prozess in den letzten Jahren begleitet. Uns hat dabei in der Koalition immer geleitet, dass wir in das Gelingen verliebt waren. Wir haben uns hier nicht hingestellt, eventuell Negatives zusammengetragen und das Ganze nicht in einem Klassenkampf enden lassen.

(Zuruf der Abg. Pia Zimmermann [DIE LINKE])

Nein, wir brauchen die Arbeitgeber, wir brauchen die Arbeitnehmer, und wir brauchen ein Verhältnis, das ordentlich auf Augenhöhe ist. Es ist nicht unanständig, wenn man mit guter Arbeit in der Altenpflege auch Geld verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU – Pia Zimmermann [DIE LINKE]: Sie haben doch die Antwort gekriegt!)

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein mutiger Versuch. Wir halten an unserem Ziel fest, durch neue Rahmenbedingungen mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Nach einem enormen fachlichen Austausch und einem parlamentarischen Verfahren, das Befürworter und Skeptiker sehr gefordert hat, geht das jetzt in die Umsetzung. Die Fronten waren verhärtet. Ja, das stimmt. Wir haben hier um Lösungen gerungen. Und niemand von denjenigen, die in der Anhörung dabei waren, und aus egal welchem politischen Lager ist heute hundertprozentig zufrieden und sagt: Ja, genau so wollte ich das von Anfang an. – Nein, aber wir haben ein Grundgerüst. Wir haben eine duale Ausbildung, die sich in Praxis und Theorie weiterentwickelt hat. Und wir werden – das ist wesentlich – keine Jugendlichen auf der Strecke verlieren, weil wir ein System für alle Schultypen entwickelt haben; das war uns wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen auch alle Hände, die diese große Aufgabe gemeinsam mit uns meistern wollen. Die Kollegin Schulz-Asche hat die Kinderkrankenpflege angesprochen. Ich weiß, wir haben eine extrem hohe Qualität, wir haben mehr Bewerber als Stellen und ein hervorragendes Beschulungssystem. Aber wir wollen das ändern, weil wir auch die Durchlässigkeit im System, die Attraktivitätssteigerung und somit auch die Generalistik als extrem wichtig erachten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können mich beim Wort nehmen: Ich werde als Erster hier den Finger in die Wunde legen, wenn wir nach dieser Erprobungs- und Umsetzungsphase nicht mehr dieser Meinung sind – deshalb gibt es ja auch eine Evaluierung –, und dafür sorgen, dass wir dann auch nachbessern. Die Kinderkrankenpflege ist für uns extrem wichtig. Wir haben diese Worte natürlich gehört. Aber ich würde schon sagen: Lassen Sie uns jetzt auch beginnen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland kann und muss seine Anstrengungen in der Pflege auf allen Ebenen noch deutlich intensivieren. Deshalb ist es notwendig, dass wir eine sinnvolle Akademisierung des Berufs klug vorbereiten. Frau Westig, ich muss Ihnen schon sagen: Blinder Aktionismus und eine übertriebene Verschärfung der Anforderungen, zum Beispiel bei Zwischen- und Abschlussprüfungen, würden weder eine Qualitätssicherung noch eine Qualitätssteigerung hervorrufen, sondern nur die Abbrecher- und Durchfallquote erhöhen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insofern möchte ich schon noch einmal sagen – das gilt für uns alle –: Trauen wir der Szene etwas zu. Wir haben gute Auszubildende, wir haben gute Betriebe, wir haben gute Lehrende, und wir haben vor allem junge Menschen, Schülerinnen und Schüler, die diesen Beruf gerne erlernen möchten. Deshalb kann ich nur dafür plädieren: Pflege von Kindern, von Jugendlichen, von Kranken, Behinderten, Rehabilitanden und vor allem auch von alten Menschen ist nicht nur ein Zukunftsberuf, sondern auch ein schöner Beruf, der gesellschaftliche Anerkennung, ein ordentliches Gehalt sowie Sicherheit und Attraktivi-

Erich Irlstorfer

(A) tät bei den Rahmenbedingungen verdient. Menschlichkeit, Empathie, Gespür, Gefühl plus hohe Fachlichkeit – das ist unser Weg, und den gehen wir hiermit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Kollege Dr. Karl Lauterbach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal will und muss ich in Erinnerung bringen, dass wir bei der Anhörung wie von der gesamten Fachwelt für die Reform, wenn man von der Anlage 4 einmal absieht, zu der ich gleich kommen werde, insgesamt gelobt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und ich bringe in Erinnerung, was diese Reform für uns leisten wird.

Zum Ersten. Diese Reform wird es möglich machen, dass man mit einer Ausbildung in allen Bereichen der Pflege arbeiten kann. Das heißt, der Beruf wird viel flexibler, und die Ausbildung ist dann auch mehr wert.

(B)

(Zurufe der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Ausbildung, die es mir erlaubt, von der Kinderheilkunde bis zur Altenpflege in allen Bereichen zu arbeiten, ist eine deutlich attraktivere Ausbildung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das wertet den Beruf auf.

Zum Zweiten. Wir haben die Qualität der Ausbildung massiv verändert. Wenn Sie sich die alten Ausbildungsverordnungen angeschaut haben, dann konnten Sie feststellen: Dort fehlte jedes Mal der Bezug zu den anderen Bereichen. Wir haben jetzt aber sichergestellt, dass bei der Krankenpflege Elemente der Langzeit- und der Altenpflege aufgenommen werden, bei der Kinderkrankenpflege Elemente der Langzeitpflege und bei der Altenpflege Elemente der Langzeitpflege und der Kinderkrankenpflege. Diese Verbesserung der Qualität der Ausbildung ist hier mit keinem Wort erwähnt worden. Das ist doch viel wichtiger als kleine Veränderungen in der Anlage 4, zu denen ich gleich kommen werde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Zum Dritten. Wir werden die Rahmenbedingungen für den Beruf deutlich besser machen. Die Rahmenbedingungen eines Berufs hängen auch von der Frage ab: Was kann aus mir werden, wenn ich den Beruf ergreife? Ich kann mit diesem Abschluss in anderen Bereichen

(C) arbeiten, ich kann nach dem Abschluss studieren, habe dann eine akademische Ausbildung, für die alles, was ich bis dahin gemacht habe, relevant ist. Wir haben sozusagen die Akademisierung abgestimmt auf den Beruf. Ich kann darüber hinaus, wenn ich in der Altenpflege tätig bin, auch deutlich besser verdienen; denn wenn der Abschluss in allen Bereichen gilt, kann ich auch im Krankenhaus tätig werden. Somit muss die Altenpflege besser bezahlt werden, sonst werden die Altenpflegekräfte die Altenpflege verlassen und in den Krankenhäusern, wo es auch viele Stellen gibt, arbeiten. Diese Aufwertung des Berufes haben wir doch gewollt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Haßelmann zu?

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Ja, sehr gerne.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident, vielen Dank auch, Herr Kollege Lauterbach. – Gerade weil uns dieses Thema so umtreibt und weil es so bedeutend ist für die Frage, wie wir in Zukunft den Bereich der Pflegeberufe regeln: Können Sie mir erklären, warum Ihre Ministerin Giffey hier eine Rede zum Thema Pflege hält und danach den Raum verlässt und das Ministerium dann nur noch durch eine Staatssekretärin vertreten ist? Ich finde, das ist so eine Missachtung gegenüber dem Parlament, sich hierhinzustellen und zu sagen: „Es ist das Allerwichtigste, dass wir dieses Gesetz jetzt durchkriegen, und ich verbinde damit unheimlich viel Leidenschaft“, aber dann, wenn wir hier im Parlament diskutieren und um Lösungen ringen, den Raum zu verlassen, bevor die Debatte zu Ende ist. Ich finde das reichlich stillos. Ich frage mich einfach: Was ist hier los?

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Ich kann sagen, dass die Ministerin diese Reform viele Stunden begleitet und mich bei der Umsetzung der Reform massiv unterstützt hat. Ich schaue hier auf das Ergebnis.

Wenn Sie von stillos sprechen, dann muss ich ganz offen sagen – und ich sage es nicht gerne –: Ich fand auch einen Teil der Kritik hier völlig überzogen; so wurde zum Beispiel von einer Deprofessionalisierung der Altenpflege gesprochen.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist aber so! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist ja so!)

(A) Die schrille Kritik der FDP und der Linkspartei bin ich gewohnt, aber die Kritik der Grünen an der Anlage 4 fand ich überzogen. Das gehört auch hierhin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das hat aber nichts damit zu tun, dass die Ministerin nicht hier ist, ohne den Geschäftsführern Bescheid zu sagen!)

Wir werden den Pflegeberuf attraktiver machen. Ich komme jetzt ganz gezielt auf die Anlage 4 zu sprechen, die ich selbst verhandelt habe. Ich möchte darauf hinweisen: Kollege Spahn hat in gewisser Weise recht.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Eine Diskussion ist richtig, aber man darf das Ergebnis nicht auf diese Art und Weise zerreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ist Ihnen aufgefallen, dass hier kein einziges konkretes Beispiel dafür genannt worden ist, in welchem Bereich die Anlage 4 zu einer substanziellen Abwertung geführt hat? Wir haben zum Beispiel bei den Kenntnissen, die notwendig sind, um Pflegepläne zu erstellen und Pflegebedarfe zu ermitteln, das Wort „evaluieren“ durch „bewerten“ ersetzt. Wir haben in vielen Bereichen beispielsweise „tiefgreifende“ Kenntnisse durch „ausreichende“ Kenntnisse ersetzt. Wir haben in einigen Bereichen Teile aus den Ausbildungsplänen herausgenommen, zum Beispiel bei der Lebensphasenbegleitung die Begleitung in der Sterbephase, um dafür Platz für andere Inhalte zu

(B) schaffen.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Ja, sehr gern, aber ich möchte diesen Gedanken noch ausführen. – Das heißt, Sie haben keine konkreten Beispiele gebracht. Ich habe diese Reform mit vielen Praktikern besprochen; ich spreche jetzt nicht von Verbandsfunktionären, die die Reform zum Teil im Abstrakten kritisieren; das organisieren wir ja zum Teil auch. Vielmehr habe ich versucht, mit denjenigen aus der Szene, die eine solche Reform umsetzen müssen, einen Kompromiss zu verhandeln, der tatsächlich die Aufwertung ermöglicht. Ich halte daher die Kritik an der Anlage 4 für massiv überzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

So, Zwischenfrage.

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Lauterbach, Sie hatten um konkrete Beispiele gebeten. Im Grunde haben Sie sie sogar selber geliefert; denn natürlich ist es ein großer Unterschied, ob ich von

(C) „ausreichenden“ Kenntnissen rede – in der Schule wäre das eine 4 – oder ob ich von „außerordentlichen“ Kenntnissen rede; das wäre dann eine 2 oder eine 1. Das ist ein ziemlich großer Unterschied. Die Einschränkungen jedoch, die Sie für Einsatzgebiete genannt haben, betreffen Bereiche, in denen zum Beispiel eine ausgebildete Altenpflegekraft ganz klassisch tätig ist und in Zukunft in einem noch größeren Umfang tätig sein wird, als wir das heute kennen, gerade was die Begleitung von Menschen in der letzten Lebensphase angeht. Das ist das eine.

Das andere ist: In der Anhörung ist sehr deutlich geworden – und wir reden hier nicht mehr über eine Grundsatzentscheidung, sondern wir reden über die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, mit der die konkrete Ausgestaltung festgelegt wird –, dass Sie bis heute nicht sagen können, wie die Vielzahl aller Auszubildenden in der Pflege die wenigen Plätze in der Kinderkrankenpflege durchlaufen soll.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Anhörung ist deutlich gesagt worden, dass das ein Nadelöhr darstellen wird, dass das zu Verzögerungen im Ausbildungsablauf führen wird oder aber die Kinderkrankenhäuser und Abteilungen überrannt werden von Praktikanten, die fünf bis sieben Tage betreut werden müssen. Wie soll das in der Praxis ausgestaltet werden? Dazu haben Sie bisher noch keinen einzigen Ton gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D) Und das lässt sich nicht einfach über einen Kompromiss lösen, sondern Sie müssen ganz sachlich und konkret sagen, wie Sie es machen. – Bitte schön. Diese Frage hätte ich gerne beantwortet.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Zunächst einmal: Dazu habe ich noch nichts gesagt, weil ich dazu noch nicht befragt worden bin. Ich fange mit dem zweiten Teil Ihrer Frage an. Sie haben gefragt: Wie bekommen wir alle durch die 300 Kinderfachabteilungen? Das ist die falsche Frage; denn wenn Sie in den Entwurf blicken, werden Sie sehen, dass das nicht auf die Kinderfachabteilungen beschränkt ist, sondern dass zum Beispiel auch Einrichtungen der Eingliederungshilfe, der Behindertenhilfe, die Kinderpraxen und Einrichtungen der Jugendhilfe umfasst sind.

(Erich Irlstorfer [CDU/CSU]: Wirklich nicht! Kinderpraxen ja! Aber verabschieden Sie sich von den Behindertenwerkstätten! So nicht!)

Wir haben das sehr viel breiter gefasst, um das von mir nicht bestrittene Problem, dass das knapp wird, zu lösen. Ich kann nicht alle mit einer ausreichenden Grundbildung durch den Bereich der Kinderkrankenpflege bringen, wenn ich nicht das gesamte Angebot nutze.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden sich gerade um Kopf und Kragen! – Gegenruf des Abg. Erich Irlstorfer [CDU/CSU]: Ja!)

Dr. Karl Lauterbach

(A)

Wenn wir uns auf die 300 Fachabteilungen beschränkt hätten, dann hätten wir das ganz sicher nicht geschafft.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden sich gerade um Kopf und Kragen! Sie haben keine Ahnung von Pflege!)

Zum Zweiten. Ich bilde mir ein, dass ich viel Erfahrung habe mit Notengebung und Prüfungen. Wenn ich über ausreichende Kenntnisse für einen Beruf spreche, dann hat das nichts mit der Note zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn ich zum Beispiel ein Physikstudium anbiete und es für den normalen Physikingenieur notwendig oder ausreichend ist, sich mit der Elektromechanik auszukennen, dann kann er das am Ende des Studiums besser oder schlechter. Ich kann ihn sehr unterschiedlich benoten. „Ausreichend" bedeutet somit, dass die Fähigkeiten für den Beruf voll ausreichend sind. Das müssen wir machen. Es handelt sich bei der Altenpflegeausbildung nicht um ein Studium. Es handelt sich um eine Ausbildung,

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zweiter Klasse!)

und das ist auch richtig so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Karin Maag [CDU/CSU])

Ich komme zum Schluss. Es wird sich zeigen, dass sich diese Ausbildung am Ende in der Fachwelt durchsetzen wird. Ich halte die Diskussion, die wir heute geführt haben, für wichtig. Aber ich möchte darum bitten, die Ausbildungsreform nicht zu zerreden, bevor wir sie umgesetzt haben; denn sonst wird das Image die Wirklichkeit bestimmen, dann wird der Beruf der Altenpflege als ein Beruf zweiter Klasse angesehen werden.

(B)

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie schaffen ja gerade eine Ausbildung zweiter Klasse! Sie sind verantwortlich und schieben das jetzt den anderen zu! Wo sind wir hier denn überhaupt?)

Wenn wir das hart erkämpfte Ergebnis, das unstrittig besser ist als das, was wir vorher hatten, hier schon im Vorfeld mit zum Teil theoretischen Überlegungen kaputtreden, dann machen wir unsere eigene Arbeit zunichte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Dr. Roy Kühne von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bettina Müller [SPD], an Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Ihr wolltet doch am Anfang gar nichts! – Gegenruf der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt überhaupt nicht! Wir wollten integrierte Ausbildung!)

(C)

– Vielleicht können wir dem Redner zuhören.

Dr. Roy Kühne (CDU/CSU):

Sehr geehrte Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Karin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das scheint doch ein sehr emotionales und bewegendes Thema zu sein mit offensichtlich sehr vielen unterschiedlichen Ansichten.

Eines möchte ich gleich zu Anfang sagen: Eine Expertenanhörung ist eine Expertenanhörung. Ich kann Herrn Lauterbach da nur zustimmen. Gehen wir mal raus, und reden wir mit den Menschen, die die Menschen pflegen!

(Pia Zimmermann [DIE LINKE]: Das ist eine gute Idee!)

Gehen wir mit denen doch mal das Curriculum durch! Ich habe das gemacht. Ich war draußen. Ich bin mit verschiedensten Menschen in den Schulen, in den Heimen ins Gespräch gekommen. Ich habe gefragt: Wollt ihr das? Ist das für euch absehbar? Oftmals wurde gesagt: Ja, wir wollen das lernen, was wir in der Praxis umsetzen können. Das oberste Ziel, die oberste Berufsbefriedigung besteht nicht in einer tiefgreifenden bzw. supertiefen Verwissenschaftlichung der Arbeit, sondern in der Anwendungspraxis. Pflegekräfte wollen den Menschen helfen. Das ist ihre Intention. Darum erlernen sie diesen Beruf, und dafür bilden wir sie aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Das heißt nicht, dass wir irgendwelche Akademiker züchten müssen.

Frau Kordula Schulz-Asche, lassen Sie uns beide einmal in eine Einrichtung gehen – tun Sie sich das bitte einmal an – und mit den Altenpflegern reden. Wir gehen dann das Curriculum Punkt für Punkt durch. Sie werden schon sehen, was die sagen. Das machen wir beide einmal, hier in Berlin. Ich lade Sie gerne dazu ein.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir hat die Anhörung gereicht! Da waren genug Fachleute!)

– Experten! Wir machen Gesetze für die Menschen draußen, für den Alltag, wir wollen, dass die Gesetze wirken.

Ich habe heute noch einmal mit dem Kollegen, dem Professor, darüber geredet, wie das mit der Kinderkrankenpflege sein wird. Er ist für viele Vorschläge durchaus offen. Wir wollen gucken, wie wir das justieren können. Natürlich wurde auch gesagt, dass das schwierig werden könnte. Aber wir reden auch über Kinderarztpraxen. Der Kollege Irlstorfer hat das ja auch gesagt. Wir sind da offen. Aber eines dürfen wir nicht machen – das ist wichtig –: Wir dürfen nicht schon am Anfang das Kind mit dem Bade ausschütten. Das Image ist wichtig; Herr Lauterbach hat das auch gesagt. Es fängt damit an, dass wir erst einmal positiv an die Sache herangehen. Wir haben den Menschen zugehört. Wir haben in vielen Bereichen mit den Menschen draußen gesprochen und sie gefragt: Wie soll Pflege werden?

Dr. Roy Kühne

(A) Ich selbst habe Altenpflegekräfte in meinem Freundeskreis. Sie wollen gar keine tiefgehende Verwissenschaftlichung. Sie wollen wissen, wie es funktioniert. Sie wollen eine niederschwellige Diagnostik durchführen. Das haben wir eingeführt. Das Wort „Diagnostik“ ist da. Wir haben das Wort „Evaluierung“ herausgenommen und das Wort „bewerten“ hineingepackt. Schauen wir im „Duden“ nach: Da werden Sie nicht viele Unterschiede finden. Folgerichtig – und da sind wir, glaube ich, auf einem gute Weg – haben wir diese Ausbildungs- und Prüfungsverordnung so gestaltet, dass sie für die Menschen und für ihre Arbeit an den Patientinnen und Patienten mehr bringt. Das sollte doch das Ziel sein, wenn wir Menschen für die Pflege ausbilden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin den Kollegen von der SPD, natürlich auch meinen Kollegen von CDU und CSU und insbesondere Jens Spahn, unserem jungen neuen Minister, in diesem Falle sehr dankbar. Denn wir fassen erstmalig – auch das muss man zugeben – ein Thema an, das jahrelang nicht beachtet und immer wieder als Selbstverständlichkeit angesehen wurde: fleißige Kräfte, fleißige Frauen, fleißige Männer, die den Menschen helfen. Jetzt machen wir uns Gott sei Dank Gedanken darüber: Wie müssen wir sie ausbilden? Wie können wir sie so ausbilden, dass viel Flexibilität vorhanden ist – das ist ein ganz wichtiger Faktor –, aber auch so, dass wir gute Inhalte und Qualität stringent durchsetzen? Denn Pflege – das muss man ganz klar sagen – ist ein lernender Beruf.

(B) Wir blicken erstmalig progressiv in die Zukunft und fragen: Was kann uns der Pflegeberuf mehr bieten? Wo kann er mehr für das System tun? Da müssen wir deutlich sagen: Wir können in Zukunft von vielen Pflegekräften mehr für unser System erwarten. Wir bilden sie gut aus. Sie werden die Ärzte entlasten – das ist wichtig –, sie werden die Krankenhäuser entlasten – das ist wichtig –, und sie werden für die Menschen Gutes tun. Ich glaube, so kommt für diesen Beruf auch ein großer Zufriedenheitsfaktor dabei heraus.

Die gute Praxis zeigt: Gute Pflege ist notwendig. Es kann vorgebeugt werden, es kann verhindert werden, es kann wiederhergestellt werden. Es geht um ziemlich technische Begriffe. Unterhalten wir uns aber mit den Menschen, stellen wir fest: Sie spüren es, Sie werden es wirklich erleben, und so kann wieder lebenswert gelebt werden.

Gute Pflege ist keine Selbstverständlichkeit, und gute Bezahlung spielt definitiv eine Rolle. Motivierte Menschen, gute Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen: Das sind die Schritte, die wir jetzt gehen müssen.

Ich sage in diesem Saal noch einmal ganz deutlich: Dies ist ein erster Schritt. Er ist ein mutiger Schritt, für den ich Ihnen sehr dankbar bin. Ich denke, dass wir diese Ansätze im Bereich der Gesundheitsfachberufe weiterverfolgen sollten. Dadurch können wir das System entlasten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich: (C)

Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich schließe die Aussprache zu diesem Punkt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zu der Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/3045, der Verordnung auf Drucksache 19/2707 in der Ausschussfassung zuzustimmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die SPD-Fraktion und die CDU/CSU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD, Die Linke und die Grünen. Enthaltungen? – Die FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/3046. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Fraktion Die Linke und die Grünen. Gegenprobe! – SPD, CDU/CSU, FDP und AfD. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 a und 10 b sowie den Zusatzpunkt 5 auf:

10. a) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten (D)

Drucksache 19/2981

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Kersten Steinke, Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE sowie der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Renate Künast, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weidetierprämie für Schafe und Ziegen jetzt auf den Weg bringen

Drucksachen 19/1691, 19/2749

ZP 5 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gesine Lötzsch, Lorenz Gösta Beutin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Herdenschutz bundesweit wirkungsvoll durchsetzen

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Harald Ebner, Friedrich Ostendorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rückkehr des Wolfes – Artenschutz und Herdenschutz zusammen denken

Drucksachen 19/581, 19/589, 19/3034 Buchstabe c und Buchstabe d

Über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch.

(Unruhe)

– Wenn sich das allgemeine Getümmel gelegt hat, kann ich die Aussprache eröffnen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Dr. Klaus-Peter Schulze für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Klaus-Peter Schulze (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Besuchertribünen! Aufgrund der aktuellen Entwicklung, die wir seit heute früh den Medien entnehmen können, möchte ich, bevor ich zum aus meiner Sicht wissenschaftlichen Teil meiner Rede komme, darauf hinweisen, dass Ereignisse wie jetzt in Südostpolen sicherlich dazu führen werden, dass wir weiter an dem Thema Wolf arbeiten. Möglicherweise werden wir auch unsere Anträge, zumindest den Koalitionsantrag, an der Stelle noch einmal schärfen. Wenn die polnischen Naturschutzbehörden eindeutig nachweisen können, dass das tatsächlich ein Wolf war, ist es aus meiner Sicht notwendig, das Thema weiter zu verfolgen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In Europa und Asien gibt es acht rezente Unterarten des Wolfes. Der bei uns vorkommende ist der europäische Wolf, Canis lupus lupus. Diese von der Wissenschaft inzwischen bestätigte Systematik basiert auf genetischen Untersuchungen und ist nicht auf der Grundlage des Vergleiches biometrischer Daten entstanden. Der Wolf ist im Anhang IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie gelistet und gilt deshalb in Europa als streng geschützte Art. Man geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass bei 1 000 fortpflanzungsfähigen Tieren der günstige Erhaltungszustand erreicht ist. Da diese Tiere im Rudel leben, entspricht das 500 Rudeln. Ich weiß nicht, ob die Zahl 1 000 mit Blick auf den Wolf richtig ist. Ich möchte an einem Beispiel deutlich machen, inwiefern die Definition aus meiner Sicht verändert werden muss.

In meinem Wahlkreis und in der Nähe von Passau gibt es noch zwei Reliktvorkommen der osteuropäischen Smaragdeidechse. Sie ist in dem gleichen Anhang der FFH-Richtlinie gelistet, aber sie ist wirklich sehr selten. Sie lebt isoliert, hat einen sehr eingeschränkten Lebensraum zur Verfügung und ist einem hohen Druck von Prädatoren ausgesetzt.

(C)

Wenn ich mir diese Fakten für den Wolf anschaue, muss ich feststellen: Der Wolf ist ein Generalist, was den Lebensraum betrifft. Er lebt sowohl in der Wüste als auch in der Tundra; er lebt im Hochgebirge und im Flachland. Er ist auch ein Generalist, was die Nahrung betrifft. Er frisst vom Kleinsäuger bis zum Elch bzw. in Nordamerika zum Bison alles. Und er steht an der Spitze der Nahrungspyramide. Mit Ausnahme von – das habe ich mal spaßeshalber gesagt – Autofahrern hat er keine Feinde.

Ich meine: Wenn man diese Kriterien anlegt, dann kann man nicht sagen, dass es mindestens 1 000 fortpflanzungsfähige Tiere braucht, um den Bestand zu sichern. Das müssen wir in der Zukunft – das unterstreicht unser Antrag – klären. Daran muss in den nächsten Wochen und Monaten gearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein zweiter Punkt, auf den ich hinweisen will, ist, dass der Anhang IV der FFH-Richtlinie bereits 1997 in Kraft getreten ist. Er basiert auf Zahlen, die in den 1970er-Jahren in der Berner Konvention verankert wurden. Inzwischen hat sich die Situation aber völlig verändert. Wir haben beispielsweise in den 1970er-Jahren westlich der Weichsel keine Wölfe gehabt. Inzwischen sind sie bis in den westlichen Teil der Bundesrepublik und auch nach Dänemark gekommen. Zum damaligen Zeitpunkt gab es auch eine ganz andere Situation bei anderen Tierarten, zum Beispiel beim Biber; das Thema ist angesprochen worden. Diese Kriterien und die Zuordnung zu den einzelnen Abschnitten der FFH-Richtlinie müssen aus meiner Sicht überarbeitet werden.

(D)

Die Populationsdynamik, die wir zu verzeichnen haben, zeigt uns doch: Das Tier lebt bei uns in einer gesicherten Population, die sich entwickelt.

Wir haben im Koalitionsvertrag eindeutige Aussagen getroffen und festgehalten, dass die Sicherheit des Menschen natürlich am wichtigsten ist. Sie muss durchgesetzt werden. Und wir müssen auch dafür sorgen, dass die Tiere, die zum Beispiel Schutzeinrichtungen – dazu wird sicherlich mein Kollege Färber noch einiges sagen – überwinden, entnommen werden. Da muss man auch nicht drum herumreden, dass das eine letale Entnahme ist. Man muss klar sagen: Diese Tiere müssen geschossen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Carsten Träger [SPD] und Karsten Hilse [AfD])

Wenn eine Situation eintritt, wie wir sie jetzt in Polen möglicherweise haben, dann muss man diesen Punkt aus meiner Sicht auch ganz ehrlich ansprechen.

Ein weiterer Punkt, den wir in langen Verhandlungen hinbekommen haben, ist, dass wir uns noch mal die Definition der Flachlandpopulation vornehmen, indem wir nicht nur an den deutschen Wölfen gentechnische Untersuchungen durchführen, sondern auch die polnischen und andere Wölfe mit einbeziehen, um hier a) Klarheit über die verwandtschaftlichen Beziehungen zu erhalten

Dr. Klaus-Peter Schulze

(A) und b) den Populationsbegriff möglicherweise neu abzugrenzen. Dann stellt sich die Frage des guten Erhaltungszustandes eventuell ganz anders.

Die Anträge zielen darauf ab, dass wir durch umfangreiche Schutzmaßnahmen Weidetiere schützen. Wir müssen Weidetiere schützen, aber es kann nicht sein, dass dann große Teile von Norddeutschland durch eine Vielzahl von Zäunen fragmentiert werden. Hier stellt sich a) die Frage, was das kostet, und b) würden wir die Lebensräume anderer Arten zerschneiden. Das kann auch nicht im Sinne des Natur- und Artenschutzes sein; denn wir verlangen ja an anderer Stelle – beispielsweise bei Autobahnen und anderen Verkehrsinfrastruktureinrichtungen –, dass Grünbrücken mit einem hohen Aufwand gebaut werden. Deshalb kann ich hier nicht durch das Einzäunen der Landschaft kleine Fragmente von Lebensräumen schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, mit dem jetzt vorliegenden Antrag der Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD haben wir damit begonnen, dieses Thema zu diskutieren, und ich bin mir sicher, dass wir das in dieser Legislaturperiode noch weiter fortsetzen werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Carsten Träger [SPD] und Karsten Hilse [AfD])

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Karsten Hilse für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Karsten Hilse (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der letzten Debatte zum Thema Wolf ist einiges passiert. Die sächsische CDU hat im Copy-and-Paste-Verfahren das Thema, welches in Sachsen bisher nur durch die AfD als Problem erkannt wurde, für sich entdeckt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Oh mein Gott!)

Grund dafür ist die nackte Angst der CDU-Genossen, bei der nächsten Landtagswahl in Sachsen noch höher als bei der Bundestagswahl gegen die AfD zu verlieren.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Thema: Geheimwaffe ist der Wahlverlierer Kretschmer, der noch bis voriges Jahr im Bundestag willfährig den Kurs der Kanzlerin in allen Bereichen getragen und verteidigt hat. Dieser Wahlverlierer hat bei einer Veranstaltung in Hoyerswerda, an der ich auch teilnahm, geäußert, dass wir ganz genau hinschauen müssten, welche Tiere wir haben, um hier nicht Hybride zu schützen. Offensichtlich ist der Wahlverlierer von Sachsen auch auf sogenannten Verschwörungsseiten unterwegs, wie Sie mir das vorgeworfen haben, Herr Träger. (C)

(Beifall bei der AfD – Henning Otte [CDU/CSU]: Wovon träumen Sie denn?)

In der Anhörung wollte Frau Reinhardt nicht auf die Frage antworten, ob sie denn den Polarwolf, den indischen Wolf, den arabischen Wolf, den ägyptischen Wolf oder den Timberwolf als heimische und zu schützende Wolfsart ansehen würde.

(Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

– Stellen Sie doch eine Zwischenfrage. – Das Problem ist – der Herr Schulze hat es angesprochen –, dass mit der allgemeingehaltenen Artbezeichnung „Canis lupus“ laut der Berner Konvention und der FFH-Richtlinie alle diese Wolfsarten als heimisch und streng zu schützen anzusehen sind. Wir müssen also ganz konkret festlegen, welche Tiere wir schützen wollen.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich nur den deutschen Wolf!)

Frau Dr. Wurmb-Schwark, Sachverständige der CDU, machte klar, dass die Genanalyse, die das Senckenberg Forschungsinstitut verwendet, nicht dazu geeignet ist, festzustellen, ob es sich bei den zu untersuchenden Tieren um Wolfsmischlinge handelt. In der Zwischenzeit hat Herr Gerhards vom Verein Sicherheit und Artenschutz eine kraniologische Untersuchung an Schädeln durchgeführt, die im Senckenberg Forschungsinstitut aufbewahrt werden.

(D)

Von den 74 dort gelagerten Schädeln, welche allesamt als Wolfsschädel bezeichnet werden, wurden 6 untersucht. Herr Gerhards kam bei allen 6 zu dem Ergebnis, dass es sich um Wolfshundhybriden handelt. Drei Kollegen aus Kanada und aus Finnland kamen schon bei der Begutachtung nur der Fotos zum gleichen Schluss. Wir fordern deshalb zeitnah eine fachliche Tiefenprüfung durch weitere internationale Wildtier- und Kraniologie-Experten sowie DNA-Analysen, zum Beispiel bei dem Labor ForGen, wie es Herr Schulze auch vorgeschlagen hat.

Das Problem ist: Wir müssen wissen, um was für Tiere es sich handelt, um dann eventuell den Schutzstatus neu zu definieren.

Kommen wir nun aber zum wichtigsten Problem. Wie ich in meiner ersten Rede andeutete, zeigen die Ansiedlung der Wölfe und die Migrationskrise viele Parallelen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Yascha Mounk ließ am 20. Februar 2018 in den „Tagesthemen“ die Katze aus dem Sack, indem er sagte: Wir sehen hier ein einzigartiges Experiment, nämlich die Umwandlung einer monoethnischen, monokulturellen Demokratie in eine multiethnische.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Ich frage Sie: Wer hat Ihnen das Recht gegeben, mit uns dieses Experiment durchzuführen?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mounk sprach von Verwerfungen. Von diesen Verwerfungen müssen wir mittlerweile täglich lesen: Es sind Vergewaltigungen, es sind Morde, Angriffe auf Einsatzkräfte.

(Ulli Nissen [SPD]: Was? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieder meine Frage: Wer hat Ihnen das Recht gegeben, unsere Sicherheit, unsere Gesundheit und unser Leben derart aufs Spiel zu setzen?

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Wir sind doch nicht im Mittelmeer!)

Was sind jetzt aber die Parallelen zur Neuansiedlung des Wolfes? Es ist die Vorgehensweise. In der Migrationskrise hat die Bundesregierung anfangs behauptet, dass vorwiegend Frauen und Kinder kommen. Die Leitmedien setzten diese wenigen Frauen und Kinder ordentlich in Szene.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(B) **Karsten Hilse** (AfD):

Aber natürlich, jederzeit. Von wem? – Ach, von der CDU/CSU, alles klar. Aber gern.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Bitte beruhigen Sie sich und hören zu.

Axel Müller (CDU/CSU):

Herr Kollege Hilse, aus Ihrer Rede erschließt sich nicht der Zusammenhang zwischen Wölfen und Migration. Vielleicht können Sie das einmal näher erläutern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dieter Stier [CDU/CSU]: Falsches Redemanuskript!)

Karsten Hilse (AfD):

Aber natürlich. Ich komme sofort dazu. Nachdem Sie sich gemeldet haben, habe ich gesagt, welcher Zusammenhang besteht. Sie können jetzt zuhören. Oder ich kann meine Redezeit dadurch verlängern, dass ich Ihnen antworte.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Dann sagen Sie es halt noch einmal! – Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Ein bisschen deutlicher!)

– Natürlich, gerne. – Es ist die Vorgehensweise: In der Migrationskrise hat die Bundesregierung anfangs behauptet, dass vorwiegend Frauen und Kinder kommen. Die Leitmedien setzten diese wenigen Frauen und Kinder ordentlich in Szene.

(C)

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulli Nissen [SPD]: Was hat das mit den Wölfen zu tun? – Unruhe)

Weiterhin: Zu uns kämen hochgebildete Fachkräfte.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht es wirklich nicht.

Karsten Hilse (AfD):

Es ginge.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der Redner antwortet auf die Frage. Ist die Frage jetzt aus Ihrer Sicht beantwortet?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Karsten Hilse (AfD):

Ich führe einfach meine Rede fort.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Wenn die Frage beantwortet ist, geht es jetzt weiter. Bitte hören Sie zu, und lassen Sie den Redner ausreden.

(D)

Karsten Hilse (AfD):

Weiterhin hieß es, Flüchtlinge würden unsere Rente finanzieren und das Sozialsystem entlasten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Jetzt reicht es aber! Das ist ja peinlich für dieses Haus!)

Mittlerweile wissen wir, dass überwiegend junge Männer zu uns kamen. Über 80 Prozent von ihnen verfügen nicht über die in Deutschland benötigte Bildung.

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Sie haben das Thema verfehlt!)

Der überwiegende Teil lebt vom Sozialstaat. Genauso läuft es beim Wolf.

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, lachen Sie ruhig. Bei den nächsten Wahlen lachen wir.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kollegen, bitte hören Sie zu.

Karsten Hilse (AfD):

Ohne die Menschen zu fragen, was sie davon hielten, wohl wissend, dass es durch die Neuansiedlung Probleme mit der Landbevölkerung geben würde, haben Sie das Experiment Wolf begonnen. Auch hier gab es die Mitwir-

(A) kung der Leitmedien, die den Wolf als niedliches und in der Wildnis lebendes Kuscheltier darstellten.

(Stephan Thomae [FDP]: Wo ist die versteckte Kamera?)

Wölfe sind wunderschön. Sie sind hochintelligent. Sie haben ein Sozialverhalten, von dem sich einige hier eine Scheibe abschneiden könnten.

(Zurufe von der SPD)

Aber sie sind nicht niedlich. Sie sind Raubtiere. Ob es auch wirklich Wölfe sind, sollten wir in Zukunft klären.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

An alle: Die Beteiligten und die wahrscheinlich noch Unbeteiligten müssen sich bewusst machen, dass es sich hier um ein Experiment handelt: Wenn ein großes Raubtier, welches weltweit vorrangig in sehr schwach oder gar nicht besiedelten Gebieten lebt, in ein dicht besiedeltes Gebiet gebracht wird,

(Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

dann weiß man, dass das Folgen haben wird. Die Folgen laufen bei beiden Experimenten aus dem Ruder.

Herr Schulze hat es angedeutet: In Polen wurden zwei Kinder wahrscheinlich von einem Wolf angegriffen.

(Ulli Nissen [SPD]: Das haben auch Wildschweine schon gemacht, Herr Kollege!)

(B) – Richtig. – Wir lehnen beide Experimente ab und fordern, zu rationalem Handeln zurückzukehren.

(Zurufe von der SPD)

Der vorliegende Antrag der CDU/CSU und der SPD hat gute Ansätze. Ich hoffe, dass Sie dem auch Taten folgen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Carsten Träger für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Träger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Hilse, ist Ihnen aufgefallen, dass die Lacher über Ihre Ausführungen nicht nur aus den Reihen der anderen Fraktionen gekommen sind, sondern dass Sie auch für große Erheiterung in Ihrer eigenen Fraktion gesorgt haben?

(Stephan Protschka [AfD]: Wir haben über euch gelacht!)

(C) – Das kann man dann in den Videos, die Sie bestimmt wieder posten werden, nachverfolgen.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Selbstverständlich! – Stephan Protschka [AfD]: Na klar!)

Ich finde es an der Stelle aber ein Stück weit geschmacklos, was Sie hier versucht haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade an dem Tag, an dem uns vor einigen Stunden die Meldung erreicht hat, dass es in Polen vielleicht einen Übergriff eines Wolfs auf zwei Kinder gegeben hat, ist es nicht zulässig, in dieser Art und Weise zu polemisieren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Das gilt für Parlamentarier erst recht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und es gilt im besonderen Maße, wenn es um solche Fragen der Sicherheit geht. Das sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uns haben diese Nachrichten erreicht. Die gute Nachricht ist: Den Kindern geht es gut. Sie scheinen nur minimal verletzt zu sein. Sie sind nach den Untersuchungen bereits wieder zu Hause. (D)

Dennoch müssen wir diese Meldung ernst nehmen und sollten sie nicht zum Gegenstand von Polemik machen. Wir haben uns bemüht, in der Kürze der Zeit die Echtheit dieser Nachricht zu überprüfen, und es scheint so, dass dieser Vorfall stattgefunden hat. Gleichzeitig stellen sich Fragen. Es gibt Hinweise darauf, dass dieser Wolf möglicherweise in Gefangenschaft gehalten wurde. Auf jeden Fall hat er die Scheu vor den Menschen verloren und war verhaltensauffällig. Nach deutschem Recht hätte dieser Wolf schon längst geschossen werden müssen. Das ist ein Versäumnis.

Es ist aber alles noch ein bisschen unklar, und deshalb ist es richtig, dass wir hier mit Ruhe und Besonnenheit debattieren. Es ist eine Thematik, die die Menschen bewegt. Es ist ein hochemotionales Thema. Deswegen ist es richtig, dass wir in dem Koalitionsantrag festgestellt haben, dass Sicherheit die oberste Priorität genießt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen werden wir – das ist eine der Forderungen – in Zusammenarbeit mit den Ländern und der Wissenschaft an einheitlichen Kriterien arbeiten, wie wir mit verhaltensauffälligen Wölfen umzugehen haben.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Ja! Wird auch allerhöchste Zeit! Schon seit drei Jahren hätten Sie es machen können! Drei Jahre!)

– Es gibt diese Kriterien schon, aber Sie wissen auch, Herr Hocker, dass das ein Thema ist, das dank der Föderalismusreform in der Verantwortung der Länder liegt.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: In Niedersachsen regieren Sie auch!)

Es gibt nun den Wunsch, dass der Bund sich da mehr einschaltet, und das werden wir tun.

Ich bin der festen Überzeugung, dass mit diesem Antrag ein friedliches Miteinander von Mensch und Wolf in Deutschland möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der größte Konflikt, der auftritt, ist der Konflikt zwischen Nutztierhaltern und dem Wolf. Deswegen haben wir vereinbart, dass wir das Thema wolfsichere Zäune – 1,20 Meter mit Untergrabenschutz und Strom – in den Antrag aufnehmen. Das Thema Herdenschutzhunde haben wir in den Mittelpunkt gestellt. Wir fordern und legen fest, dass die Mittel für die Dokumentations- und Beratungsstelle zum Thema Wolf verstetigt werden und dass wir diese Beratungsstelle stärken, damit die Konflikte noch besser untersucht und ausgeräumt werden können.

Die öffentliche Anhörung, die wir durchgeführt haben, hat uns in großer Deutlichkeit gezeigt, dass es nicht darum geht, die Rückkehr des Wolfes zu bekämpfen, sondern dass es um das Thema Prävention und vor allem darum geht, dass wir die Schäfer, in allererster Linie die Wanderschäfer, deutlich mehr unterstützen.

Wir als Sozialdemokraten hätten uns an der Stelle mehr vorstellen können. Am Ende haben die Gespräche mit der Union dazu geführt, dass wir es bei einem Prüfauftrag zu der Frage, wie wir die Wanderschäfer besser unterstützen können, vorerst belassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe sehr, dass die Anhörungen des Agrarausschusses im Herbst weitere Fortschritte in dieser Frage bringen werden.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: So viel Zeit haben Sie gar nicht! Die stehen jetzt schon vor dem Aus!)

– Die Wanderschäfer bzw. der Vorsitzende ihres Bundesverbands haben ausdrücklich gesagt, Herr Hocker: Wir sind ein Berufsstand, der unter starkem Druck steht. Uns geht es ökonomisch sehr, sehr schlecht, und jetzt kommt noch das Problem Wolf obendrauf. Obendrauf! Das ist das Thema. Die eigentliche Lösung des Problems ist daher, dass wir die fundamentale Unterstützung dieses Berufsstandes leisten müssen.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das sind Prüfaufträge!)

Das ist ein Versagen des gesamten Hauses.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Bundesregierungsversagen! Den Schuh zieht ihr euch an!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Carsten Träger (SPD):

Die Schäfer bitten seit Jahrzehnten um mehr Unterstützung, und sie sind selten erhört worden.

(Ulli Nissen [SPD]: Gut, dass du das so klar sagst, Carsten! – Gegenruf der Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Davon wird es nicht besser!)

Das sollten wir ändern. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Dr. Gero Hocker von der FDP ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso redet denn nicht der Lindner?)

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Trittin, unseren Weidetierhaltern geht es schlecht. Viele Betriebe haben in den letzten Jahren aufgeben müssen. Es geht ihnen schlecht, nicht zuletzt weil Teile unserer Gesellschaft und auch Teile der Politik mitunter verächtlich auf die Landwirtschaft herabblicken. Das erleichtert nicht unbedingt, einen Betriebsnachfolger zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es geht ihnen schlecht, weil der Verbraucher in Deutschland bei Lebensmitteln die allerhöchsten Standards erwartet, aber nur einer von zehn Kunden tatsächlich bereit ist, einen angemessenen Preis dafür zu zahlen.

Liebe Frau Kollegin Tackmann, das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen: Es geht den Weidetierhaltern in Deutschland vor allem auch deswegen so schlecht, weil sich der Wolf in Deutschland immer mehr ausbreitet und weil sich die Politik seit Jahren ziert, endlich verbindliche Regelungen zu erlassen, aus denen hervorgeht, ab wann ein Wolf verhaltensauffällig ist und ab wann er geschossen werden muss. Da scheuen Sie die Antwort seit Jahren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Ich sage Ihnen eines: Mir konnte bislang noch niemand erklären, warum bei uns Fasan und Elster, Fuchs und Marder, Dachs und Hase Teil des Jagdrechtes sind, Sie aber bei dem stärksten Beutegreifer, dem Wolf, der nach Mitteleuropa eingewandert ist, der innerhalb von drei Jahren seine Population verdoppelt hat und der anpassungsfähiger und wahrscheinlich intelligenter als alle anderen Tiere in Mitteleuropa ist, ein Management der Gesamtpopulation nicht vornehmen möchten, Frau Kol-

Dr. Gero Clemens Hocker

(A) legin Tackmann. Das ist ausdrücklich falsch. Es ist Bürgerpflicht und Politikerpflicht, hier aktiv zu werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD – Carsten Träger [SPD]: Das ist Landesangelegenheit, Herr Hocker! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist grober Unfug!)

Schäfer und ihre Tiere ermöglichen durch die Bewirtschaftung von Hunderten Kilometern unserer Küstenlinie Küsten- und Hochwasserschutz. Sie schützen unsere Kulturlandschaft. Sie leisten nicht zuletzt auch einen unersetzlichen Beitrag in Deutschland für Artenvielfalt und das ökologische Gleichgewicht, ohne dass jemand diese Leistungen honorieren würde, übrigens am allerwenigsten der Kunde, der viel zu selten zu Hammel- oder Lammfleisch beim Discounter greift. Deswegen ist es richtig, dass man Wege finden muss, diese Leistungen zu honorieren.

Aber, Frau Kollegin Tackmann, Sie fordern in dem Antrag Ihrer Fraktion, zum Stand von vor 2013 zurückzukehren, als es noch eine Kopfprämie gegeben hat. Ich sage: Nein, das ist falsch; denn die Abschaffung der Kopfprämie ist ursächlich dafür, dass wir keine Überproduktion haben, dass es keine Milchseen und keine Butterberge mehr gibt. Es ist richtig, an der Systematik festzuhalten. Wenn wir Weidetierhalter in Deutschland unterstützen wollen, dann gibt es dafür ein Gerüst, eine andere Möglichkeit. Das ist die zweite Säule. Hier werden gerade ökologische Leistungen, die ein Berufsstand erbringt, honoriert. Deswegen gehört eine Förderung der
(B) Weidetierhalter dorthin.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Sie können davon ausgehen, dass wir Sie begleiten würden, wenn Sie sich auf diesen Weg machen würden. Wir werden es jedenfalls tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin: Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist zu viel Ehre zuteilgeworden, aber gut. – In dieser Debatte geht es nicht nur um den Wolf und die Herausforderung, die mit der Rückkehr in seine Heimat zweifellos verbunden ist. Der Wolf ist oft der letzte Tropfen, der das übervolle Fass bei der Weidetierhaltung zum Überlaufen bringt. Vor allem die Schäfereien sterben schon viel länger, übrigens auch ohne Wolf, Herr Hocker. Ein großes Halali auf den Wolf würde vielen Schäfereien überhaupt nichts nutzen. Das sagen übrigens viele. Ich erinnere an den Schäfermeister Knut

(C) Kucznik, den ich schon im Februar hier im Bundestag wie folgt zitiert habe:

> Den Wolf zu bejagen, nützt uns nichts. Ein übrig gebliebener Wolf kann genauso gefährlich für unsere Herden sein wie zehn. Herdenschutz, den wir uns leisten können, hilft uns.

Ich finde, das muss jetzt ernst genommen werden.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit spätestens 2011 bin ich an diesem Thema dran. Jahrelang haben wir immer wieder Anträge vorgelegt, die den Weidetierhaltern tatsächlich geholfen hätten. Sie wurden immer wieder abgelehnt, weil der Bund nur für den Artenschutz, das heißt für den Wolfsschutz, zuständig sei und nicht für den Herdenschutz. Dass nun endlich auch ein Antrag der Koalition vorliegt, der sich klar zu der Mitverantwortung des Bundes beim Herdenschutz bekennt, ist ein großer Erfolg. Ich danke allen, die viele Jahre darum gekämpft haben, dass das endlich anerkannt wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Koalition heute diesen Antrag nicht in die Ausschüsse überweisen, sondern sofort darüber abstimmen lassen will, ist kein guter Stil und ist bedauerlich; aber problematischer ist der Antrag selbst. Wer schon froh ist, dass diese Koalition keinen groben Unfug vorlegt, der wird mit dem Antrag zufrieden sein. Angesichts
(D) der Problemlage ist das aber zu dünn und lückenhaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, dass nun endlich Rechtssicherheit für die Haltung von Herdenschutzhunden hergestellt werden soll, ist gut, aber längst überfällig. Statt des von uns jahrelang geforderten Kompetenzzentrums für Herdenschutz soll es nur eine Beratungsstelle geben, und Antworten auf Versicherungsfragen, wenn Wölfe zum Beispiel Weidetiere aus der Weide treiben, fehlen vollständig. Aber immerhin bewegt sich etwas. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag enthalten.

Die weitaus wichtigere Forderung aus den Schäfereien steht aber im gemeinsamen Antrag der Linken und der Grünen; denn die EU-Weidetierprämie für Schafe und Ziegen, und zwar für alle, würde wirklich helfen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb gibt es die auch in 22 EU-Staaten. Es ist doch ein absolutes Paradox der EU-Agrarpolitik, ausgerechnet der Weidetierhaltung zu schaden. Vor allem Schafe und Ziegen sind die großen Verlierer der Agrarreform seit 2005, obwohl kaum eine andere Nutztierhaltung gesellschaftlich so wichtig und so anerkannt ist wie die Schäfereien. Sie produzieren naturnah und tiergerecht Lebensmittel und Wolle. Sie pflegen die so wichtigen Deiche. Sie erhalten das Dauergrünland und schützen damit Klima und biologische Vielfalt. Sie pflegen unsere Kultur- und Naturlandschaften. Weidetierhaltungen sind

Dr. Kirsten Tackmann

(A) aus meiner Sicht systemrelevant und müssen politisch geschützt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber genau dieser Schutz wird ihnen verwehrt, obwohl das Sterben der Schäfereien seit Jahren offensichtlich ist. Keine Hirtin und kein Hirte verlässt seine Herde freiwillig. Stellen wir uns doch mal einen Augenblick vor, was in jemandem vor sich geht, der Tag für Tag diese schwere Arbeit bei Wind und Wetter für unser Wohl leistet und der von dieser Arbeit nicht leben kann. Als Tierärztin weiß ich sehr genau, was es bedeutet, Verantwortung für eine Schafherde zu übernehmen. Es ist doch alarmierend, dass seit Jahren die Zahl sowohl der Schafe als auch der Schäfereien dramatisch sinkt. Wenn dennoch die Hilfe jetzt verweigert wird, dann finde ich das unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die beruflichen Nachwuchsprobleme werden doch durch diese miesen Zukunftsaussichten, von denen auch Herr Hocker sprach, noch größer, obwohl das Interesse an dem Hirtenberuf wirklich nach wie vor ungebremst ist. Deshalb lassen Sie uns heute eine Weidetierprämie beschließen. Sie muss jetzt endlich kommen. Das sollten uns die Schafe und auch die Schäfereien wert sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Steffi Lemke, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Werte Kollegen und Kolleginnen! Ich bin froh, dass bis auf einige wenige Aussetzer diese Debatte inzwischen deutlich versachlicht ist. Ich finde, dass wir eine sehr gute Anhörung im Umweltausschuss hatten, und ich finde, dass die Koalitionsfraktionen als Ergebnis dieser Anhörung einen wirklich bemerkenswerten, sachlichen Antrag vorgelegt haben. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich darin zum Wolfsschutz, zum Naturschutz, zum Artenschutz und schlagen auch konkrete Maßnahmen der Regierung vor. Wir stimmen ihrem Antrag in vielen Punkten zu, nicht in allen. Aber ich bin froh, dass sie die Kraft gefunden haben, jetzt endlich einen solchen Antrag vorzulegen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der, wie gesagt, die Debatte versachlicht.

Nachdem wir uns jahrelang wirklich populistische Plattitüden zu diesem Thema auch vom Bundesagrarminister anhören mussten, bei denen es eben nicht um Problemlösung ging, sondern darum, den Wolf zu diffamieren, den Naturschutz zu diffamieren – Frau Klöckner, ich kann Ihnen das nicht ersparen: auch Ihr Interview heute

(C) Morgen hieb genau in diese Kerbe –, finde ich, dass Sie sich jetzt endlich der Problemlösung zuwenden sollten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Unsere Forderungen – ich kann nur die wichtigsten aufzählen –, die jetzt endlich umgesetzt werden müssen:

Erstens: den Herdenschutz unterstützen, finanziell, mit Beratung und mit einem Herdenschutzkompetenzzentrum. Das wird – Frau Tackmann hat es erwähnt – seit Jahren von der Opposition gefordert. Sie sind in der Regierungsverantwortung. Sie hätten das längst umsetzen können. Machen Sie es jetzt endlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens: wenn Wolfsrisse auftreten, gegenüber den Weidetierhaltern eine Entschädigung für den tatsächlichen Aufwand leisten, um die Schäden auszugleichen. Dieses sollte gemeinsam mit den Ländern bundeseinheitlich geregelt werden, damit die Debatte über die Unterschiede zwischen den Bundesländern dabei endlich aufhört.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Drittens: bundeseinheitliche Bewertung von Wölfen mit atypischem Verhalten und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit ihnen. Auch das ist konkretes Regierungshandeln, gemeinsam zwischen Bund und Ländern diese Kriterien endlich festzulegen und dafür zu sorgen, dass ein Problemwolf, wenn er tatsächlich auftritt, auch unbürokratisch und schnell abgeschossen werden kann. Wenn sich bewahrheitet – das will ich erwähnen; Herr Schulze hatte den Fall in Polen angesprochen –, dass der Wolf bereits vor zwei Wochen eine Touristin angefallen hat, zum Abschuss freigegeben war und zwei Wochen lang nicht abgeschossen worden ist, dann haben wir dort ein Problem, nämlich dass deshalb möglicherweise weitere Übergriffe, wenn es ein Wolf war, stattgefunden haben.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE] – Zuruf des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Sie brauchen viertens endlich Strukturen, die es in solchen Fällen ermöglichen, unbürokratisch und schnell einzugreifen, und wir brauchen bundesweit einheitliche Standards für Zucht und Ausbildung von Herdenschutzhunden. Wir brauchen auch eine Novelle der Tierschutz-Hundeverordnung. Viele von diesen Punkten finden sich in Ihrem Antrag wieder.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Sie wissen, was die Ausbildung eines Herdenschutzhundes kostet? Das wissen Sie? Pro Tier?)

Ich plädiere auch dafür, dass es endlich ein Fütterungsverbot für Wölfe gibt, dass dies gesetzlich geregelt wird, weil das Fehlen eines solchen Verbots offensichtlich zu dem Fall des Problemwolfs in Polen beigetragen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Steffi Lemke

(A) Jetzt komme ich zu der namentlichen Abstimmung, die die Fraktionen von Linken und Grünen für heute beantragt haben, die wir Ihnen zu später Zeit hier auferlegen, weil es uns tatsächlich um die Interessen der Weidetierhalter geht. Ich weiß nicht, ob der Kollege von der FDP in der Anhörung anwesend gewesen ist

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Höchstselbst!)

– ich weiß es wirklich nicht; sehen Sie mir das nach –: Das Statement des Bundesverbands der Berufsschäfer durch Herrn Schenk dort war glasklar. Er hat gesagt: Mit oder ohne Wolf – unser Berufsstand geht krachen, wenn es keine Weidetierprämie gibt. – Das war die glasklare Aussage.

Wenn die Bundesregierung an dieser Stelle nicht handelt – deshalb haben wir für heute diese namentliche Abstimmung beantragt –, dann wird Frau Klöckner und dann werden Sie in der CDU, der CSU und der SPD persönlich die Verantwortung dafür tragen, dass wir keine Schafhaltung in Deutschland mehr haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Deshalb: Retten Sie die Schafhaltung! Führen Sie eine Weidetierprämie ein, und lassen Sie uns gemeinsam konstruktiv und sachlich über die Probleme reden, die wir real mit Wölfen haben. Den Naturschutz dabei nicht unter den Teppich kehren! Dann bekommt der Bundestag dazu eine gute Debatte hin.

(B) Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Hermann Färber für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schaf- und Ziegenhalter im Land leisten einen wertvollen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz, zum Landschaftsschutz, und deshalb ist es wichtig, dass man die Betriebe unterstützt und dass diese Leistung finanziell abgegolten wird. Aber lassen Sie mich hier ein paar Fakten sagen, die ich heute in der Debatte noch gar nicht gehört habe.

Die Mehrheit der Schafhalter besitzt Weideland, eigenes Weideland und gepachtetes Weideland, und dafür erhalten sie wie alle Landwirte in Deutschland und in Europa Direktzahlungen. Im Durchschnitt bekommt ein Schafbetrieb im Haupterwerb rund 86 000 Euro im Jahr. Das ist ungefähr dreimal so viel, wie er bekommen hat, als es noch die Schafprämie in Form der Mutterschafprämie gegeben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Um einen Vergleich zu ziehen: Die anderen landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe bekommen im Durchschnitt 33 000 Euro.

Ein Sonderfall – das räume ich gern ein – sind die Berufsschäfer, die Wanderschäfer, die kein eigenes Land, kein gepachtetes Land haben. Das ist nach dem Bundesverband der Berufsschäfer eine sehr kleine Zahl. Aber auch für die gibt es bereits Möglichkeiten. Es gibt zahlreiche Förderprogramme für die Betriebe, die keine Fläche haben, zum einen aus den Programmen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, zum anderen aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, GAK. Da gibt es Programme für nachhaltige Landwirtschaft, insbesondere auf Grünlandstandorten, für Raufutterfresser, für die Förderung tiergerechter Haltung, für ökologischen Landbau, für Vertragsnaturschutz und für Landschaftspflege.

Meine Damen und Herren, wie heute schon angesprochen, gibt es aber ein ganz anderes Problem für die Weidetierhalter, und davon sind sowohl die Schaf- als auch die Ziegenhalter, aber auch die Rinderhalter und die Pferdehalter betroffen: die Rückkehr und die Ausbreitung des Wolfes bei uns in Deutschland. Wir befinden uns in der Situation, dass unsere Gesellschaft – das wissen Sie alle – mehr Tierwohl fordert. Die Tiere sollen raus aus den Ställen, auf die Weide, wo sie sich frei bewegen können. Gleichzeitig wird von einem Teil der Gesellschaft die Rückkehr und Ausbreitung des Wolfes begrüßt. Doch beides zusammen geht nicht – Wölfe und Weidetiere auf der gleichen Fläche. Das ist nun einmal Fakt.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie lesen oft genug in der Zeitung, dass das nicht geht. Da gibt es einen erheblichen Zielkonflikt, den wir nicht so einfach auflösen können.

Um die Tiere vor Wolfsangriffen zu schützen, müssen die Weidetierhalter viele Schutzmaßnahmen ergreifen, zum Beispiel hohe Elektrozäune errichten. Herr Träger, 1,20 Meter hohe Zäune sind für einen Wolf definitiv kein Hindernis. Wer schon einmal Schäferhunde besessen hat, weiß, dass für sie auch 2 Meter kein Hindernis sind. Ein Wolf überwindet einen 1,20 Meter hohen Zaun im Nu. Das ist einfach Fakt; daran kommen wir nicht vorbei.

Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft beziffert die Kosten für Weideschutzzäune, Herdenschutzhunde und Herdenschutzesel auf bis zu 10 000 Euro pro Betrieb und Jahr. Die Anschaffungskosten – sie machen 15 Prozent aus – werden teilweise von den Ländern übernommen; aber die laufenden Kosten – das sind immerhin 85 Prozent – bleiben an den Weidetierhaltern hängen.

Nach Aussagen der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf gab es bereits im Jahr 2016 über 1 000 durch den Wolf getötete Nutztiere. Die Zahl ist mit Sicherheit nach oben gegangen; aber die Fälle aus dem Jahr 2016 sind dokumentiert. Wir haben also definitiv ein Problem.

Nun wissen wir: Der Wolf ist europaweit eine streng geschützte Art. Das bedeutet auch Pflichten zur Erhal-

Hermann Färber

(A) tung seines Lebensraums. Deshalb ist die Entnahme von Wölfen auch nur in Ausnahmefällen erlaubt. Andererseits dürfen die Sicherheit, das Leben und die Gesundheit der Tiere auf der Weide nicht der unkontrollierten Verbreitung des Wolfes untergeordnet werden. Aus diesem Grund haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die EU-Kommission aufzufordern, den Schutzstatus des Wolfs abhängig von seinem Erhaltungszustand zu überprüfen, um die notwendige Bestandsreduktion herbeiführen zu können. Meine Damen und Herren, der Wolf stirbt nicht aus; er breitet sich aus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Karlheinz Busen [FDP])

Unabhängig davon will der Bund mit den Ländern einen geeigneten Kriterien- und Maßnahmenkatalog zur letalen Entnahme von Wölfen entwickeln. Die Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für Menschen gefährlich werden, müssen entnommen werden können. Zur Umsetzung dieses Vorhabens ist es einfach unerlässlich, dass zum einen die betroffenen Berufsgruppen – ich spreche hier von den Landwirten, den Weidetierhaltern und den Jägern – in die Beratungen einbezogen werden. Das ist bisher leider nicht der Fall.

Es ist auch notwendig, im Rahmen einer Habitatanalyse zu überprüfen, in welchen Gegenden ein Zusammenleben von Weidetieren und Wolfsrudeln nicht möglich ist. Ich denke hier an Almen, aber auch an Deichgebiete, wo Weidetiere nicht ausreichend geschützt werden können.

Es müssen die Auswirkungen von Elektrozäunen auf (B) die Vernetzung von Lebensräumen überprüft werden und die Folgen für die zukünftige Entwicklung der Weidetierhaltung abgeschätzt werden.

Ganz besonders wichtig ist aber auch, zu untersuchen, welche Auswirkungen die Rückkehr des Wolfes auf die Wildtierbestände hat.

Das Wichtigste ist – ich komme zum Schluss –, zügig einen verbindlichen Kriterien- und Maßnahmenkatalog für die Entnahme der Wölfe zu erarbeiten, die Zäune überwunden haben oder für Menschen gefährlich werden.

Meine Damen und Herren, der Wolf ist eine geschützte Tierart, aber er darf nicht zur grundsätzlichen Bedrohung von Weidetieren werden. Der Antrag heute kann auf dem Weg dorthin nur der Anfang sein. Der Agrarausschuss hat für die Zeit nach der Sommerpause bereits ein Fachgespräch vereinbart.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Das Wort hat als Nächstes die Kollegin Dr. Frauke Petry.

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Richtig und gut ist, dass wir heute über den Wolf diskutieren. Aber der Antrag der Koalition bleibt weit hinter den Erwartungen der betroffenen (C) Menschen – ich rede nicht nur von den Weidetierhaltern, sondern vor allen Dingen von den Menschen, die in Regionen wie Ostsachsen inzwischen mit dem Wolf oder einem vermeintlichen Wolf leben müssen – zurück.

(Unruhe)

Geht das vielleicht ein bisschen leiser, Herr Präsident?

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich bekomme das nicht leiser. – Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Der Antrag täuscht auch nicht darüber hinweg, dass Sie sich mit den realen Problemen der Menschen, die in Deutschland bereits mit dem Wolf oder mit Wolfsmischlingen leben müssen, nicht auskennen. Für sie ist er geradezu ein Schlag ins Gesicht.

Tatsache ist – das ist in der Anhörung zum Ausdruck gekommen –: Wir wissen gar nicht, wie viele echte Wölfe in Deutschland leben und wie groß der Anteil von Wolf-Hund-Mischlingen inzwischen ist. Wir wissen nur, dass viele der beauftragten Institute – allen voran das Senckenberg-Institut – zu tatsächlich aussagekräftigen Analysen über die Natur der Tiere in Deutschland nicht in der Lage sind. Deswegen wäre die erste Maßnahme nicht gewesen, zu einem weiteren Zeitpunkt ein Wolfsmanagement auszurufen. Die erste Maßnahme wäre gewesen, die Bundesrahmengesetzgebung zum Thema Wolf zu überarbeiten. Genau das haben Sie aber gar nicht (D) beantragt.

Insofern müssen wir eines feststellen, meine Damen und Herren: Wir geben seit Jahren europa- und deutschlandweit viel Geld für den Wolfsschutz aus und müssen konstatieren, dass wir gar nicht wissen, ob wir nicht eine gigantische Steuerverschwendung zu beklagen haben, weil wir gar nicht den Wolf, sondern zunehmend Wolf-Hund-Mischlinge geschützt haben. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir verstehen die Probleme der Weidetierhalter. Prämien sind maximal eine Übergangslösung, täuschen aber nicht darüber hinweg, dass für eine dauerhafte, tatsächlich rentable Weidetierhaltung in Deutschland die Gegebenheiten nicht vorhanden sind.

Insofern: Machen Sie Ihre Hausaufgaben, liebe Koalition! Sorgen Sie dafür – die Möglichkeiten sind gegeben –, dass externe, unabhängige Experten feststellen, wie viele Wölfe, wie viel Hunde und wie viele Mischlinge in Deutschland leben.

(Carsten Träger [SPD]: Zwei, Frau Petry! Wir wissen es! Es sind zwei!)

Dann können wir über den Schutz des tatsächlichen Wolfes reden. Die restlichen Tiere müssen getötet werden.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kollegen, die Redner vor namentlichen Abstimmungen haben es sowieso schwer. Bitte machen Sie es ihnen nicht unnötig noch schwerer.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Der Kollege Rainer Spiering ist der nächste Redner.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rainer Spiering (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebes Publikum! Ich freue mich, dass auch heute Abend wieder viele junge Leute da sind, und ich habe mich eben gefragt: Was werden diese jungen Menschen anlässlich dieser Debatte wohl denken? Das hat mich sehr nachdenklich gestimmt.

Ich muss ganz deutlich sagen: Es macht mich ein bisschen traurig, was sich hier abspielt. Ich habe eben einen Wortbeitrag gehört, in dem jemand einen Vergleich zwischen der Migration von Wölfen und der Migration von Menschen hergestellt hat. Ich kann nur sagen: Es tut mir unendlich leid, dass das in diesem Haus stattfindet; ich finde das wirklich bitter.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulli Nissen [SPD]: Schäbig ist das! Genau!)

Ich frage mich: Welches Signal senden wir an die junge Generation dieses Landes, wenn wir bei nachvollziehbaren Ängsten – das ist die Angst vor Wölfen ja – das Verhalten der Tiere instrumentalisieren und auf den Menschen übertragen? Wo sind wir eigentlich hingekommen? (B) Ich kann das nur zutiefst bedauern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit Blick auf unsere jungen Menschen möchte ich sagen: Man kann der Angst nachgeben – das ist ein durchaus menschlicher Reflex –, aber man kann mit der Angst auch umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele Beispiele dafür, dass es immer besser ist, mit der Angst umzugehen, sie zu kontrollieren oder – wie wir das mit diesem Antrag versuchen – das Problem zu managen, händelbar zu machen – welchen Begriff auch immer Sie nehmen wollen. Der Antrag entspricht diesem Geist: Ängste aufnehmen und vielleicht auch zur Kenntnis nehmen; das müssen wir alle für uns selber sehen.

Es ist doch so, dass sich über viele Jahrhunderte, übrigens auch nachvollziehbar, in unserer Zivilisation Angst vor einem Wildtier entwickelt hat. Das ist doch normal. Aber weil wir in einer veränderten Welt leben und weil wir Veränderungsprozesse auch brauchen, müssen wir uns dieser Situation stellen. Deshalb ist dieser Antrag, nämlich kontrolliert mit diesem Tier umzugehen, der einzig richtige. Er ist sinnvoll, nachvollziehbar und gut.

(Beifall bei der SPD)

(C) Lieber Hermann Färber, du weißt, dass du zu denen gehörst, die ich sehr, sehr schätze. Dazu kann man sich ja mal offen bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben uns häufig darüber unterhalten, wie wir das Problem der Schaf- und Ziegenhalter lösen können. Jetzt bist du darauf eingegangen, dass dieses Problem über die Weidetierprämie nach Ansicht der Union nicht lösbar ist, und hast exemplarische Beispiele gebracht. Du hast aber auch als Beispiel die Wanderschäfer genannt, die unglücklicherweise häufig durchs Rost fallen. Ich blicke einmal auf meine Heimatregion: Wir haben – das hat man mir aufgeschrieben – 270 Schäfereien in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum Erhalt der Deiche und der Pflege von 4 700 Quadratkilometer Deichfläche, und die brauchen wir. Diese Wanderschäfer brauchen unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir diese Wanderschäfer nicht unterstützen, werden wir den Preis, der unendlich viel höher sein wird, an einer anderen Stelle bezahlen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Das wissen wir alle.

Wir haben mehrfach in Gesprächen darauf hingewiesen, dass wir gerade für diese Berufsgruppe, auch durchaus differenziert betrachtet, einen Geldbeitrag wollen, damit sie auch in Zukunft für unsere Kulturlandschaft und in den anderen Bereichen, in denen sie tätig sind, (D) tätig sein können. Deswegen fordere ich die Union auf: Wir brauchen eine exemplarische Prämie für Schäferinnen und Schäfer, damit sie die Kulturlandschaft weiterhin gut pflegen können.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 19/2981 mit dem Titel „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“.

Ich möchte darauf hinweisen, dass mir dazu zahlreiche schriftliche **Erklärungen** zur Abstimmung vorliegen.[1)]

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Abstimmung in der Sache, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht Überweisung, und zwar federführend an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Nach ständiger Übung stimmen wir zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Ich frage deshalb:

1) Anlagen 2 bis 5

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Wer stimmt der beantragten Überweisung zu? – Das sind Die Linke, die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalition und die FDP. – Enthaltungen sehe ich keine. Dann ist die Überweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 19/2981. Wer stimmt für diesen Antrag? – CDU/CSU und SPD. Wer stimmt dagegen? – AfD und FDP. Wer enthält sich? – Grüne und Linke. Damit ist der Antrag angenommen.

Tagesordnungspunkt 10 b. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Weidetierprämie für Schafe und Ziegen jetzt auf den Weg bringen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/2749, den Antrag der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/1691 abzulehnen. Wir stimmen nun über diese Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktion Die Linke namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Haben wir überall Schriftführer? – Alle Plätze an den Urnen sind besetzt. Ich eröffne die Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Ich empfehle übrigens den Kolleginnen und Kollegen, zur Vermeidung weiterer Hammelsprünge für die nachfolgenden Abstimmungen im Saal zu bleiben.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. (B) Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.[1)]

Wir kommen zu Zusatzpunkt 5. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit auf Drucksache 19/3034. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/581 mit dem Titel „Herdenschutz bundesweit wirkungsvoll durchsetzen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – CDU/CSU, SPD, AfD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Grünen und die Linken. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/589 mit dem Titel „Rückkehr des Wolfes – Artenschutz und Herdenschutz zusammen denken“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – AfD, FDP und die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Grüne und Linke. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Maria Klein-Schmeink, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, (C) Kordula Schulz-Asche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Selbstbestimmte Familienplanung ermöglichen – Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen

Drucksache 19/2514

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Cornelia Möhring, Matthias W. Birkwald, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Verhütungsmittel kostenfrei zur Verfügung stellen

Drucksache 19/2699

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Es beginnt mit der Aussprache die Kollegin Maria Klein-Schmeink von Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause! Ich glaube, wir alle haben eine Ahnung davon, dass eine ungewollte Schwangerschaft oder allein schon die Sorge um eine ungewollte Schwangerschaft eine enorme psychische Belastung darstellt. Wir alle wissen, dass ein Schwangerschaftsabbruch ein körperlich und seelisch belastender Eingriff ist. Umso mehr muss es für uns alle ein Anliegen sein, dass allen Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter ganz unabhängig von der finanziellen Situation eine selbstbestimmte Familienplanung möglich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ja, es ist eigentlich ganz klar: Das ist ein Menschenrecht, und es ist auch nicht umsonst so, dass die Vereinten Nationen dieses Menschenrecht festgehalten haben. Umso mehr muss es uns doch umtreiben, wenn eine Studie der BZgA, also der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, zeigt, dass Menschen mit einem geringen Einkommen ein deutlich erhöhtes Risiko haben, ungewollt schwanger zu werden und dann einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu müssen. Alleine das muss uns aufmerksam machen, muss dazu führen, dass wir darüber nachdenken: Wie sieht die Situation für eine selbstbestimmte Familienplanung heute eigentlich aus?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

1) Ergebnis Seite 4261 C

Maria Klein-Schmeink

(A) Wenn das so ist, dann müssen wir uns darüber Gedanken machen: Wie gestalten wir denn eigentlich die Situation? Was tun wir? Wir wissen, dass gerade die Menschen, die Sozialhilfe, ALG II, Asylbewerberleistungen, Wohngeld, BAföG beziehen, diejenigen sind, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens größte Probleme haben, die mit der Verhütung verbundenen Kosten tatsächlich zu stemmen. Wenn das so ist, dann müssen wir etwas tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich appelliere an alle hier im Hause, diese Diskussion sehr ernst zu nehmen. Wir sind derzeit wieder in einer gesellschaftlich zugespitzten Diskussion um § 219 und § 218 Strafgesetzbuch. Wie beschämend ist es dann, eingestehen zu müssen, dass wir nicht alles tun, um jedem eine Verhütung, so wie es nötig ist, auch tatsächlich zu ermöglichen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Machen wir uns einmal klar, worum es eigentlich geht. Stellen wir uns einmal vor: Von 416 Euro Regelsatz für alle Kosten der Lebenshaltung sind 18 Euro für die Gesundheitspflege angesetzt. Darunter fallen Medikamente, Schnupfenmittel, das Fieberthermometer, aber eben auch die Zuzahlung für Medikamente und die Kosten für Verhütungsmittel. Da kann sich jeder vorstellen, dass eine Pillenpackung für 12 Euro bis 22 Euro im Monat sehr schwer zu realisieren ist. Das, meine Damen und Herren, kann heute, 2018, nicht der Stand sein, mit dem wir uns zufriedengeben.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Bundesrat gibt sich damit nicht zufrieden. 2017 hat er uns mit einer Erklärung dazu aufgefordert, an diesem Zustand etwas zu ändern. 13 von 16 Ländern haben sich positiv dazu verhalten, 3 Länder haben abgelehnt. Auch das sollte uns noch einmal dazu aufrufen, in dieser Frage wirklich ins Detail zu gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb legen wir Ihnen einen Vorschlag vor, der beinhaltet, dass diejenigen mit niedrigem Einkommen für ärztlich zu verordnende Verhütungsmittel eine Kostenerstattung direkt über die Krankenkassen bekommen, diese Mittel aber steuerfinanziert werden; denn natürlich soll nicht die Krankenkassengemeinschaft dafür aufkommen, sondern die Gesellschaft. Wir wollen das sehr einfach und unbürokratisch handhaben, damit jede Frau – es sind in der Regel Frauen – selbstbestimmt über die Verhütung entscheiden kann und die Verhütung anwenden kann, die für sie notwendig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Des Weiteren fordern wir Sie auf, möglich zu machen, dass die Anschaffung von Kondomen erleichtert wird, dass sie über die Gesundheitsämter, über die Beratungsstellen ausgegeben werden, sodass auch die Männer gefordert sind, ihren Part bei der Verhütung verantwortlich zu übernehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Wir haben Ihnen dazu unseren Antrag vorgelegt. Wir hoffen auf eine vernünftige, vernunftgeleitete, aber auch menschenrechtsgeleitete Auseinandersetzung mit diesem Antrag. Ich hoffe sehr, dass Sie sich nach der Sommerpause mit der nötigen Achtsamkeit damit befassen und uns in diesem Anliegen unterstützen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächste Rednerin ist Karin Maag für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Karin Maag (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Klein-Schmeink, ich will mit etwas Grundsätzlichem beginnen, weil wir über den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung diskutieren. Bis zum vollendeten 20. Lebensjahr übernehmen die gesetzlichen Krankenversicherungen entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem SGB V die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel. Für alle Versicherten, ohne Altersbegrenzung, werden ebenfalls die Kosten für ein ärztliches Beratungsgespräch, übrigens inklusive des jeweiligen Partners, zu Fragen der Empfängnisverhütung und für die entsprechenden Untersuchungen übernommen, Kosten für Sterilisation allerdings nur dann, wenn die Sterilisation wegen einer Krankheit erforderlich ist. (D)

Daneben gibt es die sozialrechtlichen Ansprüche, die seit der Vereinheitlichung im Jahr 2003, nur zur Erinnerung, denen der GKV entsprechen. Deswegen müssen die Verhütungsmittel seither über den Regelsatz gedeckt werden. Weil das so ist, stellen Kommunen bereits heute den Personen, die keinen Rechtsanspruch über die GKV haben, die Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung. pro familia hat dazu Ergebnisse einer bundesweiten Studie publiziert, die zeigen – das gehört zur Wahrheit dazu; das gilt jetzt eher für den Antrag der Linken –: Gerade in den Bundesländern, in denen Sie mitregieren, gibt es keine entsprechenden Leistungen. Das Hauptargument ist die Kassenlage. Ich meine, nicht nur der Bund hat seine Einnahmen deutlich verbessert.

Während nun die Linke mit ihrem Antrag den gesetzlich Versicherten alle Verhütungsmittel, inklusive der Kondome und der Sterilisation, zur Verfügung stellen möchte, beschränkt sich Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag auf die Transferleistungsempfänger. Die Verhütungsmittel sollen allerdings ebenfalls kostenlos aus GKV-Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Beide Vorschläge sind unabhängig von einer Altersgrenze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Klein-Schmeink, um eines klarzustellen: Der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln und zur ärztlichen Beratung über Fragen der Empfängnisverhütung sollte niemandem verwehrt werden, da haben Sie recht; Letzteres ist sowieso über die GKV gewährleistet. Aber – das richtet sich direkt an die Kolleginnen und Kollegen von Linken

Karin Maag

(A) und Grünen – die Versorgung mit jedweder Art von Verhütungsmitteln ist sicher keine Leistung, die zum Aufgabenbereich der gesetzlichen Krankenversicherung gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich doch gerade gesagt! Lesen hilft!)

Da geht es eben nicht um die Vermeidung oder Behandlung von Krankheitsrisiken.

Liebe Frau Klein-Schmeink, zu argumentieren, dass sich eine Regelung allein aufgrund der Zugänglichkeit und der einfachen Handhabung über das SGB V

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Steuerersatz!)

– mit Steuerersatz; ich wäre im nächsten Satz dazu gekommen – anbietet, ist als Argument meines Erachtens doch etwas dünn, um die GKV und die Versichertengemeinschaft zu belasten. Ich meine: Wenn wir schon darüber diskutieren, dass bundeseinheitlich der Zugang zu Verhütungsmitteln niedrigschwellig ermöglicht werden soll, dann doch dort, wo die Diskussion hingehört, nämlich in den Bereich der Transferleistungen. Auch schön und vor allem hilfreich wäre es dann gewesen, Sie hätten sich die Mühe gemacht, den Antrag mit Daten zur Zahl der geschätzten Leistungsempfänger und zur Höhe der geschätzten Mehrausgaben zu unterfüttern. Die Linken haben das gemacht.

(B) In einem Punkt haben Sie beide recht: In jedem Einzelfall geht es nicht um große Summen; der Flyer von pro familia liegt uns allen ja vor. Sie haben auch damit recht: Nicht das billigste Verhütungsmittel ist automatisch das angemessene, und jeder an der falschen Stelle eingesparte Euro erhöht das Risiko einer ungewollten Schwangerschaft.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Problembeschreibung ist nicht neu, und sie wurde bereits an die richtige Stelle adressiert. Die Petition zur Änderung, die pro familia eingereicht hat, bezieht sich auf das SGB XII. Die Petition befindet sich noch in Prüfung. In Ihrem Antrag weisen sie zu Recht auf ein Modellprojekt von pro familia hin: biko – Beratung, Information, Kostenübernahme bei Verhütung. Dieses Projekt wird vom BMFSFJ gefördert und anschließend evaluiert. Ich meine, wir sollten die Erfahrungen mit diesem Projekt abwarten und auswerten, um dann an der richtigen Stelle mit den zuständigen Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Deren Entscheidung wollen wir nicht vorgreifen. Wir werden die Anträge deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Dr. Robby Schlund für die AfD.

(Beifall bei der AfD – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Spannend, wie man von Verhütungsmitteln zu Migranten kommt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) **Dr. Robby Schlund** (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Werte Gäste auf den Rängen! Lassen Sie mich mit einem Zitat von Peter Hille beginnen: „Die eigenen Früchte machen uns stark.“ Reden wir, liebe Kollegen, doch über diese Früchte, besser noch über unsere eigenen Früchte, unsere Kinder. Unsere Kinder sind der Garant für eine solide, solidarische und starke Gemeinschaft.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gesellschaft, nicht „Gemeinschaft“!)

Wussten Sie, liebe Kollegen, dass Europa die niedrigste Fruchtbarkeit weltweit aufweist? Wussten Sie, dass die Kinderzahl in Europa mit 1,4 Kindern pro Frau eindeutig zu gering ist?

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: In Deutschland haben wir 1,59 Kinder! – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden hier über ungewollte Schwangerschaft!)

Für eine funktionierende Gesellschaft brauchen wir durchschnittlich 2 Kinder, 2,1 sogar.

(Beifall bei der AfD)

Aber kommen wir zu den interessanten Dingen, kommen wir zum Lenin-Experiment 1917, der freien Liebe, der ultimativen kontrazeptiven Revolution, das Lieblingskind der 68er-Generation. Es scheiterte kläglich und endete in einer gesellschaftlichen Katastrophe der frühen (D) Sowjetunion. 1936 setzte man im sowjetischen sozialistischen Familiengesetz die Familie mit Kindern wieder in den Mittelpunkt und beendete dieses Desaster.

Einmal ehrlich, liebe Kollegen der Linken und der Grünen, haben Sie denn rein gar nichts aus der Geschichte gelernt?

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das Ernst oder Satire?)

Hören Sie auf, weitere Lenin'sche Experimente durchsetzen zu wollen. Gestern noch Abtreibung, heute Verhütung. Und was kommt morgen, meine Damen und Herren? Kostenfreie Sterilisation als Spaßfaktor.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bringen Sie Anträge ein, die Familien mit niedrigem Einkommen wirklich helfen, um Kinder zu Professoren zu machen und nicht umgekehrt.

(Marianne Schieder [SPD]: Gibt es eigentlich auch noch bessere Redner bei der AfD?)

Die Familien brauchen unsere Unterstützung bei Kosten der Kindererziehung, bei der Senkung hoher Lebenshaltungskosten, bei Familien- und Kinderplanung. Und

(A) bitte keine Unterstützung für Kondome mit LEDs oder Cannabisgeschmack.

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Übereinkommen zur Abschaffung der Diskriminierung der Frau fordert im Teil I Artikel 2 eindeutig und unmissverständlich eine Beseitigung der Diskriminierung der Frau.

(Marianne Schieder [SPD]: Oje, oje!)

Es verwundert schon, meine Damen und Herren, dass nun in Ihren Anträgen Folgendes gefordert wird: freier Zugang zu Verhütungsmitteln nur für Geringverdiener. Das, liebe Kollegen, ist Diskriminierung der Frauen allererster Güte.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muss er selber lachen!)

Wollen Sie denn Frauen benachteiligen, die zum Beispiel als Pflegekräfte, Krankenschwestern oder Verkäuferinnen einfach nur ihren Job machen?

(Abg. Heike Baehrens [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wenn schon, dann fordern Sie doch eine kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln an alle in Deutschland lebenden Frauen, unabhängig von ihrem Einkommen.

(B)

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CDU/CSU: Da muss er ja selber lachen!)

Und wenn Sie schon keine familienzentrierte Politik machen wollen, dann machen Sie doch wenigstens sozial gerechte Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:
Herr Schlund, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Robby Schlund (AfD):
Vielleicht hinterher. Wäre das möglich?

Vizepräsident Thomas Oppermann:
Ja.

Dr. Robby Schlund (AfD):
Aber wie sieht es denn mit den Frauen aus, die nicht so selbstbestimmt leben können wie Sie hier im Parlament, liebe Kolleginnen?

(Claudia Moll [SPD]: Was?)

Reden wir doch einmal Klartext über die sexuelle Selbstbestimmung muslimischer Frauen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Ich habe es gewusst! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Jetzt hat er sein Thema! – Irgendwann musste das ja kommen!)

(C)

Deren Religion verbietet es nämlich, ein schon befruchtetes Ei zu zerstören und eine Schwangerschaft unmöglich zu machen. Sie verbietet auch kategorisch eine freie, selbstbestimmte Entscheidung der Frau.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist ja wie in der katholischen Kirche!)

Liebe Kollegen, dazu sollten Sie Anträge stellen.

(Marianne Schieder [SPD]: Meine Güte! Das muss doch der AfD selbst peinlich sein, was hier abgeht!)

Wo müssen die Ansätze gefunden werden? Zum Beispiel in Beratungsplätzen und mobilen Stellen zur Information über die sexuelle Selbstbestimmung der Frau. Meine Damen und Herren, das wäre die Lösung. Es sollte auch und besonders eine Aufklärung der muslimischen Männer erfolgen. Denn Kondome sind nicht nur Verhütungsmittel, sondern auch wirksame Mittel zur Verhinderung sexuell übertragbarer Krankheiten wie Chlamydien, HIV, HBV bzw. Hepatitis und vielen, vielen anderen mehr.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja ekelhaft! – Zuruf von der CDU/CSU: Ach was, sag bloß!)

Wir, die Alternative für Deutschland, fordern neben der kostenfreien Bereitstellung von Verhütungsmitteln für *alle* Frauen eine konsequente Durchsetzung famili-enorientierter, familienzentrierter und kinderfreundlicher Politik. Wir fordern den Aufbau von Beratungsstellen zur Selbstbestimmung der Frau und zur Familienplanung sowie eine Kinderwillkommenskultur in Deutschland.

(D)

Zur weiteren Diskussion stimmt unsere Fraktion der Überweisung an die Ausschüsse zu.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:
Sie können Platz nehmen, Herr Schlund, und dann vom Platz aus antworten. Sie sind doch mit Ihrer Rede fertig, oder?

Dr. Robby Schlund (AfD):
Ich bin fertig, ja.

Vizepräsident Thomas Oppermann:
Dann lasse ich eine Kurzintervention der Kollegin Heike Baehrens zu.

Heike Baehrens (SPD):
Wir haben gerade die Rede eines Abgeordnetenkollegen gehört, der auf Kosten des Steuerzahlers eine Reise nach China plant, um dort die traditionelle chinesische Medizin kennenzulernen. Herr Dr. Schlund, ich möchte Sie fragen: Möchten Sie deshalb nach China fahren, um

Heike Baehrens

(A) sich auch über die Ein-Kind-Politik von China zu informieren?

Dr. Robby Schlund (AfD):

Erstens. Die ist mittlerweile abgeschafft; das wissen Sie vielleicht noch nicht.

Das Zweite. Sie haben gerade gesagt, dass wir uns dort ein bisschen über die Präventionsmöglichkeiten, die die traditionelle chinesische Medizin bietet, informieren wollen. Das, was Sie sagen, geht völlig am Thema vorbei. Wir reden jetzt über etwas ganz anderes. Aber das haben Sie noch nicht mitbekommen, oder?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Okay. – Dann fahren wir in der Debatte fort. Nächste Rednerin ist Claudia Moll für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Claudia Moll (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Schlund, ich bin aktive Karnevalistin,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

(B) und ich muss Ihnen sagen: Ich habe selten eine so gute Büttenrede gehört. Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tino Sorge [CDU/CSU]: Das ist aber eine Beleidigung für alle Büttenredner!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Familienplanung ist ein wichtiger Pfeiler der Selbstbestimmung von Frauen und Männern. Ich denke, wir sind uns einig, dass dies nicht vom Alter oder vom Geldbeutel abhängen darf. Das ist eine wichtige Sache. Wie es bei wichtigen Sachen so ist: Es muss über sie diskutiert werden, und sie müssen gut durchdacht sein. Das Bundesfamilienministerium hat in der vergangenen Legislaturperiode mit „biko“ – Beratung, Information, Kostenübernahme bei Verhütung – ein wichtiges Modellprojekt auf den Weg gebracht und damit auch den Willen bewiesen, eine einkommensgerechte Familienplanung zu ermöglichen.

Das Projekt mit insgesamt sieben Standorten soll dabei helfen, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden und einen unkomplizierten Zugang zu verschreibungspflichtigen und vor allem auch sicheren Verhütungsmitteln für Menschen mit wenig Geld zu erproben.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig wird der Bedarf nach solchen Leistungen und Angeboten ermittelt. Ich kann mir gut vorstellen, dass dies eine gute Basis für eine bundesweite Regelung (C) ist. Denn eines ist klar: Wir brauchen dringend ein flächendeckendes Angebot.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Bundesländer und Kommunen, die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen. Sie leisten damit einen sehr wichtigen Beitrag zur Unterstützung vor allem von einkommensschwachen Menschen. Aber leider geschieht das nicht flächendeckend. Es gibt gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern und den Kommunen. Es gibt Unterschiede beim berechtigten Personenkreis, bei den einbezogenen Verhütungsmethoden und bei der Verfahrensregelung. Doch damit nicht genug: Es wird über die betreffenden Angebote auch in sehr unterschiedlichem Maße informiert. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Es darf uns nicht unberührt lassen, dass die Schwangerschaftsberatungsstellen in den Kommunen, die keine Kostenübernahmeregelungen haben, übereinstimmend einen dringenden Handlungsbedarf sehen.

Nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz hat jede Frau und selbstverständlich auch jeder Mann einen gesetzlichen Anspruch auf Beratung in Fragen der Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung sowie in allen eine Schwangerschaft berührenden Fragen. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel bis zum 20. Lebensjahr. Das gilt einkommensunabhängig und für alle. Deshalb ist eine Regelung über das SGB V, wie sie die Fraktion der Grünen heute vorschlägt, eher fragwürdig. (D)

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das schlagen alle Ihre Bundesländer auch vor!)

– Klären wir gleich unter vier Augen.

Es kann doch nicht Aufgabe der Krankenkasse sein, eine kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln nur an einkommensschwache Menschen zu organisieren, so wie Sie sich das in Ihrem Antrag vorstellen. Das ist doch gerade das Kennzeichen unserer Krankenkassen: Wenn es Leistungen gibt, dann stehen sie allen offen – unabhängig vom Einkommen und von der Höhe der Beiträge.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir, dass wir dieses Thema nicht nur anhand von Paragrafen diskutieren, sondern eine globale Sichtweise einnehmen und die sexuelle Aufklärung stärken. Denn es geht um mehr als nur Familienplanung. Es geht auch um die Vorbeugung, um die Eindämmung von sexuell übertragbaren Erkrankungen oder Infektionen. Dies alles ist nicht alleine eine Frage des Einkommens oder der Herkunft, sondern auch eine Frage der globalen Gesundheit.

(Beifall bei der SPD – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also ihr macht nichts in dieser Wahlperiode! Ich sehe schon: Eine Ausrede nach der anderen!)

(A)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die FDP Dr. Wieland Schinnenburg.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Wieland Schinnenburg (FDP):

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schlund, nach Ihren Ausführungen juckt es mich ein bisschen, jetzt einen kleinen Beitrag unter dem Arbeitstitel „Meine Erlebnisse nach der Tanzschule“ zu leisten. Aber das spare ich mir an dieser Stelle.

(Zuruf von der CDU/CSU: Machen Sie mal!)

Ich bin nämlich der Meinung, dass das ein so ernstes Thema ist, dass es eine andere Bearbeitung verdient hat, als Sie sie gerade vorgenommen haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Entscheidung für ein Kind ist eine der schönsten Entscheidungen, die wir treffen können. Ein Kind gibt Glück und Erfahrungen; man leidet mit ihm. Das ist eine sehr schöne Sache. Ich selbst habe mich sehr über meine drei Kinder gefreut. Es gibt aber auch Situationen und Lebenslagen, in denen man es nicht verantworten kann, ein Kind zu bekommen. Das ist selbstverständlich eine freie Entscheidung jedes Menschen – von Mann und Frau übrigens.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Wir haben als FDP nicht ohne Grund einen Mann hier nach vorne geschickt, nämlich um zu demonstrieren, dass Verhütung nicht nur Frauen, sondern genauso Männer etwas angeht. Aus diesem Grund haben wir als FDP einen Mann hier nach vorne geschickt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die FDP – Sie wissen es – steht für Selbstbestimmung in allen Lebenslagen. Sie kennen unsere anderen Anträge zu dieser Frage. Wir wollen Menschen unterstützen, die ungewollt kinderlos sind, aber wir wollen genauso Menschen unterstützen, die nicht ungewollt schwanger werden wollen. Es ist selbstverständlich, dass die FDP diese Menschen da unterstützt.

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Anträge beinhalten aber – sagen wir mal – ein Problem bzw. sogar mehrere Probleme.

Das erste Problem ist, welche Verhütungsmittel genau erfasst werden sollen. Mit Sicherheit sollen Kondome erfasst werden, weil sie preiswert sind und auch vor Infektionen schützen. Aus meiner Sicht muss es aber zumindest möglich sein, auch anspruchsvollere Verhütungsmittel in den Leistungskatalog aufzunehmen.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steht alles in unserem Antrag drin!)

Das werden wir im Einzelnen diskutieren müssen. Die Frage ist, ob auch die Pille danach dazugehört.

(C)

Zweites Problem. Muss man bei diesen weiteren, etwas anspruchsvolleren Verhütungsmitteln auch eine Pflicht zur Beratung vorsehen? Ich finde, auch diese Frage muss noch mal in aller Ruhe besprochen werden.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei ärztlicher Verordnung nicht!)

Der dritte Punkt, der geklärt werden muss, ist: Wer ist eigentlich der Kreis der Begünstigten? Ich finde, die Grünen greifen hier zu kurz. Sie wollen nur die Bezieher von Transferleistungen begünstigen.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, inklusive Wohngeld!)

Aus meiner Sicht reicht das nicht aus. Es gibt Menschen, die keine Transferleistungen beziehen und trotzdem wenig Geld haben, sodass sie zumindest dann, wenn sie nicht nur Kondome, sondern andere Mittel brauchen, auch eine gewisse Hilfe benötigen. Das heißt, ich finde, die Grünen haben den Kreis wahrscheinlich zu klein gezogen.

Die Linken haben den Kreis umgekehrt zu groß gezogen. Sie können mir nicht ernsthaft erzählen, dass ein Ehepaar, bei dem beide gut verdienen, Geld für die Pille braucht. Das können sie beim besten Willen wirklich selber bezahlen. Auch insofern wird also nachzusteuern sein.

Viertens und Letztens – das wurde hier auch schon erwähnt – ist auch wichtig, dass wir versicherungsfremde Leistungen natürlich nicht den Beitragszahlern – weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern – auferlegen können. Darum wird man hierüber auch noch diskutieren müssen.

(D)

Meine Damen und Herren, die FDP ist hier sehr wohlgesonnen. Die Menschen im Lande können sich auf uns verlassen. Wir helfen ihnen bei ungewollter Kinderlosigkeit, aber auch gegen eine ungewollte Schwangerschaft. Das darf am Geld nicht scheitern.

Wir werden zustimmen, den Antrag in die Ausschüsse zu überweisen, und dort über die Details reden. Grundsätzlich unterstützen wir diese Anträge auf jeden Fall, aber an Details wird noch gearbeitet werden müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Als Nächstes spricht Cornelia Möhring für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben es schon gemerkt: Wenn wir über Verhütung reden, dann geht es immer auch um selbstbestimmte Sexualität. Das ist auch gut so, weil Sexualität ein wichtiger Bestandteil in unserem Leben ist – jedenfalls für die

Cornelia Möhring

(A) meisten von uns. Meine Fraktion sagt zu diesem Thema deshalb auch ganz klar: Kein Sex ist auch keine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus Argentinien kennen wir den Satz: Es braucht erstens Sexualerziehung, um entscheiden zu können, zweitens Verhütungsmittel, um nicht abzutreiben, und drittens legale Abtreibungen, um nicht zu sterben. – Das beschreibt sehr genau den Gesamtkontext, in dem wir über die Fragen einer kostenlosen Verhütung reden sollten.

Hierzulande haben die Frauen bereits vor mehr als 50 Jahren für ihre reproduktiven und sexuellen Rechte gekämpft. Bevor die Antibabypille auf den Markt kam, hieß der damalige Slogan: „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“. Der scheint aktueller denn je zu sein, wie wir gerade von dem Fruchtbarkeitsfachmann der AfD gehört haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Pille kam aber auch ein Gewinn an Freiheit hinzu, weil das erste Mal selbstbestimmter Sexualität gelebt werden konnte, ohne die gleichzeitige und ständige Sorge, schwanger zu werden. Diese Freiheit, diese sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung, ist auch heute noch ein stark umkämpftes Feld. Wir erleben das zurzeit unter anderem wieder in der Debatte um § 219a StGB.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zugang zur Verhütung ist ein Menschenrecht. Meine Kollegin von den Grünen hat schon die UN-Frauenrechtskonvention erwähnt. Dort heißt es – ich zitiere jetzt nicht, sondern sage übersetzt, was dort geschrieben steht –: Eine Frau hat das Recht, zu entscheiden, ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen möchte, und ihr sind dafür die Informationen und die Bildungseinrichtungen sowie eben auch die Verhütungsmittel zur Verfügung zu stellen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch völlig richtig; in Deutschland ist das aber noch nicht vollständig verwirklicht.

Deshalb fordert meine Fraktion nun den kostenfreien Zugang für alle Frauen und selbstverständlich auch für alle Männer; denn Verhütung ist nicht alleine Frauensache.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vor allem dürfen Verhütung und das passende Mittel für die Verhütung keine Frage des Geldes sein. Verhütung kostet aber nun einmal Geld, und nicht alle Menschen können es sich leisten.

Für diejenigen, die es nicht wissen: Die Pille kostet zwischen 4 und 22 Euro im Monat, ein Verhütungsring kostet 24 Euro im Monat, eine Spirale, die man nicht monatlich einsetzt – das ist klar –, kostet 192 Euro, Systeme zur Temperaturmessung kosten bis zu 495 Euro, die Sterilisation des Mannes kostet bis zu 500 Euro. Das ist verdammt viel Geld und eben nicht für alle leistbar.

(C) Natürlich übernehmen bisher lobenswerterweise einige Bundesländer und auch Kommunen diese Kosten. Wir finden aber: Der freie Zugang zu Verhütungsmitteln darf nicht von politischen Mehrheiten und auch nicht von den Steuereinnahmen abhängen. Daher hält Die Linke die Übernahme in den Leistungskatalog der Krankenkassen für den besten Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist durchaus finanzierbar. Der Gesamtumsatz für hormonelle Verhütungsmittel liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 678 Millionen Euro. Rechnen wir die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, die jetzt schon für Verhütungsmittel eingesetzt werden, heraus, verbleiben immer noch 600 Millionen Euro. Diese 600 Millionen entsprechen 0,043 Beitragspunkten für die Krankenversicherung. Das wären für jede durchschnittliche Beitragszahlerin und jeden durchschnittlichen Beitragszahler gerade einmal 11 Cent im Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kam jetzt noch der Hinweis, das seien ja versicherungsfremde Leistungen. Lassen Sie mich dazu nur anmerken: Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wird überwiegend politisch definiert. Also warum nicht auch in dieser Frage?

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Annahme des Antrags meiner Fraktion würden wir der Umsetzung des Rechts auf freie Verhütungsmittel, dem Recht auf die Selbstbestimmung über den eigenen Körper einen ordentlichen Schritt näherkommen. Wie eingangs erwähnt: Kein Sex ist keine Lösung. Das ist doch ein guter Grund. Ich freue mich auf die weitere Diskussion in den Ausschüssen.

(D)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich bin der Auffassung, dass das Thema Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch nichts zu suchen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Als Nächstes spricht Stephan Pilsinger für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Pilsinger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein vorgezogenes Fazit: Gut, dass wir über dieses Thema reden. Leider reden wir hierüber verfrüht. Grundsätzlich ist gegen die Forderung der Fraktion Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen nach einem kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln nichts einzuwenden. Diese dienen letztlich dazu, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu reduzieren. Ich finde es begrüßenswert, dass sich die

Stephan Pilsinger

(A) beiden Fraktionen für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen.

Frauen, die staatliche Unterstützungsleistungen beziehen, greifen aus Kostengründen häufig zu weniger sicheren Verhütungsmitteln oder verzichten sogar ganz auf Verhütungsmittel. Sie setzen sich somit dem Risiko aus, ungewollt schwanger zu werden. Die Kosten für eine Abtreibung werden vom Staat übernommen, nicht dagegen die Kosten für Verhütungsmittel. Das ist paradox.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unser Ziel sollte es aber sein, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden; denn wir als Staat sind verpflichtet, das ungeborene Leben mit seinem Recht auf Leben zu schützen. Dies ist umso wichtiger, da die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zunimmt. Allein im ersten Quartal 2018 wurden rund 27 200 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet. Das sind 2,2 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Daher befürworte ich den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln, wenn sie den Abbruch ungewollter Schwangerschaften verhindern.

Allerdings sehe ich in den Anträgen auch noch Potenzial für Verbesserungen. Sie fordern eine Informationskampagne. Diese gibt es schon. Der Bund fördert die Arbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, auch zum Thema Empfängnisverhütung.

Besonders problematisch finde ich allerdings Folgendes, nämlich die Forderung im Antrag der Fraktion Die Linke, dass verschreibungspflichtige Verhütungsmittel und operative Eingriffe, also eine Sterilisation ohne (B) Alters- und Indikationseinschränkung für alle, in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden sollen. Das lehne ich ausdrücklich ab. Weder verschreibungspflichtige Verhütungsmittel noch operative Eingriffe dienen der Behandlung oder der Vermeidung von Krankheiten.

Wer verhütet, der will auf eine verantwortungsbewusste Familienplanung hinwirken, der will unerwünschten Schwangerschaften vorbeugen und dadurch Schwangerschaftsabbrüche verhindern. Eine Sterilisation ohne medizinischen Grund gehört in erster Linie zur persönlichen Lebensplanung des Versicherten. Damit geht auch ein Risiko einher. Zu eigenverantwortlichen Entscheidungen des Versicherten gehört auch eine eigenverantwortliche Entscheidung zur Finanzierung dieser Leistung. Das kann nicht Aufgabe der Solidargemeinschaft sein.

Wenn wir einkommensschwache Frauen bei Verhütungsmitteln finanziell unterstützen wollen, dann aus Steuermitteln. Das bedeutet den Ausbau entsprechender Transferleistungen, zum Beispiel im Sozialgesetzbuch XII.

Um jedoch überhaupt höhere Finanzmittel für Verhütungsmittel für einkommensschwache Frauen diskutieren zu können, fehlen uns die Zahlen. Die beiden Anträge geben keinerlei Auskunft darüber, wie viele Menschen Anspruch auf kostenlose Verhütungsmittel hätten und was uns das kostet. Wir probieren dies gerade aus. Das Modellprojekt biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung – wird uns im September 2019 (C) voraussichtlich eine solide Datenbasis liefern. Dann können wir gerne weiterreden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Als Nächste spricht für die SPD die Abgeordnete Josephine Ortleb.

(Beifall bei der SPD)

Josephine Ortleb (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute reden wir über ein Thema, über das in diesem Hohen Hause selten gesprochen wird. Warum ist das so? Weil wir uns oft schwer damit tun, offen über Sexualität zu reden, vielleicht aber auch, weil wir nicht zu der Gruppe der einkommensschwachen Menschen gehören.

Aber was ist der eigentliche Kern der Debatte? Es geht um Selbstbestimmung – die Selbstbestimmung, das eigene Leben so zu gestalten, wie man es möchte. Und heute reden wir über die Menschen, denen die finanziellen Mittel für diese Selbstbestimmung fehlen.

Aus diesem Grund geht mein Dank an die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die sich mit ihren Anträgen um nichts weniger als um diese Selbstbestimmung kümmern. Wir beschäftigen uns mit einem Thema, das aus gleichstellungspolitischer Sicht ein Feld ist, wel- (D) ches immer noch hauptsächlich Frauen überlassen wird – im Kopf und im Geldbeutel.

Als in den 60er-Jahren die Verhütung durch die Pille populär wurde, war das ein Meilenstein der Selbstbestimmung der Frau. Durch den sicheren Zugang zu Präservativen ist es uns gelungen, Frauen und Männern die freie und sichere Gestaltung ihrer Sexualität und familiären Zukunftsplanung zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Das Recht, selbst über den Zeitpunkt einer Schwangerschaft zu entscheiden, oder die Entscheidung, kinderlos zu leben, hat eine neue Qualität bekommen: die Qualität eines Menschenrechtes. Das hat die internationale UN-Konferenz in Kairo 1994 festgelegt. Auch die CEDAW-Konvention führt uns das immer wieder vor Augen. Sie stellt klar, dass der Staat die notwendigen Mittel bereitstellen muss, um Frauen das Recht zur freien und verantwortungsbewussten Familienplanung zu ermöglichen. Diese Konvention der Vereinten Nationen ist gerade in politisch unruhigen Zeiten ein verlässlicher Wertekompass,

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der für uns als SPD einen hohen Stellenwert hat.

Wir haben schon vieles umgesetzt, und bei manchem ist auch noch Luft nach oben, so auch bei der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung der Frau. Aber

Josephine Ortleb

(A) ich bin froh, dass auf der Bundesebene bereits an einer Lösung gearbeitet wird wie zum Beispiel durch das bereits erwähnte vom Bundesfrauenministerium geförderte und von pro familia durchgeführte Modellprojekt biko. An bundesweit sieben Standorten ermöglicht das Projekt einen einfachen Zugang zu verschreibungspflichtigen, sicheren und gut verträglichen Verhütungsmitteln für Frauen mit wenig Geld. Dabei wird die kostenlose Abgabe der Verhütungsmittel nicht ausschließlich an den Empfang von Sozialleistungen geknüpft. Die Studentin, die durch biko den verschriebenen Verhütungsring erstattet bekommt, die Sozialhilfeempfängerin, die ihre Familienplanung abgeschlossen und mit der Spirale nun eine sichere Langzeitverhütung hat, oder die Frau mit sehr niedrigem Einkommen, die durch die Pille nun ihre Familienplanung selbst in der Hand hat – diese Beispiele machen deutlich: Selbstbestimmte Familienplanung darf nicht vom Geldbeutel oder den Lebensumständen abhängen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Neben der Kostenübernahme stellt pro familia als zweiten Schwerpunkt vor allen Dingen aber auch das Angebot einer umfassenden Verhütungs- und Familienplanungsberatung bereit. Denn oft reichen die klassischen Informationsgespräche in den Arztpraxen nicht aus, und es ist gerade dieses Zusammenspiel von Kostenübernahme und Beratungsangebot, von dem das Projekt biko lebt. Ich freue mich sehr, dass auch in meiner (B) Heimatstadt Saarbrücken einer der Modellstandorte zu finden ist. Aus dem Gespräch mit den Mitarbeiterinnen der dortigen Beratungsstelle weiß ich: Der Bedarf ist da, und er ist hoch.

In Ihrem Anliegen, liebe Antragstellerinnen, sind wir uns hier also einig. Trotzdem müssen wir die offenen Fragen im Verlauf des parlamentarischen Verfahrens klären. Die Auswertung des biko-Modellprojekts wird uns wertvolle Erfahrungen aus der Praxis liefern: Erfahrungen dazu, wie wir den Zugang für Frauen am besten gestalten und somit das Recht auf Selbstbestimmung weiter stärken können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Sprechen über Sexualität tun wir uns schwer. Oft reden wir nicht offen darüber. Ja, wir können es uns vermeintlich leisten, nicht darüber zu reden. Aber Menschen mit niedrigem Einkommen können es sich nicht leisten, dass wir hier nicht darüber reden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist Melanie Bernstein für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Melanie Bernstein (CDU/CSU): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor einigen Wochen habe ich das Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster, in meinem Wahlkreis, besucht. Dort sind – so sagte man mir – im vergangenen Jahr über 1 000 Kinder zur Welt gekommen. Ein nicht geringer Teil dieser Kinder hat in sozialer Hinsicht einen denkbar schlechten Start ins Leben. Warum ist das so? Etwa 10 Prozent der Mütter haben dringenden Unterstützungsbedarf. Viele Mütter sind sehr jung, wenn das erste Kind zur Welt kommt. Sie leben in schwierigen sozialen Verhältnissen, haben oft schon mehrere Kinder und sind dabei alleinerziehend. Sie sind substanzabhängig oder leiden an psychischen Krankheiten. Viele haben schon mehrere Schwangerschaftsabbrüche hinter sich. Was also würde diesen Frauen helfen? Kostenlose Verhütungsmittel?

Ich habe mich lange mit dem Chefarzt der Klinik unterhalten. Er möchte gern die Frauen nach der Entlassung aus der Klinik „ins Leben begleiten“. Das heißt, niederschwelligen Zugang zu Beratung und Lebenshilfe organisieren, etwa durch die Gründung eines sozialmedizinischen Zentrums. Das halte ich für eine richtig gute Idee. Bei all meinen Gesprächen mit Ärzten, mit Hebammen und in Beratungsstellen wird deutlich, dass die bloße Abgabe kostenfreier Verhütungsmittel gar nichts bewirkt,

(Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja nun falsch!)

um Frauen davor zu bewahren, ungewollt schwanger zu werden. Es geht ja – und da widersprechen Sie sich in Ihren Anträgen selbst – um Selbstbestimmung und Verantwortung. Ihre Lösung hieße, die gesetzlichen Krankenversicherungen mit immensen Kosten zu belasten und zu hoffen, dass sich komplexe soziale Probleme damit von selbst lösen. (D)

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, Sie haben sich einfach nicht damit beschäftigt!)

Aber wenn eine Frau in eine Lage kommt, wie ich sie eben beschrieben haben, ist im seltensten Fall die Tatsache schuld, dass sie oder ihr Partner sich keine Verhütungsmittel leisten können.

(Dr. Roy Kühne [CDU/CSU]: Richtig!)

Hier geht es vielmehr um Aufklärung, um Verantwortungsbewusstsein, um Beratung und um Vertrauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht vor allem darum, erwachsene Menschen in die Pflicht zu nehmen, ihr eigenes Leben in den Griff zu bekommen. Das betrifft Ausbildung, Arbeitsplatz und eben auch eine verantwortliche Familienplanung.

Sie sagen: Gebt ihnen kostenlose Verhütungsmittel, und das Problem ist gelöst. – Hier finde ich schon allein das von Ihnen propagierte Frauenbild befremdlich; denn Sie suggerieren ja, dass Frauen quasi gezwungen sind, ungewollt schwanger zu werden,

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Melanie Bernstein

(A) weil sie sich die entsprechende Verhütung nicht leisten können. Das halte ich – und da bestätigen mich meine Gesprächspartner – für falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie wahrscheinlich nicht mit den Richtigen gesprochen!)

Ihr Lösungsvorschlag richtet sich nicht an selbstbestimmte, verantwortliche Menschen, sondern versucht, mit Geld und einer sehr einseitigen Sicht auf die Dinge einer Problematik Herr zu werden, die so viel komplexer ist.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte!)

Ich finde, wir sollten mehr in Beratung investieren, in das Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Kindern, Ärzten und Patienten, Menschen, die sich für Kinder entscheiden und denen klar sein sollte, was diese Entscheidung für ihr Leben bedeutet.

Wir sollten auch und besonders jenen Frauen Hilfe bieten, die es eben nicht so leicht haben, sei es in ihrem Elternhaus, im sozialen Umfeld oder in Partnerschaften. Den Weg der „Begleitung ins Leben“, den ich in Neumünster kennengelernt habe, halte ich für richtig gut. Ihre Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich aus den vorgenannten Gründen für zu einseitig und deshalb für wenig hilfreich.

Ich danke Ihnen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/2514 und 19/2699 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Damit sind Sie einverstanden, wie ich sehe. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

– zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle

Entwurf der Aufgabenplanung 2018 bis 2021

– zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle

Evaluationsbericht 2017

Drucksachen 19/372, 19/491 Nr. 1.16, 19/2698, 19/2768 Nr. 1.5, 19/373, 19/491 Nr. 1.17, 19/3035

Dazu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP sowie der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

(C) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Gitta Connemann für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Rabanus [SPD] – Unruhe)

Vielleicht warten Sie noch einen Moment, bis diejenigen, die den Saal verlassen wollen, draußen sind. – Jede Rednerin und jeder Redner verdient hier die gebotene Aufmerksamkeit.

Sie haben das Wort, Frau Connemann.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie beginnen Sie Ihren Tag? Ich beginne meinen mit Tee – denn ich bin Ostfriesin – und Tageszeitung. Ohne Frage, mancher Kommentar in unseren hiesigen Zeitungen treibt meinen Blutdruck in die Höhe; aber dennoch würde ich auf genau das nicht verzichten wollen – unsere Tageszeitungen –; denn sie sind wie auch unsere anderen Medien in Deutschland unverzichtbar, weil sie für freie Informationen stehen.

Aber wie beginnen Menschen ihren Tag woanders, in Ländern, in denen es keine zugängliche Information gibt, in Ländern, in denen Journalisten nicht frei berichten können? Nur 13 Prozent der Menschen haben laut Freedom House Zugang zu freien Medien. Journalisten sind Zielscheibe autoritärer Regime. Sie werden verfolgt, inhaftiert, getötet. In Ländern wie der Türkei oder Ägypten wird Medienhetze staatlich verordnet. In Russland oder China sind subtile Zensurmaßnahmen an der Tagesordnung, und unabhängige Medien werden ausgeblutet. (D) Angriffe auf die Pressefreiheit sind ein untrügliches Barometer. Ein Regime, das Angst vor dem freien Wort hat, tritt auch andere Menschenrechte mit Füßen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dies gilt nicht für Deutschland. Bei uns ist der Zugang zu freier Information selbstverständlich. Ein Garant dafür ist die Deutsche Welle. Deshalb freue ich mich, heute Abend auf der Tribüne den Intendanten der Deutschen Welle, Peter Limbourg, mit Mitarbeitern begrüßen zu dürfen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Deutsche Welle ist die Stimme Deutschlands in der Welt. Sie steht für eine Erfolgsgeschichte. Die Deutsche Welle sendet ihr Programm in 30 Sprachen mit Mitarbeitern aus 60 Nationen und 5 000 Kooperationspartnern rund um den ganzen Globus. 157 Millionen Menschen nutzen diese Angebote wöchentlich – wöchentlich! –, Tendenz weiter steigend. Und: Die Deutsche Welle steht für Vertrauen. 96 Prozent der Nutzer halten die Angebote der Deutschen Welle für glaubwürdig. Davon können wir in der Politik nur träumen. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, Menschen zu informieren. Die Deutsche Welle ist keine Propagandamaschine – anders als beispielsweise Russia Today.

Meine Damen und Herren von der AfD, viele von Ihnen geben RT Deutsch so gerne Interviews. Haben Sie sich eigentlich schon einmal informiert, mit wem Sie da

Gitta Connemann

(A) so sprechen? Dann wüssten Sie nämlich, dass dieses Medium für Desinformation missbraucht wird. Aber ich verstehe natürlich, dass zu viel Information auch Weltbilder ins Wanken bringen kann. Und was gibt es Schöneres als einfache Denkmuster? Das ist so wie Malen nach Zahlen. Aber was will man von einer Partei erwarten, für die Bezahlfernsehen ein Ausdruck von Informationsfreiheit ist!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dann sollen halt der Sozialhilfeempfänger oder der Oppositionelle auf Kuba ein Abo buchen oder auf Informationen verzichten – eine tolle Wahl!

Meine Damen und Herren, wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen den freien Zugang zu Informationen für alle. Informationsfreiheit ist für uns ein Menschenrecht, und dafür steht die Deutsche Welle. Dies zeigt übrigens auch der vorliegende Bericht.

Mit ihren Sprachangeboten gehört die Deutsche Welle zu den Top 3 der Auslandssender. Davon profitiert auch unmittelbar die deutsche Sprache. Dieses Angebot wird von vielen Deutschlernenden genutzt.

Heute geht es um die Frage: Wie sieht es die nächsten vier Jahre aus? Die Deutsche Welle steckt sich hohe Ziele. Ein Schwerpunkt ist der Umbau zum digitalen Medienunternehmen. Die Linke sieht dies mit Unbehagen und fürchtet um Arbeitsplätze. Aber Computer sind nicht böse. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wenn wir die Deutsche Welle jetzt nicht in die digitale Zukunft begleiten, (B) wird sie den Anschluss verlieren – und weit mehr als das: Wir werden den Kampf um die Wahrheit verlieren. Dieser findet in verschiedensten Medien statt, insbesondere in digitalen Formaten, und das kostet Geld.

Deshalb erhöhen wir dank der Unterstützung unserer Staatsministerin Monika Grütters den Bundeszuschuss von Jahr zu Jahr, in diesem Jahr um 28 Millionen Euro.

(Marianne Schieder [SPD]: Dank der Unterstützung des Parlaments!)

Unser Ziel: Wir wollen das Budget der Deutschen Welle auf das vergleichbarer europäischer Auslandssender anheben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wir haben uns für weitere Mittel starkgemacht. So gibt es 5 Millionen Euro für den Aufbau eines türkischsprachigen Senders; denn gerade aktuell brauchen Menschen in der Türkei das freie Wort – heute mehr denn je.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit Despoten die Freiheit genommen wird, alles zu tun, und genau dafür steht die Deutsche Welle. Bitte stimmen Sie der Entschließung zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) **Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Nächster Redner ist Martin Renner für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Martin Erwin Renner (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich entbiete Ihnen einen schönen Abendwunsch: Entspannung, schöne Worte. Vielleicht muss man da auch ein bisschen Wasser in den Wein schütten.

Die Deutsche Welle hat einen ganz klaren gesetzlichen Auftrag: Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen. Das steht im Gesetz. Wir denken, dass die Deutsche Welle diesem Auftrag operativ gerecht wird. Aber auch inhaltlich? Denn zwischen bloßer Vermittlung der deutschen Kultur und der Werte und aktiver politischer Einflussnahme im Ausland ist nur ein hauchdünner Unterschied.

Die Deutsche Welle definiert als Zielgruppe explizit Personen in exponierter Stellung und – ich zitiere aus den vorliegenden Papieren – „sogenannte Multiplikatoren, die ... die Einstellungen ihrer Mitmenschen zu beeinflussen versuchen“. Ist das reine Außendarstellung deutscher Sichtweisen? Ist das nicht, dass Beeinflusser gezielt beeinflusst werden?

Der besagte Unterschied wird verwaschen. Aber in wessen Auftrag passiert das, und mit welcher Intention passiert das? Wie wird diese Agitation sozusagen begründet? (D) Entweder ist dies eine Selbstermächtigung der Deutschen Welle zu aktiver politischer Beeinflussung in anderen Staaten – das führt dann letztlich zu einer inoffiziellen Nebenaußenpolitik, die jedweder demokratischen Kontrolle entbehrt –,

(Beifall bei der AfD – Elisabeth Motschmann [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – Michael Frieser [CDU/CSU]: Das ist Unsinn! Die ist genauso an Recht und Gesetz gebunden wie alle anderen auch! – Zuruf des Abg. Alexander Graf Lambsdorff [FDP])

oder es geschieht in Abstimmung und Absprache mit der Bundesregierung, und dann mutiert die Deutsche Welle zum Regierungssender.

(Marianne Schieder [SPD]: Ach Gott, ach Gott!)

Es wäre dann doch allzu scheinheilig, zu behaupten – und ich zitiere aus den Papieren –, dass die Deutsche Welle „frei von staatlicher Einflussnahme“ wäre. Sie merken was?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE])

In beiden Szenarien entzieht sich das aktive politische Handeln der Deutschen Welle der notwendigen parlamentarischen Kontrolle und einer entsprechenden Legitimation. Dies ist nicht aus der Luft gegriffen. Das zeigt die Entschließung der CDU/CSU und der SPD, die die Deutsche Welle in entlarvender Freimütigkeit als – das

Martin Erwin Renner

(A) zitiere ich wieder – „wichtiges Instrument“ zur Verfolgung wichtiger Ziele benennt. Noch schlimmer: In dieser Entschließung schlagen die Koalitionsfraktionen allen Ernstes vor – ich zitiere das –:

> … aufgrund seiner außenpolitischen Dimension sollte das weitere Vorgehen unter Wahrung der Staatsferne des

– zu errichtenden türkischsprachigen –

> Senders mit der Bundesregierung abgestimmt werden.

Staatsferne? Was verstehen Sie da eigentlich nicht, wenn es um Pressefreiheit und Staatsferne geht? Das ist eine Verwaschung, die wir monieren.

Wie gesagt: Die Deutsche Welle leistet operativ gute Arbeit. Wir kritisieren allerdings doch sehr stark, dass sie ihren Auftrag nach dem Deutsche-Welle-Gesetz in Absprache oder zumindest mit Duldung der Bundesregierung überdehnt.

Wie sehen denn die zu vermittelnden „deutschen … Sichtweisen“ – das ist wieder so ein Zitat – unter dieser Regierung aus? Ich spitze das jetzt zu: Was genau hat denn Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation noch mit dem multikulti-bunten und gender-gagaesken Irrsinn zu tun,

(Dagmar Freitag [SPD]: Ach! Es wird ja immer schlimmer!)

(B) den diese scheinbar antideutsche Möchtegern-Europakanzlerin und ihre in Ideologiehaft genommenen Erfüllungsgehilfen auf allen verfügbaren Kanälen propagieren dürfen?

(Marianne Schieder [SPD]: Eijeijei!)

Und jetzt dürfen sie das sogar weltweit machen. Ist es denn der humanistische und allzu beliebige Werteuniversalismus?

(Zuruf des Abg. Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE])

Ist es die utopische und international-sozialistische One-World-Ideologie?

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das zum Thema deutsche Sprache!)

Ist es das Leugnen der Trinität von Gemeinschaft, Raum und Traditionen? In bürgerlichen Kreisen wird das noch Heimat genannt. Ist es denn – das alles zusammengenommen – die Preisgabe und die Auflösung unserer nationalen Identität,

(Marianne Schieder [SPD]: Eijeijei! Jetzt geht’s aber los!)

die Schaffung eines kulturellen Vakuums, in das gerne auch die mitunter archaischen Werte anderer hineingetragen werden können und sollen? Nein, meine Damen und Herren, diese Sichtweise teilen wir nicht. Es ist eine (C) Sichtweise derjenigen, die weniger das Fremde lieben, als sie das Eigene so sehr hassen.

(Marianne Schieder [SPD]: Ach Gott, ach Gott! Jesses!)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass das Erbe weiterentwickelt wird, und nur das ist der Auftrag der Deutschen Welle. Deshalb lehnen wir diese Beschlüsse ab. Friede sei mit euch und mit eurem Geiste.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Marianne Schieder [SPD]: Den Geist muss der erst mal finden! – Gegenruf des Abg. Michael Frieser [CDU/CSU]: Nicht drauf reagieren! Einfach stehen lassen!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner ist für die SPD der Abgeordnete Martin Rabanus.

(Beifall bei der SPD)

Martin Rabanus (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Staatsministerin Grütters, sehr geehrte Frau Staatsministerin Müntefering, ich freue mich, dass beide mit Kultur befassten Staatsministerinnen hier sind und damit zeigen, dass die Bundesregierung der Deutschen Welle die entsprechende Wertschätzung entgegenbringt, der Deutschen Welle, die – das sei klar gesagt – im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages eine hervorragende Arbeit macht. (D) Das ist im Evaluierungsbericht für die letzte Planungsphase 2014 bis 2017 dokumentiert. Ich will nur wenige Zahlen nennen, weil der Bericht insgesamt zu umfänglich ist.

Die Deutsche Welle hatte sich vorgenommen, 150 Millionen Rezipienten in der Woche zu erreichen. Im Jahr 2017 hat sie es tatsächlich geschafft, 157 Millionen Nutzer zu erreichen, also die Reichweite deutlich zu erhöhen – um mehr als 50 Prozent im Vergleich zum Stand von 2012.

Darüber hinaus ist es der Deutschen Welle auch gelungen, die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in das Medium deutlich zu stärken. 89 Prozent der Nutzer haben 2012 gesagt: Wir können der Deutschen Welle und dem, was dort berichtet wird, vertrauen. – Ihr Anteil wurde noch mal gesteigert, auf 96 Prozent. Wer es mal mit den entsprechenden Zahlen für das öffentlich-rechtliche Fernsehen oder gar das private Fernsehen vergleicht, wird sehen, dass die Zahlen da ganz anders aussehen. Das Institut Allensbach hat uns jüngst, im November 2017, mitgeteilt, dass nur 50 Prozent der Nutzer des privaten Fernsehens diesem vertrauen und dem Glauben schenken, was dort berichtet wird.

Die Deutsche Welle erfüllt also ihren Auftrag im Rahmen des Gesetzes. Natürlich hat mein Vorredner eben § 4 des Deutsche-Welle-Gesetzes nur in Teilen zitiert, nämlich nur die Teile, die er am besten verunstalten konnte.

(Dagmar Freitag [SPD]: Ja, so sind sie!)

Martin Rabanus

(A) Wenn Sie den nächsten Satz auch noch zitiert hätten, wäre Ihnen aufgefallen, dass die Deutsche Welle ein Forum für die deutsche Sichtweise – ja! –, aber auch für die Sichtweise anderer Länder, anderer Kontinente, anderer Kulturen bieten soll, mit dem Ziel – und das ist das Entscheidende –, das Verständnis und den Austausch zwischen den Kulturen und Völkern zu fördern und eben nicht das zu machen, was Sie gerade hier wieder angelegt haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Intendant Limbourg ist mit Teilen seines Teams hier. Herzlich willkommen, aber auch herzlichen Dank: Sie, insbesondere alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle – egal ob in Bonn, ob hier in Berlin oder weltweit –, tragen die Deutsche Welle als wichtige Stimme, als eine Stimme, die Deutschland in der Welt darstellt, und Sie machen einen ganz hervorragenden Job. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sorgen dafür, dass Fakten in die Welt getragen werden und dass wir keine Fake News haben. Sie sorgen dafür in 30 Sprachen im Fernsehen, im Hörfunk und in Onlineprogrammen.

Darauf bauen Sie jetzt mit der Aufgabenplanung 2018 bis 2021 auf. Sie haben sich in der Tat viel vorgenommen: Sie wollen die Nutzerzahlen auf 210 Millionen (B) Nutzer pro Woche steigern. Sie werden weiter den aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen. Sie werden den (C) Aufbau in ein digitales Medienhaus schaffen; da bin ich mir ganz sicher.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Wir als Große Koalition haben die Deutsche Welle in den vergangenen Jahren, in der letzten Wahlperiode, finanziell erheblich gestärkt. Wir werden diesen Weg weitergehen. Wir wollen das Budget der Deutschen Welle auf das von vergleichbaren europäischen Auslandssendern anheben – das steht im Koalitionsvertrag; das haben wir auch in unserer Entschließung jetzt noch einmal niedergelegt –, damit die Deutsche Welle ihren Auftrag noch besser erfüllen kann im Hinblick auf Deutschland als Kulturnation, als demokratischer Rechtsstaat, und mehr für die Verständigung und den Austausch der Kulturen tun kann. Die Deutsche Welle steht für Fakten statt für Fake News und leistet einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Bevor wir mit der Debatte fortfahren, möchte ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis einer namentlichen Abstimmung** verkünden. Es geht um die namentliche Abstimmung zum Thema „Weidetierprämie für Schafe und Ziegen jetzt auf den Weg bringen“. Sie hat folgendes Ergebnis: abgegebene Stimmen 632. Mit Ja haben gestimmt 444, mit Nein haben gestimmt 186, Enthaltungen 2. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen. (D)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	632;
davon	
ja:	444
nein:	186
enthalten:	2

Ja

CDU/CSU

Dr. Michael von Abercron
Stephan Albani
Norbert Maria Altenkamp
Philipp Amthor
Artur Auernhammer
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Melanie Bernstein
Christoph Bernstiel
Peter Beyer
Marc Biadacz
Steffen Bilger
Peter Bleser
Norbert Brackmann
Dr. Reinhard Brandl
Michael Brand (Fulda)
Dr. Ralf Brauksiepe
Silvia Breher
Sebastian Brehm
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Dr. Carsten Brodesser
Gitta Connemann
Astrid Damerow
Alexander Dobrindt
Michael Donth
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Thomas Erndl
Hermann Färber
Uwe Feiler
Enak Ferlemann
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Thorsten Frei
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Eckhard Gnodtke
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Thomas Heilmann
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Marc Henrichmann
Ansgar Heveling
Dr. Heribert Hirte
Christian Hirte
Karl Holmeier
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Erich Irlstorfer
Thomas Jarzombek
Andreas Jung
Ingmar Jung

(A)

Alois Karl
Anja Karliczek
Torbjörn Kartes
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Ronja Kemmer
Roderich Kiesewetter
Michael Kießling
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Alexander Krauß
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Michael Kuffer
Dr. Roy Kühne
Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Silke Launert
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Andreas Lenz

(B)

Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Nikolas Löbel
Bernhard Loos
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Dr. Thomas de Maizière
Dr. Astrid Mannes
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Jan Metzler
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Axel Müller
Sepp Müller
Carsten Müller (Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Andreas Nick
Petra Nicolaisen
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Josef Oster
Henning Otte
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Joachim Pfeiffer
Stephan Pilsinger
Dr. Christoph Ploß
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Stefan Rouenhoff
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Stefan Sauer
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Tankred Schipanski
Dr. Claudia Schmidtke
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Nadine Schön
Felix Schreiner
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Torsten Schweiger
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Björn Simon
Tino Sorge
Jens Spahn
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Andreas Steier
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Peter Stein (Rostock)
Christian Frhr. von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Dr. Hermann-Josef Tebroke
Hans-Jürgen Thies
Alexander Throm
Dr. Dietlind Tiemann
Antje Tillmann
Markus Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Kerstin Vieregge
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Christoph de Vries
Kees de Vries
Dr. Johann David Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Dr. h. c. Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Marian Wendt
Kai Whittaker
Annette Widmann-Mauz
Bettina Margarethe Wiesmann
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Emmi Zeulner
Paul Ziemiak
Dr. Matthias Zimmer

SPD

Niels Annen
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Doris Barnett
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Lothar Binding (Heidelberg)
Leni Breymaier
Dr. Karl-Heinz Brunner
Katrin Budde

(C)

Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Esther Dilcher
Sabine Dittmar
Dr. Wiebke Esdar
Saskia Esken
Yasmin Fahimi
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster
Angelika Glöckner
Timon Gremmels
Michael Groß
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Wolfgang Hellmich

(D)

Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Thomas Hitschler
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Elisabeth Kaiser
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Elvan Korkmaz
Anette Kramme
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Helge Lindh
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Heiko Maas
Caren Marks

(A)

Katja Mast
Christoph Matschie
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Falko Mohrs
Claudia Moll
Bettina Müller
Detlef Müller (Chemnitz)
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Josephine Ortleb
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Aydan Özoğuz
Christian Petry
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Florian Post
Achim Post (Minden)
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Martin Rabanus
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann

(B)

René Röspel
Michael Roth (Heringen)
Susann Rüthrich
Bernd Rützel
Sarah Ryglewski
Johann Saathoff
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Nils Schmid
Uwe Schmidt
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Johannes Schraps
Michael Schrodi
Dr. Manja Schüle
Ursula Schulte
Martin Schulz
Swen Schulz (Spandau)
Stefan Schwartze
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Amalie Steffen
Mathias Stein
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Markus Töns
Carsten Träger
Marja-Liisa Völlers
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Dirk Wiese
Gülistan Yüksel
Dagmar Ziegler
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann

AfD

Johannes Huber

FDP

Grigorios Aggelidis
Renata Alt
Christine Aschenberg-Dugnus
Nicole Bauer
Jens Beeck
Nicola Beer
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)
Mario Brandenburg
Dr. Marco Buschmann
Karlheinz Busen
Britta Katharina Dassler
Bijan Djir-Sarai
Christian Dürr
Hartmut Ebbing
Dr. Marcus Faber
Daniel Föst
Thomas Hacker
Katrin Helling-Plahr
Markus Herbrand
Torsten Herbst
Katja Hessel
Dr. Gero Clemens Hocker
Manuel Höferlin
Dr. Christoph Hoffmann
Reinhard Houben
Ulla Ihnen
Olaf In der Beek
Gyde Jensen
Dr. Christian Jung
Thomas L. Kemmerich
Karsten Klein
Dr. Marcel Klinge
Daniela Kluckert
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Carina Konrad
Wolfgang Kubicki
Konstantin Kuhle
Alexander Kulitz
Alexander Graf Lambsdorff
Ulrich Lechte
Michael Georg Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Till Mansmann
Dr. Jürgen Martens
Roman Müller-Böhm
Frank Müller-Rosentritt
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Hagen Reinhold
Bernd Reuther
Dr. Stefan Ruppert
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Christian Sauter
Dr. Wieland Schinnenburg
Matthias Seestern-Pauly
Frank Sitta
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Bettina Stark-Watzinger
Benjamin Strasser
Katja Suding
Linda Teuteberg
Michael Theurer
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Dr. Andrew Ullmann
Gerald Ullrich
Johannes Vogel (Olpe)
Sandra Weeser
Nicole Westig
Katharina Willkomm

Nein

AfD

Marc Bernhard
Andreas Bleck
Peter Boehringer
Jürgen Braun
Marcus Bühl
Matthias Büttner
Tino Chrupalla
Joana Cotar
Thomas Ehrhorn
Berengar Elsner von Gronow
Dr. Michael Espendiller
Dietmar Friedhoff

(C)

Dr. Anton Friesen
Markus Frohnmaier
Dr. Götz Frömming
Dr. Alexander Gauland
Dr. Axel Gehrke
Albrecht Glaser
Franziska Gminder
Wilhelm von Gottberg
Kay Gottschalk
Armin-Paulus Hampel
Mariana Iris Harder-Kühnel
Verena Hartmann
Dr. Roland Hartwig
Jochen Haug
Martin Hebner
Udo Theodor Hemmelgarn
Waldemar Herdt
Lars Herrmann
Martin Hess
Karsten Hilse
Nicole Höchst
Dr. Bruno Hollnagel
Leif-Erik Holm
Fabian Jacobi
Dr. Marc Jongen
Uwe Kamann
Jens Kestner
Enrico Komning

(D)

Jörn König
Dr. Rainer Kraft
Dr. Lothar Maier
Jens Maier
Dr. Birgit Malsack-Winkemann
Corinna Miazga
Andreas Mrosek
Volker Münz
Sebastian Münzenmaier
Christoph Neumann
Jan Ralf Nolte
Gerold Otten
Frank Pasemann
Tobias Matthias Peterka
Paul Viktor Podolay
Jürgen Pohl
Stephan Protschka
Martin Erwin Renner
Ulrike Schielke-Ziesing
Jörg Schneider
Uwe Schulz
Thomas Seitz
Martin Sichert
Detlev Spangenberg
Dr. Dirk Spaniel
René Springer
Beatrix von Storch

(A)

Dr. Alice Weidel
Dr. Harald Weyel
Wolfgang Wiehle
Dr. Heiko Wildberg

DIE LINKE

Doris Achelwilm
Gökay Akbulut
Simone Barrientos
Dr. Dietmar Bartsch
Lorenz Gösta Beutin
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Michel Brandt
Birke Bull-Bischoff
Jörg Cezanne
Fabio De Masi
Dr. Diether Dehm
Anke Domscheit-Berg
Klaus Ernst
Susanne Ferschl
Brigitte Freihold
Sylvia Gabelmann
Nicole Gohlke
Dr. André Hahn
Matthias Höhn
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Kerstin Kassner
Dr. Achim Kessler
Jan Korte
Jutta Krellmann
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Pascal Meiser
Amira Mohamed Ali
Cornelia Möhring
Norbert Müller (Potsdam)
Zaklin Nastic
Dr. Alexander S. Neu
Sören Pellmann
Victor Perli
Tobias Pflüger
Martina Renner
Bernd Riexinger
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
Dr. Petra Sitte
Helin Evrim Sommer
Kersten Steinke
Friedrich Straetmanns
Dr. Kirsten Tackmann
Jessica Tatti
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Andreas Wagner
Harald Weinberg
Katrin Werner
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann (Zwickau)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Luise Amtsberg
Lisa Badum
Annalena Baerbock
Margarete Bause
Canan Bayram
Dr. Franziska Brantner
Dr. Anna Christmann
Ekin Deligöz
Katharina Dröge
Harald Ebner
Matthias Gastel
Kai Gehring
Stefan Gelbhaar
Erhard Grundl
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Bettina Hoffmann
Dr. Anton Hofreiter
Dieter Janecek
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Maria Klein-Schmeink
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Dr. Irene Mihalic
Claudia Müller
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Filiz Polat
Tabea Rößner
Dr. Manuela Rottmann
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Stefan Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Margit Stumpp
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Daniela Wagner

(C)

(B)

(D)

Enthalten

Fraktionslos

Mario Mieruch
Dr. Frauke Petry

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Dann fahren wir fort in der Debatte mit Thomas Hacker von der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Thomas Hacker (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit haben wir Gelegenheit, hier im Plenum über die Deutsche Welle zu sprechen. Mit dem Evaluationsbericht und der Programmplanung 2018 bis 2021 dokumentiert die Deutsche Welle, wofür sie steht und wofür sie arbeitet. Die Deutsche Welle vermittelt Werte. Sie steht auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Sie wirbt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte. Sie ist unsere Stimme der Freiheit in der Welt.

Dies tut not, meine Damen und Herren, in einer Welt, in der nationale Egoismen immer mehr in den Vordergrund treten, in einer Welt, in der Länder – auch innerhalb der EU – Schritt für Schritt umgebaut werden, wo die Meinungsfreiheit eingeschränkt, das Justizsystem ausgehöhlt, der Beamtenapparat gesäubert und Journalisten inhaftiert werden, in einer Welt, in der gelenkte oder illiberale Demokratien propagiert werden.

Unser Verständnis von Rechtsstaat sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir eine starke, vertrauenswürdige Stimme Deutschlands in der Welt, eine Stimme, die im internationalen Wettbewerb mithalten kann, eine Stimme, die die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung lebt und verbreitet.

Bei der Deutschen Welle, Herr Limbourg, lässt sich der Erfolg messen in Reichweiten, Zuschauer- und Nutzerzahlen. Es ist beachtlich, dass 96 Prozent der Nutzer das Angebot als glaubwürdig bewerten. Hier zeigt es

Thomas Hacker

(A) sich: Guter Journalismus – auch gegen Verbote, Einschränkungen und Gängelei – kann bestehen. Es sollte ein Lehrbeispiel sein, gerade für die Hetzer und Hassverbreiter bei der AfD.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die vorgelegte Aufgabenplanung der Deutschen Welle ist die richtige Antwort auf diese Herausforderung. Auch wir Freie Demokraten sagen Ja zum Aufbau des türkischsprachigen Programms. Das ist dringend notwendig, um in der Türkei die Meinungsfreiheit zu stärken. Wir sagen Ja zum Ausbau des russischen Programms, um gezielter Desinformation und Fake News entgegenzuwirken.

(Zuruf der Abg. Franziska Gminder [AfD])

Wir sagen Ja zur Digitalisierung der Deutschen Welle. Dort, wo Zensur ausgeübt wird, brauchen wir smarte Umgehungslösungen. Die Deutsche Welle kann nur dann verstanden werden, wenn sie auch empfangen wird. Wir sagen Ja zu mehr digitalen Angeboten, um die Jugend zu erreichen; denn die größte Hoffnung für Freiheit und Demokratie in der Welt ist die junge Generation.

(Beifall bei der FDP)

Damit die Stimme der Freiheit weltweit wirken kann, braucht sie finanzielle Mittel. Deswegen sind die quasi in letzter Minute gefundenen zusätzlichen Beträge ein Schritt in die richtige Richtung. Unabhängigkeit der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen (B) Koalition, bedeutet aber auch, dass das Programm von den Verantwortlichen entwickelt wird, ohne es einem Ministerium oder der Bundesregierung zur Genehmigung vorlegen zu müssen.

(Dagmar Freitag [SPD]: Das ist doch auch so!)

Staatsferne schaut hier anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Für uns steht fest: Wir brauchen die Deutsche Welle als Sprachrohr für deutsche und europäische Werte. Wir haben mit der Deutschen Welle einen Auftrag, wenn nicht sogar eine Verpflichtung. Wir wollen, dass sie aufklärt über Leben, Kultur und Gesellschaft. Wir wollen, dass sie aufklärt über Flucht, Migration und tatsächliche Perspektiven in unserem Land. Wir wollen, dass sie aufklärt bei Krisen, Terror, Krieg und Katastrophen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unser gemeinsamer Auftrag. Stärken wir diese Stimme der Freiheit.

Danke.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Michael Frieser [CDU/CSU])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Doris Achelwilm für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Doris Achelwilm (DIE LINKE): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die Deutsche Welle genießt international einen sehr guten Ruf. Ihre Berichterstattung wird von den globalen Nutzerinnen und Nutzern als ausgewogen und äußerst glaubwürdig wahrgenommen; wir haben die Zahlen hier bereits gehört. Als Auslandssender, der sich weltweit für kulturelle Vielfalt und die Förderung von Meinungs- und Pressefreiheit, Menschenrechten und Demokratie einsetzt, erfüllt die Deutsche Welle eine Aufgabe, für die sie angemessen finanziert werden muss. Darin sind wir uns hier weitgehend einig.

Welche Schwerpunkte wir als Linksfraktion bei der Aufgabenplanung vermissen oder anders gewichtet sehen wollen, haben wir in unserem Antrag dargelegt. Ein paar Aussagen zur Aufgabe der Deutschen Welle und Ausrichtung ihres Angebots: Pressefreiheit – wir haben es auch hier heute schon gehört – gerät aktuell weltweit massiv unter Druck, und zwar zunehmend auch in demokratisch verfassten Staaten und auch in Europa. Das Klima für offene Gesellschaften wird schlechter, und kritische Medien fallen dieser Entwicklung mit als Erstes zum Opfer.

Was heißt das jetzt für die Deutsche Welle? Wenn weltweit mehr als 3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu freien Medien haben, dann sehen wir es nicht als erste Aufgabe der Deutschen Welle an, sich an der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Auslandssendern oder an dem Vermögen von Breaking News zu orientieren. Vielmehr geht es darum, genau diese vielen Menschen auf verschiedensten Ebenen zu erreichen, ihnen unab- (D) hängige, gut aufbereitete Informationen und Perspektiven zur Verfügung zu stellen. Das ist wichtig, und darum geht es.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Linksfraktion begrüßen deshalb auch, dass die Deutsche Welle mit ihrer neuen Aufgabenplanung stark auf sprachliche Vielfalt, regionale Berichterstattung und die entsprechenden Ausspielwege setzt, um Menschen unabhängig von ihrem Status und von englischer Sprachkompetenz zu erreichen. Darin besteht ihre Aufgabe.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Sinne spricht sich die Linksfraktion auch dafür aus, die Deutsche Welle Akademie bei der weltweiten Vermittlung von Medienexpertise zu unterstützen. Die Projektmittel sollten auf eine strukturelle Förderung umgestellt werden. Das schafft Planungssicherheit, die notwendig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme auf die Situation der Beschäftigten im Hause zu sprechen, insbesondere der sogenannten festen Freien. Union und SPD schreiben in ihrem Entschließungsantrag ja ganz richtig, dass die Erfolgsgeschichte der Deutschen Welle das Verdienst der rund 3 000 engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle ist. In Zeiten von Fake News und Kostendruck gegen Qualitätsjournalismus kann man die wichtige Arbeit

Doris Achelwilm

(A) guter Journalistinnen und Journalisten tatsächlich nicht genug würdigen. Auch die Deutsche Welle kann nur so erfolgreich sein, weil sich die rund 3 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senders so sehr einbringen und engagieren und Arbeit wegtragen. Deshalb verdienen sie mehr als warme Worte. Sie verdienen, dass sich der Bundestag starkmacht für ihre Belange, für gute Arbeitsbedingungen und Interessenvertretung ihrer Anliegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit unserem Antrag stellen wir die personelle Situation auch deshalb in den Mittelpunkt, um darauf hinzuweisen, dass die Digitalisierung nicht gegen Beschäftigte arbeiten sollte, sondern für sie. Der Umbau der Deutschen Welle zu einem digitalen Medienunternehmen, der notwendig ist, sollte nicht nur – wie es immer so schön heißt – effizienzsteigernd wirken, sondern die Produktionsbedingungen eben für alle heben. Der Umbau darf nicht zulasten des Personals gehen, sondern sollte im Gegenteil von den Beschäftigten grundlegend mitgestaltet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, laut Evaluationsbericht 2017 sank der Bestand an Planstellen bei der Deutschen Welle zwischen 1994 und 2014 um satte 43 Prozent. Das ist ein richtig schmerzhafter Aderlass. Und um Programm und Qualität aufrechtzuerhalten, werden nun verstärkt arbeitnehmerähnliche Beschäftigte hinzugezogen, und zwar auch im nicht programmgestaltenden Bereich, wo es wirklich anders geht. Insgesamt arbeiten (B) bei der Deutschen Welle zurzeit circa 1 600 arbeitnehmerähnliche Beschäftigte bzw. feste Freie. Um hier einen notwendigen Gegentrend hin zu mehr Sicherheit gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuleiten, braucht es aus unserer Sicht eine deutliche Aufstockung der Planstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss: Wir wollen, dass auch freie Beschäftigte durch den Personalrat vertreten werden können und dass Maßnahmen zu berufsbegleitenden Weiterqualifizierungen allen Beschäftigten zur Verfügung stehen. Wir halten diese Forderungen für konkret, überfällig und in der Umsetzung machbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin für Bündnis 90/Die Grünen ist die Kollegin Margit Stumpp.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Margit Stumpp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Deutsche Welle ist eine starke Stimme des demokratischen, freiheitlich verfassten Deutschlands. Die Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit zeigt deutlich: Unser Aus- (C) landssender erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag und stellt sich den wachsenden Herausforderungen. Dafür wollen wir die Deutsche Welle stärken.

In Bezug auf die Aufgabenplanung der Deutschen Welle für die Jahre 2018 bis 2021 teilen wir allerdings die Ansicht der Bundesregierung, die in ihrer Stellungnahme zur Aufgabenplanung unter anderem zu bedenken gibt, dass die deutsche Sprache weiterhin Schwerpunkt der Angebote sein sollte. Sie mahnt auch an, dass der Auftrag der Deutschen Welle breiter angelegt ist. Sie sollte sich nicht darauf beschränken, ein reiner Nachrichtenkanal zu sein. Und sie weist auf die Pflicht zu mehr Transparenz hin. Betriebs- und Investitionskosten sind leider nicht öffentlich einsehbar. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen dagegen stimmt der Aufgabenplanung uneingeschränkt zu, ohne einen einzigen Kritikpunkt zu nennen. Das ist schon bedenklich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir verstehen konstruktive Kritik als notwendigen Beitrag zur Stärkung der Deutschen Welle. Die Deutsche Welle ist ein Parlamentssender. Das Parlament finanziert sie und debattiert ihre Aufgabenstellung.

Uns sind drei Aspekte wichtig. Zum Ersten ist das die Erreichbarkeit der Menschen im ländlichen Raum, in Regionen, in denen die Leute wenig oder keinen Zugang zur freien Berichterstattung haben. Das Radioangebot, ob über UKW oder Kurzwelle, wurde in der Vergangenheit stark zurückgefahren. Dabei wird vernachlässigt, dass gerade im ländlichen Raum in afrikanischen, arabischen (D) oder asiatischen Staaten die lineare Radionutzung oft immer noch die einzige Art der Informationsbeschaffung ist. Außerdem sind diese Zugänge nicht nachzuverfolgen; das schützt Menschen in autoritären Staaten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zweiten stoßen wir uns nach wie vor an der angestrebten Breaking-News-Ausrichtung. Die Deutsche Welle soll im globalen Informationskampf den hochfinanzierten Auslandssendern wie Russia Today oder BBC die Stirn bieten. Diese strategische Ausrichtung ist ernsthaft zu überdenken. Laut ihres gesetzlichen Auftrags soll die Deutsche Welle durch andere Dinge glänzen, nämlich durch gut recherchierte, hochqualitative Berichterstattung in den Zielregionen, durch Hintergrundberichte und durch investigativen Journalismus. Dazu kann die Intensivierung der Zusammenarbeit mit unseren öffentlich-rechtlichen Sendern oder mit anderen Auslandssendern der EU durchaus beitragen.

Der dritte wichtige Aspekt, den es zu hinterfragen gilt, ist die zunehmende Konzentration auf das englischsprachige Programm und damit einhergehend auf urbane Eliten. Urbane Eliten sind gerade in undemokratischen Staaten Bestandteil des Systems, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eher weniger zugänglich. Die Deutsche Welle muss – das gehört zu ihrem Auftrag – breite Bevölkerungsschichten erreichen. Das gelingt am besten in den Regionalsprachen. Diese Sprachenvielfalt, die, wie auch die Bundesregierung erkennt, den Markenkern der Deutschen Welle definiert, darf nicht eingeschränkt

Margit Stumpp

(A) werden. Wir begrüßen den Ausbau. Die Deutsche Welle hat hier die Verantwortung, im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu wirken.

Über diese drei wichtigen Hauptanliegen hinaus muss sich die Situation für die sogenannten festen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senders verbessern. Da sind wir ganz bei den Linken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Sie machen die Hälfte des gesamten Personals aus und haben weder Planungssicherheit noch Mitspracherecht. Deshalb fordern wir eine Verstetigung der Personalausgaben.

Die leidenschaftslose Entschließung der Koalitionsfraktionen leistet keinerlei Beitrag zu einer zukunftsfähigen Aufgabenstellung der Deutschen Welle. Deswegen stimmen wir ihr nicht zu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächste Rednerin ist für die Fraktion der CDU/CSU die Kollegin Elisabeth Motschmann.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich eben auf den Bundesadler blickte, da dachte ich: Ein schöner Ort, um über die Deutsche Welle zu reden. Sie ist die freie Stimme eines freien Landes in einer Welt, in der es viele unfreie Länder gibt. Der Adler ist ja unter anderem ein Symbol für die Freiheit.

Das Parlament hat – darüber freue ich mich mit Ihnen und Ihren Kollegen, Herr Limbourg – wiederum das Budget der Deutschen Welle erhöht. Wir werden sukzessive auf den Betrag anderer Auslandssender kommen. Das halte ich im Gegensatz zu meiner Kollegin Doris Achelwilm aus Bremen auch für richtig und für wichtig; denn wenn man wirken will in dieser unruhigen Welt, dann geht das nun einmal nicht ohne Geld.

In ihrem Entwurf der Aufgabenplanung hat uns die Deutsche Welle für dieses Geld, das wir zusätzlich bewilligen, eine Reihe von zusätzlichen Programmen und Sprachangeboten aufgezeigt. – Herr Präsident, was ist das denn? Warum blinkt die Anzeige am Rednerpult immerzu?

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Die blinkt noch von der Vorrednerin. Lassen Sie sich nicht stören.

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU): (C)

Dann fange ich jetzt mit vier Minuten Redezeit wieder an.

(Heiterkeit – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Guter Deal! – Martin Rabanus [SPD]: Netter Versuch!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

So können wir nicht rechnen.

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

So was kommt von so was. Dann habe ich jetzt ein bisschen mehr Redezeit.

Wir haben also in der Aufgabenplanung zusätzliche Programme und Sprachangebote aufgezeigt bekommen. Seit Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts hat die Deutsche Welle ihre Programme in russischer und ukrainischer Sprache ausgeweitet – ich nehme mal dieses Beispiel –, und das mit großem Erfolg. Sie hat mit diesen Angeboten auch in dieser schwierigen Region viele neue Zuschauer, Hörer und über Internet auch Leser gewonnen und besitzt in dieser Region eine hohe Glaubwürdigkeit. Diesen Bedarf hat ganz Osteuropa, zum Beispiel auch die baltischen Länder.

Herr Renner, ich will Ihnen das gerne mal erklären, weil Sie noch nicht so ganz verstanden haben, warum die Deutsche Welle so wichtig ist. In den baltischen Ländern, die ich sehr gut kenne, wirken russische Kanäle, und (D) zwar ziemlich ungut. Sie haben ein Programm mit sehr schönen Unterhaltungssendungen aller Art. Dazwischen kommt dann eine halbe Stunde politische Propaganda. Das ist übel, und das führt dazu, dass die Balten – egal in welches Land sie kommen; besonders betroffen sind aber Estland und Lettland, wo 30 Prozent der Bevölkerung russischstämmig sind – in unterschiedlichen Medienwelten leben. Das führt zu Streit, das führt zu Konflikten, das führt zu Unruhe in den Ländern, so wie übrigens zuvor auch auf der Krim.

Deshalb sage ich Ihnen: Es ist segensreich, wichtig und gut, dass die Deutsche Welle auch hier in Zukunft verstärkt ihr Programm ausweiten will, um unabhängige Berichterstattung zu liefern und um Freiheit und Demokratie in Ländern darzustellen, in denen es auch andere Medien gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus begrüßen wir es sehr, dass es nun auch einen türkischen Fernsehkanal geben soll. Die 5 Millionen Euro, die wir dafür bewilligt haben, sind dafür da, dass sich die Deutsche Welle nun auch in türkischer Sprache verbreiten kann. Und wir wissen, wie es in der Türkei zugeht und, nach den Wahlen, auch in Zukunft zugehen wird. Dort werden nach wie vor Journalisten, Juristen, Professoren und Lehrer inhaftiert, und zwar aus Gründen, die nicht nachvollziehbar sind. Ich finde daher schon, dass wir hier einen verstärkten Auftrag haben.

Elisabeth Motschmann

(A) Wir müssen uns konzentrieren. Die Deutsche Welle kann nicht alles und überall leisten, aber gerade in Krisenregionen ist sie von hoher Bedeutung. Deshalb möchte ich Ihnen, Herr Limbourg, und allen Mitarbeitern der Deutschen Welle an dieser Stelle für die Arbeit ganz herzlich danken. Ich werde die Entwicklung in Zukunft als Mitglied des Rundfunkrates sehr wach begleiten und verfolgen. Ich freue mich auf unsere gemeinsame Aufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Als nächste Rednerin spricht für die SPD die Abgeordnete Dagmar Freitag.

(Beifall bei der SPD)

Dagmar Freitag (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Pressefreiheit und Meinungsfreiheit – wir kennen genug Beispiele, die belegen, dass diese Begriffe mittlerweile zu leeren Worthülsen verkommen sind.

(Karsten Hilse [AfD]: Genau wie in Deutschland!)

Wir alle wissen, welch hohes Gut solche Begriffe darstellen. Aber wir wissen aus vielerlei Beispielen: Sie (B) sind in Gefahr. Aktuell greifen beispielsweise selbst in Österreich Rechtspopulisten die freie Meinungsäußerung völlig unverblümt an.

(Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Zensur, Fake News, Bots und Trolle – das sind die Begriffe der Gegenwart, Repressionen gegen mutige Journalisten sind in vielen Teilen der Welt plötzlich die Regel. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten wie diesen ist Qualitätsjournalismus schlichtweg unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE])

Frau Kollegin Stumpp, was die Tatsache, dass die Deutsche Welle neuerdings Breaking News anbietet, damit zu tun hat, dass das den Qualitätsjournalismus eventuell beeinträchtigen könnte, das erschließt sich mir nicht so ganz. Auch das gehört natürlich dazu, wenn man im 21. Jahrhundert angekommen sein will.

(Beifall bei der SPD)

Die Kollegin Connemann hat bereits darauf hingewiesen: Aktuell haben lediglich 13 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu freien Medien. Die Konsequenz daraus ist aus der Sicht meiner Fraktion: Verlässliche, unabhängige und journalistisch hochwertige Medienangebote, wie die Deutsche Welle sie bietet, sind schlichtweg unverzichtbar.

(C) Aber ich will nicht verschweigen: Die Umstrukturierungen der letzten Jahre waren nicht immer ganz einfach, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Johannes Kahrs [SPD]: So ist das!)

Aber ich denke, dass das in fairer Absprache vernünftig gelöst worden ist und mittlerweile auch die entsprechenden Früchte trägt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE] – Johannes Kahrs [SPD]: Gut so!)

Ich habe bei vielen Auslandsaufenthalten erfahren: Der Begriff der Deutschen Welle ist weltweit positiv besetzt. Sie liefert Beiträge in mittlerweile 30 Landes- oder Regionalsprachen und knüpft damit – und das ist ja das Ziel – direkt an die Lebenswelt der Menschen vor Ort an.

Die hohe Bedeutung des internationalen Angebots der Deutschen Welle wird natürlich auch durch die Wahlen in der Türkei deutlich.

(Abg. Franziska Gminder [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Deshalb finde ich das Vorhaben, das jetzt auch finanziell unterlegt ist, ein entsprechendes Angebot für die Menschen in der Türkei zu machen, gut.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus der AfD? (D)

Dagmar Freitag (SPD):

Nein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie können pöbeln, aber jetzt nicht dazwischenreden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Heribert Hirte [CDU/CSU])

Nach dem Putsch in der Türkei erleben wir alle, welche Folgen die aktuelle Politik in der Türkei hat. Ich glaube, es ist gut, wenn freie, unabhängige Medien ein wenig Information dort bieten.

(Johannes Kahrs [SPD]: Mit freien Medien hat's die AfD nicht!)

So etwas kostet natürlich Geld. Ich bin sehr froh darüber, dass der Deutsche Bundestag dieses Vorhaben unterstützt und dass die Deutsche Welle jetzt zügig damit beginnen kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die vorliegende Aufgabenplanung präsentiert zu vielen zukunftsgerichteten Projekten entsprechende Vorstellungen. Ich sage es noch einmal: Wir alle gemeinsam haben ein Interesse daran, dass die journalistische Qualität, die die Deutsche Welle bietet, erhalten bleibt. Das ist auch bei der Deutschen Welle – davon bin ich überzeugt – das gemeinsame Ziel aller Akteure. Dieser Auslandssender ver-

(A) dient unsere kritisch-konstruktive Begleitung, aber eben auch unsere Unterstützung.

Ich möchte zum Schluss Intendant Peter Limbourg und seinem Führungsteam, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Bonn, Berlin und den vielen Auslandsstationen ausdrücklich für ihre hervorragende Arbeit danken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Liebe Kollegin Freitag, es liegt mir natürlich völlig fern, Ihre Rede zu beurteilen; das steht mir nicht zu. Aber ich kann wohl sagen: Wenn jede Rednerin so viele zusätzliche Abgeordnete ins Plenum locken würde wie Sie, dann hätten wir auch um Mitternacht noch ein volles Haus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dagmar Freitag [SPD]: So lange wollte ich nicht bleiben!)

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Gminder von der AfD gemeldet.

(B) **Franziska Gminder** (AfD):

Vielen Dank. – Verehrte Frau Kollegin Freitag, ich hatte keineswegs die Absicht, herumzupöbeln. Ich möchte nur eine schlichte Frage stellen: Sind Sie immer noch seit 2004 stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Welle,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Johannes Kahrs [SPD]: Und das ist gut so!)

und vertreten Sie damit eine objektive Haltung gegenüber diesem Institut? – Haben Sie mich verstanden, oder soll ich es noch mal sagen?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ich wollte nur die schlichte Frage stellen, ob Sie seit 2004 noch immer die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Welle sind, im Rundfunkrat der Deutschen Welle sind und Sie sich daher als objektiv gegenüber dieser Institution empfinden.

(Simone Barrientos [DIE LINKE]: Wir haben das schon verstanden!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Die Frage wurde verstanden.

Franziska Gminder (AfD):

Das ist fein, danke.

(C) **Dagmar Freitag** (SPD):

Frau Kollegin, Sie dürfen davon ausgehen, dass ich Fragen beim ersten Mal verstehe, und zwar grundsätzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Antwort ist: Nein, ich bin nicht seit 2004 stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Welle.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Marianne Schieder [SPD]: Fake News! – Weiterer Zuruf von der SPD: Da hat jemand die Frage versaut!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Letzter Redner in der Debatte ist der Kollege Dr. Volker Ullrich von der CDU/CSU.

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vor wenigen Wochen 65 Jahre Deutsche Welle mit einem großen Festakt gefeiert. Das war zu Recht eine Stunde des Lobes und auch des Stolzes über die Leistungen der Deutschen Welle in den letzten 65 Jahren. Sie ist ein Leuchtturm für Meinungsfreiheit und Demokratie, für das Ansehen unseres Landes in der Welt und für Presse- und Meinungsfreiheit.

Ja, die Presse- und Meinungsfreiheit werden in vielen Teilen dieser Erde im Augenblick sehr stark herausgefordert. Deswegen darf zum Schluss dieser Debatte auch daran erinnert werden, dass es ein Glück ist, in einem Land (D) zu leben, in dem Presse- und Meinungsfreiheit herrschen. Wir sollten auf dieses Glück stolz sein und darauf drängen, dass es in vielen Teilen der Welt verteidigt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Gedanken gelten auch den Journalisten, die in der Türkei, in Ägypten, in China, in Russland und in vielen anderen Teilen der Welt im Gefängnis sitzen, weil sie frei berichten wollen. Das ist ein Skandal. Unsere Solidarität gilt den Journalisten, die frei berichten wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Deutsche Welle kämpft in 30 Sprachen und in vielen Teilen der Welt für Presse- und Meinungsfreiheit.

(Zuruf von der AfD: Die Deutsche Welle kämpft nicht!)

Das ist in einem Zeitalter, in dem gezielte Desinformation und Fake News fast schon zur Tagesordnung zu gehören scheinen, auch wichtig. Da muss man ganz klar und deutlich festhalten: Die Deutsche Welle macht den Faktencheck, statt Falschnachrichten zu verbreiten, und dafür danken wir. Wir danken auch dafür, dass die Deutsche Welle in einem Zeitalter, in dem die liberale Ordnung herausgefordert wird, diese Werte hochhält.

Es ist bezeichnend, dass diejenigen, die sich sonst durch die Behauptung von Fake News und in Sachen Medienschelte hervortun, diejenigen sind, die auch die Arbeit der Deutschen Welle in Misskredit bringen wollen. Deswegen sagen wir: Wer zur Presse- und Meinungsfrei-

Dr. Volker Ullrich

(A) heit steht, der steht auch zur Arbeit der Deutschen Welle. Wir tun das auf alle Fälle.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Zahlen sprechen für die Deutsche Welle. Nach dem Evaluationsbericht sagen 96 Prozent der Nutzer, sie haben Vertrauen in dieses Medium. Die Zahl der Nutzer dieses Angebots hat sich seit dem Jahr 2014 von über 100 Millionen auf über 157 Millionen Menschen um circa 50 Prozent erhöht. Das ist etwas, worauf wir stolz und wofür wir dankbar sein können.

Und: Ja, wir müssen die Deutsche Welle weiterentwickeln. Wenn es gerade in vielen Teilen der Welt darum geht, junge Menschen für ihr Angebot zu begeistern, und wenn wir die Idee von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in viele Teile der Welt weitertragen wollen, dann müssen wir die junge Generation erreichen. Das geht nur über neue Angebote im Bereich der sozialen Medien oder der Digitalisierung. Deswegen ist es richtig und zielführend, wenn die Deutsche Welle hier einen sehr starken Beitrag leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, nach dem Ausscheiden der BBC müssen wir mit der Deutschen Welle dafür Sorge tragen, dass ein Sender die Aspekte der europäischen Einigung und der Europäischen Union in die Welt weitertragen kann. (B) Auch das wird die Deutsche Welle ein Stück weit übernehmen müssen. Ich glaube, dass wir zu neuen, guten Kooperationsformen kommen können, auch mit unseren französischen Freunden, um so gemeinsam in vielen Teilen der Welt Flagge zu zeigen.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Welle überbringt Worte, an die viele Menschen glauben, und sie sendet Bilder, die für viele Menschen Lichtblicke sind. In diesem Sinne: Lassen Sie uns die notwendigen Mittel freigeben! Stimmen Sie der Beschlussempfehlung zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 19/3035. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung, in Kenntnis der Unterrichtung durch die Deutsche Welle über den Entwurf ihrer Aufgabenplanung 2018 bis 2021 auf Drucksache 19/372 eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung von Grünen, Linken und FDP ist die Beschlussempfehlung (C) mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der AfD angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss, den Evaluationsbericht 2017 der Deutschen Welle auf Drucksache 19/373 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe!

(Zuruf von der SPD: Ihr wollt ihn nicht zur Kenntnis nehmen? Die AfD verweigert sich allem!)

Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der AfD mit großer Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/3038. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist mit Ausnahme der Grünen der Rest des Hauses. – Wer enthält sich? – Erwartungsgemäß die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/3037. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Linken und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die AfD, die FDP, CDU/CSU und SPD. Das ist die große Mehrheit. – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt. (D)

Ich rufe jetzt den Zusatzpunkt 6 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten René Springer, Norbert Kleinwächter, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren – Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes

Drucksache 19/2999

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Das ist so beschlossen, weil niemand widerspricht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege René Springer für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht warten Sie noch einen kurzen Moment, bis sich die Unruhe gelegt hat. – Herr Springer, Sie haben das Wort.

(A)

René Springer (AfD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste!

In manchen Großstädten gibt es ganze Straßenzüge mit Schrottimmobilien, in denen Migranten nur aus einem Grund wohnen: Weil sie für ihre Kinder, die gar nicht in Deutschland leben, Kindergeld auf deutschem Niveau beziehen.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Unsinn! Das fängt schon mit einem falschen Satz an!)

Mit exakt diesen Worten wies der frühere SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel bereits 2016 auf ein Problem hin,

(Beifall bei der AfD)

das aus unserer Sicht, aus Sicht der AfD-Fraktion, nicht die Menschen in den Schrottimmobilien verursacht haben, sondern Sie: die Politiker, die schon länger hier sitzen.

(Beifall bei der AfD)

Was ist das konkrete Problem? In Deutschland gibt es rund 200 Euro Kindergeld je Kind. Auch Ausländer haben diesen Anspruch,

(Zuruf von der LINKEN: Oh Gott!)

sobald sie hier gemeldet sind. Sie erhalten das Kindergeld aber nicht nur für ihre hier lebenden Kinder, sondern auch dann, wenn sie ihre Kinder in der Heimat zurückgelassen haben. Der Fachbegriff dafür lautet „Export von Familienleistungen“. Das wird uns nicht etwa durch nationales Recht vorgeschrieben, sondern durch eine Verordnung der Europäischen Union.

(B)

Infolge dieser Verordnung hat sich das deutsche Kindergeld zu einem wahren Exportschlager entwickelt.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Unsinn!)

Denn in nicht wenigen EU-Staaten – gerade in Osteuropa – ist das deutsche Kindergeld eine signifikante Einkommensquelle. Nehmen wir nur Rumänien als Beispiel: Das durchschnittliche monatliche Einkommen dort liegt im Hotelwesen bei 258 Euro, im Baugewerbe bei 321 Euro. Hätte man nur das deutsche Kindergeld für zwei Kinder, würde man dort im Monat 400 Euro zur Verfügung haben.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ist ja unglaublich!)

Da darf man sich über den zunehmenden und von Gabriel zu Recht kritisierten Sozialtourismus nach Deutschland nicht wundern. Und die Zahlen der Bundesregierung belegen das. Seit 2010 haben sich die Kindergeldüberweisungen auf ausländische Konten nahezu verzehnfacht.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ist ja nicht zu fassen!)

(C)

Allein im vergangenen Jahr wurden 343 Millionen Euro direkt auf ausländische Konten überwiesen.

Die von uns kritisierte Regelung ist aber nicht nur ein massiver Anreiz zur Einwanderung in unser Sozialsystem, sie ist auch höchst ungerecht. Denn mit dem Kindergeld wird in erste Linie das Ziel verfolgt, die Eltern beim Aufziehen von Kindern finanziell zu entlasten. Der Aufwand der Kindererziehung ist aber nicht überall gleich, sondern hängt von den Lebenshaltungskosten vor Ort ab. Die können anderswo in der EU wesentlich niedriger sein als in Deutschland.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oder höher!)

Mit 400 Euro Kindergeld können Sie in Rumäniens Hauptstadt eine vollmöblierte Dreiraumwohnung mieten. Versuchen Sie das mal hier, in Berlin, München, Potsdam oder Hamburg!

(Beifall bei der AfD)

EU-Ausländer, deren Kinder in Rumänien leben, aber deutsches Kindergeld erhalten, werden damit faktisch bessergestellt, und das ist nichts anderes als Diskriminierung zulasten hier lebender Kinder und deren Eltern.

(Beifall bei der AfD – Jörg Cezanne [DIE LINKE]: Dummes Zeug!)

Die Bundesregierung kennt das Problem seit langem und hat sogar einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten vor Ort vorbereitet. Sie sagt in diesem Gesetzentwurf: 160 Millionen Euro könnten damit jährlich eingespart werden. – Allerdings wurde der Gesetzentwurf nie eingebracht. Frau Nahles von der SPD und auch Herr Schäuble von der CDU waren dagegen.

(D)

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil er gegen EU-Recht verstößt!)

– Sie haben es gerade gesagt: Man wollte keinen nationalen Alleingang, sondern abwarten, bis die EU eine Lösung gefunden hat.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Weil das rechtswidrig wäre! Das verstößt gegen das Recht! Das ist Ihnen aber egal!)

Die zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen ließ aber mehrfach ausrichten, dass die bestehenden Regeln fair seien, und 160 Millionen Euro wären ohnehin nur Peanuts. Da muss man sich nicht wundern, wenn diejenigen, die heute Kritik an Brüssel üben, morgen anfangen, Brüssel zu bekämpfen.

(Beifall bei der AfD – Michael Schrodi [SPD]: „Bekämpfen“! Tolle Wortwahl!)

Dabei zeigt Österreich im Übrigen, dass man sich von der EU nicht demütigen lassen muss. Die dortige Regierung hat vor wenigen Wochen ein Gesetz zur Anpassung des Kindergeldes für EU-Ausländer beschlossen. Nichts

(A) anderes erwarten wir als AfD-Fraktion auch von der Bundesregierung.

(Beifall bei der AfD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um Recht und Gesetz! Legal und illegal!)

Wir fordern die Bundesregierung auf, das Kindergeld für EU-Ausländer anzupassen. Stoppen Sie die Einwanderung in unser Sozialsystem, und stoppen Sie die Diskriminierung der vielen deutschen Eltern, die hier leben und hier ihre Kinder aufziehen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir verarmen ja!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Herr Springer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung?

René Springer (AfD):

Gerne.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Bitte schön, Frau Kollegin.

(B)

Margit Stumpp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank für die Gelegenheit, die Frage stellen zu dürfen. – Sie haben jetzt mehrfach Rumänien erwähnt. Mich würde a) interessieren, ob Sie wissen, wie viel Kindergeld tatsächlich auf rumänische Konten fließt, und b), ob es nicht sein kann, dass jemand, der hier arbeitet und aus Rumänien stammt, sein Konto in seinem Heimatland belässt.

René Springer (AfD):

Zur ersten Frage: Ich habe die Bundesregierung mehrfach gefragt. Sie ist nicht in der Lage, konkrete Zahlen zu nennen. Sie kann nur sagen, dass in Rumänien rund 17 000 Kinder deutsches Kindergeld erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Trotzdem werfen Sie alles in einen Topf!)

Insgesamt sind es 215 000 Kinder, die im EU-Ausland leben und dort deutsches Kindergeld bekommen.

(Michael Schrodi [SPD]: Sie müssen mal ein bisschen lesen! Alle Zahlen liegen vor! Sie sind nur zu faul, um es zu lesen!)

Können Sie die zweite Frage bitte wiederholen?

Margit Stumpp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kann es nicht sein, dass jemand, der aus Rumänien stammt und hier arbeitet, sein Konto in Rumänien belässt?

(C)

René Springer (AfD):

Deswegen gibt es jährlich Überweisungen in Höhe von 343 Millionen Euro auf ausländische Konten.

(Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach Rumänien!)

– Ich habe es Ihnen gerade gesagt: Die Bundesregierung ist nicht aussagefähig. Das können Sie in den Antworten auf inzwischen drei Kleine Anfragen nachlesen. Die Bundesregierung kann die exakten Zahlen nicht nennen. Österreich kann die exakten Zahlen übrigens nennen.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie aber auch nicht! – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Die Frage ist, ob Sie es wissen!)

Ich denke, die Fragen sind beantwortet.

Damit bedanke ich mich.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Wir machen weiter mit dem Kollegen Johannes Steiniger von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Johannes Steiniger (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf den Inhalt des Antrags eingehe, möchte ich kurz ein paar Worte zum Vorgehen in dieser Sache sagen.

(D)

Sie haben diesen Tagesordnungspunkt letzte Woche ja unter einem falschen Titel eingebracht. Bis gestern hieß der Tagesordnungspunkt noch „Einwanderung in das deutsche Sozialsystem verhindern“.

(Zuruf von der LINKEN: Aha!)

Die Kindergeldindexierung, über die wir jetzt heute diskutieren, hat damit aber gar nichts zu tun.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Natürlich hat das damit zu tun!)

Einen Tag vor der Debatte, also gestern, haben Sie den Namen geändert und erstmals Ihren Antrag veröffentlicht. Erst dann war klar, was wir eigentlich diskutieren wollen. Das war nicht nur schlechter Stil, sondern das war auch nicht patriotisch;

(Jörn König [AfD]: Das machen Sie ständig!)

denn statt dass ich gestern die deutsche Nationalmannschaft anfeuern konnte, habe ich mich mit Ihrem Antrag beschäftigen müssen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Das Ergebnis ist bekannt: Das Team hat verloren, und durch Ihre Lektüre habe ich auch nur wenig gewonnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Markus Herbrand [FDP]: Die sind schuld!)

Johannes Steiniger

(A) Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch auch kein Zufall, dass Sie den Antrag hier in diesem verschleierten Verfahren gerade jetzt einbringen. Das Kalkül ist doch sonnenklar:

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sagen Sie doch mal was zum Inhalt!)

Ihnen passt es erstens nicht, dass diese Koalition erfolgreich arbeitet.

(Lachen bei der AfD)

Sie wollen von unserer guten Arbeit ablenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der AfD)

– Hören Sie ruhig einmal ein bisschen zu. – Dass wir gestern beim Thema Baukindergeld eine Einigung ohne Wohnraumbegrenzung hinbekommen haben, ist ein Erfolg für junge Familien in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass Minister Scholz just gestern den ersten Teil des Familienentlastungsgesetzes vorgestellt hat, ist ein starkes Zeichen: Wir, die Koalition, tun etwas für Familien im Land. Wir erhöhen das Kindergeld um 10 Euro pro Kind und pro Monat ab dem nächsten Jahr.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Die nächste Stufe folgt 2020/21. Das ist doch genau der Grund, warum Sie heute hier diesen Antrag einbringen: Sie wollen von dieser erfolgreichen Koalition ablenken.

(B)

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Aber das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ihnen geht es zweitens gar nicht um die Sache, also um den Antrag hier im Plenum, sondern Sie wollen Stimmung machen. Das kann man gut sehen, wenn man sich Ihren Facebook-Account anschaut, was ich getan habe.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Gehen Sie doch mal auf den Antrag ein! – Jörn König [AfD]: Thema bitte!)

Hier ist anders als im Antrag keine Rede mehr davon, dass es um Angehörige aus EU-Ländern geht, deren Kindergeld indexiert werden soll, sondern da steht: Antrag zum Kindergeld für im Ausland lebende Kinder.

Sie insinuieren dadurch der Bevölkerung, dass alle in Deutschland lebenden Ausländer ein Anrecht auf Kindergeld hätten. Das ist schlichtweg falsch, passt aber zu Ihrem üblichen Schema, Ausländer, Flüchtlinge, Migration und Sozialleistungen in einen Topf zu werfen, umzurühren und somit gezielt Vorurteile zu bedienen. Schauen Sie sich einmal die Kommentarspalten unter diesem Facebook-Post an. Da wird in keiner Weise von Ihnen korrigiert, da wird auch nicht moderiert. So geht es eben nicht. Das lassen wir Ihnen hier nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Kay Gottschalk [AfD]: Wo ist denn der Inhalt?)

(C)

– Es hat schon etwas mit dem Inhalt zu tun, wenn man darauf hinweist, warum Sie hier welche Anträge einbringen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das wissen Sie doch nicht!)

Das soll die deutsche Bevölkerung schon wissen. Sie machen ja eher Social Media statt Parlamentarismus.

(Jörn König [AfD]: Sie unterstellen die ganze Zeit!)

Der Facebook-Post war schon am Dienstag online.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun zur Sache selbst. Erstens. Es geht bei der diskutierten Kindergeldregelung um EU-Bürger. Es geht nicht um alle Ausländer. Um es klar zu sagen: Der afghanische Flüchtling erhält kein Kindergeld für seine Kinder in der Heimat.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das haben wir auch nicht behauptet!)

Das ist auch richtig so.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das steht da nicht drin! Bei Ihnen steht das! – Jörn König [AfD]: Schon wieder eine Unterstellung!)

(D)

Das schwingt natürlich bei Ihnen immer mit. So ist auch die entsprechende Kommentierung.

Zweitens. Um Kindergeld zu beziehen, muss man hier beschäftigt sein. Wenn also jemand nach Deutschland kommt, so wandert er auf der anderen Seite in das Sozialsystem ein, nämlich auf der Seite des Steuerzahlers.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Ja, Sie haben recht: Der Betrag der Kindergeldzahlungen ins Ausland hat sich seit 2010 stark erhöht. Aber die vollständige Wahrheit ist auch: Von 2016 bis 2017 ist dieser Betrag um 70 Millionen Euro gesunken. Insgesamt macht das weniger als 1 Prozent der Kindergeldzahlungen aus. Deswegen ist die Lage nicht so dramatisch, wie Sie es hier darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: 1 Prozent, das sind ja Peanuts!)

Viertens. Sie kommen zu spät. Diese Bundesregierung hat längst reagiert, sogar die Vorgängerregierung.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Wann denn?)

Schon im Frühjahr 2017 gab es hier einen Vorstoß, einen Brief von Wolfgang Schäuble, Andrea Nahles und Brigitte Zypries, in dem die Kommission damals aufge-

Johannes Steiniger

(A)

fordert wurde, Kürzungen und Indexierungen zu ermöglichen.

(Dr. Roland Hartwig [AfD]: Was ist passiert?)

Ich halte dieses Anliegen der Bundesregierung der Indexierung für richtig; denn – es wurde von Ihnen ein Beispiel genannt – es ist klar: Wenn der rumänische Handwerker in einem deutschen Betrieb arbeitet, dann finde ich das erst einmal richtig gut, weil wir damit etwas gegen die Fachkräftelücke machen.

(Zuruf der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist auch gut, dass dieser rumänische Handwerker hier Steuern zahlt.

Aber klar ist auch: Wenn er zwei Kinder in Rumänien hat und er dann Kindergeld nach deutscher Berechnung bekommt, dann ist das eben so viel, wie man in Rumänien im Durchschnitt als vollen Lohn erhält, wenn man 40 Stunden pro Woche arbeitet. Das steht in keinem Verhältnis. Deshalb gibt es hier Änderungsbedarf.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Stimmen Sie zu?)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Herr Kollege Steiniger, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Brantner?

Johannes Steiniger (CDU/CSU):

(B)

Wirklich? Um diese Uhrzeit? – Komm, auf geht es. Bitte.

(Zurufe von Abgeordneten der AfD)

Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben ja gerade erwähnt, dass in Deutschland gar nicht jeder Kindergeld bekommt, sondern nur derjenige, der hier Steuern zahlt. Wenn Sie wollen, dass der rumänische Handwerker das rumänische Kindergeld bekommt: Zahlt er dann auch rumänische Steuersätze, oder zahlt er weiterhin deutsche Steuersätze?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Johannes Steiniger (CDU/CSU):

Ehrlich gesagt habe ich die Frage nicht genau verstanden. Aber Fakt ist, dass der Durchschnittslohn in Rumänien 437 Euro ist und dass man derzeit für zwei Kinder 388 Euro Kindergeld bekommen würde. Tatsächlich steht hinter dem Punkt der Indexierung, dass man die Lebenshaltungskosten mit in die Berechnung hineinnehmen möchte. Von daher ist das aus meiner Sicht ein berechtigtes Anliegen. Aber so, wie es die AfD vorschlägt, geht es eben nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war nicht die Frage!)

(C)

Der Unterschied zu Ihrem Antrag ist nämlich, dass wir eine rechtskonforme Lösung wollen und keinen Alleingang, der uns jahrelange Verhandlungen beim Europäischen Gerichtshof einbringt.

(Beifall der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Es ist nämlich so – zahlreiche Gutachten zeigen das –, dass für die Indexierung eine Änderung im europäischen Sekundärrecht notwendig ist. Das sagen das Gutachten des Staatssekretärausschusses, der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages und die einschlägigen Gerichtsurteile.

Dafür setzt sich die Bundesregierung ein, und das ist richtig. Die Bundeskanzlerin und der Arbeitsminister haben das jüngst wieder bestätigt.

(Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] fotografiert im Plenarsaal)

– Interessant, dass Kollegen während einer solchen Rede Fotografien machen. Okay.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Würden Sie bitte das Fotografieren einstellen? Es kann nicht sein, dass hier im Plenum die Abgeordneten herumlaufen und Fotografien machen.

(Michael Schrodi [SPD]: Da oben auch!)

Johannes Steiniger (CDU/CSU):

Ja, da oben sitzt AfD-TV, glaube ich.

(D)

(Kay Gottschalk [AfD]: Haben Sie eine Phobie? Noch regieren wir nicht!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Der Kollege dort oben darf auf der Pressetribüne fotografieren und filmen, in dem üblichen Rahmen.

(Zuruf von der AfD: Das ist ZDF!)

– Das ist mir egal, wer das ist. Darauf kommt es nicht an.

Fahren Sie bitte fort.

Johannes Steiniger (CDU/CSU):

Herzlichen Dank. – Dafür setzt sich die Bundesregierung ein, und das ist richtig. Bundeskanzlerin und Arbeitsminister haben das jüngst wieder bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass eine europäische Lösung möglich ist, zeigt die Einigung in dieser Sache mit Großbritannien im Jahr 2016. Hier stand man unmittelbar vor der Einführung einer Indexierung, auch mit der Möglichkeit der Umsetzung. Mit dem Brexit hat sich dies jetzt erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterstütze die Initiative unseres Kollegen Sven Schulze im Europäischen Parlament. Er setzt sich dort nämlich mit Kollegen aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Dänemark und Irland dafür ein, eine rechtskonforme Möglichkeit zu finden, die Indexierung einzuführen.

Johannes Steiniger

(A) So wie Sie dies hier vorschlagen, geht es allerdings nicht. Deswegen lehnen wir das auch ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Als nächster Redner spricht der Abgeordnete Michael Schrodi für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Michael Schrodi (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst aus einer Rede vom 8. Juni 2018 zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit zitieren, in der es heißt, die andere Seite dieser Arbeitnehmerfreizügigkeit sei die armutsbedingte Zuwanderung in die Sozialsysteme, und dies nicht selten unter Zurücklassung der restlichen Familien im Heimatland. Ein besonderer Anreiz sei dabei das Kindergeld.

Das ist nicht aus einer Rede der AfD. Das ist ein Zitat von Winfried Bausback, CSU, bayerischer Justizminister, bei der Einbringung der Bundesratsinitiative der CSU zur Kindergeldindexierung. Die Anträge gleichen sich nicht nur im Duktus: Ganze Passagen sind mit identischem Wortlaut verfasst. Jetzt können Sie gerne darüber streiten, wer das Original und wer die Kopie ist. Es ist auf jeden Fall beschämend, dass ein solcher Gesetzentwurf in solch einem Duktus eingebracht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz Deutschland ist übrigens klar, dass die verbale Aufrüstung ein verzweifelter, aber auch untauglicher Versuch des Herrn Söder ist, die absolute Mehrheit der CSU mit allen – auch solch populistischen – Mitteln zu retten.

(Jörn König [AfD]: Zum Thema, bitte!)

Wenn Herr Söder schon nicht staatspolitische Verantwortung zeigt,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was soll das denn?)

dann sollte er sich vielleicht die Umfragen anschauen. In einer Umfrage heißt es nämlich heute: Das größte Problem in Bayern ist die CSU. Das haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger gesagt, und damit haben sie recht. Da kann man Abhilfe schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich erkläre Ihnen nun ganz genau, warum es falsch und geradezu perfide ist, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Sozialmissbrauch miteinander zu verquicken.

(Zuruf von der AfD: Das machen Sie doch!)

Die Menschen, über die Sie hier reden, arbeiten in der Pflege, auf dem Bau, als Ingenieure oder, aus Rumänien kommend, als Ärztinnen und Ärzte. Sie arbeiten hier. Sie (C) zahlen hier Steuern. Sie tragen dazu bei, dass unser Land funktioniert, und sie haben ein europäisches Recht auf Kindergeld. Das ist nicht Missbrauch; das ist ein Recht, und das sollten wir auch verteidigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sagen Sie das mal Ihren Wählern!)

Um Missbrauch handelt es sich, wenn Arbeitnehmer mit Dumpinglöhnen abgespeist werden und Kindergeld – wie oft üblich – in den Lohn eingepreist wird. Da wäre eine Initiative für mehr Lohngerechtigkeit sinnvoll. Aber Hetze gegen Menschen darf es nicht geben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie auf die Haltung der Bundesregierung zu sprechen gekommen sind, muss ich den Kolleginnen und Kollegen von der CSU sagen: Bisher hat die CSU die Auffassung der Bundesregierung vertreten, dass eine Indexierung mit Europarecht nicht vereinbar sei und dass wir deswegen einen entsprechenden Antrag nicht einbringen.

(Johannes Steiniger [CDU/CSU]: Sprechen Sie zu dem Antrag, der hier vorliegt!)

Innenminister Seehofer sieht das anscheinend nicht mehr so. Er hat Antworten gestoppt. Auch die Auffassung der Bayerischen Staatsregierung ist, es sei europarechtskonform. Hier befinden Sie sich in Übereinstimmung mit (D) der AfD und übrigens auch mit der österreichischen Regierung aus konservativer ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ. Das ist keine gute Zusammenarbeit. Ich empfehle Ihnen die Ausarbeitung des Fachbereichs Europa vom Juni 2018 als Lektüre. Dort steht ganz klar, dass das, was Bayern, die AfD und Österreich wollen, nicht vereinbar ist mit europäischem Recht.

(Dr. Christian Jung [FDP]: Das ist anscheinend die falsche Rede!)

Noch zwei Dinge zur Klarstellung: Ja, es gibt die rechtswidrige Aneignung von Kindergeld durch Personen aus dem europäischen Ausland. Das ist Betrug und kein Kavaliersdelikt, genauso wenig wie Steuerbetrug. Ich erwarte von den Ermittlungsbehörden, dass sie diesen Betrug verfolgen und mit voller Härte des Gesetzes ahnden.

(Jörn König [AfD]: Die helfen alle dem BAMF!)

Wir haben als Bundestag einige Maßnahmen getroffen, die es umzusetzen gilt. Aber zur Einordnung: Trotz der Steigerung der Zahl der Kindergeldbezieher bzw. des ausgezahlten Kindergeldes betrug der Anteil der Auslandsüberweisungen an den Gesamtzahlbeträgen – um ein paar Zahlen zu nennen, falls Ihnen keine vorliegen – 0,96 Prozent. Sie reden in diesem Zusammenhang gerne von Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien, weil sich so Ressentiments besser schüren lassen. Über zwei Drittel der Zahlungen erfolgen an Berechtigte, die Staatsangehörige der unmittelbaren Nachbarstaaten sind.

Michael Schrodi

(A) 9 Prozent sind es nur aus Rumänien, und 7 Prozent erfolgen an deutsche Staatsbürger. Warum ist es gestiegen? Mehr Menschen aus EU-Staaten arbeiten in Deutschland, weil die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen, Kroatien und andere Länder gilt. Deswegen nimmt der Bezug des Kindergeldes zu. Wenn Sie schon keine Ahnung von den Zahlen haben, sollten Sie nicht irgendwelche Anträge stellen. Lesen Sie einfach genauer! Dann hätten Sie auch die entsprechenden Zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Jörn König [AfD]: Gehen Sie doch ins rumänische Parlament!)

Ihr Antrag ist im schlechtesten Sinne des Wortes populistisch und hat großes Verhetzungspotenzial. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen das nicht mit. Wir stehen offensiv – genauso wie Andrea Nahles das heute früh gesagt hat – zu Europa und zur Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wir stehen zu Arbeitnehmerrechten für Menschen mit deutscher und europäischer Staatsangehörigkeit. Wir stehen für Solidarität statt für Spaltung. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Herbrand von der FDP.

(B) (Beifall bei der FDP)

Markus Herbrand (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Springer, das muss man erst einmal schaffen, einen in meinen Augen diskussionswürdigen Antrag derart mit einer falschen Tonlage zu versehen, dass man schon bald nicht mehr darüber diskutieren möchte. Chapeau!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir befinden uns tatsächlich wieder einmal in einer emotional sehr aufgeladenen Debatte. Das Thema Kindergeldbezüge für nicht in Deutschland lebende Kinder treibt die Menschen nicht erst seit gestern um. Das ungute Gefühl, dass durch unsere vergleichsweise hohen Kindergeldzahlungen Fehlanreize gesetzt werden, gärt seit langem und wurde bislang sträflich vernachlässigt. Die Bundesregierung hätte uns diese Debatte heute ersparen können, wenn sie in den vergangenen Jahren zielgerichtet gearbeitet und sich mit ganzem Einsatz bei ihren europäischen Partnern für Änderungen an der bestehenden EU-Regelung eingesetzt hätte.

(Beifall bei der FDP)

Nun missbrauchen interessierte Populisten diese Ausgangslage für erneute Hetze und Stigmatisierungen.

(Zuruf von der AfD: Wo ist denn da Hetze? – Weitere Zurufe von der AfD)

(C) Dabei wollte die Bundesregierung eine Änderung schon einmal herbeiführen; das wurde gerade gesagt. Bereits im vergangenen Jahr lag ein Referentenentwurf aus dem Bundesfinanzministerium vor, der zumindest die Diskussion auf die europäische Ebene hätte verlagern können. Letztlich scheiterte dieser Vorstoß des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble am Widerstand der SPD, obwohl gerade der damalige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel Schäuble zu diesem Handeln aufgefordert hatte. Es bleibt also das Geheimnis der SPD, warum man da nicht weitergekommen ist.

(Beifall bei der FDP)

Schon im vergangenen Mai gab es zu diesem Thema eine Bundesratsinitiative der bayerischen Landesregierung. Wahrscheinlich ist es dem Streben nach Koalitionsfrieden geschuldet, dass diese Initiative nicht wirklich das Licht der Öffentlichkeit erblickte, wenngleich wir eben natürlich Zeugen einer wahren Liebesbekundung zwischen den Koalitionspartnern geworden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Marianne Schieder [SPD]: Sie wollten ja nicht regieren, oder? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Nicht so schlecht jedenfalls!)

Auch derzeit herrscht weiter Lethargie bei der Bundesregierung. Dabei sollte dieses Thema nach wie vor ein wichtiges Anliegen sein, nicht nur, weil damit unter Umständen dreistellige Millionenbeträge eingespart würden, sondern vor allem auch, um das Empfinden der Menschen, Deutschland sei der Zahlmeister Europas, aufzunehmen, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und den Populisten entschlossen entgegenzutreten. (D)

(Beifall bei der FDP)

Die spürbare Unzufriedenheit und mangelnde Souveränität mit zahlreichen EU-Vorgaben treiben den Populisten und EU-Gegnern die Wählerinnen und Wähler leider in Scharen zu. Wenn die EU-Kommission und die Bundesregierung nicht endlich erkennen, dass ihre Politikgestaltung oft mehr entfremdet als vereint, steht unser gemeinsames Europa vor gewaltigen Umbrüchen, die wir hier alle – bis auf einige wenige – eigentlich so nicht haben möchten. Ich fürchte das Schlimmste für die Bewältigung der wirklich großen Herausforderungen Europas, wenn eine Kompromissfindung schon bei einem so kleinen Thema scheitert; denn es ist ein kleines Thema, und da sollten wir auch die Kirche im Dorf lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

2017 standen den deutschen Gesamtausgaben von knapp 36 Milliarden Euro für das Kindergeld etwa 320 Millionen Euro gegenüber, die auf ausländische Konten überwiesen wurden, rein rechnerisch also weniger als 1 Prozent. All dem liegen ja nicht Einwanderungen in unsere Sozialsysteme zugrunde, wie die AfD immer meint; hier haben wir es beispielsweise auch mit im Ausland studierenden Kindern zu tun.

Aber das bestehende Missverhältnis führt zu Ungleichgewichten, die mit dem europäischen Recht auf Freizügigkeit weder beabsichtigt waren noch dadurch zu begründen sind. Vor diesem Hintergrund stimmen wir

Markus Herbrand

(A) heute der Überweisung des vorliegenden Antrags in den Finanzausschuss zu. Wir werden uns in der anschließenden Debatte ergebnisoffen zeigen, und wir werden uns auch konstruktiv einbringen. Dabei werden wir der antragstellenden AfD-Fraktion aber auch erklären müssen, dass hier kein europarechtskonformer Gesetzentwurf notwendig ist, sondern eine Änderung europäischen Koordinierungsrechts.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner ist der Abgeordnete Jörg Cezanne für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jörg Cezanne (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD, also die mit dem ganz kleinen braunen Karo, selbst wenn sie blaue Jeansjacketts tragen, hat mal wieder einen Skandal aufgedeckt, der aber gar keiner ist: Kinder von Ausländern erhalten gutes deutsches Kindergeld, sogar in Polen oder Rumänien. „Florida-Rolf" ist jetzt zehn Jahre alt, heißt „Andrzej" oder „Bogdana" und lässt es sich in Warschau oder Bukarest auf deutsche Kosten gut gehen. Welche Ungerechtigkeit!

Mal abgesehen davon, dass sich leider auch schon SPD und CDU des Themas – unsinnigerweise, wie ich finde – angenommen haben, auf europäischer Ebene da

(B) aber auf wenig Verständnis gestoßen sind: Ist das denn überhaupt eine irgendwie fragwürdige Regelung? Es ist schon gesagt worden: Kindergeld gibt es für Arbeit und nicht für Nationalität oder Wohnsitz.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer in Deutschland arbeitet und Steuern zahlt, hat Anspruch auf Kindergeld. Das gilt auch für Beschäftigte mit ausländischen Pässen – auf dem Bau, in der Pflege oder in Privathaushalten. Also: Wer Kindergeld erhält, hat den Anspruch durch ihre oder seine Erwerbsarbeit in Deutschland erworben. Wer Kindergeld erhält, hat gutes Geld verdient und dafür in Deutschland Steuern auf das Einkommen gezahlt. Wo ist da die Ungerechtigkeit?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Umgekehrt gilt das genauso. Menschen mit deutschem Pass, die im Ausland leben und arbeiten, erhalten dort Kindergeld oder vergleichbare Leistungen. Das gilt für die Länder der Europäischen Union, für die Schweiz und die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums. Hier ist also auch keine Ungerechtigkeit zu erkennen.

Meine Damen und Herren, von Diskriminierung kann keine Rede sein. Hier wird auf dem Rücken von Kindern ein grotesker Sozialneid geschürt. Wie es sich für die AfD gehört, wird dabei auch noch versucht, alles so darzustellen, als sei das ein Problem von Einwanderung

(C) oder Deutschsein oder nicht. Dabei verheddert sich die AfD aber in ihren eigenen Argumenten.

Was in der ganzen Debatte bislang gar keine Rolle gespielt hat: Auch deutsche Staatsangehörige erhalten für ihre im Ausland lebenden Kinder Kindergeld, zum Beispiel dann, wenn diese in Italien oder Österreich studieren, an einem internationalen Freiwilligendienst teilnehmen oder beim zweiten Elternteil im Ausland leben. Diese Gruppe von im Ausland lebenden Kindern deutscher Staatsangehöriger ist übrigens mit 34 000 Kindern nach der Gruppe der in Polen lebenden die zweitgrößte Gruppe.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das ist interessant! – Zuruf von der LINKEN: Hört! Hört!)

Wenn die AfD ihre eigenen Argumente ernst nehmen wollte – das muss sie ja nicht, tut sie auch nicht –, dann müsste für diese Kinder auch das Kindergeld gekürzt werden.

(Zurufe von der AfD)

Wer von Ihnen aus der AfD-Fraktion erhält denn gerade Kindergeld für im Ausland lebende oder studierende oder bei Partnern lebende Kinder?

(Zuruf der Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, welche Größenordnung das Problem hat, ist schon angesprochen worden. Weniger als 1 Prozent der Kindergeldzahlungen fließen ins Ausland. Dass die Zahl der Berechtigten in den letzten

(D) zehn Jahren zugenommen hat – letztes Jahr waren es ungefähr 250 000 –, kann jetzt nicht wirklich überraschen.

Kindergeld wird vom Staat an die Eltern, nicht an die Kinder gezahlt. Zweck des Kindergeldes ist es, die finanziellen Belastungen, die mit dem Unterhalt, der Erziehung und der Betreuung von Kindern verbunden sind, wenigstens teilweise auszugleichen. Nach dieser Lesart ließe sich aber auch leicht begründen, warum in Deutschland erwerbstätige Menschen mit Kindern im Ausland sogar höhere finanzielle Belastungen haben. Nach der Logik, die für uns Bundestagsabgeordnete gilt, müssten die höheren Reisekosten und die Kosten für doppelte Haushaltsführung noch gesondert berücksichtigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Jörg Cezanne (DIE LINKE):

Viel Empörung mit wenig Gehalt. Es ist gut, dass es das Kindergeld gibt. Es ist keineswegs zu hoch, auch nach den jüngsten Kabinettsbeschlüssen nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile: Sie werden festgestellt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Präsidentschaft gewechselt hat; nein: dass der Präsident gewechselt hat.

(Heiterkeit – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Langsam! – Markus Herbrand [FDP]: Die Präsidentschaft?)

Allein die Tatsache scheint dazu geführt zu haben, dass wir mehrere Reden zu Protokoll nehmen. Die Reden zum Zusatzpunkt 8 sowie zu den Zusatzpunkten 9 und 10 werden jeweils zu Protokoll gegeben. Das heißt, die Reden werden nicht gehalten.

Wenn wir uns an die Usancen hier halten, dass die Redezeiten nicht überschritten werden, dass keine Kurzinterventionen zugelassen werden, werden wir die Tagesordnung noch relativ zeitnah erledigen können, sodass die Bediensteten des Deutschen Bundestages im Rahmen der Arbeitszeitordnung gesetzlich regulär ihre Tätigkeit beenden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das wäre doch schön!)

– Ja, darauf haben die Mitarbeiter auch wirklich einen Anspruch.

Als Nächstes erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Guten Abend, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie von der AfD wollen wieder mal spalten. Sie schüren Hass und Zwietracht und arbeiten dabei mit ausländerfeindlichen Vorurteilen. Jetzt nehmen Sie sogar auch noch die Kinder ins Visier. Das ist widerlich und nicht hinnehmbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Statt Spaltung brauchen wir sozialen Zusammenhalt. Ihre ewige Unterstellung, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger nur nach Deutschland kommen wollen, um Sozialleistungen zu beziehen, ist schlicht falsch. Die Menschen kommen hierher, weil sie arbeiten wollen,

(Lachen des Abg. Tino Chrupalla [AfD])

und das ist ihr gutes Recht; denn in der EU herrscht Freizügigkeit, und von der Freizügigkeit in der EU profitieren wir alle, sogar Sie von der AfD.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei denen, die Kindergeld beziehen, geht es übrigens überwiegend um Menschen, die hier arbeiten, hier Steuern zahlen und hier zum Wohlstand beitragen. Deswegen haben sie ein Recht auf das Kindergeld, und das ist auch gut so. Letztlich geht es Ihnen von der AfD eigentlich nur darum, die Freizügigkeit zu begrenzen. Wir wollen

(C) das nicht. Wir wollen, dass sich alle EU-Bürgerinnen und -Bürger in der EU frei bewegen können – ohne Grenzkontrollen und sozial abgesichert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zusammenhalt in der EU gehört das Gleichbehandlungsgebot: Überall in der EU werden alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gleichbehandelt. Das ist ein wichtiger Grundsatz der Europäischen Union. Es gibt keine EU-Bürgerinnen erster und zweiter Klasse. Das Gleichbehandlungsgebot bedeutet dann auch, dass Eltern, die in Deutschland leben, das gleiche Kindergeld bekommen, egal, ob die Kinder in München, in Brandenburg oder in Luxemburg leben.

Das Argument, dass die Lebenshaltungskosten von im Ausland lebenden Kindern eventuell geringer sind, greift übrigens zu kurz; der Kollege Cezanne hat das eben schon angedeutet. Oder finden Sie nicht, dass sich Kinder und Eltern vielleicht auch regelmäßig sehen sollten? Wenn man zum Beispiel die Fahrtkosten mit einrechnet, dann sind die geringeren Lebenshaltungskosten schon längst wieder ausgeglichen. Man kann sich nämlich nicht nach Rumänien oder nach Polen beamen, sondern man muss dorthin fahren.

(Jörn König [AfD]: Ja, aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit!)

Das kostet Geld. Deswegen ist es durchaus akzeptabel, dass sie das gleiche Kindergeld bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Was heute auch schon gesagt worden ist: Das betrifft natürlich auch Deutsche. Sie bilden die zweitgrößte Gruppe derjenigen, die Kindergeld für Kinder im Ausland bekommen. Wollen Sie das Kindergeld von Deutschen kürzen?

(René Springer [AfD]: Ja! Das ist auch richtig so! Genau das wollen wir! Das steht auch im Antrag! – Jörn König [AfD]: Genau das wollen wir!)

– Okay, Sie sagen, Sie wollen das Kindergeld von Deutschen kürzen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Die AfD will Familienleistungen für Deutsche kürzen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man sich mal vorstellen! Unglaublich! – Jörn König [AfD]: Für deutsche Kinder, die im Ausland leben! Das müssen sogar Sie verstehen!)

Sehr gut, prima – das ist ja mal eine Aussage.

Eigentlich geht es Ihnen ja nur darum, dass Menschen aus bestimmten Ländern weniger Kindergeld bekommen. Die Argumentation mit den Rumänen war ja deutlich: Das zielt doch auf eine ganz bestimmte Bevölkerungsgruppe ab, die davon besonders betroffen wäre,

(A) eine Minderheit, die früher schon mal von Diskriminierung betroffen war.

(Jörn König [AfD]: Das ist eine Unterstellung!)

Es geht Ihnen um blanken Antiziganismus, um das mal deutlich zu sagen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das haben Sie jetzt gesagt!)

Wir wollen das nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen vielleicht in diese Vergangenheit zurück. Wir wollen nicht in diese Vergangenheit zurück – nie wieder!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss es ganz deutlich sagen: Sie spielen mit diesen Ressentiments.

In Bezug auf die Kindergeldindexierung muss man aber auch sagen: Alle, die dem Vorschlag folgen, sind völlig auf dem Irrweg, wie die CSU zum Beispiel. Aber auch die Bundesregierung darf man da nicht aus dem Blick nehmen. Die Bundesregierung – da muss ich Sie korrigieren, Herr Kollege von der FDP – ist da im Moment auf EU-Ebene aktiv:

(Markus Herbrand [FDP]: Wieder!)

(B) Sozialminister Hubertus Heil – wir hatten gerade den Bericht der Staatssekretärin, die eben noch da war, im Ausschuss – versucht, die Kindergeldindexierung auf EU-Ebene zu implementieren. Aber Deutschland hat da keine Mehrheit. Das nennt man dann Demokratie: Die Bundesregierung setzt sich da nicht durch, weil die anderen Mitgliedstaaten in der Mehrheit sagen: „Wir bleiben bei dem Gleichbehandlungsgrundsatz, wir bleiben bei der Freizügigkeit, das ist uns wichtig“ – im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir brauchen mehr Zusammenhalt in der EU, wir brauchen mehr Europa.

(Kay Gottschalk [AfD]: Wie bei der Flüchtlingsverteilung!)

Dafür sollten wir uns einsetzen – gegen Nationalismus und gegen die Spalter von der AfD.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(C) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank. – Als Nächstes für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Dr. Hans Michelbach.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon nach der Lektüre des Antrags habe ich mich gefragt, was eigentlich die Beweggründe und Ziele der AfD-Fraktion sind, und ich frage mich dies nach dem gehörten Debattenbeitrag der AfD noch mehr. Also, meine Damen und Herren von der AfD, worum geht es Ihnen wirklich?

(Leif-Erik Holm [AfD]: Wir wollen sparsam die Steuergelder ausgeben!)

Was Sie hier treibt, ist erkennbar nicht die Sorge um die Staatsfinanzen

(Leif-Erik Holm [AfD]: Doch!)

oder um die Gerechtigkeit.

(Leif-Erik Holm [AfD]: Doch!)

Was Sie von der AfD treibt, ist Ihre immer wieder hervortretende Polemik gegen Ausländer. Das ist hier wieder der Fall.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie vermischen in Ihrem Antrag Sozialleistungsmissbrauch und rechtlich nicht zu beanstandenden Kindergeldbezug von Menschen, die hier bei uns arbeiten, und Sie vermischen dies bewusst, um bei den Menschen Stimmung zu erzeugen. Ein solches Verhalten ist einfach nicht in Ordnung, und das muss man hier deutlich machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN und des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, gewiss gibt es auch Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme.

(Zurufe von der AfD: Ach!)

Natürlich muss man diesen Missbrauch im Interesse aller hier lebenden und arbeitenden Menschen bekämpfen,

(Zuruf von der AfD: Wie denn?)

auch im Interesse derjenigen EU-Ausländer übrigens, die hier arbeiten und so zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sowie zur Finanzierung des Staatswesens und der Sozialversicherungen ihren Beitrag leisten. Sie beurteilen diese Menschen willkürlich, indem Sie letzten Endes alle in einen Topf werfen und sagen: Alle haben Sozialmissbrauch begangen. – Das ist falsch, das ist willkür-

(A) lich. Das kann man so nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Tatsache ist: Bei der Missbrauchsbekämpfung haben Bundesregierung und Koalition in der zurückliegenden Legislaturperiode bereits in mehrfacher Weise gehandelt. Dazu gehört die Verbesserung der Identifizierung von Antragsteller und Kind durch die Einführung der Steueridentifikationsnummer bei der Beantragung von Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz. Dazu gehören die Änderungen in der Sozialgesetzgebung zur Verbesserung des Datenabgleichs zwischen dem Ausländerzentralregister und den Familienkassen vom Dezember 2016. Und letzten Endes gehören dazu die Verkürzung der Frist für Kindergeldanträge sowie die Beschleunigung des Informationsaustausches zwischen den Meldebehörden und Familienkassen, die zu Jahresbeginn wirksam wurde. Das sind drei wesentliche Punkte, die genau das Gegenteil von dem beweisen, was Sie hier einfordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Michelbach, erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion?

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

(B) Nein. Ihr Antrag sagt alles. Da brauche ich keine Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

All diese Maßnahmen verfolgen das Ziel, ungerechtfertigte Kindergeldanträge insgesamt rascher zu erkennen und Überzahlungen effektiver zu vermeiden.

(Zuruf des Abg. Michael Schrodi [SPD])

Sie von der AfD könnten das alles wissen; es steht nämlich in der Antwort der Bundesregierung auf Ihre Anfrage vom Februar dieses Jahres.

(Cansel Kiziltepe [SPD]: Genau!)

Diese Antwort haben Sie jetzt einfach unter den Teppich gekehrt. Sie brauchen also keine Frage zu stellen, Sie müssen nur die Antwort der Bundesregierung lesen, meine Damen und Herren. Da steht alles drin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Aber offenbar lesen Sie nicht gerne oder nicht richtig, oder Sie wollen sie nicht lesen, weil die Antwort nicht zu Ihren Vorurteilen passt.

Auch eine am Wohnort des Kindes ansetzende Indexierung gibt es bereits, allerdings nicht im Rahmen des Kindergeldes, sondern beim Kinderfreibetrag im Einkommensteuergesetz. Da gehört sie auch hin, meine Damen und Herren; denn das Kindergeld ist Teil der Einkommensteuergesetzgebung.

(C) Eine Indexierung des Kindergeldes scheitert bislang leider am EU-Recht. Die Bundesregierung hat die EU-Kommission in der Vergangenheit mehrfach aufgefordert, eine Rechtsänderung auf die Tagesordnung zu setzen – bislang leider ohne Erfolg,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt gar nicht! Es gibt Verhandlungen dazu, aber keine Mehrheit!)

auch weil es von etlichen Mitgliedstaaten Widerstand gibt. Ich sage es ganz offen: Ich halte diese Verweigerungshaltung der Kommission auf Dauer nicht für vermittelbar;

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das liegt nicht an der Kommission! Das liegt an der Mehrheit! Das wird im Rat behandelt! Reden Sie mal mit Ihren Sozialleuten!)

denn es gibt Ihnen Nahrung für Ihre Verhetzungspotenziale, für Ihre Verschwörungstheorien, meine Damen und Herren. Deswegen begrüße ich ausdrücklich, dass der Finanzminister Olaf Scholz gegenüber der Kommission die Initiative zur Indexierung des Kindergelds weiter betreiben will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da könnten Sie von der SPD mal klatschen, weil es ja Ihr Minister ist.

(D) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Schrodi, Sie haben sich in Ihrer Rede nicht sehr von der AfD unterschieden; das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Es war ein Skandal.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Michael Schrodi [SPD])

Sie haben den Mund zu voll genommen haben, was sich in den Umfragen niederschlägt, in denen die SPD in Bayern bei 12 Prozent liegt. Gehen Sie in sich, dann wissen Sie, wo Sie wirklich stehen: auf AfD-Niveau, meine Damen und Herren. Sie sollten hier den Mund nicht so voll nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Michelbach. – Jetzt kann als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt unmittelbar auf Sie antworten die Kollegin Cansel Kiziltepe von der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Cansel Kiziltepe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Michelbach, wir sind hier nicht im Bayerischen Landtag.

(A) Wir sind hier im Deutschen Bundestag, und es geht hier um bundespolitische Themen.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das hätten Sie dem Kollegen Schrodi sagen müssen!)

In dieser fadenscheinigen und populistischen Debatte möchte ich gerne mit ein paar Irrtümern aufräumen. Die AfD versucht wieder, diskriminierende Politik zu machen, auf dem Rücken von ausländischen Kindern. Zu gerne sprechen Sie von Rumänen und Bulgaren, die sich durch das Kindergeld bereichern, ja, die sich in unsere sozialen Sicherungssysteme einschleichen würden. Ich sage Ihnen: Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Zahlen sprechen hier eine ganz andere Sprache. Es ist gut, dass Andrea Nahles als Arbeitsministerin diesen Irrsinn gestoppt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, weil es für Sie offensichtlich nicht so ganz einfach ist, komme ich zu den Zahlen: Erstens. Weniger als 1 Prozent des Kindergeldes fließt überhaupt ins Ausland. Zweitens. Das meiste davon wird an Familien in unseren Nachbarländern ausgezahlt. Es fließt also nicht nach Rumänien, Bulgarien, sondern hauptsächlich nach Polen, Tschechien, in die Niederlande und nach Frankreich. Allein nach Polen gingen 2007 mehr als 55 Prozent aller Auslandsüberweisungen.

(B)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Ich will Sie nicht unterbrechen, aber es besteht der Bedarf zu einer Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Cansel Kiziltepe (SPD):

Nein, danke. Ich versuche jetzt, die Zahlen mal richtig zu erklären; das Verständnis dafür ist nicht so ganz da. Also: Mehr als 55 Prozent aller Auslandsüberweisungen gehen an Polen. Bei dieser Größenangabe schießt Ihnen von der AfD-Fraktion das Blut in den Kopf, wie ich vermute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns im Klaren darüber sein, wer dieses Geld bekommt. Das sind polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Deutschland arbeiten, deren Familien aber noch immer in Polen leben. Das sind Krankenschwestern, die sich um unsere Alten in den Pflegeheimen kümmern. Das sind Handwerker, die von der deutschen Bauwirtschaft angestellt werden, damit sie unsere vollen Auftragsbücher abarbeiten können. Das sind Saisonarbeiter und, und, und.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der Linksfraktion?

(C)

Cansel Kiziltepe (SPD):

Nein.

(Zurufe von der SPD: Ja! – Heiterkeit)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erlauben wir der Rednerin, ihre Willensbildung ohne weitere Zwischenrufe selbst zu bilden und ohne ihr zu erklären, was sie zu tun oder zu lassen hat. Sie erlauben die Zwischenfrage. – Herr Kollege, bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE):

Liebe Kollegin, ich fühle mich sehr geschmeichelt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte fragen, ob Sie den Antrag der AfD genauso wie ich verstehen, dass nämlich Frau Weidel für ihre Kinder, die in der Schweiz leben, bei einer Indexierung der Lebenshaltungskosten mehr Kindergeld bekommen würde und das der eigentliche Zweck des Antrags der AfD ist?

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Cansel Kiziltepe (SPD):

Lieber Kollege De Masi, ja, das wäre in der Tat so. Da in der Schweiz die Lebenshaltungskosten höher sind, wäre auch der Kindergeldanspruch höher. Insofern glaube ich, dass die AfD-Fraktion hier im Auftrag von Alice Weidel handelt.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Menschen arbeiten oft in Jobs, die zu schlecht bezahlt sind, als dass sie ihre Kinder überhaupt nach Deutschland mitbringen könnten, oder in denen sie jede Woche woanders arbeiten müssen. Deswegen pendeln sie Woche für Woche zwischen ihrer Arbeit in Deutschland und ihrer Heimat hin und her. Das sind Eltern, die hart arbeiten, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen – eine Zukunft, in der sie nicht mehr pendeln müssen, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen.

Zuletzt will ich noch einmal verdeutlichen, dass Auslandsüberweisungen auch für viele Kinder und Jugendliche aus Deutschland wichtig sind; das unterschlagen Sie immer. Ein Beispiel hierfür sind die Freiwilligen, die sich in europäischen Projekten engagieren. Für viele von ihnen wäre solch ein Freiwilligendienst sonst überhaupt nicht möglich. Das alles müssen wir berücksichtigen, wenn wir über eine Indexierung des Kindergeldes sprechen – nicht mehr und nicht weniger. Zu Kollege Steiniger – –

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Nein, Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

(A)

Cansel Kiziltepe (SPD):

Herr Kollege, schauen Sie in den Koalitionsvertrag. Dort steht nichts von Kindergeldindexierung. Wir lehnen den AfD-Antrag ab.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2999 an die an der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, wobei die Federführung beim Finanzausschuss liegen soll. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

– Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (16. AtGÄndG)**

Drucksache 19/2508

– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (16. AtGÄndG)**

Drucksachen 19/2631, 19/2705

(B)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss)

Drucksache 19/3029

– Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 19/3033

Zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD liegen ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 27 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich noch einmal einen geschäftsleitenden Hinweis geben. Ich gedenke, mich stringent an die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, § 35 Absatz 3, zu halten. Das bedeutet: Wenn die Redezeit abgelaufen ist und ich Sie um den letzten Satz bitte, dann werde ich nach diesem letzten Satz das Mikrofon erbarmungslos abschalten. Das mache ich bei jedem Mann und jeder Frau. Das gebietet die Geschäftsordnung und der Gleichberechtigungsgrundsatz und vor allen Dingen auch die fortgeschrittene Zeit.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst für die SPD-Fraktion der Kollegin Nina Scheer.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Dr. Nina Scheer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf, der aufgrund eines sehr unrühmlichen Schrittes der damaligen schwarz-gelben Mehrheit, nämlich Laufzeitverlängerungen zu beschließen, erforderlich geworden ist. Das war im Jahr 2010.

Wie allen bekannt ist, ereignete sich das große Reaktorunglück von Fukushima im Jahr 2011. Infolgedessen wurde diese Laufzeitverlängerung zurückgenommen. Dabei sind Fehler gemacht worden. Genau diese Fehler und die sich anschließenden Klagen, im Besonderen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, haben dazu geführt, dass wir mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts als Gesetzgeber den Auftrag erhalten haben, eine Neuregelung dieses Atomgesetzes vorzunehmen. Um ebendiese Neuregelung geht es heute.

Wir haben vom Bundesverfassungsgericht eine Frist gesetzt bekommen. Das ist, denke ich, auch zu erwarten gewesen. Diese Frist endet nun leider am 30. Juni dieses Jahres. Es ist mit Blick darauf, dass der Gesetzentwurf erst am 1. Juni eingebracht wurde, eine denkbar kurze Frist. Diese kurzen Fristen sollten nicht weiter Schule machen. Das ist vielleicht auch ein kleiner Appell an unsere Ministerien, die Zeitnot nicht immer an das Parlament weiterzureichen. Es ist nur ein kleiner freundlicher Hinweis. Wir erleben es ja in den letzten Tagen häufig, dass wir die Zeitnot dann hier wiederfinden.

Wir hatten nichtsdestotrotz eine sehr intensive Verhandlungszeit. Man muss sagen, dass dieser Gesetzentwurf, wie er uns nach dem Kabinettsbeschluss vorgelegt wurde, im Grundsatz schon eine wesentliche und richtige Grundentscheidung in sich trägt. Aus den verschiedenen Optionen, die das Bundesverfassungsgericht aufgezeigt hatte, wurden die zu findenden Ausgleiche für die Atomkraftwerksbetreiber so gewählt, dass eben nur ein finanzieller Ausgleich und keine Laufzeitverlängerungen angesetzt werden können.

(D)

Man hätte nach den Worten des Bundesverfassungsgerichts in der Tat auch Laufzeitverlängerungen wählen können. Das ist aber unvereinbar mit unserem gesetzlich beschlossenen Atomausstieg und dem Gedanken des Atomausstiegs, die Risiken, die mit dieser Atomenergienutzung verbunden sind, zu begrenzen und möglichst bald auszusteigen und eben auch nicht weiterhin Müll zu erzeugen – mit allem, was daran hängt.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist es konsequent, dass dieser Gesetzentwurf den Weg des Atomausstiegs gewählt hat. Weil ich weiß, dass einige hier im Hause anderer Meinung sind, möchte ich das an dieser Stelle vorweg noch einmal ganz deutlich machen – ich kann hinterher nicht mehr reagieren –: Das ist der richtige Weg. Alles andere, was in Richtung Laufzeitverlängerung geht, ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die parlamentarische Beratung hat aber eben auch ergeben, dass es durchaus noch Veränderungen hätte ge-

Dr. Nina Scheer

(A) ben können. Da muss ich für die SPD-Fraktion sagen, dass ich großes Bedauern darüber empfinde, dass wir das in der Koalition nicht vereinbaren konnten. Wir als SPD-Fraktion wollten Änderungen dahin gehend erreichen, Konflikte, die sich in der Zwischenzeit, nach dem Atomausstieg und dem heutigen Tag mit Blick auf die Energiewendeziele ergeben haben, zu begrenzen, indem man die Übertragung von Reststrommengen in sogenannte Netzausbaugebiete unterbindet. Das wäre natürlich entschädigungspflichtig gewesen; das ist uns bewusst. Aber wir haben uns dafür eingesetzt, weil wir auf keinen Fall wollten, dass die gesetzliche Vorrangigkeit der erneuerbaren Energien, die wir in Deutschland und auch europaweit haben, dadurch determiniert wird, dass man auf einmal verstopfte Stromnetze durch Atomstrom hat – auch durch anderes, aber eben auch durch Atomstrom. Deswegen wollten wir da gerne eine Begrenzung. Das ist nicht vereinbar gewesen, was wir bedauern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ulli Nissen [SPD]: Schade!)

Zum Zweiten hätten wir es für wichtig und richtig gehalten, Brunsbüttel konsequent nicht mit in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Da hatten wir einen Konflikt. Den konnten wir leider auch nicht bereinigen. Wir wollten an dieser Stelle in Auslegung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf Brunsbüttel im Gesetzestext verzichten. Das wäre nach unserer Ansicht auch mit Blick auf die Fokussierung des Bundesverfassungsgerichts auf den Gleichheitsgrundsatz und damit auch auf die Restlaufzeiten, die da angelegt sind, legitim gewesen. Insofern

(B) hätten wir das gerne vorgeschlagen. Es ist leider nicht geglückt, das zu vereinbaren. Ebenso ist es leider nicht geglückt, dahin gehend eine Konkretisierung vorzunehmen, dass die Ausgleichshöhe etwas genauer spezifiziert wird und es tatsächlich nicht der volle Wertersatz sein soll, der dann hinterher auszuzahlen ist. Das ist im Grunde genommen umschrieben, aber wir hätten da gerne mit dem Wording des Bundesverfassungsgerichts eine Konkretisierung vorgenommen.

Ich möchte an dieser Stelle noch ganz kurz erwähnen, dass es nicht hilfreich war, eine Stellungnahme des Bundesrats am Tag der Einbringung dieses Gesetzentwurfs vorzufinden, die zwar einerseits diese Frage bezüglich der Übertragung von Reststrommengen benannte, uns andererseits als Gesetzgeber aber aufgegeben hat, dies doch bitte erst nach Inkrafttreten des Gesetzes anzugehen. Das war nicht hilfreich für das Verfahren; das möchte ich hier einmal erwähnt haben.

Etwas stutzig macht mich auch – das haben wir ja in der Ausschussberatung erfahren müssen –, dass die FDP diesem Gesetz heute offenbar nicht zustimmen möchte. Sie sind Mitverursacher für die Situation, die wir heute haben, und stimmen jetzt nicht zu. Das finde ich keinen guten Zug. – Ich habe noch eine Sekunde und mache jetzt Schluss.

Schönen Abend noch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki: (C)

Sehr vorbildlich, Frau Kollegin Scheer. – Als Nächster hat für die AfD-Fraktion der Kollege Dr. Rainer Kraft das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Rainer Kraft (AfD):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Gäste haben wir keine mehr. – Die 16. Änderung des Atomgesetzes, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, erfolgt als Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von vor bald zwei Jahren. Die Maßgabe des Gerichtes, das Atomgesetz neu zu fassen, wurde dabei mit einer Frist versehen, die – wir sind noch vor Mitternacht – übermorgen endet. Wir sind also spät dran. Bezüglich der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes durch die Koalition von Union und SPD haben mehrere Sachverständige bei der abgehaltenen öffentlichen Anhörung ihre Bedenken geäußert, dass diesen Vorgaben nicht in allen Punkten Rechnung getragen wird.

Die Bedenken äußern sich darin, dass das Gesetz keine zweifelsfreien Kriterien nennt, wie mit den Rechtsansprüchen umzugehen ist. So wird zwar die Angemessenheit der Übertragungsbedingungen von Stromkontingenten erwähnt, aber es wird nicht definiert, worin diese Angemessenheit besteht.

Das Gleiche passiert auch bei der Übertragung der ausgleichsfähigen Reststromkontingente, um die sich die

(D) vormaligen Betreiber ernsthaft bemühen müssen. Wie ein Anwärter dieses ernsthafte Bemühen nachweisen und dokumentieren muss, um seine Ansprüche nicht zu verwirken, bleibt allerdings im Dunkeln. Dabei sind diese übertragenen Kontingente von Natur aus unterhalb des Verkehrswertes von regulären Strommengen angesiedelt, da der wirtschaftliche Gewinn dieser Reststrommengen ja durch zwei Unternehmen geteilt wird: den Überträger des Kontingentes und den tatsächlichen Stromerzeuger.

Bemerkenswert ist ferner, dass eine vom Bundesverfassungsgericht eröffnete Möglichkeit zur Reduzierung der Aufwendungen der öffentlichen Hand nicht betrachtet worden ist, nämlich das Einräumen von Laufzeitverlängerungen zum ausschließlichen Verstromen anspruchsfähiger Reststrommengen. Ein solches Verstromen hätte für die Bürger und Steuerzahler den Charme, dass sie nicht für imaginären Strom zur Kasse gebeten würden, sondern zumindest einen Nutzen davontragen, wozu die Bundesregierung eigentlich kraft haushalterischer Gesetze verpflichtet ist.

Freilich sind mit einer Laufzeitverlängerung auch Kosten für den Bund zwecks Endlagerung und seit kurzer Zeit auch durch die nötige Zwischenlagerung verbunden. Ein sorgfältiger Gesetzentwurf hätte aber diese Kostenrechnung aufgezeigt und damit gemäß haushalterischer Gewissenhaftigkeit nachgewiesen, dass der vorgelegte Gesetzentwurf die im Sinne des Steuerzahlers beste Lösung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes ist.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Rainer Kraft

(A) Diese Kosten-Nutzen-Rechnung ist von den Initiatoren bewusst nicht unternommen worden. Wir müssen daher konstatieren, dass von der Union und der SPD der Ideologie des Ausstieges aus der nukleartechnischen Stromerzeugung der Vorzug gegeben wird

(Ulli Nissen [SPD]: Das musste jetzt ja wieder kommen!)

vor einer gewissenhaften Prüfung der volkswirtschaftlichen Konsequenzen Ihres Gesetzentwurfs,

(Beifall bei der AfD)

in diesem Falle zum Nachteil des Steuerzahlers mit möglichen Kosten im oberen dreistelligen Millionenbereich.

(Dr. Nina Scheer [SPD]: Weil alles andere noch teurer ist!)

Liebe Kollegen von der kleinsten Großen Koalition aller Zeiten, so geht man nicht mit anvertrautem Steuergeld um. Sie müssen die Wirtschaftlichkeit bei finanziellen Unternehmungen prüfen und Ihren haushalterischen Pflichten nachkommen. In dieser Form müssen wir den Gesetzentwurf ablehnen.

Vielen Dank und gute Nacht.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen [SPD]: Das bedauern Sie doch wohl nicht!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kraft. – Als Nächstes für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Karsten Möring.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karsten Möring (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts, über das wir schon bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs gesprochen haben, wurde festgestellt, dass es zwei Unternehmen gibt, die durch den Ausstieg 2011 benachteiligt sind, und zwar RWE und Vattenfall. Das Verfassungsgericht hat uns aufgegeben, diese Benachteiligung auszugleichen. Das ist die Ausgangslage.

Die Varianten, die uns das Verfassungsgericht zur Lösung dieser Frage gelassen hat, mussten wir bewerten, und wir mussten uns entscheiden, was wir machen. Frau Scheer hat bereits darauf hingewiesen, dass wir auf die Möglichkeit einer individuellen Laufzeitverlängerung einzelner Kraftwerke, aber nicht der Gesamtdauer der Nutzung von Atomenergie hätten zurückgreifen können. Wir haben das aber nicht getan, und zwar deshalb nicht, weil wir dieses ständige „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ nicht machen wollten und weil wir das Vertrauen der Bevölkerung in die Entscheidung, dass es nun einmal so ist und nicht mehr geändert wird, nicht enttäuschen wollten.

Herr Kollege Kraft, Ihre Argumentation, dass wir damit gegen Haushaltsrecht verstoßen oder eine Abwägung hätten vornehmen müssen, zieht ganz einfach deswegen nicht, weil schon das Verfassungsgericht festgestellt hat, dass wir eine politische Entscheidung getroffen haben,

(C) die uns zusteht. Es hat allerdings gleichzeitig gesagt, dass es dann notwendig ist, einen Ausgleich für die beschädigten, die benachteiligten Unternehmen zu schaffen, der nicht dem vollen Wertausgleich entsprechen muss. Das machen wir mit diesem Gesetz. Es geht also um Ausgleichsmaßnahmen und nicht um Wertersatz.

Der Gesetzentwurf, der uns heute zur zweiten und dritten Lesung vorliegt, hat sich im Vergleich zur ersten Lesung inhaltlich praktisch gar nicht verändert. Es gab nur eine kleine redaktionelle Änderung. Allerdings hatten wir in der Zwischenzeit im Zuge einer Sachverständigenanhörung eine ganze Reihe von Problemen intensiv diskutiert und sind zu einem Ergebnis gekommen. Meine Kollegin Scheer hat sich eben dahin gehend geäußert, dass sie damit nicht zufrieden ist. Deswegen möchte ich kurz auf die Punkte eingehen und begründen, warum wir das so gemacht haben.

Erster Punkt: Muss Brunsbüttel einbezogen werden oder nicht? Die Antwort ergibt sich aus der Tatsache, dass nicht die Laufzeit in Jahren für ein Kraftwerk, sondern die zugesagte verstrombare Menge dieser Entscheidung zugrunde gelegt wird. Die verstrombare Menge war für Brunsbüttel noch nicht ausgeschöpft. Deswegen muss auch für Brunsbüttel ein Ausgleich infrage kommen. Das geschieht im Zweifelsfall durch Möglichkeiten der Verlagerung der Strommengen.

Zweiter Punkt: ein mögliches Verbot der Verlagerung von Strommengen in Kraftwerke, die in Netzausbaugebieten liegen. Wenn wir ein solches Verbot aussprechen würden, dann hätten wir ein verfassungsrechtliches Problem, weil das nicht mehr durch einen Ausgleich für Benachteiligung gedeckt wäre, und wir hätten ein finanzielles Problem, weil eine solche Form der Benachteiligung de facto eine Art von Enteignung wäre, die dazu führte, dass wir den vollen Wertersatz ausgleichen müssten. Das würde annährend eine Verdopplung der Kosten bedeuten, die wir jetzt schon durch dieses Gesetz in Kauf nehmen.

(D)

(Johannes Kahrs [SPD]: Sind Sie da sicher?)

– Ja, wir sind da ziemlich sicher. Wir haben allerdings nicht selber gerechnet, sondern wir haben uns der Expertise des Bundesumweltministeriums bedient.

(Johannes Kahrs [SPD]: Sie können doch selber rechnen! – Zuruf der Abg. Dr. Nina Scheer [SPD])

– Wir können rechnen, aber die Ausgangslage, lieber Kollege, müssen wir uns schon von den Fachleuten des Ministeriums erläutern lassen können. Auf die Angaben haben wir uns in der Tat verlassen. Ich denke, das ist auch in Ihrem Sinne.

(Gustav Herzog [SPD]: Auf unser Ministerium ist Verlass!)

Oder bezweifeln Sie die Angaben aus Ihrem eigenen Haus? Das kann ich mir jetzt nicht vorstellen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Nein!)

– Nein. Okay, haken wir das also ab.

Es bleibt das Problem des Entschädigungsgebots nach dem Bemühen, Reststrommengen zu übertragen, wenn

Karsten Möring

(A) sie dann doch nicht übertragen werden können. Es geht da um die Frage, wie man das ermittelt. In der Tat ist das ein problematischer Aspekt, weil der Ansatz, den das Gesetz wählt, keinen Betrag nennt, sondern ein Verfahren beschreibt. Dieses Verfahren hat ganz klar zur Folge, dass wir erstens unterhalb des realen Wertes bleiben und damit die Möglichkeiten des Urteils ausnutzen und zweitens erst im Jahr 2023 zahlen müssen. Dass das Unternehmen damit nicht zufrieden ist, kann ich verstehen. Aber zunächst einmal ist, wenn wir das heute beschließen, Gesetz Gesetz.

Bei all diesen drei Punkten, die ich eben genannt habe, sind wir in voller Übereinstimmung mit der Auffassung der Bundesregierung, insbesondere mit der Auffassung des Umweltministeriums. Das möchte ich deswegen betonen, weil wir hier in der Sache eben nicht zusammengekommen sind, Frau Scheer.

(Johannes Kahrs [SPD]: Aber wer ist denn „wir“?)

– Wer ist „wir“?

(Johannes Kahrs [SPD]: Ja!)

– Na, im Moment spreche ich hier für meine Fraktion, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Und wenn wir das Gesetz beschlossen haben, Herr Kollege Kahrs, dann hat sich das „wir“ erweitert auf die SPD-Fraktion und die CDU/CSU-Fraktion. Das nehme ich jedenfalls an. Also, dann sind wir „wir“. – Okay.

(Beifall bei der CDU/CSU – Heiterkeit bei der FDP – Marianne Schieder [SPD]: Mia san mia! – Ulli Nissen [SPD]: Wir sind wir!)

– Einverstanden. Es ist zwar schon spät, aber das funktioniert noch.

Letzter Punkt. Für den Fall, dass die Bundesrepublik Deutschland in dem Verfahren in Washington zu Leistungen verurteilt wird, sieht das Gesetz vor, dass keine Überkompensation stattfindet, sondern diese Leistung angerechnet wird. Das Thema „Anrechnung von Leistungen“ müssen RWE und Vattenfall klären, und zwar da, wo sie gemeinschaftlicher Eigentümer sind. Sie müssen klären, wie die ideelle Hälfte, die ihnen zusteht, zu verstromen und zu bezahlen ist. Damit das leichter geht und sie darüber nicht ins Streiten kommen, habe ich in der Ausschussberatung ein Verfahren vorgeschlagen. Ich habe darauf hingewiesen, dass das zwischen den Beteiligten geschehen muss, weil wir das nicht gesetzlich regeln können. Das ist Teil der Beschlussempfehlung, auf die man gegebenenfalls zurückgreifen sollte, bevor sich die Beteiligten vor Gericht wiedersehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meinem Auftritt hier zur ersten Lesung hatte ich dreizehn Minuten und habe Ihnen fünfeinhalb geschenkt. Jetzt schenke ich Ihnen für den Besuch des Sommerfestes der Parlamentarischen Gesellschaft zwei Minuten und eine Sekunde.

(C) Ich danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege. Es sind zwar nur eine Minute und 58 Sekunden, aber herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, nehme ich die Gelegenheit wahr, darauf einzugehen, dass ein Kollege unseres Hauses anlässlich der Rede des Kollegen Dr. Kraft dazwischengerufen hat: Ablesen geht nicht! Ein Meister des Ablesens! – Ich erwähne den Namen des Kollegen Kahrs bewusst nicht. Die Geschäftsordnung geht davon aus, dass man in aller Regel eine freie Rede hält, erlaubt aber auch die Zuhilfenahme von Aufzeichnungen. Inwieweit man Aufzeichnungen benutzt, obliegt immer dem jeweiligen Redner oder der Rednerin, Herr Kollege Kahrs.

Ich erteile als Nächstes der Kollegin Judith Skudelny von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Judith Skudelny (FDP):

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Scheer, inhaltlich geht es heute tatsächlich um den vorzeitigen Kernenergieausstieg. Ausgeglichen werden aber diejenigen Strommengen, die im Vergleich von 2002 ausgehandelt worden sind und durch den vorzeitigen Ausstieg nicht mehr von den einzelnen Konzernen in den zugelassenen Kraftwerken verbraucht werden können. (D)

Im Grunde ist das Gesetz, das dieses Urteil umsetzt, ganz schlau. Es sieht vor, dass zunächst einmal die Reststrommengen innerhalb des Zeitraums des vorzeitigen Ausstiegs genutzt werden sollen und erst danach die Entschädigung, die am Ende aus Steuergeldern erfolgt, gezahlt werden muss. Damit werden die Entschädigungshöhen minimiert.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Dieses Ziel ist richtig. Das Problem an dem Gesetz ist auch nicht, dass die Intention des Gesetzes falsch ist. Das Problem an dem Gesetz ist, dass die Umsetzung handwerklich nicht gut ist. Ich möchte dazu drei Punkte sagen:

Der erste Punkt betrifft den Adressaten. An wen ist dieses Gesetz gerichtet? Wer ist Anspruchsinhaber? Der Kollege Möring hat im Umweltausschuss eine Protokollerklärung gemacht, die die Interpretation im Streitfall sichern soll. Besser wäre es tatsächlich gewesen, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der nicht interpretationswürdig, sondern hinreichend klar ist, damit wir wissen, wer der Adressat ist, und damit es eben nicht zu diesem Streitfall kommt.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt ist genauso wichtig. Hier geht es darum: Wie ist die Schnittmenge? Was ist ausreichend in der Vermarktung, um zu einer Entschädigung zu kom-

Judith Skudelny

(A) men? Welche Maßnahmen müssen die Betreiber ergreifen, damit am Ende entschädigt wird? Dazu wird ebenso wenig gesagt wie zu der Frage: Wie sind eigentlich diese Entschädigungen zu berechnen? Genau das, was im Gesetzentwurf fehlt, ist Einfallstor für neue Streitigkeiten, ist Einfallstor für neue Klagen und bringt nicht das, was wir alle eigentlich wollen, nämlich einen sicheren, soliden und rechtsstreitfreien Ausstiegspfad aus der Kernenergie. Deswegen lehnen wir den Gesetzentwurf ab – nicht weil die Intention falsch ist, sondern weil der Weg, der gewählt worden ist, nicht korrekt ist.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abg. Dr. Nina Scheer [SPD])

Wir haben übrigens gehört, man könne eine Einigung finden. Es sollte eine Ermächtigung in den Gesetzentwurf hinein, mit der man eine rechtsverbindliche Vereinbarung mit den Beteiligten hätte treffen können. Diese konnte jedoch in der Kürze der Zeit nicht aufgenommen werden. Das finden wir schade.

Jetzt sage ich in Richtung des Umweltministeriums: Im Dezember 2016 war klar, dass dieser Gesetzentwurf kommen muss. Im Juni 2018 wurde er eingebracht. Das scheint das Umweltministerium genauso überrascht zu haben, wie andere Leute jedes Jahr von Weihnachten überrascht werden. Das heißt, man hätte also solider, besser und inhaltlich kräftiger arbeiten können, wenn man den Gesetzentwurf einfach drei Monate eher eingebracht hätte.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

(B) Das ist ein Versagen eines SPD-geführten Ministeriums. Da müssen Sie sich an die eigene Nase fassen.

Gut gemeint, gut gedacht, schlecht umgesetzt – es tut mir leid, es bleibt bei der Ablehnung.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Sie sind schuld!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, liebe Kollegin Skudelny. – Als Nächstes für die Fraktion Die Linke der Kollege Hubertus Zdebel.

(Beifall bei der LINKEN)

Hubertus Zdebel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass jetzt der Bundestag eine Entschädigung von bis zu 1 Milliarde Euro für RWE und Vattenfall im Atomgesetz regeln muss, ist juristisch Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2016; es ist schon angesprochen worden. Die dadurch entstehenden Kosten sind Ergebnis der Politik der Vorvorgängerregierung aus CDU/CSU und FDP,

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die zunächst mit der 11. Atomgesetznovelle die Laufzeitverlängerung für Atommeiler beschloss, um nach dem Super-GAU von Fukushima eine Kehrtwende einzuleiten. Das sollte in dieser ganzen Debatte nie vergessen werden. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei wurden damals Schadensersatzrisiken bewusst ignoriert – „bewusst ignoriert“ wohlgemerkt –, und es hat einen Untersuchungsausschuss in Hessen gegeben, dessen Arbeit meines Erachtens deutlich macht, wie widersprüchlich und unklar das Ganze damals gelaufen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es steht der Verdacht im Raum, dass das bewusst so gesteuert worden ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die von der Bundesregierung und den Fraktionen von CDU/CSU und SPD vorgelegten Gesetzentwürfe wurden jetzt auf den Weg gebracht, um quasi das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Mit ihnen wurde aber eine Chance vertan, und sie sind erneut zum Vorteil der Atomkonzerne. Nach langem Hin und Her – das allein ist meines Erachtens schon alarmierend – will die Bundesregierung darauf verzichten, die Atomkonzerne durch Laufzeitverlängerungen zu entschädigen. Das war strittig. Der Wirtschaftsflügel innerhalb der CDU/CSU hat natürlich versucht, das durchzusetzen. Es ist alarmierend, dass so etwas passiert. Im Kern ist das auch Ausdruck einer geänderten Energiepolitik, die Sie eigentlich anstreben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Meines Erachtens muss man politisch festhalten: Der Atomkonsens ist bei diesen ganzen Gesprächen von der CDU/CSU infrage gestellt worden. Es ist gut, dass es nicht so weit gekommen ist und eine andere Regelung gefunden wurde, um die Konzerne zu entschädigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber einmal mehr fehlt Ihnen bei der Umsetzung der politische Wille, um den Atomausstieg zu beschleunigen, die Atomkonzerne in die Verantwortung zu nehmen und die Kosten für die Allgemeinheit zu senken. Deshalb wird die Fraktion Die Linke den Gesetzentwürfen der Großen Koalition und der sie tragenden Fraktionen nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD: Oh!)

Zur Verdeutlichung: Die öffentliche Anhörung zu den Gesetzentwürfen hat eindeutig gezeigt, dass die Höhe des von der Bundesregierung vorgesehenen Ausgleichs großzügig zugunsten der Atomkonzerne bemessen ist. Wir Linken fordern deshalb in unserem Entschließungsantrag einen Gemeinwohlabschlag in Höhe von 10 bis 15 Prozent. Das ist auch von den Sachverständigen in der Anhörung als urteilskonform angesehen worden. Das ist also durchaus möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Hubertus Zdebel

(A) Die Überkompensation der Atomkonzerne, die die Gesetzentwürfe der Großen Koalition vorsehen, lehnen wir ab.

Ich könnte jetzt sicherlich noch ausführlicher auf einige Aspekte eingehen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Kommen Sie zum Schluss, bitte.

Hubertus Zdebel (DIE LINKE):

Meine Redezeit ist zu Ende.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

So ist es. Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Einen Satz bitte noch.

Hubertus Zdebel (DIE LINKE):

Die Redezeit ist zu Ende. Ein Satz.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Diese Atomgesetznovelle wird nicht die letzte sein. Wir gehen davon aus, dass wir demnächst auch über die Schließung der Uranfabriken in Gronau und Lingen ernsthaft diskutieren müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Als letzte Rednerin hat die Kollegin Sylvia Kotting-Uhl für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das schwarz-gelbe Hin und Her von 2010/2011 konfrontiert uns am Ende heute Nacht mit diesem Gesetzentwurf. Ich kann nicht verstehen, wieso Sie von der Koalition ein im Kern so atomausstiegsfreundliches Urteil des Bundesverfassungsgerichts in so einen konzernfreundlichen Gesetzentwurf münden lassen.

(Karsten Möring [CDU/CSU]: Das sehen die Konzerne ganz anders!)

Sie verheddern sich in Ihren Ansprüchen, energiepolitische Ziele nicht zu schleifen und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Aber Sie erfüllen am Ende keinen dieser Ansprüche.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht gibt Ihnen mit: Ein angemessener finanzieller Ausgleich muss nicht dem vollen Wertersatz entsprechen. Was machen Sie in § 7f? Sie entscheiden sich mit dem Kriterium des durchschnittlichen marktüblichen Strompreises im Grundsatz für den vollen Wertausgleich.

(C) Das Bundesverfassungsgericht spricht im Urteil von den gewichtigen Gemeinwohlbelangen des Lebens-, Gesundheits- und Umweltschutzes im Ausstiegskonzept 13. AtG-Novelle. Die meisten Experten bei unserer Anhörung haben daraus gefolgert, dass ein Gemeinwohlabschlag sinnvoll wäre. Sie aber entscheiden sich dagegen. Das ist eine unnötige Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Genauso Brunsbüttel: Ich frage mich immer noch – im Gegensatz zu Karsten Möring –: Was hat Brunsbüttel in diesem Gesetzentwurf zu suchen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und die Experten in der Anhörung, die sich damit befasst haben, haben sich das genauso gefragt. Sie sind offensichtlich der Einzige, der das versteht.

Zum Ausgleich dieser ganzen Geschichte kommt dann die Verpflichtung der Konzerne, sich um eine Übertragung der ausgleichsfähigen Reststrommengen zu bemühen. Das muss der Ausgleichsberechtigte nachweisen. Ansonsten besteht nach dem klaren Wortlaut des Gesetzentwurfs kein Ausgleichsanspruch. Damit wird ein immenser Druck aufgebaut, Strommengen zu übertragen.

Sie behaupten in dem gleichen Gesetzentwurf, am Ziel, die Nutzung der Kernenergie zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beenden, festzuhalten. Dabei verzichten Sie auf den schnellstmöglichen Atomausstieg, und das noch nicht einmal zugunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sondern zulasten dieser. Denn die Kraftwerke, die die Strommengen aufnehmen können, befinden sich vorrangig im Netzengpassgebiet. In der Folge wird (D) der Windstrom abgeregelt. Sie haben sich leider nicht dazu durchgerungen, die Übertragungen auf die AKWs Brokdorf und Emsland zu untersagen – trotz Bitten aus dem Bundesrat, Ihres schwarzen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein und dem Bemühen der SPD.

Wenn Sie die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wirklich nicht über Gebühr belasten wollen, dann führen Sie die Brennelementesteuer verfassungsgemäß wieder ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sorgen Sie für den schnellstmöglichen Atomausstieg, für die Erreichung der energiepolitischen Ziele und für die Schonung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie können dem entsprechenden Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben – wir haben auch noch einen anderen Antrag vorgelegt –, heute zustimmen.

Den Gesetzentwurf, der enttäuschend ist und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil in keiner Weise gerecht wird, lehnen wir ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank. – Mit diesen letzten Worten schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Gesetz-

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) entwurf zur Änderung des Atomgesetzes. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/3029, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/2508 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/3039 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen sehe ich keine. Das Präsidium ist sich einig, dass gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke mit den Stimmen der anderen Fraktionen dieses Hauses der Antrag abgelehnt ist.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Jetzt wird es knapp! – Ulli Nissen [SPD]: Das Erste war die Mehrheit! – Gegenruf des Abg. Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wiederholung!)

Wer enthält sich? – Dann ist dieser Gesetzentwurf in der zweiten Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der anderen Fraktionen des Hauses angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – (B) Wer stimmt dagegen? –

(Judith Skudelny [FDP]: Mehrheit! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Mehrheit!)

Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf nach übereinstimmender Auffassung des Präsidiums mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen des Hauses angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge:

Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/3041.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Guter Antrag!)

– Ich kann das nicht bewerten. – Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Entschließungsantrag gegen die Stimmen der Linken und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen aller anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/3042. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann stelle ich fest, dass mit dem gleichen Stimmenverhältnis auch dieser Entschließungsantrag abgelehnt worden ist.

(C) Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Parallelgesetzentwurf. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/3029, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 19/2631 und 19/2705 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Tagesordnungspunkte 15 a und 15 b aufrufe, habe ich noch eine freudige Botschaft: Die Debattenbeiträge zu Tagesordnungspunkt 16 sind zu Protokoll gegeben worden, sodass wir erneut Fahrt in der Debatte aufgenommen haben.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 15 a und 15 b auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Manuel Höferlin, Jimmy Schulz, Mario Brandenburg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Programm zur Beschleunigung der Digitalisierung in Deutschland

Drucksache 19/2991

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss Digitale Agenda (f)
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Inneres und Heimat (D)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Gesundheit
Federführung strittig

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Dieter Janecek, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Innovationen als Teil einer kohärenten Digitalisierungsstrategie fördern

Drucksachen 19/588, 19/1072

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich, die Wiedersehensfeierlichkeiten einzustellen und schnellstmöglich wieder Platz zu nehmen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst das Wort dem Kollegen Manuel Höferlin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Manuel Höferlin (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal sprechen wir kurz vor

(A) Mitternacht über Digitalisierung. Es ist nicht das erste Mal, dass wir das zu ungewöhnlicher Stunde machen. Man könnte meinen, das wäre ein wichtiges Thema, das die Zukunft bestimmt; aber die Mehrheit dieses Hauses hat den Tagesordnungspunkt zu dieser Uhrzeit aufgesetzt.

Wenn ich die Motivation und den Antrieb der Großen Koalition und auch der Bundesregierung beim Thema Digitalisierung derzeit beobachte, muss ich feststellen: kein Mut, kein Tempo, kein Plan.

Gestern, meine Damen und Herren, hat das Digitalisierungskabinett das erste Mal getagt. Es wurde als eine große Errungenschaft angekündigt. Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands tagte ein Digitalisierungskabinett. Ein riesiger Fortschritt!

(Gustav Herzog [SPD]: Richtig!)

Was ist herausgekommen? Eine Stunde lang haben sich alle Minister an einen Tisch gesetzt und über KI, über Blockchain und über die Zukunft der Arbeit gesprochen. Es waren also alle Buzzwords drin; auch für die SPD war etwas dabei. Was kam am Ende heraus? Man hat sich darauf geeinigt, dass man zum Jahresende ein Programm vorlegen möchte, dass man zum Jahresende festlegen möchte, wie die Digitalisierung angegangen werden soll. Meine Damen und Herren, heute müssten wir die Schritte machen. Wann wollen Sie denn endlich anfangen? Das ist doch kein neues Thema.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Ich würde Ihnen an dieser Stelle eigentlich gerne sämtliche Punkte nennen, die wir hier vorschlagen würden. Wir haben das in den Antrag hineingeschrieben; Sie können das gerne nachlesen.

(Falko Mohrs [SPD]: Haben wir schon!)

Ich habe aber leider nur vier Minuten Redezeit. Deswegen gebe ich Ihnen sozusagen als Serviceopposition unseren Antrag an die Hand, damit Sie wissen, wie Sie anfangen können. Sie brauchen mehr Mut, mehr Tempo.

Sie haben uns als Antwort auf eine Frage geschrieben, dass 482 Mitarbeiter in 244 Teams und 76 Abteilungen in 14 Bundesministerien mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt sind. Das klingt ja erst einmal gut. Man könnte meinen: Sie haben ja Digitalisierung überall hineingemacht. – Das Problem ist: All diese Menschen, all diese Ideen werden nicht koordiniert. Sie werden schlichtweg nicht zusammengefügt. Es gibt keinen Plan, der dahintersteht und mit dem das nach vorne gebracht werden soll.

Wir haben im Kanzleramt jetzt einen Koordinator, der Bundesminister, der heute nicht da ist. Auch die Staatsministerin für Digitalisierung ist nicht da. Das spiegelt einfach wider, wie Sie Digitalisierung angehen, liebe Große Koalition. Sie verschieben es und machen am Ende des Jahres etwas. So kann es nicht weitergehen. Sie müssten – das haben wir an mehreren Stellen vorgeschlagen – endlich einmal alles bündeln und ein Digitalministerium mit der Befugnis, Gesetze zu erlassen, mit der Befugnis, Haushaltsmittel zu verwenden, etablieren, so wie wir das vorgeschlagen haben. (C)

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen machen Sie auch hier im Bundestag kontraproduktive Aktionen gegen einen Ausschuss. Wir haben den Ausschuss Digitale Agenda. Der Ausschuss Digitale Agenda bekommt regelmäßig von Ihnen, liebe Große Koalition, keine Federführung für Themen. Wir haben unseren Antrag heute mit dem Antrag eingereicht, ihn federführend an den Digitalausschuss zu überweisen; denn es ist ein Antrag zur digitalen Agenda. Der Ausschuss heißt Ausschuss Digitale Agenda. Ich gehe davon aus: Wenn Sie es ernst meinen damit, dass Sie das für ein Querschnittsthema halten, und deshalb die Koordination im Kanzleramt vornehmen, dann tun Sie das bitte auch hier in diesem Hohen Hause und beauftragen den Ausschuss Digitale Agenda mit diesen Themen, und schieben Sie sie nicht in irgendwelche Fachausschüsse, die nur einen Teil des Ganzen abdecken. Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen aber noch mehr. Bei vielen Themen muss es einfach losgehen. 17 Themen haben wir aufgeschrieben: zum Datenschutz, der zu einem modernen Datenrecht werden muss; zur Verwaltung, die endlich (D) digitalisiert werden muss, nahe am Bürger. Die Bürger fragen sich: Wie lange brauchen sie denn noch, das zu machen? Wir müssen die Wirtschaft wirklich schnell digital fit machen. Wir brauchen digitale Freiheitszonen. Wir brauchen ein Bildungssystem, das dazu führt, dass die Menschen die Digitalisierung auch morgen mitgestalten können. Der Verkehr muss digitalisiert werden. Das macht zwar die Wirtschaft, aber wir müssen den Rahmen setzen. Das Gesundheitssystem könnte vielen Menschen helfen, wenn es digitaler wird. Wir brauchen am Ende ein Leben, das für jeden einfacher und besser wird. Oder wie Sie es sagen würden: Für ein Deutschland, in dem man gut und gerne lebt.

(Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Hey!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Können Sie bitte zum Schluss kommen.

Manuel Höferlin (FDP):

Wir brauchen also einen Plan für eine zukünftige digitale Transformation, auch in Politik und in Prozessen. Trauen Sie sich bitte, den Antrag in den Ausschuss Digitale Agenda zu überweisen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege!

(A)

Manuel Höferlin (FDP):

Dann haben wir mehr Mut, mehr Tempo und hoffentlich endlich einen Plan.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Als Nächstes erteile ich das Wort für die CDU/CSU-Fraktion dem Kollegen Axel Knoerig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Axel Knoerig (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zwei Anträge zur Digitalisierung. Da haben wir einmal den Antrag der Grünen. Ihn haben wir bereits im Februar dieses Jahres debattiert. Sie stellen bis heute keinen inhaltlichen Bezug zum Koalitionsvertrag her;

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das müssen die auch nicht!)

denn Sie fordern eine Digitalisierungsstrategie. Eine solche haben wir aber schon längst entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manuel Höferlin [FDP]: Haben Sie doch gar nicht! Stimmt doch gar nicht! Ende des Jahres!)

(B)

Jedes einzelne Ministerium arbeitet derzeit daran. Dann wollen wir – darauf haben Sie ja gerade selber hingewiesen, Herr Höferlin – diese ganzen Dinge in einer Digitalstrategie bündeln. Das Ganze wird dann von einem Gremium, dem Digitalkabinett, entsprechend weitergetragen.

(Manuel Höferlin [FDP]: Wer entscheidet denn das?)

Dieses Kabinett hat auch schon das erste Mal getagt.

(Manuel Höferlin [FDP]: Das ist vertagt!)

Dort werden alle Digitalthemen mit allen Ressorts unter Einbindung aller Arbeitsebenen zusammengeführt.

Meine Damen und Herren, der zweite Antrag kommt von der FDP und fordert eine Beschleunigung der Digitalisierung.

(Manuel Höferlin [FDP]: Jawohl!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dem Titel nach hätten Sie Ihre Inhalte schon längst vorher vorlegen können.

(Manuel Höferlin [FDP]: Wer stellt denn die Regierung?)

Wir jedenfalls machen Tempo mit der Digitalisierung. Wir haben auch einiges auf den Weg gebracht.

Ich erinnere daran: Wir haben das Kooperationsverbot in der Bildung in der letzten Wahlperiode gelockert. In dieser Wahlperiode ist die Grundgesetzänderung zur Finanzierung vom Kabinett schon beschlossen worden.

(C)

Deshalb können wir jetzt mit Hochdruck am Digitalpakt weiterarbeiten und insbesondere auch die Länder einbinden. Das ist ganz wichtig; denn auch deren Konzepte müssen hier zum Tragen kommen.

(Manuel Höferlin [FDP]: Weniger Geld als geplant!)

Zur künstlichen Intelligenz planen wir ein gemeinsames Forschungszentrum mit Frankreich. Chancen und Risiken für Unternehmen sollen da untersucht werden. Ich darf daran erinnern, da das ja schon 30 Jahre zurückliegt: 1988 wurde das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz gegründet, um Grundlagenforschung voranzutreiben.

Stichwort „Mobilfunkausbau und 5G“: Dazu haben wir im Beirat der Bundesnetzagentur einen wegweisenden Beschluss gefasst: Es sollen nicht nur alle Haushalte, sondern auch alle Straßen und Bahnstrecken mit schnellem Internet abgedeckt werden. Meine Damen und Herren, so schaffen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was müssen wir noch mehr vorantreiben? Den Breitbandausbau. Inzwischen sind alle Fördermittel fest vereinbart, und die Projekte laufen an. Aber die Ausschreibungen und Abstimmungsprozesse dauern zu lang.

(Manuel Höferlin [FDP]: Genau! Das muss beschleunigt werden!)

Das muss man kritisch reflektieren. Das Prozedere muss schlichtweg beschleunigt werden.

(D)

Wir stehen an dieser Stelle vor dem Neustart der Förderrichtlinie. Hier soll eine Grenze bei 30 Millionen Euro gezogen werden. Dazu sage ich an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gerichtet: Eine Deckelung versperrt den Blick auf das Ganze.

(Beifall bei der CDU/CSU – Manuel Höferlin [FDP]: Ein ganz neues Thema!)

Und gerade beim Breitbandausbau müssen wir flächendeckend denken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da müssen wir Parlamentarier uns melden und auch Verbesserungen einfordern.

Das Gleiche gilt für den Gigabit-Investitionsfonds: Wenn hier 12 Milliarden Euro an Fördermittel vorgesehen sind, dann sollten die in Glasfaser investiert werden. Das Umschwenken von Vectoring auf Glasfaser und Gigabit sollten wir belohnen.

Ich sage auch: Haushaltsdisziplin tut gut. Aber wir können zur Finanzierung des Breitbandausbaus nicht auf die Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen warten. Wir müssen den Fonds schon jetzt zwischenfinanzieren, damit er ins Rollen kommt und nicht erst im Jahr 2020.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie alles schon machen können!)

Entsprechende Signale gibt es auch von der Bundesregierung dazu. Die Vorfinanzierung wünsche ich mir nicht nur; sie wird auch in den nächsten Monaten kommen müssen.

Axel Knoerig

(A) Das Ganze gilt doch auch für die sogenannten grauen Flecken: Das sind Gebiete, die bereits 30 Megabit pro Sekunde erhalten. Sie sind von der Förderung ausgeschlossen. Aber für eine Gigabit-Gesellschaft brauchen wir auch hier höhere Bandbreiten.

Meine Damen und Herren, unser Förderprogramm hat dem Markt neue Impulse gegeben: Die Telekommunikationsunternehmen investieren in die Netze. Allerdings gibt es immer wieder Fälle, dass Netzanbieter ihre Kabel direkt neben die geförderten Netze legen wollen. Diese Doppelverlegung unterläuft die gesamten Fördervoraussetzungen.

Kurze Erklärung: Ich denke, wir sollten hier ganz klar differenzieren. Investitionen in Netze sind immer gut, und der Wettbewerb zwischen den Unternehmen treibt den Ausbau voran. Aber: Geförderte Netze müssen wir stärker schützen. Denn hier werden weiße Flecken in Gegenden erschlossen, wo es bisher gar keinen Wettbewerb gegeben hat. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Förderprojekte in den Landkreisen weiter rentabel bleiben. Die Bundesnetzagentur, denke ich, ist hier gefordert, als Mediator einzuschreiten und entsprechend zu vermitteln.

(Manuel Höferlin [FDP]: Digitalisierung ist mehr als Glasfaser!)

Meine Damen und Herren, abschließend noch einige Worte zum Thema Cybersicherheit. Denn der Erfolg der Digitalisierung wird maßgeblich von unseren Maßnahmen in diesem Bereich abhängen. (B) Eine aktuelle Zahl zur Veranschaulichung: 55 Milliarden Euro an Schäden entstehen jährlich durch Cybercrime. Und dabei sind wir in Deutschland noch nicht einmal voll digitalisiert. Deshalb müssen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, kurz BSI, personell stärken. Ein Vergleich macht das, denke ich, deutlich: Das Eisenbahn-Bundesamt – zuständig für die Sicherheit auf der Schiene – hat 1 200 Mitarbeiter. Das BSI – zuständig für die Sicherheit im Netz – kommt gerade einmal auf 800 Mitarbeiter. Das BSI ist heute schon als Sicherheitsberater für den Mittelstand tätig. Auch hier gilt es: weiter ausbauen und die Zahl der Mitarbeiter erhöhen.

Und wir müssen unsere Wirtschaft mit Digitalstrategien und Netzwerken fit machen. Nur so können wir uns auf dem Weltmarkt gegenüber China und auch den USA behaupten.

Deshalb müssen wir gerade in diesen Fragen die Internationalisierung im Blick behalten. Denn unsere Unternehmen brauchen globale Märkte. Meine Damen und Herren, beim Thema Digitalisierung kommt es auf Geschwindigkeit an: Wir machen weiter Tempo bei Breitband, künstlicher Intelligenz und Cybersicherheit. So machen wir unsere Wirtschaft fit für die Herausforderungen von morgen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Als Nächstes für die AfD-Fraktion der Kollege Uwe Schulz.

(Beifall bei der AfD)

Uwe Schulz (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der gestern Nachmittag hereingekommene Antrag der FDP fordert ein Programm zur Beschleunigung der Digitalisierung. Offenbar überstürzen sich da gerade die Ereignisse. Herr Höferlin sagte schon etwas dazu. Auch das neue Digitalkabinett beschäftigt sich damit.

Es wäre nun der zweite Versuch für eine Art Masterplan. Denn bereits in der 18. Legislaturperiode wurde öffentlichkeitswirksam eine Digitale Agenda verabschiedet. Dr. Helge Braun – der nicht hier ist –, der nebenbei auch zum Flüchtlingskrisenterminator erwuchs,

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

sollte das Digitalgeschäft stemmen. Und in den Sand gesetzt hat er das.

Aber Marketing, meine Damen und Herren, kann der Herr Dr. Braun. Die Überschrift der Digitalen Agenda lautete griffig „Deutschland kann das“. Da denkt man doch spontan an den anderen Spruch, an „Wir schaffen das“. Und wenn man sieht, wo wir heute stehen, meine Damen und Herren, kann ich nur sagen: So sieht Politsatire aus dem Phrasenkoffer aus.

(D) (Beifall bei der AfD – Marianne Schieder [SPD]: Ihre Reden sind auch Politsatire!)

Aber grundsätzlich „kann“ Deutschland natürlich Veränderung. Es ist vor allem unser deutscher Mittelstand, der das kann und der unser Land am Atmen hält.

Was hingegen die Bundesregierung kann, hat sie beim Thema „digitale Verwaltung“ bewiesen: Das bereits 2013 beschlossene E-Government-Gesetz schwebt bis heute bedeutungslos im digitalen Raum. Das gestand Frau Bär vor wenigen Wochen im Ausschuss Digitale Agenda auch ein. Ihr Satz „Ja, wir fangen jetzt einfach mal an …“ ist mir besonders im Gedächtnis geblieben.

(Manuel Höferlin [FDP]: Das war noch das Beste, was sie Ihnen gesagt hat!)

Der vorliegende FDP-Antrag enthält vieles, was auch die AfD fordert. Dazu gehört auch die Schaffung eines Digitalministeriums, schon deshalb, damit wenigstens *ein* Minister aussagefähig ist im Thema.

Denn Lösungen für fundamentale Fragen ist die Bundesregierung bis heute schuldig geblieben:

(Falko Mohrs [SPD]: Da klatscht nicht mal bei Ihnen wer!)

In der Bildung wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Man denkt an Tablets in den Schulen, ohne überhaupt digitale Lernkonzepte zu haben. Bildung fängt aber im Kopf an und nicht auf einer Tastatur, wie meine Kollegin Nicole Höchst heute Nachmittag so schön sagte.

Uwe Schulz

(A) In Deutschland werden mehr Sozialpädagogen ausgebildet als Ingenieure. Da verwundert es nicht, dass digitale Basisinnovation kaum stattfindet.

(Beifall bei der AfD)

Rund um den Globus gibt es digitale Wertschöpfung nur dort, wo sich hochspezialisierte Unis und Forschungseinrichtungen ansiedeln. In Deutschland wirft man aber lieber Geld für Genderlehrstühle aus dem Fenster: Geld, das für Digitalprofessuren benötigt wird, aber besetzt mit echten Wissenschaftlern.

(Beifall bei der AfD – Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Männlichkeitskrise sitzt tief!)

Merken Sie sich: Mit ideologisch gefärbter Bildungspolitik, meine Damen und Herren, wird man kein Weltmarktführer für Zukunftstechnologien.

(Beifall bei der AfD)

Auch wenn es die Bundesregierung ignoriert: Digitalisierung gibt es nur mit verlässlicher Energieversorgung. Server, Speicher, Displays, Datentransport fressen Strom – Strom, der bezahlbar sein muss. Die energiepolitische Dunkelflaute à la Angela Merkel ist der natürliche Feind der Digitalisierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Und es geht weiter: Es stehen Millionen von Jobs auf dem digitalen Prüfstand. Die Lebensmodelle ganzer Generationen sind dadurch akut bedroht. Das Sozialsystem (B) ist in höchster Gefahr. Entweder weiß die Bundesregierung das nicht, oder sie verschweigt es. Ihr Nichthandeln ist auf jeden Fall sträflich.

Insgesamt ist festzustellen: Die Digitalisierungspolitik der Merkel-Regierung ist ein Sammelsurium an Unvermögen. Die Liste der Versäumnisse ist lang.

Zudem glauben viele Menschen – und Politiker insbesondere –, dass Digitalisierung bedeutet, Leitungen zu verbuddeln und Sendemasten aufzustellen. Und selbst das hat Frau Merkel mit ihrer „Mannschaft“ noch nicht hinbekommen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja! Immer die gleiche Leier!)

Meine Damen und Herren, auf dem digitalen Ozean, wo andere Länder mit Schnellbooten Wettrennen fahren, droht dem Industriedampfer Deutschland der Diesel auszugehen.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der SPD: Gut so!)

Deutschland kann die unabwendbaren Veränderungen meistern. Die AfD glaubt daran. Daher unterstützen wir alle sinnhaften Initiativen wie auch den FDP-Antrag dazu und auch die Überweisung an den Ausschuss Digitale Agenda.

(C) Wir halten aber nichts von noch mehr Aufsichtsgremien und schon gar nichts von NGOs, die in diese Rolle schlüpfen. Daher lehnen wir den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ab.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten wir jetzt nicht gedacht!)

Was wir brauchen, ist ein Diskurs für die digitale Zukunft, ein Diskurs, wie wir ihn als AfD bereits mehrfach angestoßen haben, zum Beispiel in der verfehlten Migrationspolitik.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Als Nächstes erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion der Kollegin Elvan Korkmaz.

(Beifall bei der SPD – Falko Mohrs [SPD]: Die Kollegin versteht wenigstens was von Digitalpolitik!)

Elvan Korkmaz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns einig: Digitalisierung ist eines der zentralen Themen unserer Zeit. Vielleicht sind wir uns auch einig, dass so viel in Floskeln und mit schönklingenden Forderungen (D) über die Digitalisierung geredet wird wie über kein anderes Thema. Aber das bietet sich auch an, oder? Wir verstehen es selbst nicht richtig, benutzen wichtig klingende Begriffe und lassen damit vermuten, dass wir ganz viel Ahnung haben. Der vermeintlich „dumme“ Bürger wird es schon nicht merken, wenn wir ihm – wie in Ihrem Antrag – die Notwendigkeit von „kryptographischen Validierungen“ oder „Open-Government-Strategien“ einreden. Aber Buzzwords lösen unsere Digitalisierungsherausforderungen nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sondern ziehen das wichtige Thema nur noch weiter in eine unverständliche Wolke. Aber das passt ja wahrscheinlich auch; denn die Cloud löst ja bekanntlich eh viele unserer Probleme.

Wir müssen Digitalisierung an zentralen Punkten ganz konkret voranbringen und dürfen keine globalgalaktischen Wunschvorstellungen formulieren. Google und Apple werden nicht nach Deutschland kommen, wenn wir ein Digitalministerium bauen oder tolle und teure Kommissionen einrichten. Wir müssen – und das fängt bei unseren Kindern an – Digitalisierung lernen und dürfen nicht digital lernen. Sinnlos Tablets an Grundschulen zu verteilen und sich zu freuen, dass die Kinder diese bedienen können, aber die dahinterliegende Programmierung und Funktionsweise nicht zu lehren, ist genauso unklug, wie zu denken, dass Digitalisierung lediglich unsere Produkte verändert. Digitalisierung krempelt unsere gesamten Lebens- und Geschäftsmodelle um. Digitalisie-

rung heißt nicht, dass wir statt CDs Musik nun über das Internet streamen. Nein, Digitalisierung heißt, dass für Künstler Erlöse aus ihrem wichtigsten Produkt, nämlich dem Musikhören – egal ob digital oder analog –, weggebrochen sind und sie sich auf einmal komplett neu über Merchandising und Liveauftritte finanzieren müssen.

Um solchen tiefgreifenden Veränderungen in der Wertschöpfung gewachsen zu sein, muss Digitalisierung ein gut organisiertes Querschnittsthema werden. Was hieße es, ein Digitalministerium zu haben, das neben den Fachministerien eingerichtet wird? Das Verkehrsministerium macht undigitalen Verkehr und, ja, das Digitalministerium digitalen Verkehr? Wohin so etwas führt, wissen wir. Dazu müssen wir nur 20 Jahre zurückgucken, und zwar zu Unternehmen wie beispielsweise Bertelsmann in meinem Heimatwahlkreis. Bertelsmann hat neben seine Sparten Buch, Musik, Magazine eine Einheit Multimedia gestellt. Dort waren gute Ideen, von den kleinen Amazons namens BOL bis hin zu kleinen Googles namens Lycos. Aber wer hat das Spiel schlussendlich gewonnen? Das wissen wir: die Unternehmen, die damals Internet und Multimedia zum zentralen Kernthema in jeder Geschäftseinheit gemacht haben. Daher müssen wir – in diesem Punkt stimme ich dem Antrag zu – den Ausschuss Digitale Agenda stärken. Er darf aber nicht neben den Fachbereichen arbeiten, sondern muss in diese hineinarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sind wir einmal ehrlich: Das beste Kompliment an diesen Ausschuss wäre, wenn er in ein paar Jahren aufgelöst würde, weil jeder Ausschuss, jeder Abgeordnete und jedes Ministerium so viel Digitalisierungswissen inhaliert haben, dass es keinerlei Koordination mehr bedarf.

Liebe FDP, es wundert mich schon, dass Sie im letzten Jahrhundert keinen Antrag auf Einrichtung eines Schreibmaschinenministeriums gestellt haben, damit Briefe in den anderen Ministerien nicht mehr mit der Feder geschrieben werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Kollegen von den Freidemokraten, machen es sich da zu einfach. Ein eigenes Digitalministerium klingt genauso gut wie die Überschriften in Ihren Anträgen. Sie helfen uns aber nicht weiter, um Digital-DNA in alle Bereiche unseres Lebens zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn der Kollege Lindner heute nicht da ist – vielleicht ist er schon im Feierabend –: So langsam versteht auch der Letzte, warum Sie die Regierungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in Ihrer Partei in NRW zurückgelassen haben. Es ist doch viel komfortabler, hier erst einmal Jamaika scheitern zu lassen und jetzt wohlklingende Anträge zu formulieren, die man eh nicht umsetzen muss.

(Beifall bei der SPD – Manuel Höferlin [FDP]: Da wollen wir mit Ihnen nicht tauschen müssen!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kommen Sie zum Schluss.

Elvan Korkmaz (SPD):

Ihre Kollegen in Düsseldorf haben jetzt den undankbaren Job von Ihnen geerbt, Ihre Wahlversprechen Stück für Stück zu begraben.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, bitte!

Elvan Korkmaz (SPD):

Die SPD und ich wollen nicht gut klingen. Wir wollen gute Politik machen, sodass Digitalisierung das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessert, im Alltag, bei der Arbeit, in den Schulen und ganz konkret.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, herzlichen Dank. Aber das Schöne an der digitalen Uhr, die Sie vor sich haben, ist: Sie zeigt auch das Ende der Redezeit an.

Elvan Korkmaz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident, für diesen Hinweis.

(Falko Mohrs [SPD]: Es war so wichtig, was Sie zu sagen hatte!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Ja, aber auch für sie gilt die Geschäftsordnung. Ich kann es leider nicht ändern.

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Anke Domscheit-Berg für Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beide uns vorliegenden Anträge zur Digitalisierung betreffen viele verschiedene Fachbereiche: Bildung, digitale Monopole, künstliche Intelligenz, elektronische Verwaltung, IT-Sicherheit, Gesundheit, Breitband, Verkehr und noch so einiges mehr. Viele Ausschüsse im Bundestag haben mit einem Teil davon zu tun. Es gibt jedoch einen Ausschuss, der sich allen diesen Inhalten widmet, weil er, der Ausschuss Digitale Agenda, per Definition die notwendige Querschnittskompetenz hat. Er hat aber absurderweise keine Federführung für den Antrag der Grünen und war überhaupt noch nie in dieser Legislatur federführend. Selbst bei Querschnittsanträgen wie dem vorliegenden erhielt ein Ausschuss die Federführung, der nur in einem Teilbereich fachkompetent ist und trotzdem die Beschlussempfehlung für den Bundestag verfassen darf. Das ist ein fatales Signal nach innen und nach außen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Digitalausschuss muss endlich angemessen Verantwortung übernehmen dürfen.

(A)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, erlauben Sie mir eine kurze Unterbrechung, ohne dass es auf Ihre Redezeit angerechnet wird? – Ich bitte die Mitglieder der Bundesregierung auf der Regierungsbank darum, die geschwätzige Geschäftigkeit einzustellen und der Rednerin zu lauschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE):

Ich danke dafür sehr herzlich, auch wenn es mich persönlich nicht gestört hat. Ich bin auf dem rechten Ohr taub.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, das Präsidium kann auf beiden Ohren hören.

Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE):

Das stimmt allerdings tatsächlich.

Nun zum Antrag der FDP – die Zeit läuft wieder –, der vieles enthält, was auch die Linksfraktion befürwortet. Wir wollen schon sehr lange ein Verbot von Hintertüren für Geheimdienste, eine bessere Bildung, und zwar bitte schön lebenslang. Wir würden einen entbürokratisierten, beschleunigten Breitbandausbau, Netzneutralität und ein Recht auf Verschlüsselung sehr begrüßen. Eine Reform des Wettbewerbsrechts zur Kontrolle digitaler Monopole ist sogar eher mehr links als FDP, und Digitalisierung im Gesundheitswesen, die dem Menschen dient, zum Beispiel, weil mit künstlicher Intelligenz Krebserkrankungen schneller diagnostiziert werden können, ist eine feine Sache. Für innovative Mobilitätslösungen für den ländlichen Raum sind wir total; denn ein Rufbus dreimal am Tag, wie ich das aus Brandenburg kenne, reicht nicht. Für Open Data kämpfe ich als Netzaktivistin seit über zehn Jahren, damit alle mit Steuergeldern gesammelten Daten frei genutzt werden können. Auch für meine Fraktion, Die Linke, gilt seit eh und je der Grundsatz „Öffentliches Geld gleich öffentliches Gut“.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Aber die FDP wäre nicht die FDP, wenn es nicht auch Unterschiede zu unseren Vorstellungen gäbe. Kein einziges Mal werden Gemeinwohlorientierung oder soziale Innovationen erwähnt! Dafür ist von einem neuen Datenrecht die Rede, das sehr nach Dateneigentum klingt und damit nach Kommerzialisierung hoch drei, bei der wieder einmal große Unternehmen gewinnen und kleinere Unternehmen sowie nichtkommerzielle Nutzerinnen und Nutzer die damit verbundenen komplexen Lizenzierungsmodelle entweder nicht verstehen

(Manuel Höferlin [FDP]: Das stimmt gar nicht! Es geht um die Weiterentwicklung von Daten!)

(C)

oder sie sich nicht leisten können. Davon einmal abgesehen, ist Eigentum zum Beispiel an den Temperaturdaten einer Stadt ja wohl ein absurder Gedanke.

(Beifall bei der LINKEN – Manuel Höferlin [FDP]: Da steht doch gar nichts davon!)

Aber auch die FDP will Start-ups fördern. Nur will sie das durch eine Art rechtsfreie Räume, die im Antrag „digitale Freiheitszonen“ heißen. Das erinnert mich fatal an eine Rede von Christian Lindner im letzten Bundestagswahlkampf – ich war selbst dabei –, in der er forderte, für Start-ups jede Regulierung für zwei Jahre auszusetzen; das habe ich mit meinen eigenen Ohren gehört.

(Manuel Höferlin [FDP]: Sehr gut!)

Auch Die Linke ist sehr für Entbürokratisierung, gerade für Start-ups. Aber zu rechtsfreien Räumen sagen wir: Nein, danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir lehnen daher den Antrag der FDP ab. Aber ich wünsche mir, dass die darin enthaltenen guten Elemente von der Bundesregierung aufgegriffen werden; denn unbestritten braucht es eine Digitalisierungsstrategie, und ihre Umsetzung braucht endlich mehr Dynamik.

Im Übrigen bin ich der Überzeugung, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht in das Strafgesetzbuch gehören. § 219a, das Informationsverbot für Schwangerschaftsabbrüche, gehört endlich abgeschafft.

Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, herzlichen Dank. – Ich erspare mir jede Bemerkung zu Ihren letzten Sätzen.

Als Nächstes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Dieter Janecek das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe FDP, na ja, so richtig beschleunigt ist Ihr Antrag zur Beschleunigung der Digitalisierung nicht eingereicht worden. Wir haben ja jetzt schon neun Monate Legislatur hinter uns; deswegen haben wir – zur Erinnerung – unseren eigenen Antrag zu einer kohärenten Gesamtstrategie vom Januar dieses Jahres auch in der zweiten Plenarberatung hier vorgestellt. Daher können wir das vielleicht heute gemeinsam diskutieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Sitta [FDP]: Wir haben der Regierung einen Vorsprung gelassen!)

Der Unterschied kommt gleich am Anfang raus – wir finden einiges gut, was ihr da aufgeschrieben habt, lieber Manuel Höferlin –: Wir teilen die Aussage von Christian Lindner nicht – er hat sie selber schon zurückgenommen –, nämlich: „Digital first. Bedenken second.“ Man

Dieter Janecek

(A) braucht eine wertegebundene Gesamtstrategie für die Digitalisierung, und Beschleunigung alleine ist nicht alles.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir haben heute schon die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ eingesetzt. Mittlerweile haben wir auch die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung“ eingesetzt. Man könnte also meinen, unser Ausschuss – Ausschuss Digitale Agenda – verdient langsam seinen Namen. Aber ich selber muss ehrlich sagen: Ich verwende diesen Namen seit einigen Monaten nicht mehr, weil ich bis heute nicht weiß, was die Digitale Agenda der Bundesregierung ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deswegen sage ich immer „Digitalausschuss“. Das ist dann deskriptiv. Das andere ist ja sozusagen nach vorne weisend. Da bin ich doch mit der FDP sehr einer Meinung: Wir bräuchten mal endlich eine Priorisierung der Digitalpolitik in Deutschland. Da hat die FDP einige Maßnahmen aufgeschrieben.

Man konnte sich übrigens letzte Woche in Skandinavien anschauen, wie es sich entwickelt, wenn man es so macht mit der Digitalisierung.

(Falko Mohrs [SPD]: Da war die FDP aber nicht mit, glaube ich!)

Wir waren mit dem Digitalausschuss beispielsweise (B) in Dänemark. Dänemark ist das Land Nummer eins in Europa bei der digitalen Verwaltung. Dort sind alle wesentlichen Verwaltungsleistungen digital erhältlich. Ein bisschen krasser ist es vielleicht nur noch in Estland. Das Einzige, was man da nicht digital machen kann, ist, sich scheiden zu lassen, und das ist vielleicht auch ganz sinnvoll so.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ein weiterer Punkt ist natürlich der Breitbandausbau. Da stimmen wir auch im Hinblick auf das Ziel überein: Das geht viel zu langsam. – Tabea Rößner und viele andere haben jahrelang dafür gekämpft, dass wir hier endlich zu einem anderen Wettbewerbsmodell kommen.

Das Problem ist aber: Wir dürfen da nicht einfach nur die Förderprogramme umschreiben, sondern wir müssen dafür sorgen, dass beispielsweise die Kommunen die Oberhand über den Ausbau haben, wie das in Schweden der Fall ist, wo wir letzte Woche ebenfalls waren. Dann geht das voran – kostengünstig, effizient –, und es wird gemacht. Insofern braucht es eine ganzheitliche Strategie. Beschleunigung allein bringt es nicht. Da muss man auch einen Ansatz haben, der die Bürger mitnimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch ein Punkt – da unterscheiden wir uns wesentlich; das ist ein Punkt der fehlt, auch insgesamt; wir sind ganz froh, dass wir ihn in der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ verankern konnten –: Es ist die Frage: Wie können wir eigentlich digitale Technologien (C) nutzen, um ökologisch zu wirtschaften? Irgendwie wäre es ja ganz sinnvoll, dass wir den Klimaschutz mit der Digitalisierung zusammenbringen und die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Da fehlt Wesentliches bei der FDP; denn es bringt uns nichts, wenn alle Fahrzeuge, die heute im Verkehr sind, autonom durch die Gegend fahren. Das ist kein ökologischer Ansatz, sondern das ist der Rebound: Dann haben wir nur noch mehr Verbräuche, nur noch mehr Verkehr, und wir haben keine bessere Regelung für die Menschen in den Städten.

Also müssen wir bei der Digitalisierung auch über einen ökologischen Rahmen nachdenken, und das heißt auch, darüber nachzudenken: Wie können wir Green IT machen? Wie können wir mit Digitaltechnologie den CO_2-Ausstoß reduzieren? Wie können wir das Ressourceneinsparpotenzial in der Industrie realisieren? Dafür brauchen wir einen Ansatz. Dieser Ansatz fehlt momentan ganz und gar. Ich glaube, dass wir ein Potenzial sehen, diesen Ansatz vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam zu entwickeln.

Was ich auch noch sagen will: Das Thema der Monopole habt ihr richtig gesetzt; denn natürlich ist die Digitalisierung Kapitalismus in Reinstform, wenn man nicht im Sinne des fairen Marktes reguliert. Das heißt, die Frage, wie wir mit großen Internetkonzernen umgehen, wird eine Frage sein, die wir auch im Wettbewerbsrecht in den kommenden Monaten und Jahren zu regeln haben. Die nächste Novelle zum GWB steht an. Katharina Dröge vertritt hier unsere Position im Parlament. Auch da werden wir darauf schauen, dass es vorangeht.

(D) Letzter Gedanke. Ganz wichtig: Die Akteure der Digitalisierung sind nicht nur die Großen, das sind vor allem die Kleinen. Das sind übrigens auch die Social Entrepreneurs. Das sind die vielen Start-ups. Aber es sind auch diejenigen, die wirklich was zum Guten verändern wollen. Deswegen sind wir für einen ganzheitlichen Ansatz. Ansonsten freuen wir uns über die weitere Diskussion.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Vielleicht darf ich darauf hinweisen, wie schnell wir sind: Seit Januar dieses Jahres haben wir WLAN in diesem Haus. Das ist ja auch schon ein Fortschritt.

(Manuel Höferlin [FDP]: Partiell! – Weiterer Zuruf: Das wurde aber gerade erst verlegt!)

– Jedenfalls da, wo ich bin, ist WLAN.

Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU/CSU der Kollege Hansjörg Durz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hansjörg Durz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der Grünen haben wir bereits im Februar dieses Jahres

Hansjörg Durz

(A) diskutiert – noch vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen. Der Antrag der FDP ist neu. Die FDP hätte also den Koalitionsvertrag kennen müssen. Vielleicht hat die FDP so manchen Punkt auch dort entdeckt, den sie in ihrem Antrag aufgenommen hat. Jedenfalls ist der Koalitionsvertrag unser Programm für die Digitalisierung und für die Beschleunigung der Digitalisierung. Es ist ein richtig gutes Programm und ein sehr umfassendes Programm.

Ich möchte aber jetzt auf einen Aspekt eingehen, den manche Fraktionen und auch die FDP in ihrem Antrag wie ein Mantra vor sich hertragen: Man bräuchte zur Bündelung der Kompetenz ein Digitalministerium. In der letzten Legislaturperiode war die Koordination mit Sicherheit nicht optimal geregelt. Aber was ist mittlerweile passiert? Wir haben mittlerweile eine Staatsministerin für Digitalisierung. Dadurch haben wir nicht nur ein Signal gesetzt, sondern auch die Aufgabe in ihre Hand gelegt, diese Koordinierung umzusetzen.

Gestern hat erstmals das Digitalkabinett getagt. Dabei saßen alle Bundesminister mit am Tisch, weil jedes Ministerium ein Digitalministerium ist und jedes Ministerium in seinem Ressort Digitalpolitik umsetzen muss und umsetzt. Im Digitalkabinett wurden gestern Themen wie „künstliche Intelligenz“, „Blockchain“ oder „sich wandelnde Arbeitswelt“, aber eben auch eine Umsetzungsstrategie diskutiert, weil es in der Tat richtig ist, dass wir viel mehr Tempo bei der Digitalisierung aufnehmen müssen. Das muss aber jedes Ministerium tun, und deswegen wird im Herbst jedes Ministerium seine Strategie der Digitalisierung für das betreffende Haus vorlegen.

(B) Dass jedes einzelne Ministerium ein Digitalministerium ist, erkennen Sie beispielsweise, wenn Sie sich die aktuellen Aktivitäten in den einzelnen Häusern ansehen. Ich möchte nur einige wenige Beispiele herausgreifen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Zweifellos müssen wir beim Infrastrukturausbau auf die Tube drücken. Ganz aktuell: Der Zeitplan für die Versteigerung der 5G-Mobilfunklizenzen steht. Diesen Montag hat der Beirat der Bundesnetzagentur die Beschlussvorlage zum 5G-Ausbau ohne Gegenstimme verabschiedet. Im November sollen die finalisierten Entscheidungsentwürfe vorgelegt werden. Anschließend erfolgen die Zulassung und Durchführung der Auktionen, sodass wir im Zeitplan schnellstmöglich vorankommen, aber auch möglichst viele Menschen versorgen werden.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Mit dem mit 5 Milliarden Euro dotierten Digitalen Bildungspakt werden wir im Bereich der Bildung in den kommenden Jahren sichtbare und spürbare Fortschritte erreichen, nicht nur bei der Infrastruktur, sondern vor allem auch bei den Lehr- und Lerninhalten. Jetzt müssen die notwendigen Grundgesetzänderungen und die Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern kommen. Der Bundesfinanzminister hat die Vorfinanzierung des Fonds zugesichert.

Im Mai hat das Kabinett die Eckpunkte für eine solche Vereinbarung verabschiedet. Bei der Kultusministerkonferenz in Erfurt in der vorvergangenen Woche wurde diese angenommen. Bis Ende September wird der Textentwurf für die Bund-Länder-Vereinbarung stehen. Bis (C) Ende des Jahres soll von Bundestag und Bundesrat die Grundgesetzänderung verabschiedet werden. Das ist ein ganz konkreter Zeitplan. Da ist übrigens auch die Mithilfe des Bundesrates – alle Kolleginnen und Kollegen sind dort gefordert – notwendig. Wir arbeiten also mit Hochdruck daran, dass Anfang 2019 Anträge auf Finanzhilfen gestellt werden können.

Bundesministerium der Finanzen. Jedes einzelne Ministerium hat in seinem Etat einen Bereich Digitalisierung. Ein konkretes Beispiel: Das Ziel, 3,5 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben, ist ambitioniert; aber es ist bereits bei den prioritären Maßnahmen im Haushalt etatisiert – ein ganz konkreter wichtiger Schritt. Der Bund wird 2018 2 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung beisteuern. 2019 bis 2022 werden es 2,81 Milliarden Euro sein.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Beispiel Energiewirtschaft: Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende haben wir 2017 verabschiedet. Wir befinden uns mitten in der Umsetzung. Der Rollout von Smart Metern läuft auf Hochtouren. Die ersten Smart-Meter-Gateways sind bei der Industrie verfügbar. Die Energiebranche wird die erste voll digitalisierte Branche unserer Wirtschaft sein.

Bundesministerium für Gesundheit. Gesundheitsminister Jens Spahn hat unmittelbar nach Amtsantritt angekündigt, dass er Digitalisierung zu seinem Schwerpunktthema machen wird. Seine Initiative zur Digitalisierung des Gesundheitswesens wird er nach der parlamentarischen Sommerpause veröffentlichen. (D)

(Manuel Höferlin [FDP]: Ich bin sehr gespannt!)

An diesen nur wenigen Beispielen sehen Sie: Jedes Haus geht die Themen an. Die Ministerien haben Tempo in der Digitalisierung aufgenommen und beschleunigen. Jedes Ministerium ist ein Digitalministerium. Die Strukturen mit der Staatsministerin im Bundeskanzleramt, mit dem Digitalkabinett bzw. dem Staatssekretärsausschuss, der koordiniert, halten wir für den absolut richtigen Weg, und deswegen werden wir Ihren Antrag heute auch ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Wir lauschen nun den Worten des letzten Redners, des Kollegen Falko Mohrs von der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Falko Mohrs (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Höferlin, ich muss sagen: Eigentlich nix mit Serviceopposition, nix mit neuen Inhalten in diesem Antrag! Wenn ich was von Service entdecken konnte, dann das, dass ich kurz überlegt habe, ob ich einfach meine Rede vom Februar zu dem Antrag der Grünen noch mal

Falko Mohrs

(A) halte; denn irgendwie haben Sie wenig neue Punkte in Ihrem Antrag aufzeigen können.

(Beifall bei der SPD – Manuel Höferlin [FDP]: Seitdem hat sich auch nichts geändert!)

Was mich beim Lesen ehrlicherweise sehr geärgert hat: Ihr Kollege, Herr Lindner, twittert irgendwas von „#GermanMut zum groß denken“, und dann legen Sie hier einen Antrag vor, in dem Sie eigentlich nichts machen – außer Deutschland schlechtzureden.

(Manuel Höferlin [FDP]: Ja, wir haben einen Plan – im Gegensatz zu Ihnen! – Gustav Herzog [SPD]: Vor allem Unternehmer reden die schlecht!)

Von vorn bis hinten reden Sie dieses Land schlecht.

Bei allen Defiziten, die es vielleicht noch gibt, muss man schon sagen: Es gibt aber gerade im Digitalbereich auch viel Positives.

(Zuruf der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Warten Sie ganz kurz ab, Frau Kollegin! – Deutschland steht nämlich nicht nur in der Industrie gut da; Deutschland steht auch mit einigen guten Beispielen im Bereich der Start-up-Szene sehr gut da.

Das Münchner Datenanalyseteam von Celonis hat übrigens letzte Woche erst etwas geschafft, was europäischen Unternehmen in diesem Bereich im Moment sehr selten gelingt: Es hat nämlich die 1-Milliarde-Dollar-Grenze beim Firmenwert geknackt. Celonis nennt (B) seine Technologie „Process Mining“. Indem es Daten von Unternehmen durchleuchtet, spürt es Schwächen und Ineffizienzen auf. Ich schenke mir an dieser Stelle jeglichen Vergleich zu dem heute vorliegenden Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Höferlin?

Falko Mohrs (SPD):

Ich glaube, in Anbetracht der Zeit schenken wir uns das für den Moment. Wir diskutieren das Ganze ja noch im Ausschuss, und dann schauen wir weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Gustav Herzog [SPD]: Eine kluge Entscheidung! – Dr. Christian Jung [FDP]: Wir sind wach – im Gegensatz zu Ihnen! – Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Das ist aber schwach, Herr Kollege!)

– Das ist nicht schwach, das ist zeiteffizient. Wir diskutieren das mit Sicherheit im Ausschuss. Deshalb können wir heute beschleunigt weitermachen.

Das heißt, Deutschlands Zukunft – deswegen ist dieser Vergleich hier auch sehr richtig – liegt darin, dass wir die Stärke unserer Industrie mit unserer Stärke zur Innovation bei Daten zusammenbringen. Wir konnten sowohl auf der CeBIT wie auch auf der Hannover Messe sehen, (C) dass wir an der Stelle gut dastehen. Also hören Sie bitte auf, uns schlechtzureden!

Helfen können Sie uns gern dabei, Dinge dort zu beschleunigen, wo wir beschleunigen müssen! Wir müssen mit Sicherheit auch mit dem Verkehrsministerium schnellstmöglich dazu kommen, dass wir die Förderkulisse für den Glasfaserausbau hinbekommen. Da können Sie uns gern helfen, dass wir das entsprechend schnell umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Manuel Höferlin [FDP]: Die Wirtschaft ist gut! – Dr. Christian Jung [FDP]: Wir blamieren uns nicht nur bei Glasfaser!)

Wir sind dabei, wenn es darum geht, den Ausschuss Digitale Agenda zu stärken. Deswegen haben wir als SPD übrigens in dieser Woche ein Eckpunktepapier dazu vorgelegt, wie wir in der aktuellen Wahlperiode die Digitale Agenda fortschreiben wollen, wo wir als SPD die Prioritäten setzen, wie wir strategisch vorgehen wollen. Das ist für uns übrigens eine planvolle Stärkung des Ausschusses Digitale Agenda.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Federführung da wäre ganz gut!)

Eine Sache – das muss hier noch mal deutlich erwähnt werden – hat mich beim Lesen Ihres Antrags sehr irritiert. Ausgerechnet Sie loben hier quasi China zum Thema „Best Practice“, wenn es um den Bereich „künstliche Intelligenz“ geht,

(D) (Manuel Höferlin [FDP]: Nein, gar nicht! Die sind nur weiter als wir!)

China, das im Bereich „künstliche Intelligenz“ gerade ein Social Credit System einführt, wo Bürger gelistet werden, bewertet werden, die ihre Rechnung nicht bezahlen, die bei Rot über die Ampel gehen, und dann quasi zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden.

(Manuel Höferlin [FDP]: Das ist doch ein Quatsch!)

Ein Vertreter der Kommunistischen Partei schlussfolgert, dass diesen diskreditierten Menschen am Ende jeder Schritt schwergemacht werden muss. Es geht also offensichtlich in dem Fall darum, dass China den kommunistischen Musterbürger erschaffen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Manuel Höferlin [FDP]: Das loben wir auch nicht! An den Haaren herbeigezogen! – Weitere Zurufe von der FDP)

Dass ausgerechnet Sie als FDP das als Beispiel hier loben, das ist an Realsatire nicht zu überbieten.

Unterm Strich: nett gemeint, netter Versuch. Das Gegenteil von gut ist nicht böse, sondern gut gemeint. Denken Sie darüber beim nächsten Mal nach, wenn Sie einen Antrag formulieren!

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD – Manuel Höferlin [FDP]: Das steht da auch gar nicht drin! Quatsch!)

(A)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Nach diesen Worten schließe ich die Aussprache.

Tagesordnungspunkt 15 a. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2991 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist jedoch strittig. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Energie; die Fraktion der FDP wünscht Federführung beim Ausschuss Digitale Agenda.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der FDP, Federführung beim Ausschuss Digitale Agenda. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Überweisungsvorschlag gegen die Stimmen von Freien Demokraten, AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Linken und einer Stimme aus der Fraktion der SPD – ich habe das gesehen, Herr Kollege –

(Beifall des Abg. Manuel Höferlin [FDP])

mit den Stimmen der übrigen Mitglieder der SPD und den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD, Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Überweisungsvorschlag gegen die Stimmen von AfD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linken mit den Stimmen der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion angenommen.

(B)

Tagesordnungspunkt 15 b. Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Innovationen als Teil einer kohärenten Digitalisierungsstrategie fördern“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/1072, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/588 abzulehnen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – „Wie hat die FDP-Fraktion gestimmt?“, wenn ich das mal fragen darf.

(Frank Sitta [FDP]: War dafür!)

– Es war nicht sichtbar. Das höre ich jetzt.

(Manuel Höferlin [FDP]: Der Kollege Sitta ist doch nicht zu übersehen!)

Ich wiederhole: Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und Freien Demokraten gegen die Stimmen von AfD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Linken angenommen.

(C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze**

Drucksachen 19/2435, 19/2700, 19/2768 Nr. 1.6

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

Drucksache 19/3036

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Die **Reden** sollen **zu Protokoll** gegeben werden. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. [1)]

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/3036, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 19/2435 und 19/2700 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Gesetzentwurf in der Ausschussfassung mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU gegen die Stimmen der AfD und der Linken bei Enthaltung von FDP und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(D)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Gesetzentwurf mit dem gleichen Stimmverhalten von CDU/CSU, SPD, AfD, Linken, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angenommen.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/3044. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass dieser Entschließungsantrag gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der restlichen Fraktionen dieses Hauses abgelehnt ist.

Ich rufe Zusatzpunkt 7 auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Niema Movassat, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs und weiterer Gesetze – Aufhebung der Ersatzfreiheitsstrafe**

Drucksache 19/1689

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat

---

1) Anlage 6

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst für die Fraktion der Linken dem Kollegen Niema Movassat das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Niema Movassat (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor kurzem konnte man bei „Stern TV“ eine Frau sehen, die von ihrem neugeborenen Kind getrennt worden war, weil sie ins Gefängnis musste, um ihre Ersatzfreiheitsstrafe abzusitzen.

(Dr. Jürgen Martens [FDP]: Ja, das passiert!)

Eine Ersatzfreiheitsstrafe muss man verbüßen, wenn man eine Geldstrafe nicht bezahlt. Ein Tagessatz Geldstrafe entspricht dabei einem Tag im Knast. Bei der Frau war es so: Weil sie kein Geld hatte, war sie schwarzgefahren. Die Geldstrafe, die man ihr vor Gericht aufbrummte, konnte sie von ihrem mageren Hartz-IV-Satz nicht bezahlen. Deshalb musste sie ins Gefängnis.

(Dr. Jürgen Martens [FDP]: Wie heißt denn die Frau?)

Das Beispiel zeigt nicht nur, wie unverhältnismäßig die Ersatzfreiheitsstrafe sein kann – wegen eines nicht gekauften Bustickets mehrere Wochen vom neugeborenen Kind getrennt zu werden. Das Beispiel zeigt auch: (B) Die Ersatzfreiheitsstrafe trifft vor allem Menschen, die arm, mittellos, erwerbslos oder obdachlos sind. Es darf nicht sein, dass man, weil man arm ist, ins Gefängnis muss. Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen drei weitere Gründe nennen, warum die Ersatzfreiheitsstrafe abgeschafft gehört:

Erstens. Sie ist aus kriminalpolitischer Sicht hochproblematisch. Bei der Ersatzfreiheitsstrafe geht es fast immer um eine kurze Freiheitsstrafe. In § 47 Strafgesetzbuch ist festgehalten, dass die „kurze Freiheitsstrafe nur in Ausnahmefällen“ verhängt werden darf. Die Idee dahinter ist, dass kurze Freiheitsstrafen resozialisierungsfeindlich sind. Es besteht sogar die Gefahr, im Gefängnis erst recht auf die schiefe Bahn zu geraten. Die Ersatzfreiheitsstrafe erfüllt also keinen Strafzweck, sie ist sinnlos.

Zweitens. Die Ersatzfreiheitsstrafe kostet Jahr für Jahr 200 Millionen Euro. Ein Hafttag kostet pro Gefangenem etwa 140 Euro.

(Dr. Jürgen Martens [FDP]: Wo haben Sie das her?)

Wenn also jemand zum Beispiel kein Busticket für 2,50 Euro kauft und deshalb zu 30 Tagessätzen verurteilt wird,

(Karsten Hilse [AfD]: Wo haben Sie denn dieses Urteil her?)

die er nicht zahlen kann, dann landet er 30 Tage im Knast. (C)

(Karsten Hilse [AfD]: Für ein Ticket 30 Tage? Wo leben Sie denn?)

Das Ganze kostet den Steuerzahler 4 200 Euro – 4 200 Euro Haftkosten, weil ein Ticket für 2,50 Euro nicht gekauft wurde. Und es geht bei der Ersatzfreiheitsstrafe fast immer um Bagatelldelikte. Es ist irre, was da für Millionenbeträge ausgegeben werden.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD]: Das ist so ein Unsinn! – Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Die Aufrechnung ist nicht zulässig, Herr Kollege!)

Drittens. Andere EU-Länder kommen ohne Ersatzfreiheitsstrafe klar. In Dänemark gibt es keine Ersatzfreiheitsstrafe für zahlungsunfähige Menschen. In Schweden ist die Ersatzfreiheitsstrafe de facto abgeschafft. In Italien wurde die Ersatzfreiheitsstrafe für verfassungswidrig erklärt. Viele Länder in Europa setzen mehr auf gemeinnützige Arbeit als auf Ersatzfreiheitsstrafen, und das, meine Damen und Herren, schlagen wir heute als Linke mit unserem Gesetzentwurf als Alternative vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Prinzip des „Schwitzens statt Sitzens“ ist deutlich resozialisierungsfreundlicher;

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Deswegen gibt es das in den Ländern! – Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD]: Haben wir doch! Ist doch alles da!) (D)

denn mit dem Wegsperren der Menschen zerstört man Existenzen. Die Betroffenen verlieren ihre Arbeit, ihre Wohnung, werden vielleicht von Familie und Freunden gemieden. Zwar gibt es schon nach der jetzigen Rechtslage die Möglichkeit, dass die Bundesländer zur Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe die freie Arbeit anbieten.

(Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD]: Genau!)

Aber das findet viel zu selten statt. Außerdem müssen sich die Betroffenen selbst darum kümmern.

(Karsten Hilse [AfD]: Ja, dann müssen sie sich selber kümmern! Was ist daran so schlimm? Also, echt mal! Mal irgendwann raus aus der Hängematte!)

Der Bundesregierung ist das Thema kaum wichtig. Sie gibt gerade mal 130 000 Euro zur Unterstützung an die Länder, während die Ersatzfreiheitsstrafe, wie gesagt, 200 Millionen Euro kostet.

Damit die freiwillige gemeinnützige Arbeit für Menschen, die eine Geldstrafe nicht zahlen können, gestärkt wird, müssen zwei Dinge passieren: Der Staat muss die gemeinnützige Arbeit aktiv anbieten, und er muss sie auch deutlich stärker finanzieren. Es ist endlich an der Zeit, dem Verfassungsauftrag der Resozialisierung nachzukommen.

(Dr. Jürgen Martens [FDP]: Was?)

Niema Movassat

(A) Dafür müssen wir die Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, herzlichen Dank. „Schwitzen statt Sitzen“ ist ein gutes Argument.

Als Nächstes bekommt der Kollege Ingmar Jung von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ingmar Jung (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Movassat, ich habe fast geahnt, dass wir heute zum zweiten Mal die Schwarzfahrdebatte führen dürfen und Sie die Ersatzfreiheitsstrafe zum Anlass nehmen, wieder darüber zu reden.

Ich möchte als Erstes die Punkte aufgreifen, die Sie eben genannt haben; denn man kann das einfach nicht alles so stehen lassen. Sie suggerieren hier etwas, was sich in unserem Rechtssystem in keiner Weise widerspiegelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD])

Zum Ersten. Ich kenne jetzt den Fall mit dem Neugeborenen und der Mutter mit dem Busticket für 2,50 Euro (B) nicht;

(Zuruf von der LINKEN: Können Sie sich ja noch mal anschauen!)

aber Sie wissen auch, dass die StPO vorsieht, dass bei unbilligen Härten die Ersatzfreiheitsstrafe eben gerade nicht vollstreckt wird.

(Marianne Schieder [SPD]: Genau!)

Ich kann den Einzelfall nicht bewerten – ich kenne die Vorgeschichte nicht –; aber jetzt tun Sie doch bitte nicht so, als ob eine junge Mutter, die mit dem Bus fährt und einmal das Ticket für 2,50 Euro nicht bezahlt, in den Knast geht und das Kind zu Hause bleibt. Das hat doch nichts mit der Realität zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Sie suggerieren hier etwas, was einfach nicht wahr ist.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Tun Sie doch nicht so, als ob es das nicht gibt!)

Zum Zweiten haben Sie als Argument vorgebracht, § 47 StGB sähe vor, dass eine kurze Freiheitsstrafe nur in Ausnahmefällen vorgesehen ist. Ja, das ist ja genau hier der Fall. Wir sprechen doch nur von Fällen, in denen eine Geldstrafe im Urteil steht, die uneinbringlich ist, bei der nicht eine Vereinbarung über eine andere Erbringung getroffen wurde, sodass die Strafe weiterhin nicht vollstreckt werden kann. Dann kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Das ist ein absoluter Ausnahmefall. Genau (C) deswegen ist das auch im Einklang mit den sonstigen Regelungen.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: 10 Prozent aller Gefangenen sitzen wegen Ersatzfreiheitsstrafe! 10 Prozent!)

Jetzt will ich noch mal kurz auf Ihr Argument zurückkommen, es sei doch bei einem Busticket nicht einzusehen, dass das den Staat so viel kostet. Wenn wir anfangen, den Rechtsstaat aufzurechnen und auszurechnen, ob der Staat das Geld für das Busticket zurückholt,

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das ist aber nicht gerecht! Das ist ungerecht!)

dann haben wir nicht verstanden, wofür das Strafrecht überhaupt da ist. Und das wissen Sie auch: Wer einmal das Busticket für 2,50 Euro nicht kauft und schwarzfährt, der bekommt in Deutschland überhaupt keine Strafe. Sie tun immer so, als wäre es anders. Das entspricht einfach nicht der Realität. Wenn Sie Gegenbeispiele haben, zeigen Sie sie uns. Die gibt es nämlich nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Warum ist das bei dreimal Schwarzfahren besser?)

– Sie versuchen doch, es aufzurechnen. Wenn Sie der Auffassung sind, dass das Strafrecht dafür da ist, Schäden auszugleichen oder Geldverluste auszugleichen,

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das hat doch kein Mensch gesagt!)

(D) dann haben wir eine völlig unterschiedliche Auffassung von unserem Rechtssystem, und es ist auch schlicht und ergreifend falsch.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Es soll Gerechtigkeit herrschen!)

Sie haben „Schwitzen statt Sitzen“ angesprochen. Die Rechtsordnung sieht das vor: Die Länder können Verordnungen erlassen, die regeln, dass gemeinnützige Arbeit geleistet werden kann; mit Zustimmung des Verurteilten kann dann anstatt der Ersatzfreiheitsstrafe gemeinnützige Arbeit geleistet werden. Ja, das geht heute schon. Das geht sogar in allen Bundesländern; das haben alle umgesetzt. Sie haben gesagt, da gebe es zu wenig Personal, deswegen würde das nicht wahrgenommen. Ich wüsste gerne mal, was sich durch Ihren Gesetzentwurf daran ändern soll. Wo soll das Personal plötzlich herkommen? Wenn Sie der Meinung sind, dass die Möglichkeiten der Umwandlung der Ersatzfreiheitsstrafe in den Ländern nicht ausreichend genutzt werden, weil es da nicht genug Personal gibt, dann müssten wir halt mal in Verhandlungen mit den Ländern treten oder Ähnliches machen. Aber daran etwas zu ändern, schaffen Sie nicht durch Ihren Gesetzentwurf.

Ihr Vorschlag unterscheidet sich an einer Stelle doch ganz fundamental von dem, was wir jetzt haben. Schon jetzt ist es möglich, bei Ersatzfreiheitsstrafen mit Zustimmung des Verurteilten gemeinnützige Arbeit zu leisten, damit die Ersatzfreiheitsstrafe eben nicht vollstreckt wird. Bei dem, was Sie wollen, geht es aber um die Frage: Was passiert denn, wenn der Verurteilte das gerade

Ingmar Jung

(A) nicht will, wenn er nicht mitmacht, wenn die Ersatzfreiheitsstrafe nicht vollstreckt wird? Sie wollen dann, dass er auf eine uneinbringliche Geldstrafe zurückfällt und am Ende sanktionslos bleibt. Das ist es doch, worum es Ihnen im Kern geht: Sie wollen, dass verurteilte Straftäter bei Kleinkriminalität am Ende sanktionslos bleiben. Das ist nicht unser Verständnis von Rechtsstaat, und das wollen wir an der Stelle genau nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Ich will etwas Weiteres aufgreifen, was Sie kurz vor Ende gesagt haben: Beim jetzigen System sei es ja ungerecht oder zumindest inakzeptabel, dass sich der Verurteilte selbst darum kümmern muss, wenn er statt der Ersatzfreiheitsstrafe gemeinnützige Arbeit leisten möchte.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist schon ein Problem! Es sind meistens arme Menschen, die sich da nicht auskennen!)

Meine Damen und Herren, ich finde, das können wir nun wirklich auch erwarten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD)

Sie wissen doch, dass er auch im Urteil darauf hingewiesen wird; er erhält auch Rechtsberatung. Wenn es einer nicht weiß, dann können Sie es ihm sagen, dann kann ich es ihm sagen, wenn ich ihn treffe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist doch praxisfern, was Sie da sagen!)

(B) Aber es kann doch nicht sein, dass wir jetzt schon eine Mitwirkungspflicht nicht mehr für angemessen halten. Wir reden doch immerhin von verurteilten Straftätern.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Von vielen armen Menschen, die in einer prekären Situation sind!)

Das müssen wir an der Stelle auch mal sehen. Ich weiß, Sie mögen da weniger als andere einen Unwertgehalt sehen; aber dann müssen wir an die Strafgesetze herangehen. Das versuchen Sie auch an der Stelle – ich weiß –; aber wenn – –

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Was spricht dagegen, dass der Staat ein Angebot macht?)

– Jetzt lassen Sie mich doch mal einen Satz ausreden. Wenn Sie immer dasselbe dazwischenrufen, wird es doch einfach nicht richtiger, Herr Kollege. Lassen Sie mich doch einfach mal nur einen Satz ausreden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Sie haben auch viel reingequatscht!)

Wenn Sie eigentlich die Straffreiheit wollen, dann müssen Sie an das Strafgesetz herangehen. Das haben Sie an der Stelle schon versucht; jetzt versuchen Sie es hier noch einmal über den Umweg.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben ein klares System, das weitestgehend rechtseinheitlich ist, (C) auch über die Länder hinweg. Der einzige Unterschied zu Ihren Forderungen ist: Im Moment werden in den Ländern zwischen vier und sechs Stunden pro Tagessatz angerechnet. Sie sagen: Ein Tagessatz darf nur drei Stunden Arbeit beinhalten. Ja, man kann darüber reden, wie lang der Arbeitstag sein sollte bzw. wie viel anzurechnen ist.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht so lange wie hier bei uns!)

Der fundamentale Unterschied ist der, dass Sie nicht bereit sind, zu akzeptieren, dass in den Fällen, in denen ein verurteilter Straftäter einen Ersatz – und sei es eine gemeinnützige Arbeit – nicht erbringen will, er als letzte Sanktionsmöglichkeit wieder auf die Ersatzfreiheitsstrafe zurückfällt. Genau das wollen Sie abschaffen.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Aber Sie lassen jetzt erst mal die Ersatzfreiheitsstrafe stehen!)

Sie wollen de facto am Ende eine Straffreiheit schaffen. Das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren.

Es ist jetzt 0.51 Uhr. Ich schenke Ihnen 90 Sekunden. Vielleicht mögen die Nachredner es mir gleichtun.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber großzügig!)

(D) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege, für dieses wunderbare Geschenk. – Als Nächstes für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Thomas Seitz.

(Beifall bei der AfD)

Thomas Seitz (AfD):

Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

> Ein marxistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert.

Dieser den Gulag überlebenden Alexander Solschenizyn zugeschriebene Ausspruch passt zur heutigen Diskussion; denn bei der Verfolgung und Kriminalisierung der politischen Gegner ist die SED-Nachfolgepartei genauso eifrig wie bei der Zerstörung der Grundlagen unserer Rechtsordnung.

(Beifall bei der AfD)

Nach der Straflosigkeit der Beförderungserschleichung nun also die Aufhebung der Ersatzfreiheitsstrafe! Beide Vorlagen befördern die salamitaktische Einführung eines solchen von Solschenizyn beschriebenen Systems.

(Lachen der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE])

Der Gesetzentwurf der Linken tischt uns das Märchen auf, dass es bei dem Thema Ersatzfreiheitsstrafe um Armutsdelikte geht. Delikte wie Diebstahl, Beförde-

Thomas Seitz

(A) rungserschleichung oder Fahren ohne Fahrerlaubnis sind aber ganz einfach Massendelikte, die überwiegend mit der Verhängung einer Geldstrafe sanktioniert werden. Es ist damit zwangsläufig, dass es auch häufig zur Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen kommt. Die Tat selbst hat aber nichts mit Armut zu tun.

Natürlich ist eine Geldstrafe in der Regel für denjenigen leichter zu erbringen, dessen Einkommen die existenziellen Lebenshaltungskosten überschreitet, der kreditwürdig ist und der vielleicht auch noch über Vermögen verfügt. Die bestehenden Regularien nehmen darauf aber schon in vielerlei Hinsicht Rücksicht. So kann nach § 42 StGB oder § 459a StPO zunächst ein Zahlungsaufschub genauso gewährt werden wie Ratenzahlungen.

Aufgrund der Öffnungsklausel im EGStGB wurde in allen Bundesländern die Möglichkeit geschaffen, ersatzweise gemeinnützige Arbeit zu leisten. In Baden-Württemberg kann so durch die Ableistung von vier Stunden gemeinnütziger Arbeit – im Ausnahmefall sogar durch lediglich drei Stunden – ein Tagessatz abgegolten werden. Diese Regelungen unter dem bereits erwähnten Motto „Schwitzen statt Sitzen“ haben sich bewährt und tragen jedes Jahr dazu bei, etwa 190 000 Hafttage abzuwenden.

(Beifall bei der AfD)

Daneben wird die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe nach § 459f StPO aufgeschoben, wenn sie eine unbillige Härte darstellt. Dies erfasst den Fall, dass ein Verurteilter krankheitsbedingt nicht arbeiten kann, genauso wie den Fall, dass die Ableistung der Arbeit an einer fehlenden Betreuungsmöglichkeit für Kinder scheitert.

(B) Die behauptete Diskriminierung ärmerer Straftäter durch die Regelungen zur Ersatzfreiheitsstrafe entpuppt sich damit schnell als Luftnummer und als Scheinkorrelation im Sinne der Statistik; denn der Grund für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe ist nicht die finanzielle Schwäche dieser Menschen. Der Grund liegt vielmehr in ihrer Respektlosigkeit gegenüber dem deutschen Recht und der deutschen Gesellschaft

(Beifall bei der AfD)

und auch gegenüber den Opfern ihrer Straftaten, die nicht nur eine wirksame Bestrafung der Täter erwarten, sondern auch die Durchsetzung einer verhängten Strafe.

Um die aktuell in der „Zeitschrift für Rechtspolitik“ geführte Debatte zur Frage der Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe aufzugreifen: Diese ist gerade keine „Zusatzstrafe für Armut und Krankheit“, wie es der Strafverteidiger Guthke meint, sondern sie ist mit den Worten des Bundesrichters Radke das „Rückgrat der Geldstrafe“.

Erinnern wir uns an die zeitliche Abfolge: Zunächst gab es eine Rechtsgutverletzung, die von der Gesellschaft mit der Verhängung einer Sanktion beantwortet wurde. Die Strafdrohung des Gesetzes bleibt jedoch ebenso wie die Verhängung der Strafe wirkungslos, wenn die Strafe nicht auch vollstreckt wird. Die Ersatzfreiheitsstrafe ist deshalb das notwendige Surrogat der Geldstrafe. Nach Androhung der Ersatzfreiheitsstrafe wird die Geldstrafe übrigens in zwei von drei Fällen bezahlt, in vielen Fällen

(C) sogar unmittelbar bei der Verhaftung oder kurz danach, womit sich eine Inhaftierung ebenfalls erledigt hat.

Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe betrifft zu einem ganz großen Teil Menschen mit einer massiven Vorstrafenbelastung und Hafterfahrung. Auch wenn es die Linken vermutlich nicht hören wollen: Nicht wenige dieser Menschen verbringen eher ein paar Tage im Strafvollzug, als freiwillig zu arbeiten.

(Beifall bei der AfD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon gar nicht bei Ihnen! – Niema Movassat [DIE LINKE]: Völliger Sozialhass gegen arme Menschen! Sie behaupten aber, die Partei der kleinen Leute zu sein!)

In der Diskussion wird weiter das Argument der Haftkosten oder knapp werdenden Haftplätzen angeführt – und das nicht zu Unrecht angesichts der von der Bundesregierung massenhaft nach Deutschland eingeladenen ausländischen Kriminellen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh mein Gott! Was war das denn jetzt? Ich dachte, Sie reden sachlich-fachlich! Meine Güte!)

– Stellen Sie doch eine Zwischenfrage! – Aber die Gewährleistung der inneren Sicherheit – dazu gehört existenziell die konsequente Verfolgung von Rechtsgutverletzungen – bildet gerade den Kern der Existenzberechtigung des Staates und ist zwingende Voraussetzung für die Legitimität seines Gewaltmonopols. Hierfür (D) muss Geld da sein, und wenn dieses knapp wird, dann gibt es ausreichend andere Felder, auf denen der Staat sparen kann, weil dort die Milliarden nur so verschleudert werden. Ich sage nur: Euro-Wahnsinn, Genderideologie oder Pseudoflüchtlinge.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt nicht Ihr Ernst! Was hat das denn mit der Ersatzfreiheitsstrafe zu tun?)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf der Linken ist unnötig und unbegründet. Er birgt die Gefahr einer weiteren Aushöhlung des Rechtsstaates und insbesondere eines wirksamen Strafrechts und ist daher abzulehnen.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege Johannes Fechner das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Johannes Fechner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat will die Fraktion der Linken die Ersatzfreiheitsstrafe komplett abschaffen. Ersatzfreiheitsstrafe bedeu-

Dr. Johannes Fechner

(A) tet – wir haben es schon gehört –, dass Straftäter, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, sie dann aber nicht bezahlen können, als Ersatz für die Geldstrafe in Haft müssen.

Ich finde, wir müssen hier das Problem diskutieren. Die aktuelle Regelung hat zur Folge, dass 10 Prozent aller Inhaftierten ärmere Menschen sind, die, weil sie eine Geldstrafe nicht bezahlen konnten, in Haft mussten. Das sind in Deutschland über 4 000 Personen; überwiegend sind es Menschen, die keinen Job haben, die einen Krankheitshintergrund haben. Deswegen ist das Grundanliegen der Linken tatsächlich interessant zu diskutieren, wenngleich ich Ihren Gesetzentwurf in der Sache ablehne;

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Schade eigentlich!)

denn es gibt schon heute die Möglichkeit, dass die Länder Regelungen treffen, dass man durch das Ableisten gemeinnütziger Arbeit nicht in Haft muss, die Ersatzhaftstrafe nicht antreten muss, wenn es unangemessen erscheint.

Zum Beispiel hat der frühere Justizminister Kutschaty in Nordrhein-Westfalen intensiv mit Bistümern oder mit der Caritas daran gearbeitet, entsprechende Schritte einzuleiten, und es so den Strafvollstreckungsbehörden ermöglicht, Verurteilte anstelle von Ersatzfreiheitsstrafe in gemeinnützige Arbeit, etwa bei den Kirchen, zu bringen oder sie an Sozialeinrichtungen zu vermitteln.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist gut! Aber davon brauchen wir mehr, viel mehr!)

(B) Auch in Niedersachsen haben wir ein solches Projekt. Schon seit 1991 gibt es das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“. Im Jahr 2016 konnten so etwa 1 200 Menschen, die nur zu Bagatelldelikten verurteilt wurden, vor der Ersatzfreiheitsstrafe bewahrt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Beispiele, die zeigen, dass in den Ländern sehr sinnvoll von dieser Möglichkeit, die wir schon heute haben, Gebrauch gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch wollen Sie generell die Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen. Das halte ich für falsch; denn dadurch machen Sie die Geldstrafe zu einem stumpfen Schwert. Ich finde, auch eine Geldstrafe muss abschreckende Sanktion sein; denn wenn ein Straftäter weiß, dass er die Geldstrafe gar nicht bezahlen muss, dann stellt sich doch die Frage: Was soll ihn zur Zahlung motivieren? Wie soll die Sanktion dann überhaupt greifen?

(Niema Movassat [DIE LINKE]: 30-jähriger Pfändungstitel!)

Es zeigt sich, dass die Geldstrafen oft erst bezahlt werden, wenn als Sanktion die Haft angedroht wird.

Man muss auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass es schon heute in der Strafprozessordnung viele soziale Möglichkeiten gibt: Es können Zahlungserleichterungen gewährt werden, etwa Ratenzahlungen, und schließlich gibt es auch die Härteklausel, nach der ein Gericht von der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe absehen kann. Ich schaue mir gerne den Fall der Frau mit dem kleinen

(C) Kind an, den Sie genannt hatten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einem solchen Fall nicht von der Härtefallklausel Gebrauch gemacht wurde.

Also, wir haben schon heute zahlreiche Möglichkeiten, ärmeren Menschen entgegenzukommen, indem sie gemeinnützige Arbeit leisten oder Ratenzahlungen erbringen. Man hört nun oft von Landesjustizministern die Forderung, die Ersatzfreiheitsstrafe abzuschaffen. Ich finde, da ist ganz oft das Hauptmotiv, dass man Geld sparen will. Ich finde, das kann kein überzeugendes Motiv sein. Wir können keinen Strafvollzug nach Kassenlage machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es mag sein, dass in Ländern die Angebote für gemeinnützige Arbeit ausgebaut werden können, dass man da noch mehr tun kann. Es mag sein, dass manche Länder die Mittel für diese Angebote erhöhen müssen. Deshalb ist es gut, dass das Bundesjustizministerium gemeinsam mit den Ländern in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe derzeit prüft, wie diese Angebote ausgeweitet werden können, ob es alternative Sanktionsmöglichkeiten gibt. Ich finde, genau das ist der richtige Weg: gemeinsam mit den Ländern zu prüfen, ärmere Menschen bei Bagatelldelikten vor der Haft zu bewahren durch andere Sanktionen wie etwa gemeinnützige Arbeit. Lassen Sie uns gemeinsam mit den Ländern prüfen, ob und wie wir alternative Sanktionen schaffen können, um Ersatzfreiheitsstrafen gerade bei Bagatelldelikten zu vermeiden.

(D) Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner für die FDP-Fraktion: Dr. Jürgen Martens.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Jürgen Martens (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, rechtspolitisch ist Geisterstunde, und in der Tat begeben wir uns jetzt mit den Linken zusammen auf eine rechtspolitische Geisterbahnfahrt.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Also in Schweden herrschen Geister, oder wie?)

Die Ersatzfreiheitsstrafe nach § 43 StGB tritt an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe. Punkt! Sie ist keine eigenständige Sanktion. Sie dient auch nicht, wie Sie sagen, der „Diskriminierung“ einer einkommensschwachen Person, so heißt es in dem Gesetzentwurf. Das ist Unfug.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: So wirkt sie sich aus!)

(A) Hier schimmert allenfalls die altkommunistische Diffamierung der Strafjustiz als Zentraleinrichtung des kapitalistischen Repressionsapparates hervor.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt nicht Ihr Ernst, Herr Kollege! – Niema Movassat [DIE LINKE]: Jetzt sind Sie auf einer Argumentationslinie mit der AfD, das wissen Sie aber?)

Das begegnet uns dort wieder.

Genauso simpel wird das dann durchdekliniert am Beispiel einer Frau, die einmal schwarz fährt, schwanger ist und vom Kind wegen der Ersatzfreiheitsstrafe getrennt wird. Das ist dummes Zeug.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Ich schicke Ihnen das Beispiel zu!)

Zeigen Sie mir diesen Fall, bringen Sie ihn, schreiben Sie es uns! Wir fragen nach, und schauen es uns an. Wegen einmal Schwarzfahren wird keine Ersatzfreiheitsstrafe verhängt. Es wird nicht einmal eine Geldstrafe verhängt. In der Regel wird das Verfahren eingestellt gegen Zahlung einer Geldauflage, und das auch nur im Wiederholungsfalle. So sieht die Rechtspraxis aus. Was Sie hier erzählen, sind ganz einfach Märchen, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Jürgen Braun [AfD] – Niema Movassat [DIE LINKE]: Ich schicke Ihnen den Beitrag!)

(B) Wenn Sie erzählen, dass die Geldstrafe dann nicht entrichtet werden kann, dann fragt sich wirklich: Wie bemisst sich eine Geldstrafe? Eine Geldstrafe wird nach den wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten festgesetzt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau! Nicht nur 5 Euro!)

– Nein, lieber Wolfgang, da verwechselst du die Anzahl der Tagessätze, die mindestens fünf beträgt.

Zur Höhe der Geldstrafe – aufpassen! –: Nach § 40 Absatz 2 Satz 3 Strafgesetzbuch beträgt die Mindesthöhe eines Tagessatzes 1 Euro.

(Dr. Patrick Sensburg [CDU/CSU]: Und noch einen!)

So. Und das ist schon zu viel für Leute, die Straftaten begangen haben und die der Richter dann nach mehrfachen Wiederholungstaten verurteilt? Glauben Sie das im Ernst?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat noch nie was mit Strafrecht zu tun gehabt!)

Ist es im Ernst Ihre Meinung, dass sich die Leute das nicht leisten können, dass sie deswegen Ersatzfreiheitsstrafe kriegen, dass Mütter und Kinder in Haftanstalten getrennt werden? Als ehemaliger Justizminister weiß ich: Wir haben sogar Haftplätze für Mutter und Kind eingerichtet, um diese Sachen zu verhindern, und zwar für längerfristige Freiheitsstrafen, gewiss nicht bei Ersatzfreiheitsstrafen. Dort gibt es nämlich die Härtefallregelung, dass von so etwas im Regelfall abgesehen wird. (C)

Sie wollen die Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen, aber die Konsequenzen deklinieren Sie nicht durch. Es gibt nämlich nicht nur Leute, die nicht zahlen können, sondern es gibt auch – das weiß ich leider aus Erfahrung – verdammt viele, die nicht zahlen wollen.

(Axel Müller [CDU/CSU]: So ist es!)

Welche Sanktionen haben Sie denn dann, um den Strafanspruch des Staates zu realisieren? Oder meinen Sie, der Staat hätte in bestimmten Fällen überhaupt keinen Strafanspruch? Dann müssen Sie das sagen. Aber wenn Sie den ernst nehmen wollen, dann müssen Sie anstelle einer Geldstrafe eine andere Sanktion machen. Selbst wenn das nicht beibringbar ist: Es gibt nach Artikel 239 EGStGB das Programm „Schwitzen statt Sitzen“, die Möglichkeit, soziale Arbeit zu leisten. Das ist eine Ausweichmöglichkeit, mit der Ersatzfreiheitsstrafe verhindert werden kann und auch in vielen Fällen verhindert wird. Warum sollte man davon nicht Gebrauch machen?

Meine Damen und Herren, Ihr Vorschlag, die Ersatzfreiheitsstrafe zu streichen, führt in letzter Konsequenz dazu, dass nur noch eine Strafart bleibt: Das ist die unbedingte Freiheitsstrafe bzw. die Freiheitsstrafe auf Bewährung. Und das hat nun mit einer vernünftigen Strafrechtspolitik nicht das Geringste zu tun, meine Damen und Herren.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Dann gibt es aber noch die Grenze!)

(D) Kurzum: Wir treffen hier zu später Stunde wieder einmal auf die altbekannten sozialistischen Gespenster einer – lassen Sie es mich mal so sagen – umgekehrten Klassenjustiz.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt nicht schon wieder!)

Diejenigen, die strafrechtliche Privilegierungen in Anspruch nehmen sollen, sind nach Ihrer Auffassung diejenigen, die nicht das Geld haben für einen Straßenbahnticket oder irgendetwas anderes. In anderen Fällen sehen Sie das ganz anders; da sind Sie für zünftige Sanktionierungen durchaus zu haben. Aber diesen Vorschlag einer, ich sage mal: zutiefst ideologischen und an der Wirklichkeit nicht im Geringsten orientierten Strafrechtspolitik werden wir mit Sicherheit nicht unterstützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Canan Bayram, Bündnis 90/Die Grünen

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich das erste Mal den Gesetzentwurf der Linken gelesen habe, kam er mir in Teilen bekannt vor, und tatsächlich führen Sie in Ihrer Begründung ja aus, dass die seinerzeitige rot-grüne Koalition hier im Bun-

Canan Bayram

(A) destag so etwas schon einmal eingebracht hat, und zwar nur in Teilen. Das heißt, Sie haben einen großen Teil des Gesetzentwurfs, den wir damals eingebracht haben, nicht übernommen, sondern lediglich diesen Teil, der – das muss ich sagen – einfach zu kurz greift.

Sie haben ja den einen Fall vorgetragen. Obwohl ich es nicht wusste, habe auch ich mich vorbereitet und mir vom Land Berlin mal die Zahlen geben lassen für die aktuellen Delikte bei der Ersatzfreiheitsstrafe in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee – Stichtag: 13. Juni 2018 –: Da sitzen 57 Menschen wegen des Erschleichens von Leistungen. Wir haben schon einen Antrag eingebracht, dass wir das gerne zu einer Ordnungswidrigkeit herabstufen würden. Wenn wir das dort regeln können, wird die Frage, ob wir es dann hier tatsächlich abschaffen müssen, weniger relevant.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der JVA Plötzensee gibt es derzeit 52 Fälle wegen Diebstahls. Da gibt es auch eine große Debatte, inwieweit Massendelikte wie Diebstahl tatsächlich noch weiterhin verfolgt werden sollen. Darüber kann man diskutieren. Ich kenne aber niemanden, der einen Antrag eingebracht hat, dass Diebstahl entkriminalisiert wird; es lässt sich über alles reden. Dann gibt es 14 Fälle wegen Betrugs. Auch das ist etwas, wo ich sagen würde: Darüber müssen wir reden. Es gibt 12 Fälle wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Da ist es ebenfalls so, dass wir Anträge im Verfahren haben, in denen wir über Legalisierung, Teillegalisierung, kontrollierte Abgabe für bestimmte Betäubungsmittel diskutieren wollen. Da

(B) würde ich ebenfalls die Frage stellen: Wollen wir dafür generell die Ersatzfreiheitsstrafe aufheben, oder wollen wir an den Delikten ansetzen und sagen: „Da können wir entkriminalisieren“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Acht Personen sitzen wegen Körperverletzungsdelikten in Ersatzfreiheitsstrafenhaft. Da wird es, ehrlich gesagt, schon schwierig; denn da geht es ja natürlich darum, wie der Täter-Opfer-Ausgleich eigentlich stattfinden soll, wenn der Staat komplett aufgibt, sich einzumischen.

Deswegen würde ich sagen: Es ist ein interessanter Beitrag,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bist du aber nett!)

über den man im Ausschuss – vielleicht auch einer Anhörung – diskutieren kann.

Ich will noch mal sagen, warum sich die Justizministerkonferenzen seit langem immer wieder über diese Probleme unterhalten, aber nicht verständigen können: Das eine ist tatsächlich, dass die Ersatzfreiheitsstrafe im System der Straf- und Justizvollzugsanstalten eine Art Fremdkörper ist. Es ist egal, welcher Couleur sozusagen die Justizminister sind, alle klagen über das Problem. Wir brauchen eine Lösung. Deswegen fände ich es spannend, tatsächlich mal eine Anhörung hier im Deutschen Bundestag zu dem Thema anzusetzen, um darüber zu reden, welche Lösungsansätze einen Ausgleich ermöglichen, der aber, glaube ich – da muss ich Sie ein Stück weit ent-

(C) täuschen –, nicht die Antwort zum Ergebnis haben wird, die Ihr Gesetzentwurf vermuten lässt.

Denn der Grundsatz, dass ein Mensch nur durch einen gesetzlichen Richter zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden sollte, ist ja richtig. Aber die Lösung, die Sie hier vorschlagen, greift eben doch zu kurz. Das ist faktisch keine Lösung. Deswegen: Lassen Sie uns darüber reden, und vielleicht finden wir sogar eine gemeinsame Lösung.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner: Dr. Volker Ullrich für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über die Ersatzfreiheitsstrafe ist eine rechtspolitisch anspruchsvolle Debatte. Ich finde es ein bisschen schade, dass auf der einen Seite Sie von der AfD es tatsächlich fertigbringen, die Themen Genderideologie, Euro-Rettung und Flüchtlinge in die Debatte einzubringen. Das ist genauso unredlich wie auf der anderen Seite die Argumentation der Linken,

(Zuruf von der LINKEN: Na!)

die die Kosten für den Strafvollzug im Zusammenhang mit Ersatzfreiheitsstrafen wegen Schwarzfahrens hoch-

(D) rechnen. Beides zeigt eine Despektierlichkeit eines wichtigen rechtspolitischen Themas, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Punkt ist zunächst einmal, dass wir eine klare rechtliche Regelung haben. Die Ersatzfreiheitsstrafe ist nur dann möglich, wenn die Geldstrafe uneinbringlich ist. Das heißt, der Rechtsstaat versucht zunächst einmal, die Geldstrafe tatsächlich zu vollstrecken – übrigens nicht mit der Härte, wie Sie sie dargestellt haben, sondern mit allen möglichen Brücken, die der Rechtsstaat zur Verfügung hat. Dies geht hin bis zu der Möglichkeit, dass ein Dritter die Geldstrafe für Sie bezahlt und Sie sozusagen in der gleichen Sekunde, in der jemand anders Ihre Geldstrafe begleicht, aus der Ersatzfreiheitsstrafe entlassen werden. Auch können Sie die Möglichkeit der Ratenzahlung nutzen, und, ja, es gibt auch Möglichkeiten zur Stundung.

In Ihrem Gesetzentwurf lassen Sie auch völlig unberücksichtigt, dass sich die Höhe des Tagessatzes natürlich nach dem Einkommen richtet und damit im Rahmen des Strafurteils gar keine Diskriminierung stattfinden kann; denn derjenige, der wenig verdient, muss natürlich einen geringeren Tagessatz bezahlen, während derjenige, der viel verdient, einen höheren Tagessatz zahlen muss. Aber auch wenn jemand eine geringe Geldstrafe bekommt, weil er wenig Geld hat, muss gewährleistet sein, dass er sie irgendwie ableistet; denn eine Strafe, die in einem Rechtsstaat ausgesprochen wurde, muss auch vollstreckt

Dr. Volker Ullrich

(A)

werden, wenn die Strafe nicht ins Leere laufen soll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn es um den Charakter der Ersatzfreiheitsstrafe geht, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass unsere Rechtsordnung auch in anderen Fällen eine Haft vorsieht. Beispielsweise kann in zivilprozessualen Fällen Erzwingungshaft angeordnet werden. Das heißt, die Argumentation, dass die Haft an sich das falsche Instrument sei, geht vor dem Hintergrund, dass auch in anderen Fällen eine Haft angeordnet werden kann, völlig fehl.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Sie hat aber einen anderen Zweck!)

Ich möchte Ihnen zumindest in einem Punkt zustimmen, nämlich dass bei der Frage der Bemessung der Ersatzfreiheitsstrafe im Verhältnis zu den Tagessätzen eine rechtspolitische Diskussion durchaus angebracht ist. Aber gerade diesen Punkt haben Sie nicht angesprochen; denn ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe entspricht einem Tagessatz der Geldstrafe. Der Tagessatz bildet aber ein Stück weit das Erwerbseinkommen an einem Arbeitstag von durchschnittlich acht Stunden ab. Das heißt, es gibt in der Tat eine gewisse Umrechnungsproblematik, weil die Ersatzfreiheitsstrafe natürlich 24 Stunden wirkt und nicht nur im Äquivalent von 8 Stunden. Darüber können wir reden.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt doch schon Vorschläge dazu!)

Wir sollten eines nicht vergessen: Sie wollen ja keine Reform der Bemessung, sondern Sie wollen die Ersatzfreiheitsstrafe ganz abschaffen. Aber wenn die Ersatzfreiheitsstrafe ganz abgeschafft wird, werden alle Reformansätze Makulatur. Sie wollen dieses Instrument beseitigen. Die Argumente, die Sie dafür vorbringen, sind aber strafrechtlich und rechtspolitisch unhaltbar. Letzten Endes könnte der Staat, wenn Ihr Gesetzentwurf zum Tragen käme, seinen Strafanspruch nicht mehr durchsetzen. Das ist vor dem Hintergrund, dass wir einen starken Rechtsstaat wollen, mit uns nicht zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie uns lieber darüber sprechen, wie wir die Härten einer Ersatzfreiheitsstrafe abmildern können, zum Beispiel könnte alternativ gemeinnützige Arbeit geleistet werden. Viele Bundesländer leisten da Vorbildliches. Ich möchte insbesondere mein eigenes, den Freistaat Bayern, ansprechen, der seit vielen Jahren hervorragende Projekte im Bereich „Schwitzen statt Sitzen“ durchführt. Wir sollten die Länder ermutigen, gerade beim Thema „gemeinnützige Arbeit anstelle von Ersatzfreiheitsstrafen“ weiter voranzuschreiten; denn es sollte nicht unser Ziel sein, die Menschen bei kurzzeitigen Ersatzfreiheitsstrafen ins Gefängnis zu bringen. Aber es muss unser Ziel sein, dass Recht Recht bleibt und der Strafanspruch des Staates vollstreckt wird.

(C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Punkt ist der Kollege Dr. Karl-Heinz Brunner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt einige Beiträge zu freiheitsentziehenden Maßnahmen gehört. Ich bin jetzt, um 1.15 Uhr, geneigt, zu sagen: Auch wir sind nahe dran, in diesem Hause eine freiheitsentziehende Maßnahme vollstreckt zu bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nichtsdestotrotz finde ich es schon enttäuschend, dass die Diskussionen, die wir über das Schwarzfahren geführt haben – in großen Teilen waren wir uns ja einig, dass wir darüber sprechen müssen, welche Tatbestände gegebenenfalls entkriminalisiert werden können und welche nicht –, bereits nach wenigen Tagen heute in diesem Hohen Hause in diesen Gesetzentwurf, in diesen platten Vorschlag münden, die Ersatzfreiheitsstrafe vollständig abzuschaffen, ohne dass die Ausschüsse bisher in irgendeiner Form damit befasst waren.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das deshalb, weil einer der Grundsätze unseres Rechtssystems doch ist – dem habe ich mich immer verpflichtet gefühlt –, dass vor dem Gesetz jeder gleich ist: der Arme wie der Reiche. Jeder ist vor dem Gesetz gleich. Es gibt vor dem Gesetz keine Ungleichbehandlung dahin gehend, dass der Reiche verurteilt wird und der Arme nicht verurteilt wird. Wenn ein Straftatbestand vorliegt und ein Strafanspruch besteht, ist jeder diesem Strafanspruch des Staates und der Gesellschaft zu unterwerfen.

Ich sage ganz deutlich: Bei der Begründung des hier eingebrachten Gesetzentwurfs wird oberflächlich mit den 2,50 Euro für eine Fahrkarte der BVG argumentiert, aber – das hat auch die Kollegin Bayram von den Grünen gesagt – es geht um weit mehr. Denn mit einem Wegfall der Ersatzfreiheitsstrafe würden wir billigend in Kauf nehmen, dass Straftatbestände wie Körperverletzung – das will ich nicht –, Betrug – das will ich nicht –, Hausfriedensbruch – das will ich auch nicht –, Diebstahl – das will ich gleich gar nicht – und das, was auch mit Geldstrafe geahndet wird, nämlich sexuelle Belästigung – das will ich schon gar nicht –, straffrei gestellt werden. Das will ich nicht. Ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie und die Mehrheit dieses Hauses wollen das auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Wir auch nicht! Das ist doch Unsinn! Darum geht es doch gar nicht in dem Gesetzentwurf!)

Dr. Karl-Heinz Brunner

(A) Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass das Rechtssystem derzeit – abgesehen von der Möglichkeit der gemeinnützigen Arbeit statt Haft – bereits einige Möglichkeiten zur Abmilderung wie Ratenzahlung etc. hat. Jeder Richter hat bei seiner Entscheidung auch die soziale Komponente zu berücksichtigen und kann gegebenenfalls den Tagessatz auf 1 Euro festsetzen. Möglich ist auch, zum Beispiel wenn jemand Reue zeigt und einsichtig ist, eine Verwarnung mit Strafvorbehalt anstatt einer Verurteilung; da passiert dann noch gar nichts.

Ich glaube, dieses Thema ist in den Ausschüssen gut aufgehoben, und dort sollten wir versuchen, vernünftige und klare Lösungen zu finden, auch um die Länder, die personell vielleicht noch nicht so ausgestattet sind, beim Thema „Schwitzen statt Sitzen" – also gemeinnützige Arbeit statt Haft – zu unterstützen, bessere Angebote zu unterbreiten.

Eines möchte ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende der Diskussion noch sagen: Die Ersatzfreiheitsstrafe darf nicht als ein Instrument zur Bewältigung von Löchern in den Justizhaushalten gesehen werden. Die Ersatzfreiheitsstrafe ist wie die Geldstrafe ein Strafanspruch dieses Staates. Wir haben zu entscheiden, was strafbar ist und was nicht. Darüber zu diskutieren, sind wir gerne bereit, auch um 1.19 Uhr. Und wenn nicht noch ein paar Reden zu Protokoll gegeben werden müssten, würde ich sagen: Herr Präsident, geben Sie mir den Hausschlüssel, ich sperre gerne zu.

(B) Guten Abend!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:
Vielen Dank, lieber Herr Kollege Brunner. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 19/1689 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 8 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationalen Strafgerichtshof stärken

Drucksache 19/2983

Die **Reden** sollen **zu Protokoll** gegeben werden. – Ich sehe deutlich, dass Sie damit einverstanden sind.[1)]

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/2983 mit dem Titel „Internationalen Strafgerichtshof stärken". Wer stimmt für den Antrag? – Das sind FDP, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung von Linken und AfD ist der Antrag angenommen.

(C) Ich rufe die Zusatzpunkte 9 und 10 auf:

ZP 9 Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen

Drucksache 19/2984

ZP 10 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fuß- und Radverkehr sicherer machen – Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen

Drucksachen 19/1202, 19/3028

Zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor.

Auch diese **Reden** sollen **zu Protokoll** gegeben werden. – Sie sind damit einverstanden. Dann erfolgt das so.[2)]

(D) Zusatzpunkt 9. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/2984 mit dem Titel „Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen". Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP auf Drucksache 19/3043 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer ist für den Änderungsantrag? – Das ist nur die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen des Hauses. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 19/2984? –

(Zurufe von der AfD und der FDP: Niemand! – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Gut, also die Koalition ist geschlossen für diesen Antrag.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Linke und FDP. Damit ist der Antrag angenommen.

Zusatzpunkt 10. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Fuß- und Radverkehr sicherer machen – Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen". Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf

---

1) Anlage 7

2) Anlage 8

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Drucksache 19/3028, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/1202 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Dann kann ich mir die Gegenprobe sparen – Enthaltungen auch. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Renate Künast, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tierschutz an Schlachthöfen verbessern

Drucksache 19/2112

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

(B)

(C) Die **Reden** sollen **zu Prot**okoll gegeben werden. – Sie sind damit einverstanden.[1)]

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2112 an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung.

Die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages berufe ich auf Freitag, 29. Juni 2018, 9 Uhr, ein. Schlafen Sie gut.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 1.23 Uhr)

[1)] Anlage 9

(D)

(A) (C)

(B) (D)

(A) (C)

Anlagen zum Stenografischen Bericht

Anlage 1

Entschuldigte Abgeordnete

Abgeordnete(r)	
Beer, Nicola	FDP
Brugger, Agnieszka*	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Bülow, Marco	SPD
Dörner, Katja	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Felser, Peter	AfD
Gabriel, Sigmar	SPD
Held, Marcus	SPD
Heßenkemper, Dr. Heiko	AfD
Hoffmann, Alexander	CDU/CSU
Högl, Dr. Eva	SPD
Mortler, Marlene	CDU/CSU
Nord, Thomas	DIE LINKE
Schäfer (Bochum), Axel	SPD
Schimke, Jana *	CDU/CSU
Schulz, Jimmy	FDP
Walter-Rosenheimer, Beate	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

* aufgrund gesetzlichen Mutterschutzes

(B) (D)

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Philipp Amthor, Melanie Bernstein, Gitta Connemann, Yvonne Magwas, Axel Müller, Henning Otte, Tankred Schipanski, Marco Wanderwitz und Klaus-Peter Willsch (alle CDU/CSU) zu der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten
(Tagesordnungspunkt 10 a)

Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen, da nach meiner Meinung der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren. Zu diesem Themenkomplex wird die CDU/CSU-Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Arnold Vaatz, Dr. h. c. Albert Weiler und Oliver Wittke (alle CDU/CSU) zu der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten
(Tagesordnungspunkt 10 a)

Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen, da nach meiner Meinung der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren. Erst kürzlich hat der Wolf am 28. Mai 2018 zwei Kinder, zehn und vier Jahre alt, in Berg Karabach angegriffen und tödlich verletzt, wie mir der armenische Botschafter bestätigte. Die Ärzte konnten die Kinder nicht mehr retten. Beide Kinder sind im Krankenhaus am 19. Juni und 22. Juni 2018 verstorben (siehe Internetlink: https://www.panorama.am/ru/news/2018/06/23/%D0%90%D1%80%D1%86%D0%B0%D1%85-%D0%B2%D0%BE%D0%BB%D0%BA-%D0%B4%D0%B5%D1 %82%D0%B8/1968894).

Unsere Kulturlandschaft, die durch den sehr hohen Nutzungsgrad der Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und der Energiegewinnung erheblich belastet ist, bietet dem Wolf keine Ruhe- und Rückzugsgebiete. Deshalb ist er permanent auf Futter- und Nahrungssuche. Es wird nicht ein Tier gerissen, um den Hunger zu stillen, sondern in kurzer Zeit kommen auch durch geringe Wolfsbestände Hunderte von Tieren, zum Beispiel Schafe und Kälber, jämmerlich zu Tode. Dies bestätigt der Artikel des Bayerischen landwirtschaftlichen Wochenblattes vom 4. Mai 2018 (siehe Internetlink: https://www.agrarheute.com/wochenblatt/feld-stall/tierhaltung/baden-wuerttemberg-wolf-reisst-32-schafe-544660).

(A) Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch hier Kinder oder erwachsene Menschen zu Schaden oder sogar zu Tode kommen. Das kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, zumal ich keine Notwendigkeit sehe, die eine Besiedelung Deutschlands durch den Wolf unter diesen Umständen und diesen Gefahren rechtfertigen würde. Zu diesem Themenkomplex wird die CDU/CSU-Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Marc Henrichmann und Felix Schreiner (beide CDU/CSU) zu der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten
(Tagesordnungspunkt 10 a)

Ich stimme nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zu, da der Wolf in unserer Kulturlandschaft bei unregulierter Ausbreitung eine Gefahr für Menschen, Landnutzer und Tierhalter darstellen kann und er nicht ohne Weiteres geeignet ist, die (B) Wildbestände zu regulieren.

Zu diesem Themenkomplex wird die CDU/CSU-Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten.

Anlage 5

Erklärungen nach § 31 GO

zu der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten
(Tagesordnungspunkt 10 a)

Peter Bleser *(CDU/CSU):* Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen.

Der Antrag stellt einen Kompromiss der Regierungskoalition dar, dem ich auch zustimmen werde.

Aus meiner Sicht geht dieser Antrag aber nicht weit genug. Ich sehe die Gefahr, dass der Schutz von Weidetieren, aber auch von Menschen, nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

(C) ***Silvia Breher*** *(CDU/CSU):* Zum Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – erkläre ich, dass mir ein wesentlicher Aspekt unberücksichtigt bleibt und ich demzufolge nur eingeschränkt zustimmen kann.

Da die Wolfspopulation in jedem Jahr erheblich wächst, werden die Konflikte mit Wild- und Weidetieren, aber auch Menschen zunehmen.

Vor dem Hintergrund der Rückkehr des Wolfes in unsere Kulturlandschaft benötigen wir eine ganzheitliche Betrachtungsweise, die neben dem Artenschutz auch die berechtigten Interessen der Anwohner in ländlichen Gebieten, der Weidetierhalter und Landwirte gleichermaßen berücksichtigt.

Hierzu wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein entsprechendes Positionspapier erarbeiten.

Astrid Grotelüschen *(CDU/CSU):* Ich stimme dem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zu.

Der Antrag ist aus meiner Sicht jedoch nicht weitreichend genug, da er nicht ausreichend berücksichtigt, dass der Wolf nicht nur eine Gefahr für den Menschen darstellt, sondern durch vermehrte Tierrisse auch nachweislich eine Gefährdung der Vieh- und Weidehaltung (D) darstellt und sich so auch negativ auf den Deich- und Küstenschutz auswirken kann. Dem Antrag gebe ich meine Zustimmung daher nur vor dem Hintergrund, dass die CDU/CSU-Fraktion zu diesem Themenkomplex noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten wird.

Oliver Grundmann *(CDU/CSU):* Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen, da nach meiner Meinung der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren. Zudem sind unter anderem der Schutz der Deichsicherheit durch Wölfe gefährdet und Fragen des Schutzes hochwertvoller Pferdebestände in dem vorliegenden Antrag nicht genügend abgebildet.

Zu diesen Themenkomplexen wird die CDU/CSU Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten.

Mark Helfrich *(CDU/CSU):* Ich stimme dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zu, in dem Bewusstsein, dass es sich um einen Minimalkompromiss handelt. Meiner Meinung nach stellt der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen dar und ist

(A) nicht geeignet, Wildbestände zu regulieren. Zu diesem Themenkomplex wird die CDU/CSU-Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten mit dem Ziel, im parlamentarischen Verfahren später Verbesserungen zu erreichen.

Dietrich Monstadt *(CDU/CSU):* Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidentieren durch ein bundesweites abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen, da meiner Meinung nach der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren. Auch muss neben dem Ausgleich von unmittelbaren Schäden – Rissschaden – auch eine Regelung für mittelbar verursachte Schäden gefunden werden. Zu diesem Themenkomplex wird die CDU/CSU-Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten.

Josef Rief *(CDU/CSU):* Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen, da nach meiner Meinung der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren.

(B) ***Dieter Stier*** *(CDU/CSU):* Die in dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – getroffenen Feststellungen und Forderungen zur Regulierung der Wolfspopulation betrachte ich als nicht weitreichend genug, da nach meiner Meinung der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren.

Auch die Würdigung der Frage, was den deutschen Steuerzahler die massive Ausweitung der Wolfspopulation kostet, insbesondere auch im Vergleich zu anderen Lebensbereichen unserer Gesellschaft, kommt nach meiner Auffassung in diesem Antrag deutlich zu kurz. Zu diesem Themenkomplex wird die CDU/CSU-Fraktion noch ein eigenes Positionspapier erarbeiten.

Aus den von mir dargelegten Gründen kann ich dem genannten Antrag am heutigen Tag nicht zustimmen.

Hans-Jürgen Thies *(CDU/CSU):* Hiermit werde ich nur mit Einschränkung dem Antrag „Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten“ – Drucksache 19/2981 – zustimmen, da nach meiner Meinung der Wolf in unserer Kulturlandschaft auch eine Gefahr für Menschen darstellt und nicht geeignet ist, die Wildbestände zu regulieren.

(C) Die aktuelle Wolfspopulation in Deutschland – Stand 27. Juni 2018 – beläuft sich auf circa 1 000 Exemplare. Der Wolf befindet sich somit bereits jetzt in einem günstigen Erhaltungszustand. Seine zeitnahe Überführung von Anhang IV in Anhang V der FFH-RL ist daher nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar dringend geboten. Angesichts einer Populationsdynamik von 30 Prozent per anno besteht dringender Handlungsbedarf, der eine Begrenzung der Wolfspopulation in Deutschland auf aktuellem Niveau zum Ziel haben muss. Dies kann nur durch letale Entnahmen mit venatorischen Maßnahmen im Rahmen eines bundesweiten Wolfsmanagements geschehen. Hierzu müssen zeitnah die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland geschaffen werden.

Entgegen dem Wortlaut des Antrages – Drucksache 19/2981 – stellt die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland keinen naturschutzfachlichen „Erfolg“ und keine „Bereicherung“, sondern allenfalls eine Erweiterung des innerstaatlichen Artenspektrums dar.

Entgegen dem Wortlaut des Antrags „regulieren“ Wölfe nicht den Wildbestand. Wölfe reduzieren „wahllos“ zahlreiche wildlebende Tierbestände, sie rotten einzelne Wildarten, zum Beispiel das Muffelwild – Ovis ammon musimon –, sogar komplett aus und bewirken somit Artenschwund in Deutschland.

Für die Weidetierhaltung in Deutschland führt die Existenz der Wölfe zu nicht zu bewältigenden Konflikten. Zudem ergeben sich völlig ungeklärte Haftungsfragen, die ebenso wie die mannigfachen Kosten für Herdenschutz und für Entschädigungsleistungen nicht mit öffentlichen Steuermitteln kompensiert werden können. (D)

Aus Gründen des Menschen- und Tierartenschutzes sowie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung lehne ich deshalb Maßnahmen, die eine zeitnahe Bestandsregulierung der Wölfe in Deutschland verzögern oder verhindern, ab.

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze (Tagesordnungspunkt 16)

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Anfang Juni konnten wir in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Prospektverordnung im Plenum diskutieren. Zudem konnten wir wesentliche Fragen in der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am 13. Juni 2018 besprechen, insbesondere auch die Rückfragen zu den sieben von der CDU/CSU-Fraktion und SPD-Fraktion gestellten Änderungsanträgen. Heute, in der zweiten und dritten Lesung, können wir ein gutes gemeinsames Ergebnis präsentieren.

Wie schon in meiner letzten Rede zu diesem Thema gesagt, ist die Umsetzung der EU-Verordnung ein sehr

(A) gutes Beispiel dafür, wie wir künftig EU-Verordnungen umsetzen sollten. Bei jeder Umsetzung einer EU-Verordnung muss es meines Erachtens darum gehen, das Notwendige umzusetzen und Spielräume zu nutzen. Keine deutsche Sonderlösung, keine zusätzlichen gesetzlichen Vorschriften und keine weiteren Restriktionen. Das Ausnutzen von maximalen Spielräumen und Freiheiten bei der Umsetzung der EU-Prospektverordnung dient dem Wohle der Deutschen Wirtschaft und dem notwendigen Schutz der Anleger.

Gerade nach der öffentlichen Anhörung und der intensiven Diskussion aller Beteiligten wurden zwei Dinge noch mal in aller Deutlichkeit herausgearbeitet:

Erstens geht es um die Möglichkeit der erleichterten Kapitalmarktfinanzierung, insbesondere für den deutschen Mittelstand.

Zweitens geht es um die Verbesserung des Anlegerschutzes.

Beide Ziele werden bestmöglich in dem Gesetzentwurf erreicht.

Trotzdem müssen wir nach der Evaluierung, die Anfang 2019 kommt noch mal zwei Themen miteinander besprechen und eine Lösung finden.

Das erste sind die Einzelanlageschwellen: Eine Einzelanlageschwelle für nicht qualifizierte Anleger von 1 000 bzw. 10 000 Euro für besondere Fälle zu beschließen, erscheint mir zu restriktiv. Insbesondere für eine Förderung von Existenzgründungen, zum Beispiel im Rahmen von

(B) „Crowdfunding“, ist diese Einzelanlageschwelle einfach zu niedrig. Das wurde ja in der öffentlichen Anhörung deutlich, nicht nur seitens des Bundesverbandes Crowdfunding, sondern auch von den klassischen Vertretern der mittelständischen Wirtschaft, zum Beispiel der DIHK.

Hier liegen die durchschnittlichen Anlagehöhen bei mindestens 2 000 Euro. Auch deshalb schneiden wir im internationalen Vergleich in diesem Bereich noch schlechter ab. Ein Blick nach Israel oder England zeigt, wie sehr sich eine Existenzgründerszene durch solche privaten Finanzierungen positiv entwickeln kann. Das brauchen wir auch in unserem Land. Denn die Existenzgründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen.

Das zweite Thema, das wir nach einer Evaluierung im Jahr 2019 ansprechen müssen, ist der Einbezug von GmbHs in die Vereinfachungsregelung.

Es geht grundsätzlich darum, zu prüfen, inwieweit GmbHs und damit kleine und mittlere Unternehmen generell einen erleichterten Kapitalmarktzugang erhalten können.

Nach dem jetzigen Gesetzentwurf können Aktiengesellschaften Emissionen bis 8 Millionen Euro auf den Markt bringen ohne einen Prospekt erstellen zu müssen, während GmbHs nur 100 000 Euro emittieren dürfen. Das ist ein Verhältnis von 1 : 80! Schon deshalb ist es nicht verständlich, denn dem eigentlichen Ziel, auch kleinen und mittleren Unternehmen einen erleichterten Kapitalmarktzugang zu ermöglichen, wird mit diesem Gesetzentwurf noch nicht umfassend Rechnung getragen. Dieses Ungleichgewicht werden wir im Rahmen der (C) Evaluierung noch mal auf den Prüfstand stellen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Heute entscheiden wir, als nationaler Gesetzgeber, die Optionen der EU-Prospektverordnung zu nutzen. Damit stärken wir zum einen den Finanzplatz Deutschland – indem wir bürokratische Hürden bei der Unternehmensfinanzierung abbauen. Und zum anderen erweitern wir den Anlegerschutz durch das neue Wertpapier-Informationsblatt.

Wir als CDU und CSU wollen, dass Unternehmen in Deutschland wachsen – damit hier Wertschöpfung stattfindet und Arbeitsplätze entstehen. Für dieses Wachstum brauchen Unternehmen früher oder später frisches Kapital – um neue Märkte zu erschließen oder um neue Produkte zu entwickeln.

Bislang müssen Unternehmen ab einem Betrag von 100 000 Euro einen aufwendigen und kostspieligen Wertpapierprospekt erstellen, der oft mehrere hundert Seiten umfasst. Es ist daher kein Wunder, dass die Unternehmensfinanzierung in Deutschland derzeit ganz überwiegend über Bankkredite läuft und nur zu weniger als 20 Prozent über die Kapitalmärkte.

Wir machen es für kleine und mittelständische Unternehmen nun einfacher, sich über die Kapitalmärkte zu finanzieren. Künftig werden sie bei Emissionen unter 8 Millionen Euro keinen Prospekt mehr erstellen müssen. Damit beseitigen wir gerade für kleine und mittelständische Unternehmen eine hohe bürokratische Hürde.

(D) Wir stärken damit auch den Finanzplatz Deutschland im innereuropäischen Wettbewerb, indem wir die Schwelle zur Prospektpflicht so hoch legen, wie es europarechtlich möglich ist. Dass diese Schwelle künftig bei 8 Millionen Euro liegt, ist die wichtigste Regelung des Gesetzes, das wir heute abschließend beraten. Dies ist vor allem ein Erfolg von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und der Union – er war es, der sich frühzeitig dafür eingesetzt hat, diesen Spielraum in vollem Umfang zu nutzen.

Gleichzeitig stärken wir auch den Anlegerschutz. Für viele Anlagen tritt nun ein kurzes, dreiseitiges Wertpapier-Informationsblatt an die Stelle des Prospekts. Anleger werden dadurch in übersichtlicher und leicht verständlicher Weise über das Wertpapier und die damit verbundenen Anlagerisiken informiert.

Wir haben die letzten Wochen genutzt, um uns intensiv mit diesem Gesetzgebungsvorhaben zu befassen. Wenn ich „wir“ sage, dann meine ich die Koalitionsfraktionen, aber auch die Fraktionen der FDP, Grünen und Linken – bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit mit den Berichterstatterkollegen und mit dem Bundesfinanzministerium.

Es ist das erste Finanzgesetz, das wir in dieser Legislaturperiode beschließen. Es wäre damit auch die erste Chance für die Fraktion der AfD gewesen, an der Finanzgesetzgebung des Bundes mitzuwirken. Diese Chance hat die AfD verstreichen lassen.

(A)

Die AfD hat es nicht für nötig gehalten, auch nur einen einzigen Sachverständigen für die Anhörung zu benennen – oder irgendeinen Antrag zu stellen. Und üblicherweise diskutieren alle Fraktionen die Inhalte in einem gemeinsamen Berichterstattergespräch mit dem Bundesfinanzministerium. Wer fehlte bei dem Gespräch – als einzige Fraktion –: die AfD. Und das sollen die AfD-Wähler und -Mitglieder auch ruhig mal wissen: Wenn es darum geht, hier parlamentarische Arbeit zu machen, dann müssen wir bei der AfD feststellen: Fehlanzeige.

Innerhalb der Koalition waren wir uns nicht in allen Punkten einig. Wir als Union haben uns bei der Erhöhung der Prospektfreiheitsgrenze durchgesetzt, die SPD bei den Einzelanlageschwellen für Anleger – das ist der Kompromiss, und daran halten wir uns.

Dennoch will ich deutlich machen, dass wir als Union die Einzelanlageschwellen nach wie vor für falsch halten. Unsere Meinung wurde auch durch die Anhörung der Sachverständigen bestätigt, und das sehen selbst SPD-geführte Bundesländer im Bundesrat so.

Die Einzelanlageschwellen führen dazu, dass Privatanleger maximal 1 000 Euro investieren dürfen. Wenn sie ein höheres Einkommen oder Vermögen haben, dann maximal 10 000 Euro. Der Bundesrat kritisiert zu Recht, dass dadurch die Entscheidungshoheit von Privatanlegern einschränkt wird.

Wir haben mit der SPD vereinbart, dass dieses Thema bis Anfang 2019 evaluiert wird, und hoffen, dass bis dahin die sachlichen Argumente bis zu unserem Koalitionspartner durchdringen.

(B)

Im kommenden Jahr werden wir also auf das Thema zurückkommen – wir werden mit einem weiteren Gesetz das deutsche Recht an die EU-Prospektverordnung anpassen. Dabei werden wir auch die Frage beantworten, ob die Prospektfreiheitsgrenze auch für GmbH-Anteile und weitere Vermögensanlagen angehoben werden sollte. Die Frage ist deshalb von Bedeutung, weil in Deutschland der überwiegende Teil der kleinen und mittleren Unternehmen in der Rechtsform der GmbH geführt wird.

Heute entscheiden wir vorab über die Optionen aus der Prospektverordnung. Wir, CDU und CSU, wollen diese Optionen nutzen – für bessere Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstandes und einen starken Anlegerschutz.

Metin Hakverdi (SPD): Das Gesetzespaket, das wir heute mit zweiter und dritter Lesung abschließen, besteht aus zwei Teilen. Ein erster Teil bezieht sich auf Optionen, die wir im Hinblick auf die EU-Prospektverordnung ausüben. Der zweite Teil betrifft die Regulierung des Finanzmarktes, insbesondere von Banken.

Zunächst zur Prospektverordnung.

Mit der sogenannten EU-Prospektverordnung wird ab dem 21. Juli dieses Jahres die Schwelle für die Prospektpflicht bei öffentlichen Angeboten auf eine Millionen Euro festgesetzt. Den Mitgliedstaaten ist jedoch die Möglichkeit eingeräumt, diese Schwelle auf 8 Millionen Euro anzuheben. In einem Anlageprospekt müssen Emittenten von Vermögensanlagen umfangreich und verlässlich Informationen bereitstellen, mit denen eine sachgerechte Anlageentscheidung getroffen werden kann. Prospekte werden vom Bundesamt für Finanzdienstleistungen auf Plausibilität und Vollständigkeit – nicht aber auf inhaltliche Richtigkeit – geprüft. Das Erstellen und Prüfen von Anlagen-Prospekten ist langwierig und teuer.

(C)

Drei Gesichtspunkte waren aus sozialdemokratischer Sicht deshalb bei der Ausübung dieser Option wesentlich: erstens, die Verbesserung des Verbraucherschutzes durch einen effektiven und funktionierenden Anlegerschutz, zweitens, die Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen, indem ihr Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert wird, und drittens, die Stärkung des Gründer- und Start-up-Standortes Deutschland.

Mit dem vorliegenden Entwurf haben wir eine Lösung gefunden, die alle diese Gesichtspunkte angemessen würdigt.

Die Anlageskandale der letzten Jahre, zuletzt des Münchener Containerinvestment-Unternehmens P&R, zeigen, dass der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht ausreicht. 54 000 Geldanleger der P&R-Gruppe müssen wohl ihr Geld abschreiben, so konnte man der Presse entnehmen. Das ist ein harter Schlag für Menschen, die über Jahre Erspartes zu verlieren drohen.

Der Fall P&R zeigt aber auch, dass ausreichender Anlegerschutz nicht allein mit Informationen und Transparenz sicherzustellen ist. Anlegerschutz muss früher greifen. Das passiert mit Einzelanlageschwellen und Höchstanlageschwellen, die nun im Gesetz vorgesehen sind. Ein nichtqualifizierter Anleger kann bei einer einzelnen Anlage höchstens 1 000 Euro investieren. Wenn er mehr in eine Einzelanlage investieren will, muss er nachweisen, dass er über ausreichende Mittel verfügt. Auch dann ist die Höchstinvestitionssumme in eine Einzelanlage auf 10 000 Euro limitiert. Wohlbemerkt: Das gilt für nichtqualifizierte Anleger, Profis können mehr.

(D)

Mit diesem Instrument wollen wir erreichen, dass ein Anleger nicht durch eine betrügerische Einzelanlage finanziell ruiniert werden kann. Das ist aus unserer Sicht auch die maßgebliche Kennziffer für den Anlegerschutz.

Das zweite Ziel – das uns auch sehr wichtig ist – betrifft die Stärkung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, indem wir ihren Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern. Wir machen von der uns eingeräumten Option Gebrauch und erhöhen die Schwelle für die Prospektpflicht auf 8 Millionen Euro. Ich will hier noch mal betonen, dass wir dieser Schwellenerhöhung nur deshalb zustimmen konnten, weil wir den Verbraucherschutz durch die Einzelanlageschwelle und Höchstanlageschwelle weitgehend absichern.

Wir wollen, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten von kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessern. Die Prospektpflicht ist eine teure Hürde. Daher finden wir es richtig, dass die Schwelle für eine solche Pflicht nicht zu niedrig ist. Es ist im Interesse unseres Landes, dass KMUs sich am Kapitalmarkt finanzieren

(A) können und nicht allein auf Banken angewiesen sind. Das stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Der dritte Gesichtspunkt betrifft die Stärkung des Gründer- und Start-up-Standortes Deutschland. Gründer und Start-ups bewirken die notwendige Innovation in unserer Wirtschaft und schaffen die Arbeitsplätze der Zukunft bzw. sichern diese. Vor diesem Hintergrund haben wir die Rahmenbedingungen für Start-ups besonders im Blick. Wir haben nichts davon, wenn unser Bildungssystem Menschen mit kreativen Ideen hervorbringt, diese Ideen aber im Silicon Valley verwirklicht werden.

Damit aus Ideen auch in Deutschland Unternehmen werden können, müssen wir für gute Rahmenbedingungen zu ihrer Finanzierung sorgen. Das ist ein wichtiges Ziel des Koalitionsvertrages. Die Heraufsetzung der Schwellenwerte für die Prospektpflicht dient damit auch der Start-up-Förderung. Auch sie können sich jetzt einfacher am Kapitalmarkt finanzieren.

Den Hinweis aus der öffentlichen Anhörung, die Anlagemöglichkeiten auf GmbH-Gesellschaftsanteile auszudehnen, nehmen wir sehr ernst. Bevor wir dazu eine Entscheidung treffen, wollen wir diesen sorgfältig prüfen. Den Evaluierungsauftrag, der an das Bundesfinanzministerium bereits erteilt wurde, haben wir um diesen Punkt ergänzt. Vermutlich noch in diesem Jahr werden wir uns erneut mit diesem Thema befassen.

Nun komme ich zum zweiten Teil des Gesetzes. Er betrifft insbesondere die Regulierung von Banken. Nach der Finanzkrise 2008 mussten wir mit viel Steuergeld (B) Banken retten. Damit das nicht wieder passiert, treffen wir fortlaufend gesetzgeberische Vorkehrungen. Das aktuelle Gesetz betrifft den Sanierungs- und Abwicklungspuffer einer Bank, der besser bekannt ist unter dem Namen Bail-in-Puffer. Dabei handelt es sich um die Mittel einer Bank, die im Falle einer Schieflage sofort aktiviert werden können, um eine Sanierung oder Abwicklung zu organisieren. Mit dem vorliegenden Gesetz erhöhen wir nun die Verwertbarkeit dieser Mittel im Falle einer Krise.

Im Mai dieses Jahres hat unser Finanzminister im Ecofin-Rat durchsetzen können, dass der Sanierungs- und Abwicklungspuffer einer Bank 8 Prozent ihres Bilanzvolumens betragen muss. Wir hoffen, dass das Europäische Parlament dieser Empfehlung folgt und sich diese Auffassung am Ende der Trilogverhandlungen durchsetzt.

Zusammen mit diesen europäischen Initiativen ist auch dieses Gesetz hier heute ein weiterer Beitrag zur Finanzstabilität in der EU.

Ich bitte um Zustimmung.

Kay Gottschalk (AfD): Das vorgelegte Gesetz, so hat es auch das öffentliche Fachgespräch vor zwei Wochen gezeigt, ist leider in vielen Punkten unzureichend:

Punkt 1: Schutzzweck der Norm: Der Dreh- und Angelpunkt sollte, wie es auch die ursprüngliche Intension des Gesetzgebers und der EU war und hoffentlich weiter ist, der Anlegerschutz sein. Es bleibt zu konstatieren: Die Prospektverordnung täuscht beim Anleger etwas vor, (C) was es zurzeit nicht gibt. Denn die BaFin prüft auf formale Richtigkeit des Prospektes!

Dafür, wie wenig das hilft, hier nur exemplarisch einige Fälle: erstens, S & K, zweitens PROKON und nun die P&R-Gruppe, hier prognostizierter Schaden circa 3,5 Milliarden Euro.

Punkt 2: Kommt es nun zum Schadensereignis, muss der Anleger sein unter Umständen 100 bis 250 Seiten starkes Papier, ob nun in englischer, französischer oder deutscher Sprache oder gemischt, dem Gericht vorlegen. – Das bedeutet, der Geschädigte muss sich um eine amtliche Übersetzung, die zu erheblichen Kosten führt, kümmern.

Fazit: Es muss eine klare Sprachregelung her. Und selbst wenn der Anleger diese Hürde genommen hat, muss er Beweise liefern, was falsch gelaufen ist!

Das führt zu Punkt 3: Wenn wir nämlich den Anlegerschutz ernst meinen, so haben es auch viele Sachverständige gefordert, würde man eine Beweislastumkehr einführen.

Punkt 4: Was aber nach Ansicht der Experten und meiner Meinung nach auch ein weiterer Schwachpunkt ist, ist die mangelnde Überwachung des Vertriebes, der ja einen Teil des Schutzmechanismus darstellt. Hier sollten Anlageberater und -vermittler, so die Theorie des Gesetzes, als Schutz wirken.

Sie sehen also, der Schutzzweck der Norm wird weit verfehlt.

(D) Aber selbst wenn ich davon absehe, so bleiben auch materielle Schwächen des Gesetzes: So gelten für Privatanleger hochbürokratische Anlageschwellen, die dafür sorgen, dass Privatanleger nur bis zu 10 000 Euro maximal investieren können. Dazu müssen sie allerdings eine Selbstauskunft ausfüllen und ihr Vermögen offenlegen. Weigern sich die Anleger, so sind es nur 1 000 Euro!

Daher lehnen wir den Antrag ab.

Bettina Stark-Watzinger (FDP): Hinter dem technokratisch klingenden Begriff „Prospektverordnung“ steht etwas Wichtiges – die Kapitalmarktunion. Stärker entwickelte Märkte für Eigen- und Fremdkapital geben den Unternehmen wertvolle Finanzierungsalternativen. Damit setzen wir Wachstumskräfte in ganz Europa frei. Das wollen wir Freie Demokraten unterstützen.

Wir stehen der Grundintention des Gesetzentwurfes positiv gegenüber. Wir begrüßen, dass von den eingeräumten Optionsmöglichkeiten durch die EU in einigen Bereichen Gebrauch gemacht wird. Zustimmen werden wir dem Gesetzentwurf dennoch nicht.

Wir stellen fest, dass die Große Koalition wieder einmal zu zögerlich ist und die Änderungsvorschläge der FDP-Fraktion nicht aufgegriffen hat.

Zwei Punkte:

Erstens. Wir möchten den Wert, ab dem eine Prospektpflicht für öffentliche Angebote von Wertpapieren gilt, einheitlich auf 8 Millionen Euro festsetzen. Eine

(A) Mehrheit der Sachverständigen sprach sich in der Anhörung im Finanzausschuss für genau solche einheitlichen Schwellenwerte aus.

Die Bundesregierung bleibt trotzdem bei der Grenze von 5 Millionen Euro für die sogar stärker regulierten Kreditinstitute. Damit stellt die Regierung die deutschen Institute im europäischen Wettbewerb deutlich schlechter. Der Zugang für Unternehmen zu den Kapitalmärkten wird erschwert und der Finanzplatz Deutschland geschwächt.

Zweitens. Wir wollen GmbH-Anteile – die meisten jungen Unternehmen werden in der Rechtsform der GmbH gegründet – gegenüber dem Erwerb von Anteilen an Aktiengesellschaften nicht mehr schlechterstellen. Deshalb unser zweiter Vorschlag zur einheitlichen Anwendung bei Ausnahmen im Bereich Crowdfunding. Das hätte insbesondere kleineren Unternehmen und Start-ups einen erleichterten Zugang zum Kapitalmarkt gewährt.

Auch hier hat sich die Große Koalition gesperrt. Eine start-up-freundliche Politik sieht anders aus.

Das Zaudern in der Koalition hat einen Grund: Der Irrglaube, dass mit immer mehr neuen Prospekten und neuen Nachweisen automatisch der Anleger geschützt wird. Das Gegenteil ist der Fall. Ein Anleger – wir sprechen hier nicht von von der 80-jährigen Dame mit Sparbuch –, der sich durch weit über 100 Seiten Juristendeutsch kämpfen muss, verliert den Spaß am Investieren. Das ist volkswirtschaftlich schädlich. Es suggeriert sogar den Eindruck, dass alles staatlich geprüft und damit risikofrei ist.

(B) Wir hätten dem Gesetzentwurf gerne zugestimmt. Er trägt aber nicht die fortschrittliche Handschrift, die unser Land benötigt.

Die Freien Demokraten werden sich enthalten.

Hubertus Zdebel (DIE LINKE): Heute geht es um ein recht sperriges, aber für den Anlegerschutz sehr wichtiges Thema, die Umsetzung der EU-Prospektverordnung in nationales Recht. Dazu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt. Danach müssen Herausgeber von Wertpapieren zukünftig bei Herausgaben im Volumen von 100 000 bis zu 8 Millionen Euro pro Jahr keinen Wertpapierprospekt mehr erstellen. Stattdessen soll bei diesem Volumen ein dreiseitiges Wertpapierinformationsblatt genügen.

Um es gleich zu sagen: Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab.

Erstens. Ein dreiseitiges Informationsblatt kann nur die notwendigsten Angaben enthalten. Es ist aber stark zu bezweifeln, dass es die für die Anlageentscheidung maßgeblichen und erforderlichen Informationen enthält. Das ist aber entscheidend, wenn es darum geht, beim möglichen Schaden Haftungs- und Schadensersatzansprüche geltend machen zu können.

Auch deswegen fordert Die Linke in ihrem Entschließungsantrag, zumindest ausführlichere Informationen zur Anlagestrategie und Risikobeurteilung und Kennziffern zur finanziellen Situation der Wertpapierausgeber bereitzustellen. (C)

Zweitens. Der Schwellenwert für die Befreiung von der Prospektpflicht bis zu einem Volumen von 8 Millionen Euro pro Jahr ist zu hoch. Die Frage ist, wen Sie damit erreichen wollen? – Ganz bestimmt nicht die kleinen gemeinnützigen Projekte oder kleinere innovative Unternehmen in der Startphase. Die überwiegende Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen greift in erster Linie auf den klassischen Kredit ihrer Hausbank zurück. Die meisten haben weder Zugang zum Kapitalmarkt noch ist ein solcher Zugang für sie ökonomisch sinnvoll oder kostengünstig.

Drittens. Schwierig und ein klarer Rückschritt für den Anlegerschutz ist auch die Sprachenregelung für zu erstellende Prospekte bei Wertpapierherausgaben ab 8 Millionen Euro: Wenn ein Verlust eintritt, dann muss – nach jetzigem Stand – der Anleger den Prospekt auf seine Kosten übersetzen lassen, um Schadensersatzansprüche in einem Zivilprozess geltend machen zu können.

Ihre Argumente für eine zu schaffende Erleichterung und Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sind nicht stichhaltig. Und Sie opfern dafür noch wichtige Rettungsanker des Anlegerschutzes. Von Ihrem Vorschlag am meisten profitieren dürften die Wertpapier herausgebenden Firmen und Anbieter. Das machen wir Linken nicht mit.

Darüber hinaus vermissen wir – auch im Schatten eines der wohl größten Anlageskandale in der Geschichte der Bundesrepublik um den Container-Finanzierer P&R – klare Kante: Der gesetzliche Prüfmaßstab der Aufsicht ist dringend auszuweiten. Derartige Anlageformen wie die Direktinvestments der P&R sind in anderen europäischen Ländern gar nicht bekannt. Um die Verbreitung solch dubioser Finanzinstrumente von Beginn an zu verhindern und den Finanzsektor auf seine realwirtschaftlichen Funktionen zu konsolidieren, ist es dringend an der Zeit, endlich eine obligatorische Zulassungsprüfung für Finanzinstrumente – in Form eines Finanz-TÜV – einzuführen. (D)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor wir in die Details dieses Gesetzgebungsaktes einsteigen, möchte ich noch einmal klarstellen, worum es hier eigentlich geht: Es ist unsere Aufgabe, eine ausgewogene Lösung für das Spannungsverhältnis zwischen unbürokratischen Finanzierungsmöglichkeiten für vor allem kleine und mittelständische Unternehmen einerseits und einem effektiven Investoren- und Anlegerschutz andererseits zu finden.

Nur um das noch mal klarzustellen: Die Prospektpflicht wurde aus gutem Grund eingeführt. Die darin enthaltenen Informationen sollen den Anlegern dienen. Darum stehen wir einer Anhebung der Schwellen, ab wann Emittenten einen Prospekt verfassen und den Anlegern zur Verfügung stellen müssen, sehr kritisch gegenüber.

Natürlich ist uns bewusst, dass die Erstellung eines Prospekts aufwendig ist. Und natürlich wird durch die Existenz eines Prospekts kein absoluter Schutz geschaf-

(A) fen. Aber da es keine Alternativen gibt, die eine mindestens so hohe Rechtssicherheit – im Übrigen auch für die Emittenten – schaffen, wollen wir nicht zulassen, dass sie durch Prospektfreiheit ausgehöhlt wird.

Aus unserer Sicht wurde durch die Entscheidung, hier an kleinen – teilweise symbolischen – Schrauben zu drehen, versäumt, die Gesetzeslage um bürokratische Hürden zu entschlacken und gleichzeitig den nötigen Schutz für vor allem Kleinanleger zu verbessern.

Ich will hier kurz auf zwei Themen eingehen:

Erstens. Wir müssen Vergleichbarkeit von Produkten durch einheitliche und aufschlussreiche Informationsstandards schaffen.

Prospekte sind oft Hunderte von Seiten lang und dienen in erster Linie gefühlt dazu, die Haftung der Emittenten zu begrenzen. Die Verfasser müssen sie viel klarer und kürzer machen.

Prospekte haben auch den Zweck, die Anleger im Falle, dass etwas schiefgeht, sowohl über das Produkt als den Emittenten zu informieren, um Wiedergutmachung einklagen zu können.

Die verkürzten Informationsblätter, die, wie hier vorgeschlagen, als Ersatz gelten sollen, können das nicht liefern. Ihre Aufgabe ist es vor allem, Anleger vor dem Kauf von Finanzprodukten über die Eckdaten des Produkts zu informieren. Hier besteht aber das Problem, dass es viel zu viele verschiedene Versionen dieser Kurzinformationen gibt: VIB, WIB, Basisinformationsblatt, PRIIPs KID usw. Ein Vergleich zwischen Produkten ist damit also unmöglich. Hier müssen wir unbedingt Einheitlichkeit schaffen, sonst ist niemandem geholfen, Anlegern und Emittenten nicht. Dazu gehören auf jeden Fall auch Angaben über die Nachhaltigkeit und sozialen Standards von Produkten und deren Emittenten in beiden, Kurzinformationen und Prospekten.

(B)

Zweitens. Wir müssen die Interessenkonflikte im Vertrieb endlich lösen. Interessenkonflikte im Vertrieb müssen ein für alle Mal gelöst werden.

Es ist seit Jahren bekannt, dass die größten Probleme für Privatanleger durch den bei uns üblichen ganovenhaften Vertrieb zustande kommen. Auch der P&R-Skandal hat wieder gezeigt, dass den Menschen immer wieder Produkte angedreht werden, die einfach falsch für sie sind. Wir müssen den Provisionsvertrieb unterbinden, damit ungeeignete und schlechte Produkte nicht mehr in den Portfolios der Sparer landen.

Ich hoffe und appelliere an Sie, dass Sie die bevorstehende Evaluierung des Kleinanlegerschutzgesetzes ernst nehmen und wir die Chance nutzen, klare und einheitliche Regeln für Finanzprodukte, Informationsstandards und Vertrieb zu schaffen, wo sie nötig sind. Wir müssen aufhören, an kleinen Schrauben zu drehen, um den Interessen einzelner Gruppen nachzukommen. Denn dabei verlieren wir die große Gruppe aller Teilnehmer – Menschen und Unternehmen – an Finanzmärkten und der Realwirtschaft aus den Augen und helfen im Endeffekt niemandem.

Anlage 7 (C)

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Internationalen Strafgerichtshof stärken (Zusatztagesordnungspunkt 8)

Dr. Patrick Sensburg *(CDU/CSU):* Am 1. Juli 2002 trat das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs in Kraft. Es war wenige Jahre zuvor, am 17. Juli 1998, in Rom unterzeichnet worden. Das zwanzigjährige Jubiläum zwingt geradezu zu einem Rückblick auf Erfolge und Schwächen der bisherigen Tätigkeit des Gerichts, das mit seiner universellen Zuständigkeit einen äußerst ambitionierten Anspruch erhebt.

Nichts weniger soll der IStGH gewährleisten als die strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die aus einer staatlichen Machtposition heraus schwere Verbrechen im Sinne des Völkerrechts begangen haben.

Erstens.

Der Grundgedanke einer weltweit operierenden Strafjustiz schien endlich den entscheidenden Durchbruch erzielt zu haben, nachdem der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg nur zur Aburteilung eines begrenzten Unrechtskomplexes – der von der Führung der nationalsozialistischen Regimes während des 2. Weltkrieges begangenen Verbrechen – eingesetzt worden war und eine ähnliche Zielsetzung auch für den Tokioter Militärgerichtshof gegolten hatte. Eine regional begrenzte Zuständigkeit erhielt der IStGH für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda. Mit dem Haager Gerichtshof entstand dann endlich ein Sanktionssystem, das nicht mit dem Vorwurf der Siegerjustiz in Verruf gebracht werden konnte. Damit schien auf Weltebene ein wichtiger Schritt zur Eindämmung, Bekämpfung und Sanktionierung menschenverachtenden Unrechts getan zu sein.

(D)

Und der IStGH ist auch erfolgreich und zwingend notwendig. Durch die Verfahren, zum Beispiel gegen Jean-Pierre Bemba aus der Zentralafrikanischen Republik, gegen Umar Hasan Ahmad al-Baschir aus der Region Darfur im Grenzgebiet des Sudan zum Süd-Sudan, gegen Saif al-Islam al-Gaddafi, den Sohn Muammar al-Gaddafis aus Libyen, oder durch die Untersuchung proprio motu in Georgien, zeigt sich die Reichweite des IStGH.

Zweitens.

Der IStGH verkörpert die Grundüberzeugung, dass schwere Verstöße gegen Frieden und elementare Menschenrechte nach Sanktionen in der Form herkömmlicher Strafen verlangen.

Der IStGH hat die Aufgabe, nach einem bestimmten Verfahren vier Arten von Verbrechen zu ahnden, nämlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schwere Kriegsverbrechen, und seit Juli 2018 auch bei Verbrechen der Aggression tätig zu werden. Voraussetzung der Strafverfolgung ist, dass die Tat auf dem Gebiet eines Vertragsstaates oder von Staatsangehörigen eines Vertragsstaates begangen wurde oder der Staat die Ge-

(A) richtsbarkeit des Strafgerichtshofs anerkannt hat. Dabei hat die innerstaatliche Gerichtsbarkeit stets Vorrang.

Er beruht auf einem multilateralen völkerrechtlichen Vertrag, dem Römischen Statut des IStGH, der nur für diejenigen Staaten verbindlich ist, die sich ihm ausdrücklich angeschlossen haben. Derzeit sind dies 123 Staaten, worunter sich auch alle EU-Staaten befinden.

Keine Unterstützung erfährt der IStGH bedauerlicherweise durch die USA, Russland und China. Auf Dauer kann dies nicht hingenommen werden und wird auch diesen Ländern eher zum Nachteil als zum Vorteil gereichen. Ohne diese Staaten genießt der IStGH nicht die politische und finanzielle Unterstützung der gesamten Weltgemeinschaft. Nur wenn der Sicherheitsrat eine Situation an den IStGH überweist, aktivieren sich für alle Mitgliedstaaten die Verpflichtungen. So lebt der Strafgerichtshof im Wesentlichen von der freiwilligen Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten, was eben für das Völkerrecht und seine Institutionen typisch ist.

Drittens.

Das System des Weltrechtsprinzips hat sich leider in vielen Staaten und zahlreichen Konflikten nicht bewährt. Nach diesem Prinzip können völkerrechtliche Verbrechen von jedem Gericht auf der Welt verfolgt werden, unabhängig vom Tatort und von der Staatsangehörigkeit des Täters. Aber die Gerichte eines Landes, das zu den in Rede stehenden Verbrechen keine inhaltliche Beziehung hat, sind in der Regel kaum bereit, ein Strafverfahren auf sich zu nehmen, das ihnen wegen der Fremdheit des Tathintergrundes unendliche Lasten aufbürden würde. (B) So hat der Senegal die Anklageerhebung gegen den in sein Gebiet geflüchteten früheren tschadischen Diktator Hisséne Habré jahrelang herausgezögert. Zum einen lassen sich kaum die tatsächlichen Umstände verlässlich aufklären. Zum anderen würden sich die sprachlichen Hindernisse zu wahren Bergen türmen. Nur am Rande sei erwähnt, dass im Heimatland die strafrechtliche Verfolgung in der Regel an politischen Hindernissen scheitert.

Die Zentralisierung der Strafverfolgung hat insofern viele Vorzüge: Parteiliche Einflüsse werden zurückgedrängt, und auf Weltebene sind sachliche und persönliche Mittel vorhanden, wie sie der Justiz eines Staates niemals zur Verfügung stehen.

Der IStGH ist aufgrund der vielschichtigen Völkergemeinschaft ein unabdingbarer Mechanismus, der die individuelle Verantwortlichkeit der Urheber schwerer Straftaten gegen den Weltfrieden und die international verbürgten Menschenrechte garantiert. Es geht heute darum, den IStGH zu einem wahrhaft schlagkräftigen Instrumentarium fortzuentwickeln.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir den IStGH stärken. Der Bundesregierung kommt hier eine entscheidende Rolle zu: auf internationaler Ebene den Skeptikern immer wieder die genannten Vorzüge vor Augen zu führen und sich dafür einzusetzen, dass keine Staaten aus dem IStGH austreten, sowie mehr Staaten dazu zu bewegen, an dem römischen Statut festzuhalten. Deutschland muss immer wieder für eine gute finanzielle und personelle Unterstützung des IStGH werben.

(C) Die von den Kritikern immer wieder monierten langen Verfahren sollen untersucht werden. Durch eine solche Untersuchung, beispielsweise durch das Max-Planck-Institut in Freiburg, sollen die Gründe für diese langen Verfahren eruiert und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Eine Untersuchung muss jedoch nicht auf dieser Ebene stehenbleiben. Eine derartige Untersuchung könnte auch die Fragen der Beweissicherung durch Private einbeziehen oder Fragen der präventiven Verbrechensverhinderung beleuchten.

Die internationale Strafgerichtsbarkeit ist eine der wertvollsten Errungenschaften des Völkerrechts, die sorgfältiger Pflege, aber auch kritischer Begleitung bedarf. Es ist eine Herausforderung an uns alle, nicht zuletzt an die politisch verantwortlichen Stellen, an der Bewältigung dieser Aufgabe mitzuwirken. Darum freue ich mich auf eine breite Unterstützung unseres Antrags. Wir alle werden den IStGH positiv begleiten.

Dr. Volker Ullrich *(CDU/CSU):* Kriegsverbrechen, die schwer wiegen wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dürfen nicht ungesühnt bleiben. Eine wertgebundene und wehrhafte Weltgemeinschaft im Lichte der absoluten Geltung der Menschenrechte hat auch die strafrechtliche Aufklärung und Aburteilung dieser Verbrechen zu leisten.

Bittere Erkenntnisse über schwere Menschenrechtsverbrechen während der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda haben den Weltsicherheitsrat bestärkt, Ad-hoc-Kriegsverbrechertribunale einzurichten, aber eben nur für diese Geschehnisse. (D)

Die Überzeugung, dass auch weitere Menschrechtsverbrechen in anderen Teilen der Welt einer Aufarbeitung bedürfen, hat 1998 zum Statut von Rom geführt. Diese Einrichtung eines permanenten internationalen Strafgerichtshofs kann durchaus als Meilenstein in der Entwicklung des Völkerrechts bezeichnet werden.

Es darf in der derzeitigen Situation durchaus hinterfragt werden, ob der Weltgemeinschaft zur Stunde ein ähnlich entschlossener Schritt gelingen würde.

So gut der Internationale Strafgerichtshof auch ist und so bestechend die Idee der konsequenten Aburteilung von Kriegsverbrechen auch erscheint, wir können dennoch nicht über die Umstände zufrieden sein.

Die UN-Sicherheitsmächte China und USA erkennen den Internationalen Strafgerichtshof nicht an. Russland hat erklärt, das Protokoll nicht zu ratifizieren.

Und auch wenn es heute vielleicht zu optimistisch erscheint, wir müssen dennoch darauf hoffen, dass der Strafgerichtshof eines Tages von allen Vetomächten des Sicherheitsrats akzeptiert wird. Das mag ein langer Weg sein, aber wir müssen auch diesen Aspekt des Völkerstrafrechts zum Teil unserer internationalen Bemühungen machen.

Es ist auch kein gutes Zeichen, dass mit Burundi ein afrikanischer Staat das Statut bereits verlassen hat und weitere Staaten einen Austritt erwägen. Für uns ist klar: Es kann keine Flucht vor der Gerechtigkeit geben, und

(A) niemand darf sich seiner Verantwortung vor Kriegsverbrechen entziehen.

Dem mit den Austrittsgedanken verbundenen Vorwurf eines angeblich zu starken Fokus auf afrikanische Staaten ist entgegenzutreten. Zum einen sind in einigen afrikanischen Staaten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden. Zum anderen beruhen die Ermittlungen und Verfahren ja gerade auf Ersuchen oder Überweisungen durch afrikanische Staaten wie in den Fällen aus Uganda, der demokratischen Republik Kongo und Mali.

Dass mit dem Präsidenten des Gerichtshofs und der Chefanklägerin zwei Toppositionen mit Spitzenjuristen aus Nigeria und Gambia besetzt sind, zeigt, wie sehr hier Verantwortung übernommen wird.

Wir müssen den Weg weitergehen, den Internationalen Strafgerichtshof zu stärken. Durch eine bessere personelle und finanzielle Unterstützung. Durch ein aktives Werben, damit ihm weitere Staaten beitreten und keiner das Statut verlässt. Das ist ein noch langer aber notwendiger Weg zur konsequenten strafrechtlichen Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverbrechen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Dr. Nina Scheer *(SPD):* Das Jahr 2018 ist für uns Anlass, das 20-jährige Bestehen des Internationalen Strafgerichtshofes zu würdigen. Mit der Verabschiedung des Römischen Statuts am 17. Juli 1998 wurde in Rom der Grundstein gelegt. Mit Blick auf die Historie, wonach Überlegungen zur Schaffung einer solchen Institution bereits bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen, kann (B) die Verabschiedung vor 20 Jahren als ein Meilenstein internationaler Verständigung in Rechtsfragen angesehen werden.

Verstärkende Grundlage für diesen Schritt boten sicher die in den 90er-Jahren zunehmend in der öffentlichen Aufmerksamkeit verurteilten Menschenrechtsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda.

Die zunächst seitens des UN-Sicherheitsrats geschaffenen Ad-hoc-Kriegsverbrechertribunale waren nur für spezifische Konflikte zuständig. Insofern bestand die Notwendigkeit fort, eine umfassendere, unabhängige internationale Institution mit Völkerrechtspersönlichkeit zu gründen. Eine solche ist nun der Internationale Strafgerichtshof mit Sitz in Den Haag. Er steht für das Bemühen, weltweit geltende und ausstrahlende Gerechtigkeit zu schaffen, und kann über das hiermit erklärte gemeinsame Rechtsverfolgungsverständnis auch einen allgemeinen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

Die Erfahrungen mit dem Gericht haben aber auch Aufgaben zu dessen Fortentwicklung mit sich gebracht.

So benötigt das Gericht viel Zeit bis zur Urteilsverkündung. Die rechtliche Ausstrahlungswirkung von Urteilen und die Sanktionen büßen dadurch an Unmittelbarkeit ein. Nicht nur zur Verkürzung des Verfahrens, sondern auch zur Wahrung von Kontinuität des Gerichts, sind Bemühungen für eine stabilere finanzielle und personelle Unterstützung des Gerichts erforderlich.

(C) Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, sich für eben dies einzusetzen.

Darüber hinaus muss es darum gehen, dass sich weitere Staaten dem Internationalen Strafgerichtshof anschließen, insbesondere die Vereinigten Staaten, Russland und China.

Mit einem dauerhaften Fernbleiben dieser Staaten steht zudem eine delegitimierende Wirkung zu befürchten, die auch den Austritt weiterer Staaten zur Folge haben könnte; dies gilt es unbedingt zu vermeiden.

Jürgen Braun *(AfD):* Sachlich geht dieser Antrag durchaus in die richtige Richtung, aber es hätten wesentlich mehr gute und sinnvolle Akzente gesetzt werden können. Sie haben die AfD-Fraktion bei der Erstellung offenkundig geschnitten – und Sie haben Ihrem eigenen Antrag damit geschadet. Das ist unsouverän. Es zeugt nicht von Professionalität. Ihnen zittert offenbar die Hand, wenn nur der Name AfD genannt wird.

Welchen Sinn soll ein solcher Antrag haben? Wenn mit China, Russland und den USA die mächtigsten Staaten der Welt nicht mitmachen, hat ein internationaler Gerichtshof wenig Macht. Und damit hat ein solcher Antrag wenig Substanz. Es sollte stattdessen um Realpolitik gehen. Die gerät Ihnen völlig aus dem Blick, weil dieser Gerichtshof so ein schönes Beispiel für eine gewünschte Welt ist, die von einer Weltregierung gelenkt wird und in der sich alle liebhaben. So etwas ist doch wieder nur links-grüne Hypermoral.

(D) Es fällt deutlich auf, dass Ihre Forderungen mehr als dürftig ausfallen. Natürlich soll sich möglichst kein Staat fernhalten. Aber die Aufforderung an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass speziell die USA, Russland und China dem Gerichtshof beitreten, das ist doch Ausdruck Ihrer Illusionen von einer vereinten Welt. So ein bisschen wie das biblische Paradies, wo das Lamm dem Wolf seinen Kopf in den Schoß legt. – Lassen Sie das Träumen sein, wenden Sie sich der Realpolitik zu!

Auffällig ist auch, dass in wirklich drängenden, aktuellen Fällen nichts passiert. Im Kosovo sind serbische Menschen, deren Familien dort seit 800 Jahren leben, unter großem Druck. Die streng muslimische UCK stellt die Regierung – Blut aus einem Bürgerkrieg gegen die angestammte christliche Bevölkerung klebt an ihren Händen. Morde, Vertreibung, brennende Häuser – beklemmende Realität im Kosovo.

Und welche Wirkung entfaltet der Internationale Gerichtshof faktisch? Wenn Potentaten aus Afrika in Den Haag mit Druck erreichen können, dass sie niemals angeklagt werden, hat die ganze Veranstaltung wenig Substanz.

Nein, so einfach dürfen Sie es den Richtern in Den Haag nicht machen, und hier hätten Sie viel Spielraum gehabt, um wichtige Impulse zu setzen. Mehr Mut und Gradlinigkeit – das kann man vom Internationalen Strafgerichtshof sehr wohl fordern, und das mit aller Berechtigung! Aber Sie haben diese Möglichkeit ausgelassen.

(A) Und es ist auch zweifelhaft, ob Sie überhaupt Ihre Stimme so pointiert zugunsten eines internationalen Gerichtshofes erheben sollten. Eine Bundesregierung, die das Verfassungsrecht im eigenen Lande nicht achtet, eine solche Bundesregierung kann es sich kaum leisten, mit selektiver Hypermoral diplomatische Noten nach Den Haag zu senden.

Der AfD ist dieser Antrag inhaltlich insgesamt zu dünn. Daher enthalten wir uns.

Dr. Jürgen Martens *(FDP):* Vor nicht ganz 20 Jahren wurde der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag als Einrichtung mit internationaler Rechtspersönlichkeit gegründet. Er hat seither in etlichen aufsehenerregenden Fällen Verfahren gegen mutmaßliche und tatsächliche Kriegsverbrecher geführt.

Dieses Gericht ist nur komplementär, also ergänzend zuständig, wenn eine innerstaatliche Ahndung der in Rede stehenden Taten nicht durchführbar ist. Voraussetzung eines Verfahrens ist zudem die Anknüpfung an den Ort der Tat oder die Staatsangehörigkeit der Beschuldigten. Die Taten dürfen zudem erst nach dem 1. Juli 2002 begangen worden sein.

Die Verfahren haben gezeigt, dass die rechtsstaatlich einwandfreie Verfahrensführung auf zahlreiche erhebliche Probleme stößt. Sei dies die Aufklärung der Tatvorwürfe mit Sachbeweisen, die seit der Tat vernichtet wurden, oder das Ausfindigmachen von Zeugen und deren Vernehmung im Verfahren.

(B)

Zugleich ist der Internationale Strafgerichtshof ein Zeichen der Hoffnung dafür, dass schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und die Führung von Aggressionskriegen nicht ungesühnt bleiben, auch wenn die Täter in ihren Heimatstaaten geschützt werden oder gar die Repräsentanten dieser Länder sind. Den Opfern dieser Taten widerfährt zumeist keine Gerechtigkeit, die Taten bleiben oft ungesühnt. – Aber eben nicht immer: Jeder Gewaltherrscher, Militär, Milizenführer oder Warlord, der diese schlimmsten Verbrechen ausführt, anordnet oder duldet, muss wissen, dass er sich möglicherweise hierfür in Den Haag wird verantworten müssen.

Die Existenz des Internationalen Strafgerichtshofs und seine Rechtsprechung haben auch die Hoffnung in sich, dass schon dies manchen möglichen Täter davon abhält, wirklich alle Grenzen zu überschreiten. Leider erfährt der Internationale Strafgerichtshof nicht die Unterstützung, die er wie auch das Prinzip der Universalität der Menschenrechte allgemein verdient haben. Russland, China und auch die USA sind den Verträgen zum Internationale Strafgerichtshof nicht beigetreten, manche afrikanische Länder sind wieder ausgetreten. Wir bedauern dies ausdrücklich.

Die antragstellenden Fraktionen bekennen sich in ihrem Antrag einmütig zum Internationalen Strafgerichtshof, seiner Arbeit und seiner Aufgabe, gerade und selbst dort noch für Recht zu sorgen, wo Rechtlosigkeit und die Hoffnungslosigkeit am schlimmsten gewütet haben.

(C) Wir sind uns darin einig, die Herrschaft des Rechts weiter zu fördern – überall auf der Welt.

Dr. Alexander S. Neu *(DIE LINKE):* Rechtsstaatlich orientiertes Völkerrecht bedeutet Rechte, aber auch Pflichten für alle beteiligten Staaten. Warum betone ich diese Selbstverständlichkeit? Weil das, was selbstverständlich sein sollte, tatsächlich nicht selbstverständlich ist. Daher können wir die zunehmend mangelnde und sogar rückläufige Anerkennung des IStGH bis hin zu Austritten beobachten.

Warum? Weil das Regelwerk des IStGH durch vielfältige Ausnahmen durchlöchert ist und dergestalt die Selbstverständlichkeit gleicher Rechte und Pflichten außer Kraft gesetzt ist. Natürlich zugunsten der Großmächte! – Was für ein Zufall!

Die Forderungen Ihres Antrages sind alle richtig, aber unzureichend, da der Kern des Problems nicht erkannt wird, insbesondere hinsichtlich des Straftatbestandes der Aggression. Die Definition des „Verbrechens der Aggression“ wird bewusst schwammig gehalten: Gemäß Artikel 8 Absatz 1 sind „‚Verbrechen der Aggression‘ die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Ausführung einer Angriffshandlung“ – so weit, so gut; und nun aber die Aufweichung –, „die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt …“ Diese Definition eröffnet Interpretationsräume für die Beurteilung militärischer Gewaltanwendung als völkerrechtswidrig oder aber als zu tolerierende Gewaltanwendung, da diese angeblich nicht „offenkundig“ sei.

(D)

Konkretes Beispiel: Der türkische Angriff gegen Syrien. Alle Fraktionen des Bundestages beurteilen diesen Angriff als völkerrechtswidrig. Nur die Bundesregierung verweigert seit Monaten die Klassifizierung als völkerrechtswidrig aus geo- und rüstungspolitischen Interessen heraus. Wenn der türkische Angriff auf Syrien nicht ausreichend „offenkundig“ ist, dann frage ich, wie die Bundesregierung „offenkundig“ definiert.

Nächster Kritikpunkt. Ausnahmen: die Opt-out-Regelung. Staaten, die IStGH beitreten, können vor ihrem Beitritt den Straftatbestand des Aggressionsverbrechens als für sie unwirksam festlegen. Warum wohl? Wohl weil diese Regierungen Kriege führen können wollen, ohne dass sie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

Die Dominanz des UN-Sicherheitsrates ist ein weiteres Defizitmerkmal: Der IStGH hat keine Chance, unabhängige Ermittlungen im rechtstaatlichen Sinne zu führen. Der UN-Sicherheitsrat hat auf vielfältige Weise den Daumen drauf, ob Verfahren eingeleitet werden, und kann sogar laufende Ermittlungen oder Strafverfolgungen auf Eis legen. Die Konsequenz: Die UN-Sicherheitsmitglieder mit Vetorecht können sich und ihre Verbündeten von jeglicher Strafverfolgung befreien.

Fazit: Die Ausnahmen führen zur Konsequenz, dass der Strafgerichtshof als Knebel- und Machtinstrument der Großmächte gegen kleine Staaten instrumentalisierbar wird.

(A) Die Linke bedauert es außerordentlich, dass die CDU/CSU-Fraktion unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Kauder keinen gemeinsamen Antrag mit den Linken machen will. Ihr Antrag geht zwar in die richtige Richtung. Aber wesentliche Punkte, die oben genannten, fehlen. Hätte Die Linke mitwirken können, wäre der Antrag sehr gut geworden.

Daher Enthaltung!

Katja Keul *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Die Verabschiedung des Römischen Statuts vor 20 Jahren, am 17. Juli 1998, war definitiv ein historischer Schritt. 45 Jahre nach den Nürnberger Prozessen konnte sich endlich die Idee eines ständigen Strafgerichtshofs durchsetzen, der bei Völkermord, schweren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tätig werden sollte.

123 Staaten haben den Internationalen Gerichtshof bis heute anerkannt. Die Freude darüber wird nur geschmälert durch die Tatsache, dass ausgerechnet die drei großen Vetomächte im Sicherheitsrat, Russland, China und die USA, die Römischen Verträge bis heute nicht ratifiziert haben.

Deswegen wollen wir hier im Bundestag den 20. Jahrestag noch mal nutzen, um fraktionsübergreifend deutlich zu machen, dass eine Gerichtsbarkeit davon lebt, dass sie von allen gleichermaßen anerkannt wird und Kriegsverbrechen von allen gleichermaßen verfolgt werden können.

(B) Wir appellieren daher an USA, China und Russland, das Weltrechtsprinzip zu unterstützen, die Verträge zu ratifizieren und sich der Gerichtsbarkeit zu unterwerfen.

Ja – die Zeiten sehen nicht danach aus. Wir erleben eine Abkehr aus internationalen Verträgen, seien es Abrüstungsverträge, Klimaverträge oder der UN-Menschenrechtsrat. Jeder will nur noch an sich selbst denken. Aber deswegen ist es erst recht wichtig, die bestehenden Institutionen zu verteidigen, ihre Bedeutung zu erklären und für sie zu werben.

Trotz der Verweigerung durch die Großmächte leistet der internationale Strafgerichtshof seit seiner Einsetzung einen wichtigen Beitrag gegen die Straflosigkeit schwerster Kriegsverbrechen.

23 Fälle aus zehn verschiedenen bewaffneten Konflikten wurden bislang vom ICC befasst. In vier Fällen wurde der Fall von einem Vertragsstaat selbst unterbreitet, in zwei Fällen hat der Sicherheitsrat die Fälle überwiesen, und in drei Fällen wurde der ICC von Amts wegen tätig.

Die Aufarbeitung krankt aber oft an vielen Problemen.

So wurde gerade erst Kongos Ex-Vizepräsident Bemba zehn Jahre nach seiner Verhaftung in zweiter Instanz wegen Verfahrensmängeln freigesprochen. „Die ernsthaften Fehler der ersten Instanz machen die strafrechtliche Verantwortung nichtig“, begründete die Berufungsrichterin ihre Entscheidung.

Bei allem Verständnis für die Komplexität solcher internationaler Verfahren ist ein solcher Verfahrensablauf nicht geeignet die Aktzeptanz des Gerichtshofs zu (C) erhöhen. Wir wollen daher untersuchen, wie wir den Gerichtshof weiter stärken und die Verfahren effizienter gestalten können.

Dazu gehört auch die finanzielle Stärkung des Opferschutzfonds, über den Reparationsleistungen an die Opfer gezahlt wird.

Doch zu allererst braucht es immer den politischen Willen zur Aufklärung. Wie es aussieht, wenn dieser fehlt, erleben wir seit Jahr und Tag in Syrien. Da Syrien kein Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs ist, kann die Zuständigkeit des Strafgerichtshofes nur über einen Beschluss des Sicherheitsrates herbeigeführt werden. Eine solche Resolution ist aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage im Sicherheitsrat leider gescheitert.

Der UN-Menschenrechtsrat hatte dafür bereits 2011 eine Untersuchungskommission für Syrien eingesetzt. Letztes Jahr hat die ehemalige Chefanklägerin des ICC, Carla del Ponte, den Vorsitz dieser Untersuchungskommission entnervt hingeschmissen. In Syrien hätten inzwischen alle Beteiligten Kriegsverbrechen begangen, und sie hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, alle Verbrechen zu untersuchen, egal von wem sie begangen wurden. Doch jede Seite will nur die Verbrechen des anderen untersucht wissen. Leider gilt das sogar für die Koalition der Willigen, an denen auch die Bundesrepublik militärisch beteiligt ist.

Die rücksichtslose Bombardierung von dicht bewohnten Stadtteilen in Rakka mit unpräzisen Waffen hat im (D) letzten Jahr über 1 000 Zivilisten das Leben gekostet. Amnesty ist in seinem Bericht zu dem Ergebnis gekommen, diese Angriffe könnten als Kriegsverbrechen gewertet werden.

Wir dürfen bei der Aufarbeitung keinesfalls mit zweierlei Maß messen. Auch diese Vorfälle müssen untersucht und gegebenenfalls geahndet werden. Nur so können wir dem Recht Geltung verschaffen.

Lassen Sie uns das 20-jährige Bestehen des Römischen Statuts in Demut feiern und weiter beständig an der Durchsetzung des Weltrechtsprinzips arbeiten. Wir stehen immer noch am Anfang.

Anlage 8

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung:

- **des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen**
- **der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fuß- und Rad-**

(A)

verkehr sicherer machen – Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen

(Zusatztagesordnungspunkt 9 und Zusatztagesordnungspunkt 10)

Karl Holmeier *(CDU/CSU):* Heute ist ein wichtiger Tag für die Verkehrssicherheit in Deutschland. Gemeinsam bringen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Einführung von Abbiegeassistenten für Lkw auf den Weg. Ziel dabei ist die Verbesserung der Verkehrssicherheit, gerade für Fußgänger und Radfahrer.

Es ist gut, dass Bündnis 90/Die Grünen ihren ursprünglichen Antrag zurückgezogen haben und wir uns auf einen gemeinsamen Antrag verständigen konnten. Das verdeutlicht die große Einigkeit zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr.

Das Thema beschäftigt uns schon seit längerer Zeit. Im Bundestag, im Bundesrat, in Europa und natürlich die Öffentlichkeit. Der Bundesrat setzt sich ebenso für eine nationale Regelung ein. Mit Beschluss von Anfang Juni haben sich die Länder für eine verpflichtende Einrichtung von Abbiegeassistenzsystemen für Lkw mit 7,5 t Gesamtgewicht ausgesprochen.

Wir haben in der Ausschusssitzung Anfang Juni Herrn Bundesminister Scheuer beauftragt, sich in Europa beim Rat für Verkehr dafür einzusetzen, den Abbiegeassistenten EU-weit schnell einzuführen. Vielen Dank Herr Minister für die Initiative. In diesem Fall dauert es in Europa

(B)

aber zu lange. Deshalb heute dieser gemeinsame Antrag. Es wurde etwas in Bewegung gebracht.

Österreich knüpft daran an und will sich mit seinem Vorsitz der Europäischen Ratspräsidentschaft ab 1. Juli 2018 für eine zügige Umsetzung einsetzen.

Dennoch können und wollen wir nicht so lange warten, denn wie wir alle wissen, mahlen die Mühlen der EU mitunter sehr langsam, wenn auch stetig.

Wir müssen jetzt etwas für die Sicherheit der schwächeren Straßenverkehrsteilnehmer tun. Denn über die Hälfte der Unfälle mit abbiegenden Lkw enden mit schweren oder tödlichen Verletzungen. Es ist für mich unerträglich, morgens in der Zeitung zu lesen, dass wieder ein Radfahrer von einem rechts abbiegenden Lkw überrollt wurde. Auch in diesem Jahr gab es bereits zu viele Todesopfer. Es trifft meist ältere Frauen und Kinder, da diese nicht schnell genug reagieren können.

Um solche Unfälle in Zukunft zu vermeiden, haben CDU, CSU und SPD bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Nachrüstpflicht für Fahrerassistenzsysteme wie nicht abschaltbare Notbremssysteme oder Abbiegeassistenten für Lkw und Busse vorschreiben wollen.

Dieses Versprechen gehen wir mit dem heutigen Antrag an. Wir verbessern die Sicherheit im Straßenverkehr. Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen haben wir – die CDU/CSU und SPD – einen Antrag vorgelegt, der die Bundesregierung auffordert, sich auf EU-Ebene für eine Regelung für Fahrzeuge ab 3,5 t einzusetzen.

(C)

Im Gegensatz zum Bundesrat sind wir der Ansicht, dass schon bei Fahrzeugen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t ein erhebliches Gefahrenpotenzial für die schwächeren Straßenverkehrsteilnehmer besteht.

Solange keine zeitnahe europäische Lösung für eine Nachrüstpflicht von Abbiegeassistenzsystemen in Sicht ist, müssen wir eine nationale Regelung umsetzen. Denn jedes Opfer ist eines zu viel.

Wir sind uns bewusst, dass die Technik noch nicht ihr Optimum erreicht hat. Bisher gibt es leider erst ein Unternehmen, welches einen Lkw mit einem serienmäßig eingebauten Abbiegeassistenzsystem auf dem Markt anbietet. Tests haben bewiesen, dass das System im Alltag funktioniert. Es ließe sich nach Aussage firmeneigener Techniker sogar mit dem Notbremsassistenten kombinieren, wobei hier die Objekterkennung noch nicht einwandfrei funktioniert.

Daher wollen wir mit diesem gemeinsamen Antrag genauso Anreize für eine Weiterentwicklung von Abbiegeassistenzsystemen setzen, um die Technik stetig weiterentwickeln zu können.

Viele Unternehmen rüsten mittlerweile auf eigene Faust ihre Lkws mit dem Abbiegeassistenten aus. Supermarktketten, Entsorgungsunternehmen und der öffentliche Personennahverkehr nehmen hier eine Vorreiterrolle ein und testen Nachrüstsysteme im Alltag.

Einige Unternehmen kaufen sogar nur noch Neufahrzeuge mit einem Abbiegeassistenten an Bord. Diese

(D)

Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Radfahrern und Fußgängern, aber auch gegenüber ihren Fahrzeugführern bewusst. Die Entwickler der Abbiegeassistenten und auch die Eigentümer der Lkw wollen wir mit unserem Antrag unterstützen. Denn nicht nur neue Lkws sollen zukünftig mit dem Sicherheitssystem ausgerüstet werden, Ziel ist, bereits im Verkehr befindliche Lkw nachzurüsten. Die Unternehmer werden mit den anfallenden Kosten nicht alleine gelassen. Investitionen in Abbiegeassistenzsysteme für bereits vorhandene mautpflichtige Nutzfahrzeuge müssen wir verstärkt fördern. Hierfür könnte das bereits bestehende De-minimis-Programm weiter verbessert werden, sodass wir zu einer schnellen Lösung kommen können. Die Förderung von nicht mautpflichtigen Nutzfahrzeugen werden wir ebenso prüfen.

Ich freue mich, dass mit unserem gemeinsamen Antrag über die Parteiengrenzen hinweg eine umfassende Lösung gefunden wurde. Jetzt müssen wir umsetzen. Das ist ein gutes Signal an Deutschland und die EU. Wir brauchen aber eine EU-weite Regelung. Denn bei einem 40-prozentigen Marktanteil von ausländischen Lkw in Deutschland ist eine EU-Regelung mindestens genauso dringend notwendig wie die nationale Regelung.

Abbiegeassistenzsysteme sind zwar kein Allheilmittel, um Unfälle zwischen Fahrradfahrern oder Fußgängern mit Lkw zu vermeiden. Vielmehr ist dies nur ein Teil eines umfassenden Verkehrssicherheitskonzeptes, welches sich aus gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtsamkeit, technischen und städtebaulichen Lösungen

(A) zusammensetzt. Ein erster wichtiger Schritt ist dennoch getan, um tragische Unfälle zu vermeiden.

Deshalb freue ich mich, dass wir den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für erledigt erklären konnten und uns auf einen gemeinsamen Antrag der CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einigen konnten.

Jetzt gilt es umzusetzen.

Mathias Stein *(SPD):* „Wir in Bayern lieben jedes Stück unserer Heimat!", dieser Slogan zierte heute Nachmittag einen 40-Tonner auf der Straße zwischen dem Reichstagsgebäude und dem Paul-Löbe-Haus. Keine Angst – das wird jetzt kein vorgezogener Landtagswahlkampf in Bayern, wie er hier in diesem Hause an vielen Punkten stattfindet. Die SPD-Bundestagsfraktion lud heute – besser gestern Nachmittag – zu einem Expertengespräch zum Thema Abbiegeassistenzsysteme ein. Dieser und drei weitere Lkw spielten dabei die Hauptrollen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht nur reden und beschließen, sondern ganz praktisch sehen, welchen Nutzen diese Systeme einbringen. Ich durfte zwar nicht selber hinter das Steuer – dazu fehlt mir leider der Führerschein –, dafür konnte ich aber als Beifahrer und Fußgänger erleben, wie diese Systeme wirken. Sie sind perfekt in der Lage, zu warnen, manche können gar auf einem Bildschirm sehr deutlich die Gefahrensituationen zeigen. Die Technik von drei verschiedenen Herstellern erscheint mir als praxistauglich und einfach anwendbar. Das Lebensmittelunternehmen EDEKA Süd-
(B) bayern hat bereits im September 2015 300 seiner Fahrzeuge mit einem Abbiegeassistenzsystem ausgestattet. Ohne staatliche Förderungen investierte das Unternehmen etwa 800 Euro pro Fahrzeug. Auch die Systeme von Daimler sowie der Probebetrieb der Berliner Stadtreinigung zeigen, dass es funktioniert.

Im anschließenden Fachgespräch wurde uns auf den Weg gegeben:

Machen Sie die Systeme schnell zur Pflicht.

Sorgen Sie auch dafür, dass zügig nachgerüstet wird.

Sorgen Sie dafür, dass dieses System nicht abgeschaltet werden kann.

Sorgen Sie dafür, dass dieses System mit einem Notbremssystem gekoppelt wird.

Machen Sie eine finanzielle Förderung oder Anreiz für dieses System möglich.

Warum sind diese Abbiegeassistenzsysteme so wichtig? Gerade im städtischen Raum geht es im Straßenverkehr zunehmend aggressiver zu. Gerade Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger geraten hier zunehmend gerade an Kreuzungen und Ausfahrten in Gefahr.

Im letzten Jahr verloren 77 Menschen ihr Leben als Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer im Straßenverkehr. Bis Mai dieses Jahres waren es schon 18. Gestützt auf eine Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen, schätzen „Die Deutschen Versicherer", dass etwa ein Drittel der getöteten Radfahrer auf das Konto von Abbiegeunfällen geht. (C)

Über 40 Prozent aller Unfälle zwischen Lkw und Radfahrern könnte ein elektronischer Abbiegeassistent verhindern und mehr als jedem dritten Unfallopfer das Leben retten. Dies hat die Unfallforschung der Versicherer in einem mehrjährigen Forschungsprojekt ermittelt und fordert diese Technologie für Lkw in Kombination mit einer Notbremsfunktion. Damit könnten Fälle wie diese sich nicht wiederholen:

Am 13. Juni 2018 kam ein achtjähriges Kind in Berlin-Spandau bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Der Junge war gemeinsam mit seiner Mutter auf dem Fahrrad unterwegs, als er von einem Lastwagen erfasst wurde. Offenbar hatte der Fahrer das Kind beim Abbiegen übersehen. (Quelle: RBB)

18. April 2018: In Hannover ist am Mittwochabend ein elfjähriger Junge gestorben, nachdem ein Lastwagen ihn beim Abbiegen überrollt hatte. Offenbar hatte der Fahrer das Kind übersehen. (Quelle: NDR) Oder in der Märkischen Allgemeinen:

25. Januar 2018, Brandenburg (Havel) – Ein zehnjähriges Mädchen ist in Brandenburg an der Havel von einem Lastwagen überrollt worden und gestorben. Wie die Polizeidirektion West am Donnerstag mitteilte, erlag das Mädchen am Mittwochabend, wenige Stunden nach dem Unglück, seinen Verletzungen. „Der Fahrer hatte sie offenbar übersehen", sagte ein Polizei-Sprecher am Donnerstag.

(D) Das Ziel der Koalition bedeutet Vision Zero.

Dieses bedeutet: keine Verkehrstoten, weniger Verkehrsunfälle. Dabei ist die Pflicht zu einem Abbiegeassistenzsystem bei Lkw und Nutzfahrzeugen ein erster Baustein. Weitere Bausteine werden kommen.

So brauchen wir weitere technische Verbesserungen bei Fahrzeugen auf dem Weg zum autonomen und vernetzten Fahren.

So brauchen wir eine Verkehrsplanung in den Städten und Gemeinden, die Fuß- und Fahrradverkehre stärker in den Blick nimmt.

So brauchen wir eine Förderung gegenseitigen Respekts der Menschen im Verkehr.

So brauchen wir eine Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung, die auch die neusten Trends in der Mobilität in den Blick nimmt und den Gemeinden Raum für flexible Lösungen gibt.

Dieses packen wir in der Koalition an.

Dr. Dirk Spaniel *(AfD):* Durch die Einführung eines Abbiegeassistenten für Nutzfahrzeuge kann die Gefahr, dass beim Abbiegen ein Radfahrer, Fußgänger oder sonstige Personen übersehen werden, verringert werden. Dieser Erkenntnis kann man sich eigentlich gar nicht verschließen. Und deshalb unterstützt die AfD-Fraktion die Einführung eines Abbiegeassistenten.

(A) Und nebenbei bemerkt, sehr geehrte Damen und Herren von der FDP, diese Notwendigkeit besteht bereits bei Fahrzeugen ab 3,5 t.

Was uns an diesem Antrag der Union, SPD und den Grünen stört, ist die Aufforderung an die EU, eine Nachrüstpflicht für dieses System einzuführen.

Diese Nachrüstpflicht bedeutet, dass Hunderttausende Fahrzeuge umgerüstet werden müssen. Die Bandbreite der Lösungen wird dabei von der High-End-Variante der herstellerseitigen Nachrüstung mit Werksgarantie bis zur selbst eingebauten Baumarktlösung reichen. Und insbesondere bei Letzerer habe ich erhebliche Zweifel an der dauerhaften Zuverlässigkeit des eingebauten Systems. Was bitte nützt mir ein System, das vielleicht funktioniert, gegebenenfalls aber auch nicht. In vielen Fällen wird das System die eigene Fehlfunktion gar nicht zuverlässig anzeigen.

Und wie immer bei dem Einbau eines Assistenzsystems wird der Fahrer sich zu einem Teil auf die Funktion des Systems verlassen, und der Blick in den Außenspiegel entfällt.

Die Studien, dass die Verkehrssicherheit durch Abbiegeassistenten erhöht wird, beziehen sich auf funktionierende Systeme, nicht auf Bastellösungen.

Wir wollen die Anzahl der Opfer reduzieren. Wer sagt uns denn, dass wir das mit diesem Antrag und der Nachrüstpflicht tun? Vielleicht haben wir gegebenenfalls mehr Unfälle, weil die Fahrer von Lkw nicht mehr in den Spiegel schauen, aber die teilweise unzuverlässigen Systeme (B) nicht funktionieren?

Darüber hinaus ist völlig unklar, was mit nicht umgerüsteten Fahrzeugen und mit ausländischen Fahrzeugen passieren soll. Fahrverbote vielleicht? Und dann haben wir noch das Thema Investitionsschutz. Die Käufer eines Fahrzeuges müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen nicht nachträglich Kosten oder Nutzungseinschränkungen aufgebürdet werden. Dieser ganze Antrag ist typisch für den Regierungsstil. Da gibt es einen Unfall mit einem Radfahrer im Wahlkreis, und sofort müssen alle Fahrzeuge nachgerüstet werden, damit das nicht mehr passieren kann. Ja, so ein tragischer Unfall, besonders wenn er ein Kind betrifft, ist sehr schlimm und macht betroffen. Aber rationale Kriterien einer seriösen und verantwortungsvollen Politik dürfen nicht über Bord geschmissen werden. Wenn man persönliche Gefühle und verantwortungsvolles Handeln nicht trennen kann, sollte man nicht die Politik eines modernen Staates gestalten.

Wir lehnen den Antrag der Union ab, weil er Nachrüstung bedeutet, und den Antrag der FDP, weil er Fahrzeuge bis 3,5 t ausschließt, ab. Stattdessen bringen wir einen eigenen Antrag ein. Wir wollen einen Abbiegeassistenten für Neufahrzeuge, also ohne Nachrüstpflicht, einführen.

Dr. Christian Jung *(FDP):* Die Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten hat für uns alle oberste Priorität. Doch trotz aller vorangegangenen Bemühungen enden gerade Unfälle mit abbiegenden Lkws häufig tödlich. Deswegen unterstützen wir Freie Demokraten grundsätzlich den Einbau von Abbiegeassistenzsystemen in Lkw. Wir (C) schließen uns aber auch der Sichtweise des Bundesrates mit unserem vorliegenden Änderungsantrag an, indem wir den Fokus auf Nutzfahrzeuge ab 7,5 Tonnen legen. Denn Hauptverursacher bei schwerwiegenden Unfällen mit Fußgängern oder Radfahrern sind in 90 Prozent der Fälle eben Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen, mit Anhängern oder Sattelaufliegern. Auch würde eine verpflichtende Einführung für Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen Handwerker und Mittelständler unverhältnismäßig belasten.

Richtig ist, dass wir sinnvolle ausgereifte technische Hilfsmittel einsetzen, um Verkehrstote zu verhindern. Wichtig ist aber ebenso, dass wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Denn Sicherheit im Verkehr muss von verschiedenen Perspektiven aus gedacht werden. So höre ich immer wieder von Polizistinnen und Polizisten, dass häufig fehlende Aufmerksamkeit Unfälle verursacht, vor allem im Lkw-Bereich. Die Fahrer sind zum Beispiel über lange Zeiträume unterwegs. Wir müssen für ausreichende Lkw-Parkplätze in Städten sowie auf und um Autobahnen sorgen, damit die Ruhezeiten auch eingehalten werden können.

Bei diesem Thema bereitet mir ein Aspekt besondere Sorgen: In einer Antwort auf meine schriftliche Frage hat die Bundesregierung gerade mitgeteilt, dass sie nicht weiß, wie viele Transporter mit Schlafmöglichkeiten in Deutschland unterwegs sind und in wie viele Unfälle sie genau verwickelt sind. Doch auch diese Quasi-Lkw müssen in einen ganzheitlichen Ansatz miteinbezogen werden, weil wir nur so die Zahl der Verkehrstoten reduzieren können. (D)

Ein ganzheitlicher Ansatz schließt alle Verkehrsteilnehmer ein. So kann eine Diskussion über den § 5 Absatz 8 der Straßenverkehrsordnung und damit eine Veränderung bezüglich des Überholvorganges von Fahrrad- und Mofafahrern auf der rechten Seite ebenso ihren Teil dazu beitragen, Menschenleben zu retten, wie der Einsatz von intelligenten Hilfsmitteln.

Und zu guter Letzt gilt es, eine Veränderung im Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer zu schaffen. Wie früher in der Fernsehsendung „Der 7. Sinn“ müssen neue Medien verstärkt zur Aufklärung und Verkehrserziehung für alle Altersgruppen genutzt werden. Denn alle technischen Systeme bringen nichts, wenn sich einzelne Verkehrsteilnehmer rücksichtslos und gedankenlos im Verkehr verhalten.

Andreas Wagner *(DIE LINKE):* Ein neunjähriges Mädchen macht sich mit dem Rad auf den Weg zur Schule. An einer Kreuzung zeigt die Ampel Grün. Das Mädchen fährt geradeaus. Doch in diesem Moment biegt ein Lkw rechts ab, erfasst das Kind und überrollt es. Dieser schreckliche Unfall hat sich im Mai in München ereignet. Der Fahrer des Lkw hat das Kind nicht gesehen. Das Kind ist tot, für die Angehörigen bedeutet der Verlust unermessliches Leid, und der Lkw-Fahrer muss für den Rest seines Lebens mit der Schuld leben.

Im vergangenen Jahr kamen 38 Menschen bei Verkehrsunfällen mit rechtsabbiegenden Lkw ums Leben. Jedes Todesopfer ist eines zu viel. Um Radfahrende bes-

(A) ser zu schützen und Unfälle mit rechtsabbiegenden Lkw zu verhindern, müssen Lkw verpflichtend mit Abbiegeassistenzsystemen ausgestattet werden. Ich finde: Es wird höchste Zeit.

Abbiegeassistenzsysteme warnen den Fahrer eines Lkw, wenn sich neben dem Fahrzeug Menschen befinden, und leiten bei Bedarf eine Notbremsung ein. Seit Jahren ist die verpflichtende Einführung solcher Abbiegeassistenzsysteme im Gespräch. Es gab Runde Tische und Arbeitsgruppen. Und es besteht große Übereinstimmung, dass alles getan werden muss, um Abbiegeunfälle zu verhindern. Jetzt muss endlich gehandelt werden.

Die Fraktion Die Linke begrüßt ausdrücklich alle Initiativen und Anstrengungen, die das Ziel haben, Lkw ab 3,5 Tonnen mit Abbiegeassistenten auszurüsten. Auch wenn auf europäischer Ebene die Notwendigkeit erkannt wurde, solche Warnsysteme einzuführen, ist unklar, wann es eine europäische Lösung geben wird. Wir wollen nicht weiter warten und fordern die Bundesregierung auf, sofort auf Bundesebene Regelungen für eine schnelle Einführung von Abbiegeassistenzsystemen zu prüfen und umzusetzen.

Laut Auskunft des Verkehrsministeriums verfügt kein einziger der über 22 000 Lkw, die sich im Besitz des Bundes befinden oder derzeit gemietet oder geleast wurden, über ein Abbiegeassistenzsystem.

Als ersten Schritt fordern wir daher, dass der Bund sowie Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung des Bundes ab sofort verpflichtend nur noch Lkw anschaffen, die über ein Abbiegeassistenzsystem verfügen. Und: (B) Lkw, die bereits genutzt werden, müssen schnellstmöglich nachgerüstet werden.

Anstatt auf die EU zu verweisen, kann die Bundesregierung – wenn sie es mit der Verkehrssicherheit ernst meint – so einen wichtigen Impuls geben, den hoffentlich auch die Länder und Kommunen aufgreifen. Dann könnten Müll- und Reinigungsfahrzeuge ohne Abbiegeassistenten bald der Vergangenheit angehören.

Mit der Einführung von Abbiegeassistenzsystemen ist es jedoch nicht getan. Um die Sicherheit von Radfahrenden zu verbessern, muss die Bundesregierung die Umgestaltung und Entschärfung besonders gefährlicher Kreuzungen und den Ausbau breiter und geschützter Radwege finanziell stärker fördern.

Der Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zielt in die richtige Richtung, geht uns jedoch nicht weit genug. Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht mit Verweis auf die EU weiter abzuwarten, sondern sofort zu handeln.

Stefan Gelbhaar *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Endlich – endlich geht es nicht mehr nur darum, wie Menschen in Autos geschützt werden, sondern es geht auch um den Schutz von Menschen außerhalb von Fahrzeugen. Endlich! Denn das bedeutet Verkehrssicherheit. Und das wollen wir als Bündnisgrüne.

Es ist ein Privileg, mit tonnenschweren Fahrzeugen in Städten verkehren zu dürfen. Dieses Privileg hat der (C) Gesetzgeber seit jeher an eine Haftpflicht gekoppelt. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht diese Haftpflicht nicht aus. Das Privileg ist für uns daran gekoppelt, die schweren Fahrzeuge auf dem neuesten Stand der Sicherheitstechnik zu halten, um die Risiken für Fußgänger und Fahrradfahrerinnen zu minimieren. Dieser Schutz muss eine Selbstverständlichkeit werden. Da müssen wir ran.

Das Ziel muss null Verkehrstote sein. Wir haben letztes Jahr wieder über 3 000 Verkehrstote zählen müssen. Wenn wir die Vision Zero erreichen wollen, dann müssen die besonders geschützt werden, die ohne eine Tonne Stahl um sich herum am Verkehr teilnehmen, dann müssen wir die Kinder und die Älteren besonders schützen. Berlin hat das mit dem Mobilitätsgesetz, das vor wenigen Stunden verabschiedet wurde, jetzt gesetzlich festgeschrieben. Ich finde das eminent wichtig, um staatliches wie privates Handeln auch darauf auszurichten. Daher plädiere ich dafür, die Vision Zero auch in den Bundesgesetzen zu verankern. Wir brauchen ein Mobilitätsgesetz auch auf Bundesebene.

Der vorliegende Antrag fordert den Verkehrsminister auf, zu handeln, um schwere Unfälle zu verhindern. Wir können dabei nicht warten. Deswegen war es uns als Bündnisgrünen wichtig, dass neben den Bemühungen auf internationaler Ebene in der Bundesrepublik die Anschaffung wie Nachrüstung mit Abbiegeassistenten ab jetzt umgesetzt wird. Denn jedes Leben zählt. Diese Bedingung erfüllt der vorliegende Antrag. Deswegen bringen wir als Bündnisgrüne diesen interfraktionellen Antrag mit auf den Weg.

(D) Wir werden das Thema Verkehrssicherheit zu einer Messlatte für die Amtszeit des Verkehrsministers machen. Das ist als Versprechen, als ausgestreckte Hand gemeint. Aber genauso auch eine Androhung. Wir werden Sie damit immer wieder konfrontieren, bis Fahrradfahren und Zufußgehen in Berlin und München genauso sicher sind wie auf Hiddensee.

Loslegen müssen Sie mit den Lkw der öffentlichen Hand. Überall soll ein Abbiegeassistent nachgerüstet werden. Wir erwarten hier einen Zeitplan für die Beschaffung und den Einbau.

Beim Neukauf von Fahrzeugen öffentlicher Fuhrparks – Bussen, Müllwagen, Transportern – muss Voraussetzung werden, dass ein Abbiegeassistent verbaut ist.

Die bestehenden Förderprogramme müssen ebenso auf den Schutz der Menschen ausgerichtet werden. Auch dazu erwarten wir eine rasche Vorlage.

Es geht uns nicht um Konferenzen mit allen Beteiligten, sondern um die konkrete Ausstattung der Fahrzeuge. Daran werden sie gemessen.

Und ja: Der Lkw-Abbiegeassistent ist nicht allein selig machend. Aber er ist ein Schritt. Folgen muss eine Verkehrswende, bei der Verkehrssicherheit eine entscheidende Rolle spielt: sichere Fahrradspuren und Fußwege, neueste Technik zum Schutz der Menschen, weniger Autos in den Innenstädten. Es braucht höhere Strafen und Bußgelder für diejenigen, die das Leben anderer leichtfertig gefährden, etwa durch Rasen oder durch Falschparken.

(A) Das ist die Frage: Wird die Bundesregierung hier entschlossen weitergehen? Wir werden sie immer wieder damit konfrontieren, die ganze Wahlperiode. Das verspreche ich, das versprechen wir Ihnen.

Steffen Bilger, *Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur:* Heute ist ein guter Tag für die Verkehrssicherheit in Deutschland. Der vorliegende Antrag, den wir bereits am Mittwoch im Verkehrsausschuss beraten haben, macht dies deutlich.

Ich danke allen, die in den vergangenen Wochen im politischen Raum dazu beigetragen haben, die öffentliche Debatte zu intensivieren. Das ist auch an der europäischen Ebene nicht spurlos vorbeigegangen. Das ist besonders wichtig, weil wir durch Beschlüsse der europäischen Ebene am schnellsten am meisten erreichen könnten – für den Schutz der Verkehrsteilnehmer in ganz Europa mit direkter Auswirkung auf alle Fahrzeuge auf unseren Straßen, egal ob mit deutschem oder ausländischem Kennzeichen.

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer hatte schon immer eine sehr hohe Priorität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur – genauso wie im Verkehrsausschuss des Bundestages. Eine ganz besondere Verantwortung haben wir für schwächere Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Fußgänger und Radfahrer.

In letzter Zeit häuften sich leider die Berichte über schwere Unfälle von abbiegenden Nutzfahrzeugen mit toten oder schwerverletzten Fußgängern und Radfahrern. Solche Meldungen und die damit verbundenen Schicksalsschläge lassen niemanden unberührt. Jeder dieser Unfälle ist einer zu viel.

(B)

Aus diesem Grund setzt sich das BMVI seit über einem Jahrzehnt für eine Verbesserung der Sicht und eine Verringerung des „Toten Winkels“ bei Nutzfahrzeugen ein. Durchaus mit Erfolg!

Auf Initiative des BMVI wurde eine EU-weite Ausrüstung mit zusätzlichen Spiegeln erreicht, die das indirekte Sichtfeld erweitern. Vorschläge für mitblinkende Seitenmarkierungsleuchten und Kamera-Monitor-Systeme anstelle von Spiegeln wurden bei der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, der UNECE, erfolgreich umgesetzt.

Die tragischen Unfälle in der letzten Zeit beweisen jedoch, dass weitere Maßnahmen dringend notwendig sind. Wir wollen, dass die Fahrzeugführer in komplexen Verkehrssituationen gezielt unterstützt und über potenzielle Gefahren informiert werden.

Wir fordern deshalb seit Jahren die verpflichtende Ausrüstung von schweren Nutzfahrzeugen mit nichtabschaltbaren Abbiegeassistenten. Bereits im Januar 2017 reichte das BMVI bei den Vereinten Nationen einen entsprechenden Vorschlag für international harmonisierte, technische Anforderungen für den Abbiegeassistenten ein. In dem Vorschlag, der in der letzten Woche finalisiert wurde, ist eine verpflichtende, nicht abschaltbare Information für die Fahrzeugführer über Radfahrer vorgesehen, die bei Abbiegevorgängen gefährdet werden könnten.

(C) Darüber hinaus wird zusätzlich eine Akutwarnung gefordert, sofern ein drohender Unfall erkannt wird.

Mit der Unterstützung anderer Länder haben wir durchgesetzt, dass auch die Erkennung radfahrender Kinder in die Regelung aufgenommen werden soll.

Über den Vorschlag muss nun zuerst im Oktober auf Arbeitsgruppenebene und im März nächsten Jahres auf Ebene des Weltforums für die Harmonisierung fahrzeugtechnischer Regelungen bei den Vereinten Nationen abgestimmt werden. Ziel ist es, die Anforderungen für diese Systeme anschließend in den für alle Mitgliedstaaten der EU geltenden Typgenehmigungsvorschriften verbindlich vorzuschreiben.

Verpflichtende rein nationale Aus- bzw. Nachrüstungsvorschriften für technische Systeme sind wegen der EU-Vorschriften wohl nicht möglich. Dies gilt auch für den Abbiegeassistenten. Gleichwohl werden wir nationale Regelungen noch einmal prüfen.

Wir arbeiten aber auch an weiteren Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes schwächerer Verkehrsteilnehmer:

So wird die Ausrüstung von Nutzfahrzeugen mit Kamera-Monitor-Systemen und Abbiegeassistenten bereits heute durch uns im Rahmen des Programms De-minimis finanziell unterstützt. Wir prüfen, wie der Abbiegeassistent noch gezielter gefördert und die Marktdurchdringung des Systems beschleunigt werden kann.

(D) Auch aus diesem Grund hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die „Aktion Abbiegeassistent“ initiiert. Am 10. Juli wird es unter seiner Leitung ein Treffen mit Vertretern der Autoindustrie, der Logistikbranche, Prüforganisationen, Verkehrssicherheitsexperten, Auto- und Fahrradfahrerclubs geben.

Konkret wird es beispielsweise darum gehen, dass sich möglichst viele Unternehmen verpflichten, ihre Lkw-Flotten mit solchen Assistenten nachzurüsten. Auch der Bund sollte bei seinem Fuhrpark mit gutem Beispiel vorangehen.

Neben den nationalen Maßnahmen ist uns die internationale Debatte sehr wichtig. Wir haben sie immer wieder angestoßen und werden sie weiterhin prägen. Erst kürzlich auf der Tagung der EU-Verkehrsminister in Luxemburg hat Bundesminister Andreas Scheuer vehement für schnellere Änderungen gekämpft.

Ein Resultat unserer Arbeit findet sich im Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Allgemeinen Sicherheit wieder, in dem die Ausrüstung bestimmter Fahrzeugklassen mit Kollisionswarnern für Fußgänger und Radfahrer sowie den Totwinkel-Assistenten vorgesehen ist.

Wir werden uns auf EU-Ebene intensiv dafür einsetzen, dass Abbiegeassistenzsysteme hohe technische Anforderungen erfüllen, im relevanten Geschwindigkeitsbereich nicht abschaltbar sind und schnellstmöglich eingeführt werden.

(A) Ich gehe davon, dass wir bei diesem Vorhaben auf die volle Unterstützung des Deutschen Bundestages bauen können.

Anlage 9

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Renate Künast, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Tierschutz an Schlachthöfen verbessern
(Tagesordnungspunkt 18)

Silvia Breher *(CDU/CSU):* Ich denke, wir stimmen hier im Haus alle darin überein, dass unnötiges Tierleid verhindert werden muss. Jede Form von Tierrechtsverletzungen ist vollkommen inakzeptabel. Unabhängig davon, ob es sich um Heim-, Turnier-, Zucht- und Schlachttiere handelt. Unnötige Schmerzen, Leiden und Verletzungen müssen jedem Tier erspart bleiben. Die Täter müssen zur Verantwortung gezogen werden. Ich denke, da sind wir uns alle einig.

Immer wieder erreichen uns grausame Bilder aus Tierhaltungsbetrieben, von Tiertransporten oder eben auch aus Schlachthöfen. Ich möchte hier an dieser Stelle aber an alle Beteiligten, Politik, Tierschützer, Vollzugsbehörden und auch an die Medien appellieren, dass wir uns hier mit Fakten und Tatsachen auseinandersetzen.

(B) Bei Bildmaterial müssen in diesem Zusammenhang folgende Fragen erlaubt sein: Wo wurden diese Bilder aufgenommen. In Deutschland? Und ist das zweifelsfrei belegbar? Lagen den zuständigen Behörden im Vorfeld Informationen über Tierschutzverstöße vor? Wie groß war die Zeitspanne zwischen Bildaufnahmen und Anzeige bzw. Veröffentlichung der Bilder?

Ich stelle diese Fragen deshalb, weil es in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen ist, dass Bilder von selbsternannten Tierrechtlern manipuliert und dokumentierte Tierschutzverstöße erst zur Anzeige gebracht worden sind, nachdem das Bildmaterial medienwirksam in der Öffentlichkeit gezeigt worden ist. Das ist sicherlich auch nicht im Sinne der Tiere und des Tierschutzes. Verstöße gehören umgehend angezeigt.

Und zur Auseinandersetzung mit diesem Thema gehört auch, dass die hier skizzierten Vorfälle ins Verhältnis gesetzt werden. Der vorliegende Antrag suggeriert, dass in deutschen Schlachthöfen gravierende Tierschutzverletzungen an der Tagesordnung sind, dass Tiere brutal behandelt werden. Es wird hier ein Bild gezeichnet, was der Realität in keiner Weise entspricht. Der Antrag basiert auf einzelnen Vorfällen. Zwei konkrete Fälle: ein Schlachthof in Tauberbischofsheim, Baden-Württemberg, im Februar 2018, und ein Schlachthof in Düren, Nordrhein-Westfalen, im Dezember 2017.

Die Vorfälle waren abscheulich. Und die zuständigen Behörden sind direkt nach Bekanntwerden der Vorwürfe aktiv geworden. Es gibt in Deutschland insgesamt aber über 4 000 Schlachthöfe. Zwei Vorfälle mit denen ein ganzer Wirtschaftszweig, samt Angestellten und letztlich auch Amtstierärzten, verunglimpft wird. (C)

Ich selbst komme aus einer von der Landwirtschaft stark geprägten Region, dem Oldenburger Münsterland. Und in den letzten Monaten habe ich vier Schlachthöfe in meiner Heimat besucht. Warum? Weil ich mir einen persönlichen Eindruck machen wollte, einen direkten und ungefilterten Einblick in die Abläufe auf einem Schlachthof: von der Anlieferung über die Schlachtung bis zur Zerlegung der Tiere.

Meine persönliche Erfahrung:

Die Mitarbeiter auf den Schlachthöfen waren sehr darauf bedacht, dass die Tiere so ruhig und stressfrei wie möglich den Weg zur Schlachtung erleben. Je ruhiger sie sind, desto reibungsloser ist der Ablauf – für die Tiere wie auch für die Mitarbeiter.

Es ist immer ein Amtstierarzt vor Ort, der die Tiere bereits beim Entladen auf ihren Gesundheitszustand begutachtet. Erst danach werden sie für die Schlachtung freigegeben.

Je nach Tierart werden sie dann betäubt und der Schlachtung zugeführt. In ihrem Antrag sprechen Sie den Bolzenschuss bei Rindern und die CO_2-Betäubung beim Schwein an. Natürlich kann es vorkommen, dass Tiere nicht vollständig betäubt sind, genau deshalb testen die Mitarbeiter die Reflexe, und es wird dann direkt nachbetäubt. Das ist aber die Ausnahme und keineswegs die Regel, wie es hier im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen dargestellt wird. (D)

Die deutschen Schlachthöfe unterliegen natürlich den europäischen und nationalen tierschutzrechtlichen Vorschriften: der EU-Tierschutz-Schlachtverordnung Nummer 1099/2009 und der deutschen Tierschutz-Schlachtverordnung. Sie legen Anforderungen an die Sachkunde des Schlachthofpersonals – Schulungen und Prüfungen – sowie das Betäubungsverfahren und das Entbluten fest und regeln auch die Wirksamkeit der Betäubung mit Überwachungsverfahren. Höfe mit einer jährlichen Schlachtung von mehr als 1 000 Großvieheinheiten müssen außerdem einen Tierschutzbeauftragten benennen. Dieser verfügt über weitreichende Befugnisse, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, und ist heute bereits ein fester Bestandteil.

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt eingehen: den Einsatz von CO_2 als Betäubungsmittel.

Der Antrag ist so formuliert, als entspreche die Anwendung von CO_2 per se nicht einer tierschutzgerechten Betäubung. Ich habe hierzu mit vielen Praktikern und Experten gesprochen. Dies ist einfach nicht zutreffend. Bei einer Betäubungsanlage, die dem Stand der Forschung entspricht und die ordnungsgemäß betrieben wird, sind Abwehrreaktionen der Tiere nur in Einzelfällen zu beobachten.

Trotzdem wird auf diesem Gebiet nach wie vor geforscht, um neue Techniken zu entwickeln, die in die Praxis umgesetzt werden können. Es wurden hierzu bereits

(A) viele Forschungsprojekte durchgeführt. Dabei wurden sowohl Helium, Argon als auch Stickstoff in verschiedenen Kombinationen und Anwendungsformen untersucht. Aber bislang konnte keine praxistaugliche Lösung gefunden werden.

Die bisher erprobten Methoden haben oft die Betäubungsqualität verschlechtert. Bei der Verwendung von anderen Gasen gibt es inakzeptable Nebenwirkungen bei den Tieren, zum Beispiel hohe Exzitationen, die keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Betäubung zur Folge haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, keine Frage, es geht hier um ein wichtiges Thema. Lassen Sie uns im weiteren parlamentarischen Verfahren über die Fakten und fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen. Nur so können wir unnötiges Tierleid verhindern. Das ist insbesondere im Interesse der Tiere. Ich stehe dafür sehr gerne zur Verfügung und freue mich auf eine sachliche Diskussion im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

Dieter Stier *(CDU/CSU):* Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen präsentiert uns heute einen Antrag, den wir so ähnlich formuliert aus der 17. Wahlperiode schon kennen: Tierschutz an Schlachthöfen verbessern. Wir sind uns dabei einig – besser geht immer! Aber, auch wenn wir uns in regelmäßigen Abständen in diesem Hohen Haus mit den gleichen, zuweilen leicht modifizierten, aber immer emotional dramatisierenden Anträgen Ihrer Fraktion zu den vermeintlich eklatanten Missständen in (B) unseren deutschen Landwirtschafts-, Tierhaltungs- und, heute, Schlachtbetrieben beschäftigen, hilft das in der Sache und im Detail nicht weiter.

Und eines ist auch klar: Wer ein Schnitzel essen will – und ich bekenne, ich gehöre zu denjenigen, die das weiterhin wollen –, der muss natürlich wissen, dass dafür auch Tiere sterben müssen. Wir leben in einem liberalen Land, in dem jeder essen kann, was ihm schmeckt, und das soll auch so bleiben.

Sie sprechen in Ihrer Sachstandsbeschreibung von regelmäßigen gravierenden Tierschutzverletzungen, brutalem Umgang mit den Tieren, keiner Zulassung für Produktionsverfahren und nicht ausreichend geschultem Personal. Damit, meine Damen und Herren der antragstellenden Fraktion, tragen Sie wiederholt Ihre unablässigen Anklagen und Angriffe gegen unsere heimatliche Tier- und Lebensmittelproduktion auf dem Rücken all jener aus, die tagtäglich fleißig und vorbildlich in unseren Betrieben arbeiten. Eine solche pauschale Vorverurteilung mit Anfeindungen bis hin gar zur gesellschaftlichen Ächtung von Branchen scheinen Sie dabei billigend in Kauf zu nehmen, vermutlich mit dem Ziel, Ihre persönliche Parteiagenda weiter voranzutreiben.

Dies ist schlecht, bewirkt Frust auf allen Seiten und schadet nicht nur den in diesem Bereich beschäftigten Menschen unseres Landes, sondern auch den Tieren, die nämlich von vermeintlich heldenhaften Tierrettern bei nächtlichen illegalen Stalleinbrüchen gestört, verängstigt und schlussendlich politisch instrumentalisiert werden.

(C) Erst am Montag dieser Woche konnten wir erleben, wie militante Tierrechtler lautstark das öffentliche Fachgespräch des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu Tiertransporten in diesem Parlament gestört haben. So kann und darf es nicht weitergehen. Dies ist keine Umgangsform, die wir miteinander pflegen wollen, und ich bin mir fast sicher, dass Sie mit mir darin auch übereinstimmen.

Ihr Antrag liest sich, als bewege sich die deutsche Tierproduktion in einem rechtsfreien, unregulierten Raum. Ich kann Ihnen nur die Empfehlung geben, in die Praxis zu gehen und sich dort umzuschauen.

Und ich kann Ihnen versichern, da habe ich Ihnen etwas voraus. In meiner Heimatstadt Weißenfels in Sachsen-Anhalt befindet sich ein großes Fleischwerk. Ein Schlachtbetrieb für Schweine. Über 2 000 Beschäftigte sind dort im Bereich Fleischverarbeitung und Veredelung tätig. Ein Knochenjob – keine Frage –, welcher ein gutes Maß an körperlicher Fitness verlangt.

Mehrfach habe ich persönlich den Betrieb besucht und mir dabei jede Ecke angeschaut, vor Ort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geredet, mich über ihre Arbeit und ihre Lebensbedingungen in der Region erkundigt. Auch bei wiederholten Besuchen hatte ich stets einen guten Eindruck von diesem Betrieb, seinen Beschäftigten und den praktizierten Tierschutzstandards. Nicht umsonst zählt dieser Weißenfelser Betrieb auch zu den modernsten seiner Branche in Europa. Ja, ein großer Teil der Beschäftigten kommt auch aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Tschechischen Republik. Überwiegend junge Leute, die hier zu Wertschöpfung und (D) Wohlstand beitragen. Sie leisten hier eine hervorragende Arbeit.

Das ist die Realität, wie ich sie kennengelernt habe – und jetzt zu Ihrem Antrag: Am meisten verwundert haben mich die endlos pauschalen Unterstellungen in Ihrem Papier, besonders der grenzenlose Generalverdacht, den Sie gegen alles und jeden formulieren, so, als ob im ganzen Land flächendeckend die schlimmsten Tierschutzmissstände herrschen würden. Wir sind ja einiges von Ihnen gewohnt, aber das Ausmaß ist auch für mich immer wieder eine Überraschung.

Ich will nur mal drei Beispiele herausgreifen, die man auf keinen Fall unkommentiert stehen lassen darf.

Erstens. Sie sagen, wie bereits eingangs erwähnt, vollkommen pauschal, ohne jeden praxisrelevanten Bezug und aus der Ferne Ihres Bundestagsschreibtisches heraus: „Immer wieder kommt es zu gravierenden Tierschutzverletzungen.“ Das wird von Ihnen so selbstverständlich dahingeschrieben, als müsse man das gar nicht mehr belegen. Hier sage ich: Stopp! Was soll das? Sie tun so, als wäre das in allen Betrieben im ganzen Land tagein, tagaus traurige Realität. Ein festgefahrener Dauerzustand. Nein! Das ist nicht so. Das kann ich nicht bestätigen und habe es so nie erlebt. Sie präsentieren uns ein Zerrbild, Ihr ideologisch geprägtes Zerrbild, das es geradezurücken gilt.

Zweitens. Sie sagen: „… mit den Tieren wird […] brutal umgegangen.“ Gleich noch mal: Nein! Das habe ich

(A) vor Ort kein einziges Mal gesehen. Das ist falsch. Den Beschäftigten sind die Schlachttiere nicht egal. Es bleibt eine Behauptung ohne ernsthaften Faktenbeleg.

Und nun zu drittens, denn die Krönung Ihres Antrags kommt erst noch: Sie behaupten schlicht, jegliches in unseren Betrieben beschäftigte Personal sei nicht ausreichend geschult für sachgerechte und gesetzeskonforme Schlachtungen. Es herrscht also pauschal die große Inkompetenz in allen deutschen Betrieben. Hier frage ich mich: Wie kommen Sie als Grüne dazu, den einheimischen Mitarbeitern und den Menschen aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Tschechischen Republik, die ich persönlich im Weißenfelser Schlachthof kennengelernt habe, so etwas Unverschämtes zu unterstellen? Ich habe all diese Beschäftigten zügig, fachkundig und professionell arbeiten sehen. Wie viele von denen, mit denen ich gesprochen habe, kennen Sie denn persönlich und deren beruflichen Hintergrund? Wohl keinen. Spätestens hier sollten auch Sie sich ehrlich eingestehen, dass man mit solchen Argumenten keinen Antrag durchbringen wird. Dass dieser Antrag nicht seriös sein kann, das wissen Sie selber.

Weiterhin will ich darauf hinweisen, dass der gesamte Schlachtprozess von amtlichen Veterinären, die übrigens beim Landkreis und damit beim Staat und nicht beim Betreiber in Lohn und Brot stehen und damit auch entsprechend unabhängig sind, ständig überwacht wird. Bei Missständen kann hier sofort eingegriffen werden.

Sie beschreiben zu Recht, das der Lebensmittelunternehmer aufgrund geltender Rechtsgrundlage Sicherungssysteme betreiben muss, um eine richtige Betäubung und Entblutung zu garantieren. In dem Betrieb in meiner Heimatstadt gibt es zur Kontrolle dazu das sogenannte Zwei-Waagen-System, wo das Tier vor und nach der hängenden Entblutung gewogen und so die Blutmenge geprüft wird. Eine bestimmte Menge stellt dann die ordnungsgemäße Entblutung sicher. Sollte diese Blutmenge unter einer Mindestmenge liegen, wird dies durch ein Signal angezeigt, und es steht zum Beispiel ein zusätzlicher Mitarbeiter bereit, der eine Nachentblutung vornimmt. Zusätzlich gibt es eine weitere Person, welche aufgrund der Prüfung von Reflexen bei jedem Tier feststellt, ob die Betäubung eine Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit erzeugt hat. Damit wird garantiert, dass jedes einzelne Tier richtig betäubt und entblutet in den Brühbereich gelangt.

(B)

Die verwendeten Betäubungsgeräte werden regelmäßig durch das Landesverwaltungsamt und durch Selbstkontrollen des Unternehmens geprüft.

Jeder Beschäftigte im Bereich Viehannahme, Betäubung/Entblutung kann dort nur mit einer entsprechenden Sachkundegenehmigung arbeiten.

Wenn Sie eine „unabhängige Mittelinstanz“ fordern, unterstellen Sie, dass es Landkreisbehörden gibt, die nicht unabhängig sind. Ich finde das anmaßend, aber es passt zu Ihrem regelmäßigen Misstrauen gegenüber Menschen in diesem Land.

Und auch Ihre Forderung von Videoüberwachung in Schlachtbetrieben halte ich für bemerkenswert, wo Sie das doch sonst zum Beispiel an Kriminalitätsschwerpunkten hier häufig ablehnen. Das zeigt Ihr Werteverständnis für mich eindrucksvoll auf. (C)

Tierschutz zu verbessern, ist ein wichtiges und verfassungsrechtlich gebotenes Anliegen. Die Koalition folgt diesem Anliegen ständig, zum Beispiel durch Bereitstellung von Mitteln für die Forschungsförderung auch in diesem Bereich.

Doch zur weiteren Verbesserung von Tierschutz gehört auch eine wirtschaftliche Abwägung: Die Verwendung von Argon ist selbstverständlich teurer als die von CO_2, eine wünschenswerte Veränderung von Bandgeschwindigkeiten hat ebenfalls Auswirkungen auf den Preis des Endproduktes.

Zur weiteren Verbesserung von Tierschutz muss deshalb auch gesunder Menschenverstand gehören, die Betrachtung der Realität Voraussetzung und die Einschätzung der aktuellen Lage stimmig sein. Nur so haben Verbesserungsansätze auch eine realistische Chance.

Ihrem Antrag können und werden wir so nicht zustimmen, weil viele Ihrer Forderungen bereits geregelt sind und in der Realität praktiziert werden, weiteren aber auch der sachliche Ansatz fehlt und wiederum andere sich auch aus Kostengründen und gesellschaftlicher Akzeptanz an der Ladenkasse der Branche noch nicht darstellen lassen.

Susanne Mittag *(SPD):* Der vorliegende Antrag suggeriert, dass Tierschutzstandards an allen Schlachthöfen nicht eingehalten werden. Das ist nicht der Fall. Viele Schlachthöfe arbeiten im Bereich des Tierschutzes wirklich vorbildlich und lassen sich nichts zuschulden kommen. (D)

Was man allerdings auch nicht verschweigen darf, ist, dass es immer wieder zu eklatanten Tierschutzverstößen in deutschen Schlachthöfen kommt. Ich denke nur an die Missstände im Schlachthof Tauberbischofsheim. Deshalb findet der Antrag meine grundlegende Sympathie, wenn es um die Verbesserung von Tierschutz an Schlachthöfen geht.

Das Schlachten in Deutschland ist heutzutage eine absolute Akkordarbeit. Das Motto lautet: Mehr, schneller, billiger.

Zum einen leider darunter die Tiere. Wie der Antrag richtig festhält, werden aufgrund des Zeitdrucks Bolzenschussapparate nicht richtig angesetzt, oder Tiere werden unbetäubt dem weiteren Schlachtvorgang zugeführt. Zum anderen leiden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darunter. Schlachthofmitarbeiter werden in diesen Fällen schlicht und einfach ausgebeutet.

Niemand kann mir erzählen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Tiere extra schlecht behandeln. Von den Firmen wird Druck gemacht mit höchst problematischen Arbeitsstrukturen. Da nehme ich insbesondere die Schlachtunternehmer in die Pflicht: Schlachthofmitarbeiter werden oftmals pro Tier beziehungsweise nach Akkord bezahlt. Dies trägt nicht besonders zu tierschutzgerechtem und sorgsamem Verhalten bei.

(A)

Neben der Abschaffung der Akkordarbeit beinhaltet der Antrag noch weitere Punkte, die den Tierschutz im Schlachthof verbessern könnten, werden in der letzten Konsequenz aber nicht bis zu Ende gedacht.

Da haben wir beispielsweise das Vieraugenprinzip bei Tierschutzkontrollen oder das Rotationsprinzip bei den Tierärzten. Das sind Ansätze, die auch ich befürworte und die in anderen Bereichen gut funktionieren. Allerdings haben wir für solche Maßnahmen schlicht und ergreifend zu wenige Amtstierärzte. Mit nur rund 3 900 Amtstierärzten in ganz Deutschland lassen sich diese Ideen leider nicht umsetzen. Und die Zahl der Tierärzte, die sich auf Nutztiere spezialisieren, wird sich auch in Zukunft noch weiter verringern. Immer mehr junge Veterinäre spezialisieren sich nämlich nicht auf Rind und Schwein, sondern auf Hund und Katze.

Wir müssen mit Anreizen dafür sorgen, dass es attraktiv ist, nach dem Studium oder auch später aufs Land zu ziehen und sich dort um Groß- und Nutzvieh zu kümmern. Auch in diesem Bereich herrscht Fachkräftemangel. Hier müssen wir nachsteuern, sonst wird der ohnehin schon schwierige Vollzug im Tierschutzbereich noch kniffliger.

Zu den Betäubungsgasgemischen lässt sich sagen, dass Gasgemische aus CO_2 und Argon zu einer schmerz- und angstfreien Betäubung führen. Dies wird in Teilen schon angewandt, allerdings noch nicht in der Breite. Dieses Betäubungsverfahren ist tierschutzgerecht und auch nur mit geringen Mehrkosten verbunden. Eine Förderung in der Breite ist dementsprechend dringend geboten.

(B)

Der vorliegende Antrag greift auch die Videoüberwachung von Schlachthöfen auf, insbesondere in den Bereichen Zutrieb, Betäubung und Tötung. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat immer in Abrede gestellt, dass eine Videoüberwachung in Schlachthöfen rechtlich möglich ist. Argumentiert wurde stets mit den Persönlichkeitsrechten der Schlachthofmitarbeiter.

Datenschutzrechtliche Vorgaben lassen in der Tat eine vollumfängliche Kameraüberwachung nicht zu, allerdings wenn der Betäubungs- und Schlachtvorgang im Zentrum stehen, dann, das unterstreicht auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes, ist eine Videoüberwachung in Schlachthöfen denkbar. Kuh und Schwein unterliegen nämlich nicht dem Datenschutz wie der Mensch.

Der große Vorteil wäre, dass Betäubungs- und Schlachtvorgänge lückenlos dokumentiert werden könnten. Der zuständige Tierarzt, der auf dieses Material Zugriff hat, wäre dann in der Lage, Missstände aufzudecken und deren Beseitigung zu veranlassen.

Die Videoüberwachung würde auch zur sorgsamen Durchführung der betrieblichen Eigenkontrolle beitragen, die in weiten Teilen bislang nicht effektiv ist. Ein regelmäßiges, anonymes Berichtswesen ist hier ein guter Ansatz. Aber eben auch nur ein Ansatz.

In Großbritannien übrigens besteht seit Mai dieses Jahres eine Kamerapflicht in Schlachthöfen. Wenn man wirklich Vorreiter in Sachen Tierschutz werden will, muss man diese Diskussion auch hier bei uns führen.

(C)

Dass es bislang kein verpflichtendes Prüf- und Zulassungssystem für Betäubungstechnik gibt, halte ich für fatal. Im Koalitionsvertrag haben wir ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren zumindest für Ställe vereinbart. Logisch ist es, dieses auch auf Betäubungstechnik auszuweiten.

Zuletzt will ich noch das staatliche Tierwohllabel erwähnen, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, wir derzeit mit dem Koalitionspartner verhandeln und hoffentlich bald auch hier im Haus beraten wird. Wichtig für uns ist, dass nicht nur die Haltung im Label abgebildet wird, sondern die gesamte Wertschöpfungskette: von der Aufzucht über die Mast eben bis zur Schlachtung. In diesem Zusammenhang müssen wir sowohl über Verfahren zur wirksamen und sicheren Betäubung als auch über Dokumentationspflichten sprechen, die über die derzeitige Eigenkontrolle hinausgehen.

Wie Sie sehen, haben wir noch einiges im Bereich der Schlachtung zu tun.

Stephan Protschka *(AfD):* Nicht alles, was uns als Menschen möglich ist, sollten wir auch wirklich umsetzen. Es ist eben ein Grundsatz unserer Weltanschauung, uns gegenüber unseren Mitmenschen und gegenüber unserer Mitkreatur ordentlich zu verhalten. Wir nennen das: „Anstand“.

Es ist anständig, unsere Mitgeschöpfe so zu behandeln, dass ihr Leben und auch ihr Sterben möglichst ohne Schmerzen und Leid ablaufen. Vor diesem Hintergrund ist jede Verbesserung des Tierschutzes an Schlachthöfen erst einmal zu begrüßen.

(D)

Es ist aber auch anständig, die Augen nicht vor dem Leid der Tiere zu verschließen, die aus religiösen Gründen teilweise äußerst leidvoll getötet werden. Die Rede ist natürlich von der zunehmenden Anzahl an geschächteten Tieren in Europa und in Deutschland.

Wenn nun also die Fraktion der Bündnisgrünen ein ganzes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen will, um die Einhaltung der hohen Standards zu gewährleisten, dann ist das grundsätzlich erst einmal zu begrüßen.

Nun steht dieses Maßnahmenpaket aber nicht im luftleeren Raum. Tatsächlich ist ja eine der Antragsstellerinnen bereits über einen längeren Zeitraum Agrarministerin gewesen und muss sich daher die Frage gefallen lassen, warum sie denn in ihrer Amtszeit die angesprochenen Punkte nicht bereits teilweise umgesetzt hat. Die angesprochenen Möglichkeiten der Videoüberwachung zum Beispiel existieren nun ja schon seit längerem.

Unverändert bleibt jedoch das eingangs erwähnte Problem der Zunahme der Zahl geschächteter Tiere in der Bundesrepublik. Es wäre hier nur adäquat, wenn Sie vor diesem Problem nicht die Augen verschließen würden, sondern einen entsprechenden Antrag einbringen würden, der dieses Problem beheben würde. Gern arbeiten wir da auch mit Ihnen zusammen.

Nicole Bauer *(FDP):* Wir Freie Demokraten stehen für ein Tierwohl, das sich an fünf wesentlichen Grundfesten orientiert:

(A)

1. Freiheit von Hunger und Durst,
2. Freiheit von Schmerz und Verletzungen,
3. Freiheit von Krankheiten,
4. Freiheit von Angst und Stress und schließlich
5. Freiheit von haltungsbedingten Beschwerden
6. (zum Ausleben eines tiergerechten Verhaltens).

Spätestens, wenn es zum Prozess der Tiertötung kommt, lassen sich Schmerz, Angst und Stress nur schwer vermeiden – in der freien Wildbahn übrigens auch nicht!

Keiner von uns denkt gerne daran, wie ein Tier zu dem Schnitzel wurde, das wir uns mittags auf den Teller laden. Wir verlieren den Bezug. Aber wir als FDP nicht: Wir haben uns jüngst dafür eingesetzt, unwürdige Tiertransporte im Ausland zu stoppen. Wir im Bundestag sollten aber nicht an unseren Landesgrenzen und den Toren eines Schlachthofs damit aufhören. Die Minimierung des Tierleids muss eine grenzüberschreitende Maxime für uns alle sein – und da fangen die Probleme an.

Es können Unregelmäßigkeiten auftreten – und diese müssen wir minimieren. Daher fordern wir als FDP ein staatliches Tierwohllabel: Über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg soll sichergestellt werden, dass Tiere unter guten (/akzeptablen) Bedingungen leben und geschlachtet werden.

Uns muss aber auch klar sein: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

(B)

Aber kommen wir zurück zum Status quo und den gesetzlichen Standards: In vielen deutschen Schlachthöfen wurden bereits Studien zum Thema Tierwohl durchgeführt. Man stellte fest: Bei den meisten leiden die Tiere nicht.

Außerdem gibt es bereits viele gesetzliche Regelungen: Beim Vieraugenprinzip überprüfen Veterinäre, ob ein Tier noch bei Bewusstsein ist, bevor es getötet wird. Genauso sind die Mitarbeiter eines Schlachthofs in den Betäubungstechniken geschult. Sie erbringen regelmäßige Nachweise. Sie dürfen eine bestimmte Fehlerquote nicht überschreiten.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern haben wir in Deutschland bereits sehr weitreichende Standards beim Tierschutz, bei Tiertransporten, bei der Schlachtung. Viele von uns wollen Fleisch essen, daher müssen wir uns auch klar zu der Produktion bekennen. Wir müssen uns von ideologischen Vorstellungen verabschieden.

Fleisch aus mobiler Schlachtung oder von Jägern erlegtes Wild, das sind und bleiben Nischenprodukte. Diese werden Deutschland nicht sättigen und auch für das Gros der Bevölkerung nicht bezahlbar sein.

Ich möchte an dieser Stelle ein Umdenken anregen: Wer denkt, dass Lebensmittel nichts kosten dürfen, und mit der Erwartungshaltung einkaufen geht, dass man für ein Schweinefilet nur 7 Euro pro Kilo bezahlt, wen verwundern dann noch die ganzen Lebensmittelskandale?

Statt den Metzgern und Schlachthöfen weitere Vorschriften zu machen, die weit über den internationalen Standard hinausgehen, sollten wir lieber bei der Bildung der Bürger ansetzen. Wer weiß, wie unsere Nahrungsmittel produziert werden, wer unsere Waren schätzt, der wird auch bereit sein, für den gewünschten Standard zu bezahlen.

(C)

Wir müssen umdenken – neu denken! Im Ausland ist die Lebensmittelwertschätzung wesentlich höher als hierzulande. Lediglich 10 Prozent des Einkommens werden für Lebensmittel verwendet.

Und bedenken Sie: Weitere Vorschriften würden auch weitere Kontrollen bedeuten. Wer soll dies leisten? Es gibt bereits hauseigene Kontrollsysteme der Schlachthöfe. Es gibt das Fleischhygieneamt. Und Veterinäre überwachen und kontrollieren die Produktion. Wollen und können wir den Apparat weiter aufblähen? Oder befinden sich unsere Kontrollbehörden nicht schon längst am Anschlag? Macht es wirklich Sinn, noch weitere tierschutzrelevante Daten zu erfassen, wenn bereits jetzt jedes Tier einzeln beurteilt wird? Einzelne Fehler werden so hochstilisiert und beispielshaft für alle verwendet. Das führt zu völlig überzogener Kritik. Das sieht man deutlich an dieser Debatte.

Im Übrigen wohnt weit mehr als die Hälfte der Deutschen in ländlichen Regionen. Dort schätzt man die Nahversorgung, die oft von ortsansässigen Bäckern und Metzgern geleistet wird.

Die letzte EU-Verordnung hatte für kleine und mittlere Schlachtbetriebe und Metzgereien auf dem Land verheerende Folgen. Viele mussten den Schlachtbetrieb einstellen, die Modernisierung war zu teuer. Und so wird es auch hier kommen, wenn wir munter weiter überzogene und bürokratische Maßnahmen erlassen.

(D)

Deshalb lehnen wir Freie Demokraten auch eine weitere Bürokratie sowie eine Videoüberwachung in Schlachthöfen ab.

Auch wenn sich das Leid bei Tieren nicht vollkommen ausschließen lässt – den Schutz der Menschen, der Mitarbeiter, setzen wir höher an.

Wer die staatliche Videoüberwachung in privaten Unternehmen fordert, für den ist der Schritt zum totalitären Regime nicht mehr weit – Big Brother lässt grüßen, liebe Kollegen aus den Grünen-Reihen!

Wir Freien Demokraten setzen uns für den Schutz der Persönlichkeitsrechte ein. Daher freuen wir uns auf die Diskussion im Ausschuss.

Dr. Kirsten Tackmann *(DIE LINKE):* Der Antrag der Grünen thematisiert ein wichtiges Thema, denn es gibt viele Missstände auch an einheimischen Schlachthöfen. Auch hier muss Tierschutz wirkungsvoll durchgesetzt werden. In regelmäßigen Abständen berichten Medien über Missstände an Schlachthöfen. Rinder werden an den Schlachthaken gehängt, obwohl die Betäubung offensichtlich noch nicht eingesetzt hat. Die Tiere werden nicht ordnungsgemäß oder über zu lange Strecken zum Schlachthof transportiert. Gut, dass zumindest die Schlachtung von trächtigen Kühen, bei der der ungeborene Fötus langsam erstickt, unterdessen zumindest verbo-

(A) ten ist. Der Schlachttakt wird von der Wirtschaftlichkeit bestimmt, Tierschutz und Schlachtkörperuntersuchung müssen sich zu oft unterordnen. Obwohl diese Missstände seit langem bekannt sind, ist zu wenig passiert, um sie zu ändern.

Doch in der Debatte darf es nicht nur um das Leid der Tiere gehen, sondern muss es auch um das Leid der Menschen gehen, die dort arbeiten. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen werden noch viel zu oft ausgeblendet. Dabei sind sie nicht nur Teil der Problemzone Schlachthof, sondern ihre Verbesserung ist auch Teil der Lösung. Gut bezahltes und gut ausgebildetes Personal sind Grundlagen für einen würdevollen Umgang mit Schlachttieren. Doch die Realität sieht leider ganz anders aus. Rund 80 Prozent der Schlacht- und Zerlegearbeiten werden von Werkvertragsarbeitern erledigt, die bei Subunternehmern angestellt sind. Gewerkschaften sprechen immer wieder von „moderner Sklaverei“ oder „sklavenähnlichen Beschäftigungsverhältnissen“. Es handle sich bei den Arbeiterinnen und Arbeiter häufig um Menschen aus Osteuropa, die unter unwürdigen Arbeitsbedingungen zum Wohle der Fleischkonzerne schuften müssen. Mafiöse Strukturen, Lohndumping durch die Lohnunternehmerinnen und Lohnunternehmer, unbezahlte Überstunden, völlige überlegte Unterkünfte und fehlende Zuschläge für Nacht- und Sonntagsdienste sind an der Tagesordnung. Diese Menschen leben und arbeiten unter unwürdigen Bedingungen hier in Deutschland. Hier darf nicht länger weggesehen werden.

Und wenn Sie uns nicht glauben, dann laden Sie sich mal Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Gewerkschaften ein. Die werden Ihnen genau das bestätigen.

(B)

Auch die entsprechenden Kontrollinstanzen spielen hier eine wichtige Rolle. Das amtliche Tierschutzüberwachungspersonal muss gestärkt werden, und neu entwickelte Verfahren zur automatisierten Feststellung des sicheren Todeseintritts der Tiere müssen Einzug in die Schlachtbetriebe halten.

Bei der Einführung von Videoüberwachungssystemen in den Schlachthöfen zur Reduzierung der Tierschutzverstöße haben wir als Linke Gesprächsbedarf. Denn wir teilen zwar das Ziel, aber ob und wie das mit einer uneingeschränkten Gewährleistung der Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgesetzt werden kann, ist offen.

Der größte Teil der Schweine wird derzeit mit CO_2 betäubt. Es gibt jedoch Studien, die zeigen, dass Schweine dieses Gas wahrnehmen, was zu Angstzuständen führt. Ein zweistufiges Verfahren mit Argon und CO_2 könnte die tierschutzgerechte Betäubung deutlich verbessern. Weitere Forschung und Anwendung solcher alternativen Einleitungsgase für eine schmerz- und angstfreie Schlachtung von Schweinen müssen weiter vorangetrieben werden.

Doch lassen Sie uns auch über die Stellung der Schlachthöfe in der Fleischproduktion sprechen. Die Anzahl der Schlachtbetriebe in Deutschland sinkt immer weiter, die verbleibenden Schlachthöfe werden immer größer. Wenige Schlachtkonzerne teilen die Marktmacht untereinander auf. Das wird zum Problem, wenn Schlachttiere über weite Strecken zu den verbleibenden Schlachthöfen transportiert werden müssen. Unabhängig davon, ob es sich um Weidetiere oder konventionell gehaltene Tiere handelt. Und die Tierhaltung wird immer konzernabhängiger. Wir fordern daher die Förderung von regionalen Schlachtmöglichkeiten, die nicht durch hohe Auflagen unangemessen belastet werden dürfen. Und wir fordern die Unterstützung von mobilen Schlachtungen. Hierbei werden die Tiere vor Ort betäubt und anschließend in einer extra dafür entwickelten Schlachtbox getötet. Erst danach folgt der Abtransport zum Schlachthof. Hierbei handelt es sich um eine mittlerweile anerkannte Methode, die sowohl Tierwohlaspekte berücksichtigt als auch die Fleischqualität maßgeblich verbessert. (C)

Wie wir sehen können, handelt es sich bei den Missständen auf Schlachthöfen um ein komplexes und systemisches Problem, dem wir durch verschiedene Maßnahmen begegnen müssen. Mehr Tierschutz auf den Schlachthöfen, unabhängige Kontrollinstanzen, gute Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Förderung von neuen Technologien, die maßgeblich das Wohl der Tiere und der Menschen verbessern.

Friedrich Ostendorff *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Nach der Tierschutzschlachtverordnung müssen Tiere unter Vermeidung von Schmerzen oder Leiden in einen bis zum Tod anhaltenden Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Tiere müssen „von jedem vermeidbaren Schmerz, Stress und Leiden verschont“ werden.

(D)

Die Realität spricht oftmals eine andere Sprache. Immer wieder gibt es gravierende Tierschutzverletzungen an Schlachthöfen. Es kommt zu Fehlbetäubungen, und mit den Tieren wird teils äußerst brutal umgegangen.

Die Kolleginnen und Kollegen der Union werden jetzt von Einzelfällen und schwarzen Schafen sprechen. Das ist vorhersehbar, das müssen Sie tun.

Und selbst wenn, Kolleginnen und Kollegen der Union, selbst wenn diese individuellen Fehler nur bei einem geringen Prozentsatz der geschlachteten Tiere auftreten, ist die tatsächliche Dimension gewaltig. In Deutschland wurden im Jahr 2017 immerhin knapp 58 Millionen Schweine, 3,5 Millionen Rinder sowie über 700 Millionen Stück Geflügel geschlachtet. Wir haben einen Schutzauftrag für die Tiere in unserem Grundgesetz, bitte vergessen Sie das nicht.

Deshalb müssen die Kontrollstandards verbessert werden. Diese sensiblen Bereiche dürfen keine Blackbox sein. Deshalb ist es nicht verständlich, wenn die Bundesregierung die Videoüberwachung in Schlachthöfen für nicht durchführbar hält. Dass das ein fadenscheiniger Vorwand ist und nicht haltbar, hat kürzlich ein Gutachten der SPD-Kollegin Mittag gezeigt.

Gerade die Betäubung muss stärker in den Blick genommen werden. Ein Missstand ist, dass es für die Hersteller der Betäubungsgeräte keine Verpflichtung, keinen TÜV gibt, die tierschutzkonforme Funktion ihrer Geräte

(A)

vor Inverkehrbringen zu prüfen. Genau an diesem Punkt müssen Sie nun handeln: Denn bis Ende 2019 müssen etliche Schlachtbetriebe neue elektrische Betäubungsgeräte anschaffen, da eine EU-Verordnung die Verwendung vieler der vorhandenen Geräte nur noch bis dahin erlaubt. Es ist ja wünschenswert, wenn Politik mal vorausschauend agiert. Wie man es nicht machen sollte, zeigt das BMEL ja gerade sehr eindrücklich beim Thema Ferkelkastration.

Ein weiteres Problem ist die Betäubung: Ein Großteil der Schweine wird mit CO_2 betäubt. Der Hauptvorteil liegt in einer effizienten Gruppenbetäubung mit wenig Personaleinsatz, so die Bundesregierung im Tierschutzbericht 2015. Doch diese Methode steht zu Recht seit vielen Jahren in der Kritik, weil die Betäubung nicht sofort eintritt und die Tiere über 30 Sekunden Atemnotsymptome und ein starkes Abwehrverhalten zeigen. Das Verhalten lässt darauf schließen, dass die Schweine massivste Todesängste erleiden. Und ich frage Sie: Können wir das nicht besser? Geben wir uns damit zufrieden, nur weil die Gondeln geschlossen sind und keiner den Todeskampf der Tiere mit anschauen muss? Reicht die Betäubungstiefe aus?

(C)

Die Bundesregierung hält in dem genannten Tierschutzbericht auch fest, dass derzeit noch keine praxistauglichen Alternativen verfügbar seien. Ist das so? Und falls ja, warum ist das so? Seit vielen Jahren! Fördern Sie doch die Forschung für eine schmerz- und angstfreie Betäubung von Schweinen endlich anständig. Das ist eine ganz zentrale Forderung unseres Antrages. Denn das Leiden der Tiere bei der Einleitung der Betäubung ist seit vielen Jahren bekannt. Mit dem Willen zu mehr Tierschutz ist es vermeidbar. Also tun Sie etwas!

(B)

(D)

(A) (C)

(B) (D)



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333